

STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 31

**ORGANISATION UND TECHNIK
DES VOLKSZÄHLUNGSWERKES 1950**



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

56.860 4
(68-03479)

W. Kohlhammer-Verlag / Stuttgart-Köln

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
I. Begründung und Zweck des Zählungswerkes	
A. Feststellung des Standes und der Struktur von Bevölkerung und Wirtschaft	5
B. Bedeutung der Zählung als Grundlage für die laufende Beobachtung von Bevölkerung und Wirtschaft; künftige Entwicklungsmöglichkeiten	6
C. Gründe für die Wahl des Erhebungszeitpunktes	6
II. Vorbereitung	
A. Aufgaben und Zusammenarbeit der beteiligten Stellen	8
B. Das Zählungsgesetz	10
C. Verknüpfung der Zählungsteile	13
D. Ergänzende Erhebungen	15
E. Kosten des Zählungswerkes	16
III. Organisation und Durchführung der Zählung bis zur Aufbereitung	
A. Aufgaben und Aufbau der Zählungsorganisation	
1. Aufgaben der an der Zählung beteiligten Stellen	20
2. Aufbau der Zählungsorganisation in den Gemeinden	22
3. Schulung der Zählungsdienststellen und Zähler	24
4. Prüfung der Zählpapiere durch die Gemeinden	26
5. Erfassung besonderer Erhebungsobjekte (Beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen; bei Besatzungsmächten Beschäftigte; Schiffsbevölkerung; zum Industriebericht meldende Betriebe)	26
B. Erhebungspapiere	
1. Drucklegung und Auflage	29
2. Form der Erhebungspapiere	30
C. Zählerproblem, Zählergewinnung, Zählereinsatz	
1. Formen der Befragung	33
2. Ehrenamtliche und bezahlte Zähler	34
3. Gesetzliche Grundlagen der Zählerbestellung und ihre Auswirkung in der Praxis	34
4. Anforderungen an die Zähler und Zählerentschädigung	36
5. Berufe und Bewährung der Zähler; Einsatz von Überzählern	37
6. Folgerungen für künftige Zählungen	38
D. Zählungspropaganda	39
E. Besonderheiten für die ergänzenden Erhebungen	42
IV. Aufbereitung	
A. Organisatorische Vorbereitungen	46
B. Volks- und Berufszählung	
1. Auszählungsmerkmale der Volkszählung	48
2. Auszählungsmerkmale der Berufszählung	49
3. Zusätzliche Auszählungsmerkmale	50
4. Arbeitsgänge	51
5. Repräsentative Vorauswertung der Volks- und Berufszählung	55
C. Wohnungszählung	
1. Auszählungsmerkmale	55
2. Arbeitsgänge	56
D. Arbeitsstättenzählung	
1. Auszählungsmerkmale	58
2. Arbeitsgänge	60
E. Maschinelle Aufbereitung	
1. Herstellen der Lochkarten	64
2. Sortieren und Tabellieren	66
3. Maschinentypen und ihre Verwendung	67
F. Aufstellen, Prüfen und Abstimmen der Liefertabellen	68
G. Zentrale Aufbereitungen durch das Statistische Bundesamt	69
V. Veröffentlichung der Ergebnisse	73
VI. Ausblick auf eine künftige Zählung	75
Anhang (siehe besondere Übersicht)	77

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet.

Erschienen im März 1956

Vorwort

Die Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung von 1950 und der zu ihrer Ergänzung durchgeführten Zusatzerhebungen sind durch das Statistische Bundesamt in ausführlicher Weise veröffentlicht worden. Ihre methodischen und systematischen Grundlagen wurden für die einzelnen Zählungsteile in besonderen Veröffentlichungen der »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« dargestellt.

Während diese Einführungsbände zu den Zählungsteilen methodisch-fachliche Fragen behandeln, fehlte bisher eine ausführliche Beschreibung der allgemeinen organisatorischen Voraussetzungen und Bedingungen sowie der methodisch-technischen Durchführung der Gesamtzählung. Die Zählungsorganisation, die für alle Zählungsteile aufgebaut war, wird in den speziellen Veröffentlichungen nur erwähnt. In Anbetracht der Bedeutung und des Umfanges der Zählung sowie des Anteils, den die organisatorischen und technischen Arbeiten an der Vorbereitung und Durchführung einer so großen Zählung haben, erschien es angebracht, in einem besonderen Band darüber zu berichten. Dabei wurde Spezialfragen, wie z. B. der Zählergewinnung, der Zählungspropaganda u. dgl. sowie der maschinellen Aufbereitung ein größerer Platz eingeräumt. Die Beschreibung des zeitlichen und funktionellen Zusammenhanges von der Planung über die einzelnen Stadien der Vorbereitung und Durchführung bis zur Aufbereitung gibt ein Gesamtbild der Zählung, das die Einzeldarstellungen nicht vermitteln können. Die methodischen Grundlagen der Einzelzählungen werden in diesem Zusammenhang nur berührt, soweit sie zum Verständnis der organisatorischen und technischen Seite der Zählung notwendig sind. Die Darstellung berücksichtigt nicht nur die Erfahrungen bei der Zählung selbst, sondern sie beurteilt sie auch aus der heutigen Sicht; soweit angebracht, werden Schlüsse für die Zukunft gezogen.

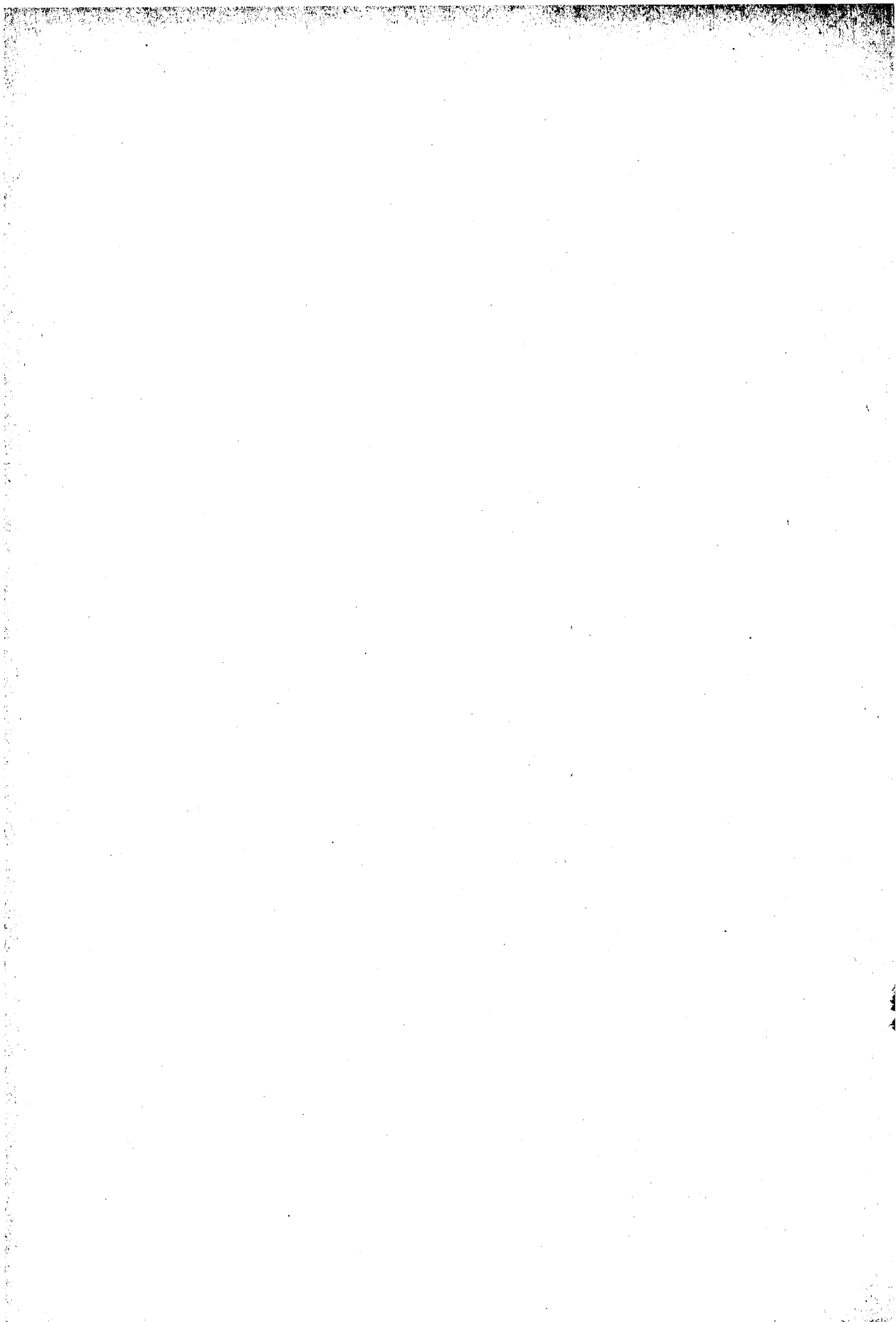
Dem Charakter der Dokumentation entspricht der ausführliche Anhang, in dem das Gesetz, die bei der Erhebung und Aufbereitung verwendeten Zählpapiere, die Tabellenprogramme der Zählungsteile, die systematischen Verzeichnisse und Signierhilfsmittel sowie Unterlagen der maschinellen Aufbereitung abgedruckt sind.

Der Band ist im Statistischen Bundesamt in der vom Leitenden Regierungsdirektor Dr. Szameitat geleiteten Abteilung von Regierungsrat Dr. Dennukat und Mitarbeitern bearbeitet worden.

Wiesbaden, im März 1956

Dr. Gerhard Fürst

Präsident des Statistischen Bundesamtes



I. Begründung und Zweck des Zählungswerkes

Ein Rückblick auf die großen Zählungen in Deutschland seit 1925 läßt den Einfluß erkennen, den die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in diesem Zeitraum auf die Erhebungstermine und zum Teil auch die Zählungsprogramme gehabt haben. Die erste große Zählung nach dem ersten Weltkrieg und der Währungsstabilisierung fand 1925 statt. Die späteren Zählungen sollten ähnlich wie vor dem Kriege in Abständen von 5 Jahren wiederholt werden. Die Wirtschaftskrise von 1930 führte aber bereits zu einer Verlegung dieser Zählung auf das Jahr 1933 und die Angliederung Österreichs zu einer Verschiebung der Zählung 1938 auf das Jahr 1939. Die Kriegsereignisse haben den aktuellen Wert der Ergebnisse der letzten Vorkriegszählung stark beeinträchtigt.

Die Folgen des zweiten Weltkrieges waren auf allen Gebieten so bedeutend, daß eine neue statistische Gesamtaufnahme unumgänglich war. Insbesondere waren innerhalb der Bevölkerung starke Veränderungen vor sich gegangen, so daß man als Grundlage für alle Maßnahmen zumindest einen Überblick über ihre Zahl und Zusammensetzung benötigte. Nachdem bereits am 1. Dezember 1945 in der sowjetischen und am 26. Januar 1946 in den Ländern der französischen Besatzungszone eine Volkszählung durchgeführt worden war, ordnete der Alliierte Kontrollrat durch sein am 20. Juli 1946 erlassenes Gesetz Nr. 33 eine Volkszählung in allen Besatzungszonen und in Groß-Berlin an, die am 29. Oktober 1946 durchgeführt wurde. Das Programm beschränkte sich auf die wichtigsten Fragen, wie sie bei einer Volkszählung immer wieder gestellt werden, ergänzt durch die sich aus der Situation — insbesondere den Einflußnahmen der Besatzungs-

mächte — ergebenden Fragen über die Staatsangehörigkeit, die nationale Abstammung, den Bildungsgrad und den Dienst bei der ehemaligen Wehrmacht. Einige wenige Fragen über den Beruf schlossen sich an. Es fanden auch zusätzliche Wohnungszählungen in einzelnen Ländern statt, die aber infolge mangelnder Einheitlichkeit keine vergleichbaren Ergebnisse lieferten. Naturgemäß konnten die auf Grund dieses Programms ermittelten Ergebnisse dem Bedarf der staatlichen Stellen, der Unternehmungen und der sonstigen Interessenten an statistischem Material schon binnen kurzem nicht mehr genügen.

Die Veränderungen in der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur gingen jedoch weiter, da die Zuwanderung von Flüchtlingen und die Rückkehr von Kriegsgefangenen anhielt, zuerst Demontagen, dann Wiederaufbau die Wirtschaftsstruktur beeinflussten und schließlich die Währungsreform neue wirtschaftliche Grundlagen schuf. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war außerdem in einem Teil Deutschlands ein neuer Staat entstanden, der für seine verwaltungs- und wirtschaftspolitischen Aufgaben dringend neuer statistischer Unterlagen bedurfte. Zudem lagen vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen Empfehlungen für die Durchführung von Volkszählungen vor, die nach Möglichkeit im Jahre 1950 stattfinden sollten, um international vergleichbares Material für die Aufgaben der UN zu liefern. Ferner war die Bundesrepublik auf Grund ihrer Mitgliedschaft bei der OEEC und ihrer Beteiligung an den Arbeiten der ECE verpflichtet, bestimmte statistische Anforderungen zu erfüllen, für die sich die notwendigen Unterlagen durch den Zensus beschaffen ließen.

A. Feststellung des Standes und der Struktur von Bevölkerung und Wirtschaft¹⁾

Von diesen Voraussetzungen und Bedürfnissen ausgehend ergaben sich Umfang und Frageprogramm des Zählungswerks 1950 in der Bundesrepublik Deutschland²⁾. Die notwendigen umfassenden Feststellungen erforderten eine nach Zählungsteilen aufgegliedertes großes Zählungswerk mit sachlich und regional differenzierten Tabellenprogrammen. Die Gewinnung so detaillierter Ergebnisse war nur im Rahmen von Totalerhebungen möglich. Repräsentative Erhebungen blieben deshalb auf bestimmte Teile des Zählungswerks beschränkt. Das Ausgangsmaterial für die Auswahl fiel dabei in der Hauptsache im Rahmen der Vollerhebungen an. Gegenüber früheren Großzählungen stellten aber die repräsentativen Erhebungen ebenso wie einige nachträglich vorgenommene repräsentative Aufbereitungen methodische Neuerungen dar. Eine Einschränkung der Vollerhebungen, etwa durch Benutzung vorhandener Karteiunterlagen, wie in der Diskussion gelegentlich, besonders für die Wohnungszählung empfohlen, war kaum möglich, da infolge der Dynamik aller Faktoren in Bevölkerung und Wirtschaft karteimäßige Unterlagen schnell veralteten bzw. infolge der Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht mehr fortgeführt wurden.

Die Grundlage und den Hauptteil des gesamten Zählungswerks mußte eine Volks- und Berufszählung bilden, die die Bevölkerung nach Zahl und Struktur, ihrer Erwerbstätigkeit und den Quellen, aus denen die Menschen ihren Lebensunterhalt bestritten, erfaßte. Neben den üblichen Volkszählungsfragen wurde der Größe und Zusammensetzung der Familien und Haushaltungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso wie den Fragen nach der wirtschaftlichen

Tätigkeit der Bevölkerung. Die Situation, die in der Bundesrepublik durch das Flüchtlingsproblem entstanden war, fand ihren Ausdruck in der eingehenden Feststellung über den Stand der Eingliederung der Heimatvertriebenen und Zugewanderten in die Bevölkerung und ihre Teilnahme am Wirtschaftsleben.

Die Kriegszerstörungen und der Zustrom so vieler Menschen machten den Wohnungsbau zur besonders dringlichen wirtschaftlichen Aufgabe. Es fehlte aber an einheitlichen Unterlagen für das gesamte Bundesgebiet über den verbliebenen Wohnungsbestand und die Wohnverhältnisse der Bevölkerung ebenso wie an Angaben über die Miethöhe und andere wichtige Daten. Da eine allgemeine Wohnungszählung schon sehr lange zurücklag und die vorhandenen Wohnkarteien für die erstrebten Aufschlüsse nicht brauchbar waren, war eine umfassende einheitliche Wohnungszählung in Verbindung mit der Volkszählung unumgänglich. Die Wohnungsnot hatte außerdem zu einem Anwachsen der Untermietverhältnisse geführt, so daß eine zusätzliche Erhebung über die Untermieten in Untermieterhaushaltungen hierüber Aufschluß geben sollte. Hierfür bot sich als zweckmäßige Erhebungsart die Form der repräsentativen Nacherhebung an.

Die Feststellungen über die Bevölkerung und ihre Wohnverhältnisse wurden ergänzt durch eine infolge der seit 1939 eingetretenen Wandlungen notwendig gewordene Zählung der Arbeitsstätten in allen wirtschaftlichen Bereichen mit Ausnahme der Landwirtschaft, die bereits im Jahre 1949 erfaßt worden war. Dieser Überblick über einige Grundtatsachen der wirtschaftlichen Tätigkeit sollte zugleich Bestandszahlen für die Wirtschaftsbereiche außerhalb der Industrie und Landwirtschaft liefern, für die keine Unterlagen aus laufenden Erhebungen vorhanden waren. Das Programm der Arbeitsstättenzählung schloß sich in seiner Fragestellung an das der früheren Zählungen an, in denen

¹⁾ Einzelheiten über die Wahl des Zeitpunktes enthält Abschnitt I. C. »Gründe für die Wahl des Erhebungszeitpunktes«. — ²⁾ Siehe hierzu und zum Folgenden: Fürst, G., Horstmann, K. und Deneffe, P.: Das voraussichtliche Programm der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1950. In: Wirtschaft und Statistik. 1. Jg. N. F., H. 10, Januar 1950.

Zahl und Art der Betriebe und Unternehmungen in ihrer Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Bereichen nach einem systematischen Verzeichnis klassifiziert und ihre Größe nach der Zahl der Beschäftigten ermittelt wurde. Neuartig war die bei derartigen Zählungen zum erstenmal gestellte Frage nach dem Umsatz der Unternehmungen. Der Umsatz stellte nicht nur ein zusätzliches Kriterium zur Erfassung der Unternehmungsgröße und der Leistung der Unternehmungen dar, mit dem die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige im Verhältnis zueinander gemessen werden konnte, sondern war vor allem für die inzwischen aufgenommenen Arbeiten an den Sozialproduktsberechnungen wichtig. Der Beschaffung von Unterlagen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dienten ferner die in Ergänzung zur Arbeitsstätten-

zählung durchgeführten repräsentativen Kostenstruktur-erhebungen bei nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Die dadurch vermittelten Einsichten waren für Zwecke der allgemeinen Wirtschaftspolitik notwendig. Außerdem war die Bundesrepublik Deutschland als in den Marshallplan einbezogenes Land verpflichtet, entsprechende Unterlagen zu liefern, die die Grundlage für die ERP-Planung und die Verteilung der ERP-Mittel bildeten.

Da bei der Arbeitsstättenzählung auch alle gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe miterfaßt wurden, wurde die Gelegenheit benutzt, diesen durch die Motorisierung bedeutungsvoll gewordenen Wirtschaftszweig in einer zusätzlichen Erhebung über seinen Personal- und Fahrzeugbestand und über seine Verkehrsleistungen zu befragen.

B. Bedeutung der Zählung als Grundlage für die laufende Beobachtung von Bevölkerung und Wirtschaft; künftige Entwicklungsmöglichkeiten

Bestandszahlen, so wichtig diese auch zur Darstellung des Gesamtzustandes in einem bestimmten Augenblick sind, tragen den Charakter des historisch Einmaligen und veralten um so eher, je schneller und tiefgreifender die Veränderungen der Daten sind. Außerdem nimmt die Aufbereitung des umfangreichen Materials, trotz organisatorischer und technischer Verbesserungen zur frühzeitigen Bereitstellung wichtiger Teilergebnisse, naturgemäß beträchtliche Zeit in Anspruch. So dauerte bei der Zählung 1950 die Aufbereitung für die Hauptzählungsteile insgesamt nahezu ein dreiviertel Jahre. Bis zum Vorliegen umfassender Veröffentlichungen vergeht also, vom Stichtag der Zählung aus gerechnet, eine erhebliche Zeit, so daß hierdurch die Aktualität beeinträchtigt wird.

Im Zusammenhang damit ergibt sich die immer wieder gestellte Frage, ob nicht auf umfassende Totalerhebungen überhaupt verzichtet werden kann, wenn genügend Material aus laufenden Statistiken zur Verfügung steht oder aber die Zahlen aus Karteien oder durch laufend geführte repräsentative Statistiken gewonnen werden könnten. Die damit für die großen Totalerhebungen gestellte »Existenzfrage« muß vom Frageprogramm und von der methodisch-technischen Seite geprüft werden. Das Programm der Zählungswerke ist inhaltlich meist sehr umfassend und regional tief gegliedert, weil viele Feststellungen aus mannigfaltigen Gründen nur in größeren Zeitabständen getroffen werden können. Namentlich der Bedarf an regional fein gegliederten Zahlen kann zumindest aus Kostengründen bei laufenden Erhebungen nicht in gewünschtem Maße gedeckt werden. Auch für eine ausführliche Fragestellung ist bei laufenden Erhebungen häufig nicht genügend Raum. Fortschreibungen und laufende repräsentative Erhebungen bedürfen außerdem aus statistisch-methodischen Gründen von Zeit zu Zeit der totalen Bestandsaufnahmen. Ebenso machen Karteien Vollerhebungen nicht überflüssig, da erfahrungsgemäß deren à jour-Haltung auf die Dauer nie zufriedenstellend ist.

Es zeichnet sich aber für die Zukunft ein gewisser Wandel in Inhalt und Form dieser Bestandsaufnahmen ab. Das Programm der amtlichen Statistik ist inzwischen auf vielen Gebieten vollständiger geworden als im Jahre 1950. Die Fragestellungen werden deshalb in Zukunft zum Teil anders sein als damals, weil manche Lücken im statistischen Gesamtbild durch das laufende Programm geschlossen worden sind. Die inzwischen erfolgte Entwicklung des Stichprobenverfahrens bietet außerdem die Möglichkeit, wichtige Tatbestände — allerdings in beschränkter sachlicher und regionaler Gliederung — in kurzen Zeitabständen zu erfassen, die traditionell Gegenstand der Volks- und Berufszählungen waren. Darüber hinaus kann dadurch das Programm den wechselnden Fragestellungen schneller angepaßt und die begriffliche und methodische Entwicklung der Statistik gefördert werden. Die hier gegebenen Möglichkeiten zeichnen sich z. B. im »Mikrozensus« ab. Damit ist die Aussicht verbunden, die Intervalle zwischen zwei Volkszählungen vergrößern zu können. Die Totalerhebungen könnten also den Charakter von Rahmenerhebungen annehmen, durch die gewisse Grunddaten, insbesondere in größerer regionaler Differenzierung, erfaßt werden, während bestimmte Tatbestände, für deren Erfassung nicht alle Erhebungsobjekte interessant sind oder deren Eigenart und Kompliziertheit eine totale Befragung verhindert, mit Hilfe von Teilerhebungen oder durch das Stichprobenverfahren unter Einsatz von Interviewern wesentlich ausführlicher, präziser, schneller und im ganzen gesehen mit geringeren Kosten erhoben werden könnten. Dieses als mehrstufig bekannte Erhebungsverfahren wird es mehr als bisher gestatten, bei einer großen Zahl verschiedenartiger Erhebungsgegenstände die ihnen angepaßte Fragestellung anzuwenden, das heißt z. B. bei einer künftigen Arbeitsstättenzählung mit verschiedenen, auf die Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftszweige abgestimmten Fragebogen an die Betriebe heranzutreten.

C. Gründe für die Wahl des Erhebungszeitpunktes

Für die Festlegung des Zeitpunktes der Zählung waren verschiedene, zum Teil divergierende Faktoren zu berücksichtigen, so daß ein Termin, der allen Erfordernissen und Wünschen entsprach, kaum gefunden werden konnte. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahl des Erhebungsjahres war der 1947 vom Statistical Office of the United Nations zur Diskussion gestellte Plan eines Weltzensus für das Jahr 1950³⁾. Nach vorbereitenden Arbeiten der Statistischen und der Bevölkerungskommission der UN ersuchte deren Wirtschafts- und Sozialrat etwa Mitte 1947 den Generalsekretär, allen Mitgliedstaaten zu empfehlen, im Jahr 1950 oder um das Jahr 1950 eine Volkszählung nach einheitlichen Richtlinien durchzuführen. Entwürfe eines ver-

bindlichen Minimalprogramms sowie eines Ergänzungsprogramms wurden zusammengestellt und den Mitgliedstaaten zur Stellungnahme übersandt. Von 63 Staaten erklärten sich 45 bereit, 1950 oder 1951 zu zählen, obwohl einige von ihnen bereits in den vorangegangenen 5 Jahren Volkszählungen durchgeführt hatten, während 18 Staaten sich mit dem Hinweis auf vorher stattgefundene Zählungen nicht beteiligten.

Im geteilten Deutschland, das sich diesen Plänen anschloß, bestand die Schwierigkeit, einen einheitlichen Stichtag festzulegen. Der für die Volks- und Berufszählung 1946 für alle 4 Zonen eingesetzte »Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946« hatte als Stichtag für die nächste Zählung den 10. Mai 1950 vorgeschlagen. Auch auf späteren Zusammenkünften der Volks- und Berufs-

³⁾ Vgl. zum Folgenden: Szameitat, K.: Neue Wege für die Volkszählung. In: Allgemeines Statistisches Archiv. Bd. 33, H. 1, S. 7 ff.

Zählungsstatistiker wurde an einem Termin im Frühjahr oder frühen Sommer 1950 festgehalten. Die für Vorarbeiten sowie Behandlung des Zählungsgesetzes in den gesetzgebenden Körperschaften benötigte Zeitspanne bewirkte jedoch eine Verschiebung des Stichtages auf den 13. September 1950⁴⁾. Ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Zählungsorganisation, insbesondere auch der rechtzeitige Druck der Erhebungspapiere, wäre sonst nicht gesichert gewesen. In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Zählung, die dort zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin, dem 10. Mai 1950, durchgeführt werden sollte, wegen der Vorbereitungen zu den Wahlen auf den 31. August 1950 verlegt. Für die Erhebung in Berlin brachten die Abweichungen in den Zählungsterminen gewisse Erschwerungen mit sich.

Die speziellen Erwägungen, die in Deutschland für die Wahl des Erhebungszeitpunktes bestimmend waren, sollen hier nur kurz, und zwar ausschließlich vom zeitlichen Gesichtspunkt aus, angeführt werden.

Die 1946 durchgeführte Volks- und Berufszählung stand noch allzusehr unter den Nachwirkungen des Zusammenbruchs, so daß ihre Ergebnisse zum größten Teil überholt waren.

Die Umschichtung der Bevölkerung war zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Heimatvertriebenen waren, in ganz anderem Ausmaß, als dies 1946 der Fall sein konnte, wieder sesshaft geworden. Der größte Teil der Kriegsgefangenen war heimgekehrt. Die rückkehrwilligen Evakuierten waren in großem Umfang wieder an ihren alten Wohnort zurückgekommen. Diese wichtigen Veränderungen seit der Zählung von 1946 hatten jedoch nicht, wie früher, durch eine Fortschreibung registriert werden können, da die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wanderungstatistik noch nicht gegeben waren.

Auch für die durch die Berufszählung festzustellenden Angaben erschien das Jahr 1950 günstig. Die berufsfremden Tätigkeiten, denen sich zahlreiche Erwerbstätige in den ersten Nachkriegsjahren hatten zuwenden müssen, hatten sich durch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg ganz wesentlich reduziert. Auch die berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen hatte bedeutende Fortschritte gemacht.

Im Bereich der Wohnungswirtschaft bestand die Notwendigkeit, brauchbare Zahlenangaben über den gesamten Wohnungsbestand, seine Nutzung und die Mietpreise zu erhalten. Die durch Zonen- und Länderstatistiken gewonnenen Daten basierten auf methodisch unterschiedlichen Ermittlungen, so daß eine Zusammenfassung und Vergleichbarkeit nur beschränkt möglich war. Die sachdienliche Verwendung sehr erheblicher öffentlicher Mittel für den verstärkt einsetzenden Wohnungsbau verlangte eine möglichst schnelle Ermittlung der hierfür benötigten Zahlenunterlagen.

Seit der Arbeitsstättenzählung von 1939 hatte die Wirtschaft Wandlungen erfahren, die zu einschneidenden Strukturveränderungen geführt hatten. Nach der Währungsreform war die Grundlage für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg gegeben. Deshalb erschien der Zeitpunkt geeignet, all die Veränderungen festzustellen, die durch Zerschlagung der Rüstungsindustrie, Kriegsschäden und Demontagen, Abtrennung der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone, das dadurch bedingte Entstehen neuer Industriezweige in

Westdeutschland, die Einführung der Gewerbefreiheit und die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge verursacht waren.

Für die Festlegung des Zählungstermins selbst waren sowohl saisonale Faktoren wie technisch-organisatorische Erwägungen maßgebend. In der Landwirtschaft sollte der größte Teil der sommerlichen Erntearbeiten abgeschlossen, die Hackfruchternte noch nicht begonnen sein. Die Drescharbeiten behinderten die Durchführung der Zählung nicht merklich. Im gewerblichen Bereich war der Monat September insofern günstig, als die Saisongewerbe noch tätig, die für das Weihnachtsgeschäft arbeitenden Betriebe bereits gut beschäftigt waren. Im Baugewerbe war ein Höchststand zu verzeichnen, so daß mit einer übernormalen Beschäftigtenzahl zu rechnen war. Im Fremdenverkehr dagegen war der Höhepunkt der Sommersaison bereits überschritten. Besonders wichtig aber war, daß die Zählung nicht in die sommerliche Urlaubs- und Reisezeit fiel, einmal, um die die Bevölkerung betreffenden Angaben möglichst zuverlässig zu erhalten, andererseits aber die durch die Reisezeit bedingten organisatorischen Erschwerungen zu reduzieren.

Die Vorbereitung der Zählung allerdings wurde durch den Urlaub der bei Behörden Tätigen und die Schulferien beeinflusst. Für die Zählerwerbung, in geringerem Umfang auch für die Schulung, hätte man sich einen etwas späteren Zählungstermin wünschen können. Man hatte selbstverständlich versucht, auf die Ferientermine Rücksicht zu nehmen. Doch da sich diese in den Ländern des Bundesgebietes vom 29. Juni bis 9. September erstreckten, war dies nur hinsichtlich des Zählgeschäftes selbst, nicht auch für die Vorbereitungsarbeiten möglich. Die Semesterferien waren insofern von Bedeutung, als man in den Hochschulorten nicht auf die Studenten als Zähler zurückgreifen konnte. Ferner hatte die Anweisung, daß die Studierenden zur Wohnbevölkerung des Hochschulortes zu rechnen seien, zur Folge, daß diese während der Ferien dort nicht vollständig erfaßt werden konnten. Damit war zugleich die Möglichkeit von Doppelzählungen gegeben.

Eine gewisse Beeinträchtigung der Arbeiten war schließlich dadurch zu verzeichnen, daß im September und Oktober 1950 weitere statistische Erhebungen durchgeführt wurden, wie z. B. die Viehzwischenzählung, die Nacherhebung zur Bodenbenutzungserhebung, die Gartenbauerhebung, die Ermittlung der Pflanzenbestände in Baumschulen, zum Teil auch die Personenstandsaufnahme. Die Volksbefragung über die Bildung des Südweststaates vom 24. September 1950 beanspruchte außerdem die Gemeinden und Landratsämter durch die hierfür erforderlichen Vorarbeiten. Aus Württemberg-Hohenzollern wird z. B. berichtet, daß einige Gemeinden deshalb das Zählungsmaterial nach nur flüchtiger Kontrolle den Landratsämtern oder dem Statistischen Landesamt einreichten, ohne die ihnen zur Verfügung stehende Zeit für die Prüfung auszunutzen.

Wägt man die günstigen und ungünstigen Momente für die Wahl des Zählungstages gegeneinander ab, darf festgestellt werden, daß der Termin, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Beschäftigungslage in der Wirtschaft gut gewählt war. Doch sollte bei künftigen Zählungen der Stichtag schon eine längere Zeit im voraus festgelegt und bekanntgegeben werden, als dies 1950 möglich war, damit die finanziellen und organisatorischen Vorbereitungen ohne Zeitdruck getroffen werden können. Dies setzt allerdings eine rechtzeitige Verabschiedung des Zählungsgesetzes voraus.

⁴⁾ Vgl. hierzu Begründung zu § 1 des Volkszählungsgesetzes (Abdruck im Anhang auf S. 86 ff.).

II. Vorbereitung

In dem Ablauf der Zählungsvorbereitung spiegelt sich die Entwicklung des statistischen Dienstes in diesem Zeitraum. Die ersten Überlegungen und Vorarbeiten für die Zählung gehen in das Jahr 1948 zurück⁵⁾. Zu dieser Zeit war die deutsche amtliche Statistik auf Länder- bzw. Zonenbasis organisiert. Als zentrales Gremium, in dem Statistiker aus allen vier Besatzungszonen und Berlin vertreten waren, bestand lediglich ein auf Veranlassung des Alliierten Kontrollrates im Jahre 1947 gebildeter »Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946«. Seine Tätigkeit beschränkte sich auf die einheitliche und vergleichbare Zusammenstellung und Veröffentlichung der Zählungsergebnisse von 1946. Als mit den Vorbereitungen für die Weltzählung 1950 begonnen werden mußte, bot dieser Ausschuß eine Plattform für erste gemeinsame Besprechungen von Statistikern aus allen Besatzungszonen über das Frageprogramm und andere mit der künftigen Zählung verbundene Fragen.

Der Ausschuß konnte jedoch weder verbindliche Konzeptionen erarbeiten noch konkrete Vorbereitungen treffen. Ähnliches galt für einen Kreis deutscher Bevölkerungsstatistiker, die sich zur Behandlung bevölkerungsstatistischer Fragen zusammengeschlossen hatten und sich auf ihren Konferenzen auch mit der Weltzählung befaßten.

Das Fehlen einer zentralen, koordinierenden statistischen Behörde hatte sich bei der Zählung 1946 für Vorbereitung und Durchführung als nachteilig erwiesen. Für die methodische und organisatorische Vorbereitung eines viel umfangreicheren und schwierigeren Vorhabens war deshalb die rechtzeitige Einrichtung einer solchen Stelle unumgänglich. Die politische Entwicklung hatte hierfür inzwischen gewisse Vorbedingungen geschaffen. Die Tendenz, die durch den Zusammenbruch entstandene Zersplitterung des politischen und wirtschaftlichen Gefüges wenigstens in einem Teil des westlichen Deutschlands zu überwinden und damit neue Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu schaffen, hatte zum Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone im sogenannten Vereinigten Wirtschaftsgebiet geführt. Der damit verbundene Bedarf von Verwaltung und Wirtschaft an einwandfreien einheitlichen und vergleichbaren statistischen Unterlagen machte schließlich

in der Folge auch die Errichtung einer übergeordneten statistischen Zentrale notwendig, und so wurde durch Gesetz vom 21. Januar 1948 das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes errichtet⁶⁾. Die Statistischen Landesämter der französischen Zone blieben zunächst außerhalb dieses Zusammenschlusses⁷⁾.

Das Amt konnte allerdings noch nicht mit der Vorbereitung des Zählungswerks auf breiter Basis beginnen, weil die Bevölkerungsstatistik seiner Zuständigkeit zunächst noch entzogen war. Es durfte vorerst nur auf den Gebieten tätig werden, die zum gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und zur verwaltungsmäßigen Zuständigkeit der bizonalen Verwaltung gehörten. Erst durch Zustimmung des Zweimächtekontrollamtes (Bipartite Control Office) vom 14. Dezember 1948 und durch Beschluß des Verwaltungsrats vom 5. Januar 1949 wurde die Kompetenz auch auf die Bevölkerungsstatistik erstreckt. Damit wurde es nunmehr möglich, die Arbeiten für die Zählung in Angriff zu nehmen. Die Zuständigkeit für die Vorbereitung einer Wohnungszählung erhielt das Amt am 27. Januar 1949. Schließlich wurde auch mit den Vorarbeiten zur Arbeitsstättenzählung begonnen. Vorher hatte bereits der beim Amt gebildete Statistische Ausschuß die Probleme einer kommenden Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung im Rahmen des Zählungswerks erörtert.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland schritt auch die Konsolidierung des Statistischen Dienstes fort, indem zunächst das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die »mit der Statistik für Bundeszwecke beauftragte Stelle« wurde. Gemäß Art. 130 des Grundgesetzes sollte es auf den Bund überführt werden und als »Statistisches Bundesamt« ein eigenes Organisationsgesetz erhalten. Die Vorarbeiten hierfür zogen sich jedoch noch länger hin, so daß, um eine weitere Verschiebung des Zählungstermins zu vermeiden und eine ordnungsgemäße Durchführung der Zählung zu garantieren, eine Zwischenlösung gewählt werden mußte. Sie wurde in der Weise gefunden, daß das Statistische Amt unter dem Namen »Statistisches Bundesamt« als selbstständige Bundesoberbehörde die gesamte Zählung vorbereitete.

A. Aufgaben und Zusammenarbeit der beteiligten Stellen

Die Aufgaben- und Kompetenzverteilung entsprach dem föderativen Staatsaufbau, d. h. eines aus selbständigen Ländern gebildeten Bundesstaates. Die grundsätzliche politische und verwaltungsmäßige Dezentralisierung bedurfte dabei einer Ergänzung durch eine zentrale, planende und koordinierende Bundesbehörde, wenn gemeinsame Aufgaben einheitlich durchgeführt werden sollten.

Aufgaben der beteiligten Stellen

Dementsprechend wurde auch bei der Zählung der Arbeitschnitt so gelegt, daß die zentrale Aufgabe der Vorbereitung beim Statistischen Bundesamt, die Durchführung bei den Statistischen Landesämtern lag. Diese Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung wurde in das Volkszählungsgesetz⁸⁾ aufgenommen, das seinerseits Gegenstand der Vorbereitungsarbeiten des Statistischen Bundesamtes war. Es enthält die Bestätigung des bestehenden Zustandes, nach

dem die Vorbereitung der Zählung bereits vor sich ging, bevor das Gesetz verkündet wurde.

Die Vorbereitungsaufgaben des Statistischen Bundesamtes sind in verschiedenen Bestimmungen des Gesetzes festgelegt. Die allgemeine und umfassende Vorbereitungsfunktion formuliert § 6 Abs. 1 folgendermaßen:

»Die mit der Statistik für Bundeszwecke beauftragte Stelle bereitet unter dem Namen Statistisches Bundesamt als selbständige Bundesoberbehörde die Zählung, die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung und die ergänzenden Erhebungen vor. Zur Vorbereitung gehört auch die technische Festlegung der Zählpapiere, des Erhebungsverfahrens, des Mindesttabellenprogramms, des Verlaufes der Aufbereitung und des Mindestveröffentlichungsprogramms.«

Hierin sind die Vorbereitung ausdrücklich und die Wahrung von Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit als Aufgaben implizite enthalten. Die Zuständigkeit ist hierbei im ersten Satz so weit gezogen, daß in Verbindung mit der Aufzählung im zweiten Satz der gesamte Umfang der mög-

⁵⁾ Siehe hierzu: Szameitat, K., a. a. O., und den Beitrag von Treitschke, K. über »Vorbereitung« in: Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Städtetages vom Verband Deutscher Städtestatistiker, 1954. — ⁶⁾ Siehe hierzu und zum Folgenden: Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Aufbau — Aufgabengebiet. Tätigkeitsbericht 1948. Hrsg. vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Wiesbaden 1949. — ⁷⁾ Erst durch Verordnung vom 31. März 1950 wurde das Gesetz auch auf die französische Zone erstreckt.

⁸⁾ Die genaue Bezeichnung lautet: Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950). Vom 27. Juli 1950. — Wortlaut und Begründung sind im Anhang auf S. 81 ff. abgedruckt. Das Gesetz wird im Folgenden mit VZG 1950 abgekürzt.

lichen fachlichen, methodischen und technischen Planung abgegrenzt war und keine Lücken blieben. Eine weitere zentrale Funktion des Statistischen Bundesamtes in der Vorbereitungsphase bestand in der Berechnung der »voraussichtlichen Gesamtkosten der Statistischen Landesämter« gemäß § 13 Abs. 2a. Sie ergab sich aus der in § 6 Abs. 1 enthaltenen Aufgabe der fachlichen und methodischen Vorbereitung und der Notwendigkeit einer einheitlichen und gleichmäßigen Berechnung der Zuschußbeträge an die Länder.

Nicht auf Grund des Gesetzes, aber wegen seiner Stellung als zentraler statistischer Behörde führte das Statistische Bundesamt auch die erforderlichen interzonalen und internationalen Verhandlungen. Nach der Gründung des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übernahm dieses die Abstimmung der Zählungsvorbereitungen mit dem Statistischen Zentralamt der sowjetischen Besatzungszone. Die Bemühungen konzentrierten sich auf die möglichst einheitliche Durchführung einer Volks- und Berufszählung, die, ebenso wie eine Arbeitsstättenzählung, dann auch in der sowjetischen Besatzungszone stattfand, auf einen einheitlichen Stichtag und die Abstimmung in systematischen Fragen. Die Koordinierungsarbeiten führten hier zu dem Erfolg, daß für beide Gebiete sowohl eine einheitliche Berufs- wie auch Arbeitsstättenstatistik aufgestellt wurde. Die Kontakte lockerten sich aber im Laufe der Vorbereitung und hörten schließlich im Frühjahr 1950 ganz auf. Die sich aus der Anwesenheit der Besatzungsmächte ergebenden Sonderregelungen waren ebenfalls von der Statistischen Zentralbehörde direkt mit den entsprechenden Stellen der einzelnen Mächte und dem Zentralen Statistischen Büro der Alliierten Hohen Kommission vorzubereiten. Naturgemäß fiel auch die Bearbeitung der methodischen Probleme der Zählung dem Statistischen Bundesamt zu.

Demgegenüber war die dezentralisierte Durchführung der Zählung Aufgabe der Statistischen Landesämter. Dazu bestimmte § 6 Abs. 2:

»Die Statistischen Landesämter führen die Zählung, die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung und die ergänzenden Erhebungen vorbehaltlich der Bestimmung des Absatzes 3 durch. Zur Durchführung gehören die Vorarbeiten für die Befragung, die Bereitstellung der Zählpapiere, die Befragung und Aufbereitung.«

Nach der Aufzählung in § 6 Abs. 2 hatten die Statistischen Landesämter in der Vorbereitungsphase organisatorische und erhebungstechnische Vorarbeiten zu leisten, z. B. die Zählungsorganisation aufzustellen, die Fragebogen zu drucken und bei Repräsentativerhebungen die Auswahl, so von Wohnungen und Betrieben, vorzunehmen; die Aufstellung der Stichprobenpläne selbst gehörte als methodische Aufgabe zur Vorbereitung durch das Statistische Bundesamt.

Die Funktion der Gemeinden war die »unmittelbare Durchführung der Zählung«, d. h. die Befragung der Personen und Haushaltungen, die Ermittlung der Angaben für die Arbeitsstätten u. dgl. Die Vorbereitungen, die sie dazu treffen mußten, waren ebenfalls organisatorischer und erhebungstechnischer Art, wie z. B. Aufbau des Zählerapparates, die Zählbezirkseinteilung⁹⁾.

Der Arbeitsschnitt konnte jedoch aus methodischen Gründen in bestimmten Fällen auch anders gelegt werden. Dazu bestimmt § 6 Abs. 3:

»Das Statistische Bundesamt kann im Einvernehmen mit der Obersten Landesbehörde des betreffenden Landes die ergänzenden Erhebungen ganz oder teilweise selbst vornehmen. Es kann sich hierbei der Amtshilfe der Behörden bedienen oder die Durchführung sonstigen Stellen mit deren Einwilligung übertragen.«

Von dieser Möglichkeit machte das Statistische Bundesamt bei der repräsentativen Erhebung der Untermieten in Untermieterhaushaltungen und bei den Kostenstrukturerhebungen Gebrauch, weil aus Gründen der einheitlichen Bearbeitung eine zentrale Aufbereitung notwendig wurde. Die Auswahl

⁹⁾ Siehe dazu die Ausführungen in Abschnitt III. »Organisation und Durchführung der Zählung bis zur Aufbereitung« (S. 20 bis 46).

der Einheiten hingegen blieb Angelegenheit der Statistischen Landesämter. Aus der Durchführung wurde also hier die Aufbereitung herausgenommen.

Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den Ausschüssen

Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bzw. das Statistische Bundesamt wurden bei der Vorbereitung der Zählung durch den im Jahre 1948 gebildeten Statistischen Ausschuß¹⁰⁾ und dessen Fachausschüsse unterstützt. Die Einrichtung der Ausschüsse folgte aus dem föderativen Aufbau des Statistischen Dienstes. Sie sollte eine Beteiligung aller mitwirkenden und interessierten Stellen an der Vorbereitung von Statistiken ermöglichen; zum anderen machte das dezentralisierte System der Erhebung und Aufbereitung durch die Statistischen Landesämter deren Unterrichtung bei der Vorbereitung notwendig, wie umgekehrt das Statistische Bundesamt seiner Koordinierungsfunktion nur durch ständiges Zusammenwirken mit den Ämtern gerecht werden konnte. Der Statistische Ausschuß, ein beratendes Gremium unter dem Vorsitz des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, setzte sich aus Vertretern der Auftraggeber, der die Statistik durchführenden statistischen Behörden, der Benutzer der Statistik und der großen Organisationen zusammen, die zugleich einen wichtigen Teil der Befragten repräsentierten. Es waren dies im einzelnen die Bundesministerien als Auftraggeber, die Statistischen Landesämter, die kommunalen Spitzenverbände, die gewerbliche Wirtschaft, die Landwirtschaft, die Gewerkschaften und die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Hier wurden die Konzeptionen des Statistischen Bundesamtes zum Programm vorgebracht, die Grundzüge und der Umfang des Frageprogramms beraten und die verschiedenen, nicht immer übereinstimmenden Wünsche der einzelnen Stellen besprochen und aufeinander sowie auf das Programm abgestimmt sowie die wichtigsten methodischen und technischen Fragen behandelt. So beschäftigte sich der Statistische Ausschuß u. a. mit der Grundsatzfrage, ob mit der Volkszählung auch eine Wohnungszählung verbunden werden sollte.

Die Beratung von Einzelfragen, die sich bei der Ausarbeitung der Fragebogen, der Organisation der Erhebung, der Aufbereitung und der Veröffentlichung ergaben, war Aufgabe der einzelnen Fachausschüsse. In die Vorbereitung und Durchführung der Zählung waren folgende Fachausschüsse eingeschaltet:

Bevölkerungsstatistik	für die Volks- und Berufszählung und Fragen der Berufssystematik
Wohnungs- und Bau-statistik	für die Gebäude- und Wohnungszählung
Arbeitsstättenzählung	für die Zählung des Jahres 1950
Handels- und Verkehrs-statistik	für die Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben
Kostenstrukturuntersuchungen	für die Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten
Systematiken	speziell für die systematischen Fragen der Arbeitsstättenzählung
Flüchtlingsstatistik	speziell für die Berücksichtigung des Vertriebenenproblems
Maschinelle Aufbereitung	für die maschinelle Aufbereitung aller Zählungsteile

¹⁰⁾ Der auf Grund von § 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) beim Statistischen Bundesamt gebildete Statistische Beirat stellt heute das entsprechende Organ mit im wesentlichen gleichen Aufgaben dar. Einzelheiten über Zusammensetzung und Funktion von Statistischem Ausschuß bzw. Statistischem Beirat enthalten der bereits zitierte Tätigkeitsbericht des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 21 und S. 102 und das StatGes; siehe dazu auch: Die Bundesstatistik. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 82, S. 11.

Der Arbeit des Fachausschusses »Bevölkerungsstatistik« kam dabei wegen der zentralen Stellung der Volks- und Berufszählung besondere Bedeutung für die Koordinierung der Zählungsteile zu. Die Fachausschüsse standen unter der Leitung der zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes. Mitglieder der Ausschüsse waren jeweils die Fachreferenten des Statistischen Bundesamtes, der Statistischen Landesämter und der im Statistischen Ausschuss vertretenen Stellen und Organisationen. Außerdem berieten die mit der Arbeit an den einzelnen Zählungsteilen betrauten Referenten der Statistischen Ämter ihre speziellen methodischen und organisatorischen Probleme auf gesonderten Tagungen.

Zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Bundesministerien als Auftraggeber, dem Bundesamt und den einzelnen Interessenten an der Zählung wurden viele Einzelbesprechungen notwendig, abgesehen von dem umfangreichen Schriftwechsel. Der Zusammenhang der einzelnen fachlichen, methodisch-technischen und organisatorischen Probleme machte wechselseitige Kontakte der verschiedenen Ausschüsse und gegenseitige Beteiligung nötig. Aus der Tatsache mehrerer Zählungsteile folgte für das Statistische Bundesamt auf Grund seines Koordinierungsauftrages, daß die sachlichen Zusammenhänge und die methodisch-technischen und organisatorischen Verknüpfungen der Zählungsteile genügend berücksichtigt wurden.

Vorbereitungsarbeiten und Zeitmoment

Die Vorbereitungen in den Statistischen Ämtern und der Besuch von Tagungen und Sitzungen sowie die Dienstreisen

zu den verschiedenen Stellen brachten für alle Beteiligten beim Bund und in den Ländern große Arbeitsbelastungen mit sich, die sich auf relativ kurze Zeiträume zusammen-drängten. Setzt man den Beginn der Vorbereitungen mit dem Zeitpunkt gleich, zu dem das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Arbeiten für die Zählung offiziell aufnehmen konnte¹¹⁾, so verblieben als gesamte Vorbereitungszeit bis zum Zählungsschichttag rund 20 Monate, ein Zeitraum, der in Anbetracht des Umfangs der Zählung als relativ kurz angesehen werden muß. Das Statistische Bundesamt war dabei personell und arbeitsmäßig wegen der Verhandlungen mit Bundes-, Landes- und Kommunalstellen sowie mit den verschiedenartigen privaten Organisationen besonders stark in Anspruch genommen.

Zur Frage, ob sich aus den damaligen Erfahrungen bei der Vorbereitung Lehren für die Zukunft ableiten lassen, muß insbesondere auf die rechtzeitige Verabschiedung des Zählungsgesetzes für die Gewährung der Mittel hingewiesen werden, damit die Ingangsetzung der Vorbereitung bei den Statistischen Ämtern — Druck der Zählpapiere, der Aufbau der Zählungsorganisation u. dgl. — zeitig genug erfolgen kann. Die Zusammenarbeit mit der inzwischen stark ausgebauten Ausschussapparatur, insbesondere den auf Bundes- und Länderebene zur Begutachtung von Statistiken geschaffenen Ausschüssen, kann bei einem großen Zählungswerk zu erheblichen Verzögerungen führen. Diese wirken sich in einer Verlängerung der Vorbereitungszeit aus und sind deshalb bei der Planung zu berücksichtigen. Es sollte angestrebt werden, daß bei einer künftigen Zählung das Gesetz etwa ein Jahr vor dem Zählungsschichttag, spätestens jedoch 6 Monate zuvor, verkündet wird.

B. Das Zählungsgesetz¹²⁾

Zunächst seien einige kurze, allgemeine Ausführungen über die möglichen Formen eines Zählungsgesetzes und die Gesetzgebungsprozedur vorausgeschickt.

Die deutschen Volkszählungen werden durch Einzelgesetze angeordnet. Das hat zur Folge, daß die gesamte Materie jedesmal neu geregelt werden muß; damit kann aber auch bei jeder Zählung den neuen Voraussetzungen und Bedingungen Rechnung getragen werden. Es wären auch noch Dauer- oder Rahmengesetze möglich. Das Rahmengesetz kann sich unter Umständen zu einem Hemmnis für die Weiterentwicklung der Zählungen auswirken, wenn es zu starre Einzelbestimmungen enthält, hat aber den Vorteil, daß bei Festlegung der Periodizität Volkszählungen regelmäßig stattfinden müssen. Die Form des Rahmengesetzes bietet im föderativen Staat keine genügende Gewähr für Einheitlichkeit des Verfahrens und der Ergebnisse, weil die Bestimmung der Einzelheiten den Gliedstaaten überlassen bleibt. Gemäß Art. 73 Ziff. 11 GG gehört die Statistik für Bundeszwecke zur ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. Die Schaffung der Rechtsgrundlage war deshalb Bundesangelegenheit. Der vom Statistischen Bundesamt nach eingehenden Verhandlungen mit den beteiligten Stellen, die bereits seit Mitte 1949 geführt worden waren, ausgearbeitete Gesetzentwurf wurde dem Bundesministerium des Innern als dem zuständigen Ressort Mitte März 1950 zugeleitet und mit gewissen Änderungen von der Bundesregierung angenommen. Die weitere Behandlung war durch das Verfahren der Gesetzgebung bestimmt, d. h. nach Beratungen im Bundesrat und Bundestag sowie in deren zuständigen Ausschüssen wurde das Gesetz vom Deutschen Bundestag beschlossen und, nachdem der Bundesrat ihm zugestimmt hatte, schließlich durch den Bundespräsidenten am 27. Juli 1950 verkündet.

Die Dauer der Prozedur ist dadurch charakterisiert, daß vom Zeitpunkt der Absendung des Entwurfs der Bundesregierung an den Bundesrat bis zur Verkündung des Gesetzes rd. vier Monate vergingen. Dies muß als relativ schnell bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß die gesetzgebenden Körperschaften durch die Fülle neu zu

schaffender Rechtsgrundlagen im Übermaß beansprucht waren. Auf die inzwischen eingetretene Verlängerung der Prozedur infolge des Ausbaus des Ausschußwesens wurde schon hingewiesen.

Es mag noch erwähnt werden, daß nach dem damals geltenden Besatzungsstatut die Besatzungsmächte das Recht hatten, das Gesetz abzulehnen, wenn es ihrer Ansicht nach dem Grundgesetz oder den Bestimmungen des Besatzungsstatuts widersprach. Bei der Vorbereitung des Volkszählungsgesetzes wurde durch laufende Kontakte mit den zuständigen alliierten Behörden dafür Sorge getragen, daß diese gegen die endgültige Fassung keine Einwendungen erhoben.

Der Aufbau des Gesetzes

In den §§ 1 bis 5 sind der sachliche Umfang der Zählung und der zu befragende Personenkreis angegeben. § 5 bestimmt außerdem die Pflichten der Befragten. Die §§ 6 bis 8 enthalten die Bestimmungen über die vorbereitenden und durchführenden Stellen, deren Aufgaben und Kompetenzen. Die §§ 9 und 10 legen die Rechte und Pflichten der Zähler und aller mit der Zählung befaßten Personen fest und grenzen die Befugnisse des in die Individualsphäre eindringenden Staates ab. Die Spezialbestimmungen der §§ 11 und 12 regeln die Verpflichtungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter hinsichtlich der Veröffentlichung der Zählungsergebnisse und der Fortschreibungen. § 13 legt die Grundsätze der Kostenberechnung und Kostenregelung für das ganze Vorhaben fest. § 14 enthält die Strafandrohungen für Verstöße der Befragten (Auskunftspflichtige) gegen die Auskunftspflicht sowie die Strafbestimmungen für Verstöße der Auskunftsberechtigten, das sind die mit der Zählung befaßten Personen, gegen die ihnen zum Schutz der Auskunftspflichtigen auferlegte Geheimhaltungspflicht. Die §§ 15 und 16 bestimmen Durchführung und Inkrafttreten des Gesetzes. Die in § 15 Abs. 1 vorgesehene Ermächtigung brauchte nicht angewendet zu

¹¹⁾ Siehe S. 8. — ¹²⁾ Abdruck des Gesetzes nebst Begründung im Anhang auf S. 81 ff.

werden, weil die im Gesetz enthaltenen Vorschriften bzw. die ständigen vielfältigen, direkten Verbindungen zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern genügten, um die Vorbereitung der Zählung und die sachliche und zeitliche Einheitlichkeit zu sichern.

Im Gesetz haben Grundsätze der Verfassung ebenso ihren Niederschlag gefunden wie die zeitbedingten Einschränkungen der Souveränität durch die alliierten Streitkräfte mit ihren Sonderrechten. Die Bestimmungen des Gesetzes basieren auf dem föderalistischen Staatsgedanken, soweit es um die Beziehungen zwischen Bund und Ländern, auf den Prinzipien des Rechtsstaates, soweit es um die Beziehungen zwischen Staat und Staatsbürger geht.

Das föderalistische Prinzip

Es findet seinen Ausdruck in den Vorschriften des § 6¹³⁾ über die Aufgaben- und Kompetenzverteilung. Weil es sich um eine Statistik für Bundeszwecke handelte, war die Vorbereitung und die Wahrung von Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, während die Länder für die Durchführung der gesamten Zählung verantwortlich waren, da sie nach Art. 83 GG die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten durchzuführen haben. Abweichungen von diesem Grundsatz mußten im Gesetz ausdrücklich festgelegt werden, so in § 6 Abs. 3 hinsichtlich der ergänzenden Erhebungen. Die Übernahme von Aufgaben der Statistischen Landesämter durch das Statistische Bundesamt bedurfte des Einvernehmens mit den zuständigen obersten Landesbehörden der einzelnen Länder. Dem Grundsatz von Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung entsprach auch die Regelung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern in § 13¹⁴⁾. Die Gewährung von Bundeszuschüssen führte zu Diskussionen darüber, ob von effektiven oder durchschnittlichen Kosten ausgegangen werden sollte und damit zur Frage der Nachprüfung der Länderausgaben durch den Bund. Da eine Nachprüfung zu verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten geführt hätte, blieb es, auch noch aus anderen Gründen, bei der Berechnung unter Zugrundelegung durchschnittlicher voraussichtlicher Kosten.

Mit dem Gesetz übernahmen die Länder auch die Verpflichtung, das Zählungsprogramm, so wie es im Gesetz und in den Anlagen dazu festgelegt war, durchzuführen. West-Berlin mußte wegen seiner Sonderstellung das Zählungsgesetz durch ein eigenes Spezialgesetz¹⁵⁾ übernehmen, wodurch die Gewährung von Bundeszuschüssen für Berlin möglich wurde.

Dem föderativen Prinzip trug auch § 3 Abs. 4 Rechnung, wonach die Länder das Recht hatten, »zusätzliche Erhebungen anzustellen, soweit dadurch der Zweck dieses Gesetzes nicht gefährdet wird«. Die Länder haben von diesem Recht nur in ganz geringem Umfange Gebrauch gemacht, weil das Zählungsprogramm ihren Bedarf ausreichend berücksichtigte.

Die rechtsstaatlichen Grundsätze

Eine große Zählung nimmt den einzelnen Bürger in verschiedener Weise in Anspruch: Er muß als Zähler Auskünfte einholen, also im Interesse des Staates tätig werden, und als Befragter Auskünfte über sich und seinen privaten Bereich erteilen. Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß zur Zeit der Zählung im allgemeinen Bewußtsein noch die Erinnerung an die Verhältnisse vor und nach 1945 nachwirkten¹⁶⁾. Die übermäßige Beanspruchung des Einzelnen durch den Staat hatte zu einer Müdigkeit gegenüber den Forderungen des Staates und darüber hinaus zu einer verbreiteten Interesselosigkeit und Abneigung geführt, an öffentlichen Aufgaben mitzuwirken.

Das Grundgesetz hatte die Grundrechte des einzelnen, vor allem die Freiheit der Einzelpersonlichkeit und die Begrenzung des staatlichen Zwanges, besonders hervorgehoben. Es hatte, bei Betonung der Freiwilligkeit in einem Katalog der Grundrechte, entsprechende Grundpflichten nicht besonders aufgeführt, diese aber selbstverständlich nicht ausschließen wollen. So konnte man wegen der fehlenden Kodifizierung keine Verpflichtung bei der Bestellung der Zähler aussprechen, da verfassungsmäßig keine Pflicht zur Übernahme eines Ehrenamtes hergeleitet werden konnte¹⁷⁾.

In § 7 wurde deshalb nur eine Sollvorschrift aufgenommen, die wegen der ungeklärten Frage, ob und in welchem Umfange eine Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern bestand, den Begriff des »ehrenamtlichen« Zählers verwendet und von Zählern spricht, »die möglichst ehrenamtlich bestellt sein sollen«.

Die Grundsätze der Freiwilligkeit, des Schutzes des einzelnen vor unzulässigen Befragungen oder unrechtmäßigen Eingriffen in seine Privatsphäre fanden überall dort Berücksichtigung, wo das Gesetz dem Befragten Verpflichtungen auferlegte.

§ 3, der unter Hinweis auf die in den Anlagen zum Gesetz enthaltenen Fragen das Frageprogramm abgrenzt, will der rechtsstaatlichen Forderung genügen, »daß jeder durch ein Gesetz Verpflichtete den Umfang seiner Pflichten im wesentlichen aus dem Gesetz ersehen kann«¹⁸⁾. Es sollte dadurch vermieden werden, daß die durchführenden Stellen die Zählung ausweiteten. Es wurde ausdrücklich betont, daß eine allgemein gehaltene Ermächtigung oder »eine Verlagerung der genauen Festlegung der Pflichten auf die Durchführungsbestimmungen oder eine nur grobe Umreißen der Pflichten im Gesetz ... heutiger Rechtsauffassung« widerspräche. Die in den Anlagen enthaltenen Fragen konnten wohl in ihrem Wortlaut geändert oder weiter aufgegliedert werden; doch durfte dadurch der Inhalt nicht berührt werden. Das bedeutete für das Statistische Bundesamt, daß es besondere Sorgfalt walten lassen mußte, wenn aus methodischen oder erhebungstechnischen Gründen, insbesondere bei den späteren ergänzenden Erhebungen, Fragen des Kataloges in den Anlagen weiter aufzugliedern waren.

§ 5 verpflichtete die Befragten zur richtigen, vollständigen und fristgerechten Beantwortung der Fragen in den Zählpapieren. Eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Beantwortung wurde bei der Kostenstrukturerhebung gemacht. Die Erhebung war zwar angeordnet, doch bestand keine Verpflichtung der Befragten, Auskünfte zu erteilen. Da es sich bei der Erhebung um eine eingehende Feststellung der Kostenfaktoren der Unternehmungen handelte, wurde auf Wunsch mehrerer Bundesministerien, insbesondere auf die verfassungsrechtlichen Einwände des Bundesministeriums der Justiz hin, auf die Auskunftspflicht verzichtet.

Verweigerte ein Befragter in diesem Falle die Auskunft, so konnte er auch nicht bestraft werden. Dagegen sah § 14 Abs. 1 Geld- oder Gefängnisstrafen vor, wenn Auskunftspflichtige Fragen, zu deren Beantwortung sie verpflichtet waren, »vorsätzlich falsch, unvollständig oder nicht rechtzeitig beantworteten« oder sich überhaupt weigerten, Fragen zu beantworten. Die Statistischen Landesämter machten aus begreiflichen psychologischen Gründen — die meisten Beanstandungen gab es bei der Arbeitsstättenzählung, insbesondere wegen der Umsatzfrage — keinen übermäßigen Gebrauch von den gegebenen Möglichkeiten. Man wollte den Erfolg der Zählung nicht durch Opposition der Befragten gefährden und verließ sich mehr auf Belehrungen und Mahnungen, zumal es sich häufig um nicht rechtzeitige Abgabe von Fragebogen handelte. In hartnäckigeren Fällen hatten zumeist schon Strafandrohungen Erfolg. Die ein-

¹³⁾ Zu Aufgaben und Kompetenzen im einzelnen siehe die Ausführungen im vorhergehenden Abschnitt II. A. — ¹⁴⁾ Vgl. im einzelnen dazu Abschnitt II. E. »Kosten des Zählungswerkes« (S. 16 bis 19). — ¹⁵⁾ Durch Gesetz vom 30. August 1950; Wortlaut siehe Abdruck im Anhang auf S. 91. — ¹⁶⁾ Siehe dazu auch Abschnitte III. C. »Zählerproblem, Zählergewinnung, Zählereinsatz« (S. 33 bis 39) und III. D. »Zählungspropaganda« (S. 39 bis 42).

¹⁷⁾ Vgl. hierzu Abschnitt III. C. 3. »Gesetzliche Grundlagen der Zählerbestellung und ihre Auswirkung in der Praxis« (S. 34 bis 36. — ¹⁸⁾ Aus der Begründung zum Gesetz (Abdruck im Anhang auf S. 86 ff.).

zelen Landesämter gingen, auch hinsichtlich der Verhängung von Strafen, verschieden vor. Bei den Strafen handelte es sich ausschließlich um Geldbußen.

§ 9 legte dem Zähler zwar das Recht und die Pflicht auf, aus Zweckmäßigkeitsgründen (Lesbarkeit der Eintragungen, Eintragungen an der richtigen Stelle) die notwendigen Eintragungen in den Fragebogen selbst vorzunehmen, machte dies aber davon abhängig, daß der Auskunftspflichtige damit einverstanden war und mit der Einschränkung, »soweit dies zur Erfüllung des Zählungszwecks erforderlich... ist«. Der Zähler sollte dadurch, wie es die Begründung zum Gesetz ausdrückt, »kein besonderes Eingriffsrecht in die Privatsphäre des einzelnen erhalten«.

Geheimhaltung

Von besonderer Bedeutung waren die Bestimmungen zur Geheimhaltung der Individualangaben der Auskunftspflichtigen. Durch das ständige Eindringen des Staates in die private Sphäre und durch die mit der »Bewirtschaftung« verbundenen Unzuträglichkeiten war ein Mißtrauen gegen Befragungen aller Art zurückgeblieben, mit dem auch bei der Zählung gerechnet werden mußte. Wollte man das Mißtrauen zerstreuen, daß die Angaben des einzelnen nicht nebenbei noch zu steuerlichen oder Bewirtschaftungszwecken verwendet oder auch anderen als statistischen Stellen bekanntgegeben werden könnten — d. h. also sich gegen seine Interessen auswirkten —, so mußten entsprechende strikte Zusicherungen gegen mißbräuchliche Verwendung gegeben werden. Die Begründung zum Gesetz charakterisiert die Situation folgendermaßen: »Ohne das Gebot der Verschwiegenheit wären die Befragten vor die Alternative gestellt, entweder eine nach heutiger Rechtsauffassung nicht zumutbare Offenbarung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erdulden oder aber die Unwahrheit zu sagen, wobei erfahrungsgemäß die Wahl zu Ungunsten der statistischen Wahrheit ausfällt.« Die ausdrückliche Zusicherung der Verschwiegenheit war um so notwendiger, als zum Teil sehr »delikate« Fragen, z. B. nach der Kostenstruktur und erstmals auch nach dem Umsatz der Unternehmungen, gestellt wurden.

§ 10 des Gesetzes regelte die Geheimhaltung für die gesamte Zählung und stellte das »notwendige Korrelat« zu der in § 5 festgelegten Auskunftspflicht der Befragten dar. Der erste Absatz umschreibt den zur Geheimhaltung der Einzelangaben¹⁹⁾ verpflichteten Personenkreis unter Festlegung der Verpflichtung:

»Alle mit der Zählung sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen.«

Praktisch handelte es sich dabei um die Zähler, das Personal der Gemeindeverwaltungen, der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes. Der zweite Absatz behandelt die Verwendung der Angaben:

»Die durch die Zählung gewonnenen Angaben sowie ihre Kenntnis dürfen nur zu statistischen Zwecken benutzt werden; sie dürfen insbesondere nicht für Zwecke der Polizei-, der Steuer- und der Wohnungsbehörden verwendet werden.«

Die Bestimmungen des § 14 Abs. 2 ergänzen den Geheimhaltungsschutz durch Strafandrohung gegenüber denjenigen, die die Geheimhaltungspflichten verletzen. Diese Vorschriften bildeten auch das Korrelat zu der ebenfalls mit Strafe bedrohten Verweigerung der Auskunftserteilung. Sollte das Ziel des Staates, eine einwandfreie Bilanz der Bevölkerung und ihrer Verhältnisse zu erhalten, erreicht werden, so mußte der Forderung nach wahrheitsgemäßen Angaben eine Garantie gefahrloser Verwendung für den

Auskunftspflichtigen gegenübergestellt werden. Der Schutz des einzelnen erforderte, daß ein Verstoß gegen die Geheimhaltung schon dann als gegeben anzusehen war, wenn dadurch für ihn die Möglichkeit und Gefahr von Nachforschungen, Schwierigkeiten und Schädigungen seitens anderer als statistischer Stellen heraufbeschworen wurden. § 14 stellte somit nicht ein Erfolgs- sondern ein Gefährdungsdelikt unter Strafe.

Die allgemeine Formulierung von § 10 Abs. 2 »nur zu statistischen Zwecken« und die nur beispielhafte, nicht erschöpfende Aufzählung der von der Benutzung der Angaben ausgeschlossenen Behörden hat zu Mißverständnissen bei der praktischen Arbeit und in der Folge zu einigen allerdings nur auf wenige Orte beschränkten, unliebsamen Vorkommnissen geführt²⁰⁾. Dabei handelte es sich nicht um Verstöße der Zähler oder der Statistischen Landesämter gegen die Geheimhaltungspflicht. Trotz der Vielzahl der mit der Erhebung und Aufbereitung beschäftigten Personen, es waren allein rd. 500 000 Zähler eingesetzt, wurde kein Fall einer Pflichtverletzung berichtet. Dagegen kam es bei einigen Gemeindeverwaltungen zu Verstößen gegen die Vorschriften.

Die Gemeinden waren verpflichtet, vor Weitergabe der Zählpapiere deren Vollständigkeit zu prüfen. Um die vollständige Erfassung aller Personen in ihrer Gemeinde durch die Zählung festzustellen, zogen sie zur Kontrolle ihre Einwohnerkarteien heran. Dieses Verfahren war zur Erfüllung des Erhebungszwecks gerechtfertigt und stellte keinen Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen dar. Sie benutzten aber nun die Gelegenheit zugleich auch, um umgekehrt die Karteien an Hand der Volkszählungsangaben zu überprüfen und gegebenenfalls zu berichtigen. Dies geschah in der Absicht, ihre Karteien in Ordnung zu bringen und damit eine besondere Befragung für die Karteibereinigung zu ersparen. Die à-jour-Haltung einer Kartei ist wegen der zwischenzeitlichen Veränderungen immer schwierig, so daß die Gelegenheit einer umfassenden Bestandsaufnahme begrüßt wurde und es im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung und Verbilligung angebracht erschien, die Karteien auf den neuesten Stand zu bringen. In kleinen Gemeinden war es den Bürgermeistern wohl auch unverständlich, daß sie hiervon keinen Gebrauch machen durften, da sie bei der Zählung vielfach zugleich Zählungsleiter waren, also zwei Funktionen zugleich ausübten. Außerdem war der wechselseitige Vergleich von Zählungsunterlagen und Karteien bisher stillschweigend üblich gewesen, ohne daß darin jemand einen Verstoß gegen die Geheimhaltung von persönlichen und sachlichen Einzelangaben oder eine Verletzung der Interessen des einzelnen gesehen hätte. Die Motive waren also durchaus verständlich. Objektiv gesehen, handelte es sich jedoch um eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht, weil nach dem Wortlaut des Gesetzes die Karteibereinigung nicht als »statistischer Zweck« angesehen werden konnte. Die Notwendigkeit einer scharfen Unterscheidung wurde auch deswegen von den Betroffenen nicht gesehen, weil die Karteien ihrer Ansicht nach auch die Grundlagen der vom Gesetzgeber ebenfalls gewünschten Fortschreibung der wichtigsten Bevölkerungszahlen waren und an Hand der Volkszählungsangaben auf den neuesten Stand gebracht werden sollten. Da es sich offenbar dabei auch um einen statistischen Zweck handelte, waren sie ihrer Meinung nach zu ihrem Vorgehen berechtigt und konnten darin keine Verletzung eines persönlichen Interesses der Befragten erblicken. Hiergegen war einzuwenden, daß die Karteien eben auch vielfältigen anderen, nicht statistischen Zwecken dienten und deshalb die Zählungsangaben nicht benutzt werden durften.

In einigen Fällen sind die Angaben über den Wohn- und Arbeitsort von Pendelwanderern als Unterlagen für den interkommunalen Gewerbesteuerausgleich benutzt worden. Es handelte sich dabei um eine von vorgesetzten Behörden

¹⁹⁾ Über die sonst noch zum Schutz der Befragten bei der Erhebung getroffenen praktischen Vorkehrungen unterrichtet Abschnitt III. »Organisation und Durchführung der Zählung bis zur Aufbereitung« (S. 20 bis 46).

²⁰⁾ Siehe hierzu und zum Folgenden: Fürst, G.: Das Vertrauen in die Geheimhaltung statistischer Angaben. In: Wirtschaft und Statistik. 2. Jg. N. F., H. 8, November 1950, S. 282 ff.

angeordnete Maßnahme, um spezielle Feststellungen zu sparen. Gegen die wechselseitige Mitteilung von Gesamtzahlen der zwischen verschiedenen Gemeinden pendelnden Arbeitnehmer bestehen keine Bedenken, da hierbei Einzelangaben von Personen nicht erkennbar werden. Unzulässig war jedoch die namentliche Meldung der einzelnen Pendler und ihrer Arbeitsstätten durch ihre Wohngemeinde an die Betriebsgemeinde, in der sie arbeiteten, weil damit die statistische Feststellung Grundlage für eine steuerliche Maßnahme wurde und nach dem Gesetz die durch die Zahlung gewonnenen Angaben insbesondere nicht für Zwecke der Steuerbehörden verwendet werden durften. Hiergegen wurde von den Betroffenen eingewendet, daß mit dem Austausch der Angaben für den einzelnen Veranlagten kein persönlicher Nachteil verbunden sei und die Mitteilungen mit seiner steuerlichen Veranlagung nichts zu tun hätten. Die allgemeine Formulierung des Zählungsgesetzes verbot aber auch diese Maßnahmen.

Da diese alsbald bekannt wurden, konnte ihre weitere Durchführung unterbunden werden. Ein Schaden für Einzelpersonen trat nicht ein. Es ging bei der ganzen Angelegenheit aber vor allem um das Prinzip der Geheimhaltung im Interesse der Statistik, die auf wahrheitsgemäße Angaben angewiesen ist und diese nur erhalten wird, wenn der dafür zugesicherte Vertrauensschutz tatsächlich garantiert ist. Die gegen die Verantwortlichen eingeleiteten Verfahren bestätigten die Vermutung, daß sie in gutem Glauben und nicht aus Vorsatz gehandelt hatten. Bei der Anordnung der Arbeiten waren sie sich, nicht zuletzt infolge der abstrakten Formulierung »statistische Zwecke«, wodurch die Absichten des Gesetzgebers nicht präzise zum Ausdruck kamen, der Unzulässigkeit ihres Tuns nicht bewußt.

Es zeigte sich, wie notwendig eine eindeutige Festlegung der Verwendungszwecke der durch Erhebungen ermittelten Angaben in den Rechtsgrundlagen ist. Da die Erhebungen, insbesondere die umfassenden allgemeinen Volkszählungen auch die Unterlagen für die Arbeit der Verwaltungen liefern und dazu auch Einzelangaben zur Verfügung gestellt werden müssen, sollte die vorgesehene Verwendung in den Rechtsgrundlagen selbst ausdrücklich angegeben sein. Die allgemeine Formulierung »statistische Zwecke« genügt in solchen Fällen nicht. Die damit verbundenen Rechtsprobleme der Statistik sind eingehend und nach verschiedenen Richtungen hin durchdacht worden. Die geltenden Grundsätze sind in dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 kodifiziert worden. Es hat die Komplexe Auskunftspflicht und Geheimhaltungspflicht allge-

mein geregelt²¹⁾. Seine Bestimmungen und die ihnen zugrunde liegenden Auffassungen bilden damit auch die Grundlage für künftige Zählungsgesetze.

Hier sei von den künftig zu berücksichtigenden Besonderheiten für ein neues Zählungsgesetz nur die Verwendung von Einzelangaben aus unveröffentlichtem Zählungsmaterial für wissenschaftliche Zwecke genannt, z. B. für Dissertationen und Habilitationsschriften. Die Statistischen Ämter sind nach der Zahlung von wissenschaftlichen Instituten oft um Überlassung von Einzelangaben gebeten worden. Besonders landwirtschaftliche Forschungsinstitute brauchen naturgemäß für ihre vielfach regional eng begrenzten Untersuchungen Einzelangaben, die ihnen seinerzeit unter Hinweis auf die Geheimhaltung verwehrt werden mußten. Wenn das Gesetz die Überlassung von Einzelangaben, selbstverständlich unter Beachtung aller Sicherungen, für diese Zwecke zulassen würde, könnte das mit großem Aufwand und hohen Kosten gewonnene Material der wissenschaftlichen Forschung auch in Einzelheiten zugänglich gemacht werden.

Die Aufzählung der Zwecke, für die Einzelangaben herausgegeben werden dürfen, würde auch die Statistischen Landesämter von der Verantwortung entlasten, in jedem Fall prüfen zu müssen, ob es sich dabei um statistische Zwecke handelt. Für sie ist dieses Problem hauptsächlich deswegen gegeben, weil sie über das Urmaterial verfügen.

Es ist natürlich in der Forderung nach eingehender Angabe der Verwendungszwecke, eventuell auch der Art der freizugebenden Einzelangaben, genügend Problematik enthalten. Lag die Schwierigkeit bei der allgemeinen Formulierung der statistischen Zwecke in der Auslegung dieser Generalklausel, so besteht sie bei der kasuistischen Aufzählung darin, die möglichen Verwendungszwecke bei der Schaffung des Gesetzes voraussehen und einen Katalog der Angaben aufstellen zu müssen, deren Weiterleitung erlaubt ist. Hier erreicht das Streben, Lücken im Gesetz zu schließen, und der Wunsch nach Perfektion unter Umständen sehr schnell eine Grenze. Die Bestimmungen des § 10 waren auch bei der Veröffentlichung der Ergebnisse zu beachten²²⁾. Insbesondere stellte die Beachtung der Vorschriften die Statistischen Landesämter bei Veröffentlichungen zur Arbeitsstättenzählung vor schwierige Entscheidungen. Es war hauptsächlich zu prüfen, inwieweit bestimmte Ergebnisse dieser Zahlung Einzelangaben darstellten und wie die Ergebnisse konzentriert werden mußten, damit eine ausreichende Geheimhaltung garantiert war.

C. Verknüpfung der Zählungsteile

Das Zählungswerk umfaßte folgende Erhebungen:

- Eine Gebäudevorerhebung,
- eine Volks- und Berufszählung,
- eine Gebäude- und Wohnungszählung,
- eine Zahlung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten,
- eine Zahlung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar,
- eine Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben,
- eine Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten,
- eine Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen,
- eine Zahlung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen.

Bei den Vorbereitungen wurden die Vor- und Nachteile, die mit der Verknüpfung mehrerer Erhebungen verbunden sind, unter fachlichen und organisatorischen Gesichtspunkten gegeneinander abgewogen. Es wurde geltend gemacht, daß das zeitliche Zusammenfallen mehrerer großer Erhebungen in Verbindung mit dem umfangreichen Programm zur Über-

forderung der Befragten, der Gemeinden als Träger der unmittelbaren Durchführung der Zahlung und der Statistischen Landesämter und damit zu Ergebnissen geminderter Qualität führen müßte²³⁾. Abgesehen davon, daß ein dringendes Sachinteresse an den Ergebnissen, vor allem der Volks- und Berufs- sowie der Wohnungszählung bestand, das keine zeitliche Verschiebung der einen zu Gunsten der anderen Zahlung duldete, waren es gerade organisatorische, speziell erhebungstechnische Argumente, die schließlich den Ausschlag für eine gleichzeitige Durchführung aller Zählungsteile gaben. Auch beim Abwägen der erhebungspsychologischen Momente neigte man im Endergebnis mehr dazu, die Zahlung im Gesamtumfang mit einem Male durchzuführen, weil dadurch die Befragten auch nur einmal bemüht zu werden brauchten²⁴⁾.

Organisatorische Gründe für die Verknüpfung

Die Befragung der Personen und Haushaltungen, die Feststellung der Gebäude und Wohnungen sowie der Wohnverhältnisse und die Zahlung der Arbeitsstätten hätten bei

²¹⁾ Vgl. Busch, R.: Zur Frage der Auskunftspflicht und Geheimhaltungspflicht in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik. 6. Jg. N. F., H. 3, März 1954, S. 119 ff.

²²⁾ Nähere Ausführungen dazu enthält Abschnitt V. »Veröffentlichung der Ergebnisse« (S. 73 bis 74). — ²³⁾ Siehe dazu auch den Abschnitt III. C. »Zählerproblem, Zählergewinnung, Zählereinsatz« (S. 33 bis 39). — ²⁴⁾ Vgl. hierzu Abschnitt III. D. »Zählungspropaganda« (S. 39 bis 42).

getrennter Durchführung, infolge der vorgesehenen totalen Bestandsaufnahme, jeweils für sich die vollständige Einrichtung der Erhebungsorganisation notwendig gemacht und insgesamt nicht zu vertretende beträchtliche Mehrkosten verursacht. Deswegen war es zweckmäßiger, eine Organisation aufzubauen, die in der Erhebungsphase allen Zählungsteilen zugleich diene. Die Einrichtung der Zählungsdienststellen in den Gemeinden, der Aufbau des Zählerapparates, die Schulung der Zähler, die Austeilung und Einsammlung der Erhebungspapiere usw. waren dadurch nur einmal vorzunehmen, wenngleich damit auch eine Arbeitsanhäufung in einem kurzen Zeitraum verbunden war. Da die Gewinnung von Zählern, nicht zuletzt wegen der Abneigung gegen ehrenamtliche Inanspruchnahme, Schwierigkeiten bereitete und die Gemeinden in der Hauptsache immer wieder auf die öffentlich Bediensteten zurückgreifen mußten, wäre bei wiederholter Heranziehung des gleichen Personenkreises die Situation nur ungünstiger geworden.

Die Vorwegnahme der Landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1949 bedeutete eine Entlastung für das Zählungswerk. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die Zählungsorganisation in den ländlichen Gemeinden für die Volkszählung nochmals eingerichtet werden mußte und es auch Befürworter einer gleichzeitigen Durchführung wegen der erhebungstechnischen Gründe, aber auch wegen der Möglichkeit des Vergleichs von gewissen Volks- und Berufszählungsangaben mit den entsprechenden Angaben der Landwirtschaftlichen Betriebszählung gab. Jedoch wurden im Rahmen der Volks- und Berufszählung in der Haushaltsungsliste auch Anschlußfragen nach der Bodenbewirtschaftung und der Bewirtschaftung von Bodenflächen unter 0,6 ha gestellt. Diese Fragen waren von Bedeutung für die Signierung nach dem Beruf sowie zur Ergänzung der Landwirtschaftlichen Betriebszählung und konnten nur bei der allgemeinen Volkszählung gestellt werden, da diese sich an alle Personen auch in den städtischen Gemeinden wandte²⁵⁾.

Die Bestandsaufnahme aller Arbeitsstätten setzte geradezu eine allgemeine Volkszählung voraus. Da die Zähler alle in ihren Zählbezirken vorhandenen Gebäude und Wohnungen aufsuchen mußten, bot sich die Gelegenheit, dabei die dort befindlichen Arbeitsstätten zu ermitteln und Arbeitsstättenbogen abzugeben. Nachdem eine Erfassung aller Arbeitsstätten beschlossen war, blieb dies der einzig mögliche Weg, an sie heranzukommen. Als »Nebenprodukt« fielen dabei Adressen von Betrieben an, die bisher in der Kartei der zur Industrieberichterstattung meldenden Firmen fehlten. Die Arbeitsstättenzählung ermöglichte also die Bereinigung dieser Kartei. Die Haushaltsungsliste enthielt auch Kontrollfragen zur Ermittlung von Arbeitsstätten.

Die Frage, ob mit der Volks- und Berufszählung eine Wohnungszählung durchgeführt werden sollte, war umstritten. Es wurde nicht nur mit den bereits erwähnten organisatorischen Schwierigkeiten — Überlastung der Erhebung und Aufbereitung durch eine weitere Zählung²⁶⁾ — gegen eine Verknüpfung argumentiert, sondern auch ein psychologisches, aus den Zeitverhältnissen resultierendes Argument wurde ins Feld geführt²⁷⁾. Die Wohnungsnot eines Teils der Bevölkerung und die damit verbundene Wohnungsbewirtschaftung, so meinte man, würde dazu führen, die Wohnverhältnisse allgemein durch eine zu hohe Personenzahl ungünstiger erscheinen zu lassen, als sie wirklich wäre, entweder um Einweisungen zu verhüten oder um Wohnungsansprüche gegenüber dem Wohnungsamt zu begründen. Dadurch würden nicht nur die Wohnungszählungs-, sondern auch die Volkszählungsergebnisse falsch. Schließlich entschied man sich aber doch für eine Verknüpfung beider Zählungen. Den möglichen Befürchtungen bei der Bevölkerung wurde dadurch entgegengewirkt, daß die Verwendung der Wohnungszählungsangaben für Bewirtschaftungszwecke

durch das Zählungsgesetz (§ 10 Abs. 2) verboten wurde. Entscheidend für die Verknüpfung war im Falle der Wohnungszählung nicht nur, daß die Befragung zusammen mit der Volkszählung aus den angeführten Gründen zweckmäßiger erschien, sondern auch die Möglichkeit, bestimmte Angaben der Wohnungszählung bei der Aufbereitung durch korrespondierende der Volkszählung zu kontrollieren, so hinsichtlich der Belegung²⁸⁾. Die Wohnungszählung konnte außerdem bestimmte Angaben der Volkszählung übernehmen, die sonst durch einen speziellen Fragebogen hätten ermittelt werden müssen. Bei der Aufbereitung ergaben sich aus der gemeinsamen Durchführung der drei Zählungsteile nicht nur Kontrollmöglichkeiten für die Wohnungszählung durch den Vergleich von Haushaltsungsliste und Wohnungsbogen, sondern durch den Vergleich von Haushaltsungsliste und Arbeitsstättenbogen auch Kontrollen auf Vollzähligkeit der letzteren. Für die zeitlich später liegenden ergänzenden Erhebungen lieferten die Zählungsteile der Hauptzählung das Adressenmaterial. Bei den repräsentativen Erhebungen war das Material der entsprechenden Zählungsteile zugleich die Grundlage für die Auswahl.

Sachlich-begriffliche Verknüpfung

In einer vornehmlich Organisation und Technik der Zählung behandelnden Darstellung können fachlich-methodische Fragen nur gestreift werden, doch erscheint es notwendig, wenigstens auf einige wichtige Gründe hinzuweisen, die zu einer sachlich-begrifflichen Verbindung mehrerer Zählungsteile geführt haben. Die gemeinsame Durchführung von Volks- und Berufszählungen folgt, fachlich gesehen, aus den vielfachen sachlichen und methodischen Zusammenhängen beider Erhebungen, so daß eine Trennung heute kaum noch vorstellbar ist; es mag aber daran erinnert werden, daß sie erstmals 1925 gemeinsam stattfanden. Die Vereinigung beider Zählungen gibt die Möglichkeit, durch die an die Person anknüpfenden Erhebungsmerkmale Struktur und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung gleichzeitig zu erfassen. Ein Gesamtbild des Wirtschaftsgefüges vermitteln die Ergebnisse der Berufs- und Arbeitsstättenzählung, wobei die eine Zählung vom Menschen, die andere vom Betrieb ausgeht. Die Arbeit auf systematischem Gebiet diene als methodische Koordinierung dem Ziel globaler Vergleichbarkeit der Beschäftigtenzahlen. Die Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung und die Arbeitsstättensystematik wurden im Zuge der Zählungsvorbereitungen aufeinander abgestimmt. Am Rande sei vermerkt, daß die Wirtschaftszweigsystematik auch mit der Systematik der Arbeitsverwaltung abgestimmt und damit die Berufszählungsergebnisse, wenn auch nicht in Einzelheiten, mit der Beschäftigtenstatistik der Arbeitsverwaltung vergleichbar wurden.

Grundlegend war die aus der gemeinsamen Durchführung von Volks- und Wohnungszählung folgende weitgehende Angleichung der Begriffe »Haushaltung« und »Wohnpartei«²⁹⁾. Wegen des komplexen Charakters der Haushaltung unter den heutigen Lebensverhältnissen war es notwendig, von den verschiedenen Merkmalen, wie gemeinsame Hauswirtschaft und Wohngemeinschaft sowie teilweise Einkommensgemeinschaft, dasjenige auszuwählen, das »wirklich faßbar und erhebungs- und aufbereitungstechnisch eindeutig« war. Das diesen Anforderungen entsprechende Kriterium war das des Zusammenwohnens, d. h.: »Wo immer jemand als Hauseigentümer, Hauptmieter oder Untermieter die Verantwortung für die eigene Unterkunft oder die Unterkunft der mit ihm zusammenlebenden Personen trägt, haben wir es mit einem Haushaltungsvorstand bzw. mit einer Haushaltung zu tun«³⁰⁾.

²⁵⁾ Der Viehbestand der Kleinbetriebe unter 0,5 ha war bereits bei der Allgemeinen Viehzählung vom Dezember 1949 festgestellt worden. — ²⁶⁾ Die letzte umfassende Wohnungszählung hatte 1927 unter wesentlich anderen Voraussetzungen stattgefunden. — ²⁷⁾ Vgl. dazu: Treitschke, K., a. a. O., S. 11 und Deneffe, P.: Das voraussichtliche Programm der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1950. Teil III. Wohnungszählung, a. a. O., S. 299.

²⁸⁾ Vgl. dazu: Deneffe, P., a. a. O., S. 299. — ²⁹⁾ Siehe hierzu im einzelnen: Horstmann, K.: Das voraussichtliche Programm der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1950. Teil II. Die Volks- und Berufszählung, a. a. O., S. 296 und ders.: Die Haushaltungen nach der Größe und nach der Zahl der Kinder. Endgültiges Ergebnis der Volkszählung vom 13. September 1950. In: Wirtschaft und Statistik. 3. Jg. N. F., H. 11, November 1951 und Deneffe, P., a. a. O., S. 299. — ³⁰⁾ Vgl. hierzu: Horstmann, K. in: Wirtschaft und Statistik. 2. Jg. N. F., H. 11, November 1951, S. 430.

Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Die Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten nimmt unter den ergänzenden Erhebungen eine besondere Stellung ein. Schwieriges Frageprogramm, Vielfalt der Erhebungsformen, langdauernde Ermittlungen, besondere Vorkehrungen zur Sicherung der Geheimhaltung, Hemmnisse bei der Durchführung infolge der Eigenart der Erhebung, Bedeutung der Ergebnisse für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen heben sie deutlich von den übrigen ergänzenden Erhebungen ab.

Wichtigste Aufgabe der Kostenstrukturserhebung war, durch Erfragung von Strukturdaten gegenwartsnahe Unterlagen zur Verbesserung der Sozialproduktsberechnung zu gewinnen, um diese von der Vorkriegsbasis zu lösen. Zugleich aber sollten ihre Ergebnisse auch branchentypische Richtzahlen und damit Anhaltspunkte für den Betriebsvergleich liefern. Für die Vorschläge, die der Bundesausschuß Betriebswirtschaft (BBW) für Betriebsvergleiche ausgearbeitet hat, ist der Fragebogen der Kostenstruktur weitgehend als Rahmen benutzt worden.

Gesetzliche Grundlage der Kostenstrukturserhebung war § 2 Abs. 2 VZG 1950. Das Frageprogramm (Ziffer II der Anlage 2 zum VZG 1950) mußte für das Gesetz bereits in einem Zeitpunkt fixiert werden, in dem sich die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch im Anfangsstadium befanden. § 3 Abs. 3 VZG 1950, der generell ein Abweichen von den in Anlage 1 und 2 zum Gesetz gegebenen Formulierungen und eine Untergliederung von Fragen gestattete, soweit der Inhalt der Fragestellung erhalten blieb, war deshalb für die Kostenstrukturserhebung von besonderer Bedeutung. Die Befragung erfolgte gemäß § 5 VZG 1950 auf freiwilliger Grundlage, weil dies angesichts der Fragen nach der Kostengestaltung geboten erschien. Diese Vorschrift besagte jedoch nicht, daß keine Verpflichtung zur Durchführung der Erhebung bestünde. Diese war durch Gesetz angeordnet, und mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Ergebnisse für die Arbeit der Verbände und der Unternehmungen selbst wurden diese für die Beteiligung gewonnen.

Der begreiflichen Scheu der befragten Unternehmungen, Daten aus der Kostenrechnung bekanntzugeben, wurde dadurch Rechnung getragen, daß neben den für das gesamte Zählungswerk geltenden Vorschriften über die Geheimhaltung (§ 10 VZG 1950) noch spezielle Sicherungsmaßnahmen getroffen wurden. Die Fragebogen erhielten nur eine Kennnummer; Firmenbezeichnung und Unterschrift wurden nicht verlangt. Den Unternehmungen war freigestellt, die ausgefüllten Vordrucke, soweit Fachverbände eingeschaltet waren, ihrem Fachverband oder unmittelbar dem Statistischen Bundesamt zu übersenden. Insbesondere ist bei der Veröffentlichung der Ergebnisse darauf geachtet worden, daß keinerlei Rückschlüsse auf einzelne Firmen gezogen werden können.

Die Kostenstrukturserhebung wurde als Repräsentativerhebung in folgenden Wirtschaftsbereichen³²⁾ durchgeführt:

Industrie einschließlich Bauindustrie,
Handwerk einschließlich Bauhandwerk,
Großhandel,
Verlagsgewerbe,
Einzelhandel,
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe,
Verkehrsgewerbe,
Ärzte,
Zahnärzte, Dentisten.

Der Repräsentationsgrad, d. h. das Verhältnis der Zahl der erfaßten zu der Zahl der durch die Arbeitsstättenzählung 1950 überhaupt ermittelten Unternehmungen, hing in den einzelnen Bereichen davon ab, ob genügend gleichartige Unternehmungen vorhanden waren und deshalb mit einer einheitlichen Kostengestaltung gerechnet werden konnte. Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche war ein Auswahlatz von 3 vH vorgesehen. In Wirtschaftszweigen mit vielen relativ gleichartig strukturierten Unternehmungen, z. B. Bäcker-, Fleischerhandwerk, Lebensmitteleinzelhandel, konnte man unter diesem Satz bleiben. In Industrien mit starker Differenzierung mußte er jedoch zum Teil auf 50 vH und mehr erhöht werden. Bei einem Vergleich der durch die Arbeitsstättenzählung und der durch die Kostenstrukturserhebung festgestellten Umsätze ergibt sich im allgemeinen ein höherer Auswahlatz, als er der Zahl der einbezogenen Unternehmungen entspricht. In den Wirtschaftszweigen, für die Forschungsstellen oder Verbände bereits brauchbare Betriebsvergleichsergebnisse ermittelt hatten, die dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt werden konnten, wurde keine Befragung vorgenommen, so z. B. in der Werkzeugindustrie und einer Reihe von Großhandelszweigen. Die Gesamtzahl der durch die Erhebung erfaßten Unternehmungen betrug rd. 44 000.

Erhebungs- und Bearbeitungseinheit war die Unternehmung einschließlich aller Verwaltungs- und Hilfsbetriebe. Nur sie war kompetent für die Beantwortung der Fragen, insbesondere nach der Kostengestaltung, nach Wert des Gesamtumsatzes, Steuern, Abschreibungen, Lagerwerten. Den Unternehmungen der Industrie war freigestellt, bei Bestehen einer gesonderten Betriebsabrechnung Angaben über Teilbetriebe zu machen. Dieser Versuch, auch den Teilbetrieb als Erhebungseinheit zuzulassen, hat sich praktisch kaum ausgewirkt, da die Unternehmungen von der Möglichkeit nur selten Gebrauch gemacht haben.

Eine Erläuterung der bei der Kostenstrukturserhebung verwendeten Begriffe ist in den Veröffentlichungen über die Ergebnisse der Kostenstrukturserhebung enthalten.

Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben

Der Gewinnung ausreichender statistischer Daten über die wachsende Bedeutung des Straßenverkehrs sollte eine im März 1950 durchgeführte Repräsentativerhebung über den Güterkraftverkehr auf Straßen einschließlich des Werkverkehrs dienen. Ihre Ergebnisse vermochten jedoch das allseitig vorhandene Bedürfnis nach Zahlenunterlagen für verkehrs- und wirtschaftspolitische Zwecke nicht voll zu befriedigen. Die Arbeitsstättenzählung 1950 bot nunmehr durch ihr Anschriftenmaterial die Möglichkeit, mittels einer ergänzenden Totalerhebung die Lücke auf diesem Verkehrssektor zu schließen. Die Arbeitsstättenzählung selbst hatte zwar bereits wichtige Grundtatsachen über die Betriebe der Wirtschaftsgruppe 84 »Straßenverkehr« sowie der Wirtschaftszweige 871 »Spedition und Lagerei« und 873 »Kraftfahrunterricht und private Kraftfahrzeugüberwachung« erfragt, konnte jedoch auf die strukturellen Besonderheiten der Betriebe, die fachliche Gliederung ihres Personals, die Zusammensetzung ihres Fuhrparks, ihre Beförderungsleistungen sowie auf die mannigfachen Kombinationen innerhalb der Wirtschaftsgruppe wie auch mit anderen verwandten Sparten nicht eingehen.

Seit Herbst 1949 wurde die »Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben« im Fachausschuß »Handels- und Verkehrsstatistik« mit den Verkehrsstatistikern der Statistischen Landesämter, den Vertretern des Bundesverkehrsministeriums, ab Frühjahr 1950 auch mit den Fachverbänden des Güternah- und -fernverkehrs vorbereitet. Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr wurde vom Bundesminister des Innern durch Erlaß vom 27. März 1951 zum Zeitraum für die Durchführung der Er-

³¹⁾ Nähere Einzelheiten hierzu enthalten die speziellen Veröffentlichungen. — ³²⁾ Mit besonderer Rechtsgrundlage wurde für das Kalenderjahr 1953 eine Statistik der Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft durchgeführt (Verordnung vom 5. Juli 1954, Bundesanzeiger Nr. 128 vom 8. Juli 1954, S. 1).

hebung der Monat Mai 1951, zum Stichtag für die Angaben über die Zahl der Beschäftigten und den Fahrzeugbestand der 15. Mai 1951 bestimmt.

Im Gegensatz zu § 2 Abs. 2 des VZG 1950 lautet die endgültige Bezeichnung der Statistik »Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben«. Durch diese Einschränkung wurde der Werkverkehr ausgeschlossen. Einbezogen wurden alle gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe einschließlich Spedition und Lagerei, private Kraftfahrzeugüberwachung und Kraftfahrunterricht sowie kombinierte Betriebe, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im gewerblichen Straßenverkehr hatten. Ausgenommen von der Zusatzerhebung war der schienen- und oberleitungsgebundene Straßenverkehr von

Deutscher Bundesbahn und Deutscher Bundespost,
Privat- und Kleinbahnen,
Straßen-, Hoch- und Untergrundbahnen,
Städtischen Schwebbahnen, Bergbahnen,
Obus-Betrieben.

Soweit aber diese Unternehmungen gegen Entgelt verkehrende Kraftomnibusse und andere Kraftfahrzeuge betrieben, wurden sie miteinfaßt.

Wegen der vielfältigen Kombinationen im Straßenverkehrsgewerbe sowie mit bereichsfremden Gewerben wurde an Hand eines großen Teils der Fragebogen im Juli 1951 eine Probeauszählung der Kombinationen vorgenommen, die zu einer systematischen Gliederung der einfachen und kombinierten Zweige des gewerblichen Straßenverkehrs³⁹⁾ führte.

Die Wahl der Erhebungseinheit war bei den vorbereitenden Beratungen durch die Annahme einer weitgehenden räumlichen Dezentralisation der zu den Unternehmungen gehörenden Arbeitsstätten beeinflusst worden. Die Ergebnisse zeigten jedoch, daß diese Annahme — zumindest hinsichtlich ihres Ausmaßes — nicht zutraf und daß, hätte man die Anschriften der Unternehmungen bereits damals zur Verfügung gehabt, diese selbst die adäquate Erhebungseinheit gewesen wären. Bei Vorbereitung der Erhebung war dies aber nicht vorauszusehen, sondern man glaubte, die Unternehmung nicht wählen zu sollen, weil bei sehr großen Firmen, die im Gebiet mehrerer Bundesländer tätig waren, eine regionale Zuordnung der Kraftfahrzeuge und Leistungen einen sehr erheblichen Aufwand bei der Aufbereitung verursachen würde. Bei Befragung jeder einzelnen örtlichen Einheit aber hätte sich ergeben, daß bei Bestehen mehrerer Betriebsstätten in einer Gemeinde die Angaben über Kraftfahrzeuge und deren Leistungen mühsam und vielleicht noch unzutreffend auf die einzelnen örtlichen Einheiten hätten aufgeteilt werden müssen. Dies wäre im übrigen vom Erhebungsziel aus gesehen zwecklos gewesen. Man entschied sich auf Grund dieser Erwägungen für die »gemeindliche Betriebseinheit«, die alle Arbeitsstätten des gleichen Unternehmens innerhalb des Bezirks einer politischen Gemeinde zusammenfaßt.

Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen

Die im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung festzustellenden Hauptmieten bedurften im Hinblick auf not-

wendige mietpreispolitische Maßnahmen einer Ergänzung durch eine Ermittlung der Untermieten, zumal der nicht im Besitz einer eigenen Wohnung befindliche Teil der Bevölkerung sehr groß war. Die Erhebung sollte Aufschluß geben über die Mietpreise im Untermietverhältnis, die Zusammensetzung der Untermiete aus der Leermiete und den Entgelten für sonstige Leistungen des Vermieters sowie über die Relation zwischen Hauptmieten und Untermieten.

Bei den vorbereitenden Beratungen war zunächst erwogen worden, alle Untermieter, die zur Ausfüllung einer Haushaltungsliste verpflichtet waren, auf diesem Zählpapier nach dem Mietaufwand und der Zusammensetzung der Miete zu befragen. Nachdem jedoch beschlossen worden war, einen besonderen Wohnungsbogen für die Wohnungszählung zu schaffen, wurde vereinbart, die Zusatzfragen auf der Haushaltungsliste fortfallen zu lassen und die für erforderlich erachteten Angaben nachträglich zu erheben. Dies empfahl sich einmal deshalb, weil die Untermieten nicht nur von Art, Größe und Zahl der Räume, sondern auch von vielfältigen Nebenleistungen abhängig sind, der Einbau entsprechender Fragen in die Haushaltungsliste also das bereits ungewöhnlich umfangreiche Zählungsprogramm über Gebühr ausgeweitet hätte. Auch wollte man eine übermäßige Belastung des durch die allgemeine Zählung ohnehin sehr beanspruchten Behörden- und Verwaltungsapparates während der Volkszählung und der ersten Aufbereitungszeit vermeiden. Vor allem aber erschien es nicht notwendig, das Sonderproblem der Untermieten durch eine Totalerhebung zu klären. Eine repräsentative Befragung von Untermieterparteien wurde für ausreichend gehalten.

Für das Stichprobenverfahren kamen drei Auswahlprinzipien in Betracht:

1. Herausgreifen des x-ten Wohnungsbogens mit Untermieterparteien aus dem Material der Wohnungszählung,
2. Zufallauswahl von Klumpen,
3. gezielte Auswahl von Klumpen.

Wegen organisatorischer und finanzieller Vorteile entschied man sich für das Klumpenauswahlverfahren, und zwar für die einfache Zufallsauswahl.

Als Erhebungsmethode wurde die direkte Befragung durch Interviewer gewählt. Zeit- und Kostenersparnis, Fortfall von Rückfragen, Vereinfachung von Signierung und Aufbereitung sprachen ebenfalls für das Interviewverfahren, das allerdings eine sorgfältige Auswahl und Schulung der Ermittler voraussetzte.

Zur Erhebungseinheit wurde die »Spezialwohnung«, d. h. die Normalwohnung mit einer oder mehreren Untermieterparteien, bestimmt. Notwohnungen aller Art, gewerblich benutzte Räume, Dienst- und Werkwohnungen blieben unberücksichtigt.

Die Ermittlungen wurden auf die Gemeinden mit 1 000 Einwohnern und darüber beschränkt, da in Orten mit geringerer Einwohnerzahl Untermietverhältnisse seltener waren. Nur in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern mit ihrem hohen Anteil von Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung und entsprechend hohem Prozentsatz von Untermietern auch in ländlichen Gemeinden sowie in Baden lag die Grenze bei 500 Einwohnern.

E. Kosten des Zählungswerkes

Kostenregelung

Nach der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, wie sie Art. 83 des Grundgesetzes vorsieht, führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit durch. Von diesem Grundsatz ausgehend, übertrug das Volkszählungsgesetz 1950 (§ 6 Abs. 2) den Statistischen Landesämtern die Durchführung der Zählung, während die Vorbereitung beim Statistischen Bundesamt lag (§ 6 Abs. 1). Im

Prinzip gilt bei Bundesstatistiken, daß die Kosten von den Stellen getragen werden, bei denen sie anfallen. Die sich daraus ergebende Regelung für die Verteilung des Kostenaufwandes bei der Volkszählung ist im § 13 VZG 1950, dem sogenannten »Kostenparagrafen« enthalten. Er bestimmt, dem allgemeinen Grundsatz entsprechend, daß die beim Statistischen Bundesamt anfallenden Kosten von diesem, die übrigen von den Ländern zu tragen sind. Da das Zählungswerk ein Vorhaben besonders großen Umfanges darstellte, erforderte seine Durchführung von den Ländern einen hohen

³⁹⁾ Vgl. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 48, S. VI und VII.

finanziellen Aufwand. Außerdem bestand an den Ergebnissen sowohl ein Länder- wie ein Bundesinteresse, das auch bei der Lastenverteilung Berücksichtigung finden mußte. Deswegen wurde eine Zuschußverpflichtung des Bundes an die Länder festgelegt (§ 13 Abs. 2). Die Fassung dieser Bestimmungen, insbesondere die Frage der Höhe der Zuschüsse zu den Kosten in den Statistischen Landesämtern, war Gegenstand eingehender Beratungen. Eine Gesamtübernahme der Zählungskosten durch den Bund war bisher bei Volkszählungen nicht üblich und hätte auch wegen der allgemeinen Verpflichtung der Länder, die Kosten der Bundesstatistiken zu tragen, keine Aussicht auf Zustimmung gefunden. § 13 Abs. 2a sah deshalb einen Bundeszuschuß vor

»in Höhe der Hälfte der von dem Statistischen Bundesamt errechneten voraussichtlichen Gesamtkosten der Statistischen Landesämter für die Durchführung dieses Gesetzes«.

Es wurde also nicht von den tatsächlichen Ausgaben der Statistischen Landesämter, sondern von einer Vorausberechnung ihrer Kosten durch das Statistische Bundesamt ausgegangen. Diese Regelung begrenzte die Verpflichtungen des Bundes und gab ihm die Möglichkeit, den Gesamtbetrag im Voraus in den Bundeshaushalt einzustellen. Da die Zuschüsse als Einnahmen in die Haushalte der Länder eingesetzt wurden, unterlag ihre Verwendung den gleichen haushaltsrechtlichen Bestimmungen und Prüfungen durch die Länderrechnungshöfe wie die übrigen Länderausgaben. Die Länder ihrerseits hatten einen Rechtsanspruch auf einen feststehenden Betrag, der unabhängig von ihren effektiven Ausgaben war. Der Bund war einer Nachprüfungspflicht der Ausgaben enthoben, die auch wegen des damit verbundenen Eingriffes in die Eigenstaatlichkeit der Länder verfassungsrechtlich bedenklich gewesen wäre. Bei dieser starren Festlegung war eine Nachzahlung an die Länder bei Mehrausgaben infolge Erhöhung der Löhne und Gehälter und durch Preissteigerungen bei den Sachausgaben ausgeschlossen. Andererseits hatten die Länder den Vorteil, daß auch bei Unterschreitung der Kosten der Bundeszuschuß voll zur Verteilung gelangte. Insofern war auch ein gewisser Anreiz zu kostensparendem Arbeiten gegeben.

Für die Errechnung der voraussichtlichen Gesamtkosten wurde von einheitlichen Durchschnittssätzen ausgegangen, da zum Zeitpunkt ihrer Berechnung die Kostenfaktoren in den einzelnen Ländern stark unterschiedlich waren.

Eine Bezuschussung der Länderkosten war im übrigen auch bei den Zählungen von 1925, 1933 und 1939 bei ähnlicher Aufgabenverteilung erfolgt. Die Kostenregelung für die Volkszählung 1946 wich dagegen wegen der in den einzelnen damals bestehenden Besatzungszonen uneinheitlichen Aufgabenverteilung von der bisherigen Praxis ab.

In Anbetracht des großen Umfanges der Zählung und der dadurch den Gemeinden erwachsenden Aufwendungen für die unmittelbare Durchführung wurden auch ihnen Zuschüsse bei der Zählung 1950 gewährt. Bisher war es in Deutschland nicht üblich, den Gemeinden für ihre Mitwirkung bei statistischen Erhebungen besondere Mittel durch den Staat zur Verfügung zu stellen. Das Volkszählungsgesetz sah auch keine direkte Verteilung von Zuschüssen durch den Bund an die Gemeinden, sondern an die Länder vor. Es war Sache der Länder, in welcher Höhe sie ihren Gemeinden Zuschüsse zu den Zählungskosten leisten wollten.

Infolgedessen konnte das Volkszählungsgesetz auch keine Vorschriften über die absolute Höhe der Zuschußbeträge enthalten, sondern nur die Verpflichtungen des Bundes an die Länder nach oben abgrenzen. Der Bund trug auch hier im Grundsatz die Hälfte der Länderkosten, jedoch nur bis zu einem Höchstbetrage. § 13 Abs. 2b bestimmte deshalb einen Zuschuß

»in Höhe der Hälfte der den Gemeinden von den Ländern erstatteten Kosten, aber von nicht mehr als 0,05 DM oder bei Gemeinden, die eine vollständige Gebäudevorerhebung durchführen, von nicht mehr als 0,10 DM je Kopf der gezählten Bevölkerung (Wohnbevölkerung)«.

Im Gegensatz zum Bundeszuschuß zu den Kosten in den Statistischen Landesämtern, der unabhängig von den tatsächlichen Länderausgaben war, ging also die Bezuschussung der Gemeindegzuschüsse der Länder von den effektiven Leistungen der Länder an die Gemeinden aus.

Gemäß § 13 Abs. 5 übernahm der Bund auch für West-Berlin die Verpflichtung zur Zuschußzahlung, sofern es sich — wie es bei der Zählung auch der Fall war — den Bestimmungen des Gesetzes anschloß.

Die Aufteilung der Zuschüsse auf die Länder und die zeitliche Aufteilung auf die Rechnungsjahre 1950, 1951 und 1952 erfolgte gemäß § 13 Abs. 3 durch den Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesrat. Sie konnte erst erfolgen, nachdem die endgültigen Zählungsergebnisse vorlagen, weil die Aufteilung des Zuschusses zu den Kosten der Statistischen Landesämter gemäß § 13 Abs. 3 unter Berücksichtigung der Anzahl der gezählten Personen (Wohnbevölkerung), Wohnungen und Arbeitsstätten vorzunehmen war.

Berechnung der voraussichtlichen Gesamtkosten

Kosten der Hauptzählung

Die Berechnung der voraussichtlichen Gesamtkosten der Zählung erfolgte durch das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern. Aus früheren Zählungen vorliegende Unterlagen und Kostenansätze auf Grund von Probearbeiten wurden herangezogen, um die Kosten je Erhebungseinheit, d. h. je Kopf der Bevölkerung und je Arbeitsstätte, zu ermitteln.

Hierbei ergaben sich unter Zugrundelegung des Zählungsprogramms folgende voraussichtliche Kosten für die Hauptzählungsteile:

Volks-, Berufs- und Wohnungszählung	
je Kopf der Bevölkerung	0,72 DM
Arbeitsstättenzählung	
je Arbeitsstätte	1,50 DM

Auf Grund fundierter Schätzungen wurde für das Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) zur Errechnung der Kosten angenommen, daß durch die Zählung 50 Mill. Personen und 3 Mill. Arbeitsstätten erfaßt werden würden.

Als voraussichtliche Gesamtkosten der Statistischen Landesämter ergaben sich demnach bei

50 Mill. Einwohnern (je 0,72 DM) ..	36,0 Mill. DM
3 Mill. Arbeitsstätten (je 1,50 DM) ..	4,5 Mill. DM
zusammen ..	40,5 Mill. DM

Von diesen Gesamtkosten ausgehend, errechnete sich der Bundeszuschuß auf insgesamt

20,25 Mill. DM	wovon auf die
Volks-, Berufs- und Wohnungszählung	18,00 Mill. DM
und auf die Arbeitsstättenzählung	2,25 Mill. DM
entfielen.	

Wenn auch diese Zuschußbeträge nicht im Volkszählungsgesetz genannt worden sind, so waren sie doch als feststehend und verbindlich anzusehen. Die Berechnung war dem Gesetzentwurf zur Erläuterung der »von dem Statistischen Bundesamt errechneten voraussichtlichen Gesamtkosten« beigegeben, war Grundlage der Beratungen im Parlament und ausschlaggebend für die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zur Kostenregelung.

Die Dauer der Arbeiten (einschließlich der Vorbereitung) wurde auf 3 Jahre veranschlagt. Dem Arbeitsanfall bei den Statistischen Landesämtern entsprechend, wurden die Zuschußbeträge des Bundes in den Haushalt des Statistischen Bundesamtes in folgender Aufgliederung eingestellt:

Rechnungsjahr 1950	10,888 Mill. DM
Rechnungsjahr 1951	7,862 Mill. DM
Rechnungsjahr 1952	1,500 Mill. DM
zusammen	20,250 Mill. DM

Die Kosten der ergänzenden Erhebungen wurden nach denselben allgemeinen Grundsätzen berechnet.

Die Durchführung dieser Erhebung einschließlich der Aufbereitung oblag nach § 6 Abs. 2 ursprünglich den Statistischen Landesämtern. Die Kosten waren mit 200 000 DM veranschlagt worden und in den voraussichtlichen Gesamtkosten von 36 Mill. DM für die Volks-, Berufs- und Wohnungszählung mitenthalten. Mit Zustimmung der obersten Landesbehörden wurde der Erhebungsplan geändert und die Aufbereitung der Zählpapiere nicht mehr durch die Statistischen Landesämter, sondern durch das Statistische Bundesamt vorgenommen. Dies hatte zur Folge, daß sich der Kostenanfall bei den Statistischen Landesämtern verringerte und entsprechende Mehrkosten im Statistischen Bundesamt entstanden. Es wurden deshalb nachträglich aus den 36 Mill. DM die für die Untermietennacherhebung darin mitveranschlagten 200 000 DM herausgelöst und die Verteilung der voraussichtlichen Kosten — dem geänderten Arbeitsschnitt entsprechend — neu berechnet. Die bei den Statistischen Landesämtern entstehenden Kosten wurden mit 153 000 DM veranschlagt und der Bundeszuschuß zu den Kosten der Länder insgesamt auf 76 500 DM festgesetzt.

Die gesamte Durchführung und auch die Aufbereitung dieser Zusatzerhebung lag bei den Statistischen Landesämtern. Die Kosten bei den Landesämtern wurden mit 143 560 DM kalkuliert. Dem Betrage lag eine von den Statistischen Landesämtern geschätzte Zahl von 74 000 Betrieben zugrunde. Der Bundeszuschuß zu den Kosten der Statistischen Landesämter betrug die Hälfte der errechneten Gesamtkosten, das sind 71 780 DM.

Die Durchführung der Erhebung erfolgte, soweit der Erhebungsplan dies vorsah, durch die Statistischen Landesämter, während die Aufbereitung des Erhebungsmaterials generell durch das Statistische Bundesamt vorgenommen wurde.

Kosten der Zählung in den Gemeinden

Aus erhebungstechnischen Gründen wurde in durch den Krieg stark zerstörten Gemeinden oder Gemeindeteilen eine Gebäudevorerhebung vorgesehen, deren Kosten zusammen mit denen der Haupteerhebung auf 0,20 DM je Kopf der Bevölkerung veranschlagt wurden. Für Gemeinden oder Ge-

Nachstehend werden die aus den endgültigen Zählungsergebnissen ermittelten Zuschußbeträge je Erhebungseinheit angegeben:

Zur besseren Übersicht wurden die Zuschußbeträge je Erhebungseinheit abgerundet wiedergegeben. Bei der Abrechnung selbst wurde mit 6 Stellen hinter dem Komma gerechnet.

Im Gegensatz zu den vorgenannten Berechnungen, die von feststehenden Zuschußbeträgen ausgingen, stand der Zuschußbetrag des Bundes zu den von den Ländern den Gemeinden erstatteten Zahlungskosten nicht fest. Für Zwecke der Etatisierung im Bundeshaushalt war zwar ein Durchschnittszuschußbetrag von 0,075 DM je Kopf der Bevölkerung zugrunde gelegt worden, jedoch mußten die Leistungen des Bundes gemäß § 13 Abs. 2b VZG 1950 von den effektiven Zuschüssen der Länder an die Gemeinden ausgehen. Von einzelnen Ländern war im Benehmen mit den Gemeindegremienverbänden eine je nach Zahl und Größe der Gemeinden verschiedenartig gestaffelte Bezuschussung der Gemeindegremienkosten vorgenommen worden. Hierbei wurden den Großstädten höhere Quoten zugerechnet als den kleineren Gemeinden. Für die Berechnung des Bundeszuschusses war es aber unerheblich, ob und in welchem Verhältnis die Länder eine Staffelung der Gemeindegremienzuschüsse vorgenommen hatten. Die interne Staffelung der Beträge war Sache der Länder.

Als Grundlage für die Errechnung hatte jedes Land lediglich folgende Angaben zu machen:

- 1. Zahl der Wohnbevölkerung des Landes,
- 2. Bevölkerungszahl der Gemeinden oder Gemeindeteile, in denen eine Gebäudevorerhebung durchgeführt wurde,
- 3. Summe der Zuschußbeträge, die an diese Gemeinden gezahlt wurden,
- 4. Summe der Zuschußbeträge an die übrigen Gemeinden des Landes.

Da aber die Zuschußbeträge des Bundes die im § 13 Abs. 2b VZG 1950 genannten Höchstsätze von 0,10 DM bzw. 0,05 DM je Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen durften, wurden

- a) die Summen der Zuschußbeträge zu 3. und 4. halbiert,
- b) die Zahl der Wohnbevölkerung zu 2. mit 0,10 DM und die Bevölkerungszahl der restlichen Gemeinden mit 0,05 DM multipliziert und beide Beträge dann addiert.

Die Gesamtbeträge zu a) und b) wurden verglichen und der jeweils kleinere von beiden Beträgen als Bundeszuschuß gezahlt.

Die nicht verbrauchten Mittel wurden zurückgegeben.

Einen Gesamtüberblick über den Kostenplan, die effektiv gezahlten Bundeszuschüsse zu den Kosten der Landesämter in der Aufgliederung nach Ländern und Zählungsteilen und die Zuschüsse zu den Kosten der Gemeinden gibt nachstehende Tabelle:

Kostenplan für das Zählungswerk 1950 und Zuschußleistung des Bundes an die Länder
(in 1000 DM)

Zahlungsteil	Vom Stat. Bundesamt errechnete voraussichtliche Gesamtkosten	hiervon überwies der Bund als endgültigen Zuschuß an die Länder										
		insgesamt	davon an									
			Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bremen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Baden-Württemberg	Berlin
Volks- und Berufszählung } Gebäude- und Wohnungszählung	35 800,0	17 900,0	931,8	576,6	2 441,1	4 739,1	200,6	1 552,8	1 079,1	3 277,4	2 330,3	771,0
Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten	4 500,0	2 250,0	96,0	88,8	260,8	513,7	27,9	211,8	148,5	464,1	327,3	111,1
Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen	153,0	76,5	4,4	2,5	10,8	20,1	1,0	7,1	2,7	14,9	8,8	4,2
Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben	143,6	71,8	3,4	3,8	8,2	18,6	1,1	5,8	4,8	12,4	9,8	3,7
Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten	81,4	40,7	1,7	1,7	4,3	6,5	0,5	3,9	2,9	6,4	4,4	8,4
zusammen	40 678,0	20 339,0	1 037,3	673,4	2 725,2	5 298,0	231,1	1 781,4	1 238,0	3 775,2	2 680,6	898,4
Durchführung in den Gemeinden	7 500,0	3 430,4	160,1	160,6	425,8	971,1	50,1	270,6	190,3	613,0	374,1	214,7
Länder und Gemeinden zusammen	48 178,0	23 769,4	1 197,5	834,0	3 150,9	6 269,2	281,3	2 052,0	1 428,2	4 388,3	3 054,7	1 113,1
Kosten des Statistischen Bundesamtes	4 087,0											
insgesamt veranschlagte Kosten	52 265,0											

Differenzen in den Summen ergeben sich durch Runden der Einzelbeträge.

Kosten der Zählung im Statistischen Bundesamt

Im Haushalt des Statistischen Bundesamtes wurden die Gesamtausgaben für das Zählungswerk 1950 mit 4 087 000 DM veranschlagt. Sie wurden für die Vorbereitung des Zählungswerkes, die Zusammenstellung der Bundesergebnisse, deren Drucklegung und Veröffentlichung und die zentralen Aufbereitungsarbeiten, wie z. B. für die Kostenstrukturerhebungen, die Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen, die Auszählung der 100. Lochkarten aus der Volks- und Berufszählung und zur teilweisen Finanzierung der bei Abschnitt »Aufbereitung« erwähnten Folgearbeiten zur Volks- und Berufszählung verwendet.

Die Gesamtkosten der Zählung bei Bund, Ländern und Gemeinden betrugen insgesamt rd. 51,9^{*)} Mill. DM.

Dabei sind als Kosten der Länder — Kosten in den Statistischen Landesämtern und Gemeinden — die Hälfte der vom Statistischen Bundesamt errechneten voraussichtlichen Kosten und die ihnen vom Bund gezahlten Zuschüsse eingesetzt worden.

Von den Gesamtkosten entfielen auf den Bund die Kosten des Statistischen Bundesamtes und die Zuschüsse zu den Kosten der Statistischen Landesämter einschließlich Gemeindekosten mit

rd. 27,8 Mill. DM.

^{*)} Um rd. 0,3 Mill. DM geringer als der veranschlagte Betrag.

III. Organisation und Durchführung der Zählung bis zur Aufbereitung

A. Aufgaben und Aufbau der Zählungsorganisation

Unter Organisation wird im vorliegenden Abschnitt das Einrichten des Zählungsapparates für die Erhebung im engeren Sinne verstanden, wobei die zu beteiligenden, zum Teil erst zu errichtenden Stellen bestimmt und ihnen ihre Aufgaben zugewiesen wurden. Durchführung wird hier gebraucht für die Befragung und umfaßt, abweichend von § 6 Abs. 2 VZG 1950, lediglich die Vorarbeiten für die Befragung, die Bereitstellung der Zählpapiere und die Befragung selbst. Die Aufbereitung, da nicht der unmittelbaren Durchführung der Zählung dienend, wird deshalb nicht an dieser Stelle, sondern in Abschnitt IV dargestellt. Von einer Aufgliederung der Ausführungen in Organisation und Durchführung wurde wegen der engen Verzahnung bei der Zählung abgesehen, weil sich hierdurch Wiederholungen ergeben hätten. Es wurde also bei der jeweiligen organisatorischen Einrichtung zugleich ihre Funktion und ihre Leistung behandelt.

1. Aufgaben der an der Zählung beteiligten Stellen

Statistisches Bundesamt

Aus der bereits unter II A skizzierten Aufgabenverteilung folgte, daß das Statistische Bundesamt in der Erhebungsphase sich grundsätzlich auf Lenkung und Koordinierung beschränkte. Eine ganz scharfe Grenze zwischen den vorbereitenden und den durchführenden Maßnahmen war allerdings praktisch nur schwer zu ziehen. Es ergab sich also, daß auch im Stadium der Durchführung dem Statistischen Bundesamt bisweilen Aufgaben zufielen, die zur Sicherung der Einheitlichkeit der Erhebung in allen Ländern von ihm übernommen werden mußten. Als Beispiele dürfen aufgeführt werden: Klärung von Mißverständnissen, die in der Öffentlichkeit auftraten, Entscheidung in Zweifelsfragen der Zählungsdienststellen, Arbeiten bei den ergänzenden Erhebungen, bei denen das Statistische Bundesamt stärker eingeschaltet war als bei dem eigentlichen Zählungswerk, ferner Absprachen mit Organisationen, die für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik tätig waren.

Statistische Landesämter

Lag auch das Schwergewicht der Befragung — das Volkszählungsgesetz spricht von »unmittelbarer Durchführung« — bei den Gemeinden, verantwortlich für eine zweckentsprechende, vollständige, reibungslose und termingemäße Vornahme der Zählung waren die Statistischen Landesämter. Die besonderen Anlaufschwierigkeiten, die 1946 vor allem in den neu errichteten Landesämtern aufgetreten waren³⁵⁾, hatten sich zwar wesentlich verringert. Die vorliegenden Erfahrungen erlaubten eine weit reibungslosere Durchführung als vier Jahre zuvor. Aber der Umfang des Zählungswerkes 1950 warf Probleme auf, die selbst von Ämtern mit langjähriger Tradition durchaus nicht leicht zu meistern waren.

Eine Zählungsorganisation war aufzubauen, die Schulung der Zählungsdienststellen und Zähler, die an alle Beteiligten größte Anforderungen stellte und die genaueste Unterrichtung der mit der Unterweisung der Zähler betrauten Kräfte zur Voraussetzung hatte, war in die Wege zu leiten. Die näheren Anweisungen für den Aufbau dieser Organisation sowie für alle übrigen mit der eigentlichen Erhebung zusammenhängenden Fragen waren in den Durchführungsbestimmungen der Länder zu regeln, die den jeweiligen Voraussetzungen angepaßt werden mußten. Da das Statistische Bundesamt nur einen Rahmenterminplan geben konnte, um den regionalen Verhältnissen genügend Spielraum zu lassen, mußte von den Statistischen Landesämtern ein genauer Zeitplan für den Ablauf des Zählgeschäftes aufgestellt werden. Die Eigenart der Länder, landsmannschaftliche Besonderheiten, waren auch bei der Gestaltung der Zählpapiere, z. B. bei der Wahl der Musterbeispiele, zu berücksichtigen. Für Zählbezirksbuch und Zählbezirksbericht

hatte das Statistische Bundesamt Vorlagen gegeben, die von den Ländern mit Abweichungen verwendet wurden. Der verschiedenen hohen Zerstörungsgrad der Baulichkeiten in den Gemeinden bedingte in den Ländern nach Art und Umfang abweichende Aufgaben bei der Gebäudevorerhebung. Der Bedarf an Zählpapieren war zu berechnen, eine Aufgabe, die durch verschiedene Unsicherheitsfaktoren erschwert war. So hing z. B. die Höhe der Auflage bei den Haushaltslisten weitgehend davon ab, ob die Untermieter in Einzelhaushaltungen eine eigene Haushaltsliste abzugeben wünschten. Das benötigte Papierkontingent mußte sichergestellt werden. Der Druck der Erhebungspapiere war zu veranlassen, ihre Verteilung auf Stadt- und Landkreise, ihr Rücktransport zu den Landesämtern vorzunehmen. Einzelne Landesämter hatten entweder freiwillig oder auf Grund von Absprachen Spezialaufgaben übernommen, z. B. Nordrhein-Westfalen die Ausarbeitung eines Mustervortrages für die Zählerschulung, Hamburg die Schaffung eines Zählpapiers für die Erfassung der Schiffsbevölkerung, Rheinland-Pfalz den Mustervordruck für die Haushaltsliste.

Gemeinden³⁶⁾

Die »Anweisung für die Gemeindebehörden« und der ihr beigegebene Terminkalender enthalten eine zugleich übersichtliche wie erschöpfende Zusammenstellung der den Kommunen bei Durchführung der Zählung obliegenden Aufgaben³⁷⁾. Bei den starken Unterschieden in der Siedlungsweise und in der Mentalität der Bevölkerung mußten diese Weisungen den örtlichen Verhältnissen elastisch angepaßt werden. Es ist ein anderes, die Zählung in einem Einödhof im bayerischen Gebirge, in einer Arbeiterwohnsitzgemeinde Nordrhein-Westfalens, in einer niedersächsischen Ackerbürgerstadt oder im Stadtstaat Hamburg durchzuführen. Diese Beispiele sollen u. a. ersichtlich machen, daß die den Gemeinden erwachsenden Aufgaben nicht nur von der Größe der Bevölkerungszahl abhängig waren. Großstädte mit gut ausgebautem Statistischem Amt waren weitaus eher in der Lage, den Anforderungen gerecht zu werden als mittelgroße Städte oder auf ein räumlich weites Gebiet verteilte Landgemeinden, denen ein solcher Apparat fehlte. Gerade bei einer der wichtigsten Vorbedingungen für das Funktionieren der Erhebung, dem Aufbau der Zählungsorganisation, zeigte sich die große Mannigfaltigkeit der persönlichen und sachlichen Voraussetzungen.

Notwendig für die Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten war eine genaue Kenntnis des Zählungsprogramms, des Umfangs und technischen Aufbaues des gesamten Zählungswerkes an Hand der zur Information der Gemeindebehörden bestimmten Zählungsdrucksachen. Die Schaffung des organisatorischen Apparates begann mit der Einrichtung der Zählungsdienststellen; in größeren Gemeinden ging die Bestellung des Zählungskommissars voraus.

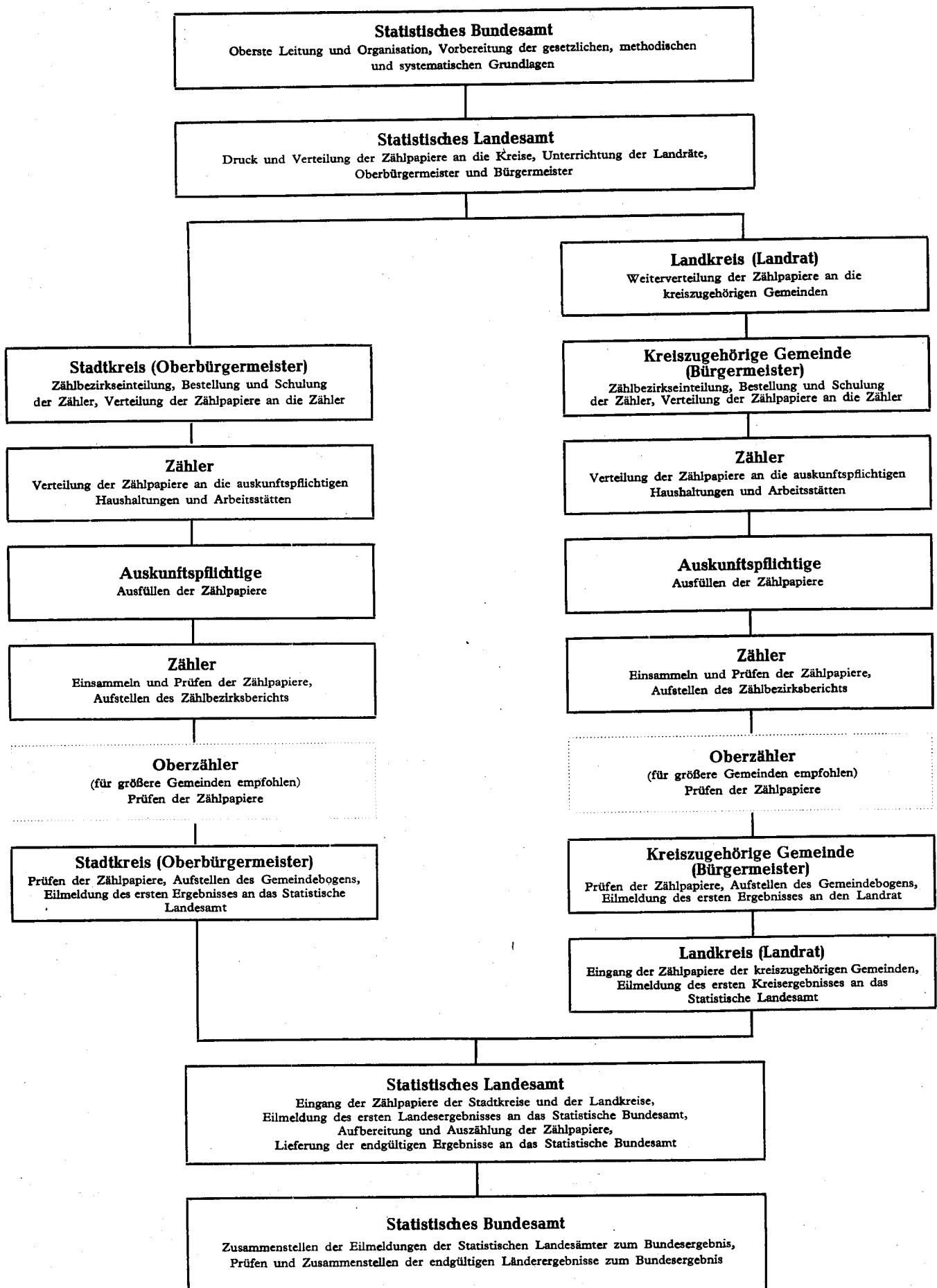
Wichtigste Aufgaben der Gemeinden waren:

- Durchführung einer Gebäudevorerhebung in Gemeinden oder Gemeindeteilen mit stark zerstörten oder unübersichtlichen Gebieten;
- Vorbereitung der Zählung durch Bildung der Zählbezirke;
- Zählerwerbung, -bestellung, -schulung;
- Sicherung des ordnungsmäßigen Ablaufs der Zählung durch Vorbereitung der Zählpapiere und Zuteilung an die Zähler, öffentliche Bekanntmachung der Zählung, Auskunfterteilung an Zähler und Bevölkerung während der Dauer des Zählgeschäftes;
- Entgegennahme und Prüfung der von den Zählern abgelieferten Zählpapiere;

³⁵⁾ Vgl. hierzu: Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Städtetages vom Verband Deutscher Städtestatistiker. 1954. Hier werden die für die Städtestatistik wesentlichen Probleme ausführlich dargestellt. — ³⁷⁾ Vgl. Anhang S. 193 ff.

³⁶⁾ Vgl. Szameitat, K., a. a. O., S. 7 ff.

Schema der Organisation der Zählungen vom 13. 9. 1950



Aufstellung des Gemeindebogens und Meldung des ersten Zählergebnisses.

Zu dem letzten Punkt sei bemerkt, daß diese Aufgaben streng genommen den Beginn der Aufbereitung oder den Übergang hierzu darstellen³⁹⁾.

Kreisstatistiker

Als Verbindungsglied zwischen den Statistischen Landesämtern und den Gemeinden bestand in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern die Institution der Kreisstatistiker. Diese Einrichtung war hauptsächlich geschaffen, um angesichts des wachsenden Umfangs der statistischen Arbeiten das Statistische Landesamt bei Überwachung und termingemäßer Erledigung der statistischen Erhebungen zu entlasten. Die Kreisstatistiker haben daher insbesondere die sachgemäße Durchführung der Erhebungen und die Einhaltung der Termine in den Gemeinden sowie fristgemäße Weiterleitung des Primärmaterials an das Statistische Landesamt sicherzustellen⁴⁰⁾. Bei der Volkszählung 1950 wurden sie in Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein vornehmlich bei der Schulung der Zählungsdienststellenleiter und Zähler sowie zur Überwachung der Zählerversammlungen eingesetzt. Weitere Aufgaben wurden ihnen bei der Volkszählung im allgemeinen nicht übertragen, da sie die Leistungsfähigkeit der Einrichtung überstiegen hätten, die sich aber gerade bei der Schulung zur Volkszählung sehr gut bewährt hat und wesentliche Kosten im Rahmen des Zählungsprogramms ersparte.

2. Aufbau der Zählungsorganisation in den Gemeinden

Bildung von Zählbezirken

Die mit der Zählbezirkseinteilung verbundenen mannigfaltigen Einzelarbeiten und Spezialfragen sind in Abschnitt II. 4. der »Anweisung für die Gemeindebehörden« aufgeführt. Notwendig war, räumliche Einheiten solchen Umfangs abzugrenzen, daß sie die Arbeitskraft des einzelnen Zählers nicht überstiegen, sich an bestehende Gliederungen des Gemeindegebietes anlehnten und lückenlos aneinanderfügten. Auch mußte die Abgrenzung der Bezirke auf den Stand des Zählungstichtages abgestellt werden. Räumliche, personelle und zeitliche Momente waren demgemäß zu berücksichtigen.

In allen Gemeinden, in denen für andere Verwaltungszwecke bereits Bezirkseinteilungen vorhanden waren, also vornehmlich in größeren Kommunen, mußten diese beachtet werden. Ein Zählbezirk durfte möglichst nicht von den Grenzen der Polizeireviere, der Wahl-, Amtsgerichts-, Arbeitsamts-, Pfarramtsbezirke oder sonstiger Bezirke durchschnitten werden. Auch war möglichst auf die durch Wasserläufe und Bahnlinsen gegebenen Abgrenzungen Rücksicht zu nehmen. Nach Möglichkeit sollte dem Zähler ein nicht durch Straßenzüge durchschnittener Zählbezirk, also ein geschlossener Häuserblock, zugewiesen werden. Von besonderer Wichtigkeit war auch mit Rücksicht auf kommunalstatistische Bedürfnisse die Angleichung an die Einteilung in Stadtteile und Stadtbezirke, da in Großstädten für einen Teil der Ergebnisse die Auszählung nach Stadtteilen und -bezirken vorgesehen war. Zur Gewinnung siedlungsgeographischer Erkenntnisse war vorgeschrieben, daß für jeden Wohnplatz ein eigener Zählbezirk gebildet werden sollte. Der Begriff »Wohnplatz« war in der Gemeindeanweisung definiert als »bewohnte Ansiedlung innerhalb des Gemeindebezirks, die von der geschlossenen Hauptortschaft räumlich getrennt liegt, insbesondere sofern sie einen besonderen Namen oder eine besondere Bezeichnung führt, wie Kolonie, Vorwerk, Forsthaus, Bahnhof usw.«. Der in Bayern an Stelle von »Wohnplatz« verwendete Begriff »Gemeindeteil« deckt sich weitgehend, wenn auch nicht in allen Fällen, mit dieser Definition. Die Forderung, daß jeder Wohnplatz als ein besonderer Zählbezirk

zu behandeln und im Zählbezirksbericht demgemäß gesondert aufzuführen sei, wurde teils aus Bequemlichkeit, teils in Unkenntnis der sich für die Aufbereitung hieraus ergebenden Konsequenzen von seiten meist kleinerer Gemeinden oft nicht beachtet, zum Teil wohl auch deshalb, weil, wie aus Nordrhein-Westfalen berichtet wird, die Bürgermeister eine Absplitterung von Teilen ihres Gemeindebezirks befürchteten. Die Folge war eine nicht unerhebliche Mehrarbeit bei der Vollständigkeitskontrolle und mancherlei Rückfragen. Auf erhebungstechnische Gründe ging die Vorschrift zurück, für Grundstücke mit einer besonders großen Zahl von Bewohnern oder mit größeren Arbeitsstätten, z. B. größeren Anstalten, Geschäfts- und Bürogrundstücken sowie Fabrikanlagen, Sonderzählbezirke einzurichten. Auch für jedes abgeschlossene Bahngelände der Bundesbahn sowie für besonders schwierig zu erfassende Wohn- und Arbeitsstätten, wie Lager, Anlegeplätze von Schiffen, Plätze für öffentliche Schaustellungen, Laubenkolonien u. dgl., sollten besondere Zählbezirke geschaffen werden. Die Schwierigkeit einer sachgemäßen und vollständigen Erfassung, die nur bei genauer persönlicher Kenntnis der speziellen Verhältnisse in diesen Bezirken gewährleistet war, erforderte diese Sonderbehandlung. An Unterlagen für die Einteilung in Zählbezirke standen Häuser- und Meldekarteien sowie Adrema-Platteien zur Verfügung. Sehr erschwert war die Zählbezirksbildung in den stark zerstörten Orten, und oft war es hier, wie auch in sonstigen unübersichtlich bebauten Gebieten, notwendig, dem Zähler eine »Laufskizze« an die Hand zu geben. Eine wichtige Grundlage für die Zählbezirkseinteilung und diese Skizzen lieferte die vornehmlich in den kriegsgeschädigten Gemeinden durchgeführte Gebäudevorerhebung⁴⁰⁾.

Die Vorschrift, daß ein Zählbezirk in der Regel nicht mehr als 25 bis 30 Haushaltungen, also etwa 100 Personen, umfassen sollte, war in Großstädten, in denen die Bewohnerzahl vieler Grundstücke diese Richtzahl weit überstieg, schwer einzuhalten. Um nicht ein Grundstück in zwei oder mehr Zählbezirke aufzuspalten, half man sich damit, daß dem Zähler ein Hilfszähler beigegeben wurde, wie dies z. B. von West-Berlin berichtet wird. Die konsequente Befolgung der Weisung, für Anstalten usw. Sonderzählbezirke einzurichten, hätte bei kleinen Anstalten, deren Personenzahl bei weitem nicht die Durchschnittsgröße eines Zählbezirks erreichte, zu einer Überhöhung der Anzahl der Bezirke geführt. Hier wählte man, z. B. in Hessen und Bremen, den Ausweg, zwar einen Sonderzähler einzusetzen, die Anstalt aber nach Durchführung des Zählgeschäftes wieder in den umgebenden oder angrenzenden Zählbezirk einzuordnen. Aus Nordrhein-Westfalen wird berichtet, daß ausnahmsweise Bezirke mit 60, zum Teil selbst 80 Haushaltungen vorhanden waren, weil aus den bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllten Gebäudelisten nicht die Zahl der Untermieterhaushaltungen hervorging und man die Wohnhäuser oder die Zahl der bautechnischen Wohnungseinheiten als Maßstab für die Abgrenzung der Zählbezirke genommen hatte. In Großstädten mit einem Geschäftsviertel als Stadtkern wurde die Zahl der Arbeitsstätten einkalkuliert, teilweise sogar als einziger Maßstab für die Größe der Zählbezirke verwendet.

Inwieweit der Grundsatz der Gemeindeanweisung, die Zählbezirke wegen der Gefahr einer Überlastung des Zählers möglichst klein zu halten, verwirklicht werden konnte, hing von den Möglichkeiten der Zählerbeschaffung, also einem personellen Moment, ab. Die Gemeindeverwaltung sah sich hier einem circulus vitiosus gegenüber. Je weniger Zähler zur Verfügung standen, desto mehr wuchs die Beanspruchung des einzelnen, desto geringer aber war wiederum die Bereitwilligkeit, sich für das Ehrenamt zur Verfügung zu stellen. Während in größeren Gemeinden durch Heranziehung verschiedener Personenkreise im Wege der Beschäftigung von Arbeitslosen und Studenten als bezahlte Zähler eine gewisse Elastizität bestand, lagen die Verhältnisse in vielen kleinen Gemeinden weitaus schwieriger. So

³⁹⁾ Das Problem eigener Auszählungen der Gemeinden ist ausführlich behandelt in dem Beitrag von Kästner, F.: Eigene Auswertungsarbeiten der Gemeinden. In: Erfahrungsbericht der Deutschen Städtestatistiker. S. 209. — ⁴⁰⁾ Vgl. Bayern in Zahlen. 1. Jg., H. 10, Oktober 1947, S. 230.

⁴⁰⁾ Näheres S. 23.

berichtet beispielsweise Württemberg-Hohenzollern, daß wegen des Zählermangels in Gemeinden mit 200 bis 300 Einwohnern bisweilen nur ein Zähler, und zwar der Lehrer, bestellt werden konnte. Es war daher auch notwendig, daß in den Siedlungen im Württemberger Oberland, wo Gemeinden von 800 bis 2000 Einwohnern bis zu 120 Wohnplätze aufwiesen, einem Zähler jeweils mehrere Wohnplätze, d. h. Zählbezirke, zugeteilt werden mußten, deren Trennung, wie bereits erwähnt, im Zählbezirksbericht oft nicht vorgenommen wurde. Eine Differenzierung hinsichtlich des Umfangs der Zählbezirke ergab sich bei Großstädten insofern, als in den weiträumigen Außenbezirken im allgemeinen niedrigere Richtzahlen angesetzt wurden. So unterschied z. B. Hamburg:

- Stadtgebiet: 35 bis 45 Haushaltungen, dazu höchstens 15 Arbeitsstätten
oder 40 Arbeitsstätten, dazu 10 bis 20 Haushaltungen,
- Randgebiet: 25 bis 35 Haushaltungen, dazu 10 Arbeitsstätten,
- Außenbezirke: 15 bis 20 Haushaltungen, einige Arbeitsstätten.

Im allgemeinen versuchte man, den Zähler in der Nähe seiner Wohnung anzusetzen, um ihm durch Personen- und Lokalkennntnis die Arbeit zu erleichtern und weite Wege zu ersparen. Allerdings war es — insbesondere wegen der Frage nach dem Umsatz in der Arbeitsstättenzählung — günstiger, wenn die Befragten nicht von einem im Zählbezirk wohnenden Zähler aufgesucht wurden. Der Auskunftspflichtige war eher geneigt, Unbekannten Auskunft auf die als heikel empfundenen Fragen zu erteilen als einer in nächster Nachbarschaft wohnenden Person.

Ansichts der sehr intensiven Bautätigkeit spielte auch der Zeitfaktor bei der Zählbezirkseinteilung eine Rolle. Das Verlangen, möglichst frühzeitig mit der Bildung der Bezirke zu beginnen, traf auf das Hindernis, daß in der Zeit zwischen der Fertigstellung der Einteilung und dem Zählungstag möglicherweise noch größere bauliche Veränderungen vor sich gingen. Auch zahlreiche Straßenumbenennungen, Änderungen der Hausnummern usw. verursachten laufende Berichtigungen der Zählbezirkseinteilung. Obwohl in Hamburg z. B. mit den zuständigen Behörden vereinbart worden war, daß die Veränderungen von Straßennamen und Hausnummern zwischen dem 1. Mai und dem 1. Oktober 1950 gestoppt werden sollten, wurde trotzdem Ende Juli noch die Änderung von 500 Straßennamen beschlossen und bekanntgemacht, wodurch Tausende von Hausnummern abzuändern waren. Besonders Listen mußten geschrieben werden, um den betreffenden Zählern diese Berichtigungen der Zählbezirksbeschreibung zugänglich zu machen.

Welche Fragen sich in einer Großstadt mit hohem Zerstörungsgrad und entsprechend reger Bautätigkeit für eine zweckmäßige Zählbezirkseinteilung und Berücksichtigung der Veränderungen bis zum Zählungstag ergaben und wie diese Fragen gelöst wurden, behandelt der ausführliche Erfahrungsbereich des Statistischen Landesamtes Hamburg⁴¹⁾.

Die Gebäudevorerhebung und ihre organisatorische Funktion

Die nicht obligatorische Gebäudevorerhebung hatte vornehmlich organisatorische Aufgaben zu erfüllen. Sie sollte in stark kriegszerstörten Gemeinden, unübersichtlichen Gemeindeteilen und bei erheblichen Veränderungen des Gebäudebestandes infolge der Bautätigkeit Unterlagen für die Zählbezirkseinteilung bereitstellen, die auf andere Weise nicht zu beschaffen waren. Dem Zähler sollte sie die Durchführung des Zählgeschäfts erleichtern, besonders bei hohem Zerstörungsgrad der Gebäude, Unübersichtlichkeit des Zählbezirks, darüber hinaus aber auch bei besonders gearteten Eigentumsverhältnissen, z. B. in Watenstedt-Salzgitter, ferner in großen Wohnblocks oder Häusern, deren Eigentümer nicht dort wohnten. Die Inhaber großer Gebäudekomplexe, wie Siedlungsgesellschaften, Großbetriebe und dgl., sollten durch

die Vorerhebung ausreichend Zeit für die Ausfüllung der Gebäudelisten erhalten. Auf ihre weiteren Zwecke, nämlich die Erfassung der Gebäude und Wohnungen in ihrer bautechnischen Abgrenzung, Ermittlung der Mietpreise und anderer Erhebungsmerkmale der Wohnungen, braucht in diesem Zusammenhang nicht eingegangen zu werden⁴²⁾.

Für die Gemeinden, die sich zur Durchführung der Gebäudevorerhebung entschlossen, bedeutete sie eine zeitliche Vornahme der in das Zählungswerk eingebauten Gebäudezählung. Sie wurde mit dem gleichen Zählpapier, der Gebäudeliste, vorgenommen. Nur Bayern verwendete bei der Vorerhebung eine besondere Gebäudeliste⁴³⁾. Da die Erhebungsorganisation der Gesamtzählung in diesem Stadium noch nicht eingesetzt werden konnte, verursachte sie besondere Kosten⁴⁴⁾, die sich jedoch bei der Hauptzählung, insbesondere der Wohnungszählung, bezahlt machten.

Abgesehen von Württemberg-Hohenzollern, wo die Gemeinden auf eine Umfrage des Statistischen Landesamtes über die Notwendigkeit der Vorerhebung ablehnend reagierten, hat diese in allen Ländern — allerdings in recht verschiedenem Umfang — stattgefunden. Nahezu alle Großstädte, z. T. auch Gemeinden bis herunter zu 10 000 Einwohnern, führten die Vorerhebung durch. Bei besonders hohem Zerstörungsgrad wurde sie selbst von kleineren Gemeinden für notwendig erachtet. Nur ein Teil aller Gemeinden entschloß sich zu einer Totalzählung. Wegen der Schwierigkeiten bei der Auswahl der in Frage kommenden Grundstücke verursachte eine Teilerhebung u. U. höhere Kosten als eine Vollerhebung, wie man z. B. in Stuttgart feststellte.

Zur Vorbereitung der Erhebung wurden als Unterlagen verwendet: Grundsteuerkarteien der Steuerverwaltungen, Grundstückskarteien, Material der Volkszählung 1946 (in Hamburg) und sonstige Unterlagen der Kommunalverwaltungen. Wegen der Unvollkommenheit dieser Unterlagen war jedoch häufig eine örtliche Begehung zweckmäßig, die zuverlässigere Ergebnisse erbrachte.

Obwohl im Zeitpunkt der Vorerhebung, die meist 2 bis 3 Monate vor dem 13. September 1950 stattfand, das Zählungsgesetz noch nicht vorlag, war bei entsprechender Aufklärung der größte Teil der Befragten zur Ausfüllung bereit. Nur verhältnismäßig selten verweigerten Grundstückseigentümer unter Hinweis auf das Fehlen einer gesetzlichen Bestimmung die Auskunft.

Bei den in einem relativ kurzen Zeitraum durchzuführenden, z. T. recht schwierigen Ermittlungen gelangte ein Teil der Gebäudelisten erst kurz vor, bisweilen erst nach dem Zählungstichtag an die Gemeindebehörden zurück, so daß die durch die Gebäudevorerhebung getroffenen Feststellungen für die Vorbereitung der Zählung, insbesondere für die Zählbezirkseinteilung, nicht mehr verwendet werden konnten.

Das Urteil über die Qualität der Angaben in den Gebäudelisten schwankt. Im allgemeinen waren die Listen zufriedenstellend ausgefüllt, vornehmlich bei Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften, Großbetrieben u. dgl. Allerdings wird berichtet, daß diesen vereinzelt gemeindliches Personal zur Verfügung gestellt werden mußte, um den Arbeitsanfall zu bewältigen. Bisweilen wurden Mietpreise überhaupt nicht oder in unzutreffender Höhe eingetragen. Besonderes Gewicht dürfte dem häufig beobachteten Umstand beizumessen sein, daß Veränderungen in der Zeit zwischen Vor- und Nacherhebung nicht berücksichtigt wurden und zu Unstimmigkeiten zwischen Gebäudeliste und Wohnungsbogen führten. Als nachteilig erwies sich auch, daß die Gemeinden z. Z. der Vorerhebung den Zusammenhang zwischen Gebäudeliste und Wohnungsbogen teilweise noch nicht in vollem Umfang erkannten.

Der Wert der Vorerhebung ist aber trotz der Mehrbelastung der Zählungsdienststellen im allgemeinen positiv beurteilt worden. Sie hat die Einteilung der Zählbezirke teil-

⁴¹⁾ Vgl. auch: Ein Rückblick auf die Volkszählung in München. In: Münchener Statistik. Hrg. vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt. September 1950, S. 158.

⁴²⁾ Vgl. zur Gebäudevorerhebung: Gebäude- und Wohnungszählung in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. 9. 1950. Einführung in die Methoden und die Organisation der Zählung. Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 38, H. 1 sowie Ide, W.: Grundstücksvorerhebung und Wohnungszählung. In: Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte. S. 79. — ⁴³⁾ Vgl. hierzu S. 30. — ⁴⁴⁾ Ide, W., a. a. O., S. 85.

weise erst ermöglicht und dem Zähler ein für ihn sehr wichtiges Leitpapier geliefert. Für künftige Großzählungen dürfte nach den 1950 gemachten Erfahrungen eine Gebäudevorerhebung stets dann notwendig sein, wenn sonstige Unterlagen für eine Zählbezirkseinteilung und Gebäudefeststellung nach dem neuesten Stand nicht vorliegen.

3. Schulung der Zählungsdienststellen und Zähler

Eines der wichtigsten mit der Schulung zusammenhängenden Probleme dürfte die Frage sein: Wie können die Absichten und Direktiven der für Programm und Durchführung der Zählung verantwortlichen Stellen in einer festgefügteten Kette an alle Erhebungsorgane weitergegeben werden? Von der Zentrale muß über die Landes-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen bis hin zum letzten Reservezähler das unbedingt erforderliche Maß an Kenntnissen über das Weshalb, das Was und das Wie des zu Erfragenden gelangen. Nichts Wesentliches darf auf diesem Wege verlorengehen, Unwesentliches nicht überbewertet werden; irrtümliche Auffassungen, die bei der Übermittlung der Weisungen auftreten, vermögen sehr unliebsame Konsequenzen nach sich zu ziehen. Schwierigkeiten, die sich erst bei genauer Kenntnis des Zählobjektes in der Erhebungsphase ergeben, müssen bei den leitenden Stellen bekannt und dort prinzipiell entschieden werden. Vermerkt sei, daß die für die Schulung der Zähler verfügbare Zeit am knappsten bemessen ist, da der ehrenamtliche Zähler fast durchweg in seiner Freizeit, die Verwaltungsstellen dagegen in der Dienstzeit unterrichtet werden. Dies bedingt, daß die Zählerschulung wesentlich konzentrierter sein muß, nicht selten zu ihrem Nachteil.

Je nach der Verwaltungsstruktur der Länder, den zur Verfügung stehenden Mitteln, den besonderen Erfahrungen der Zählungsreferenten der Statistischen Landesämter ist der Aufbau der Schulungsorganisation für das Zählungswerk 1950 in den Ländern der Bundesrepublik verschieden vorgenommen worden. Die nachfolgende Übersicht läßt einerseits erkennen, wieviel mannigfaltige Lösungen gefunden wurden. Sie macht aber auch ersichtlich, daß grundsätzlich die Schulung der Zählungsbeauftragten der kommunalen Stellen durch die Statistischen Landesämter erfolgte und die Zählungsbeauftragten die Schulung der Oberzähler, Zähler und Reservezähler übernahmen. Deutlich geht aus ihr die weitgehende Einflußnahme der Statistischen Landesämter auf die Zählerschulung hervor. Manche Ämter schalteten sich — zum Vorteil für ihre eigene Arbeit und für die der Zähler — selbst in die unmittelbare Zählerschulung ein, lernten dabei die in der Praxis vorhandenen Besonderheiten aus eigener Anschauung kennen und erhielten unmittelbare Fühlung mit den Zählern. Wie wertvoll auch der Kontakt mit den Kreis- und Gemeindeverwaltungen anläßlich der Schulungsaktion war, wird in den Erfahrungsberichten mehrfach betont unter Hinweis auf die hierdurch gebotenen Möglichkeiten zur Popularisierung der Statistik.

Außen den in der »Anweisung für die Gemeindebehörden« genannten Zwecken der Zählerversammlung (gemeinschaftliche Belehrung der Zähler, Hinweis auf besondere Schwierigkeiten, Klärung der Zweifelsfragen) hatte die Zählerschulung noch folgende Funktionen:

Dem Zähler das Zählungswerk als eine statistische, volkswirtschaftliche Notwendigkeit nahezubringen, ihm die speziellen Zwecke der einzelnen Zählungsteile zu erläutern, um ihm aus der Erkenntnis des Zieles heraus gegebenenfalls Entscheidungen im Einzelfall zu ermöglichen, sein persönliches Interesse an der Zählung zu wecken.

Es bedurfte eines besonderen pädagogischen Geschickes neben fundierten Kenntnissen der sachlichen Details, den Zähler in einer Zeitspanne von wenigen Stunden nicht nur mit den technischen Einzelheiten, sondern auch den grundsätzlichen Fragen vertraut zu machen. Weil man sich klar war, daß nicht von allen für die Schulung eingesetzten Kräften diese Fähigkeiten erwartet werden konnten, war in den meisten Ländern ein Schulungsvortrag ausgearbeitet worden. Er gewährte den Vorteil, daß er dem

befangenen, nicht an derartige Aufgaben gewöhnten Schulungsleiter eine Stütze bot, daß nichts Wesentliches ausgelassen, nichts Irrtümliches vorgetragen wurde und ein logischer Aufbau der Darlegungen gewährleistet war. Als begründete Einwände gegen einen solchen Mustervortrag seien angeführt, daß er viele Vortragende veranlaßt, am Manuskript zu kleben und dadurch eine unlebendige, langweilige Vortragsart bedingt, so daß das Interesse des Zählers nicht geweckt wird. Mancher Schulungsleiter glaubt, mit dem Verlesen des Vortrages seine Schuldigkeit getan zu haben, und bereitet sich nicht auf die Beantwortung schwieriger Zweifelsfragen vor. In der Praxis hat sich meist der freie Vortrag weit besser bewährt, bei dem an Hand von systematisch aneinandergereihten Stichworten der Zähler über die allgemeinen Gesichtspunkte, dann über den technischen und zeitlichen Ablauf der Zählung sowie die Einzelheiten der verschiedenen Erhebungspapiere unterrichtet wird. Als beste Form der Zählerschulung — praktisch jedoch häufig nicht erreichbar — ergibt sich nach den gesammelten Erfahrungen:

Rechtzeitige Übermittlung der Drucksachen an den Zähler;

sorgfältige Durchsicht der Papiere, gegebenenfalls bereits Probeausfüllung zu Haus vor Besuch der Versammlung;

erstmaliges Durchsprechen in einer ersten Schulungsversammlung, verbunden mit Ausfüllung der Drucksachen;

Durchführung einer zweiten Versammlung zur Klärung der sich ergebenden Zweifelsfragen.

Die begrenzte Aufnahmefähigkeit des Zählers in den Abendstunden, in denen die Schulung doch zumeist vor sich geht, legt die Teilung des Stoffes auf zwei Veranstaltungen nahe. Leider aber wird auch aus Mangel an Zeit und geringer Bereitwilligkeit der Zähler, zwei Versammlungen zu besuchen, es sich nur selten bewerkstelligen lassen, die Zähler zweimal zusammenzurufen. Ist es nicht möglich, so sollte der Schulende abschnittsweise Gelegenheit zur Diskussion geben oder auch nach der ersten Hälfte der Veranstaltung eine kleine Pause einlegen. Für die Aussprache ist zu beachten, daß sich diese nicht in überspitzt schwierige Sonderfälle verlieren darf; erfahrungsgemäß sind unter den Teilnehmenden stets einige, die in der Praxis äußerst selten vorkommende Ausnahmefälle geklärt wissen wollen. Diese Fragenden sind auf persönliche Rücksprachen nach der Versammlung zu verweisen. Notwendig ist vielmehr, daß die Regelfälle dem Zähler nach der Schulung so geläufig sind, daß er aus diesem Wissen heraus sich zutraut, auch einmal schwierigere Entscheidungen zu treffen.

Für die Durchführung der Veranstaltungen ergeben sich auf Grund der Erfahrungsberichte der Statistischen Landesämter noch einige wichtige technische Einzelheiten. Die Teilnehmerzahl ist möglichst klein zu halten. Als oberste Grenze werden etwa 100 Zähler angegeben. Wenn, wie aus West-Berlin berichtet wird, Versammlungen mit 400 Teilnehmern unter Zuhilfenahme eines Lautsprechers durchgeführt werden müssen, so kann der Zweck der Schulungsveranstaltung nicht erreicht werden. Am günstigsten ist ein Kreis von 25 bis 40 Teilnehmern, eine Richtzahl, die aus Mangel an geeigneten Schulungskräften nur in den allerseltensten Fällen realisiert werden konnte. Der Versammlungsraum sollte so groß sein, daß die umfänglichen Papiere bequem ausgebreitet und beschriftet werden können. Wenn irgend möglich, wäre die Schulung in die Vormittagsstunden zu legen. Auch diese Forderung wird sich nur schwer erfüllen lassen, da die meisten Zähler in ihrer Arbeitszeit nicht abkommen können. Daß für die Zähler in den Sonderzählbezirken sowie für die Zählung der Schiffsbevölkerung Sonderschulungen durchgeführt, die Reservezähler selbstverständlich in gleicher Weise wie die Zähler geschult werden müssen, sei noch vermerkt.

Vergegenwärtigt man sich, daß bei einer Gesamtzahl von rd. 500 000 Zählern unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 100 etwa 5000 Zählerversamm-

Die Schulung der mit der Durchführung beauftragten Stellen und der Zähler in den Ländern

Land	Schulung der			Muster-vortrag ausge- arbeitet	Organisatorische Besonderheiten; Erfahrungen
	mit der Durchführung beauftragten Stellen	Oberzähler	Zähler		
Schleswig-Holstein	Durch StLA: Stadtverwaltungen im Rahmen einer Kreisstatistikerversammlung Durch zuständigen Referenten des StLA: Kreisstatistiker, Amtmänner, Bürgermeister	Durch Sachbearbeiter bei Stadtverwaltungen (nur große Städte)	In großen Städten durch Oberzähler, in übrigen Gemeinden durch Amtmänner und Sachbearbeiter bei Stadtverwaltungen	nein	In einigen Städten zwei Zählerversammlungen abgehalten, die erste zur Vorbesprechung, die zweite zur Klärung von Zweifelsfragen bestimmt
Hamburg	Durch StLA: Verbindungsmänner bei Behörden	Durch StLA	Je Oberzählbezirk 1 Zähler sowie Schüler der Oberklassen der höheren Schulen durch StLA, übrige Zähler durch Verbindungsmänner bei Behörden und Oberzähler	nein	Den Oberzählern in Außenbezirken und schwer zu beschreibenden Gebietsteilen wurden Kartenskizzen mit Grenzen des Oberzählbezirks und der Zählbezirke ausgehändigt. Bei Ausgabe der Zählerrappen wurde ein Merkblatt an die Zähler verteilt, in dem die wichtigsten Vorschriften kurz zusammengefaßt waren
Niedersachsen	Durch StLA: »Oberzähler«, d. h. Aushilfsangestellte des StLA, die Zählerschulung in den Kreisen durchführten	Schulung der in größeren Städten eingesetzten »Hauptzähler« durch »Oberzähler« (siehe links)	In jedem Kreis durch einen »Oberzähler«	nein	»Oberzähler« führte in zentralen Orten die Zählerschulungen für den ihm zugewiesenen Kreis durch
Nordrhein-Westfalen	Durch StLA: Leiter der kommunalstatistischen Ämter und sonstige Vertreter der Oberstadtdirektoren, Zählungskommissare der Landkreise, »Kreisbeauftragte für die Volkszählung 1950« in den Landkreisen	Durch Zählungsleiter und Sachbearbeiter der kommunalstatistischen Ämter	In Großstädten z. T. durch Zählungsdienststellen, z. T. durch Oberzähler; in Stadtbezirken verschiedentlich durch Außenstellen der Zählungsdienststellen; gesonderte Schulung für Zähler der Sonderzählbezirke In Landkreisen zu etwa 90 vH durch »Kreisbeauftragte« des StLA	ja	Erfolg der Schulung nur gewährleistet, wenn Zähler vor Versammlung Inhalt der Papiere bekannt war. Oberste Grenze der Teilnehmerzahl 100 Personen, am günstigsten 25 bis 40 Zähler
Bremen	Stadt Bremen: Durch Referenten des StLA: »Schulungsleiter«, d. h. für Zählerschulung ausgewählte Mitarbeiter des StLA Stadt Bremerhaven:	Stadt Bremen: Durch Referenten des StLA Stadt Bremerhaven: Durch Städtisches Statistisches Amt	Stadt Bremen: Durch Mitarbeiter des StLA und Oberzähler Stadt Bremerhaven: Durch Oberzähler	ja	
Hessen	Durch Zählungsreferenten des StLA: Statistische Ämter der Stadtkreise, Kreisstatistiker der Landkreise Durch Kreisstatistiker: Bürgermeister und Zählungsbeauftragte der Gemeinden	Durch Zählungsdienststellen	In Stadtkreisen durch die Städtischen Statistischen Ämter In Landkreisen durch Zählungsbeauftragte der Gemeinden, z. T. auch durch Kreisstatistiker	nein	Zur Überwachung und Anleitung der Kreisstatistiker standen neben den Zählungsreferenten des StLA die statistischen Sachbearbeiter bei den Regierungspräsidenten zur Verfügung
Rheinland-Pfalz	Durch Sonderabteilung Z des StLA: Zählungsdienststellen der Städte mit mehr als 10 000 Einw. und der Landratsämter	Durch StLA	In Städten über 10 000 Einw. im allgemeinen durch statistische Dienststellen oder Sachbearbeiter der Zählungsdienststellen, vereinzelt durch StLA In Städten und Landgemeinden unter 10 000 Einw. durch StLA	ja	Vorbereitung durch einzelne Landratsämter z. T. ungenügend, so daß etwa 50 vH der Zähler ohne Kenntnis des Inhalts der Zählpapiere zur Schulung kamen
Bayern	Durch Instruktoren des StLA: Bürgermeister, Zählungsleiter	—	In einigen Städten und verschiedenen größeren Gemeinden durch Instruktoren des StLA, im übrigen durch Zählungsleiter	ja	Größere Anstalten und Lager z. T. von Instruktoren aufgesucht; Durchführung der Zählung an Ort und Stelle erläutert. Schulungsmuster der Zählpapiere als sehr brauchbare Hilfe beurteilt. Durch Instruktionsvorträge erwiesen, daß mittlere und untere Verwaltungsbehörden dankbares Feld für Bestrebungen zur Popularisierung der Statistik bilden
Württemberg-Baden	Durch Beauftragte des StLA: »Hauptzähler« oder »Gemeindeschuler« in den Stadt- und Landkreisen (1 Hauptzähler je 500 bis 1 000 Einw.)	Im allgemeinen nicht eingesetzt (Ausnahmen: Stadtkreis Pforzheim und Stadt Ludwigsburg)	Durch »Hauptzähler« bzw. »Gemeindeschuler«	nein	Günstigste Tageszeit für Durchführung der Versammlungen der Vormittag
Baden	Durch StLA: Hauptzählungskommissare in den Stadt- und Landkreisen, Zählungsbeauftragte (Angestellte des StLA zur Unterstützung der Hauptzählungskommissare) in den Landkreisen Durch Hauptzählungskommissare und Zählungsbeauftragte: Zählungskommissare in den Stadtteilen und Gemeinden	Durch Zählungskommissare	In größeren Gemeinden z. T. durch Oberzähler, im übrigen durch Zählungskommissare	ja	In größeren Gemeinden im allgemeinen zu wenig Schulungen abgehalten, in ländlichen Gemeinden überstieg bisweilen die Kompliziertheit der Materie die Fassungskraft der abends nach der Feldarbeit oft übermüdeten Zähler. Rücktritt eines Teils der Zähler nach Besuch der Schulungsversammlung
Württemberg-Hohenzollern	Durch StLA: Kreiszahlungsleiter, statistische Sachbearbeiter der Gemeinden mit mehr als 20 000 Einw., Bürgermeister, Gemeindezahlungsleiter	—	Durch Kreiszahlungsleiter, z. T. im Beisein von Vertretern des StLA	ja	Dem Schulungsvortrag Musterbeispiele für Einleitung der Diskussion beigelegt
West-Berlin	Durch »Hauptamt für Statistik und Wahlen«: Leiter der Stellen »Statistik und Wahlen« bei den Verwaltungsbezirken	Entsprechend der Schulung der Zähler	Teils durch Leiter der Stellen »Statistik und Wahlen«, teils durch »Hauptamt für Statistik und Wahlen«, in einem Verwaltungsbezirk durch Leiter der Zählungsdienststellen	ja	Reservezähler in Schulung einbezogen. Sonderzähler über ihre Spezialaufgaben getrennt unterrichtet. Zweckmäßig, Zählpapiere im Anschluß an Zählerversammlung auszugeben

Abkürzung: StLA = Statistisches Landesamt.

lungen zuzüglich der zur Unterrichtung der Schulungskräfte erforderlichen Veranstaltungen notwendig waren, so folgt daraus, daß nicht unbeträchtliche Kosten entstehen mußten. Bei einer rationalen Verwendung der Mittel war deren Einsatz aber gerade an dieser Stelle der Zählungsorganisation besonders gerechtfertigt. Der gründlich vorbereitete und entsprechend gut arbeitende Zähler vermag Aufbereitungskosten in einem Umfange zu ersparen, der ein Mehrfaches der für seine Schulung verbrauchten Mittel ausmacht.

4. Prüfung der Zählpapiere durch die Gemeinden

In der »Anweisung für die Gemeindebehörden« wird die neben der Prüfung der Zählpapiere auf Vollzähligkeit durchzuführende Prüfung auf vollständige und zutreffende Ausfüllung als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden bezeichnet. Damit wird die Bedeutung unterstrichen, die dieser Arbeit beizumessen ist. Aus ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und wegen der Möglichkeit, sich zur Erledigung der Rückfragen größtenteils noch der Zähler und Oberzähler bedienen zu können, sind gerade die Kommunalverwaltungen dazu berufen, das an sie abgelieferte Urmaterial so zu bereinigen, daß den Statistischen Landesämtern zusätzliche Feststellungen in möglichst großem Umfange erspart werden. An dieser Stelle des ineinandergreifenden Zählungsmechanismus zeigt sich besonders deutlich, in welchem Ausmaß jede einzelne Phase der Durchführung auf der vorhergehenden basiert.

In welcher Weise und in welchem Umfang diese Aufgaben von den Gemeinden durchzuführen waren, ist den Abschnitten II. C. 3 und 4 der Gemeindeanweisung zu entnehmen, so daß hier auf eine Aufzählung der Einzelheiten verzichtet werden kann. Die verschiedentlich angeschnittene Frage, ob es zweckmäßig sei, den Prüfungsvorgang in einzelne Arbeitsgänge aufzuspalten, wird meist verneinend beantwortet. Die Klärung von Widersprüchen zwischen den Angaben in verschiedenen Papieren oder Spalten fordere doch eine Prüfung im Zusammenhang⁴⁵⁾.

Die Organisation der Arbeiten und ihr Effekt war zu einem nicht geringen Teil von der Größe der Gemeinden abhängig. Während in kleinen Gemeinden die Lokalkenntnis der Prüfer unter Zuhilfenahme der Einwohnermeldekartei im allgemeinen ausreichte und Nachermittlungen an Ort und Stelle nur verhältnismäßig selten nötig wurden, standen insbesondere die mittleren Gemeinden ohne statistisches Amt vor größeren Schwierigkeiten. Wegen der Kosten scheuten sie die Einstellung von Hilfspersonal. Die Städte mit statistischem Amt waren für die Prüfungsarbeiten am besten ausgestattet, verstärkten aber auch fast durchweg für diese Zeit ihr Personal durch kurzfristig eingestellte Hilfskräfte. Verschiedentlich war dies auch deshalb erforderlich, weil ein Teil des Stammpersonals des statistischen Amtes wegen Arbeiten an der Personenstandsaufnahme ausfiel.

Zur Einschränkung der viel Zeit und Kosten verursachenden nachträglichen Ermittlungen wurden in kleinen Gemeinden, z. B. Badens, die Haushaltungsvorstände gebeten, die Zählungsdienststelle aufzusuchen, ein Verfahren, das sich gut bewährte. In größeren Gemeinden wurden Vergleiche mit der Einwohnermeldekartei, der Gewerbeliste, der Kartei der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Grundstückskartei und anderen Unterlagen vorgenommen. Zur Überprüfung der vollzähligen Erfassung der Bevölkerung griff man in Schleswig-Holstein auf die Melderegister zurück. Der Umfang des Zählungsprogrammes verursachte im allgemeinen eine höhere Zahl von Rückfragen und Nachermittlungen, als dies 1939 beobachtet worden war.

Durch die Prüfarbeiten wurden insbesondere folgende Mängel und Unstimmigkeiten festgestellt:

Fehlende Eintragungen über Beruf der Arbeitslosen, Umsatz der Unternehmungen,

mangelhafte Eintragungen zur Altersversorgung und Krankenversicherung,

Widersprüche zwischen den Eintragungen in der Gebäudeliste und im Wohnungsbogen,

Nichtbeachtung der Vorschriften über die gleichmäßige Numerierung der Zählpapiere.

Besonders viel Mühe verursachte das Richtigstellen der Numerierung und das Hereinholen der Umsatzangaben.

Die den Gemeinden für die Prüfarbeiten nach dem Terminplan verfügbare Zeit reichte bei den kleineren Gemeinden zwar meist aus, größere Gemeinden konnten aber die gestellten Fristen nicht selten nur auf Kosten der Genauigkeit einhalten. Manche Gemeinden haben, um den Termin einhalten zu können, die Prüfungsarbeiten nicht mehr mit der anfänglichen Gründlichkeit vorgenommen oder ganz eingestellt. Es wird daher, insbesondere auch aus Kreisen der Städtestatistiker, vorgeschlagen, bei Anträgen von Gemeinden auf Fristverlängerung künftig größeres Entgegenkommen zu beweisen. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß die Gemeinden den Zeitraum tatsächlich zur Verbesserung des Zahlenmaterials verwenden.

5. Erfassung besonderer Erhebungsobjekte

Zählung der bei den Besatzungsmächten beschäftigten Personen sowie der in beschlagnahmten Gebäuden, Wohnungen und Lagern untergebrachten Personen und Arbeitsstätten

Die Tatsache, daß die Volkszählung 1950 in einem besetzten Staatsgebiet stattfand, bedingte erhebungstechnische Besonderheiten für bestimmte Zählobjekte. Während die Erfassung der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen durch eine nach dem allgemeinen Zählungstermin durchgeführte Nacherhebung erfolgte, wurden die in der Überschrift dieses Abschnittes genannten Personen und Arbeitsstätten zwar am 13. September 1950, aber durch ein besonderes Zählverfahren ermittelt.

Es handelt sich dabei im einzelnen um folgende Personenkreise:

Die bei den Besatzungsmächten beschäftigten deutschen und nichtalliierten Personen,

die in beschlagnahmten Gebäuden und Wohnungen wohnenden deutschen und nichtalliierten Personen,

die Displaced Persons (DP) in IRO-Lagern⁴⁶⁾ und Lagern unter deutscher Verwaltung.

Das Ziel war, die gesamte in der Bundesrepublik lebende Bevölkerung — mit Ausnahme der Angehörigen der Besatzungsstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen sowie der Internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr mit ihren Familienangehörigen — im Rahmen der Volks- und Berufszählung zu erfassen. Das Statistische Bundesamt arbeitete zusammen mit den zuständigen Stellen der Besatzungsmächte, insbesondere dem Central Statistical Office (CSO) der Alliierten Hohen Kommission einen Erhebungsplan aus, der den verschiedenartigen verwaltungsmäßigen Voraussetzungen bei den Besatzungsmächten der drei Zonen und ihrer voneinander abweichenden Einstellung zur Zählung angepaßt werden mußte. Wenn auch eine einheitliche Regelung für die drei Besatzungszonen angestrebt wurde, waren doch in Einzelheiten Abweichungen zu verzeichnen. Es galten die von den Vertretern der Besatzungsmächte im CSO herausgegebenen Weisungen, und zwar für den Bereich

der amerikanischen Zone

die allgemein gehaltenen Direktiven,

der britischen Zone

das sehr ins einzelne gehende Scheme Relating to the British Zone,

der französischen Zone

eine allgemeine Instruktion über die Durchführung der Zählung.

⁴⁵⁾ Siehe dazu auch Beitrag Becker, E.: Das Zählgeschäft. In: Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte. S. 151.

⁴⁶⁾ IRO = International Refugee Organization.

Diese Anweisungen legten die Zusammenarbeit der alliierten mit den deutschen Behörden fest und enthielten zugleich die Aufforderung an die entsprechenden alliierten Stellen in den Ländern, gemäß den allgemeinen Direktiven an der Volkszählung mitzuarbeiten. Die Statistischen Landesämter wurden vom Statistischen Bundesamt über die Form der Durchführung unterrichtet und setzten sich mit den entsprechenden Besatzungsdienststellen auf Landesebene ins Benehmen.

Für die Erfassung der bei Besatzungsmächten Beschäftigten wurden drei getrennt zu behandelnde Gruppen unterschieden:

1. Die außerhalb beschlagnahmter Gebäude und Wohnungen lebenden Personen wurden wie alle übrigen Personen vom deutschen Zähler an ihrem Wohnsitz gezählt. Falls auf Grund von Weisungen der Besatzungsdienststellen genaue Angaben über den Beruf verweigert wurden, war es untersagt, auf solche genauen Angaben zu dringen. Wegen einer solchen Auskunftsverweigerung durften die Betroffenen nicht bestraft werden. Diese Einschränkung hinsichtlich der Berufsangaben galt auch für die nachfolgend aufgeführten Gruppen, soweit bei Besatzungsdienststellen beschäftigt.
2. Für die in beschlagnahmten Gebäuden und Wohnungen wohnenden und zugleich bei der Besatzungsmacht Tätigen galten voneinander abweichende Vorschriften, je nachdem, ob die Betroffenen im Haushalt eines Angehörigen der Besatzungsmacht wohnten oder nicht. Im ersteren Fall wurden den Betroffenen die Fragebogen in der britischen Zone auf Grund der Anschriften bei den deutschen Lohnstellen in den Landratsämtern durch die Post, in der amerikanischen Zone durch den deutschen Zähler zugestellt, nachdem die amerikanischen Haushaltungsvorstände entsprechend unterrichtet waren. In der französischen Zone hatte der Zähler keinen Zutritt zu beschlagnahmten Gebäuden und Wohnungen. Hier machte die deutsche Erhebungsbehörde die Betroffenen darauf aufmerksam, wo und wann die Zählpapiere abzuholen und ausgefüllt zurückzugeben waren. Außerdem wurde in der französischen Zone den bei der Besatzungsmacht beschäftigten deutschen und sonstigen nichtalliierten Personen das Gehalt für September 1950 nur gegen Vorlage einer Bescheinigung ausgehändigt, in der schriftlich bestätigt war, daß die Zählpapiere ausgefüllt worden waren. Diese Vorschrift galt auch für die Beschäftigten, die nicht in beschlagnahmten Gebäuden und Wohnungen lebten.

Die nicht in Haushaltungen von Besatzungsangehörigen mitwohnenden Personen erhielten ihre Erhebungsformulare in der britischen Zone durch die Post auf Grund von Adressenlisten bei den Kriegsschadenfeststellungsbüros (KSFB), in der amerikanischen Zone über die Labor Supervision Company Commanders. Für die französische Zone galt die gleiche Regelung wie bei den in Haushaltungen von Angehörigen der Besatzungsmacht wohnenden Personen.

3. Für deutsche oder nichtalliierte (hauptsächlich DP) Beschäftigte, die bei Besatzungsdienststellen tätig und in Lagern untergebracht waren, durften in der britischen Zone nur Haushaltungslisten, keine Anstaltslisten verwendet werden. Die Zählung erfolgte hier über die Dienststellen der Besatzungsmacht, mit denen sich die deutschen Erhebungsbehörden in Verbindung zu setzen hatten. In der amerikanischen Zone waren die Lagerkommandanten eingeschaltet.

Die in beschlagnahmten Gebäuden und Wohnungen wohnenden Personen, die nicht für die Besatzungsmacht tätig waren, wurden in der britischen Zone mit Hilfe der KSFB erfaßt, an die die Mieten bezahlt wurden und die daher Unterlagen über die deutschen Bewohner der fraglichen Grundstücke besaßen. Auf

Grund der Adressenlisten der KSFB stellten die deutschen Zählungsdienststellen den Befragten die Fragebogen mit Anweisungen über deren Rücksendung durch die Post zu. In der amerikanischen Zone bestanden keine besonderen Vorschriften hinsichtlich dieser an Zahl geringen Personen. Allgemein war den Zählern, die sich durch Zählbezirksbuch, auf Verlangen durch ihre Kennkarte auszuweisen hatten, der Zutritt zu beschlagnahmten Grundstücken gestattet. Die französische Besatzungsmacht hatte bestimmt, daß den betreffenden Personen durch die deutschen Zählungsdienststellen mitgeteilt wurde, wo und wann die Fragebogen erhältlich und wie sie zurückzugeben seien.

Zum Zeitpunkt der Zählung bestand noch eine Reihe von Lagern für Displaced Persons. Dabei war zu unterscheiden zwischen Lagern, die inzwischen in deutsche Verwaltung überführt waren, und den IRO-Lagern, die unter alliierter Kontrolle standen. Die Personen in den unter deutscher Verwaltung befindlichen Lagern wurden wie die deutsche Bevölkerung gezählt und der Wohnbevölkerung zugerechnet. Die in IRO-Lagern untergebrachten Personen wurden, soweit sie in Wiederansiedlungslagern lebten, durch Haushaltungslisten, soweit sie in Erholungs- und Kinderheimen untergebracht waren, durch Anstaltslisten erfaßt. Die Grundsatzregelung wurde zwischen dem Statistischen Bundesamt, dem CSO und der Zentralstelle der IRO in der Bundesrepublik abgesprochen. Die deutschen Erhebungsbehörden setzten sich mit den entsprechenden örtlichen alliierten und IRO-Stellen in Verbindung, um eine vollständige Erfassung der DP zu sichern.

Die in beschlagnahmten Gebäuden befindlichen, an Zahl relativ bedeutungslosen Arbeitsstätten wurden, soweit sie der deutschen Steuergesetzgebung unterlagen und der Zähler Zutritt erhielt, mit dem Arbeitsstättenbogen erfaßt. In der britischen Zone wirkten bei ihrer Erfassung die Regional Statistical Officers bei den Landeskommissaren mit.

Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen

Die gesonderte Feststellung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen wurde erforderlich, weil die alliierten Stellen einer Einbeziehung dieser Gebäude und Wohnungen in die allgemeine deutsche Zählung nicht zustimmten. Dem deutschen Zähler wurde der Zugang zum Erhebungsobjekt grundsätzlich nicht gestattet. Zur Ergänzung der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 wurde deshalb für die Ermittlung der fraglichen Gebäude und Wohnungen auf die bei den Besatzungskostenämtern befindlichen Unterlagen zurückgegriffen.

Nach § 4 Abs. 2 VZG 1950 war die Erfassung der von den Besatzungsmächten benutzten Gebäude und Wohnungen durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung zu regeln. Der Text der »Verordnung über die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen« vom 28. Februar 1951 (Bundesanzeiger 1951, Nr. 45, S. 1)⁴⁷⁾, die die Modalitäten der Erhebung festlegte, war mit den zuständigen Stellen der Alliierten Hohen Kommission besprochen und vereinbart worden. Die gemäß § 12 VZG 1950 vorzunehmende laufende Fortschreibung der beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen wurde ebenfalls durch diese Verordnung geregelt.

Die Erhebung erstreckte sich auf alle ganz oder teilweise beschlagnahmten Wohn- und Nichtwohngebäude und die ganz beschlagnahmten Wohnungen, auf teilweise beschlagnahmte Gebäude allerdings nur, soweit diese nicht bereits am 13. September 1950 erfaßt werden konnten. Erhebungseinheit war jedes frei stehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude. Zu den beschlagnahmten Gebäuden rechneten alle requirierten und konfiszierten Gebäude sowie die bis zum 13. September 1950 für die oder von der Besatzungsmacht neu erbauten Gebäude. Als beschlagnahmt galt eine Wohnung, wenn sie von der Besatzungs-

⁴⁷⁾ Text der Verordnung siehe S. 90.

macht in Anspruch genommen war. Die Begriffsbestimmung der Wohnung war die gleiche wie bei der allgemeinen Wohnungszählung.

Als Stichtag für die Erhebung wurde der 30. September 1950 bestimmt, da zu diesem Termin die mit der Erfassung betrauten Besatzungskostenämter — Behörden der unteren Verwaltungsstufe — ohnedies eine periodische Meldung abzugeben hatten. Auch sollte der Zeitpunkt der Feststellungen nicht allzuweit von dem Stichtag der allgemeinen Gebäude- und Wohnungszählung entfernt liegen.

Für teilbeschlagnahmte Gebäude und Wohnungen, zu denen der deutsche Zähler Zutritt hatte, bestand die Möglichkeit der Erfassung bereits am 13. September 1950. Bei den nominell beschlagnahmten Gebäuden und Wohnungen in der britischen Zone, die von Organisationen oder Privatpersonen benutzt wurden, die den deutschen Gesetzen unterstanden, konnte gleichfalls das normale Zählverfahren angewendet werden. Die Hauptmasse der beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen jedoch mußte mit Hilfe der der Finanzverwaltung unterstehenden Besatzungskostenämter festgestellt werden. Auf Grund ihrer Unterlagen trugen diese Dienststellen die Angaben in das vom Statistischen Bundesamt entworfene und von den Statistischen Landesämtern ausgedruckte »Zählblatt für beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen«⁴⁸⁾ ein. Die ausgefüllten Vordrucke wurden den Statistischen Landesämtern zur Aufbereitung eingesandt.

Dieses sonst im Rahmen des Volkszählungswerkes nicht übliche Erhebungsverfahren mußte zwangsläufig angewendet werden, weil die Ermittlung der zum Teil sehr komplizierten Tatbestände sich an Ort und Stelle nicht ermöglichen ließ. Durch gewisse Mängel der bei den Besatzungskostenämtern vorhandenen Akten, Karteien und Listen wie auch durch den relativ umständlichen Erhebungsweg gestalteten sich die Feststellungen langwierig.

Zählung der Schiffsbevölkerung

Um eine möglichst vollständige Erfassung der zur Zeit der Zählung meist auf Fahrt befindlichen Schiffsbevölkerung zu sichern, wurde diese in einem vom normalen Zählungsmodus abweichenden Verfahren und mittels eines besonderen Zählpapiers, der Schiffsliste, erhoben. Für jedes Fahrzeug der See- oder Küstenschifffahrt, der Hochsee- oder Küstenfischerei und der Binnenschifffahrt, das eine ständige Besatzung hatte, die während der Fahrt regelmäßig auf dem Schiff übernachtete, war eine Schiffsliste auszufüllen. Bei vorübergehendem Aufenthalt im Hafen war die Schiffsliste ebenfalls zu verwenden. Außer Dienst gestellte Schiffe, die als Hotels, Gaststätten oder Wohnschiffe benutzt wurden, waren wie Gebäude zu behandeln und in Gebäudelisten einzutragen. Die Ermittlungen waren hier in gleicher Weise wie in Gebäuden mit Wohnungsbogen und Haushaltslisten durchzuführen.

Die Zählung der in Betrieb befindlichen Schiffe, ihrer Besatzung und Passagiere erfolgte durch besondere Zählungsorgane, und zwar die See-Berufsgenossenschaft, die Wasserschutzpolizei, die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen, die Zolldienststellen und die kommunalen Hafenverwaltungen. Bei Einschaltung der See-Berufsgenossenschaft mußten die ausgefüllten Zählpapiere auf jeden Fall an deren Hauptverwaltung oder Sektionen zurückgesandt werden. Ein mitüber sandter roter Kontrollschein verblieb an Bord. Aus Schleswig-Holstein wird berichtet, daß bei Belieferung der Eigner von Fahrzeugen der Küsten- und Binnenschifffahrt durch die See-Berufsgenossenschaft zum Teil Doppelarbeit entstand, insofern diesen Schiffseignern auch von den örtlichen Gemeindeverwaltungen Zählpapiere übergeben wurden. Während für die Befragung der in Häfen oder an Zollstellen liegenden Schiffe durch Hafenverwaltungen und Zolldienststellen im allgemeinen ausreichende Zeit für die Ausfüllung vorhanden war, stand die Zählung der auf Fahrt befindlichen Schiffe durch die Wasserschutzpolizei oft unter erheblichem Zeitdruck. Dies hatte selbstverständlich Rückwirkungen auf die Qualität der Eintragungen, die infolge der Schreibeun-

wandtheit vieler Schiffer auch sonst zu wünschen übrig ließ. Rückfragen konnten in diesen Fällen, da die Schiffe späterhin nicht mehr erreichbar waren, nicht gestellt werden.

Die Vorschrift, daß für die an Bord lebenden Familien und Einzelpersonen mit einer ständigen Wohnung an Land besondere Haushaltslisten ausgefüllt werden mußten, bedeutete zweifellos eine Belastung. Verschiedentlich wurde diese Vorschrift nicht befolgt, sondern die betreffenden Personen auf der Innenseite der Schiffsliste eingetragen. Bei dem Vergleich zwischen Schiffslisten und Haushaltslisten der in Frage kommenden Wohnsitzgemeinden zeigten sich häufig Unstimmigkeiten. Für die in Abschnitt B und C der Haushaltslisten eingetragenen Personen waren keine entsprechenden Angaben in den Schiffslisten vorhanden. Man hat deshalb bezweifelt, ob die vollständige Erfassung der Schiffsbevölkerung gelungen ist. Der umständliche Austausch der Schiffslisten zwischen den einzelnen Statistischen Landesämtern und der notwendige Vergleich innerhalb der Länder verursachten nicht unbeträchtlichen Arbeitsaufwand.

Mit Rücksicht auf diese Schwierigkeiten und Mängel sowie die zahlenmäßig nur geringe Bedeutung der Schiffsbevölkerung halten verschiedene Landesämter es für notwendig, ernstlich zu prüfen, ob man bei künftigen Zählungen das 1950 geübte Verfahren beibehalten solle. So empfiehlt u. a. Schleswig-Holstein, die See-Berufsgenossenschaft nur für die Hochseeschifffahrt einzuschalten, die Schiffsbevölkerung mit ständiger Landwohnung nur durch Haushaltslisten der Wohngemeinde, die Schiffsbevölkerung ohne Wohnsitz an Land durch die »Musterungsbehörden« zu erfassen. In den besonders ausführlichen Darlegungen des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen wird, allerdings vom Standpunkt eines Binnenlandes, gesagt, daß die Zuordnung der Schiffsbesatzungsmitglieder ohne festen Wohnsitz an Land zur Wohnbevölkerung des Heimathafens des Schiffes nur eine Verlegenheitslösung darstelle und weder praktische noch rechtliche Bedeutung besitze. Es müsse deshalb überlegt werden, ob die 1950 durchgeführte Sonderbehandlung beizubehalten sei oder ob man sich nicht, etwa für Zwecke der Berufszählung, mit Schätzungen begnügen solle.

Im Rahmen der Arbeitsstättenzählung mußte für jedes in Betrieb befindliche ständig bemannte Schiff ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden, desgleichen für jede an Bord befindliche selbständige Arbeitsstätte, wie Restaurationsbetriebe usw. Da der Bogen nicht auf die Besonderheiten des Schiffsbetriebes abgestellt war, ist die Ausfüllung häufig mangelhaft gewesen. Es erscheint daher empfehlenswert, für spätere Zählungen einen Fragebogen, der auf den Charakter dieses Betriebes Rücksicht nimmt, auszuarbeiten. Nicht selten fehlten im Arbeitsstättenbogen Angaben über den Umsatz, weil die Schiffsführer als Angestellte der Reederei die Höhe des Umsatzes nicht kannten oder aber der Schiffseigner die Unterlagen nicht an Bord mitführte.

Sonderregelung für die zum Industriebericht meldenden Betriebe

Bei früheren Arbeitsstättenzählungen bzw. gewerblichen Betriebszählungen hatte man die Erfahrung gemacht, daß der ehrenamtliche Zähler nicht selten gerade wichtige Industriebetriebe übersehen hatte, die, wenn deren Fehlen überhaupt rechtzeitig bemerkt wurde, nachträglich erhoben werden mußten. 1950 wollte man für die regelmäßig zum Industriebericht meldenden Firmen die vollständige Erfassung dieser Arbeitsstätten von vornherein sicherstellen und sah im Einvernehmen mit dem Statistischen Ausschuß industrieller Verbände eine Sonderregelung vor. Die Arbeitsstättenbogen wurden, mit dem Aufdruck »IB« versehen, zugleich mit den Fragebogen zur Industrieberichterstattung durch die Statistischen Landesämter den zum Industriebericht meldenden Firmen übersandt. Sie sollten ab 8. September 1950 zur Abholung durch den Zähler ausgefüllt bereitgehalten werden. Auf diese Weise war den Berichtsfirmen ausreichend Zeit zur Vornahme der Eintragungen gegeben. Auch wollte man ihnen Doppelarbeit ersparen, indem der 31. August 1950 zu-

⁴⁸⁾ Abdruck siehe S. 90.

gleich als Stichtag für Industrieberichterstattung und Arbeitsstättenzählung bestimmt war. Auf einem beigelegten Meldeblatt war einzutragen, ob es sich um eine einzige Arbeitsstätte handelte, ob im Industriebericht noch Angaben über weitere Arbeitsstätten enthalten waren oder ob zu dem Unternehmen Arbeitsstätten gehörten, die nicht mit dem Industriebericht erfaßt wurden. Dieses Formular sollte also zugleich zur Bereinigung des Firmenkreises dienen.

Die zunächst für sehr vorteilhaft erachtete Sonderregelung erwies sich bei Durchführung der Erhebung nicht als so günstig, wie man erwartet hatte. In den Erfahrungsberichten wird — abgesehen von zwei Ländern — festgestellt, daß sie den Arbeitsablauf gestört, Unklarheiten verursacht und die Erhebung erschwert hat. In der Praxis zeigte sich auch, daß die getroffene Regelung keine vollständige Erfassung der in Frage kommenden Arbeitsstätten garantierte. Sehr oft sandten die Firmen den Arbeitsstättenbogen unmittelbar dem Statistischen Landesamt ein, so daß dieses die Zählungsdienststellen unterrichten mußte und Kontrollmaßnahmen notwendig wurden. Übereifrige Zähler händigten den Befragten einen zweiten Arbeitsstättenbogen aus, wodurch sich Doppelmeldungen ergaben, die auszumerzen besondere Sorgfalt erforderte. Beim Vergleich der Doppelmeldungen wurde festgestellt, daß die Angaben in den Fragebogen mit Vorbehalt aufzunehmen waren. Unstimmigkeiten ergaben sich insbesondere bezüglich der Beschäftigten,

des Umsatzes, der Kraftfahrzeuge und bei der Frage, ob ein Handwerksbetrieb vorliege. Verschiedentlich holte der Zähler, der nicht wissen konnte, daß die Firma einen Arbeitsstättenbogen erhalten hatte, das Formular nicht ab. Ein Teil der Befragten nahm den vom Statistischen Landesamt übersandten Arbeitsstättenbogen zu den Akten und füllte stattdessen das vom Zähler irrtümlich erhaltene Formular aus, wodurch die beabsichtigte Abstimmung mit dem Industriebericht erschwert wurde.

Die Vorteile des Verfahrens sollten nicht verkannt werden. Ein Teil der Großbetriebe hat dadurch tatsächlich die Fragebogen rechtzeitig und sorgfältig ausfüllen können. Es ermöglichte außerdem trotz seiner Mängel zu seinem Teil eine Bereinigung und Ergänzung des Berichtsgebietes zur Industrieberichterstattung. Der Sonderregelung wäre ein größerer Erfolg beschieden gewesen, wenn die Firmen die ausgefüllten Vordrucke unmittelbar an die Statistischen Landesämter hätten einsenden können und die Zählungsdienststellen von den Statistischen Landesämtern eine Liste der nicht zu befragenden Betriebe erhalten hätten. Schwierigkeiten wären auch hiermit verbunden gewesen, da die Zähler hätten angewiesen werden müssen, diese Betriebe in ihrem Zählbezirk auszulassen. Hierauf wird bei künftigen allgemeinen Arbeitsstättenzählungen, sofern diese noch darauf abgestellt sein sollten, alle Arbeitsstätten mit Zählern zu erfassen, zu achten sein.

B. Erhebungspapiere

1. Drucklegung und Auflage

Die Statistischen Landesämter wünschten, daß der Druck der Erhebungspapiere in den Druckereien des eigenen Landes vorgenommen wurde. Die Bestellungen bei den Druckereien mußten so frühzeitig wie möglich aufgegeben werden, damit diese angesichts gewisser Schwierigkeiten bei der Papierbeschaffung disponieren konnten. Voraussetzung hierfür war, daß die endgültige Fassung der Erhebungspapiere rechtzeitig vorlag. So sehr diese Forderung theoretisch von allen Beteiligten anerkannt wurde, so schwer war ihre Verwirklichung, weil noch in einem bereits sehr späten Stadium Wünsche zum Frageprogramm vorgebracht wurden.

Die Druckmuster der Zählpapiere stellte das Statistische Bundesamt nach dem Abschluß der Arbeiten den Statistischen Landesämtern zur Verfügung, damit diese dann den Druckereien des Landes zum Ausdruck übergeben werden konnten. Die Landesämter nahmen noch die von ihnen für erforderlich gehaltenen Anpassungen der Musterbeispiele vor. Die Vorlagen erhielten die Statistischen Landesämter entweder in Form bereits ausgedruckter Formblätter (z. B. Wohnungsbogen und Arbeitsstättenbogen) oder als Schreibmaschinenmanuskript (z. B. Gemeindeanweisung und Zähleranweisung) übersandt. Für den Druck des Schlagwortverzeichnis konnten Matern vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen bezogen werden. Da verschiedene Statistische Landesämter unmittelbar nach der abschließenden Besprechung über die Fassung der Haushaltsliste (23./25. Mai 1950) mit dem Satz begannen, wurde von der Erstellung eines besonderen Druckmusters für dieses Papier durch das Statistische Bundesamt abgesehen.

Erwähnt sei, daß durch erstmalige Anwendung des Verfahrens der Offsetrotation beim Druck der Haushaltslisten allein in Bayern erhebliche Mengen Papier eingespart werden konnten. Der Vordruck wurde ohne Rand zwischen den einzelnen Listen gedruckt und Papier von der Rollenbreite 70 cm statt 84 cm benutzt.

Die Vorausberechnung des Bedarfs an Zählpapieren zur richtigen Bemessung der Auflagenhöhe bereitet keine Schwierigkeiten, wenn zuverlässige Unterlagen über die zu erfassenden Erhebungseinheiten und die Gliederung der Zählungsorganisation zur Errechnung des Bedarfs an Schulungsmustern, Zählerhilfspapieren u. dgl. zur Verfügung stehen. An Hand des verfügbaren Materials kann

unter Einkalkulierung der erfahrungsgemäß benötigten Reserven einigermaßen genau die Zahl der auszudruckenden Papiere ermittelt werden. Fehlen jedoch solche Unterlagen oder entstammen sie einer Zeit, deren Verhältnisse mit denen des Zählungstages nicht vergleichbar sind, müssen schwierige Schätzungen vorgenommen werden. Das Streben nach sparsamer Verwendung der verfügbaren Mittel liegt im Widerstreit mit der nur allzu begreiflichen Vorsicht, auf keinen Fall einen Mangel an Zählungsdrucksachen entstehen zu lassen. Ist bei der Kalkulation die Auflage zu hoch bemessen worden, so wird der Überschuß zu Altpapier. Überspannt man den Grundsatz der Sparsamkeit, so besteht die Gefahr, daß wegen Fehlens bestimmter Drucksachen eine Stockung im Zählungsablauf eintritt. Der Mangel an Zählpapieren in einer Gemeinde, selbst in einem Kreis, wird sich noch verhältnismäßig leicht beheben lassen. Hat aber ein Landesamt Fehlkalkulationen vorgenommen, so sind deren Auswirkungen nur schwer auszugleichen. Örtlich geschilderte verteilte Reserven verhindern, daß der Drucksachenvorrat zu sehr verzettelt wird.

Bei den 1950 vorzunehmenden Berechnungen konnte bei der Bemessung des Bedarfs an Haushaltslisten von der Zahl der fortgeschriebenen Bevölkerung ausgegangen werden, wenn hierbei auch ein Unsicherheitsfaktor, nämlich die Zahl der Untermieterhaushaltungen, die eine eigene Liste abzugeben hatten, zu berücksichtigen war. Die benötigten Gebäudelisten und Wohnungsbogen ließen sich an Hand von früher durchgeführten Gebäudeerhebungen oder von Katasterunterlagen, Adreßbüchern u. dgl. schätzen. Sehr schwierig lagen die Verhältnisse für den Arbeitsstättenbogen, da zwar die zur Industrieberichterstattung herangezogenen Betriebe bekannt waren, ein Überblick über den Umfang der Kleinstbetriebe, der Büros von Verbänden, der freiberuflichen Tätigkeit aber fehlte. Bei dem Bedarf an Hilfspapieren für den Zähler wurde als Richtzahl 1 Zähler je 100 Befragte zugrunde gelegt, ein Wert, der je nach den Möglichkeiten der Beschaffung geeigneter Zähler nach oben oder unten abwich. Für Schulungsleiter, Oberzähler, Reservezähler waren entsprechende Zuschläge zu machen.

Daß zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den Anforderungen bzw. Nachforderungen an Papieren seitens der Zählungsdienststellen ein weiter Spielraum liegt, zeigen z. B. Erfahrungen eines Statistischen Landesamtes. So betrug bei der Gebäudeliste die ursprüngliche Auflage 603 390, der

Nachdruck 120 000, ausgefüllt wurden 476 000, an Leermaterial wurden 80 000 Stück zurückgegeben. Größere Differenzen ergaben sich auch bei Wohnungsbogen und Arbeitsstättenbogen. Hinsichtlich der Haushaltungslisten erwiesen sich die Berechnungen als relativ einfach und zuverlässig. Wie sich herausstellte, beruhten die Nachforderungen größtenteils offenbar auf einer wenig sorgfältigen Verteilung durch die Landratsämter und auf Fehldispositionen größerer Gemeinden. Wie aus Niedersachsen berichtet wird, waren die Anforderungen an Wohnungsbogen höher als ursprünglich angenommen, da viele Untermieter irrtümlich einen eigenen Wohnungsbogen ausgefüllt hatten. Baden führt die Notwendigkeit des Nachdrucks von Wohnungsbogen und Arbeitsstättenbogen darauf zurück, daß eine Reihe von Gemeinden bei der Zuteilung der Papiere zu großzügig verfuhr.

Die Gesamtauflage der Drucksachen im Bundesgebiet, ohne die für die ergänzenden Erhebungen benötigten Vordrucke, ist aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich. Bei Formularen, wie der Anstalts- und der Schiffsliste, ist zu berücksichtigen, daß ein hoher Prozentsatz der Auflage zur Information der Zähler bestimmt war. Das Gesamtgewicht aller Erhebungsvordrucke betrug rd. 762 t.

Auflage der Zählpapiere
(gerundete Zahlen)

Nr.	Bezeichnung	Gesamtauflage im Bundesgebiet
	der Vordrucke	
1	Gebäudeliste	7 448 000
—	Merkblatt zur Gebäudeliste	3 757 000
2	Haushaltungsliste	20 127 000
3	Anstaltsliste	359 000
4	Schiffsliste	63 000
—	Kontrollschein, rosa	79 000
—	Kontrollschein, grün	
5	Wohnungsbogen	14 586 000
6	Arbeitsstättenbogen	4 728 000
—	Meldeblatt: Vorfragen zur Arbeitsstättenzählung 1950 für Berichtsfürmen des monatlichen Industrie- berichts	8 000
7	Zählbezirksbericht	1 438 000
—	Zählbezirksbuch	411 000
8	Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht	203 000
9	Anweisung für die Zähler	321 000
10	Schlagwortverzeichnis	418 000
11	Anweisung für die Zählerschulung	44 000
12	Anweisung für die Gemeindebehörden	60 000
13	Gemeindebogen	115 000
14	Schnellmeldung	54 000

Außer den in der Übersicht aufgeführten Papieren haben einige Länder noch andere Vordrucke, insbesondere weitere Hilfspapiere für den Zähler, ausdrucken lassen, vornehmlich Hamburg und Bayern. Außerdem wurden in Bayern für die Gebäudevorerhebung besondere Gebäudelisten, Kontrolllisten, ein Merkblatt zur Ergänzung der Gebäudelisten sowie ein Zählerausweis für die Gebäudevorerhebung hergestellt. In einigen Ländern wurde noch das »Zählblatt für die Gewerbeaufsicht« verwendet, mit dem eine Kontrolle der Kataster der Gewerbeaufsichtsbehörden anläßlich der Arbeitsstättenzählung bezweckt wurde.

2. Form der Erhebungspapiere⁴⁹⁾

Vielfältig sind die Forderungen, die an die äußere Form und die Anordnung des Textes von Zählpapieren gestellt werden. Von besonderer Wichtigkeit war die Beachtung solcher Regeln bei einem Erhebungsprogramm, wie es die Volkszählung 1950 aufwies. Das Widerstreben des Auskunftspflichtigen gegen die Befragung mußte durch eine ansprechende, sachgemäße Form vermindert werden. Im folgenden seien einige wichtige Grundsätze für eine zweckentsprechende Gestaltung der Vordrucke auf Grund der bei Durchführung des Volkszählungswerkes 1950 gemachten Erfahrungen kurz zusammengestellt.

Die Fragen sollen übersichtlich und in logischer Aufeinanderfolge angeordnet sein.

Die einzelnen Fragenkomplexe sind deutlich voneinander abzugrenzen, möglichst durch eine Überschrift

oder ein einprägsames Stichwort zu kennzeichnen. Die Gefahr, daß Fragen übersehen werden, ist von vornherein in Rechnung zu stellen und mit allen Mitteln zu vermeiden.

Die textliche Formulierung ist, wenn irgend möglich, dem allgemeinen Sprachgebrauch anzupassen. Behördendeutsch, abstrakte Fassungen, nur dem Fachstatistiker geläufige Ausdrucksweise sind zu vermeiden.

Erfahrungen der Meinungsforschung und Werbung, den Bedürfnissen der amtlichen Statistik angepaßt, sollen angewendet werden, damit der Befragte, der heute weitgehend auf die Methoden der Werbung eingestellt ist, die Anweisungen, Erläuterungen usw. tatsächlich liest und beachtet.

Die erläuternden Hinweise sind möglichst nahe an die betreffenden Fragen heranzurücken. Ihr Text ist so zu fassen, daß jedes Wort daraufhin geprüft wird, ob es unbedingt notwendig ist.

Die Musterbeispiele sind mit besonderer Sorgfalt zu wählen. Die möglicherweise eintretenden Reaktionen des Befragten sind, am besten bei Gelegenheit von Probeerhebungen, vorher abzuschätzen.

Durch gut abgewogenen Wechsel der Schriftgröße ist Wesentliches hervorzuheben, weniger Belangvolles in seiner Bedeutung zu mindern. Auf zu kleine Schriftgrößen ist, wenn irgend möglich, zu verzichten.

Die Verwendung verschiedener Schriftformen sollte vermieden werden, weil sich hierdurch ein unruhiges, wenig ansprechendes Satzbild ergibt.

Fettdruck, Einrahmungen, Balken, Hinweis Pfeile, Ausrufungszeichen sind zu verwenden, um die Übersichtlichkeit zu erhöhen.

Werden mehrere Erhebungspapiere ausgedruckt, sollen die Ordnungsangaben auf allen Papieren in gleicher Weise, die Unterschrift durchweg an gleicher Stelle, und zwar am Schluß des Fragebogens, erscheinen.

Das Format der Drucksachen soll handlich sein und grundsätzlich den DIN-Normen entsprechen.

Der Raum für die Eintragungen ist so zu bemessen, daß auch schriftungewandte Befragte die Angaben ohne Schwierigkeiten einsetzen können.

Die Papierfarbe ist so zu wählen, daß die Schrift sich klar abhebt, eine Ermüdung der Augen möglichst vermieden wird und daß bei Verwendung verschiedener Drucksachen diese farblich kontrastieren.

Bei einem Vergleich mit Erhebungspapieren früherer Zählungen sind deutliche Fortschritte in formulartechnischer Hinsicht festzustellen.

Die Kritik der Bevölkerung an den Papieren verkannte fast durchweg die Widerstände, die zu überwinden waren, und erfolgte meist aus einer prinzipiellen Ablehnung der Erhebung. Sehr interessant sind in diesem Zusammenhang in Bayern gesammelte Erfahrungen⁵⁰⁾.

Die Stellungnahmen der Statistischen Landesämter in ihren Erfahrungsberichten dagegen, über die im folgenden ein knapper Überblick gegeben werden soll, knüpfen an die bei Durchführung und Aufbereitung der Erhebung gemachten Beobachtungen an und sind geeignet, Anregungen für künftige Zählungen zu geben. Zu einem Teil der Ausführungen darf jedoch bemerkt werden, daß die vorgeschlagenen Lösungen nicht selten Schwierigkeiten anderer Art hervorgerufen hätten und aus diesem Grunde nicht verwirklicht werden konnten.

Gebäudeliste

Die kritischen Anmerkungen zu diesem Papier beschränken sich im wesentlichen darauf, daß einige Hinweis- und Zusatzfragen durch größere Schrift oder Fettdruck hervor-

⁴⁹⁾ Vgl. hierzu: Gunzert, R.: Technischer Aufbau der Erhebungspapiere. In: Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte. S. 13.

⁵⁰⁾ Zöpfy, F.: Die Volkszählung in der Volksmeinung. In: Bayern in Zahlen. 1950, H. 2, S. 48.

gehoben werden sollten, da sie häufig übersehen wurden. Die Bezeichnung der Drucksache »Gebäudeliste« wurde zum Teil beanstandet. Der Wechsel der Bezeichnung gegenüber 1939, als das entsprechende Erhebungspapier den Namen »Grundstücksliste« führte, habe sich ungünstig ausgewirkt. Trotz der Erläuterungen wurde nicht selten für jedes Gebäude anstatt für jedes Grundstück eine besondere Gebäudeliste ausgefüllt.

Wohnungsbogen

Format und Anordnung des Wohnungsbogens erwiesen sich im großen und ganzen als zweckmäßig. Auch die Trennung von der Gebäudeliste hat sich wegen der hierdurch gegebenen Kontrollmöglichkeiten bewährt. Störend waren, wie verschiedentlich festgestellt wurde, die Signierkästchen in Listenform unterhalb der Liste der Wohnparteien. Zahlreiche Befragte nahmen irrtümlich an, hier seien Spaltensummen einzutragen; dies hätte durch starke Umrandung und Vermerk »Nicht ausfüllen!« vermieden werden können. Die Erläuterungen auf der Vorderseite des Wohnungsbogens sind von einem Teil der Bevölkerung für zu umfangreich gehalten worden. Berücksichtigt man jedoch, daß gerade der Wohnungsbogen wegen der großen Mannigfaltigkeit der zu erfassenden Tatbestände erhebliche Schwierigkeiten bei der Ausfüllung bereitete und daß man der Gefahr bewußt falscher Eintragungen durch erschöpfende Hinweise zu begegnen hatte, wird man diesen Einwand nicht gelten lassen können. Der Hinweis, für ein Einfamilienhaus sei nur ein Wohnungsbogen auszufüllen, wurde wegen nicht genügender drucktechnischer Hervorhebung nicht immer beachtet.

Manche Befragten wünschten, sowohl im Wohnungsbogen wie in der Gebäudeliste durch Bemerkungen auf diesen Papieren besondere Umstände, z. B. Beschlagnahme, Leerräume, Sommerwohnung, Umbau, darzulegen. Raum für derartige, verwickelte Wohnverhältnisse aufhellende Bemerkungen war nicht vorgesehen. Im Interesse einer Erleichterung der Aufbereitung und Klarstellung der zu erfassenden Tatbestände wäre künftig bei ähnlicher Fragestellung ein angemessener Raum hierfür bereitzuhalten.

Haushaltungsliste

Dieses zentrale Papier mit der großen Zahl seiner Fragen, den teilweise sehr ausführlichen Erläuterungen und infolgedessen auch ungewöhnlichem Format bot selbstverständlich gewisse Angriffspunkte in formaler Beziehung. Daß das Abweichen vom DIN-Format bei Erhebung, Einsammlung, Einordnung, Aufbewahrung und Bearbeitung recht störend sein würde, hatte man vorausgesehen. Doch mußte man zwischen diesem Übel und dem Ausweg, die Spaltenbreite zu verringern, wählen. In dieser Richtung hatte man sich bereits eine starke Beschränkung auferlegt, so daß — im übrigen auch hinsichtlich anderer Papiere — beanstandet wurde, daß sowohl Zeilenhöhe wie Spaltenbreite verschiedentlich zu knapp bemessen gewesen seien.

Vom drucktechnischen Standpunkt aus wurde neben der zwangsläufigen Verwendung recht kleiner Drucktypen für die Erläuterungen bemängelt, daß wegen ungünstiger Placierung die Sonderabschnitte D (Vorübergehend Anwesende), E (Die wegen Wohnraummangels an einem anderen Ort wohnenden Angehörigen von Haushaltungsmitgliedern) und F (Körperbehinderte) sowie die Spalte 23 in Abschnitt B (Vorübergehend abwesende Mitglieder der Haushaltung) und C (Längere Zeit oder ständig abwesende Mitglieder der Haushaltung) vielfach nicht beachtet wurden. Bei Abschnitt E fehlte zudem eine in die Augen fallende Überschrift, was möglicherweise Ursache für die geringe Zahl der hier eingetragenen Personen war. Es ist nicht sicher, ob die vorgeschlagene Lösung, derartige Sonderfragen auf der letzten Seite zu bringen, bessere Resultate erzielt hätte. Zudem hätte der benötigte Raum dort nicht zur Verfügung gestanden.

Fast durchweg wurde beanstandet, daß der oberhalb der Spalten 15 bis 20 in kleinen Typen gedruckte Hinweis »Für Arbeitslose sind die Angaben nach ihrer letzten ausgeübten

Tätigkeit zu machen« in vielen Fällen nicht beachtet wurde. Die entsprechenden Angaben fehlten infolgedessen, und zahlreiche Rückfragen wurden notwendig.

Die aus Raumgründen vorgenommene Koppelung der Frage nach Familienstand und Eheschließungsjahr in Spalte 7 der Haushaltungsliste hat verschiedentlich dazu geführt, daß oft nur eine der beiden Angaben eingetragen war, was durch eine Teilung der Spalte vermieden worden wäre.

Ob sich der vielfach beanstandete Umfang der textlichen Erläuterungen und deren Placierung ungünstig ausgewirkt haben, ist schwer zu sagen. Sicherlich steigerte er eine bereits vorhandene Abneigung des Befragten; sachlich aber waren die Hinweise nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für Zähler und Zählungsdienststellen von großem Wert.

Anstaltsliste

Die Form dieses Zählpapiers, das sowohl der Volkszählung wie der Wohnungszählung diene, gab im allgemeinen wenig Anlaß zu Beanstandungen. Ein Landesamt weist darauf hin, daß die Fragen nach den übrigen Unterkunftsräumen auf Seite 1 unter A II, da wenig hervorgehoben, von den Befragten entsprechend der Angabe der Gesamtzahl der BI- und B II-Personen als Zusammenfassung angesehen und daher nicht immer vollständig beantwortet wurden.

Arbeitsstättenbogen

Das sich bei Erhebung und Bearbeitung bewährende Format des Arbeitsstättenbogens hatte zur Folge, daß die recht umfangreichen Erläuterungen zum Teil in kleinen Typen gedruckt werden mußten, wodurch die Übersichtlichkeit etwas beeinträchtigt wurde. Die rosa Farbe der Drucksache ließ, besonders bei künstlichem Licht, die Augen der Signierer und Prüfer verhältnismäßig rasch ermüden, da sich die Eintragungen oft nicht genügend deutlich abhoben.

Unklarheiten ergaben sich in Abschnitt D dadurch, daß wiederholt die Summe der Beschäftigten in Zeile 7a) (Heimatvertriebene) anstatt in Zeile 6 (Summe 1 bis 5) aufgerechnet wurde. Durch einen freien Raum zwischen den Zeilen 6 und 7 hätte diese Unstimmigkeit vermieden werden können.

Vorgeschlagen wurde ferner, daß die Angaben über den Umsatz, die stets zu Vergleichen mit der Beschäftigtenzahl herangezogen wurden, nicht auf Seite 4, sondern auf Seite 3 hätten erscheinen sollen, um die für das Umblättern benötigte Zeit zu ersparen.

Neben diesen kritischen Anmerkungen zu einzelnen Zählpapieren sei noch eine Anregung erwähnt, die grundsätzlichen Charakter besitzt. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Durchnummerierung der Zählpapiere, die besonders dann, wenn Änderungen der Numerierung notwendig werden, eine sehr mühevollen und zeitraubende Arbeit bedeutet, im richtigen Verhältnis zu dem Nutzen steht, den man hiervon erwartet. Wie berichtet wird, hat die Numerierung der Papiere sehr schlecht funktioniert, und jedes nur mögliche Mißverständnis kam vor. Es dürfte keineswegs leicht, aber sehr lohnend sein, das bisherige System der aufeinander abgestimmten Numerierung der Drucksachen, das aufbereitungstechnisch erprobt ist, aber im Stadium der Erhebung und Überprüfung sehr viel Mühe verursacht, durch ein einfacheres und gleich wirksames Verfahren zu ersetzen⁵¹⁾.

Hilfspapiere für den Zähler

Um die einheitliche Durchführung des Zählgeschäftes zu sichern und die Aufgabe des Zählers zu erleichtern, wurden besondere Drucksachen verwendet. Ihr Umfang ist hauptsächlich von den Schwierigkeiten der Zählung abhängig. Sie sollen methodisch einwandfreies Arbeiten des Zählers und formale Ordnung gewährleisten, besitzen daher eine sehr wichtige Funktion, und ihre inhaltliche und formale Gestaltung hat bedeutsame Auswirkungen auf das Gelingen der Erhebung. 1950 wurden an derartigen Hilfspapieren benutzt:

Anweisung für die Zähler (Drucksache Nr. 9),

Schlagwortverzeichnis (Drucksache Nr. 10),

⁵¹⁾ Vgl. hierzu: Gunzert, R., a. a. O., S. 16.

Zählbezirksbuch,
Zählbezirksbericht (Drucksache Nr. 7),
Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht (Drucksache Nr. 8),
Schulungsmuster (vereinzelte).

Da diese Drucksachen auf Seite 129 ff. dieser Veröffentlichung im Wortlaut wiedergegeben sind, erübrigt es sich, auf ihren Inhalt im einzelnen einzugehen. Lediglich die gesammelten Erfahrungen sollen kurz angeführt werden.

Anweisung für die Zähler

Dieses traditionell benutzte, bewährte Papier hat kaum zu Beanstandungen Anlaß gegeben. Der verschiedentlich bemängelte Umfang der Ausführungen ergab sich zwangsläufig aus der Kompliziertheit des Zählungswerkes. Manche Landesämter versahen die Zähler mit einer Kurzfassung der Anweisung, in der die wichtigsten Vorschriften zusammengestellt waren; der Auszug war nicht an Stelle, sondern neben der Drucksache 9 zu verwenden. Die Übersichtlichkeit dieser Drucksache wäre vielleicht größer gewesen, wenn man, wie 1939, wichtige Stichwörter in Fettdruck am Rande der Anweisung angebracht hätte, um eine schnelle Orientierung beim Nachschlagen zu ermöglichen.

Schlagwortverzeichnis

Dieses Erhebungspapier hat ungeteilte Anerkennung gefunden. Es ist ein ebenso bequem zu handhabendes wie präzises Auskunftsmittel, dessen lexikonartige Anordnung auch von dem weniger gewandten Zähler als willkommene Hilfe gewertet wurde.

Zählbezirksbuch

Das vom Statistischen Bundesamt auf Grund der vorangegangenen Beratungen vorgeschlagene Zählbezirksbuch ist eine Mischform zwischen Buch und Mappe (vgl. S. 131). Es enthielt den eingedruckten Zählerausweis, den Terminkalender, die Zählbezirksbeschreibung, Anweisung, Schlagwortverzeichnis und Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht sowie einen hier nicht abgedruckten Bildanhang mit Erläuterungen, der in 8 Bildern den Gang des Zählers durch ein Grundstück illustriert. Einige Landesämter, z. B. Hessen, Bayern und West-Berlin, entschieden sich für die einfache Mappen- oder Taschenform, in die die erwähnten Drucksachen, insbesondere aber die Zählpapiere selbst, lose eingelegt wurden. Der Ausweis war auch bei diesen Mappen aufgedruckt. Wie aus West-Berlin berichtet wird, hatte die feste Verbindung zwischen Ausweis und Zählbezirksbuch zwei Nachteile; bei einem Wechsel des Zählers mußte das Zählbezirksbuch neu ausgestellt werden. Auch gab die nicht allgemein übliche Form des Ausweises bei der Bevölkerung stellenweise Anlaß zu Zweifeln an dessen Richtigkeit. In Bremen hatte man die Anweisung vom Zählbezirksbuch getrennt, damit der Zähler die Anweisung schon längere Zeit vor Beginn seiner Arbeit erhalten konnte. Ein wichtiger Teil des Zählbezirksbuches war die Zählbezirksbeschreibung, deren Fassung von den Ländern verschiedentlich abgewandelt wurde.

Der Versuch, im Bildanhang die textlichen Anweisungen gegenständlich darzustellen, fand geteilte Aufnahme. Charakteristisch ist, daß in Nordrhein-Westfalen die bildliche Darstellung nur zum Teil als instruktiv angesehen wurde und manche Zähler sie kaum beachteten, während in dem mehr landwirtschaftlich strukturierten Schleswig-Holstein gerade der Bildanhang besonderen Anklang fand.

Eine in West-Berlin in der Zählermappe für den Zähler gegebene Möglichkeit, in einer eigens hierfür geschaffenen Rubrik nicht zurückerhaltene Zählpapiere einzutragen, erwies sich als unzuverlässig, da dies oft als Vorwand benutzt wurde, sich nicht weiter um das Einsammeln der Papiere zu bemühen. Vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen wird angeregt, künftig den Terminkalender im Zählbezirksbuch erst mit dem Zeitpunkt des Empfanges der für die Austeilung bestimmten Zählpapiere zu beginnen, da für die vorhergehende Tätigkeit des Zählers bestimmte Daten nicht gut festgelegt werden könnten.

Zählbezirksbericht und Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht

Dieses Papier (nebst Hilfsblatt) stellt einen zusammenfassenden Bericht des Zählers über Art und Zahl der abgegebenen und wieder eingesammelten Papiere dar, erleichterte somit dem Zähler wie auch den erhebenden Stellen die Vollständigkeitskontrolle. Daneben aber bot das Hilfsblatt bei Ausfallen eines Zählers dem Reservezähler die einzige Möglichkeit, sich über den Bezirk zu informieren und die von seinem Vorgänger begonnene Arbeit fortzusetzen. Die Einfügung des Hilfsblattes in das Zählbezirksbuch wirkte sich insofern ungünstig aus, als das Blatt häufig nicht ausreichte, verschrieben oder sonstwie unbrauchbar wurde, so daß die Nachforderungen zum Teil unerwartet hoch waren. Es wird daher empfohlen, künftig einen Vorrat loser Hilfsblätter zur Nachlieferung bereitzuhalten. Ein Teil der Zähler klagte über die Arbeit, die die Reinschrift des Zählbezirksberichtes verursachte, und es wird angeregt, Vorschläge für eine Vereinigung des Hilfsblattes mit der Niederschrift des Zählbezirksberichtes für die Zukunft auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. In Anbetracht der zahlreichen Verbesserungen, die im Hilfsblatt wohl regelmäßig vorgenommen werden müssen, und der Notwendigkeit, für die weitere Verwendung bei der Aufbereitung ein möglichst unkorrigiertes Exemplar des Berichtes zu besitzen, wird die bisherige Übung voraussichtlich beibehalten werden.

Eine andere Anregung dagegen dürfte größere Aussicht auf Verwirklichung haben, nämlich die Erhöhung der Zeilenzahl in Hilfsblatt und Zählbezirksbericht auf etwa 40 bis 45 (1950: 28 bzw. 29 Zeilen). Da die meisten Bezirke mindestens 30 Haushaltungen aufwiesen und für nicht mit einer Haushaltung verbundene Arbeitsstätten ebenfalls eine Zeile benötigt wurde, mußte der Zähler oft zwei Vordrucke für einen Bezirk verwenden. Hierdurch entstanden bei der Ausfüllung Übertragungsfehler, indem nicht selten nur die Endbeträge des ersten Blattes übertragen wurden. Fehler in den Endsummen der Zählbezirksberichte ergaben sich nach den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen auch dadurch, daß die moderne Form des Seitenübertrages — am Schluß der Seite 2 — gewählt war. Die Eintragung der Summen von Seite 1 wurde auf Seite 2 vergessen, und nur die Summe der Seite 2 ging auf den Gemeindebogen über. Das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen nimmt an, daß dieser Fehler vermieden worden wäre, wenn die Übertragung, wie früher allgemein üblich, auf der ersten Zeile der Seite 2 eingesetzt worden wäre.

Von einigen Landesämtern ist die Ansicht vertreten worden, daß es vorteilhaft gewesen wäre, neben oder an Stelle der Zahl der Zählpapiere deren laufende Nummer im Zählbezirksbericht eintragen zu lassen, der auf diese Weise als Leitpapier hätte dienen können und im Statistischen Landesamt die Eingangs- und Vollständigkeitskontrolle erleichtert hätte. Es fragt sich, ob man damit nicht die Leistungsfähigkeit des Durchschnittszählers überfordert hätte.

Um die Eignung bestimmter Berufssparten für die Arbeit als Zähler zu ermitteln, könnte bei kommenden Zählungen daran gedacht werden, im Zählbezirksbericht den Beruf des Zählers zu erfragen. Die Gemeindebehörde hätte hinter dieser Angabe verschlüsselt zu vermerken, wie die Arbeit des Zählers zu beurteilen war.

Schulungsmuster der Zählpapiere

Die in mehreren Ländern bereits bei früheren Zählungen verwendeten Schulungsmuster der wichtigsten Zählpapiere, insbesondere der Haushaltungsliste, zeigten farbig eingedruckte Erläuterungen und Hinweis Pfeile, durch die dem Zähler die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Fragen eines Formulars sowie zwischen den verschiedenen Papieren illustriert werden sollten. Wenn der erste Eindruck auch vielleicht etwas verwirrend war, so boten die Schulungsmuster doch, sobald der Zähler die Zusammenhänge erkannt und sich eingepreßt hatte, eine sehr gute Hilfe und Gedächtnisstütze.

C. Zählerproblem, Zählergewinnung, Zählereinsatz

Bevor im einzelnen darüber berichtet wird, wie die Zählergewinnung und der Zählereinsatz vor sich gegangen sind und wie sich die von den statistischen Stellen eingeleiteten Maßnahmen bewährt haben, seien einige allgemeine Ausführungen vorausgeschickt.

Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter standen vor der Aufgabe, ein sehr umfangreiches und detailliertes Zählungsprogramm durchführen zu müssen. Es war zu überlegen, wie die benötigten Angaben unter den gegebenen Umständen und im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten am zweckmäßigsten und mit der Aussicht auf bestmögliche Genauigkeit erhoben werden könnten. Da ein gutes Ergebnis der Erhebung naturgemäß die Bereitwilligkeit großer Bevölkerungskreise zur Beantwortung der Fragen und zur Mitarbeit als Zähler voraussetzte, mußte man versuchen, eine Vorstellung von der psychologischen Situation in der Bevölkerung und der sich daraus ergebenden möglichen Reaktionen in bezug auf die Befragung zu gewinnen.

Bei Probeerhebungen in einigen großen Städten des Bundesgebietes, z. B. in Hamburg, München, Düsseldorf, Frankfurt am Main, und in einigen Kreisen, die vor allem der Erprobung der Erhebungsformulare dienten, konnte man auch Eindrücke von der Mentalität der Bevölkerung gewinnen. Das Statistische Landesamt Bayern hatte mit der Probeerhebung eine Meinungsbefragung⁵²⁾ bei 500 Auskunftspflichtigen verbunden, in der die Einstellung der Befragten zum Zählungswerk »getestet« wurde.

Die auf Grund der Probeerhebungen gebildeten Vorstellungen konnten nur lückenhaft sein, stützten jedoch allgemeine Vorstellungen, die man sich von der Stimmung der Bevölkerung gemacht hatte. Danach war mit gewissen gefühlsmäßigen Vorbehalten und Einstellungen gegen Befragungen durch staatliche Stellen zu rechnen. Auch war der in der Verfassung der Bundesrepublik niedergelegte Grundsatz der Freiheit des einzelnen Staatsbürgers von Zwang teilweise so mißverstanden worden, daß man meinte, sich staatlichen Anordnungen gegenüber teilnahmslos oder ablehnend verhalten zu können. So war nicht nur eine »Fragebogenmüdigkeit«, sondern auch eine »Zählermüdigkeit« zu erwarten. Damit wurde die Gewinnung ehrenamtlicher Zähler, mit denen man in Deutschland bei Erhebungen herkömmlich gearbeitet hatte, zum Problem. Erschwerend kam hinzu, daß diesmal die umfangreichen und auch zum Teil bisher ungewohnten Fragestellungen vom Zähler eine entsprechende Einarbeitung verlangten, die über das gewöhnliche Maß hinausging. Er mußte sich eine genaue Kenntnis der Erhebungspapiere und auch der Ziele des Zählungswerkes im allgemeinen aneignen, wenn er seine »Mittlerfunktion«, den Auskunftspflichtigen zur richtigen und vollständigen Ausfüllung sowie rechtzeitigen Abgabe der Fragebogen zu bewegen, erfüllen sollte. Es wurde von ihm also mehr als nur das Austeilen und Wiedereinsammeln der Formulare verlangt. Bei dem persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung sollte er, wenn notwendig, nicht nur Auskünfte geben und Hilfe leisten, sondern auch in beschränktem Maße als Propagandist für die Zählung wirken, indem er ablehnende Einstellungen überwinden sollte.

Dazu hatte er aber erst einmal eine möglicherweise ihn selbst erfüllende Abneigung auszuschalten und eine positive Einstellung zu gewinnen. Außerdem sollte er u. U. einen erheblichen Teil seiner Freizeit opfern, ohne dafür ein nennenswertes Entgelt zu erhalten.

Es erschien mit Recht fraglich, ob sich genügend zuverlässige und aufgeschlossene Kräfte — es wurden rund 500 000 Zähler benötigt — zur Verfügung stellen würden. Deshalb mußte man sich überlegen, ob nicht vielleicht andere Wege beschritten werden könnten, um das Problem zu lösen. Der folgende Exkurs soll zeigen, welche Möglichkeiten sich überhaupt bieten, um die Fragebogen an den Auskunftspflichtigen heranzubringen.

⁵²⁾ Durchgeführt durch das »Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung«, München. Siehe: Die Volkszählung in der Volksmeinung. In: Bayern in Zahlen. H. 2, Februar 1950.

Unter 1. werden Methode und Anwendungsbereich, unter 2. wird die Art der Zählerentschädigung behandelt.

Die skizzierten Möglichkeiten dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie schließen einander nur zum Teil aus, lassen vielmehr verschiedene Kombinationen zu. So können z. B. sowohl ehrenamtliche wie bezahlte Zähler dem Befragten Ausfüllungshilfe leisten, oder aber der Fragebogen kann sowohl durch ehrenamtliche bzw. bezahlte Zähler wie durch einen hauptberuflichen Interviewer ausgefüllt werden.

1. Formen der Befragung

a) Ohne Zähler

aa) Auf dem Postwege

Dem Ausfüllungspflichtigen werden die Erhebungspapiere durch die Post zugestellt. Er füllt die Zählpapiere auf Grund der beigegebenen Anweisungen und Erläuterungen aus. Die ausgefüllten Vordrucke werden unter Verwendung eines beigelegten Freiumschlages an die Zählungsdienststelle zurückgesandt.

Anwendungsbereich:

Befragungen, die an einen Personenkreis gerichtet sind, von dem sachgemäße und richtige Beantwortung erwartet werden kann. Umfang und Kompliziertheit der Vordrucke dürfen ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten. Das Verfahren ist bevorzugt anwendbar bei periodischen, gut eingeleiteten Ermittlungen.

bb) Ausfüllung durch erhebende Verwaltungsstelle

Die Gemeindeverwaltung bestellt den Ausfüllungspflichtigen zur Dienststelle. Dort füllen nach dessen Angaben gemeindliche Angestellte oder Beauftragte die Erhebungspapiere aus, die dem Befragten möglichst vorher zugestellt werden, damit er sie nicht erst in der Dienststelle einzusehen braucht.

Anwendungsbereich:

Vorzugsweise Landgemeinden.

b) Mit Zähler

aa) Ausfüllung durch Befragten ohne Hilfe des Zählers

Der Auskunftspflichtige nimmt die Eintragungen, gegebenenfalls nach kurzer Unterrichtung durch den Zähler bei Abgabe der Papiere, allein vor.

Anwendungsbereich:

Große Zählungen, die sich an die gesamte Bevölkerung wenden und in kurzer Zeit mit möglichst geringem Aufwand durchgeführt werden müssen.

bb) Ausfüllung durch Befragten mit Hilfe des Zählers

Der Befragte nimmt die Eintragungen selbst vor, und zwar im Benehmen mit dem Zähler. Die Hilfe des Zählers kann sich auf Beseitigung von Lücken in den vor der Abholung bereits ausgefüllten Zählpapieren beschränken, oder der Befragte wartet mit dem Eintragen bis zum Erscheinen des Zählers.

Anwendungsbereich:

Zählungen mit komplizierten Fragestellungen, bei denen der Befragte angesichts der Fülle möglicher Zweifelsfragen die fachkundige Hilfe des Zählers in Anspruch nehmen muß. Der Anteil der hierfür in Frage kommenden Auskunftspflichtigen an der Gesamtbevölkerung schwankt nach Bildungsgrad und nach Umfang der Aufklärung über den Inhalt der Papiere.

cc) Ausfüllung durch Zähler

Der Zähler füllt in Gegenwart des Ausfüllungspflichtigen nach dessen Angaben die Papiere aus.

Anwendungsbereich:

Schwierige Zählbezirke, z. B. Anstalten, schreibungsgewandte oder auf Grund ihres Bildungsgrades auf Ausfüllungshilfe angewiesene Bevölkerungskreise.

c) Durch Interviewer

Der Interviewer, der für eine intensive persönliche Befragung der Bevölkerung oder bestimmter Bevölkerungskreise systematisch und methodisch geschult ist, übt seine Tätigkeit entweder nebenberuflich oder hauptberuflich aus. Durch die in Form des Gespräches vorgenommene Ermittlung von Tatsachen oder Meinungen ist eine erhöhte Antwortbereitschaft des Befragten zu erwarten. Ungenauigkeiten und Irrtümer lassen sich dabei eher vermeiden oder ausmerzen als bei dem notwendigerweise nicht so gründlich arbeitenden Zähler.

Anwendungsbereich:

Einmalige oder periodisch durchgeführte repräsentative Erhebungen, bei denen angesichts verhältnismäßig komplizierter oder auch ungewöhnlicher Fragestellung das Entstehen eines Kontaktes mit dem Befragten ausschlaggebend für den Erfolg der Befragung gehalten wird.

2. Ehrenamtliche und bezahlte Zähler

a) Ehrenamtlicher Zähler

aa) Ohne geldliche Entschädigung

Der ehrenamtliche Zähler rekrutiert sich überwiegend aus dem bei Verwaltungsstellen beschäftigten Personenkreis und erhält keinerlei finanzielle Entschädigung. Es wird lediglich Befreiung vom Dienst oder bei Schülern vom Schulbesuch gewährt.

Anwendungsbereich:

Für Massenzählungen üblich, hauptsächlich aus finanziellen Gründen.

bb) Mit geringer Aufwandsentschädigung

Dem ehrenamtlichen Zähler werden seine baren Auslagen erstattet, z. B. für Benutzung von Verkehrsmitteln, Verteuerung der Mittagsmahlzeit wegen Nichtteilnahme an der Stammverpflegung, entgangener Arbeitsverdienst, oder es wird ihm eine geringe Pauschalvergütung gewährt, die jedoch keine angemessene Bezahlung für die geleistete Arbeit bedeuten soll.

Anwendungsbereich:

Vornehmlich mittlere und größere Gemeinden, in denen ein Ersatzbarer Auslagen auf Grund der zurückzulegenden Entfernungen zugestanden werden muß. Ferner dort, wo ohne Gewährung einer geldlichen Entschädigung keine Aussicht auf Gewinnung einer ausreichenden Anzahl von Zählern besteht.

b) Bezahlter Zähler

Der Zähler erhält einen Betrag, der über den Umfang einer Aufwandsentschädigung hinausgeht und für ihn einen ausreichenden Anreiz zur Übernahme des Zähleramtes bietet.

Anwendungsbereich:

Großzählungen bei Gemeinden, die verhältnismäßig wenig Dienststellen und entsprechend geringe Möglichkeiten zur Gewinnung ehrenamtlicher Zähler haben. Bei künftigen Massenzählungen anzustreben.

c) Interviewer

Für den Interviewer — ob haupt- oder nebenberuflich — muß in jedem Fall ein angemessenes Entgelt gezahlt werden, weil im Gegensatz zur Tätigkeit des Zählers die Arbeit des Interviewers während ihrer Dauer Erwerbscharakter besitzt. Seine Schulung verursacht zusätzlichen Aufwand. Ist eine Interviewerorganisation vorhanden, so entstehen hierfür laufende Ausgaben.

Anwendungsbereich:

Siehe unter 1. c).

Bei der Zählung 1950 mußten verschiedene der dargestellten Wege beschritten werden. Das System bezahlter Zähler schied wegen des damit verbundenen finanziellen Aufwandes aus. Unter Berücksichtigung sowohl der zur Ver-

fügung stehenden Mittel als auch der knappen Vorbereitungszeit erschien die Verwendung ehrenamtlicher Zähler für die Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung als einzig mögliche Lösung, während bei den in ihrem Umfang kleineren ergänzenden Erhebungen⁵³⁾ andere Formen gewählt werden mußten. Man verhehlte sich nicht, daß im Hinblick auf die Einstellung der Bevölkerung, den Zählungsumfang und -inhalt und die bestmögliche Qualität der Ergebnisse, soweit diese von der Erhebung abhing, bezahlte Zähler die ideale Lösung gewesen wären. Um die Gewinnung von Zählern etwas zu erleichtern und einen kleinen Anreiz zur Übernahme des Zähleramtes zu bieten, wurde es als empfehlenswert erachtet, den Zählern eine geringe geldliche Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Bei gemeinsamen Überlegungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter hatte das Statistische Bundesamt angeregt, einen durchschnittlichen Betrag von 5 DM je Zähler einzusetzen. Man war sich auch im klaren darüber, daß die erwähnten Schwierigkeiten sich insbesondere bei den Gemeinden⁵⁴⁾ auswirken und diese vor eine auch finanziell nicht leicht zu bewältigende Aufgabe stellen würden⁵⁵⁾.

3. Gesetzliche Grundlagen der Zählerbestellung und ihre Auswirkung in der Praxis

Nach Art. 132 der Weimarer Verfassung hatte jeder Deutsche nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten. Das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält dagegen keine entsprechende Bestimmung. Im Volkszählungsgesetz fehlt deshalb sowohl eine generelle Vorschrift über die Verpflichtung des Staatsbürgers zur Übernahme des Zähleramtes wie auch ein Hinweis auf eine diesbezügliche Regelung in der Verfassung. Die Bestimmungen über die Zählerbestellung sind in den nachstehend wiedergegebenen §§ 7 und 8 des Volkszählungsgesetzes enthalten.

»§ 7

Die mit der Erhebung beauftragten Stellen bestellen die Zähler, die möglichst ehrenamtlich bestellt sein sollen.

§ 8

(1) Die Behörden des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben.

(2) Lebenswichtige öffentliche Dienste dürfen durch die Verpflichtung nach Absatz 1 in ihrer Tätigkeit nicht unterbrochen werden.

Hiernach hatten zwar die Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen sowie die Körperschaften des öffentlichen Rechts ihr Personal den Erhebungsstellen der Gemeinden als Zähler zur Verfügung zu stellen. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf dieses Personal waren jedoch in den Ländern, deren Gemeindeordnungen keine Verpflichtung zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit aussprachen, begrenzt und beschränkten sich auf disziplinarische Maßnahmen. In den gemäß § 15 Abs. 3 VZG 1950 erlassenen Durchführungsbestimmungen der Länder nahmen nur Bayern und Hessen Bezug auf die Vorschriften ihrer Gemeindeordnung über die Pflicht zur Übernahme eines Ehrenamtes, obwohl auch in anderen Ländern die Gemeindeordnungen entsprechende Bestimmungen enthielten⁵⁶⁾. Einzelheiten über die Regelung des Zählereinsatzes in den Ländern sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich.

⁵³⁾ Nähere Einzelheiten siehe dort. — ⁵⁴⁾ Über die Erfahrungen der Städte ist in der Veröffentlichung »Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte« berichtet worden. — ⁵⁵⁾ Siehe hierzu die Abschnitte II. E. »Kosten des Zählungswerkes« (S. 16 bis 19) und III. A. »Aufgaben und Aufbau der Zählungsorganisation« (S. 20 bis 29). — ⁵⁶⁾ Vgl. hierzu: Loschelder, W.: Die Gemeindeordnungen in den westdeutschen Ländern und die Verfassungen von Berlin, Hamburg und Bremen. Stuttgart und Köln: W. Kohlhammer, 1953.

Vorschriften über den Zählereinsatz in den Ländern

Land	Durchführungsbestimmungen gemäß § 15 Abs. 3 des Volkszählungsgesetzes 1950	Veröffentlicht	Vorschriften über Zählerbestellung und Zählereinsatz (Stichworte)
Hamburg	Senatsbeschluß vom 16. Mai 1950 betr. Zählerwerbung und Zähler- einsatz für die Volkszählung 1950	nicht veröffentlicht	Ziffer 1: Alle zur hamburgischen Verwaltung gehörenden Dienst- stellen sowie die der Aufsicht des Senats unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Betriebe haben alle verfügbaren geeigneten Beamten, Lehrer und Angestellten, soweit nicht zur Aufrechterhaltung lebens- wichtiger Aufgaben benötigt, als Zähler abzustellen. Ziffer 4: Behördenleiter haben einen Verbindungsmann zu be- stellen, der für Zählerwerbung und Zählereinsatz ver- antwortlich ist. Ziffer 5: Zähler erhalten Aufwandsentschädigung, deren Höhe im Einvernehmen mit dem Personalamt festzusetzen ist.
Nordrhein-Westfalen	Runderlaß des Innenministers vom 1. August 1950 — I — 127 — 878/50 — betr. Durchführung des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnun- gen, nichtlandwirtschaftlichen Ar- beitsstätten und landwirtschaft- lichen Kleinbetriebe (Volkszählungs- gesetz 1950)	Ministerialblatt für das Land Nordrhein- Westfalen, Ausgabe B, 3. Jahrg., Nr. 66 vom 12. August 1950, Spal- te 739	Ziffer 2: Die Gemeinden bestellen die Zähler. Nur solche Per- sonen sind heranzuziehen, von denen zuverlässige Erfüllung der Aufgaben erwartet werden kann, ins- besondere die Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten, einschließlich der Lehrpersonen, die bei Behörden im Privatdienstvertrag beschäftigten Angestellten und Stu- dierende. Es folgt Aufzählung der Personen, von deren Betrachtung mit dem Zähleramt abzusehen ist.
Bremen	Senatsbeschluß vom 4. August 1950	Amtliche Mitteilungen für die bremischen Behörden, Nr. 16 vom 7. August 1950, S. 41	Ziffer 1: Sämtliche zur bremischen Verwaltung gehörenden Behörden stellen ihre Beamten und Angestellten als Zähler zur Verfügung. Behördenleiter stellen Verbin- dungsmann zum Statistischen Landesamt, der für Aus- wahl und Bereitstellung der Zähler verantwortlich ist. Ziffer 3: Zähler erhalten steuerfreie Aufwandsentschädigung von insgesamt 5 DM.
Hessen	Durchführungsbestimmungen der Hessischen Landesregierung vom 16. August 1950 zum Bundesgesetz über die Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtland- wirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 vom 27. Juli 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)	Beilage Nr. 6 zum »Staatsanzeiger für das Land Hessen« Nr. 34 vom 26. August 1950, S. 39	Ziffer 2: Oberbürgermeister (Bürgermeister) bestellen die Zähler, und zwar möglichst ehrenamtlich. Hinsichtlich der ehrenamtlichen Bestellung Verweisung auf §§ 22 ff. der Hessischen Gemeindeordnung vom 21. Dezember 1945 (GVBl. 1946, S. 1). Nur solche Personen sind heran- zuziehen, von denen zuverlässige und gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben zu erwarten ist, insbesondere die Beamten einschließlich der Lehrpersonen aller Schulen, die bei Behörden beschäftigten Angestellten, Studierende und Schüler der oberen Klassen der höheren Schulen. Alle mit der Zählung beauftragten Personen sind schriftlich zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Ziffer 3: Behördenleiter werden angewiesen, auf Antrag der Gemeindeverwaltung ihre Bediensteten als Zähler zur Verfügung zu stellen.
Rheinland-Pfalz	Landesverordnung zur Durchführung des Bundesgesetzes über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaft- lichen Arbeitsstätten und landwirt- schaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 vom 9. August 1950	Gesetz- und Verord- nungsblatt der Lan- desregierung Rhein- land-Pfalz, 4. Jahrg., Nr. 40 vom 12. August 1950, Pos. 139, S. 258	§ 5: Bürgermeister (Oberbürgermeister) bestellen ehren- amtliche Zähler, die mit einem Zählerausweis versehen werden. § 6: Alle mit der Zählung befaßten Personen sind durch den Bürgermeister (Oberbürgermeister) durch Handschlag zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
Bayern	Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 11. August 1950 zur Durchführung des Ge- setzes über eine Zählung der Be- völkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeits- stätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950	Bayerischer Staatsan- zeiger, 5. Jahrg., Nr. 33 vom 11. August 1950, S. 1	Ziffer 2: Die Gemeinden bestellen die erforderlichen Zähler. Die Tätigkeit der Zähler ist ehrenamtlich im Sinne des Artikels 121 der Bayerischen Verfassung und §§ 5 und 22 DGO. Zu ihrer Übernahme ist jedermann im Rahmen der geltenden Gesetze verpflichtet. Ziffer 3: Heranzuziehen sind insbesondere die bei Behörden be- schäftigten Personen, Lehrpersonen, Studierende und ältere Schüler höherer Lehranstalten. Ziffer 6: Leiter der Behörden und Schulen haben alle für die Zählerwerbung erforderlichen Maßnahmen zu treffen und ihren vorgesetzten Dienststellen über Umfang der Beteiligung der bei ihnen beschäftigten Kräfte, Lehrer und Schüler zu berichten.
Württemberg-Baden	Verordnung Nr. 1092 der Landes- regierung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1950. Vom 15. August 1950	Staatsanzeiger für Württemberg-Baden, 4. Jahrg., Nr. 67 vom 26. August 1950, S. 1	§ 4: Für jeden Zählbezirk soll in der Regel ein Zähler bestellt werden. Ersatzzähler sind vorzusehen. Als Zähler herangezogenen Arbeitslosen können mehrere Zähl- bezirke übertragen werden. § 5: Zähler sollen möglichst ehrenamtlich bestellt werden. Als nichtehrenamtliche Zähler sollen in erster Linie geeignete Arbeitslose herangezogen werden. Nur solche Personen sollen als ehrenamtliche Zähler verwendet werden, von denen erwartet werden kann, daß sie ihre Aufgabe zuverlässig erfüllen, insbesondere Beamte und Angestellte des Bundes, des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. In besonders schwierigen Gebieten kann Polizei zur Unterstützung des Zählers heran- gezogen werden. § 6: Die ehrenamtlichen Zähler erhalten Ersatz der Auslagen und des entgangenen Arbeitsverdienstes, nichtehren- amtliche Zähler Aufwandsentschädigung.

Die übrigen Länder hatten entweder überhaupt keine Durchführungsbestimmungen erlassen oder, wie z. B. Niedersachsen, darauf verzichtet, ergänzende Vorschriften über die Zählerfrage in diese Bestimmungen aufzunehmen.

Auf Grund der geschilderten Rechtslage waren die Erhebungsstellen, insbesondere derjenigen Länder, in denen durch die Gemeindeordnungen keine Verpflichtung zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit ausgesprochen war, in einer schwierigen Lage. Doch auch dort, wo die Gemeindeordnungen die rechtliche Möglichkeit zum Eingreifen geboten hätten, scheute man sich, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Obwohl die Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes bindendes Bundesrecht darstellen, auf das sich die Zählungsdienststellen hätten stützen können, wandte sich das Statistische Bundesamt unter Hinweis auf § 8 des Volkszählungsgesetzes an sämtliche Bundesministerien mit der Bitte,

durch einen Erlaß die Freistellung der Beamten und Angestellten bei den unterstellten Behörden anzuordnen,

an die betreffenden Länderministerien heranzutreten, damit diese einen entsprechenden Erlaß für die Behörden ihres Dienstbereiches herausgäben.

Dieses Vorgehen erschien notwendig, um nichts unversucht zu lassen, den Erhebungsstellen ihre ungewöhnlich erschwerte Aufgabe zu erleichtern. Der Erfolg war allerdings recht unterschiedlich.

Für den eigenen Bereich und die nachgeordneten Dienststellen wurde im allgemeinen die Zusage, sich im Rahmen des Möglichen zu beteiligen, gegeben. Die Zahl der hierdurch gewonnenen Kräfte war recht gering. Aus Nordrhein-Westfalen wird berichtet, daß auf Grund der Erlasse der zentralen Stellen die nachgeordneten Behörden vielfach nur zögernd einen Teil ihrer Beamten und Angestellten freigaben, so daß ein energisches Eingreifen der obersten Landesbehörden notwendig war. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die gesetzlich verankerte Pflicht der Behörden zur Zählergestellung in den Erlassen der Fachminister in einer bestimmteren Form hätte fixiert werden müssen. Gemäß § 8 VZG 1950, wonach der Umfang der Freistellung von den Zählungsdienststellen zu bestimmen war, wurde in den Erlassen der Landesministerien zwar die Verpflichtung der Behörden zur Verfügungstellung der Kräfte anerkannt, das Ausmaß der Namhaftmachung von Zählern jedoch in das Ermessen des jeweiligen Behördenleiters gestellt.

Recht erschwerend war, daß auf Veranlassung des Bundesministers des Innern es als nicht wünschenswert bezeichnet wurde, Veranlagungsbeamte der Steuerbehörden zum Zähleramt heranzuziehen, da unnötigerweise Schwierigkeiten bei Ausfüllung der Zählpapiere, insbesondere der Arbeitsstättenzählung entstehen könnten. Die Ersetzung dieses bereits eingeteilten Personenkreises bereitete zu jenem Zeitpunkt verschiedentlich große Schwierigkeiten. Überhaupt war die Gewinnung von Zählern durch die späte Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes und den entsprechend späten Erlaß der Durchführungsbestimmungen der Länder und Vorschriften der Gemeindebehörden sehr gehemmt.

Nicht selten wurde mit unzureichender Begründung die Übernahme des Zähleramtes abgelehnt, so daß es langwieriger Verhandlungen zwischen Zählungsdienststellen und Behördenleitern bedurfte, um die Ablehnungen auf ein sachlich begründetes Maß zu reduzieren.

Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Verkehr der Zählungsdienststellen mit den übrigen Behörden ergaben, umging das in Hamburg und Bremen gewählte, auch in anderen Großstädten angewandte zu empfehlende Verfahren. Dort hatte jede zur Zählergestellung verpflichtete Behörde einen Verbindungsmann zu benennen, der für Auswahl und Einsatz der Zähler sowie deren Zuteilung auf die einzelnen Zählbezirke verantwortlich war.

4. Anforderungen an die Zähler und Zählerentschädigung

Von den Aufgaben des Zählers, die in der »Anweisung für die Zähler«⁶⁷⁾ erschöpfend dargestellt sind, seien hier nur die wesentlichen aufgeführt. Nach Empfang der rund 60 Druckseiten umfassenden Erhebungspapiere hatte er diese Drucksachen nicht nur durchzusehen, sondern wiederholt und gründlich zu lesen. Erst nach dieser Vorbereitung war der obligatorische Besuch der Zählerversammlung sinnvoll, da hier Gelegenheit zur Klärung von Zweifelsfragen gegeben war. Vor Beginn des eigentlichen Zählgeschäftes hatte der Zähler einen Rundgang durch seinen Bezirk zu machen, um die örtlichen Verhältnisse kennenzulernen und etwaige Diskrepanzen zwischen der Zählbezirksbeschreibung und den tatsächlichen Gegebenheiten zu beseitigen. Er mußte, falls ein Oberzähler eingesetzt war, diesen aufsuchen und, wenn Zweifelsfragen in der Zählerversammlung nicht geklärt werden konnten, sich mit der Gemeindebehörde in Verbindung setzen. Erst nach dieser Vorbereitung konnte er die Papiere in den Wohnungen, Anstalten und Arbeitsstätten verteilen. Schon in dieser Phase des Zählgeschäftes war ein mehrfaches Aufsuchen seines Bezirks erforderlich. Die Beseitigung von Unklarheiten, Lücken, das Einholen fehlender Papiere und die Abwesenheit von Auskunftspflichtigen verursachten zusätzlichen Zeitaufwand. Hatte er schließlich sämtliche ausgefüllten Zählpapiere seines Bezirks eingesammelt, mußte er sie in seiner Wohnung einordnen, numerieren, vor allem aber nochmals mit größter Sorgfalt und Gründlichkeit sachlich prüfen. Nicht selten erforderte diese Prüfung einen nochmaligen Besuch der Befragten. Schließlich hatte er den Zählbezirksbericht zu fertigen und das gesamte Material in vorgeschriebener Ordnung pünktlich an die Gemeindebehörde oder seinen Oberzähler abzuliefern. Die vom Zähler insgesamt aufgewendete Zeit ist nach Angaben von 25 Städten im Durchschnitt mit 18,5 Stunden berechnet worden⁶⁸⁾.

Bereits bei den Vorbereitungsarbeiten war die amtliche Statistik davon ausgegangen, daß die vorstehend skizzierte Leistung des Zählers das Maß dessen, was frühere Zählungen von ihm verlangt hatten, beträchtlich überschreiten würde. Die Bewältigung einer spröden und komplizierten Materie, bedeutende zeitliche Beanspruchung, Überwindung des Mißtrauens des Auskunftspflichtigen, dazu die körperliche Leistung zur Erledigung der erforderlichen Wege gestalteten das Zählgeschäft tatsächlich so schwierig, um die Feststellung des Bayerischen Statistischen Landesamtes in seinem Erfahrungsbericht zu rechtfertigen: »Die Belastung des einzelnen Zählers bei einwandfreier Durchführung seiner Aufgabe ging auch bei Zählbezirken durchschnittlicher Größe weit über das normale Maß einer vorübergehenden ehrenamtlichen Tätigkeit hinaus«.

Der Tatsache einer übermäßigen Beanspruchung wurde dadurch Rechnung getragen, daß grundsätzlich auch den ehrenamtlich tätigen Zählern eine Aufwandsentschädigung zubilligt wurde. Auf entsprechenden Antrag des Statistischen Bundesamtes empfahl der Bundesminister der Finanzen mit Schreiben vom 12. Juli 1950 den Finanzministern (Finanzsenatoren) der Länder, die Zahlung eines Betrages bis zu 5 DM an die als Zähler eingesetzten Personen steuerlich als Zahlung einer steuerfreien Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Ziffer 11 EStG zu behandeln.

Von der Möglichkeit, eine Zählervergütung zu gewähren, wurde in der Praxis in verschiedenem Umfange Gebrauch gemacht. In Bayern und Hessen, deren Gemeindeordnungen die Pflicht zur Übernahme von Ehrenämtern enthielten, wurde eine Vergütung nur vereinzelt (Bayern) oder überhaupt nicht (Hessen) gezahlt. Auch in Württemberg-Hohenzollern versuchten die Gemeinden, weitgehend mit ehrenamtlichen Zählern auszukommen. Gelegentlich wurden Arbeitslose und Pensionäre eingesetzt, die je nach Größe der Bezirke 5 bis 25 DM erhielten.

⁶⁷⁾ Vgl. Anhang S. 137. — ⁶⁸⁾ Der Deutsche Zensus 1950 vom Standpunkt der Städte, a. a. O., S. 137.

In Rheinland-Pfalz wurde die Entscheidung, ob eine Vergütung gezahlt werden sollte, den Gemeinden überlassen, die oft nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit zu einer klaren Regelung gelangten, zum Teil überhaupt keine Entschädigung gewährten.

In Niedersachsen betrug die Vergütung durchschnittlich 10 DM, wurde aber nicht sämtlichen Zählern gewährt. Schleswig-Holstein zahlte an arbeitslose Zähler, West-Berlin an Arbeitslose, Studenten und die als Sonderzähler tätigen Vorstände der Laubenkolonien 5 DM je Bezirk.

Nordrhein-Westfalen billigte dem Zähler grundsätzlich für einen Bezirk mit 25 bis 35 Haushaltungen 5 DM zu. In manchen Städten, in denen die Zähler zum Teil erheblich größere Bezirke übernehmen mußten (40 bis 45 Haushaltungen), erhielten sie für jede in der Haushaltsliste, Abschnitt A und B, gezählte Person 0,05 DM, so daß sich Vergütungen bis zu 15 DM, bisweilen auch mehr ergaben, und zwar dann, wenn es sich um Bezirke mit Sammelunterkünften handelte. Die zur Zählung der Schiffsbevölkerung eingesetzten Zähler erhielten gemäß einer Sonderregelung 0,50 DM je Schiff, 0,10 DM dann, wenn das Schiff bereits kontrolliert war und ein Kontrollschein vorgewiesen wurde.

In Hamburg und Bremen war die Zahlung einer Aufwandsentschädigung in den Durchführungsbestimmungen festgelegt worden.

Die Vergütung für die Oberzähler war entweder die gleiche wie für die Zähler oder wurde nach der Zahl der von ihnen bearbeiteten Bezirke bemessen.

Ein Sonderproblem stellte die Entschädigung der Arbeitslosen dar, da hier im Interesse einer bereitwilligen Mitarbeit vermieden werden mußte, daß die Zählervergütung auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wurde. Die Statistischen Landesämter wurden deshalb vom Statistischen Bundesamt gebeten, mit den Arbeitsministerien der Länder entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Als angemessen wurde entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Länder eine Stundenvergütung zwischen 0,25 und 0,40 DM bezeichnet.

Das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen hat berechnet, daß bei einer Entschädigung von 5 DM der Zähler einen Stundenlohn von 0,30 bis 0,40 DM, der Oberzähler, falls er 6 Zählbezirke zu betreuen hatte, von 0,20 bis 0,25 DM erhielt. Diese Sätze, die durchaus nicht zu niedrig angenommen sind, machen verständlich, daß eine Zählervergütung von 5 DM meist nicht als angemessenes Äquivalent für die geopferte Freizeit angesehen wurde, selbst wenn man die Gewährung von Dienstbefreiung und anderen Erleichterungen in Rechnung stellt.

So wenig einheitlich die Vergütung der Zähler geregelt war, so war doch insofern eine gewisse Tendenz erkennbar, als auch der ehrenamtlich tätigen Kraft im allgemeinen eine mäßig bemessene Aufwandsentschädigung gewährt wurde.

5. Berufe und Bewährung der Zähler; Einsatz von Oberzählern

In ihren Erfahrungsberichten über die Volkszählung haben einige Statistische Landesämter auch Angaben über den ungefähren Anteil der einzelnen Zählerkategorien an der Gesamtheit der als Zähler eingesetzten Kräfte gemacht.

Kategorie	Hamburg	Niedersachsen	Württemberg-Hohenzollern
	vH		
Beamte und Behördenangestellte	66	35	20
Lehrer	24	25	16
Rentner, Pensionäre	—	5	5
Schüler, Studenten	6	7	4
Arbeitslose	—	20	1
Sonstige	4	8	54
Insgesamt ...	100	100	100

Unter den »Sonstigen« in Württemberg-Hohenzollern waren

Angestellte der Privatwirtschaft	23 vH
Landwirte	12 vH
Arbeiter	6 vH
Handwerker	3 vH
Hausfrauen	1 vH
übrige Berufe	4 vH
ohne Berufe	5 vH

Die verschiedenartige Bevölkerungs- und Verwaltungsstruktur dieser Länder spiegelt sich insbesondere in den stark voneinander abweichenden Anteilen der Beamten und Behördenangestellten sowie der »Sonstigen« wieder. Faßt man die Lehrer mit den Beamten und Behördenangestellten zusammen, so machen diese Gruppen in Hamburg 90 vH, in Württemberg-Hohenzollern mit seinem hohen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur 36 vH aus. Das verhältnismäßig große Kontingent der Arbeitslosen als Zähler in Niedersachsen hat seine Ursache vermutlich in der überdurchschnittlich hohen Durchsetzung der Bevölkerung mit Flüchtlingen.

Für die meisten Länder liegen keine zahlenmäßigen Angaben über die berufliche Gliederung der Zähler vor; doch lassen sich allgemeine Feststellungen treffen. Das Hauptkontingent der Zähler stellten die Angehörigen der kommunalen Verwaltungen, denen die unmittelbare Durchführung der Zählung oblag. Der Anteil der bei Bundes- und Landesbehörden sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts beschäftigten Kräfte war hauptsächlich abhängig von der Gesamtzahl des von diesen Stellen beschäftigten Personals, wobei die in lebenswichtigen Diensten Tätigen als Zähler ausfielen. Die Angehörigen des statistischen Dienstes konnten, obwohl die Statistischen Ämter ihr Personal selbstverständlich bereitwillig zur Verfügung stellten, naturgemäß nur einen geringen Prozentsatz aller Zähler ausmachen. Ein Teil der in den Statistischen Ämtern der Länder und Städte beschäftigten Personen war durch die Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten derart beansprucht, daß eine Übernahme des Zähleramtes nicht möglich war. Die Lehrkräfte bildeten, besonders in ländlichen Gebieten, meist einen beachtlichen Anteil der Zähler. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung von Schülern und Studenten geht nicht so sehr auf deren Abneigung gegen die Übernahme des Amtes zurück. Vielmehr sah ein Teil der Zählungsdienststellen von vornherein davon ab, diesen Personenkreis überhaupt heranzuziehen, weil sie dessen Eignung skeptisch beurteilten. Rentner und Pensionäre wurden vorwiegend in kleinen Städten und ländlichen Gebieten verwendet.

Die Zahl der eingesetzten Arbeitslosen schwankte je nach dem Vorhandensein anderer Zähler, nach der Zahl arbeitsloser büromäßig vorgebildeter Kräfte und nach der Bereitwilligkeit der Arbeitsministerien, von der Anrechnung der Entschädigung auf die Arbeitslosenunterstützung abzusehen. In manchen Großstädten war der Anteil der Arbeitslosen sehr hoch. In Hamm z. B. wurden nur Arbeitslose als Zähler herangezogen. Hamburg dagegen verzichtete überhaupt auf den Einsatz von Arbeitslosen. Hessen griff auf sie nur in Ausnahmefällen zurück. Die Verwendung der arbeitslosen Flüchtlinge war dadurch erschwert, daß diese meist erst kurze Zeit in ihrem neuen Wohnort lebten und deshalb nicht über ausreichende Orts- und Personenkenntnisse verfügten.

Die übrigen Personengruppen stellten im allgemeinen nur einen recht geringen Prozentsatz der Zähler. Hauptsächlich Angestellte größerer Privatfirmen, selbständige Handwerker und Landwirte sowie Hausfrauen waren hier vertreten.

Obwohl das Zähleramt vielfach nur widerstrebend übernommen wurde, hat der Durchschnittszähler großes Pflichtbewußtsein gezeigt und meist zufriedenstellend gearbeitet. Nordrhein-Westfalen allerdings gelangt zu der abschließenden Feststellung, daß die Zähler im allgemeinen nicht den Anforderungen entsprochen hätten. West-Berlin gibt als Ursache des Versagens von Zählern nicht Unvermögen, sondern Interesslosigkeit an. Durchweg ließ die Ordnung

und Numerierung der vom Zähler abgelieferten Papiere zu wünschen übrig. Mehrfach wird berichtet, daß ein Teil der mühsam geworbenen Kräfte das Amt niederlegte, als sich durch das Studium der Zählpapiere und den Besuch der Schulungsversammlung zeigte, welche Anforderungen die Zählung stellen würde.

Über die Leistungen der einzelnen Zählerkategorien äußern sich die Statistischen Landesämter in ihren Erfahrungsberichten fast übereinstimmend dahingehend, daß ein Urteil über deren Arbeitsweise schwer möglich sei, weil sich deutlich feststellbare Unterschiede kaum ergeben hätten. Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, daß z. T. nicht so sehr Bildungsgrad und Intelligenz als Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit den Erfolg der Arbeit des Zählers bestimmten. So berichtet ein Statistisches Landesamt, daß Bauern und Arbeiter die Papiere oft recht gut und sorgfältig korrigiert und selbst ausgefüllt hätten, während ein Teil der Akademiker und Büroangestellten in den Schulungsversammlungen zwar lebhaftes Interesse bezeugte, aber manchmal unzulänglich ausgefüllte Zählpapiere ablieferte. Zu berücksichtigen ist, daß die Qualität der Arbeit des Zählers bis zu einem gewissen Grad nicht von ihm selbst, sondern von der Anleitung in den Schulungsversammlungen und deren Organisation sowie von den Fähigkeiten des Oberzählers abhängt. Wenn z. B. in einer Schulungsversammlung dem Arbeitsstättenbogen nur 3 Minuten gewidmet werden, so können gerade bei diesem besonders schwierigen Papier selbst vom willigsten Zähler keine einwandfreien Ergebnisse erwartet werden.

Ziemlich einheitlich, und zwar recht günstig, ist das Urteil über die Arbeitsweise der bei den kommunalen Dienststellen beschäftigten Beamten und Angestellten. Die Ursache hierfür dürfte vor allem in dem Eigeninteresse dieser Behörden liegen, da ihnen die Durchführung der Zählung verantwortlich übertragen war.

Über die Bewährung der bei den Bundes- und Landesbehörden sowie den Körperschaften des öffentlichen Rechts beschäftigten Personen gehen die Meinungen weit auseinander. Überwiegend positiven Ansichten stehen absprechende Äußerungen gegenüber. Besonders die mangelnde Bereitwilligkeit zur Übernahme des Zähleramtes, eine gewisse Abneigung bei akademisch vorgebildeten Kräften, nicht selten Gleichgültigkeit hinsichtlich der formellen Erfordernisse des Zählgeschäftes werden hier erwähnt.

Die Arbeit der Lehrer wird ebenfalls unterschiedlich beurteilt. In kleinen Landgemeinden bildeten sie oft die einzige Stütze des Bürgermeisters und füllten häufig im Gemeindebüro die Zählpapiere selbst aus. Auf Grund ihrer guten Kenntnis der persönlichen und örtlichen Verhältnisse war ihre Mitarbeit besonders wertvoll. Aus Nordrhein-Westfalen wird allerdings berichtet, daß auch in Landkreisen nicht nur Lob, sondern auch Klagen über die Arbeit der Lehrer laut geworden seien. Die Gründe für solche Urteile dürften darin liegen, daß der Lehrer keine büromäßig vorgebildete Kraft ist und die zahlreichen formellen Obliegenheiten, die das Zählgeschäft mit sich bringt, seiner Tagesarbeit im Gegensatz zu den in der Verwaltung tätigen Kräften meist nicht entsprechen. Dann aber ist auch in der Lehrerschaft die Überzeugung erwachsen, daß bei der Suche nach ehrenamtlichen Helfern grundsätzlich zunächst auf die Lehrer zurückgegriffen wird. Als Folge hiervon hat sich nach einer anfänglichen Bereitwilligkeit zur Übernahme von Ehrenämtern allmählich ein gewisser prinzipieller Widerstand ergeben.

Stark differieren die Urteile der Zählungsdienststellen über die Arbeit der Oberschüler und Studenten. Gerühmt wird allgemein ihr Eifer und ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme des Zähleramtes. Die Freude an dieser interessanten Tätigkeit ist bei jungen Menschen selbstverständlich noch groß. Auch die oft anstrengenden Wege erledigten sie unverdrossen. Sachlich allerdings hat ein Teil, speziell der Oberschüler, versagt. Die Einsicht in die Probleme der Zählung war oft noch nicht vorhanden. Die Ordnung und

Numerierung der Zählpapiere wurden oft vernachlässigt, ihr logischer Zusammenhang nicht erkannt. Schwierigkeiten ergaben sich auch daraus, daß die Befragten dem jugendlichen Zähler wenig Vertrauen entgegenbrachten. Verschiedentlich wurde daher die Absicht geäußert, künftig die Jugendlichen nicht mehr heranzuziehen.

Die kleine Gruppe der Rentner und Pensionäre hat ihre Aufgabe meist zufriedenstellend erledigt. Für sie bot die wenn auch geringe Entschädigung einen höheren Anreiz zur pflichtgemäßen Erfüllung der Obliegenheiten als für die anderen Zähler; genügend Freizeit war vorhanden, oft auch entsprechende berufliche Vorbildung.

Die Eignung der Arbeitslosen wird gleichfalls überwiegend günstig beurteilt. Die Vergütung wurde meist als willkommene Erhöhung der Unterstützung begrüßt. Auch die sachlichen Voraussetzungen waren häufig dadurch gegeben, daß hauptsächlich arbeitslose Büroangestellte verwendet wurden. Vielleicht rechnete ein Teil auch damit, bei guter Erledigung des Zählgeschäftes zu den nachfolgenden Überprüfungsarbeiten, in den Landeshauptstädten zu den Aufbereitungsarbeiten herangezogen zu werden und bemühte sich deshalb, besonders gewissenhaft zu arbeiten. Wenig günstige Erfahrungen liegen aus Nordrhein-Westfalen und Baden vor.

Im Abschnitt B 7. der »Anweisung für die Gemeindebehörden« wurde empfohlen, in größeren Gemeinden Oberzähler zur Entlastung und Unterstützung der Gemeindebehörden sowie der Zähler einzusetzen. Einzelheiten über die Funktion des Oberzählers, dem in der Regel 5 bis 8 Zähler zugeteilt werden sollten, sind der Drucksache Nr. 12 zu entnehmen. Hier sei nur erwähnt, daß als Oberzähler besonders qualifizierte Kräfte, möglichst der Dienstvorsetzte der ihm beigegebenen Zähler, zu berufen waren. In der Praxis bewährten sich auch Schulleiter als Oberzähler der Lehrkräfte ihrer Anstalt, Studienräte für eine Gruppe von Oberschülern.

Der Oberzähler bewirkte eine merkliche Verbesserung der Leistungen der Zähler, wenn er von Anfang an in enger Verbindung mit ihnen stand, sie beriet, Zweifelsfragen klärte, es verstand, ihr Interesse an der Arbeit zu steigern oder überhaupt erst zu wecken. Seine Hauptaufgabe war zwar die abschließende Kontrolle der Zählpapiere, die jedoch keineswegs die Prüfung durch die Zählungsdienststellen ersetzen sollte, wie dies in manchen Gemeinden der Fall war. Dort wurde das Personal der Zählungsdienststellen nach dem 13. September 1950 nicht verstärkt und die als Oberzähler tätigen Kräfte mit der endgültigen Überprüfung betraut. Mag auch bei besonders pflichtgetreu arbeitenden Oberzählern die Methode den gleichen Effekt erzielt haben, als wenn eine nochmalige Durchsicht durch die Gemeindeverwaltung vorgenommen worden wäre, so bestand doch die Gefahr, daß sich die Zählungsdienststellen auf die Tätigkeit der Oberzähler verließen und eine wichtige Phase der Kontrollarbeit ausgeschaltet wurde.

Im allgemeinen ist das Urteil über den Wert des Einsatzes von Oberzählern durchaus positiv. Jedoch wird betont, daß nur bei sorgfältiger Auswahl geeigneter Persönlichkeiten der Beweis für die Zweckmäßigkeit von Oberzählern erbracht werden kann. Die Zahl der den Oberzählern zugeteilten Bezirke schwankte zwischen 4 und 18. Es ist selbstverständlich, daß eine ausreichende Kontrolle über eine größere Zahl von Zählbezirken nicht im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit ausgeübt werden kann.

6. Folgerungen für künftige Zählungen

Daß die Zählung zwar die Tradition der großen deutschen Volks-, Berufs- und Betriebszählungen fortsetzt, sich aber sowohl im Zuge der allgemeinen Entwicklung wie aus der Zeitsituation heraus in manchen Einzelheiten eine Abkehr von gewohnheitsmäßiger Übung zeigt, bezeugt auch die Zählerfrage. Während man früher ehrenamtliche Kräfte ein-

setzte, mußte man 1950 mangels ausreichender rechtlicher Voraussetzungen und angesichts der geminderten Bereitschaft des einzelnen, sich als Zähler zu beteiligen, auch andere Möglichkeiten erwägen und erproben.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen von 1950 zeichnen sich für die Zukunft folgende Konsequenzen ab:

Bei großen Zählungen wird der ehrenamtliche Zähler nur dann verwendet werden können, wenn in einem rechtzeitig erlassenen Zählungsgesetz der Grundsatz der Ehrenamtlichkeit des Zähleramtes verankert ist.

Selbst wenn die rechtlichen Voraussetzungen frühzeitig genug geschaffen sind, wird die Gewinnung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Zähler nur möglich sein, wenn der Staatsbürger die übertragenen Obliegenheiten nicht mehr als lästige Pflicht, sondern tatsächlich als Ehrenamt empfindet.

Überschreitet der Umfang der von dem Zähler geforderten Leistung eine bestimmte Grenze, so muß von vornherein generell eine dem Arbeitsaufwand einigermäßen

entsprechende Entschädigung in Rechnung gestellt werden. Die hierfür aufgewendeten Kosten werden sich im Endeffekt bezahlt machen, weil die Beseitigung von Lücken und Unklarheiten in den Papieren später viel höhere Aufwendungen verursacht.

Angesichts der Verbundenheit der Zählungsteile ist das am schwierigsten auszufüllende Papier Maßstab für die vom Zähler zu fordernden Leistungen. So verlangte z. B. der Arbeitsstättenbogen 1950 einen Zähler von großer geistiger Beweglichkeit.

Wenn in der Zählermeldung das Alter des Zählers erfragt würde, könnten die jüngeren Kräfte in den räumlich weit ausgedehnten, ältere Zähler in günstiger gelegenen Bezirken eingesetzt werden.

Wo die technischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, wäre die Einrichtung von Schreibstuben an zentral gelegenen Stellen zu empfehlen, in denen die Bevölkerung sich von versierten Kräften beraten und die Papiere ausfüllen lassen könnte.

D. Zählungspropaganda

Allgemeines

Vollständigkeit der Erfassung und sachliche Richtigkeit der Angaben mußten gewährleistet sein, wenn das Ziel der Erhebungen erreicht werden sollte. Angesichts der Fragebogenmüdigkeit weiter Bevölkerungskreise mußte eine Propaganda, die an der Erreichung dieses Zieles mitwirken wollte, nicht nur auf Breitenwirkung, sondern auch auf Nuancierung bedacht sein. Die statistischen Stellen sahen sich vor der schweren Aufgabe, bei den zum Teil von innerer Abwehr, zumindest aber von Gleichgültigkeit erfüllten Menschen für ein Zählungswerk zu werben, das ganz besondere Anforderungen an den guten Willen der Befragten stellte. Stufenweise mußte in einer durch die späte Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes verknüpften Zeitspanne versucht werden, Interesse, Bereitwilligkeit und Verständnis zu wecken und die Befragten von der Notwendigkeit der Ermittlungen zu überzeugen. Nicht eine durch Strafandrohungen eingeschüchterte, widerwillig antwortende Auskunftsperson, sondern der selbst am Gelingen des Volkszählungswerkes interessierte Staatsbürger sollte am Zählungstag zur Mitarbeit bereit sein. Wie schwer diese Aufgabe war, zeigt die Äußerung eines Journalisten: »Ich fülle diesen Fragebogen unter Zwang aus. Er stellt in seiner Kompliziertheit eine Vergewaltigung des Staatsbürgers dar.«

Gefühl und Vernunft waren anzusprechen: Neugier, die sich in Interesse, Heiterkeit, die sich in Bereitschaft umsetzte, mußten geweckt werden. Mißtrauen war in Vertrauen umzubilden, der natürliche Wissensdrang zu befriedigen. Die zentral geleitete Zählungspropaganda bediente sich der Mitarbeit zweier Fachleute von Presse, Funk und Film, um alle Mittel der Aufklärung zeitlich und sachlich zweckmäßig einzusetzen zu können.

Zeitfolge der Propaganda

Im zeitlichen Ablauf der Propaganda folgten einander:

Interesse weckende erste Notizen über die bevorstehende Zählung,

Mißtrauen und Abneigung beseitigende aufklärende Angaben,

sachliche Erläuterungen zu den Zählpapieren,

organisatorische Hinweise über Empfang, Ausfüllung und Wiedereinsammlung der Papiere.

Inhalt der Propaganda

Der sachliche Inhalt der Propaganda war bestimmt einerseits durch die Einstellung der Bevölkerung, andererseits durch Zweck und Umfang der Zählung. Wenn es gelang, die Notwendigkeit des Zählungswerkes überzeugend

zu begründen, so konnte man die ursprünglich ablehnende Haltung der Befragten zu überwinden hoffen. Ein ausgezeichnetes Argument für die Volkszählung war der Hinweis auf den Weltzensus, der dem einzelnen das Besondere gerade dieser Zählung klar machen und ihn zur Einsicht führen sollte: »Wenn in 45 Staaten gezählt wird, kann auch ich mich nicht ausschließen.« Wie ein roter Faden zog sich durch die Presseverlautbarungen hindurch das Zitat vom »Gebot des Kaisers Augustus, daß alle Welt geschätzt würde«. Angaben über die Zahl der jetzt erfaßten Länder, ein historischer Rückblick auf die allmähliche Verwirklichung der Idee des Weltzensus, die humorvolle Kontrastierung der deutschen Zählungsfragen mit den amerikanischen, englischen und französischen Fragestellungen wurden in diesem Zusammenhang gebracht.

Einen breiten Raum nahmen selbstverständlich auch die speziellen Ziele der Volkszählung im Nachkriegsdeutschland ein. Es war klarzustellen, weshalb die besonderen Verhältnisse besondere Maßnahmen und eine zum Teil sehr ins einzelne gehende Fragestellung bedingten. Die Wohnungsnot erforderte eine Wohnungszählung, die Mitgliedschaft der Bundesregierung in internationalen Organisationen die Bereitstellung vergleichbarer Daten, u. a. auch über den Umsatz der Wirtschaft, um nur einige Beispiele aufzuführen. Aber gerade die Frage nach den Wohnverhältnissen, der Höhe der Mieten, am stärksten die Frage nach dem steuerlichen Umsatz 1949 in der Arbeitsstättenzählung forderten häufigen Widerspruch heraus. Die immer wiederholten Zusicherungen, daß weder Polizei, noch Wohnungsamt, noch Finanzamt jemals Kenntnis der Individualangaben erhalten würden, begegneten teils offenem, teils verstecktem Mißtrauen. Obwohl Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes grundsätzlich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet sind, wurde, um jede Möglichkeit eines Verdachtes mißbräuchlicher Verwendung der Angaben auszuschließen, kurz vor dem Zählungstermin angeordnet, daß Vollzugsbeamte der Steuerbehörden nicht als Zähler zu verwenden seien. Die Frage nach dem Umsatz, erstmalig in einem deutschen Zählungswerk, war Gegenstand sehr ausführlicher, aufklärender Notizen, Abhandlungen, Versicherungen. Die Tatsache, daß trotz des Hinweises, es werde ja lediglich der dem Finanzamt bereits bekannte steuerliche Umsatz erfragt, im Durchschnitt 13,8 vH der meldepflichtigen Unternehmungen und Personen die Beantwortung ablehnten, muß in Anbetracht der für Deutschland ungewöhnlichen Fragestellung noch als günstig bezeichnet werden. Ursprünglich war dieser vH-Satz höher, wurde aber durch die Einführung zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen, wie Abgabe im verschlossenen Umschlag, Firmenbezeichnung in Kennziffernform und durch die Mahnaktion der Statistischen Landesämter auf den oben angegebenen Anteil herabgedrückt.

Vorzugsweise Kreise der Wirtschaft wurden durch das Argument angesprochen, daß derjenige, der gut regiert und verwaltet zu werden wünscht, sich statistischen Erhebungen gegenüber nicht ablehnend verhalten könne, da nur auf diese Weise eine Regierung Unterlagen über den Verlauf und Erfolg bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen erlange. Die Propaganda mußte auch Äußerungen über den angeblich nicht zu vertretenden Aufwand an staatlichen Mitteln für die Zählung entkräften. Von den hierzu angeführten Gegenargumenten sei nur eine Äußerung des englischen Parlamentsmitgliedes Mr. John Edwards zitiert: »Die Summe, die es uns schon gekostet hat, daß wir seit 1931 keine Volkszählung mehr hatten, ist wahrscheinlich größer als das, was die neue Volkszählung kosten wird.«

Die von der gesamten Presse kolportierte Zahl von 237 Fragen in den Zählpapieren wurde ihres Gewichtes durch die sachlichen Feststellungen entkleidet: Im allgemeinen hat jedes Mitglied eines Haushaltes nur 27 Fragen zu beantworten, Besitzer von Kleinstflächen und Körperbehinderte zusätzlich 14 bzw. 11, Wohnungsinhaber 21, Hauseigentümer 29 Fragen. Die Fragen des Arbeitsstättenbogens waren in den meisten Fällen nicht sämtlich zu beantworten.

Um dem Befragten klar zu machen, daß die statistischen Erhebungsstellen keineswegs auf die Individualangaben abzielten, um ihn zu überzeugen, daß die Einzelfragen durch die Verschüsselung anonym wurden, ist das Grundprinzip und die Methode des Lochkartenverfahrens erläutert worden.

Die Propaganda mußte nicht nur Vorurteilen, Bedenken und Mißtrauen entgegentreten, sondern auch rein sachlich unterrichten. Der Statistiker hatte damit zu rechnen, daß bei einer Zählung der gesamten Bevölkerung die statistischen termini technici trotz der Hinweise auf den Zählpapieren noch Zweifel und Schwierigkeiten für das Verständnis hervorriefen. Die Begriffe »Gebäude«, »Wohnung«, »Arbeitsstätte« z. B., so wie sie für Zwecke der Zählung verwendet wurden, wichen nicht unerheblich vom allgemeinen Sprachgebrauch ab. Die Definitionen mußten sowohl den statistischen Erfordernissen gerecht werden als auch auf die zu erwartenden Reaktionen des Auskunftspflichtigen Rücksicht nehmen. Man griff daher bei der Aufklärung mehrfach zum Hilfsmittel der beispielhaften Aufzählung und versuchte auch auf diese Weise, den Forderungen Rechnung zu tragen.

Mittel der Aufklärung

Presse

Tagespresse

Ziel der Propagandaarbeit war, die Presse zu einer positiven Einstellung zu bewegen und ihre Leser in diesem Sinne zu beeinflussen. Die Darstellung sollte der Verschiedenheit des Leserkreises und der Auffassung der Zeitungen vom Wert der Statistik angepaßt und entsprechend nuanciert sein. Den Tageszeitungen wurden sowohl fertige Manuskripte zur Veröffentlichung angeboten als auch Material für eigene Bearbeitung geliefert. Letzteres war notwendig, weil große Blätter Wert darauf legten, eigene Veröffentlichungen zu bringen.

Wie alle übrigen Vorarbeiten waren auch die propagandistischen Vorbereitungen durch die späte Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes erschwert. Begreiflicherweise konnte das Statistische Bundesamt die Bevölkerung erst nach der Veröffentlichung des Gesetzes ansprechen. Bereits vor diesem Zeitpunkt aber erschien in einer Zeitung eine ungewöhnlich zählungsfeindliche Notiz, die die amtliche Pressearbeit anfänglich in die Defensive verwies.

Sofort nach Veröffentlichung des Gesetzes wurde die Presse über DPA informiert. Die Meldung ging über Hellschreiber, wodurch das Thema »Volkszählung« von vornherein das nötige Gewicht erhielt und nach dieser Einleitung überall aufgegriffen wurde. Die Redaktionen großer Zeitungen wurden persönlich aufgesucht, Interviews bei den Leitern des Zählungswerkes im Statistischen Bundesamt, in den Landesämtern und in den Stadtverwaltungen wurden

vermittelt. Die gesamte Tagespresse wurde durch einen leistungsfähigen Ausschnittdienst laufend beobachtet. Hierdurch war es möglich, bei ablehnender Haltung oder bei sachlich unzutreffenden Verlautbarungen unverzüglich Stellung zu nehmen. Die betreffenden Redaktionen wurden gebeten, statt einer Berichtigung einen umfassenderen und sachlich richtigeren Beitrag zu bringen unter Beifügung ausreichenden Materials für einen solchen Beitrag. Dieser Weg hat durchweg zum gewünschten Erfolg geführt. Die Zusammenarbeit der Presse mit den Landesämtern und stadtstatistischen Ämtern bewirkte vielgestaltige und differenzierte Veröffentlichungen. Der persönliche Kontakt der Ämter sowohl mit der Bevölkerung wie mit den Pressevertretern gewährleistete ein rasches Eingreifen bei einzelnen Mißverständnissen über Organisation und Umfang der Zählung. Beweiskräftige Beispiele aus der Praxis für die Notwendigkeit der Zählung wurden in diesen Beiträgen verwendet. So berichtet z. B. ein Statistisches Landesamt, daß der Leiter eines größeren Unternehmens sich über bestimmte Fragen der Arbeitsstättenzählung in einem Brief an das Landesamt entrüstet hatte, während wenige Wochen zuvor die Verkaufsabteilung des gleichen Unternehmens gerade die entsprechenden Angaben beim Landesamt erfragt hatte.

Die Erfahrung zeigte, daß heikle Themen zweckmäßig von vornherein in aller Offenheit zu behandeln sind. Andernfalls geht die Pressepropaganda das Risiko ein, daß die Öffentlichkeit abfällig Stellung nimmt und die Vertreter der amtlichen Statistik die Initiative verlieren.

Die vom Statistischen Bundesamt an die Presse gegebenen Beiträge behandelten zwei Fragenkomplexe:

- I. Die bevorstehende Zählung als Teil des Weltzensus.
- II. Sachlicher Inhalt der einzelnen Zählungsteile.

Unter den nachstehend aufgeführten Überschriften wurden die Beiträge, propagandistisch wirksam formuliert, der Tagespresse übermittelt:

- I. 1. Weltzählung — Volkszählung
2. Weltzählung — alt oder neu?
3. Welt — Volkszählung (Kurzmeldung)
- II. 1. Schulbildung in der Bundesrepublik nicht gefragt (Volkszählung)
2. Warum Umsatzfrage bei der Arbeitsstättenzählung?
3. Ein Dach über dem Kopf ist noch keine Wohnung (Wohnungszählung)
4. Aufforderung des Bundes der Steuerzahler zur Unterstützung der Verwaltungsarbeit bei der Volkszählung 1950.

Die Verteilung erfolgte an die lizenzierte Presse über den Gesamtverband der Deutschen Zeitungsverleger e. V., Bielefeld. Für die nichtlizenzierten Zeitungen, meist Kreis- und Heimatblätter, wurden die Manuskripte an Hand einer Liste des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Wiesbaden, verteilt. Die Abdruckbelege bewiesen, daß die Manuskripte bereitwillig aufgenommen wurden.

Die Beiträge waren ein Versuch, den bei früheren Zählungen üblichen trockenen Stil amtlicher Hinweise und rein sachlicher Erläuterungen zu verlassen, die Bevölkerung vielmehr in aufgelockerter, oft humorvoller Form unmittelbar anzusprechen. Neben diesen offiziellen Notizen brachte die Tagespresse in einem erstaunlich großen Ausmaß sehr ansprechende eigene Publikationen. Teils waren sie historischen Inhalts, teils waren es Beiträge, die durch Zahlenmaterial die Bedeutung der bevorstehenden Zählung unterstreichen sollten, so z. B. das stets in diesem Zusammenhang erwähnte Gewicht der benötigten Papiermengen, ferner amüsante, auch sarkastische Plaudereien, Karikaturen, Gedichte, mundartliche Beiträge, ein buntes Bild, das das von amtlicher Seite geweckte Interesse widerspiegelte.

Der Wirtschaftsteil der Tagespresse gab sachliche Aufklärung, und zwar bewußt erst möglichst kurz vor dem Zählungstag, d. h. zu einem Zeitpunkt, an dem die Befragten die Papiere bereits in Händen hatten.

Fachpresse

Die Aufklärung in der Fachpresse bezweckte vornehmlich eine positive Einstellung zur Arbeitsstättenzählung, insbesondere zur Frage nach dem Umsatz. Da die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft von vornherein dem Zählungswerk aufgeschlossen gegenüberstanden und oft sehr weitgehende Wünsche in bezug auf das Frageprogramm geäußert hatten, war die Arbeit hier wesentlich einfacher, zumal man auch bei der Mehrzahl der Mitglieder der Verbände mit Verständnis rechnen konnte. Von besonderem propagandistischem Wert war eine Verlautbarung des »Bundes der Steuerzahler«, der an alle verantwortlich denkenden Staatsbürger appellierte, im eigenen Interesse die Verwaltungsarbeit zur Volkszählung zu unterstützen.

Bildzeitungen

Auch die illustrierten Wochenzeitungen waren, wenn auch in wesentlich geringerem Ausmaß, an der Zählungspropaganda beteiligt. In ihrem Bildteil brachten sie Aufnahmen, zumeist vom Zählgeschäft, die vornehmlich diejenigen Bevölkerungskreise ansprechen sollten, deren Interesse an Tageszeitungen nur gering ist.

Rundfunk

Die Einschaltung des Rundfunks bei der Zählungspropaganda war nicht neu. In geringem Ausmaß 1939, in größerem Umfang 1946 war dieses Mittel bereits eingesetzt worden. Doch eine wirklich systematische Aufklärung der Befragten — zeitlich, landschaftlich, sachlich variiert — erfolgte erst bei dieser Zählung.

Sämtliche Sendegesellschaften des Bundesgebietes wurden aufgesucht und mit ihnen Sendungen auf den verschiedensten Gebieten vereinbart, hauptsächlich mit den Abteilungen »Zeitfunk«. Man ging von dem Grundsatz aus, nicht von allen Sendern das gleiche Thema behandeln zu lassen und außerdem alle Möglichkeiten des Funks (Diskussionen, Reportagen, Vorträge, Hörfolgen, sachliche Hinweise) zweckmäßig einzusetzen.

Dem durch den Sender Köln des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) gebrachten Aufruf des Bundespräsidenten Professor Dr. Heuss zur Volkszählung kam im Rahmen der gesamten Rundfunkaktion eine besondere Bedeutung zu. Er wurde auf andere Sender, später auch in die Presse übernommen, fand einen breiten Widerhall in der Öffentlichkeit und erwies sich durch das Gewicht der Persönlichkeit des Bundespräsidenten als eines der wirksamsten Mittel, das Mißtrauen der Bevölkerung zu zerstreuen und die Ablehnung gegen das umfangreiche Zählungswerk zu vermindern.

Die Mitarbeiter im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Landesämtern stellten sich für Diskussionen, in denen hauptsächlich fachliche Fragen behandelt wurden, zur Verfügung. Direkte Reportagen von der Zählung wurden von den einzelnen Sendern gebracht, teilweise auch Sendungen vom Manuskript, die in hörspielmäßiger Form auf das Thema eingingen, so z. B. das »Zählungshistorische Kaleidoskop«, in dem in einer kleinen Rahmenhandlung über Volkszählungen in Rom, Babylon, Israel, Ägypten, China, Griechenland, zur Zeit des Mittelalters und des Absolutismus, in USA im Jahre 1787 ebenso instruktiv wie lebendig geplaudert wurde. Auch wurde erreicht, daß jede Gesellschaft einmal eine auf ihren Bereich abgestellte Sendung brachte, z. B. der Süddeutsche Landfunk in schwäbischem Dialekt »Der Zähler besucht die bäuerliche Familie Winter«, der Bayerische Rundfunk »Die Zählung auf den Einödhöfen«. Ferner wurde den Gesellschaften Material zugeleitet, das eigens für diesen Zweck zusammengestellt war und aus dem sie selbst Sendungen fertigten.

Bereitwillig hat sich der Rundfunk in den Dienst der Sache gestellt, und zwischen dem 25. August und 13. September brachten die deutschen Sender durchschnittlich 4 bis 5 Sendungen zur Volkszählung. Hinzu kam eine Vielzahl kürzerer Sendungen, die die Hörer auf das Erscheinen des Zählers vorbereiten sollten und Erläuterungen über die ordnungsmäßige Ausfüllung der Zählpapiere brachten. In den letzten

Tagen vor der Zählung und am 13. September 1950 selbst wurden kleinere organisatorische Hinweise durchgegeben, insbesondere auch zur Zählung der Binnenschiffer, weil diese bei der Eigenart ihrer Tätigkeit am besten durch dieses Nachrichtenmittel erreicht werden konnten.

Film

Die propagandistischen Möglichkeiten des Films als eines der wichtigsten Faktoren zur Beeinflussung der Bevölkerung wurden erstmalig voll ausgenutzt. Zwar hatte bereits 1946 das Bayerische Statistische Landesamt die Herstellung eines Kurzfilms »Sag es mir per Fragebogen« veranlaßt, von dem 33 Kopien während der letzten 2 Wochen vor dem Stichtag der damaligen Zählung in 266 Kinos der Länder des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes gelaufen waren. Diese Angaben zeigen, daß die Wirkung des Streifens nur beschränkt sein konnte. 1950 hingegen bediente man sich des Films in stärkerem Maße, zumal durch ihn auch die Bevölkerungskreise erfaßt werden konnten, die durch Presse und Rundfunk nicht erreicht wurden.

Das Hauptgewicht wurde auf die Herstellung eines Films gelegt, der in einer leicht faßlichen Spielhandlung das Interesse auf die Volkszählung lenken, die Hemmungen des einzelnen bei der Ausfüllung beseitigen sowie Zweck und Nutzen der Zählung aufzeigen sollte. Darüber hinaus sollte er den Gedanken des Weltzensus propagieren. Er konnte seinen Zweck nur erreichen, wenn er mehr unterhaltend als belehrend wirkte, und die eigentliche Tendenz sich erst im Verlauf der Handlung enthüllte.

Der Film mit dem Titel »Schillerstraße 16« setzte die folgenden Gedanken in Handlung um, wobei sich zeigte, daß der sehr spröde Stoff sich nicht leicht umformen ließ:

Der Zähler — vorerst nicht als solcher erkennbar — trifft mit den verschiedensten Typen der Bevölkerung zusammen. Dabei werden nacheinander die wichtigsten Fragen der einzelnen Zählungsteile mit filmischen Mitteln dem Publikum nahe gebracht.

Die Individualangaben gehen durch die statistische Bearbeitung in Gesamtzahlen unter. Die einprägsame Vorführung der arbeitenden Hollerithmaschinen veranschaulicht diesen Vorgang.

Die Notwendigkeit der Zählung für den einzelnen wie für die Allgemeinheit wird durch Montagen aus Wochenschauen illustriert, die Bilder aus dem Wirtschaftsleben zeigen.

Die deutsche Zählung wird als Teil der Weltzählung unter Zuhilfenahme von Trickaufnahmen und Bildmontagen dargestellt.

Mit den Vorarbeiten konnte erst am 3. Juli 1950 begonnen werden. Für die Herstellung des Manuskriptes, die Dreharbeiten und das Kopieren⁵⁹⁾ standen also knapp zwei Monate zur Verfügung, weil mit dem 1. September 1950 der Film in den Lichtspielhäusern anlaufen mußte.

Die Anerkennung des Films durch die »Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft« als Kulturfilm erleichterte die Vorführung wesentlich⁶⁰⁾. Der Film wurde in der ersten Woche hauptsächlich in den Erstaufführungskinos gezeigt. Insgesamt ist er in nahezu 1 200 Lichtspielhäusern des Bundesgebietes und West-Berlins vorgeführt worden.

Mit den Redaktionen der Wochenschauen wurde vereinbart, daß auch diese in der Woche vom 8. bis 14. September 1950 Aufnahmen zur Volkszählung brachten. Alle Wochenschauen zeigten daraufhin Bilder von der Volkszählung, die, ebenso wie die Darbietungen des Funks, landschaftlich und sachlich nuanciert waren.

Außerdem wurde in 1 500 Lichtspielhäusern, vor allem in solchen, in denen der Film nicht vorgeführt wurde, ein Diapositiv gezeigt, das die Volkszählung ankündigte.

⁵⁹⁾ Hersteller: Aktiengesellschaft für Filmfabrikation (Afifa), Kultur- und Wirtschaftsfilm, Wiesbaden. Fertigung von 300 Kopien. Kostenloser Vertrieb: Allgemeiner Filmverleih, München. — ⁶⁰⁾ Für Nordrhein-Westfalen war eine besondere Prädikatisierung erforderlich.

Plakat

Durch das Statistische Bundesamt wurden verschiedene Werbegrupen aufgefördert, einen Entwurf für ein Plakat zur Volkszählung einzureichen. Der ausgewählte Entwurf zeigt eine Hand, die im Begriff ist, die Haushaltungsliste auszufüllen. Das Plakat enthält außerdem nur noch die Ankündigung »Volkszählung 13. September 1950«. Es wurde in einer Auflage von rund 31 000 Stück hergestellt und gelangte vornehmlich in den Ländern zur Verteilung, die nicht, wie Bayern und Niedersachsen, ein eigenes Plakat hatten fertigen lassen.

Träger der Propaganda

Da eine gewisse einheitliche Leitung der Propagandamaßnahmen für notwendig erachtet wurde, übernahm das Statistische Bundesamt die Aufklärung durch den Film sowie auf Bundesebene durch Rundfunk und Presse. Die Statistischen Landesämter beschränkten innerhalb ihres regionalen Wirkungsbereiches eigene Wege der Rundfunk- und Pressepropaganda, und von den statistischen Ämtern der Städte wurden hauptsächlich organisatorische Probleme sowie lokal auftretende Zweifelsfragen behandelt. Der Eindruck der Uniformität wurde dadurch vermieden. So konnte trotz der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit eine im Prinzip einheitliche, methodisch und landschaftlich jedoch differenzierte Werbung für die Zählung erreicht werden.

Zusammenfassung

Wenn sich die vor der Zählung mit Recht befürchtete ablehnende Haltung der Bevölkerung bis zur Durchführung der Ermittlungen in eine entgegenkommendere Einstellung verwandelt hatte, so darf angenommen werden, daß dies zu einem Teil auf die propagandistische Vorbereitung zurückzuführen ist. Vor die Wahl gestellt, ob eine Aufklärung in

traditioneller Form durch amtliche Verlautbarungen, sachliche Darlegungen und Hinweise oder eine Propaganda mit modernen Werbemethoden erfolgen sollte, hatte man sich in Erkenntnis der gewandelten Mentalität für eine Synthese beider Möglichkeiten entschieden.

Die einzelnen Propagandamittel erfüllten dabei, ihren Wirkungsmöglichkeiten entsprechend, spezifische Aufgaben. Das Plakat sollte ständig an den Zählungstermin erinnern, das Diapositiv den Kinobesucher auf die Zählung hinweisen. Der Film machte die Bevölkerung in sinnfälliger Art mit Inhalt, Durchführung und Ziel der Zählung bekannt. Der Funk wirkte für die Aufklärung in Form des aufgelockerten Gespräches, in der Erkenntnis, daß Zuhören bequemer als Lesen ist. Das traditionelle Mittel der Presse verlor gegenüber den anderen Möglichkeiten nicht an Bedeutung, denn nur durch das gedruckte Wort war eine intensive Belehrung über Einzelfragen möglich.

Über die Grenzen der Wirkung einer solchen einmaligen Propagandaaktion sollten keine Zweifel bestehen. Sie erklären sich aus der jeweils besonderen Situation bei der betreffenden Zählung. Auch muß die Frage im Zusammenhang mit der Einstellung des Staatsbürgers zu den öffentlichen Aufgaben gesehen werden. Interesse und positive Mitarbeit der Bevölkerung an den großen periodischen Erhebungen können nicht allein durch eine doch nur relativ kurze Aufklärungs- und Propagandaaktion geweckt werden. Es bedarf dazu einer stetigen auf lange Sicht abgestellten Erziehungsarbeit. Ein gangbarer Weg, der Allgemeinheit die Ziele und Ergebnisse der Statistik näherzubringen, dürfte in einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Presse zu suchen sein. Eine andere Möglichkeit, nach und nach beim einzelnen Interesse an der Statistik zu wecken, eröffnet sich mit dem Vordringen der mit Interviewern durchgeführten repräsentativen Erhebungsmethoden in der Statistik.

E. Besonderheiten für die ergänzenden Erhebungen⁶¹⁾

Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Um zu prüfen, ob die im Erhebungsbogen vorgesehenen Fragen für alle Unternehmungen verständlich sein würden und auch beantwortet werden könnten, wurden gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt Hessen einzelne Unternehmungen befragt und in West-Berlin Probebefragungen im Großhandel durchgeführt. Die hierbei erfaßten Firmen wurden bei der endgültigen Erhebung nicht noch einmal angesprochen.

Der Berichtszeitraum, für den die Unternehmungen Angaben zu machen hatten, war für die meisten Wirtschaftsbereiche einheitlich das Geschäftsjahr, das im Kalenderjahr 1950 endete. Nur für dieses Jahr waren die zur Hochrechnung erforderlichen Daten aus der Arbeitsstättenzählung 1950 und der Statistik der Umsatzsteuerveranlagung 1950 verfügbar. In einigen Industriezweigen (Schiff- und Bootsbau, Bekleidungsindustrie, Baumwollweberei) wurde die Erhebung im Einvernehmen mit den Verbänden auch für 1951, bei den Zahnärzten auch für 1952 durchgeführt. Für die Nacherhebung in der Bauindustrie wurde das Geschäftsjahr 1952 zugrunde gelegt.

Wegen der verschiedenartigen Verhältnisse in den Wirtschaftsbereichen ordnete der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft unter dem 26. Oktober 1951 als Erhebungszeitraum die Zeit vom 1. November 1951 bis 31. Oktober 1952 an, so daß die Ermittlungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen im allgemeinen nacheinander ablaufen konnten.

Nachdem das Frageprogramm auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und auf die Gegebenheiten des — nicht einheitlichen — betrieblichen Rechnungswesens abgestimmt war sowie die Wünsche der an der Erhebung beteiligten Organisationen berücksichtigt waren,

wurden Inhalt und Form der Fragebogen festgelegt. Diese waren in den einzelnen Bereichen verschieden, entsprechend der unterschiedlichen Struktur der Unternehmungen und der voneinander abweichenden Ausgestaltung des Rechnungswesens. Der Bogen für das Handwerk mag wegen seiner ausführlichen Fragestellung als Muster für die übrigen Erhebungsvordrucke gelten⁶²⁾. Allgemein wurden der Umsatz nach Umsatzarten, die Beschäftigten nach Art der Tätigkeit und die Kosten nach Kostenarten erfragt. Im Einzelhandel und Handwerk wurden zusätzlich Fragen nach dem Betriebsvermögen, seiner Zusammensetzung und nach den Schulden gestellt, im Handwerk ferner nach Grundstücksaufwendungen und -erträgen gefragt. Der Industriefragebogen, in Zusammenarbeit mit dem Betriebswirtschaftlichen Ausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie entwickelt, wurde mit Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Industriezweige jeweils nur in einigen Punkten abgewandelt. Er erfragte die Kostenarten in feinerer Gliederung als in den anderen Bereichen, sah anstatt der Angaben aus der Bilanz die Lagerbestandsveränderungen als solche vor und verlangte Angabe der selbsterstellten Anlagen, um den Wert der Gesamtproduktion ermitteln zu können. Es wurde den Unternehmungen überlassen, ob sie Angaben für Teilbetriebe auf einem Hilfsblatt machen wollten. Grundsätzlich wurden die ursprünglichen Kosten erfragt, daneben — in etwas unterschiedlicher Form für die verschiedenen Industriezweige — auch die zusammengesetzten Kosten, falls die Kostenrechnung entsprechend aufgebaut war.

Die ursprüngliche Absicht, für kleine Firmen einen verkürzten Fragebogen zu verwenden, wurde nach wiederholter Diskussion zugunsten eines einheitlichen Vordrucks für Firmen aller Größenklassen eines Bereichs aufgegeben. Wegen der verhältnismäßig geringen Auflage erfolgte der Ausdruck zentral durch das Statistische Bundesamt. Dem

⁶¹⁾ Nähere Einzelheiten hierzu enthalten die speziellen Veröffentlichungen.

⁶²⁾ Er ist mit den dazugehörigen Ausfüllungsrichtlinien im Anhang auf S. 223 ff. abgedruckt.

Organisation der Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Bereich	Vorbereitung	Durchführung	Aufbereitung
Industrie ¹⁾	StBA in Zusammenarbeit mit dem Betriebswirtschaftlichen Ausschuss des BDI und den einzelnen Fachverbänden Aufstellung der Erhebungspläne durch StBA Firmenauswahl im allgemeinen durch Verbände	Versand der Erhebungspapiere im allgemeinen durch Verbände, über die auch die Rückfragen geleitet wurden Rücklauf der Fragebogen über Verbände oder unmittelbar an StBA Vereinzelte gesamte Durchführung durch Verbände	Im allgemeinen zentral durch StBA, vereinzelt auch durch Verbände
Handwerk	StBA in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks Aufstellung der Erhebungspläne durch StBA Firmenauswahl durch Handwerkskammern, Kreishandwerkerschaften, handwerkliche Buchstellen	Versand der Erhebungspapiere durch Handwerkskammern und Kreishandwerkerschaften Ausfüllung der Fragebogen z. T. durch Buchstellen Rücklauf der Fragebogen über Handwerkskammern und Kreishandwerkerschaften	Zentral durch StBA
Großhandel ²⁾	StBA in Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels Aufstellung der Erhebungspläne durch StBA Firmenauswahl durch StLÄ unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Landes- und Fachverbände	Versand der Erhebungspapiere durch StLÄ, über die auch die Rückfragen geleitet wurden Rücklauf der Fragebogen über StLÄ oder unmittelbar an StBA	Zentral durch StBA
Verlagsgewerbe	StBA in Zusammenarbeit mit dem Börsenverein Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände	Versand der Erhebungspapiere durch StBA an alle dem Verein angeschlossenen Unternehmungen	Zentral durch StBA
Einzelhandel ³⁾	StBA in Zusammenarbeit mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels Aufstellung der Erhebungspläne durch StBA Firmenauswahl durch StLÄ unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Landes- und Fachverbände	Versand der Erhebungspapiere durch StLÄ, über die auch die Rückfragen geleitet wurden Rücklauf der Fragebogen über StLÄ oder unmittelbar an StBA	Zentral durch StBA
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	StBA in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Aufstellung der Erhebungspläne durch StBA Firmenauswahl durch StLÄ unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Landesverbände	Versand der Erhebungspapiere durch StLÄ, über die auch die Rückfragen geleitet wurden Rücklauf der Fragebogen über StLÄ oder unmittelbar an StBA	Zentral durch StBA
Verkehrsgewerbe	StBA in Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsministerium und den Fachverbänden Aufstellung der Erhebungspläne durch StBA Firmenauswahl durch Fachverbände	Versand der Erhebungspapiere im allgemeinen durch StBA Rücklauf der Fragebogen z. T. unmittelbar an StBA, z. T. über Fachverbände	Zentral durch StBA
Ärzte	StBA in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern, den Landes- und Bezirksärztekammern sowie den kassenärztlichen Vereinigungen Aufstellung des Erhebungsplans und Auswahl der Praxen durch Kammern	Versand der Erhebungspapiere durch Kammern Rücklauf der Fragebogen über Kammern	Zentral durch StBA
Zahnärzte	StBA in Zusammenarbeit mit dem Verband der Deutschen Zahnärztlichen Berufsvertretungen e. V. (jetzt Bundesverband der Deutschen Zahnärzte e. V.) sowie der Arbeitsgemeinschaft für Zahnärztliche Steuer- und Wirtschaftsberatung Auswahl der Praxen durch zahnärztliche Buchstellen	Ausfüllen der Fragebogen durch Buchstellen	Zentral durch StBA
Bauindustrie ⁴⁾	StBA in Zusammenarbeit mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie Aufstellung des Erhebungsplanes durch den Hauptverband Firmenauswahl durch die Landesverbände	Versand der Erhebungspapiere durch den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie	Zentral durch StBA

¹⁾ In einigen Fällen wurde auf das bei den Verbänden bereits vorhandene Material zurückgegriffen. — ²⁾ Vereinzelte Betriebsvergleichsmaterial der Verbände benutzt. — ³⁾ Nicht einbezogen wurden die am Betriebsvergleich des »Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln« beteiligten Unternehmungen. — ⁴⁾ Für das Geschäftsjahr 1952 durchgeführt.

Abkürzungen: StBA = Statistisches Bundesamt; StLÄ = Statistische Landesämter; BDI = Bundesverband der Deutschen Industrie.

Erhebungsbogen waren eingehende Ausfüllungsrichtlinien sowie ein Rundschreiben an die Befragten, das über den Zweck der Erhebung aufklärte, beigelegt. Vor dem Versand der Fragebogen wurde die Kennnummer der Unternehmung eingetragen. Zur Erleichterung bei der Erhebung selbst, insbesondere aber bei der Aufbereitung, wurden die Fragebogen für die Bereiche in verschiedenen Farben ausgedruckt.

Um den zweckmäßigsten Zugang zu den Unternehmungen zu finden, mußte man sich den verschiedenartigen Voraussetzungen in den einzelnen Bereichen anpassen. Die voneinander abweichenden Erhebungsformen hingen vornehmlich ab von der Art des verfügbaren Anschriftenmaterials, der Form des organisatorischen Zusammenschlusses der Unternehmungen, der Zahl der zu Befragenden. Für Großhandel, Einzelhandel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe stellte das Statistische Bundesamt mit Hilfe des vorhandenen Primärmaterials Erhebungspläne auf, in denen den Statistischen Landesämtern die Zahl der zu befragenden Unternehmungen nach Gewerbezeigen und -klassen, diese untergliedert nach Beschäftigtengrößenklassen, mitgeteilt wurde. Als Hilfsmittel für die Auswahl wurden ihnen von den Verbänden des Großhandels, des Einzelhandels sowie des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes teilweise Listen mit geeigneten Firmen zur Verfügung gestellt.

Für das Handwerk arbeitete das Statistische Bundesamt ebenfalls einen Erhebungsplan aus. Die Buchstellen des Handwerks fertigten Übersichten an, aus denen zu entnehmen war, für welche Handwerkszweige und in welchem Umfange für die einzelnen Betriebsgrößen die Buchstellen Angaben liefern konnten. Auf Grund beider Unterlagen wurde festgestellt, inwieweit Einzelbefragungen bei den nicht von den Buchstellen erfaßten Firmen vorzunehmen waren. Bei der Industrie und dem Verkehrswesen verlangten die Eigenart der einzelnen Branchen und die Vielfalt der Organisationsformen eine Einschaltung der Verbände.

Nicht nur bei Auswahl und Gewinnung der Befragten, sondern auch bei Versand und Einziehung der Fragebogen war eine aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit zwischen der amtlichen Statistik, den Kammern, Verbänden und sonstigen Organisationen erforderlich. Die wichtigsten Einzelheiten sind aus folgender Übersicht zu entnehmen.

In West-Berlin wurde abweichend von der Regelung im Bundesgebiet die Erhebung in allen untersuchten Bereichen vom Statistischen Landesamt Berlin durchgeführt, und zwar in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Berlin und den Organisationen der Berliner Wirtschaft.

Die Neuartigkeit der Erhebung, der Umfang der Fragen nach den Ergebnissen der Betriebsabrechnung sowie die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung bedingten eine intensive Mitarbeit der Verbände bei Durchführung der Befragung. Die Einschaltung der Organisationen bedeutete für die amtlichen Stellen angesichts der sachlichen und psychologischen Schwierigkeiten eine tatkräftige Hilfe, komplizierte aber den Erhebungsweg. Auch hatten die Verbände mancherlei Rücksicht auf ihre Mitgliedsfirmen zu nehmen.

Bei der Auswahl war in Rechnung zu stellen, daß bei der auf freiwilliger Basis vorgenommenen Erhebung ein beachtlicher Teil der Befragten die Auskunft verweigern würde. Vorsorglich sah man daher in den Anschriftenlisten das Mehrfache der Firmenzahl vor, die an sich der Repräsentationsquote entsprochen hätte. Von der Möglichkeit, durch intensive Werbung und nachdrückliche Mahnung eine möglichst vollzählige Ausfüllung der versandten Fragebogen zu erreichen, nahm man Abstand, weil dies erfahrungsgemäß zeitraubender und kostspieliger ist als die Ausdehnung der Erhebung auf eine größere Zahl von Befragten.

Die Prüfung der ausgefüllten Fragebogen machte zahlreiche Rückfragen erforderlich. Ihr Umfang stieg in einzelnen Zweigen bis zu 80 vH der Fälle. Da die Fragebogen nur mit Kennnummern gekennzeichnet waren, mußten die umfangreichen Rückfragen über die Statistischen Landesämter, die Handwerkskammern oder die Verbände geleitet werden.

Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben ⁶³⁾

Wie bei den übrigen ergänzenden Erhebungen wäre auch hier eine Befragung unmittelbar im Anschluß an die Haupterhebung erwünscht gewesen. Da die Anschriften der Auskunftspflichtigen jedoch erst im Zuge der Prüfung und Aufbereitung der Arbeitsstättenbogen ermittelt werden mußten, wodurch weit mehr Zeit als erwartet beansprucht wurde, konnte die Befragung erst im Mai 1951 durchgeführt werden. Dies erwies sich jedoch als zweckmäßig, weil in diesem Monat in einer Reihe westeuropäischer Staaten gleichfalls Erhebungen über die Verkehrsleistungen und den Güterkraftverkehr angestellt wurden, und die Bundesrepublik zugesagt hatte, entsprechende Feststellungen zu treffen. Vorteilhaft war ferner, daß der Mai einen saisonmäßig ausgeglichenen Charakter aufweist. Seitens der Verbände des Kraftverkehrs wurden gewisse Bedenken wegen der Zahl der Feiertage im Mai 1951 erhoben. Tatsächlich betrug die Differenz gegenüber März und April 1951 nur 1 bzw. 2 Arbeitstage.

Die Angaben insbesondere über Beschäftigte und Bestand an Kraftfahrzeugen wurden nach dem Stand vom 15. Mai 1951 erfragt, um diese Daten miteinander in Beziehung setzen zu können. Die Angaben über die entgeltlich für fremde Rechnung ausgeführten Verkehrsleistungen der Lastfahrzeuge mußten sich auf einen Berichtszeitraum — 1. bis 31. Mai 1951 — erstrecken. Ein wichtiger Grund für die Feststellung der Zahl der Kraftfahrzeuge nach dem Stand zur Monatsmitte war die Notwendigkeit, die Fahrzeuge und ihre Verkehrsleistungen miteinander in Relation bringen zu können. Unter der Voraussetzung einer steigenden Tendenz der Kraftfahrzeugzahlen hätte der Monatsbeginn eine zu geringe, das Monatsende eine zu hohe Zahl von Kraftfahrzeugen ergeben, während die Angaben für die Monatsmitte dem Monatsdurchschnitt wahrscheinlich am nächsten kamen.

Nachdem das Herausschreiben der Anschriften aus dem Material der Arbeitsstättenzählung, das von September 1950 bis Ende März 1951 dauerte, beendet war, wurden Ende April 1951 die Fragebogen mit einem Anschreiben durch die Statistischen Landesämter an die Auskunftspflichtigen versandt. Zur Erfassung der nach dem Stichtag der Arbeitsstättenzählung neu gegründeten Betriebe sowie der Betriebe, die den gewerblichen Straßenverkehr neu aufgenommen hatten, wurde ein von den Statistischen Landesämtern veranlaßter Aufruf in den Amtsblättern, Tageszeitungen und im Rundfunk erlassen. Im übrigen wurde je nach den Gegebenheiten der einzelnen Länder verschieden verfahren, z. B. wurden die Genehmigungsbehörden zum Feststellen der Betriebe herangezogen. Es muß bezweifelt werden, ob eine vollständige Erfassung der Neugründungen erreicht wurde, denn die Zahl der ermittelten Betriebe war auffallend gering. Bemerkt sei, daß einige Statistische Landesämter es für zweckmäßig hielten, den Firmen 2 Fragebogen zu übersenden, damit bei Rückfragen die Betriebe auf ihre damaligen Angaben zurückgreifen konnten. Der Wiedereingang der Zählpapiere vollzog sich, hauptsächlich infolge des großen Anteils von Kleinbetrieben, sehr schleppend. An ausgefüllten Fragebogen und sonstigen Antworten (z. B. Mitteilung über Betriebsauflösung) waren eingegangen:

im Juni 1951	37 vH der versandten Bogen,
bis Ende Juli 1951	69 vH der versandten Bogen,
bis Anfang September 1951	90 vH der versandten Bogen,
bis Ende Oktober 1951	98 vH der versandten Bogen.

Der Postweg war gewählt worden, weil er bequem und kostensparend erschien. Das Endergebnis von 98 vH war zwar als zufriedenstellend anzusehen, wurde jedoch allein durch intensiven Einsatz der Statistischen Landesämter, wie persönliches Aufsuchen der Betriebe, mehrfache schriftliche Mahnungen, und durch Amtshilfe der Gemeinden und Genehmigungsbehörden erreicht. Es zeigte sich, daß es außerordentlich schwierig ist, zu einem späteren Zeitpunkt auf

⁶³⁾ Nähere Einzelheiten hierzu siehe: Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 48, S. IV ff.

dem Postwege an die Betriebe heranzukommen, wenn die Anschriftenverzeichnisse nicht dem Stand des Zählungstermins entsprechen. Von Strafmaßnahmen wurde in sehr geringem Umfang Gebrauch gemacht, weil die meisten Statistischen Landesämter die Ansicht vertraten, daß eine Verärgerung der Betriebe mit Rücksicht auf deren Mithilfe bei anderen Statistiken vermieden werden müsse. Lediglich von 4 Statistischen Landesämtern sind insgesamt 102 Strafanträge gestellt, die wiederum nur in ganz wenigen Fällen zu einer Verurteilung führten.

Der Anteil der verwertbaren Fragebogen an der Gesamtzahl der hinausgesandten Zählpapiere belief sich auf 83 vH. Als wichtigste Ursachen für den verhältnismäßig hohen Ausfall durch nicht verwertbare und nicht mehr verwertbare Antworten seien angeführt:

- Auflösung von Betrieben (Hauptgrund),
- Betriebsstruktur entsprach nicht den zu erfassenden Betrieben,
- Fragebogen kamen als nicht bestellbar zurück,
- Fragebogen waren versehentlich doppelt ausgeschrieben,
- verspäteter Wiedereingang der Fragebogen.

Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen

Um den Anschluß der Untermietennacherhebung an die Wohnungszählung sicherzustellen, mußte sie zum frühest möglichen Termin durchgeführt werden. Ihre Ergebnisse konnten nur dann zu denen der Wohnungszählung in Beziehung gesetzt werden, wenn das Ausmaß der Veränderungen zwischen beiden Zählungen durch Fortzug, Tod von Untermietern, Begründung eines Hauptmietverhältnisses begrenzt war. Als Stichtag wurde vom Bundesminister des Innern der 22. Juni 1951 festgelegt, wodurch es auch möglich war, das bei Aufbereitung der Wohnungszählung in den Statistischen Landesämtern eingearbeitete Personal einzusetzen. Es zeigte sich, daß der Zeitpunkt, der noch nicht in die Schulferien und in die Haupturlaubszeit fiel, recht günstig gewählt war. Soweit Zahlen über den Einfluß der Urlaubszeit auf den Ausfall von Fragebogen angegeben werden, belaufen sie sich auf wenige Prozent. Aus ländlichen Gemeinden, in denen die Befragungen nicht an Sonntagen vorgenommen wurden, wird vereinzelt über Beeinträchtigung durch landwirtschaftliche Arbeiten berichtet. In Berlin war die Erhebung dadurch erschwert, daß manche Befragten in Wochenendhäusern oder Sommerlauben wohnten.

Nach Ausarbeitung eines vorläufigen Erhebungsplanes wurden Probeerhebungen in einigen Ländern durchgeführt, um die Zweckmäßigkeit des Fragebogens und des Interview-Verfahrens überprüfen zu können. Auch das Statistische Bundesamt nahm zwei Probeerhebungen vor, von denen die eine vornehmlich die Häufigkeit der Kombinationen der Nebenleistungen des Vermieters feststellen und überhaupt Erfahrungen über die Gestaltung des Erhebungsmusters sammeln sollte. Sie richtete sich ausschließlich an Angestellte des Statistischen Bundesamtes, die nicht als Hauptmieter eine abgeschlossene Wohnung mit Küche oder mit vollausgebauter Kochnische bewohnten und die ein Schreiben, den Fragebogen und Erläuterungen zu dessen Ausfüllung erhielten. Diese Probeerhebung erwies, daß der Leistungskatalog für den beabsichtigten Zweck ausreichte, daß aber offensichtlich nicht selten die eingesetzten Beträge — soweit geschätzt — unzutreffend waren. Daher wurde späterhin in den Erläuterungen mehrfach gefordert, daß keinerlei Schätzwerte eingetragen werden durften. Bei der zweiten Erhebung, die in zwei kleinen Vororten Wiesbadens mit 1300 bzw. 450 Einwohnern durchgeführt wurde, sollten vornehmlich die Interview-Methode erprobt und darüber hinaus anders geartete Fälle ermittelt werden, als sie bei den Angestellten des Statistischen Bundesamtes, einer vergleichsweise homogenen Erhebungsmasse, vorlagen. Als Interviewer wurden solche Amts-

angehörige ausgewählt, die nicht zuvor mit der Materie der Wohnungszählung vertraut gewesen waren. Es ergab sich, daß den Interviewern keine Schwierigkeiten durch Hauseigentümer, Vermieter und Untermieter bereitet wurden. Die Beantwortung der Fragen nach den Leistungsentgelten ließ aber — im Gegensatz zu der Befragung der Angestellten des Statistischen Bundesamtes — zu wünschen übrig. Ferner wurde festgestellt, daß im allgemeinen der Untermieter nicht sofort den Gesamtbetrag der Untermiete einschließlich aller Leistungsentgelte nennen konnte, so daß in vielen Fällen diese Summe wiederholt berichtet werden mußte. Im endgültigen Erhebungsblatt wurde deshalb — anders als bei dem für die Probeinterviews benutzten — der Gesamtbetrag erst am Schluß erfragt.

Die Auswahl der Erhebungseinheiten erfolgte in der Weise, daß die Statistischen Landesämter dem Statistischen Bundesamt auf Grund der Ergebnisse der Wohnungszählung die Gesamtzahl der »Spezialwohnungen« meldeten. Im Statistischen Bundesamt wurde der Auswahlatz⁶⁴⁾ errechnet und ausgehend von der bei der Untermietennacherhebung zu erfassenden Gesamtmasse wurden Teilmassen je Land ermittelt. An Hand der den Statistischen Landesämtern mitgeteilten Landeszahlen berechneten diese die Gesamtzahl der in den einzelnen Regierungsbezirken zu erfassenden Spezialwohnungen, woraus gleichgroße Klumpen von durchschnittlich je 50 Wohnungen gebildet wurden.

Im allgemeinen wurde für jeden Klumpen ein Ermittler bestellt. Nordrhein-Westfalen teilte allerdings jedem Interviewer zwei Klumpen zu, um Schulungskosten zu ersparen, durch höheres Entgelt den Ermittler anzuspornen und eine größere Routine zu erzielen. Die Benennung erfolgte meist durch die Kommunalverwaltungen nach entsprechender Aufforderung durch die Statistischen Landesämter.

Als Ermittler wurden zum großen Teil ehemalige Beamte, Behördenangestellte, Lehrer, sonstige Pensionäre und auch Arbeitslose sowie Kräfte angenommen, die bereits früher als Zähler oder als Hilfspersonal bei statistischen Sonderarbeiten beschäftigt gewesen waren, vornehmlich bei der Aufbereitung der Wohnungszählung. West-Berlin setzte ausschließlich Studenten der Technischen Universität ein. Um Komplikationen hinsichtlich der Geheimhaltungsvorschriften zu vermeiden, sahen einige Länder davon ab, noch im Dienst befindliche Beamte und Angestellte zu verwenden.

In Anbetracht der Neuartigkeit des Interview-Verfahrens für die amtliche Statistik war eine sorgfältige Schulung der Ermittler erforderlich. Das Statistische Bundesamt empfahl den Statistischen Landesämtern einen vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen entwickelten Schulungsplan. Dieser sah vor, daß zunächst an Hand der Erhebungspapiere eine Einweisung durch Vertreter der Statistischen Landesämter erfolgte, an die sich »Muster-Interviews« in Dialogform auf Grund der Erfahrungen von Probeerhebungen anschließen sollten. Nach einer etwa zweistündigen Pause, die Gelegenheit geben sollte, sich in das Schulungsmaterial zu vertiefen und dieses zwanglos durchzusprechen, wurde die Schulung drei Stunden fortgesetzt, um durch genaue Fragen und gründliches Eingehen auf die technischen Einzelheiten der Erhebungspapiere die sachlichen Zusammenhänge zu klären, die psychologische Eignung der Interviewer zu prüfen und völlig ungeeignete Kräfte auszuschneiden. In Hamburg hatte man nach dem zweiten Tag der Ermittlungen die Interviewer zu einem Erfahrungsaustausch und zur Beseitigung von Zweifelsfragen zusammengerufen.

Die Eignung der Ermittler war im allgemeinen unabhängig von ihrem Beruf. Besonders bewährten sich Interviewer, die bereits mit statistischen Arbeiten vertraut waren, vorzugsweise die bei der Wohnungszählung beschäftigten Kräfte.

⁶⁴⁾ Da eine Anzahl von Untermietern nicht angetroffen wurde, andere verzogen waren, ohne daß ein Nachfolger vorhanden war, und sich weiterhin manche Fälle nicht als Untermietverhältnis im Sinne der Erhebung herausstellten, betrug der Anteil der durch die Untermietennacherhebung erfaßten Fälle schließlich 2,5 vH der durch die Wohnungszählung festgestellten Untermietparteien in Normalwohnungen.

Ältere Pensionäre zeichneten sich durch Korrektheit und Gewandtheit im Publikumsverkehr aus. Nordrhein-Westfalen unterstreicht die Geschicklichkeit der weiblichen Interviewer. Die einheitliche Zusammensetzung in bezug auf Vorbildung und Intelligenzgrad der in West-Berlin verwendeten Studenten sicherte gute und gleichmäßige Ergebnisse. Fast übereinstimmend wird berichtet, daß die überwiegende Mehrzahl der Interviewer mit großer Gewissenhaftigkeit, Sorgfalt und gutem Erfolg gearbeitet hat. Der Vergütungssatz von 0,25 DM je Untermieter-Wohnpartei wurde mehrfach als zu niedrig bemängelt. Die durchschnittliche Dauer des Interviews lag bei 10 bis 15 Minuten.

Schwierigkeiten bei der Befragung sind nur selten aufgetreten, und zwar dann, wenn sich die Befragten als rechtmäßige Hauptmieter fühlten. Die Zahl der endgültigen Auskunftsverweigerungen blieb in allen Ländern unter 1 vH.

Anfängliches Mißtrauen konnte meist durch den Ermittler zerstreut werden. Bei Vorhandensein mehrerer Untermieter versuchten die Wohnungsinhaber nicht selten, den Interviewer abzufangen, um selbst die Angaben zu machen, weil Weiterungen wegen überhöhter Mietpreise befürchtet wurden. Wohnungsinhaber und Hauseigentümer aber durften nach dem Erhebungsplan nicht befragt werden. Übereinstimmend wurde von allen Statistischen Landesämtern das Interviewverfahren als erfolgreichste Methode für ähnliche Repräsentativerhebungen angesehen und versichert, daß man unter Auswertung der Erfahrungen künftig jederzeit bei ähnlichen Feststellungen wieder auf Interviewer zurückzugreifen beabsichtige.

Die verwendeten Zählpapiere haben sich als ausreichend zur technisch und sachlich einwandfreien Durchführung der Erhebung erwiesen.

IV. Aufbereitung

Dem föderativen Aufbau des Statistischen Dienstes entsprechend war die Aufbereitung des gesamten Zählungswerkes in seinen drei großen Zählungsteilen,

der Volks- und Berufszählung,
der Gebäude- und Wohnungszählung,
der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung

und einiger ergänzender Erhebungen den Statistischen Landesämtern übertragen worden. Die Ämter hatten diese Aufgabe unter eigener Verantwortung nach den vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit ihnen festgelegten Richtlinien in einem bestimmten Zeitablauf durchzuführen. Die Aufberei-

tung wurde — mit Ausnahme der Arbeitsstättenzählung in einigen wenigen Ländern — nach dem maschinellen Lochkartenverfahren durchgeführt. Durch die Notwendigkeit, die Arbeiten an den drei Zählungsteilen gleichzeitig nebeneinander ablaufen zu lassen, ergab sich ein außerordentlich starker Arbeitsanfall, der in verhältnismäßig kurzer Zeit zu bewältigen war. Dabei mußten die Arbeiten an den drei Zählungsteilen miteinander verzahnt werden. Diese Aufgabe stellte die Statistischen Landesämter vor eine Reihe von Problemen, deren Bewältigung zuweilen Schwierigkeiten bereitete.

A. Organisatorische Vorbereitungen

Rechtzeitig vor dem Beginn der ersten Arbeiten waren ausreichende und geeignete Arbeitsräume bereitzustellen. Sie mußten eine zweckmäßige und übersichtliche Unterbringung der zahlreichen Bearbeiter gewährleisten. Zur besseren Übersicht über das Personal eigneten sich am besten Räume, in denen etwa 30 bis 70 Personen Platz finden konnten. Das jeweils zu bearbeitende Material war in gehöriger Ordnung abzustellen, um es an die einzelnen Bearbeiter ausgeben und von ihnen wieder zurücknehmen zu können. Außerdem waren Lagerräume notwendig, in denen das Zählmaterial nach Eingang übersichtlich gestapelt war und von denen es den einzelnen Arbeitsgruppen ohne allzu großen Zeit- und Arbeitsaufwand zugeführt werden konnte. Nach Umfang und Beschaffenheit standen derartige Räumlichkeiten fast keinem Statistischen Landesamt zur Verfügung. Dies führte dazu, daß sie außerhalb des Amtes angemietet werden mußten, und zwar oft in beträchtlicher Entfernung.

Ein besonders schwieriges Kapitel einer jeden Großzählung bildet die Personalfrage. Das aus dem Bestand des Amtes zu stellende Personal war für Aufsichtsposten vorzusehen. Wenn irgend möglich, sollte es aus früheren Zählungen Verwaltungserfahrungen, vor allem aber solche auf den Fachgebieten haben. Gutes Aufsichtspersonal trägt wesentlich zur zweckmäßigen Einteilung der Arbeiten und zu ihrem reibungslosen Ablauf bei. Die Voraussetzungen für das Zählungswerk 1950 waren in dieser Beziehung nicht allzu günstig. Zwar standen in manchen Landesämtern von der Volks- und Berufszählung 1946 geeignete Kräfte — obwohl nur in bescheidener Anzahl — zur Verfügung, doch fehlten diese in einigen anderen Ämtern überhaupt, so daß sie erst im Laufe der Arbeit herangebildet werden mußten. Dies hing z. T. damit zusammen, daß bei der Zählung von 1946 nicht alle Statistischen Landesämter bereits in ihrer heutigen Form bestanden und damit auch nicht über erfahrene Mitarbeiter verfügen konnten.

Die Eigenart der Aufbereitung von Großzählungen liegt darin, daß der plötzliche Anfall großer Arbeitsmengen gewissermaßen in Stoßarbeit zu bewältigen ist. Hierzu waren fremde Arbeitskräfte auf begrenzte Zeit einzustellen. Das Angebot der Arbeitsämter bestand meist aus älteren männlichen Kräften. Erschwerend kam hinzu, daß von den weiblichen Kräften die einen längere Zeit nicht mehr, andere überhaupt noch nicht berufstätig gewesen waren. Bei der Auswahl mußte also darauf geachtet werden, ungeeignete Bewerber von vornherein auszuschneiden, eine Voraussetzung, die nicht immer restlos erfüllt werden konnte. Naturgemäß konnten die Ausgewählten keine Vorkenntnisse für die von ihnen zu leistenden Arbeiten mitbringen, doch mußten sie wenigstens über eine ausreichende Allgemeinbildung verfügen. Für die schwierigen Arbeiten — das Signieren in der Volks- und Berufszählung und in der Arbeitsstättenzählung —, die gewisse Vorkenntnisse des Wirtschaftslebens erforderten, eigneten sich nach den wieder bestätigten Erfahrungen vornehmlich kaufmännische und technische Kräfte und ehemalige Behördenangestellte.

Erwähnenswert ist hier der Weg, den das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen einschlug, um bei der großen Zahl der benötigten Personen — rd. 1600 — die Einstellung ungeeigneter Bewerber zu vermeiden. Im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt Düsseldorf wurden, getrennt für jeden der drei Zählungsteile, mehrere Lehrgänge von je einwöchiger Dauer abgehalten, in denen die Bewerber mit den Arbeiten vertraut gemacht wurden. Am Schlusse eines Lehrganges fand ein Probesignieren statt, dessen Ergebnis für die Einstellung maßgebend war. Das Verfahren hat sich ausgezeichnet bewährt, denn fast 12 vH der Gesamtzahl der Bewerber konnten als ungeeignet rechtzeitig ausgeschieden werden. Den eingestellten Kräften kamen die bei den Lehrgängen erworbenen Kenntnisse bei ihrer Einarbeitung zugute.

Der Anteil der männlichen und weiblichen Kräfte an der Zahl der Zeitangestellten war in den Statistischen Landesämtern recht unterschiedlich, doch überwogen meist die Männer, die mehrfach mit einem Anteil von bis zu 80 bis 90 vH vertreten waren. Die Wertung der weiblichen Arbeitskräfte gegenüber den männlichen war in den Statistischen Landesämtern nicht einheitlich. Guten Erfahrungen in einigen Ämtern standen weniger gute in anderen gegenüber. Im allgemeinen darf festgestellt werden, daß sich weibliche Zeitangestellte bei verständnisvoller Führung meist nicht schlechter anließen als männliche. Zuweilen benötigten sie längere Anlaufzeiten bis zu einer gewissen Selbständigkeit, zeigten sich dann aber in dem Bestreben zu sorgfältiger Arbeit beständig.

Über die Alterszusammensetzung insgesamt kann gesagt werden, daß das Personal etwa zu drei Vierteln über 35 Jahre alt war, wovon wiederum ein nicht unbeträchtlicher Teil auf die über 50jährigen entfiel. Bei der Arbeit waren die älteren Jahrgänge den jüngeren an Schnelligkeit im allgemeinen unterlegen. Sie benötigten bei schwierigeren Arbeiten zuweilen auch eine etwas längere Anlaufzeit. Durch ihre bedächtigeren Arbeitsweise lieferten sie jedoch gute Arbeit, wobei sich ihre längere Berufserfahrung günstig auswirkte.

Die Einstellung der Zeitangestellten begann mit dem Eingang des Zählmaterials im Laufe des Monats Oktober 1950, zunächst in kleineren, dann in größeren Gruppen, so daß bereits in den ersten Monaten des Jahres 1951 der Höchststand der Zahl aller an den vorbereitenden Arbeiten und der Signierung Beschäftigten erreicht war. Der Beschäftigtenstand blieb dann etwa bis Mitte 1951 auf dieser Höhe, um dann mit dem Ablauf der Arbeiten, erst langsamer, dann schneller bis auf die Zahl abzusinken, welche für die nach der maschinellen Aufbereitung liegenden Arbeiten der Tabellenaufstellung usw. noch benötigt wurde. Dieser Punkt war etwa im Monat Oktober 1951 erreicht.

Die wenigen Arbeitskräfte, die aus dem Kreis der ständigen Angehörigen der Statistischen Landesämter den Zählungsabteilungen zur Verfügung gestellt werden konnten reichten nicht aus, den Bedarf an Aufsichtspersonen zu decken. Durch ständiges Beobachten der Arbeitsleistungen der Zeitangestellten gelang es, besonders befähigte Kräfte herauszufinden und sie auf entsprechende Aufsichtsposten zu stellen. Bei Bewährung hatten sie dadurch die Anwartschaft auf eine längere Beschäftigungszeit gewonnen, weil in erster Linie sie für die späteren Arbeiten eingesetzt wurden. Erfahrungsgemäß bleibt auch von den bewährten Zeitangestellten stets eine gewisse Anzahl zurück, die später zur Ergänzung des Stammpersonals in Dauerstellungen überführt werden kann.

Abträglich wirkte sich die von vornherein feststehende, im allgemeinen auf etwa 8 bis 10 Monate begrenzte Dauer der Beschäftigung auf die Zeitangestellten aus. Mit dem Vorschreiten der Aufbereitung und dem Herannahen des unvermeidlichen Abbautermens zeigte sich ein Absinken der Leistungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Viel Geschicklichkeit der Aufsichtführenden gehörte dazu, diese Auswirkungen abzufangen.

Die unvermeidbaren Verluste an Arbeitsleistung durch Krankheit, Dienstbefreiung und Urlaub spielten bei der Errechnung der Zahl der benötigten Arbeitskräfte eine gewisse Rolle. Im allgemeinen mußte mit einem Satz von etwa 20 vH gerechnet werden. Die Feststellungen für die Zählung von 1950 bestätigten dies im großen und ganzen, bei einigen Abweichungen nach oben und unten in den verschiedenen Statistischen Landesämtern, ebenso wie die Erfahrung, daß die Arbeitsausfälle beim weiblichen Personal höher liegen als beim männlichen.

Zur schnelleren Abwicklung der Aufbereitungsarbeiten und zur besseren Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze ließen einige Statistische Landesämter statt in normaler Arbeitszeit, in zwei Schichten — Früh- und Spätschicht — arbeiten. Dies stellte an die Arbeitsführung in den betreffenden Landesämtern erhöhte Anforderungen. Das

aufsichtführende Personal mußte verstärkt werden, und es war für einen engen Kontakt beider Schichten nicht nur in organisatorischer, sondern auch in Hinsicht auf die sachliche Zusammenarbeit zu sorgen, um die erforderliche einheitliche Aufbereitung sicherzustellen. Andere Schwierigkeiten ergaben sich durch die Schichtarbeit nicht.

Einige Statistische Landesämter, z. B. das von Bayern und das des damaligen Württemberg-Baden, ließen einen Teil der Arbeiten durch Heimarbeiter ausführen. Sorgfältig ausgewählte Personen wurden gruppenweise in den Ämtern für die Arbeit durch eingehende Unterweisung ausgebildet. Während der Zeit ihrer Beschäftigung als Heimarbeiter wurde dafür Sorge getragen, daß sie Zweifelsfälle durch Rückfragen im Amte vornehmlich bei der Ablieferung der Arbeiten klären konnten. Außerdem waren noch bestimmte Zeiten für die Erteilung von Auskünften vorgesehen. Die Verwendung von Heimarbeitern wird unterschiedlich beurteilt. Mit den Heimarbeitern konnte nicht der enge Kontakt in sachlichen Fragen unterhalten werden, wie er beim Büropersonal ohne weiteres gegeben war. Dadurch erhöhte sich die Fehlermöglichkeit infolge uneinheitlicher Bearbeitung, weshalb die Prüfung eingehender als bei der Büroarbeit zu erfolgen hatte. Andererseits war die Heimarbeit von der Kostenseite her als rationeller anzusehen, weil den Heimarbeitern stets nur die tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt wurde.

Für eine Verzahnung der Arbeiten⁶⁵⁾ an den drei Zählungsteilen mußte aus methodischen und organisatorischen Gründen gesorgt werden. Nicht alle Arbeitsgänge beanspruchten die gleiche Dauer, und um nicht zusätzliches Personal einstellen zu müssen, ergab sich die Notwendigkeit, größere Bearbeitergruppen zwischen den drei Zählungsteilen auszutauschen. Bei der Auswahl des Personals wurde dabei nach Möglichkeit die besondere Eignung der Bearbeiter für den einen oder anderen Arbeitsgang — z. B. Kenntnisse des Wirtschaftslebens — in Betracht gezogen, soweit eine solche Eignung bei den vorangegangenen Arbeitsgängen zu erkennen war.

Dem Einsatz der Kräfte für einen bestimmten Arbeitsgang ging eine Schulung voran, die der Schwierigkeit der Arbeit entsprach. Nach der Schulung war eine unterschiedlich lange Anlaufzeit notwendig, bis jeder Bearbeiter zu einer normalen Arbeitsleistung gelangte. Schulungs- und Anlaufzeiten belasteten die Gesamtarbeitszeiten beträchtlich. Dazu kam die bei allen Volkszählaufbereitungen nicht zu vermeidende Erscheinung, daß die den Bearbeitern vermittelten Kenntnisse bei der verhältnismäßig kurzen Zeitdauer selbst der schwierigeren Arbeitsgänge nur teilweise zur vollen Auswirkung kamen.

Die ersten Aufbereitungsarbeiten an der Volks- und Berufszählung und der Gebäude- und Wohnungszählung waren wegen des Zusammenhanges der Zählpapiere, insbesondere wegen der angestrebten Gleichsetzung von Haushaltung und Wohnpartei, und des dadurch notwendigen Vergleichs gemeinsam durchzuführen. Auch Arbeitsstättenbogen und Haushaltungsliste enthielten Fragestellungen, die lückenhafte Angaben in dem einen Zählpapier nach den Angaben des anderen zu ergänzen oder zu berichtigen gestatteten. Anders als bei früheren Zählungen, sollte der für den Vergleich der Arbeitsstättenbogen mit den Haushaltungslisten benötigte Zeitaufwand von immerhin mehreren Wochen eingespart werden, um so die Zählpapiere den Gruppen der Arbeitsstättenzählung schneller zuführen zu können. Durch eine besondere Mitteilung wurden daher die Gemeindebehörden beauftragt, nach Erledigung der ihnen vorgeschriebenen Prüfungsarbeiten an den Papieren die Arbeitsstättenbogen von den übrigen Zählpapieren zu trennen und gesondert abzuliefern. Abweichend von dieser Regelung ließen einige Länder die Arbeitsstättenbogen jedoch erst in den Statistischen Landesämtern trennen. Sie hatten dadurch den erheblichen Vorteil einer besseren und leichteren Vollzähligkeitskontrolle, wobei an Hand der in der

⁶⁵⁾ Übersicht über den zeitlichen Ablauf der Aufbereitungsarbeiten siehe Anhang S. 304.

Haushaltungsliste vorgesehenen Anschlußfragen für nicht-landwirtschaftliche Arbeitsstätten (Abschnitt H) als fehlend festgestellte Arbeitsstättenbogen nachgefordert werden konnten. Der weitere Vergleich zwischen den einzelnen, beide Papiere berührenden Fragen wurde von diesen Landesämtern dann wegen des Zeitaufwandes großzügiger durchgeführt. Bei einer künftigen Verbindung der Volks- und Berufszählung mit einer Arbeitsstättenzählung und einer Landwirtschaftlichen Betriebszählung dürfte sich aber der gemeinsame Vergleich der drei Zählpapiere nicht umgehen lassen.

B. Volks- und Berufszählung⁶⁷⁾

Das Erhebungspapier für die Volks- und Berufszählung 1950 war die Haushaltungsliste⁶⁸⁾. Mit ihr wurden alle Angaben der zu einer Haushaltung gehörenden Personen erfaßt. Hinzu kamen noch die Anstaltsliste⁶⁹⁾ für die Dauerinsassen von Anstalten und das dort wohnende Personal sowie die Schiffsliste⁶⁸⁾ für die auf Schiffen lebende Bevölkerung.

Der Auszählung lag der Begriff der Wohnbevölkerung zugrunde. Es beziehen sich demnach alle Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ausschließlich auf die Wohnbevölkerung. Ergänzende Auszählungen waren für die Heimatvertriebenen⁶⁹⁾ vorgesehen. Zu ihnen wurden diejenigen Personen gerechnet, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten (Gebietsstand 31. Dezember 1937) unter fremder Verwaltung, im Saargebiet sowie im Ausland hatten.

Nach dem Aufbereitungsprogramm der Zählung ergaben sich die nachstehend aufgeführten Auszählungsmerkmale. Soweit es notwendig erschien, sind sie kurz erläutert. Die angezogenen Spaltennummern beziehen sich auf die der Haushaltungsliste.

1. Auszählungsmerkmale der Volkszählung

Geschlecht. Die Angaben über das Geschlecht wurden der Spalte 5 entnommen, zur Kontrolle diente der Vorname in Spalte 3.

Alter. In Spalte 6 war das Geburtsjahr mit Monat und Tag angegeben. Es wurden danach Geburtsjahr- und Altersjahrtabellen erstellt. Geburtsjahrgang und Altersjahrgang decken sich nicht, weil bei dem letzteren das Jahr durch den Stichtag der Zählung in zwei Teile zerlegt wird. Für die Zählung vom 13. September 1950 galt daher ein Altersjahr vom 14. September eines Jahres bis zum 13. September des darauffolgenden Jahres.

Familienstand. Spalte 7 gab Auskunft über den Familienstand. Es wurden unterschieden:

Ledig,
verheiratet zusammenlebend,
verheiratet nicht zusammenlebend,
verwitwet,
geschieden.

Die Unterscheidung der Verheirateten nach zusammenlebend und nicht zusammenlebend war mit Rücksicht auf die nicht geringe Zahl derjenigen getroffen worden, die aus verschiedenen Gründen zur Zeit der Zählung mit ihren Ehepartnern nicht zusammenlebten. Eine weitergehende Fragestellung nach den Gründen des Getrenntseins ergab oft unzuverlässige Angaben, so daß die Ergebnisse hierüber unveröffentlicht blieben.

⁶⁷⁾ Über den Verbleib und die Aufbewahrungsfristen des Zählungsmaterials unterrichtet die Übersicht im Anhang auf S. 305. — ⁶⁸⁾ Eingehende Erläuterungen zur Volks- und Berufszählung können »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« Bd. 34 »Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung vom 13. 9. 1950« entnommen werden. — ⁶⁹⁾ Siehe Anhang S. 99 ff. — ⁶⁹⁾ Die Bezeichnung »Heimatvertriebene« in dem hier gebrauchten Sinne stimmt nicht mit der in § 2 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 gegebenen Definition der Heimatvertriebenen überein, sondern entspricht mehr der übergeordneten Bezeichnung »Vertriebene« im Sinne des § 1 des Gesetzes.

Der Gang der Aufbereitung sah für jeden Zählungsteil drei große Abschnitte vor, und zwar:

1. Vorbereitende Arbeitsgänge: Prüfen und Signieren der Zählpapiere.
2. Maschinelle Aufbereitung: Herstellen der Lochkarten, Sortieren, Auszählen und Tabellieren.
3. Aufstellen der Tabellen: Übernahme der Ergebnisse aus den Maschinenbändern auf Tabellenformulare, fachliches und rechnerisches Prüfen und Abstimmen⁶⁹⁾.

Eheschließungsjahr. Dies war für jede bestehende Ehe ergänzend zum Familienstand »verheiratet« in Spalte 7 anzugeben.

Lebend geborene Kinder. Die verheirateten Frauen hatten in Spalte 8 anzugeben, wieviel Kinder sie in der jetzt bestehenden Ehe geboren hatten. Die miteinander kombinierten Angaben über Geburtsjahr, Eheschließungsjahr und lebend geborene Kinder ließen Zahlen über die Fruchtbarkeit der bestehenden Ehen gewinnen.

Religion. Nur die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft usw. war in Spalte 9 anzugeben, nicht aber eine persönliche religiöse Überzeugung. An Hand eines ausführlichen »Religionsverzeichnisses«⁷⁰⁾ wurden die Angaben in 9 Gruppen aufgegliedert.

Muttersprache. Die Muttersprache wurde in Spalte 10 erfragt, doch wurden nicht die einzelnen Muttersprachen ausgezählt, sondern es blieb lediglich bei der Unterscheidung nach deutscher oder nichtdeutscher Muttersprache. Die Angaben wurden bei der Auszählung der Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939 ergänzend herangezogen, wenn Auslandsdeutsche von Ausländern zu unterscheiden waren.

Wohnort am 1. September 1939. Die in den Spalten 11 und 12 enthaltenen Angaben über den Wohnort am 1. September 1939 dienten dazu, die seit Kriegsbeginn entstandenen örtlichen Bevölkerungsverschiebungen festzustellen, welche durch mittelbare oder unmittelbare Kriegseinwirkungen oder durch Wanderungen aus anderen Anlässen entstanden waren. Ein umfassendes »Gemeindeschlüsselverzeichnis« gab für jede Gemeinde des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31. 12. 1937), Österreichs, des Memellandes, des Freistaats Danzig und der eingegliederten Ostgebiete die Kennziffer für das Wohngebiet am 1. September 1939 an. Von dem Verzeichnis wird wegen seines großen Umfangs nur die »Systematische Übersicht über den Schlüssel für den Wohnort am 1. September 1939« abgedruckt⁷¹⁾. Die Signaturen galten als unterscheidendes Merkmal bei der Feststellung der als Heimatvertriebenen anzusehenden Personen.

Flüchtlingsausweis. In Spalte 13 hatte jede Person anzugeben, ob sie im Besitz eines Flüchtlingsausweises war oder nicht. Die Angaben wurden in erster Linie zur Kontrolle und Klärung ungenauer oder fehlender Angaben über den Wohnsitz am 1. September 1939 herangezogen. Nur für einige Tabellen der Volks- und Berufszählung wurde aus technischen Gründen der Flüchtlingsausweis als Kriterium für die Heimatvertriebeneneigenschaft herangezogen. Die Wohnungszählung konnte dagegen die Zuordnung von Haushaltungsvorständen der Wohnparteien zu den Heimatvertriebenen lediglich nach dem Besitz eines Flüchtlingsausweises vornehmen, weil mit der Aufbereitung der Wohnungszählung aus Zeitgründen nicht auf die Feststellung der Heimatvertriebeneneigenschaft durch die Volkszählung gewartet werden konnte.

⁷⁰⁾ Der systematische Teil dieses Verzeichnisses ist im Anhang auf S. 270 abgedruckt. — ⁷¹⁾ Siehe Anhang S. 268.

Körperbehinderung. Der Abschnitt F in der Haushaltungsliste war der Erfassung eingehender Angaben über die Körperbehinderten vorbehalten.

Die Art der Behinderung wurde nach einer »Liste der Arten der Körperbehinderungen«⁷²⁾ festgelegt, sie enthielt 10 Haupt- und 39 Untergruppen, wobei unterschieden wurde, ob die Behinderung amtlich anerkannt war oder nicht.

Die Entstehungsursachen wurden gegliedert nach:

- Kriegseinwirkung auf Wehrmachtsangehörige,
- Kriegseinwirkung auf Zivilbevölkerung,
- Krankheit, Unfall oder sonstige Einwirkungen, angeboren.

Unter Berücksichtigung der beiden Weltkriege waren die Entstehungsjahre zu drei bzw. fünf Gruppen zusammengefaßt. Angeborene Behinderungen wurden dabei dem Geburtsjahr gleichgesetzt.

Der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) wurde nach 11 Stufen ermittelt, die für die Aufbereitung jedoch zu fünf zusammengefaßt wurden.

Diese Merkmale wurden noch mit einer vereinfachten Altersgliederung der Körperbehinderten nach 7 Gruppen kombiniert.

2. Auszählungsmerkmale der Berufszählung

Die Zuordnung zu einer Bevölkerungsgruppe wurde nach den Eintragungen zu Spalte 14 in Verbindung mit den nachfolgenden Spalten über die Berufstätigkeit vorgenommen. Es ergab sich dabei die Gruppierung:

1. Erwerbspersonen,
 - a) Erwerbstätige,
 - b) Arbeitslose,
2. Selbständige Berufslose,
3. Angehörige ohne Hauptberuf.

Erwerbstätige waren alle Personen, die am Stichtag der Zählung hauptberuflich tätig waren. Als Arbeitslose galten diejenigen, die in der Regel einem Berufe nachgehen, jedoch am Zählungstage keinen Arbeitsplatz innehatten. Beide Gruppen zusammen bildeten den Kreis der Erwerbspersonen.

Zu den Selbständigen Berufslosen zählten Sozialversicherungsrentner, Pensionäre, Unterstützungsempfänger (ohne die Bezieher von Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung), Dauerinsassen von Anstalten verschiedener Art sowie Personen, für die eine Einkommensquelle nicht ersichtlich war. Die Selbständigen Berufslosen wurden nach 13 Personenkreisen unterschieden.

Zu den Angehörigen ohne Hauptberuf gehörten sämtliche Familienangehörige in einer Haushaltung, die weder Erwerbspersonen noch Selbständige Berufslose waren und von einer Erwerbsperson oder einem Selbständigen Berufslosen unterhalten wurden. Sie wurden in der Berufszählung zur Feststellung der wirtschaftlichen Struktur der Gesamtbevölkerung mit den gleichen Merkmalen gekennzeichnet wie ihre Ernährer.

Betriebszugehörigkeit. Die Zuordnung einer Erwerbsperson zu dem Wirtschaftszweig, in dem sie ihren Beruf ausübte, ergab sich aus den Eintragungen in den Spalten 15 bis 17 über die Arbeitsstätte. Arbeitslose hatten hier die Angaben über die letzte Arbeitsstätte vor ihrer Arbeitslosigkeit zu machen.

Für die Signierung der Wirtschaftszweige war ein umfangreiches Verzeichnis vorgesehen, nach dessen alphabetischem Teil⁷³⁾ die zutreffenden Kennziffern einzusetzen waren. Die für die Berufszählung verwendete Systematik entsprach in den Grundzügen derjenigen der Arbeitsstättenzählung, die für die Zwecke der Berufszählung zu 151 Wirtschaftszweigen zusammengelegt wurde. Daraus ergaben sich

74 Wirtschaftsgruppen und 10 Wirtschaftsabteilungen⁷⁴⁾. Der systematische Teil des Verzeichnisses⁷⁵⁾ gab Umfang und Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftszweige wieder und diente der Klärung, wenn sich Zuordnungsschwierigkeiten ergaben.

Stellung im Beruf. Sie war ersichtlich aus den Angaben der Spalte 18. Klärend konnten dazu in Zweifelsfällen diejenigen der Spalten 21 und 22 über die Kranken- und Sozialversicherungspflicht herangezogen werden. Folgende Gliederung war vorgesehen:

- Selbständige,
- Mithelfende Familienangehörige,
- Beamte,
- Angestellte,
- Arbeiter.

Die Mithelfenden Familienangehörigen wurden zusätzlich durch eine Berufssignatur unterschieden:

- Mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft (Wirtschaftsabteilung 0),
- Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft (übrige Wirtschaftsabteilungen).

Es wird jedoch für notwendig gehalten, den Kreis der in der Landwirtschaft Mithelfenden künftig noch weiter zu untergliedern:

- Mithelfende Familienangehörige bei hauptberuflich Selbständigen in der Landwirtschaft,
- Mithelfende Familienangehörige bei nebenberuflich Selbständigen in der Landwirtschaft.

Zu den Beamten gehörten nur diejenigen Erwerbspersonen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis standen, nicht aber Beamte im Ruhestand, auf Wartegeld u. ä. Sie erschienen unter den Selbständigen Berufslosen.

Angestellte waren alle nicht beamteten Gehaltsempfänger wie kaufmännische, technische und Verwaltungsangestellte (einschließlich der Angestellten in leitender Stellung), Lehrlinge sowie Hausangestellte, diese jedoch nur dann, wenn sie nach den Angaben in Spalte 22 in der Angestelltenversicherung pflichtversichert waren.

Den Arbeitern waren alle Lohnempfänger zuzuzählen, die fast ausschließlich der Invalidenversicherungspflicht unterlagen. Zu ihnen gehören u. a. Gesellen, Gehilfen, Hausgehilfen und gewerbliche Lehrlinge, außerdem auch die Hausgewerbetreibenden, Zwischenmeister und Heimarbeiter.

Soziale Stellung. Die Einteilung nach der Stellung im Beruf gibt über die soziale Schichtung der Bevölkerung nur begrenzte Auskunft. Es wurde daher versucht, durch eine weitere Aufteilung nach der »Sozialen Stellung« besseren Einblick zu erhalten. Der Versuch hat sich bewährt, wenn er auch noch manche Wünsche offen ließ. Die feinere soziale Gliederung sollte aber doch, gegebenenfalls durch Einfügen ergänzender Fragen, weiter ausgebaut werden.

Durch Einbeziehen der Angaben auf der letzten Seite der Haushaltungsliste Abschnitt G »Fragen über Bodenbewirtschaftung« und Abschnitt H »Fragen für nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten« konnten die Selbständigen im einzelnen noch wie folgt charakterisiert werden:

Selbständige in landwirtschaftlichen Betrieben

- Größe der bewirtschafteten Fläche unter 2 ha,
- von 2 bis unter 10 ha,
- von 10 bis unter 30 ha,
- 30 ha und mehr.

Selbständige in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben

- Zahl der Beschäftigten (einschließlich Inhaber)
- Alleinschaffende,
- mit 2 bis 4 Beschäftigten,
- mit 5 bis 9 Beschäftigten,
- mit 10 bis 49 Beschäftigten,
- mit 50 Beschäftigten und mehr.

⁷⁴⁾ Eine »Liste der Wirtschaftszweige der Berufszählung in systematischer Ordnung« ist im Anhang auf S. 277 ff. abgedruckt. Den Zusammenhang der Wirtschaftszweige beider Zählungsteile zeigt der Umsteigsschlüssel auf S. 280 ff. des Anhangs. — ⁷⁵⁾ »Berufszählung. Systematisches Verzeichnis der Betriebsbenennungen«.

⁷²⁾ Siehe Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 34, S. 70. — ⁷³⁾ »Berufszählung. Alphabetisches Verzeichnis der Betriebsbenennungen« mit etwa 20 000 Betriebsbenennungen.

Bei den Beamten erfolgte eine Aufgliederung nach den aus den Berufsangaben zu entnehmenden Laufbahngruppen:

Beamte im

einfachen und mittleren Dienst,
gehobenen Dienst,
höheren Dienst.

Die weitere Untergliederung bei den Angestellten ermöglichten die Angaben über die Versicherungspflicht zur Krankenkasse und zur Angestelltenversicherung in den Spalten 21 und 22. Nach den gesetzlichen Versicherungsbestimmungen vom Jahre 1950 ließen sich, wenn auch nur grob, folgende Einkommensstufen bilden:

Angestellte mit einem Einkommen

von unter 375 DM

von 375 DM bis unter 600 DM

von 600 DM und darüber

kranken- und
angestellten-
versicherungs-
pflichtig,

nicht kranken-,
aber angestellten-
versicherungs-
pflichtig,

weder kranken-
noch angestellten-
versicherungs-
pflichtig.

Die wünschenswerte weitere Unterscheidung der Arbeiter nach gelernten, angelernten und ungelernten wurde nicht durchgeführt, weil die Zuverlässigkeit der Angaben als recht zweifelhaft angesehen wurde.

Beruf. Der Beruf kennzeichnet die arbeitende Bevölkerung nach der Art ihrer individuellen Tätigkeit innerhalb des Berufslebens. In Spalte 19 war die am Zählungstage tatsächlich ausgeübte Berufstätigkeit anzugeben (bei Arbeitslosen die zuletzt ausgeübte), nicht aber ein früher erlernter, jedoch nicht mehr ausgeübter Beruf.

Die berufliche Gliederung der Erwerbspersonen erfolgte nach der »Systematik der Berufe«. Sie sah 441 Berufe vor, die zu 167 Berufsordnungen, 38 Berufsgruppen und 8 Berufsabteilungen zusammengefaßt waren⁷⁶⁾. Zur Feststellung der zutreffenden Kennziffern diente der alphabetische Teil der Systematik⁷⁷⁾, der 18 000 Berufsbenennungen umfaßte. Ihr systematischer Teil⁷⁸⁾ zeigte den Inhalt einer jeden Berufsposition; er war beim Signieren schwieriger Fälle heranzuziehen.

Nebenberuf. In Spalte 20 wurde ein eventueller Nebenberuf (zweiter Beruf) von Erwerbspersonen und von einigen Gruppen der Selbständigen Berufslosen erfaßt. Die nebenberuflich Tätigen wurden jedoch nicht nach ihrer individuellen Tätigkeit ausgezählt, sondern lediglich nach drei Arten unterschieden:

Nebenberuf in der Landwirtschaft in selbständiger Stellung,

Nebenberuf in der Landwirtschaft in abhängiger Stellung,

sonstige Nebenberufe.

3. Zusätzliche Auszählungsmerkmale

Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung. Diese in Spalte 21 gestellte Frage erschien bei der Volks- und Berufszählung zum ersten Male. Ihr Zweck war, festzustellen, inwieweit die Bevölkerung im Falle einer Erkrankung gesichert ist. Unterschieden wurde nach pflichtmäßiger und freiwilliger Krankenversicherung und innerhalb dieser Gruppen nach 8 bzw. (bei freiwillig Versicherten) 9 Kassenarten. Als ergänzende Gruppe erschienen die Nichtversicherten zusammen mit den als Familienangehörige Mitversicherten.

⁷⁶⁾ Die »Liste der Berufe in systematischer Ordnung« ist im Anhang auf S. 271 ff. wiedergegeben. — ⁷⁷⁾ »Alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen«. — ⁷⁸⁾ »Systematisches Verzeichnis der Berufsbenennungen«.

Voraussichtliche Altersversorgung. Die Frage nach der Zugehörigkeit zur Angestellten- oder Invalidenversicherung gehörte bereits zum Frageprogramm früherer Volks- und Berufszählungen. Sie wurde dort jedoch lediglich als Ergänzungsfrage zur besseren Unterscheidung von Angestellten und Arbeitern benutzt. Im Jahre 1950 wurde jedoch in Spalte 22 eingehender gefragt; denn außer der Zugehörigkeit zur gesetzlichen Altersversorgung waren alle weiteren Arten der Altersversorgung einschließlich der privaten anzugeben, wobei ebenfalls nach pflichtmäßiger und freiwilliger Versicherung unterschieden wurde. Dadurch sollte die Versorgung der Bevölkerung für ihr Alter ermittelt werden. Hierzu waren 9 Gruppen vorgesehen, eine 10. wies die Personen nach, die keine Altersversorgung auf Grund eines persönlichen Anspruchs zu erwarten hatten.

Pendelwanderung. Die Pendelwanderung erschien im Programm der Volks- und Berufszählung 1950 als neues Auszählungsmerkmal. Es wurde zum ersten Male für das gesamte Bundesgebiet nach einheitlichen Gesichtspunkten aufbereitet. Die Auszählung erstreckte sich auf die Personen, deren Arbeitsstätte nicht in ihrer Wohngemeinde, sondern in einer anderen Gemeinde (Betriebsgemeinde) lag, und die täglich den Weg von ihrer Wohnsitzgemeinde zur Betriebsgemeinde zurücklegten. Nicht als Pendelwanderer galten die Erwerbspersonen, die am Ort ihres Arbeitsplatzes einen zweiten Wohnsitz hatten und nur wöchentlich oder in größeren Abständen in ihre Hauptwohnsitzgemeinde zurückkehrten (Wochen- oder Monatspendler). Zur Kennzeichnung der näheren Verhältnisse der an der Pendelwanderung beteiligten Erwerbspersonen erstreckten sich weitere Feststellungen auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Pendelwanderer, auf den Anteil der Heimatvertriebenen an ihnen und auf einen etwa ausgeübten Nebenberuf in der Landwirtschaft.

Haushaltung. Der Begriff der Haushaltung, der in den vorangegangenen Jahrzehnten wiederholt Abänderungen erfahren hatte, wurde für die Zählung auf die Wohngemeinschaft abgestellt. Er sollte sich nach Möglichkeit mit dem Begriff der Wohnpartei der Wohnungszählung decken.

Bei der Aufbereitung wurden unterschieden:

Einzelhaushaltungen,
Mehrpersonenhaushaltungen,
Anstaltshaushaltungen.

Einzelhaushaltungen bestanden jeweils aus nur einer Person, die entweder eine eigene Wohnung hatte, als Untermieter wohnte oder als wohnungslos in Unterkünften außerhalb von Wohnungen eingewiesen war.

Mehrpersonenhaushaltungen waren alle Haushaltungen mit zwei und mehr Personen, soweit sie nicht Anstaltshaushaltungen waren. Neben den Familienangehörigen konnten sie auch familienfremde Personen wie Hausgehilfen, Gewerbegehilfen u. ä. umfassen und endlich konnten sie auch aus Personen bestehen, die keinerlei verwandtschaftliche Bindungen zueinander hatten. Die Mehrpersonenhaushaltungen wurden in vier Haushaltungstypen aufgeteilt:

Haushaltungstyp A: Haushaltungen, die nur aus Ehegatten und (oder) Familienangehörigen bestanden, die in gerader auf- oder absteigender Linie miteinander verwandt waren. Dem Haushaltungstyp A wurden auch die Einzelhaushaltungen zugerechnet.

Haushaltungstyp B: Haushaltungen wie zu A, zu denen jedoch auch sonstige Verwandte und Verschwägte gehörten oder die nur aus solchen bestanden.

Haushaltungstyp C: Haushaltungen, zu denen neben mehreren Familienangehörigen auch familienfremde Personen gehörten.

Haushaltungstyp D: Haushaltungen, in denen zwischen Haushaltungsvorstand und Haushaltungsmitgliedern keine verwandtschaftlichen Beziehungen bestanden.

Aus den Angaben der Haushaltungsliste war weiter festzustellen, wieviel Kinder unter 15 Jahren in der Haushaltung lebten, wieviel Personen als Einkommensbezieher

(ohne Mithelfende Familienangehörige) anzusehen waren, und ob die Ehefrau des Haushaltungsvorstandes als Erwerbsperson (auch als Mithelfende) tätig war. Endlich war noch die Gesamtzahl aller als Mithelfende Familienangehörige beschäftigten Haushaltungsangehörigen festzuhalten.

Zu Anstaltshaushaltungen waren meist einzeln stehende Personen zusammengefaßt, die, ohne eine selbständige Haushaltung zu bilden, zur Erfüllung religiöser oder sozialer Zwecke oder aus gesundheitlichen oder ähnlichen Gründen in einer gemeinsamen Unterkunft ständig untergebracht waren und gemeinsam betreut und gepflegt wurden. Sie bildeten die Insassen der Anstalt. Nur vorübergehend aufgenommene Personen zählten dagegen nicht zur Anstaltshaushaltung. Von dem Anstaltspersonal gehörten nur diejenigen Personen zur Anstaltshaushaltung, die ständig in der Anstalt wohnten. Die Anstaltshaushaltungen wurden nach ihrer Art in 10 Gruppen eingeteilt⁷⁹⁾.

4. Arbeitsgänge

Die Bearbeitung der Zählpapiere mußte nach Richtlinien erfolgen, welche die Einheitlichkeit der erforderlichen Arbeitsgänge gewährleisten. In Zusammenarbeit von Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern war ein Aufbereitungsplan entstanden, der sechs Arbeitsgänge vorsah. Gelegentlich wichen einzelne Landesämter in wichtigen Details von dem festgelegten Aufbereitungsplan ab; hierdurch ergaben sich gewisse Störungen. Deshalb mußte der Arbeitsplan auch in Einzelheiten verbindlich sein. Wegen des großen Arbeitsumfanges konnten die sechs Arbeitsgänge nicht hintereinander ablaufen, weil die Aufbereitung dadurch zu lange gedauert hätte. Es mußte somit für eine zeitliche »Überlappung« durch ihre möglichst enge Verzahnung gesorgt werden, so daß mehrere Arbeitsgänge parallel laufen konnten.

Arbeitsgang I: Zusammenstellung der Schnellmeldung

Die Schnellmeldung über die gezählten männlichen und weiblichen Personen mußte von den Landräten für die Gemeinden ihres Kreises und von den Stadtkreisen bis zum 15. Oktober an die Statistischen Landesämter eingesandt werden. Hier wurden die einzelnen Meldungen in ein vorbereitetes Gemeindeverzeichnis eingetragen und zu den Regierungsbezirkssummen und zur Landessumme zusammengestellt. Die letztere wurde schnellstens dem Statistischen Bundesamt übermittelt, so daß kurz danach das Bundesergebnis in vorläufigen Zahlen vorlag. Die Einzelergebnisse für Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden waren umgehend nachzureichen, nachdem auf dem vorerwähnten Gemeindeverzeichnis jede Gemeinde mit der für sie zutreffenden Kennziffer der Gemeindegrößenklasse bezeichnet war.

Die Ergebnisse der Schnellmeldung bildeten die Unterlagen für das »Alphabetische Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland. Vorläufiges Ergebnis nach der Volkszählung vom 13.9.1950« (»Statistik der Bundesrepublik Deutschland« Bd. 32).

Arbeitsgang II: Kontrolle des Eingangs des Zählmaterials

Bis zum 1. November 1950 war das gesamte Zählmaterial von den Landräten und den Stadtkreisen, nachdem es dort überprüft worden war, an die Statistischen Landesämter abzugeben. Im Arbeitsgang II wurde an Hand des Gemeindeverzeichnisses der Eingang des Materials überwacht.

Arbeitsgang III: Kontrolle der Vollzähligkeit des Zählmaterials

Bevor an den Zählpapieren selbst gearbeitet werden konnte, war eine Kontrolle auf Vollzähligkeit aller Papiere vorgesehen. An Hand des Gemeindebogens wurde zunächst festgestellt, ob die Zählpapiere für alle Zählbezirke der Gemeinde vorhanden waren. Für jeden Zählbezirk erfolgte an

Hand des beiliegenden Zählbezirksberichtes die Nachprüfung, ob alle Gebäudelisten, Wohnungsbogen, Haushaltungslisten und Anstaltslisten beilagen. Auf ihre lückenlose, laufende Durchnummerierung war zu achten. Es zeigte sich hierbei, daß viele Zählpapiere nachgefordert werden mußten und daß die Ordnungsangaben entweder fehlten oder fehlerhaft waren. Die in der »Anweisung für die Gemeindebehörden« gegebenen Prüfungsvorschriften sind nicht immer genügend beachtet worden.

Jeder Zählbezirk erhielt anschließend einen Umschlag, der die wichtigsten Angaben über ihn enthielt:

Muster des Zählbezirksumschlages

Name der Gemeinde	
Nur beim 1. Zählbezirk jeder Gemeinde: Schlüsselnummer der Gemeinde:	
Nur beim 1. Zählbezirk jedes Stadtbezirks (bei größeren Gemeinden): Bezeichnung des Stadtbezirks:	
Schlüsselnummer des Stadtbezirks:	
Zählbezirksnummer	
Zahl der Gebäudelisten	des Zählbezirks
» » Wohnungsbogen	» »
» » Haushaltungslisten	» »
» » Anstaltslisten	» »
» » Schiffslisten	» »
» » Arbeitsstättenbogen ⁸¹⁾	» »

⁸¹⁾ Nur in den Statistischen Landesämtern, welche die Arbeitsstättenbogen selbst von den übrigen Zählpapieren trennten.

Innerhalb eines Zählbezirks lagen die Gebäudelisten in ihrer numerischen Reihenfolge. Die zu einer Gebäudeliste gehörenden Wohnungsbogen, Haushaltungslisten und Anstaltslisten (gegebenenfalls auch Arbeitsstättenbogen) lagen in der durch die Gebäudeliste gegebenen Ordnung. Sie wurde für die folgenden Arbeitsgänge bis zur Trennung der Zählpapiere im Arbeitsgang V beibehalten.

Mit dem Abschluß des Arbeitsganges III wurde jede 100. Haushaltungsliste festgestellt und dem Stapel der übrigen Haushaltungslisten vorübergehend entnommen. Sie wurden für die repräsentative Vorauswertung aufbereitet⁸⁰⁾.

Arbeitsgang IV: Prüfung und Feststellung der Wohnbevölkerung⁸¹⁾

Feststellung der Haushaltungsvorstände Bearbeitung der Angaben über Bodenbewirtschaftung

Die Zahl der zur Wohnbevölkerung zu rechnenden Personen ergab sich aus den Eintragungen in den Abschnitten A »Ständig anwesende Personen« und B »Vorübergehend abwesende Mitglieder der Haushaltung«. Zur Kontrolle waren gleichzeitig die Eintragungen in Abschnitt C »Längere Zeit oder ständig abwesende Mitglieder der Haushaltung« und D »Vorübergehend Anwesende« sowie die ergänzenden Angaben in Spalte 23 zu den Abschnitten B und C heranzuziehen. Die Prüfung nach den in der Aufbereitungsanweisung gegebenen Vorschriften zeigte, daß der Unterschied zwischen nur vorübergehend Abwesenden und längere Zeit Abwesenden oft nicht richtig verstanden worden war. Zuweilen waren nur vorübergehend Anwesende statt nur im Abschnitt D fälschlich auch noch im Abschnitt A angegeben. Gleichzeitig wurde geprüft, ob die Spalte 5 »Geschlecht« richtig ausgefüllt war. Nachdem in jeder Haushaltungsliste die endgültige Zahl der zur Wohnbevölkerung gehörenden männlichen und weiblichen Personen festgestellt, wurde sie mit der vom Zähler im Zählbezirksbericht eingetragenen verglichen und dieser gegebenenfalls berichtigt.

Nach der Prüfung der Wohnbevölkerung wurde für jede Haushaltung der Haushaltungsvorstand durch Unterstreichen kenntlich gemacht. War in einer Haushaltung ein Einzeluntermieter eingetragen, so wurden seine Angaben durch

⁷⁹⁾ Das »Systematische Verzeichnis der Anstalten« ist gekürzt in der Anlage auf S. 269 wiedergegeben.

⁸⁰⁾ Siehe S. 55. — ⁸¹⁾ Die eingehende Arbeitsanweisung ist in »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, Bd. 34 »Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung vom 13.9.1950« als Anlage 2 wiedergegeben.

einen Strich von der Haushaltung des Vermieters getrennt, weil er als eigene Haushaltung galt. Demgemäß wurde auch er als Haushaltungsvorstand kenntlich gemacht.

Die Feststellung der Wohnbevölkerung in den Anstalts- und Schiffslisten erfolgte nach den gleichen Grundsätzen. Hier galten noch eine Reihe von Sondervorschriften, die im einzelnen nicht wiedergegeben werden können. Sie erforderten die Bearbeitung durch besonders geschulte Kräfte. Zur späteren manuellen Auszählung der Anstalts- und Schiffshaushaltungen nach ihrer Art und Besetzung war eine besondere Zählkarte nach folgendem Muster auszufüllen:

Muster der Zählkarte

Zählkarte für die Anstalts- und Schiffshaushaltungen

Land
Kreis
Gemeinde
Zählbez.-Nr.
Haushalt.-L.-Nr.

Name und Bezeichnung der Anstalt



Ständig anwesende Personen:

Personal
ständige Insassen
Zusammen

Insgesamt	männlich	weiblich

Vorübergehend anwesende Personen:

Insassen
(Gäste, Kranke, Unter-
suchungsgelangene usw.)

Nach Beendigung der Arbeiten wurden die Zählbezirksberichte von anderen Bearbeitern übernommen, welche die Endzahlen mit denen in den Gemeindebogen verglichen und notwendige Berichtigungen auf die letzteren übernahmen. Die Zählbezirksberichte wurden sodann abgelegt.

Die Eintragungen im Abschnitt G »Fragen der Bodenbewirtschaftung« der Haushaltungsliste waren zur Vervollständigung der Berufszählungsangaben heranzuziehen. Wenn im Abschnitt G bewirtschaftete Flächen von 0,5 ha und mehr angegeben waren, mußten auf der Innenseite der Haushaltungsliste ihre Bewirtschafter als selbständige Landwirte, Gärtner u. dgl. im Haupt- oder Nebenberuf erscheinen. Fehlendes war nachzutragen. In landwirtschaftlichen Haushaltungen, deren bewirtschaftete Fläche 5 ha und mehr betrug, mußten alle Personen im Alter von 14 bis unter 60 Jahren als hauptberuflich Mithelfende eingetragen sein, wenn sie nicht ausdrücklich einen anderen Hauptberuf angegeben hatten oder noch Schüler waren. Fehlten diese Angaben, waren sie zu ergänzen. Bei Flächen von 0,5 ha bis unter 5 ha beschränkte sich das Nachtragen auf nur eine Person, wenn nicht bereits mehrere vom Ausfüllenden als Mithelfende bezeichnet waren. Diese Ergänzungen wurden in den Statistischen Landesämtern ohne Rückfragen in den Gemeinden vorgenommen, weil ihre große Zahl dies nicht zuließ. Sie mußten sich aber sinngemäß den übrigen Eintragungen in den Haushaltungslisten anpassen.

Arbeitsgang V: Vergleich der Zählpapiere

Innerhalb der Zählbezirke lagen die Zählpapiere noch in der beim Arbeitsgang III beschriebenen Reihenfolge. Zunächst waren die Angaben über den Gebäudeeigentümer in der Gebäudeliste zu prüfen. Bei natürlichen Personen sollte eine der vorgesehenen Angaben über ihre Stellung im Beruf »selbständig berufstätig«, »Beamter«, »Angestellter« usw. unterstrichen sein. Fehlende Eintragungen waren an Hand der beiliegenden Haushaltungsliste des Hauseigentümers nachzuholen.

Die Angaben der Gebäudeliste, Innenseite Spalten 4 und 10, der Wohnungsbogen, Spalten 2 und 3, und der Haushaltungslisten⁶²⁾ mußten übereinstimmen. Jeder Wohnungsbogen war zunächst darauf durchzusehen, ob er für die gesamte Wohnung ausgefüllt war. Für jede Wohnung durfte nur ein einziger Wohnungsbogen vorliegen. Waren mehrere von einzelnen Wohnparteien der Wohnung ausgefüllte Wohnungsbogen vorhanden, so wurden ihre Angaben auf einen übertragen und die weiteren ungültig gemacht. Als Kontrolle diente dazu die in Spalte 6 der Gebäudeliste (Innenseite) vermerkte Anzahl der Wohnräume.

Anschließend wurden die Angaben über die Wohnparteien im Wohnungsbogen mit denen über die Haushaltungen in der Haushaltungsliste verglichen. Von beiden Zählungsteilen wurden zwar die gleichen Zählobjekte erfaßt, jedoch in verschieden großem Umfange und in unterschiedlichen Zusammenhängen. Aus diesem Grunde war eine völlige Übereinstimmung der beiden Begriffe nicht möglich. Die gleichzeitige Durchführung der Volks- und der Wohnungszählung führte aber aus erhebungstechnischen und methodischen Erwägungen dazu, die Begriffe »Haushaltung« und »Wohnpartei« nach Möglichkeit einander anzugleichen. Zur Kontrolle der Wohnparteien war festzustellen, ob die in den Haushaltungslisten als Haushaltungsvorstand bezeichneten Personen namentlich als solche im Wohnungsbogen erschienen. Das gleiche galt für die als Wohnparteien anzusehenden Einzeluntermieter.

Sodann folgte die Überprüfung der in Spalte 4 des Wohnungsbogens angegebenen Zahl der zur Wohnpartei gehörenden Personen auf Grund der in den Abschnitten A, B und C der Haushaltungsliste nachgewiesenen Personen. Dabei blieben die im Abschnitt C aufgeführten Kriegsgefangenen unberücksichtigt, für die in Spalte 23 der Haushaltungsliste weder eine Lagernummer noch eine sonstige Anschrift angegeben war, weil bei ihnen nicht feststand, ob sie noch lebten. Nicht mitgezählt wurden ferner die dauernd in Versorgungs-, Irren-, Erziehungs- oder Verwahranstalten untergebrachten Personen, wenn sie vom Ausfüllenden in Spalte 4 des Wohnungsbogens nicht mit zur Wohnpartei gerechnet waren. Aus der unterschiedlichen Abgrenzung des in den beiden Zählungsteilen einbezogenen Personenkreises ergab sich, daß die Zahl der Wohnbevölkerung nicht mit der für die Wohnparteien festgestellten Bevölkerungszahl übereinstimmen konnte. Der gesamte Prüfungsvorgang diente vornehmlich dem Zwecke gegenseitiger Kontrolle zwischen beiden Zählungsteilen. So durfte z. B. die Zahl der auf dem Wohnungsbogen angegebenen Bewohner einer Wohnung nicht kleiner sein als die Zahl der Personen in der entsprechenden Haushaltungsliste.

In Spalte 13 der Haushaltungsliste war für jede Person die Frage nach dem Besitz eines Flüchtlingsausweises gestellt. Hiernach wurden in Spalte 2 des Wohnungsbogens diejenigen Wohnparteien als »heimatvertrieben« gekennzeichnet, deren Haushaltungsvorstand die Frage für sich bejaht hatte.

Die Anstaltslisten wurden getrennt bearbeitet. Die Angaben im Abschnitt B II über die »wohnungswesenlosen Eingewiesenen« wurden mit den von ihnen ausgefüllten Haushaltungslisten verglichen und die Zahl der zur Wohnpartei gehörigen Personen ermittelt. Die Eigenschaft als Heimatvertriebener wurde in gleicher Weise wie in den Haushaltungslisten gekennzeichnet.

In einem ergänzenden Arbeitsgang Va erfolgte das Ausschreiben des »Zählblattes zur Anstaltsliste für die Wohnungszählung«.

Alle auf der Innenseite der Anstaltsliste unter B I aufgeführten Einzelpersonen, die ständig in Unterkunftsräumen — nicht in Wohnungen — als Personal oder Dauerinsassen untergebracht waren, bildeten die »Anstalts Haushaltung« und galten damit als eine Wohnpartei.

⁶²⁾ Hier wurde auf der Vorderseite gefragt: »Wohnen Sie in einer Wohnung als a) Hauseigentümer (auch Pächter) im eigenen Haus? b) Mieter oder Untermieter?«

Die unter B II auf der Rückseite der Anstaltsliste aufgeführten, in sonstigen Unterkunftsräumen wohnenden Familien bzw. Einzelpersonen wurden als »wohnungslos Eingewiesene« bezeichnet. Jede von ihnen galt als eine besondere Wohnpartei.

Je ein Zählblatt war auszufüllen für

- die Anstaltshaushaltung,
- jede wohnungslos eingewiesene Familie,
- jede wohnungslos eingewiesene Einzelperson.

Die Anweisung schrieb sodann vor, wie die einzelnen Felder des Zählblattes unter Berücksichtigung der Angaben auf der Vorderseite der Anstaltsliste anzuzeichnen oder auszufüllen waren. Heranzuziehen waren ferner die betreffenden Eintragungen in der der Anstalt zugehörigen Gebäudeliste. Dies galt besonders für die Feststellung von »Normal-« oder »Notunterkünften«. Als letztere waren in jedem Fall Flüchtlingslager und sonstige Massenunterkünfte anzusehen.

Anschließend wurden die Papiere zählbezirksweise getrennt. Die Haushaltungslisten verblieben in den Umschlägen, die Zählpapiere der Wohnungszählung (Gebäudelisten und Wohnungsbogen) erhielten je Zählbezirk einen neuen Umschlag mit allen bisher benutzten Ordnungsangaben. Die weitere Aufbereitung für beide Zählungsteile erfolgte getrennt. Gleichzeitig wurden in den Statistischen Landesämtern, welche die Trennung der Arbeitsstättenbogen von dem übrigen Zählmaterial selbst vornahmen, die Arbeitsstättenbogen an die zuständige Fachabteilung, sofern nicht bereits geschehen, abgegeben.

Arbeitsgang VI: Das Signieren der Haushaltungslisten⁶³⁾

Die maschinelle Aufbereitung nach dem Lochkartenverfahren setzt voraus, daß alle textlichen Angaben auf den Erhebungspapieren in Kennziffern (Signaturen) übersetzt, d. h. signiert werden, damit sie in die Lochkarte übernommen werden können. Die Signieranweisung zur Volks- und Berufszählung schrieb für jedes Merkmal vor, wie es zu signieren war und welche Zusammenhänge mit anderen Merkmalen dabei beachtet werden mußten. Die Signieranweisung ergänzte ein Stichwortverzeichnis, in dem die Behandlung einer Reihe von Sonder- und Grenzfällen erläutert wurde. Im Laufe des Signierens ergaben sich aus der Praxis Ergänzungen, die nach Vervielfältigung den Signierern bekanntgemacht wurden. Die einzusetzenden Signaturen waren in der Anweisung bei den einzelnen Merkmalen angegeben. Nur zur Signierung des Wohnortes am 1. September 1939, der Religionszugehörigkeit, des Berufes und der Betriebszugehörigkeit waren besondere Systematiken vorgesehen.

Zur Aufnahme der einzelnen Signaturen für jede Person diente das Signierblatt, dessen Spaltenfolge derjenigen in der Haushaltungsliste entsprach. Es enthielt 15 Zeilen, von denen jede die Merkmale für eine Person aufnahm. Als besonders brauchbares Format bewährte sich die Größe DIN A 4. Nachteilig erwies sich die Benutzung eines kleineren Formats, weil auf diesem die Signaturen stark zusammengedrängt wurden und an Deutlichkeit und Übersichtlichkeit einbüßten. Die Sicherheit beim Lochen wurde dadurch beeinträchtigt.

Signierblatt Vz u. Bz 1950¹⁾

Haushaltungsliste Nr.	Persönliche Angaben										Beruf			Ver-sicherung		Haush.-Statistik	Pendelwanderer Zielgemeinde				F. Körper-behinderte													
	Geschlecht	Geburtsjahr	geb. vor/nach 13. 9.	Familienstand	Eheschließungsjahr	Kinder a. jetziger Ehe	Religion	Muttersprache	Wohnort am 1. 9. 1939	Flüchtlingsausweis	Bevölkerungs-Gruppe	Wirtschaftszweig	Stellung im Beruf	Beruf	Nebenberuf		Krankenversicherung	x wenn freiwillig	Altersversorgung	Personenzahl	Haushaltungstyp	Kinder unter 15 Jahren	Verdiener	Ehefrau erwerbstätig?	Mith. Fam.-Angeh.	Land	Regierungs-Bezirk	Kreis	Gemeinde	Art der Behinderung	Entstehungsjahr	Ursache	Minderung anerkannt	Grad
03	1	97	1	2	21	0	1	0	1	03	0	1	297	55	2 641	0	1	1		03	1	0	2	0	0									
	2	00	2	2	21	1	1	0	1	.	0	4	.	.	.	0	0	0																
	2	23	1	1	00	0	1	0	1	.	0	1	653	41	5 121	0	1	3																

¹⁾ Zur Veranschaulichung sind die Angaben einer kleinen Haushaltung in Signaturen wiedergegeben.

Das Signierblatt hat sich insbesondere auch für das Lochen bewährt. Für Sonderauszählungen war es vorteilhaft, weil es das Zurückgreifen auf die Haushaltungslisten überflüssig machte.

Das Signieren ist stets der wichtigste und schwierigste Teil der Aufbereitungsarbeiten. Von seiner Güte hängt weitgehend die Zuverlässigkeit der Ergebnisse ab. Es war deshalb geboten, nach Möglichkeit nur die besten Kräfte zum Signieren heranzuziehen.

Ein Teil der Hilfskräfte hatte vor dem Signieren schon an anderen Arbeiten mitgewirkt, war also mit Anlage und Inhalt der Haushaltungsliste vertraut. Die Schulung begann zunächst mit einer nur kleinen Gruppe ausgesuchter Bearbeiter. War die erste Gruppe unter ständiger Kontrolle so weit fortgeschritten, daß die Signierer befähigt waren, ihre Kenntnisse weiterzugeben, wurde die nächste größere Arbeitsgruppe ausgebildet, der in kürzeren Zeiträumen weitere folgten. Stets wurden aus den ausgebildeten Signierern die tüchtigsten herausgesucht, die dann zur speziellen praktischen Einarbeitung von 10 bis 15 neuen Kräften eingesetzt wurden. Dadurch kamen Schulung und Arbeitseinsatz beim Signieren verhältnismäßig schnell auf eine breite Basis. Die Schulung der Heimarbeiter wurde in mehrwöchiger Unterweisung und praktischer Einarbeitung im

Statistischen Landesamt in der gleichen Weise durchgeführt.

Es bestätigte sich die Erfahrung, daß die sich nur langsam Einarbeitenden in der Folge oft besonders zuverlässige Mitarbeiter waren. Andere mußten aus der Signierung wieder herausgenommen und zu leichteren Arbeiten umgesetzt werden, weil sie nicht imstande waren, die Vorschriften der Signieranweisung zu begreifen oder im Gedächtnis zu behalten. Als durchschnittliche Anlaufzeit ist ein Zeitraum von 4 bis 5 Wochen anzusehen, bis zu dem die Normalleistung von 40 bis 50 Zeilen je Stunde bei annehmbarer Qualität erreicht war. Die Arbeitsleistung der Signierer wurde täglich festgestellt, was sowohl der Kontrolle als auch dem Anspornen säumiger Bearbeiter diente. Unter Voraussetzung der Normalsignierleistung hatte ein Bearbeiter an jedem Arbeitstag über 6000 Signaturen wechselnd von ein- bis vierstelligen Kennziffern festzustellen, die mit mehr als 9000 einzelnen Ziffern niederzuschreiben waren. Für die fast 48 Millionen Einwohner des Bundesgebietes ergaben sich ganz grob gerechnet 925 Millionen Einzelsignaturen mit 1430 Millionen Ziffern.

⁶³⁾ Die Anweisung für das Signieren der Haushaltungslisten ist gekürzt in »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, Bd. 34 »Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung von 13. 9. 1950« als Anlage 4 abgedruckt.

Wie die Erfahrungen immer wieder zeigen, lassen sich bei derart umfangreichen Arbeiten Fehler nicht vermeiden. Flüchtigkeitsfehler sind stets schwer zu bekämpfen. Dazu kommen Schreibfehler beim Niederschreiben mehrstelliger Signaturen durch Vertauschen der Stellen. Eine ausgedehnte Prüfung war deshalb notwendig. Zu Beginn der Signierarbeit wurde sie hundertprozentig durchgeführt, um die Sicherheit der angelernten Kräfte festzustellen. Jeder Bearbeiter wurde auf seine Fehler aufmerksam gemacht, besonders dann, wenn durchgehende falsche Signaturen auf Mißverstehen von Signiervorschriften schließen ließen. Die Prüfung wurde nach und nach auf ein Drittel eingeschränkt. Dies war auch angängig, weil die Arbeit der Signierer im Laufe der Zeit erheblich an Qualität gewann. Damit wurde die Aufbereitung beschleunigt und verbilligt. Die Arbeit bewährter Kräfte wurde nur noch stichprobenweise, die der weniger befähigten jedoch eingehender geprüft. Zum Auffinden noch verbliebener Fehler wurden in die maschinelle Aufbereitung besondere Kontrollen eingebaut.

Umstritten ist die Gewährung von Leistungsprämien. Sie sind in einem Lande für das Signieren gezahlt worden. Die erreichte Leistungssteigerung war zahlenmäßig erheblich und bestätigte frühere Erfahrungen, daß sich bei vernünftiger Anwendung Vorteile ergeben. Die Signierer werden nicht nur zu quantitativ höheren Leistungen angespornt, sie vertiefen sich auch intensiver in ihre Arbeit. Dadurch lassen sie sich weniger leicht von ihr ablenken, und auch die Güte ihrer Leistung steigt an. Ein beachtlicher Einwand gegen das Prämiensystem ist, daß es nicht gewissenhafte Signierer zum flüchtigen Arbeiten verleitet. Eine entsprechend ausgerichtete Prüfung kann dies verhüten. In Kauf zu nehmen ist allerdings ein erhöhter Arbeitsaufwand für das Abrechnen der Prämien. Im übrigen ist eine gewisse Qualifikation der Bearbeiter Voraussetzung, bevor an die Einführung des Prämiensystems überhaupt gedacht werden kann.

Wie bei früheren Zählungen wurde auch diesmal die Frage erörtert, ob die Signierung aller Angaben in der Haushaltsliste in einem Zuge und durch einen Bearbeiter oder in mehreren Abschnitten und durch jeweils verschiedene Signierer im »Fließbandsystem« durchgeführt werden sollte. Die durchlaufende Signierung empfiehlt sich, weil die Eintragungen für eine Person in engstem Zusammenhange miteinander stehen und somit ein Ganzes bilden. Dieses Verfahren verlangt allerdings vom Signierer die Beherrschung aller Signiervorschriften, stellt also Anforderungen, denen nicht alle Arbeitskräfte in gleichem Maße gewachsen sind. Der große Vorteil der Aufteilung des Signierens in mehrere Abschnitte liegt demgegenüber darin, daß die Signierer nur jeweils den Teil der Signiervorschriften zu beherrschen brauchen, der für die einzelnen Abschnitte gilt. Bei der Zählung haben sich die Statistischen Landesämter nach Abwägen der Vor- und Nachteile für den einen oder anderen Weg entschieden. Soweit sich beurteilen läßt, haben sich unter den einmal gegebenen Voraussetzungen beide Verfahren bewährt. Bei künftigen Zählungen dürfte für das Für und Wider — außer Zahl und Art der zu signierenden Merkmale — auch die Eignung des Personals entscheidend sein.

Bei der Planung der Signierarbeit mußte darauf geachtet werden, daß die Signierblätter in gleichbleibendem Fluß und in genügender Zahl für das Loch angeliefert wurden und stets ein »Polster« an Material vorhanden war, damit sich unvorhergesehene Stockungen beim Signieren nicht auch auf das Loch auswirkten. Die Leistungsmöglichkeiten beim Signieren und beim Lochen waren rechtzeitig aufeinander abzustimmen. Anfänglich zeigten sich gelegentliche Unzulänglichkeiten, wenn die Signierleistungen zunächst überschätzt und die Lochleistungen unterschätzt wurden, bis der weitere Lauf der Arbeiten den Ausgleich brachte. Es war vorteilhaft, die Signierung der Kreise mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung an den Anfang zu legen. Die Signaturen blieben weitgehend gleichartig und erleichterten dadurch das Einarbeiten der Signierer be-

trächtlich. Die Kreise mit starker Industriebevölkerung und die Stadtkreise mit stets wechselnden Berufsangaben kamen dadurch erst dann zur Bearbeitung, wenn die Signierer bereits über eine gewisse Praxis verfügten.

Die Signierung der Volkszählungsmerkmale von »Geschlecht« bis »Flüchtlingsausweis« war im allgemeinen verhältnismäßig einfach, weil die wenigen Sonderfälle bereits in der Signieranweisung klärend behandelt waren. Immerhin mußten die Angaben über »Geschlecht« und »Geburtsjahr« nachgeprüft werden, weil sich hier viele Ausfüllungsfehler fanden.

Die Signierung der Berufszählungsangaben war demgegenüber erheblich komplizierter. Die Merkmale »Bevölkerungsgruppe«, »Wirtschaftszweig«, »Stellung im Beruf (Soziale Stellung)« und »Beruf« stehen in engen Wechselbeziehungen zueinander und bilden ein zusammenhängendes Ganzes. Bevor nun der Signierer an die Feststellung der einzelnen Signaturen ging, hatte er zu prüfen, ob die Einzelangaben sich nicht widersprachen. Ergänzend waren hierzu noch die Angaben über die »Stellung zum Haushaltungsvorstand«, über »Geschlecht« und »Geburtsjahr« heranzuziehen. Beim Einsetzen der Signaturen unterliefen aber den Signierern selbst häufig Fehler, die zu falschen Berufssignaturen führten. Nicht wenige von ihnen wären erst bei der Aufstellung der verschiedenen Berufszählungstabellen als Fehler zu erkennen und dann nur mit vielem Aufwand an Mühe und Zeit zu beseitigen gewesen. Aus diesem Grunde wurde bei der maschinellen Aufbereitung eine Zwischentabelle eingeschaltet, die eine gründliche Prüfung der Berufszählungsangaben in allen ihren Zusammenhängen und ihre Bereinigung zuließ⁴¹⁾.

Mit Rücksicht auf den entstehenden Zeitaufwand konnten nur in besonders wichtigen Fällen Rückfragen bei den Gemeinden gehalten werden. Die Signierung der Angaben über den »Nebenberuf« bot keine Schwierigkeiten.

Die Signierung der Angaben über die »Krankenversicherung« und die »Altersversorgung« ging reibungslos vonstatten, wenn auch verhältnismäßig oft Unklarheiten durch nachlässige Eintragungen auftraten.

Schwieriger war das Signieren der »Haushaltung«. Die Auszeichnungen der Einzelangaben mußten wegen des inneren Zusammenhanges der letzteren sorgfältig aufeinander abgestimmt werden. Widersprüche waren unter Heranziehen der übrigen Angaben in der Haushaltsliste zu bereinigen. Die Vorschriften der Anweisung gingen vielen Signierern wegen der Schwierigkeit der Materie nur langsam ein. Hier entstanden mehr Fehler als erwartet, so daß bei der maschinellen Aufbereitung eine Grundtabelle mit Kombinationen sämtlicher einbezogener Merkmale zur Überprüfung auf ihre Übereinstimmung wünschenswert gewesen wäre. Bei der zu erwartenden Erweiterung der Haushaltsstatistik in der nächsten Volks- und Berufszählung wäre die Einschaltung einer Grundtabelle zu überlegen.

Die Signierung der »Pendelwanderer«, für welche die regionalen Angaben ihrer Arbeitsorte zu kennzeichnen waren, um sie mit ihren Wohnorten in Beziehung setzen zu können, erfuhr Beeinträchtigungen durch ungenaue oder falsche Angaben über den Ort der Arbeitsstätte. Bei großen Unternehmen mit mehreren Niederlassungen in verschiedenen Orten wurde nicht selten der entfernte Sitz des Unternehmens als Arbeitsort angegeben an Stelle des tatsächlichen Betriebsortes der Zweigniederlassung.

Die Signierung der Angaben über die »Körperbehinderungen« litt teilweise unter der Unvollständigkeit bzw. den Widersprüchen der Angaben.

Die fertig signierten und geprüften Signierblätter erhielten einen Umschlag mit den Ordnungsangaben des Zählbezirksumschlags. Das Material wurde sodann kreisweise geordnet zum Ablochen an die maschinelle Abteilung abgegeben.

⁴¹⁾ Siehe die Ausführungen zur Bz-Grundtabelle auf S. 66.

5. Repräsentative Vorauswertung der Volks- und Berufszählung

Naturgemäß mußte längere Zeit vergehen, ehe die ersten Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vorliegen konnten. Es bestand aber das Bedürfnis, bestimmte Zahlen kurzfristig zu erhalten. Bei der Vorbereitung der Zählung wurde daher der Weg der Stichprobenweisen Auszählung ins Auge gefaßt, wie sie bereits bei der Volkszählung 1946 in der amerikanischen Besatzungszone mit Erfolg angewendet wurde. Sie bot die Möglichkeit, in erheblich kürzerer Zeit und mit geringen Mitteln aus einem Teil des gesamten Zählmaterials ausreichend zuverlässige Vorergebnisse zu ermitteln. Im vorliegenden Falle wurde die Auszählung des Inhalts der jeweils 100. Haushaltsliste nach einem vom Statistischen Bundesamt entworfenen Plan vorgenommen.

Die Auswahl der auszuwertenden Haushaltslisten erfolgte nach dem reinen Zufallsprinzip. Aus allen Regierungsbezirken eines jeden Landes wurden demgemäß fortlaufend — beginnend mit der ersten Haushaltsliste im ersten Zählbezirk der ersten Gemeinde — die jeweils 100. Listen vorübergehend entnommen. Die Anstalten wurden dadurch einbezogen, daß jeweils der 100. Anstaltsinsasse in die Auszählung kam.

Die repräsentative Vorauswertung hat sich auf folgende Merkmale der Volks- und Berufszählung erstreckt, für die Länder- und Bundesergebnisse erstellt wurden:

Geschlecht,
Geburtsjahr,
Familienstand,
Religion (nur evangelisch, katholisch, übrige),

Wohnort 1939 (nur Bundesgebiet, sowjetische Besatzungszone, übrige),
Bevölkerungsgruppe,
Wirtschaftsabteilung,
Stellung im Beruf,
Haushaltung (nur Zahl und Größe, ohne Anstalts-haushaltungen).

Für die Aufbereitung, die für diese Merkmale nach den gleichen vom Statistischen Bundesamt übermittelten Richtlinien wie die Vollauszählung durchzuführen war, mußten vorzeitig Sonderarbeitsgruppen entsprechend den verschiedenen Arbeitsgängen, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, ausgebildet werden. Zu dieser Zeit hatten die Statistischen Landesämter noch mit den üblichen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen, und so zeigten sich hier und da infolge Fehlens von Erfahrungen Mängel, die aber bald erkannt und überwunden werden konnten. Besonders die Signierarbeiten erforderten eine eingehende Prüfung, weil sich jeder Fehler in der Folge hundertfach auswirken mußte. Nach beendeter Signierung wurden die herausgenommenen Haushaltslisten wieder in der ursprünglichen Folge in das Gesamtzählmaterial eingeordnet. Die maschinelle Aufbereitung des Materials der repräsentativen Vorauswertung erfolgte nach dem Aufbereitungsplan der Vollauszählung.

Die Ergebnisse lagen bereits in den ersten Monaten des Jahres 1951 vor. Der Vergleich mit den später angefallenen Zahlen der Vollauszählung bestätigte, daß die Abweichungen innerhalb der errechneten Fehlergrenzen blieben; das Verfahren hat sich demnach bewährt.

Für die Wohnungszählung und die Arbeitsstättenzählung war eine repräsentative Vorauswertung nicht vorgesehen.

C. Wohnungszählung⁸⁵⁾

Für die Erhebung waren zwei Zählpapiere, die Gebäudeliste und der Wohnungsbogen⁸⁶⁾, vorgesehen. Bei Anstalten und Schiffen waren die entsprechenden Angaben der Anstaltsliste und der Schiffsliste heranzuziehen.

Die von dem Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer ausgefüllte Gebäudeliste gab auf ihrer Vorderseite über die Art des Gebäudes, dessen Verwendungszweck usw. Auskunft. Auf ihrer Innenseite wies sie für jedes Gebäude etagenweise die Zahl der vorhandenen Wohnungen, Werkstätten usw. mit den Namen der Mieter nach. Weitere Angaben erstreckten sich auf die Zahl der zu jeder Wohnung gehörenden Räume und ihre Ausstattung mit Bade- und Heizanlagen sowie auf ihre Mietverhältnisse. Leerstehende Wohnungen waren ebenfalls anzugeben.

Der Wohnungsbogen wurde vom Hauptmieter für die gesamte Wohnung ausgefüllt. Wohnen in einer Wohnung mehrere Wohnparteien, also Hauptmieter mit Untermieterfamilien oder Einzeluntermieter, so war für jede Partei eine besondere Zeile des Bogens mit dem Nachweis der von ihr bewohnten Räume auszufüllen. Der Hauptmieter sollte stets als erste Wohnpartei aufgeführt werden.

1. Auszählungsmerkmale

Aus den Angaben auf der Vorderseite der Gebäudeliste ergaben sich folgende Merkmale: Der überwiegende Verwendungszweck des Gebäudes als Wohngebäude oder als Nichtwohngebäude war aus Spalte 3 zu ersehen. Die Eintragungen in Spalte 4 gaben Auskunft über die Art des Gebäudes. Zusammen mit denen in Spalte 3 dienten sie der weiteren Feststellung der Merkmale Normalwohngebäude oder Notwohngebäude. Die Spalte 5 gab die Geschoszahl des Gebäudes ohne Keller- und Dachgeschoß und Spalte 6 das Baujahr an. Aus Spalte 7 und 8 waren etwaige Kriegsschäden des Gebäudes und der Grad der Wiederherstellung zu ersehen. Angaben über den Ge-

bäude- bzw. Grundstückseigentümer enthielten die Antworten zu der Frage 1a im oberen Teil der Gebäudeliste. Aus der Innenseite der Gebäudeliste waren folgende Einzelmerkmale über Ausstattung und Mietverhältnisse der Wohnungen zu entnehmen: Spalte 7 Badezimmer, Spalte 8 Heizungsanlagen, Spalte 9 Versorgungsanschlüsse. Die Eintragungen in den Spalten 11 und 12 dienten zur Feststellung der Bruttomiete und der Mietpreisgruppe, die der Spalte 11 gleichzeitig zur Feststellung des Mietverhältnisses, z.B. Mietwohnung, Eigentümerwohnung. Die Art der Miete als »Altbaumiete«, »Neubaumiete« usw. war den Angaben über die Mietpreisfestsetzung in Spalte 13 zu entnehmen. Die Spalte 14 gab Auskunft über eine eventuelle Mietermäßigung wegen Kriegsschäden.

Auf der Vorderseite des Wohnungsbogens war die Stockwerkslage der Wohnungen erfragt; hiernach konnten Keller- und Dachgeschoßwohnungen festgestellt werden. Die Rückseite des Wohnungsbogens enthielt in Spalte 2 die Namen der Wohnparteien, bei welchen bereits im Arbeitsgang V der Volks- und Berufszählung die Kennziffer über die Heimatvertriebenen-eigenschaft eingesetzt war. Die Zahlen der Personen der Wohnparteien waren der Spalte 4 zu entnehmen. Die Angaben über die Art und Größe der Küchen folgten in den Spalten 5 bis 8 und über Zahl und Größe der Zimmer in den Spalten 9 bis 11, notdürftig benutzbare Räume erschienen in Spalte 12. Ob in einem dieser Zimmer auch gekocht wurde, stellte die Frage in Spalte 13 fest. Diese Spalte wurde dazu benutzt, die Signaturen über die verschiedenartige Küchenbenutzung durch die Wohnparteien aufzunehmen. In den Spalten 14 und 15 waren Eintragungen über gewerblich benutzte Zimmer und in den Spalten 16 und 17 über vorübergehend leerstehende Zimmer erfolgt. Die Zahl der gewichteten Räume, Zahl der Personen in der Wohnung und die Einpersonenteile in Wohnungen mit einer Wohnpartei ergaben sich aus den Zusammenhängen innerhalb des Wohnungsbogens. Die Feststellung, ob Normalwohnung oder Notwohnung richtete sich nach der Beschaffenheit der Wohnung und den Angaben der Gebäudeliste, Spalten 3 und 4, über Verwendungszweck und Art des Gebäudes.

⁸⁵⁾ Eingehende Erläuterungen zur Wohnungszählung können »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, Bd. 38, H. 1 »Einführung in die Methoden und die Organisation der Zählung« entnommen werden. — ⁸⁶⁾ Siehe Anhang S. 93 ff. und S. 113/114.

2. Arbeitsgänge

Wie bei den beiden anderen Zählungsteilen ging auch bei der Wohnungszählung eine gründliche, etwa dreitägige Schulung der Bearbeiter voran. Sie wurden dabei angehalten, jeden Einzelfall erst nach Heranziehen aller in Betracht kommenden Merkmale zu signieren. Keinesfalls durften sie sich mit rein schematischem Arbeiten begnügen. Die Schulung erfolgte in ähnlicher Weise wie bei der Volks- und Berufszählung erst in kleinen, dann in größeren Bearbeitergruppen. Die Anlaufzeit bis zum Erreichen normaler Arbeitsleistungen belief sich auf etwa zwei Wochen. Wegen der beschleunigten Durchführung der Aufbereitung der Wohnungszählung mußte das Personal vorübergehend erheblich durch das der anderen Zählungsteile verstärkt werden. Die im Oktober 1950 angelaufenen Arbeiten schlossen mit dem Signieren im allgemeinen im Laufe des Monats Mai 1951.

Die Aufbereitung der Wohnungszählung erfuhr anfangs mancherlei Verzögerungen, weil — z. T. wegen der Schwierigkeit der Erfassung — vielfach die Zählpapiere nicht vollzählig von den Gemeinden eingesandt worden waren. Viele mußten erst nachträglich angefordert werden. Unzutreffende oder fehlende Eintragungen in den Gebäudelisten und Wohnungsbogen, die nicht aus dem Zusammenhang mit anderen ergänzt oder richtiggestellt werden konnten, verursachten Rückfragen bei den Gemeinden und damit Störungen im Arbeitsablauf, besonders dann, wenn die Rückfragen nicht umgehend beantwortet wurden.

Die ersten Aufbereitungsarbeiten der Wohnungszählung liefen bis zur Trennung der Zählpapiere gemeinsam mit denen der Volks- und Berufszählung ab. Sie sind dort bei den Arbeitsgängen I bis V beschrieben. Für die Aufbereitung der Zählpapiere der Wohnungszählung wurde vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern ein ausführlicher Arbeitsplan mit den notwendigen Einzelbestimmungen aufgestellt. Zur Klärung von in der Aufbereitungsanweisung noch nicht berücksichtigten Sonderfällen wurden im Laufe der Aufbereitung weitere Erläuterungen in Form von »Kommentaren« herausgegeben.

Auf Grund des sich durch die Verknüpfung bestimmter Fragen ergebenden Zusammenhanges von Gebäudeliste und Wohnungsbogen erfolgte die Bearbeitung so, daß die Angaben in der Gebäudeliste nach ihrer Signierung auch für die Signierung der Wohnungsbogen herangezogen wurden, während die Auszählung und Tabellierung in zwei getrennten Abschnitten, und zwar für die Gebäudelisten mit Zählblättern nach dem manuellen Verfahren, für die Wohnungsbogen nach dem maschinellen Verfahren vorgenommen wurde.

Die Angaben der beiden Zählpapiere konnten zum Teil ohne Verschlüsselung auf die Zählblätter bzw. Lochkarten übernommen werden; andere mußten dagegen signiert werden. Die Signaturen wurden auf den Gebäudelisten neben die Angaben in den einzelnen Spalten gesetzt. Im Wohnungsbogen dienten dazu, bis auf wenige Ausnahmen, die einzelnen Felder der auf seiner Rückseite vorgesehenen Signierleiste, die sich für das Loch als vorteilhaft erwies. Eine Anzahl der Signaturen war einfacher Art, andere ergaben sich erst aus dem Zusammenhang mehrerer Angaben auf beiden Zählpapieren.

Die nachfolgende kurze Darstellung der einzelnen Arbeitsgänge gibt nur die grundlegenden Regeln der Bearbeitung wieder. Die einzelnen Arbeiten wurden zum größeren Teil in getrennten Arbeitsgruppen gleichzeitig durchgeführt.

Gemeinsames Prüfen der Gebäudelisten und Wohnungsbogen, Vorsignieren

Vor Beginn des Signierens war es erforderlich, Gebäudelisten und Wohnungsbogen auf ihre sachliche Richtigkeit zu prüfen. Gleichzeitig war die Übereinstimmung der sich in beiden Zählpapieren aufeinander beziehenden Angaben festzustellen. Dabei wurde die Gebäudeliste vorsigniert, und auch der Wohnungsbogen erhielt vorbereitend einige Signaturen.

Angaben über den Grundstücks- bzw. Gebäude-eigentümer. Herangezogen wurden die Angaben zur Frage 1a auf der Vorderseite der Gebäudeliste. Bei natürlichen Personen war nicht zu signieren, wenn eine der vorgesehenen sozialen Stellungen (Selbstständig berufstätig, Beamter usw.) unterstrichen war. Sonst waren folgende Fälle zu signieren:

Behörde oder Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen,
sonstiger privater Eigentümer.

Zur Signierung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und der Körperschaften des öffentlichen Rechts waren die dazu angelegten Verzeichnisse zu benutzen.

Anzahl der Gebäude. Hierzu wurden die Eintragungen in Spalte 1 bzw. 2 der Vorderseite der Gebäudeliste mit denen in Spalte 1 der Innenseite auf Übereinstimmung geprüft.

Feststellen der Wohngebäude. Zur Kontrolle der Angaben in Spalte 3 der Vorderseite der Gebäudeliste wurden die der Spalte 4 der Innenseite herangezogen. Nur Gebäude, die überwiegend oder mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienten, waren als Wohngebäude zu bezeichnen.

Vorsignieren der Gebäudeart. Nach den Angaben der Spalten 3 und 4 der Vorderseite der Gebäudeliste wurde die Gebäudeart in Spalte 3 signiert:

Normales Wohngebäude,
normales Nichtwohngebäude,
Notwohngebäude,
Notnichtwohngebäude.

Damit war die Bearbeitung der Vorderseite der Gebäudeliste beendet, die weitere bezog sich lediglich auf ihre Innenseite.

Wohnungen nach Mietverhältnissen. Aus Spalte 11 der Gebäudeliste ergab sich die Art des Mietverhältnisses, das in bestimmten Fällen durch Zusätze wie »Dienst«, »Stift« u. ä. ergänzt war. Gewisse Schwierigkeiten ergaben sich bei der Trennung »reiner Mietwohnungen« von »Geschäftsmietwohnungen«, wofür die Anweisung klärende Vorschriften enthielt. Signiert wurden die Fälle:

Reine Mietwohnung,
Berufs- oder Geschäftsmietwohnung,
Dienst- oder Werkswohnung,
Stiftswohnung,
Eigentümerwohnung,
mietfreie Wohnung,
sonstige Wohnung (ohne Eintragung in Spalte 11).

Errechnung der Bruttomiete. Die Angaben über die monatliche Miete und die Nebenleistungen in den Spalten 11 und 12 der Gebäudeliste wurden zusammengezogen, in üblicher Weise auf volle DM abgerundet und als Signatur in Spalte 10 eingesetzt. Bei Eigentümerwohnungen, mietfreien Wohnungen u. ä. erschienen an Stelle der Mietpreise hinweisende Eintragungen, die durch eine besondere Signatur gekennzeichnet wurden.

Mietpreisfestsetzung. Die Angaben in Spalte 13 der Gebäudeliste dienten zur Kennzeichnung von »Altbau-miete«, »Neubau-miete« und »Miete für neugebaute Wohnungen«. Sie wurden nach speziellen Vorschriften auf ihre Richtigkeit hin überprüft. Auf die Angaben »Baujahr«, »Kriegsschäden und ihre Beseitigung«, Spalten 6, 7 und 8 auf der Vorderseite der Gebäudeliste, war dabei zu achten.

Stockwerkslage. Die Eintragung auf der Vorderseite des Wohnungsbogens wurde auf Übereinstimmung mit denjenigen der Spalten 2 und 3 der Innenseite der Gebäudeliste geprüft und gegebenenfalls korrigiert.

Raumaufteilung. Die Zahl der für die einzelnen Wohnparteien im Wohnungsbogen eingetragenen Räume wurde spaltenweise aufgerechnet und danach die für die Gesamtwohnung festgestellte Zahl der Räume mit der in Spalte 6 der Innenseite der Gebäudeliste angegebenen verglichen. Die letztere konnte kleiner sein, wenn der Hauseigentümer Nebenräume (wie in Spalte 8 oder 12 des

Wohnungsbogens) nicht mitgerechnet hatte. Etwa doppelt gezählte Räume wurden beim Wohnungsinhaber abgesetzt. Zur Klärung von Differenzen wurde auf die Angaben anderer Wohnungsbogen des gleichen Gebäudes entsprechend ihrer Stockwerkslage zurückgegriffen. Im Wohnungsbogen war zudem zu prüfen, ob auch bei jeder Wohnpartei Räume eingetragen waren; Unstimmigkeiten waren gegebenenfalls sinngemäß zu berichtigen.

Am rechten Rand des Wohnungsbogens waren Felder vorgesehen, in denen die Zahlen der Räume über 6 qm aus den Spalten 9, 10 und 14 bis 17 eingetragen und aufgerechnet wurden. Ihrer Summe wurde die Zahl der in den Spalten 6 und 7 angegebenen Küchen zugezählt und als Gesamtsumme darunterbeschrieben.

Eintragungen über die Küchen. Im Wohnungsbogen war in der Regel nur die Eintragung einer Küche zu erwarten. Waren jedoch mehrere vollausgebaute Küchen bei mehreren Wohnparteien eingetragen, so ging dies meist auf Fehleintragungen zurück. Diese Fälle wurden so berichtet, daß die Eintragung beim Wohnungsinhaber belassen wurde.

Signieren des Wohnungsbogens

Das Signieren des Wohnungsbogens, wozu noch Angaben bzw. Signaturen der Gebäudeliste benötigt wurden, war in drei selbständige Signiergänge aufgeteilt:

- Signiergang 1** Signieren von Wohnungsmerkmalen aus der Gebäudeliste in die Felder 18 bis 20 und Feld 21 (linke Hälfte) der Signierleiste des Wohnungsbogens,
- Signiergang 2** Signieren von Wohnungsmerkmalen aus Gebäudeliste und Wohnungsbogen in Feld 21 (rechte Hälfte) und in die Felder 22 bis 35 der Signierleiste des Wohnungsbogens,
- Signiergang 3** Signieren von Merkmalen der Wohnparteien in den Spalten 3 und 13 des Wohnungsbogens.

Signiergang 1

Feld 18 Nummer der Gebäudeliste,

Feld 19 Nummer des Wohnungsbogens.

Beide Angaben waren dem Kopf der Vorderseite des Wohnungsbogens zu entnehmen.

Feld 21 (linke Hälfte). Die verschiedenen Arten von Keller- oder Dachgeschoßwohnungen waren unter Berücksichtigung folgender Voraussetzungen zu signieren:

- Kellerwohnung in einem Gebäuderest,
- ausgebaute Kellerwohnung,
- behelfsmäßige Kellerwohnung,
- normale Dachgeschoßwohnung,
- behelfsmäßige Dachgeschoßwohnung,
- keine Keller- oder Dachgeschoßwohnung.

Diese Signierung mußte vor derjenigen des Feldes 20 liegen, weil sie für diese mitbestimmend war.

Feld 20 Normalwohnung — Notwohnung. Die Signierung dieses Merkmals war von grundsätzlicher Bedeutung für die Aufbereitung. Der Signierer mußte sich in jedem Falle ein zuverlässiges Bild über die Wohnung machen. Die Anweisung schrieb dazu vor, welche Angaben oder Signaturen aus der Gebäudeliste und dem Wohnungsbogen für die Beurteilung des einzelnen Falles heranzuziehen waren. Die wichtigsten Grundsätze dabei waren:

Sämtliche Kellerwohnungen und nicht zum dauernden Wohngebrauch hergerichteten Dachgeschoßwohnungen galten als Notwohnungen. Zum dauernden Wohngebrauch hergerichtete Dachgeschoßwohnungen wurden dagegen bei Vorhandensein der übrigen Voraussetzungen für Normalwohnungen als solche signiert. Normalwohnungen lagen in der Regel nur in normalen Gebäuden, doch konnten hier auch Notwohnungen vorhanden sein. Zur Entscheidung waren die gesamten baulichen Verhältnisse der Wohnung im Wohnungsbogen heranzuziehen. Überwogen die Angaben in den Spalten 6, 7, 9, 10, 11 und 14 bis 17, so ließ dies auf eine Normalwohnung schließen. Überwogen jedoch die Eintragungen in den

Spalten 5, 8 und 12, dann handelte es sich um eine Notwohnung. Die Angaben in den Spalten 7 bis 9 der Innenseite der Gebäudeliste waren zusätzlich zu berücksichtigen. Wichtigstes Merkmal für eine Normalwohnung war stets eine vollausgebaute Küche oder Kochnische (Spalten 5 bis 7 des Wohnungsbogens). War nur eine behelfsmäßige oder überhaupt keine Kochgelegenheit vorhanden, so ließ dies auf eine Notwohnung schließen. Eigentümer- oder Verwalterwohnungen in Hotels oder Gasthöfen hatten häufig keine eigenen Küchen, weil sie aus der Hotel- oder Gasthofküche versorgt wurden. Sie galten als Normalwohnungen, wenn die sonstigen Voraussetzungen für diese vorlagen. Nach beendeter Signierung aller Wohnungsbogen einer Gebäudeliste wurden in Spalte 15 der Innenseite der letzteren die Nummern der Wohnungsbogen für Notwohnungen besonders kenntlich gemacht.

Signiergang 2

Feld 21 (rechte Hälfte) Gebäudeart. Aus Spalte 3 der Vorderseite der Gebäudeliste war die dort bereits gegebene Signatur zu übernehmen.

Feld 22 Badezimmer. Nach der Angabe in Spalte 7 der Innenseite der Gebäudeliste war zu signieren, ob ein Badezimmer zur Wohnung gehörte oder nicht.

Feld 23 Heizung. Aus Spalte 8 der Innenseite der Gebäudeliste ergab sich die Heizungsart:

- Ofenheizung,
- Zentralheizung,
- Fernheizung,
- Etagenheizung,
- ohne Angabe.

Zutreffendes wurde in die vorgesehenen Spalten des Feldes signiert; es konnten mehrere Heizungsarten in einer Wohnung vorhanden sein.

Feld 24 Versorgungsanschlüsse. Die einzelnen Spalten des Feldes nahmen die Signaturen nach den Angaben in Spalte 9 der Innenseite der Gebäudeliste auf für:

- Anschluß an das Stromnetz,
- Anschluß an das Gasnetz,
- Anschluß an das Wassernetz.

Feld 25 Mietverhältnis. Die für die Wohnung in Spalte 11 der Innenseite der Gebäudeliste bereits gegebene Signatur wurde übernommen.

Feld 26 Monatlicher Mietpreis. Die in Spalte 10 der Innenseite der Gebäudeliste bereits signierte Bruttomiete wurde eingesetzt.

Feld 27 Mietpreisgruppe. Die Mietbeträge aus Feld 26 wurden nunmehr nach zehn verschiedenen Mietpreisgruppen signiert.

Feld 28 Mietpreisfestsetzung. Nach den Angaben in Spalte 13 der Innenseite der Gebäudeliste wurden signiert:

- Altbaumiete, vor dem 1. Juli 1918 festgesetzt,
- Neubaumiete, zwischen dem 1. Juli 1918 und dem 1. Mai 1945 festgesetzt,
- Miete für neugebaute Wohnungen, nach dem 1. Mai 1945 festgesetzt,
- ohne Angabe.

Feld 29 Mietermäßigung wegen Kriegsschäden. Aus Spalte 14 der Innenseite der Gebäudeliste waren diese ersichtlich; signiert wurde:

- Mietpreisermäßigung,
- keine Mietpreisermäßigung und ohne Angabe.

Feld 30 nicht benutzt.

Feld 31 Zahl der Wohnparteien in der Wohnung. Die Zahl der Wohnparteien ergab sich aus ihrer Aufzählung im Wohnungsbogen (je Wohnpartei eine Zeile). Bis zu 8 Wohnparteien wurden einzeln ausgezählt. Waren mehr als 8 Wohnparteien angegeben, so wurden sie zusammengefaßt und als »9 und mehr Wohnparteien« signiert. Die Signatur »0 Wohnparteien« wies auf eine leerstehende Wohnung hin.

Feld 32 nicht benutzt.

Feld 33 Einpersonenteilen in Wohnungen mit 1 Wohnpartei. Hier wurden die Fälle signiert, in denen in einer Wohnung nur eine Wohnpartei mit nur einer Person vorhanden war.

Feld 34 Zahl der Personen in der Wohnung. Diese Zahl ergab sich für die Gesamtheit aller Wohnparteien einer Wohnung aus der Aufrechnung der Angaben in Spalte 4 des Wohnungsbogens.

Feld 35 Zahl der Räume der Wohnung. Die Zahl aller Räume über 6 qm und aller vollausgebauten Küchen war bereits beim Vorsignieren des Wohnungsbogens in den Feldern am rechten Rand des Wohnungsbogens zusammengestellt. Die dort eingetragene Endsumme wurde übernommen.

Nach Abschluß des Signierganges 2 wurden die Gebäudelisten von den Wohnungsbogen getrennt. Die Gebäudelisten wurden an eine besondere Arbeitsgruppe abgegeben, die unter Zuhilfenahme von Zählblättern das Auszählen und Tabellieren der Angaben der Gebäudeliste durchführte.

Signiergang 3

Für jede Wohnpartei wurde nunmehr auf dem Wohnungsbogen die Zahl der gewichteten Räume⁸⁷⁾ an Hand eines besonderen Rechenschemas festgestellt. Der ermittelte Wert wurde in Spalte 3 des Wohnungsbogens eingetragen. Leerstehende Wohnungen wurden durch einen Strich durch die Spalten 1 bis 4 für das Loch besonders kenntlich gemacht.

Die Küchenbenutzung der Wohnpartei war nur bei Normalwohnungen in Spalte 13 des Wohnungsbogens zu signieren. Die Feststellung der verschiedenen Arten von Küchenbenutzung durch mehrere Wohnparteien war oft kompliziert. Der Signierer mußte dazu alle darauf hinweisen den Eintragungen in Abschnitt I und II der Rückseite des Wohnungsbogens heranziehen, um ein zutreffendes Bild über die gemeinsame Küchenbenutzung zu gewinnen. Die Anweisung enthielt eine Anzahl spezieller Hinweise, welche die Abhängigkeit der Signaturen von den jeweils gegebenen Voraussetzungen erklärten. Es wurden folgende Fälle signiert:

- Wohnpartei ohne Kochgelegenheit,
- alleiniger Inhaber einer vollausgebauten Küche,
- Inhaber einer vollausgebauten Küche mit anderen Wohnparteien zusammen,
- alleiniger Inhaber einer vollausgebauten Kochnische,
- Inhaber einer vollausgebauten Kochnische mit anderen Wohnparteien zusammen,
- alleiniger Inhaber einer Notküche,
- Inhaber einer Notküche mit anderen Wohnparteien zusammen,
- Mitbenutzer einer vollausgebauten Küche,
- Mitbenutzer einer vollausgebauten Kochnische,
- Mitbenutzer einer Notküche,
- Mitbenutzer einer vollausgebauten Küche mit zusätzlicher behelfsmäßiger Kochgelegenheit,

D. Arbeitsstättenzählung⁸⁸⁾

Das Erhebungspapier für die Arbeitsstättenzählung 1950 war der Arbeitsstättenbogen⁸⁹⁾, der für jede Arbeitsstätte als örtliche Einheit auszufüllen war. Auch See-, Küsten- und Binnenschiffe galten als Arbeitsstätten im Sinne der Arbeitsstättenzählung. Die einzelnen Fragen waren nach ihrer Zusammengehörigkeit in acht Abschnitten A bis H zusammengefaßt. Sie waren so gestellt, daß nur ein Teil von ihnen durch spezielle Angaben, ein anderer Teil dagegen nur durch »ja« oder »nein« zu beantworten war; dies sollte die richtige Ausfüllung des Bogens erleichtern. Einige Fragen dienten lediglich zur Erläuterung oder Kontrolle der zur Auszählung bestimmten Angaben.

⁸⁷⁾ Vgl. hierzu: Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 43. — ⁸⁸⁾ Ausführungen zu den methodischen Fragen der Arbeitsstättenzählung enthält Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 44 »Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Arbeitsstättenzählung vom 13. 9. 1950«. — ⁸⁹⁾ Siehe Anhang S. 115 ff.

Mitbenutzer einer vollausgebauten Kochnische mit zusätzlicher behelfsmäßiger Kochgelegenheit,
Mitbenutzer einer Notküche mit zusätzlicher behelfsmäßiger Kochgelegenheit,
Wohnpartei nur mit behelfsmäßiger Kochgelegenheit,
sonstige Wohnpartei (meist in Notwohnungen).

Die fertig signierten Wohnungsbogen wurden je Zählbezirk in einen Umschlag gelegt, auf dem die regionalen Ordnungsangaben namentlich und mit Kennziffern vermerkt waren. Das Material wurde kreisweise, geordnet nach Gemeinden, an die maschinelle Aufbereitung zum Loch gegeben.

Aufbereitung der Zählblätter zur Anstaltsliste

In dem für die Wohnungszählung und die Volks- und Berufszählung gemeinsamen Arbeitsgang Va waren bereits die Zählblätter zur Anstaltsliste für die Wohnungszählung ausgeschrieben worden. Sie wurden nach einer besonderen Anweisung manuell sortiert, ausgezählt und tabelliert.

Aufbereitung der Gebäudelisten

Die bereits vorsignierten Gebäudelisten wurden nach Abschluß des Signierganges 2 in einer besonderen Arbeitsgruppe weiterbearbeitet. Nach den Angaben der Gebäudeliste wurde für jedes Gebäude ein »Zählblatt zur Gebäudeliste« angelegt. Das Zählblatt enthielt eine Anzahl Felder, die entweder angezeichnet oder ausgefüllt wurden.

Nach Kenntlichmachen als »Wohngebäude« oder »Normalwohngebäude« erfolgte die weitere Signierung nach »Normalwohngebäude« oder »Notwohngebäude«. Die Notwohngebäude wurden nach ihrer Art und danach, ob sie bewohnt waren oder leer standen, unterschieden. Die Zählblätter für Normalwohngebäude nahmen Angaben zu folgenden Merkmalen auf: Art des Gebäudes, Geschoszahl, Baujahr, Kriegsschäden und Art des Eigentümers. Zu vermerken war ferner, ob das Gebäude bewohnt war oder leer stand. Auf jedem Zählblatt war sodann die Gesamtzahl der Wohnungen des Gebäudes, getrennt nach Normalwohnungen und Notwohnungen, anzugeben. Die Zählblätter wurden manuell sortiert, ausgezählt und tabelliert.

Während des Ausschreibens der Zählblätter wurden die Zahlen der Normalwohnungen und der Notwohnungen gemeindeweise festgehalten und zu Kreis- und Regierungsbezirkssummen zusammengestellt. Die Landessummen waren als Vorausmeldung dem Statistischen Bundesamt bis Ende April 1951 zu übermitteln.

Aufbereitung der Zählblätter für beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen

Die von den Besatzungskostenämtern ausgefüllten besonderen Zählblätter für beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen (nach dem Stand vom 30. September 1950) wurden von den Statistischen Landesämtern im manuellen Verfahren aufbereitet.

1. Auszählungsmerkmale

Arbeitsstätte (örtliche Einheit)

Die Mehrzahl der Fragen des Arbeitsstättenbogens bezog sich auf die Arbeitsstätte als örtliche Einheit und die in ihr beschäftigten Personen.

Die Allgemeinen Angaben über die Arbeitsstätte waren im Abschnitt A des Arbeitsstättenbogens enthalten. Dabei dienten die Fragen A2 und A3 zur Feststellung der nach dem 31. Dezember 1944 gegründeten Arbeitsstätten.

Zur Kennzeichnung der Arbeitsstätte waren in Abschnitt B acht Fragen gestellt. Sie dienten zur Feststellung der Art der Arbeitsstätte und waren notwendig für ihre Zuordnung zu den Positionen der Arbeitsstättensystematik. Unter B1 waren die Art des betriebenen Gewerbes, die Art der verrichteten Tätigkeit oder das Aufgabengebiet

von Behörden anzugeben. Diese Angaben reichten jedoch oft nicht zur eindeutigen systematischen Zuordnung aus; deshalb waren ergänzende Fragen in B 2 a bis f gestellt. Wurden in einer Arbeitsstätte mehrere wirtschaftliche Tätigkeiten betrieben, so war in B 3 der wirtschaftliche Schwerpunkt des Betriebes anzugeben.

In B 4 und B 5 wurde nach der Beteiligung der Arbeitsstätte an der Industrieberichterstattung gefragt, während sich aus den Fragen B 6 und B 7 die Zugehörigkeit der Arbeitsstätte zum Handwerk ergab. Zwischenmeisterbetriebe wurden aus den Antworten zu der Frage B 8 ersichtlich.

Die in der Arbeitsstätte beschäftigten Personen waren im Abschnitt D nachzuweisen. In diese Zahl waren auch die vorübergehend Abwesenden — Erkrankte, Urlaubler, lohnsteuerpflichtige Reisende, auf Bauten und Montage auswärts Arbeitende u. ä. — einzubeziehen. Kurzarbeiter galten als Vollbeschäftigte. Bei den Fragen D 1 bis D 5 wurden fünf Beschäftigtengruppen unterschieden:

Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber,
Mithelfende Familienangehörige,
Angestellte und Beamte,
Arbeiter, Gesellen und Gehilfen,
Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und
Volontäre.

Betriebsleiter, welche die Arbeitsstätte als Angestellte oder als Organ juristischer Personen führten, wurden unter D 3 erfaßt. Mithelfende Familienangehörige rechneten nur dann hierzu, wenn für sie keine Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt wurden, andernfalls gehörten sie zu den unter D 3 bis D 5 aufzuführenden Personen. Als Beamte galten nur Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis im Sinne des deutschen Beamtenrechts standen, nicht aber Privatbeamte bei Banken, Versicherungen u. ä., die zu den Angestellten zählten. Die Arbeiter wurden gegliedert nach

gelernten (Facharbeiter, Handwerksgehlen usw.),
angelernten,
ungelernten (Hilfsarbeiter).

Den Arbeitsstätten mußte die Unterscheidung der gelernten und angelernten Arbeiter nach den für ihren Wirtschaftszweig üblichen Grundsätzen überlassen werden, da einheitliche Richtlinien dafür nicht festzulegen waren. Die Aufgliederung der Lehrlinge erfolgte nach

kaufmännischen, technischen und Verwaltungslehrlingen,
gewerblichen Lehrlingen,
Anlernlingen, Umschülern, Praktikanten und Volontären.

In D 7 und D 8 wurde die Zahl der in der Arbeitsstätte beschäftigten Heimatvertriebenen, Schwerbeschädigten, Knappschaftsvollrentner und Heimarbeiter besonders erfragt. Als Heimatvertriebene galten nur solche Personen, die Inhaber eines Flüchtlingsausweises (-passes) waren, in der britischen Besatzungszone nur die mit Flüchtlingsausweis A. Zu den Schwerbeschädigten gehörten nur die behördlich als solche anerkannten oder die ihnen gleichgestellten Personen. Heimarbeiter mußten unmittelbar für die Arbeitsstätte tätig sein.

Die Zahl und Art der den Arbeitsstätten zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge und Anhänger war im Abschnitt H nachzuweisen. Zusätzlich wurde für Lastkraftwagen, Lieferwagen und Anhänger die Nutzlast in vollen Tonnen erfragt.

Unternehmung (Wirtschaftseinheit)

In den Abschnitten C, E und F des Arbeitsstättenbogens waren die Fragen zusammengefaßt, die sich auf die Unternehmung (Wirtschaftseinheit) bezogen.

Haupt- oder Zweigniederlassung. Die Arbeitsstätte (örtliche Einheit) war nicht immer zugleich Unternehmung (Wirtschaftseinheit). Im Abschnitt C waren dazu klärende Fragen gestellt. Zu C 1 war anzugeben, ob die Arbeitsstätte die einzige der Unternehmung war. Gehörten

mehrere Arbeitsstätten zur Unternehmung, so war in C 2 anzugeben, ob die Arbeitsstätte die Hauptniederlassung des Unternehmens war. In diesem Falle waren unter C 3 sämtliche Zweigniederlassungen einzeln mit genauer Anschrift, dem betriebenen Gewerbe und der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen aufzuführen. Unternehmungen, die aus mehreren Niederlassungen bestanden, wurden bei der Auszählung nach Wirtschaftseinheiten stets am Sitz ihrer Hauptniederlassung gezählt, während ihre einzelnen — örtlich getrennten — Niederlassungen bei der Auszählung nach Arbeitsstätten (örtlichen Einheiten) an ihrem Betriebsort gezählt wurden.

Die Rechtsform der Unternehmung war nach den Angaben im Abschnitt E des Arbeitsstättenbogens festzustellen. Die Frage E 1 gab Auskunft darüber, ob die Unternehmung im Handelsregister eingetragen war oder nicht. Für die Feststellung der Rechtsform war unter E 2 vorgehen:

Die Unternehmung wird betrieben:

- a) von einer oder mehreren Personen (nicht oHG und KG),
- b) als offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft,
- c) als Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
- d) als Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien,
- e) als eingetragene Genossenschaft,
- f) unter einer sonstigen Rechtsform,
- g) von einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, soweit nicht in privater Gesellschaftsform betrieben.

Für die in E 2 a oder b genannten Rechtsformen war in E 4 a die Zahl der tätigen und nichttätigen Inhaber anzugeben und in E 4 b zu vermerken, wie viele von ihnen Heimatvertriebene waren. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (E 2 c) gaben zusätzlich ihr Stammkapital, die Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien (E 2 d) ihr Grundkapital an. Unter E 2 f erschienen diejenigen Unternehmungen, deren Rechtsformen nicht zu denen unter E 2 a bis e gehörten und die auch nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts (E 2 g) anzusehen waren.

Die Unternehmungen in Gesellschaftsformen des privaten Rechts hatten zu E 3 zu erklären, ob an ihnen Körperschaften des öffentlichen Rechts, einschließlich Bundesbahn und Bundespost, beteiligt waren, und zwar mit

- a) zusammen über 50 bis unter 100 vH,
- b) zusammen 100 vH.

Der Umsatz wurde im Jahre 1950 zum ersten Male in das Erhebungsprogramm einer Arbeitsstättenzählung einbezogen. Im Abschnitt F des Arbeitsstättenbogens waren die Fragen wie folgt gestellt:

1. Umsatz dieser Arbeitsstätte (soweit nicht unter F 2),
 - a) Gesamtumsatz (umsatzsteuerpflichtig und umsatzsteuerfrei),
 - b) Arbeitsstätten mit Kleinumsätzen (nicht umsatzsteuerpflichtig),
 - c) Umsatz in Zollausschlüssen u. dgl. und im Ausland (nicht steuerbare Umsätze),
2. Umsätze für sämtliche Arbeitsstätten einer Unternehmung (ohne F 1 c).

Der dem Finanzamt für das Kalenderjahr 1949 zu meldende Umsatz (umsatzsteuerpflichtig und umsatzsteuerfrei) war in F 1 a mit seinem Gesamtbetrag anzugeben. Dies galt auch für Unternehmungen, die erst im Laufe des Jahres 1949 errichtet worden waren. Die Frage nach dem Umsatz war nicht zu beantworten von Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen, Bundesbahn, Bundespost, Behörden und Sozialversicherung. Behördenähnliche Unternehmungen der Wirtschaftsabteilung 9 »Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse« (jedoch ohne »Öffentliche Verwaltung«) hatten dagegen ihren Umsatz anzugeben ohne Rücksicht auf ihre eventuelle Steuerfreiheit. Die nicht steuerbaren Umsätze in Zollausschlüssen u. dgl. sowie im Ausland waren in F 1 c nachzuweisen.

Bestand eine Unternehmung aus mehreren Arbeitsstätten, so mußte auf dem Arbeitsstättenbogen der Hauptniederlassung als dem Sitz der Unternehmung ihr Gesamtsatz, also einschließlich aller Zweigniederlassungen, Filialen u. dgl. in Frage F2 angegeben werden. Dies galt auch dann, wenn die Zweigniederlassungen ihre Umsätze den für sie zuständigen Finanzämtern unmittelbar meldeten.

Sonderfragen für Handwerksbetriebe

Für die Sonderauszählung der Handwerksbetriebe wurden in Abschnitt B die Fragen B6 und B7 gestellt. In B6 hatte der Betriebsinhaber anzugeben, ob er selbst seine Arbeitsstätte als Handwerksbetrieb ansah, und zu B7, ob er in der Handwerksrolle eingetragen war.

Sonderfragen für Arbeitsstätten des Groß- und Einzelhandels

Der Abschnitt G des Arbeitsstättenbogens enthielt Sonderfragen für die Arbeitsstätten des Groß- und Einzelhandels.

Die nach B2d dem Einzelhandel zugehörenden Arbeitsstätten wurden nach 6 Betriebsformen unterschieden.

Die nach B2c als Großhandelsbetriebe gekennzeichneten Arbeitsstätten wurden nach ihren Angaben zu G2a bis G2d nach 4 Sparten aufgegliedert. Die Fragen unter G2e und G2f betrafen den Lagerraum.

Sonderfragebogen für Bundesbahn und Bundespost

Für die Bundesbahn und Bundespost waren Sonderfragebogen⁹⁰⁾ vorgesehen. Diese beiden Institutionen führten die Zählung ihrer Arbeitsstätten selbst durch.

Name und Anschrift der Arbeitsstätte waren unter Abschnitt A anzugeben. In Abschnitt B war die Art der Arbeitsstätte durch Unterstreichen des zutreffenden Merkmals kenntlich zu machen. Der Nachweis der beschäftigten Kräfte nach ihrer Stellung im Betrieb ergab sich aus den Eintragungen zu Abschnitt C, in dem auch die Zahl der Heimatvertriebenen und der Schwerbeschädigten nachzuweisen war. In Abschnitt D wurden die Kraftfahrzeuge und Anhänger in ähnlicher Weise wie in der allgemeinen Arbeitsstättenzählung erfaßt.

2. Arbeitsgänge

Die Aufbereitung des Zählmaterials der Arbeitsstättenzählung war ursprünglich nur nach dem manuellen Verfahren beabsichtigt. Der Grund hierfür lag darin, daß die starke Aufgliederung nach Wirtschaftsklassen und Größenklassen eine außerordentlich große Zahl von kleinen und kleinsten Massen bei der Auszählung erwarten ließ und damit die maschinelle Aufbereitung nicht als unbedingt überlegen erschien. Dennoch entschieden sich die meisten Statistischen Landesämter für die maschinelle Aufbereitung, weil die Lochkarten als Ausgangsmaterial für die von ihnen geplanten Sonderauszählungen für Landeszwecke besser geeignet waren.

Für die an den Arbeitsstättenbogen durchzuführenden Arbeiten — bis zur Lochung — wurde vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern ein ausführlicher Aufbereitungsplan (Arbeitsanweisung) mit drei Abschnitten entwickelt:

1. Eingangskontrolle,
2. Vorprüfen und Signieren der Arbeitsstättenbogen (ohne Signieren nach der Arbeitsstättensystematik),
3. Hauptprüfung und Signieren nach der Arbeitsstätten-systematik.

Für die manuell aufbereitenden Landesämter Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz wurde die sonst gleichlautende Anweisung noch durch Vorschriften für zusätzliche Signaturen ergänzt, die zur Erleichterung der manuellen Sortierarbeiten dienten.

Die Signaturen zu den einzelnen Merkmalen wurden in die dafür vorgesehenen Signierkästchen auf dem Arbeits-

stättenbogen eingetragen. Einige Statistische Landesämter hatten beim Druck der Fragebogen keine Signierkästchen vorgesehen; hier mußten die Signaturen neben die Angaben zu den einzelnen Fragen gesetzt werden. Es sollte erwogen werden, künftig entweder durchgehende Signierspalten in die Arbeitsstättenbogen einzufügen oder ein Signierblatt zu verwenden. Die Übersichtlichkeit des Signierblattes ermöglicht eine leichtere und zuverlässigere Prüfung der wichtigen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Merkmalen.

Die Bearbeitung der Arbeitsstättenbogen war sachlich schwierig. Ehe ein Bearbeiter ein Merkmal signieren konnte, mußte er oft die Angaben zu mehreren Fragen in verschiedenen Abschnitten des Bogens prüfen, die sich entweder gegenseitig ergänzten oder ausschlossen. Die Arbeitsanweisung enthielt dazu eingehende Vorschriften. Das Prüfen erforderte noch mehr Überlegung und Zeitaufwand als das Feststellen und Einsetzen der Signaturen. Nicht alle Fragen des Arbeitsstättenbogens trafen für sämtliche Arbeitsstätten in gleicher Weise zu, so daß bei der Bearbeitung eine wechselnd große Anzahl der Merkmale nicht zu bearbeiten war. Dies galt besonders für die kleineren Arbeitsstätten, die dadurch schneller signiert werden konnten.

Bei der Schwierigkeit der Materie kam der Ausbildung der Signierer eine besondere Bedeutung zu; denn der Bearbeiter mußte die Vorschriften für die Aufbereitung in jeder Einzelheit beherrschen. Ähnlich der bei der Volks- und Berufszählung angewandten Methode bildete auch die Arbeitsstättenzählung ihre Kräfte erst in kleineren, dann größeren Gruppen aus, wobei auch hier die bestgeeigneten Kräfte die übrigen Bearbeiter einarbeiteten. Die Kompliziertheit der Arbeitsstättenzählung erforderte natürlich eine längere Anlaufzeit. Im allgemeinen kann festgehalten werden, daß mehrere Wochen vergingen, bis die Arbeiten in stetem Fluß und mit genügender Schnelligkeit fortgeschritten. Eine Normalleistung, ausgedrückt durch die Anzahl täglich bearbeiteter Arbeitsstättenbogen, ließ sich kaum feststellen, da der Zeitaufwand für jeden Bogen von der Zahl der zu bearbeitenden Merkmale und dem Schwierigkeitsgrad der zu treffenden Feststellungen abhing. Für die Arbeiten eigneten sich vorzugsweise kaufmännisch oder technisch vorgebildete Kräfte, die ihre in der Wirtschaft erworbenen Kenntnisse weitgehend verwerten konnten. Auch frühere Behördenangestellte zeigten sich als geeignet.

Die richtige Zuordnung der einzelnen Betriebe und Unternehmungen zu den Klassen der Arbeitsstätten-systematik war ausschlaggebend für den späteren Nachweis der Ergebnisse in wirtschaftssystematischer Gliederung, einem der Hauptzwecke der Zählung. Deshalb war vorgesehen, diese Arbeit von den übrigen abzutrennen und sie nur von zuverlässigen Kräften in einem eigenen Arbeitsgang durchführen zu lassen. Hierzu wurden sie u. a. eingehend mit der Anwendung der Arbeitsstätten-systematik vertraut gemacht, und zwar in besonderem Hinblick auf die Verwendung der vorgesehenen Kombinationsklassen.

Einige Landesämter teilten die Bearbeitung der Arbeitsstättenbogen nach größeren Fachbereichen auf und ließen in entsprechenden Arbeitsgruppen signieren. Nach Möglichkeit waren die einzelnen Gruppen mit solchen Bearbeitern besetzt, die aus ihren früheren Tätigkeiten über besondere Kenntnisse des betreffenden Fachbereiches verfügten. Das Verfahren hat sich nach den Erfahrungen bewährt. Die sachliche und einheitliche Bearbeitung der Arbeitsstättenbogen von gleicher oder ähnlicher wirtschaftlicher Art wirkte sich gleich günstig auf Qualität und Quantität aus. Ein Landesamt ließ die Bogen jeweils getrennt nach Wirtschaftsgruppen bearbeiten und erreichte ähnlich gute Erfolge. Nach diesen Feststellungen erscheint es der Überlegung wert, ob ein solches oder ähnliches Verfahren allgemein eingeführt werden sollte. Es bedingt zwar das mehrfache Umsortieren der Fragebogen, doch dürften die erreichten Vorteile den zusätzlichen Zeitaufwand rechtfertigen.

⁹⁰⁾ Siehe Anhang S. 121 ff.

Vermerkt werden muß noch die Feststellung fast aller Statistischen Landesämter, daß die Aufbereitungsarbeiten wegen der oft ungenügenden Kontrollen in den Gemeinden auf Vollständigkeit der Arbeitsstättenbogen erheblich beeinträchtigt wurden. Daraus ergaben sich viele Mahnungen und nachträglich eingesandte Bogen. Auch die Vollständigkeit der Ausfüllung der Fragebogen ist in den Gemeinden vielfach nicht genügend nachgeprüft worden; der Grund hierfür dürfte in fehlenden Fachkenntnissen des in den Gemeinden mit der Prüfung beauftragten Personals zu suchen sein. Die Folge waren zahlreiche Rückfragen bei Gemeinden oder Betrieben, die oft nur sehr zögernd beantwortet wurden.

Die Aufbereitungsanweisung für die Arbeitsstättenzählung kann an dieser Stelle nicht in allen Einzelheiten wiedergegeben werden; deshalb sind nachfolgend nur die wichtigsten Punkte dargestellt.

Eingangskontrolle

Die Eingangskontrolle in den Statistischen Landesämtern hatte an Hand der vorliegenden Gemeindeverzeichnisse festzustellen, ob die Arbeitsstättenbogen für alle Gemeinden vorlagen, wobei auf die Vollständigkeit der regionalen Ordnungsangaben auf den einzelnen Bogen zu achten war. Je Gemeinde wurden die Arbeitsstättenbogen in einen Umschlag gelegt, der die namentlichen Angaben über Regierungsbezirk, Kreis und Gemeinde sowie die dazu gehörigen Kennziffern einschließlich der der Gemeindegrößenklasse aufnahm.

Soweit möglich, war innerhalb jeder Gemeinde die vollständige Erfassung aller Arbeitsstätten nachzuprüfen. Hierzu wurden Betriebslisten oder -karteien benutzt, die mit Hilfe der Industrieberichterstattung und der Gewerbeaufsichtsstatik angelegt waren. Weiter dienten dazu Firmenhandbücher, Branchenadreßbücher und ähnliche Nachschlagewerke.

Die besonders gekennzeichneten Arbeitsstättenbogen der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten wurden sodann kreisweise dem Referat »Industrieberichterstattung« zugeleitet. Ferner kamen von den übrigen Bogen noch diejenigen hinzu, die eindeutig als Industriebetriebe erkannt waren oder deren Zugehörigkeit zur Industrie geklärt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Industriebetriebe erfaßt, die noch nicht zur Industrieberichterstattung meldeten, jedoch nach ihrer Art und Größe dazu verpflichtet waren. Durch Aufnahme ihrer Anschriften in die bestehende Kartei konnten sie nunmehr dazu veranlaßt werden. In dem Referat »Industrieberichterstattung« wurden die Arbeitsstättenbogen mit den Erhebungsbogen der Industrieberichterstattung bzw. den Erhebungsbogen für Fachbereiche nach bestimmten Gesichtspunkten verglichen. An Hand eines Vergleichsschlüssels wurden die Bogen mit derjenigen Kennziffer der Arbeitsstättensystematik signiert, welche der Einordnung des Betriebes in die Systematik der Industrieberichterstattung entsprach. Unberücksichtigt blieben dabei die Arbeitsstätten dieser Firmen, die außerhalb des Bereiches der Industrieberichterstattung lagen (örtlich getrennte Hilfsbetriebe, Verkaufsgeschäfte u. ä.). Nach dieser Durchsicht wurden die Bogen an das Referat »Arbeitsstättenzählung« wieder zurückgegeben und dort in die noch bestehende regionale Ordnung der übrigen Fragebogen eingereiht.

Vorprüfen und teilweises Signieren

Abschnitt A. Die Angaben zu A 1 waren danach zu prüfen, ob für jede örtlich zusammenhängende Arbeitsstätte nur ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt war, auch wenn in ihr zwei verschiedene wirtschaftliche Tätigkeiten ausgeübt wurden. Andernfalls waren die Angaben der einzelnen Bogen auf nur einen zu übertragen. Lagen mehrere Arbeitsstätten eines Betriebes räumlich voneinander getrennt, so mußte für jede dieser Einheiten ein gesonderter Arbeitsstättenbogen vorhanden sein und etwa fehlende Fragebogen nachgefordert werden. Für die Prüfung der Arbeitsstätten von Behörden waren ergänzende Vorschriften vorgesehen.

Die Eintragungen zu A 2 und A 3 waren auf ihre Übereinstimmung eingehend zu prüfen, weil durch mißverständliche Auslegung der Fragen vielfach einander widersprechende Eintragungen erfolgt waren. Die Signierung kennzeichnete die nach dem 31. Dezember 1944 gegründeten Arbeitsstätten danach, ob sie als Ersatzarbeitsstätten für aus Kriegs- oder Kriegsfolgegründen aufgegebene Arbeitsstätten errichtet waren. Ihre früheren Standorte wurden nach sieben verschiedenen Gebieten signiert.

Abschnitt B. Aus diesem Abschnitt wurden zunächst die Angaben zu B 4 bis B 8 signiert. Bei Bejahung der Fragen B 6 und B 7 war die Arbeitsstätte als Handwerksbetrieb anzusehen, auch wenn der Betrieb nach der Angabe in B 7 nicht in der Handwerksrolle eingetragen war. Ließen jedoch die Angaben zu B 1 bis B 5 oder die Zahl und Art der Beschäftigten in Abschnitt D auf einen Industriebetrieb schließen oder hatte sich die Arbeitsstätte durch ihre Angaben zu B 4 und B 5 als Industriebetrieb bezeichnet, so erfolgte die Entscheidung über die Signierung nach besonderen Richtlinien. Wurden in der Arbeitsstätte nach den Angaben zu B 2 c oder d auch Waren gehandelt, so blieb dies unberücksichtigt, ebenso etwaige Angaben im Abschnitt G. Lag aber nach B 3 der Schwerpunkt des Betriebes im Handel, so wurde hiernach signiert. Bezüglich der Meldung des Betriebes zur Industrieberichterstattung wurde nach »monatlich« oder »jährlich« (B 4) unterschieden. Zu B 8 war die Arbeitsstätte gegebenenfalls als solche eines Zwischenmeisters zu kennzeichnen.

Behörden hatten die Fragen zu B 2 bis B 8 nicht zu beantworten. Vorhandene Eintragungen blieben unbearbeitet.

Abschnitt C. Nach den Angaben zu den Fragen C 1 bis C 4 war für jede Arbeitsstätte zu prüfen, ob sie

die einzige Niederlassung

oder bei mehreren örtlich getrennten Arbeitsstätten der gleichen Unternehmung

die Hauptniederlassung oder
eine Zweigniederlassung

war. Hierzu waren ausführliche Bestimmungen in der Anweisung vorgesehen, welche die Behandlung der einzelnen Fälle regelten.

War nach der Eintragung in C 1 die Arbeitsstätte die »einzige Niederlassung«, blieben die übrigen Fragen des Abschnitts unbeantwortet. Ging aus C 2 hervor, daß es sich bei der Arbeitsstätte um die »Hauptniederlassung« eines Unternehmens mit mehreren Zweigniederlassungen handelte, dann mußten die letzteren in C 3 mit ihren Einzelangaben erscheinen. Fehlten diese, so war Rückfrage zu halten. Nach Feststellung der Gesamtzahl der Zweigniederlassungen in C 3 wurde der Gesamtzahl der in den Zweigniederlassungen Beschäftigten noch diejenige der Hauptniederlassung aus D 6 des vorliegenden Bogens hinzugerechnet. Daraus ergab sich die Zahl der Beschäftigten der Gesamtunternehmung, die in das stark umrandete Rechteck in C 3 eingetragen wurde. Auch in den Arbeitsstättenbogen von »einzigen Niederlassungen« war die Gesamtzahl der Beschäftigten aus D 6 in das gleiche Rechteck zu übernehmen.

War die Arbeitsstätte nach C 2 und C 4 als »Zweigniederlassung« anzusehen, so war der Firmenname bei A 1 zu prüfen. Nicht übereinstimmen durften die Anschriften von Haupt- und Zweigniederlassung.

Nach diesen Feststellungen wurden neben C 3 folgende Fälle mit den ihnen entsprechenden Kennziffern signiert:

Zweigniederlassung,

einzige Niederlassung,

Hauptniederlassung

mit 1 Zweigniederlassung,

mit 2 bis 3 Zweigniederlassungen,

mit 4 bis 10 Zweigniederlassungen,

mit 11 und mehr Zweigniederlassungen,

Arbeitsstätte ohne Beantwortung des Abschnitts C (Behörden).

Von einer Einsendung der Bogen von Zweigniederlassungen, die in anderen Bundesländern als die Hauptniederlassung (Sitz der Unternehmung) lagen, an das für die Hauptniederlassung zuständige Landesamt, wurde diesmal aus Gründen der Zeitersparnis abgesehen. Der Austausch über die Landesgrenzen konnte unterbleiben, weil die Hauptniederlassung unter C 3 alle Zweigniederlassungen anzugeben hatte.

Abschnitt D. Die Angaben über das Personal waren darauf zu überprüfen, ob die fachliche Zusammensetzung mit den in Abschnitt B gemachten Angaben über die Art der Arbeitsstätte in Einklang standen. Aus den Einzelbestimmungen hierzu ist zu vermerken:

In D 1 konnten Eintragungen für Inhaber und Pächter nur dann vorhanden sein, wenn sich dies aus der Form der Unternehmung nach E 2a oder 2b ergab. Mithelfende Familienangehörige durften in D 2 nur erscheinen, wenn in D 1 Inhaber usw. angegeben waren. Angestellte und Beamte aller Arten von Arbeitsstätten erschienen nur in D 3. Die in D 4 und D 5 als Arbeiter und Lehrlinge nachgewiesenen Personengruppen mußten in ihrer Gliederung dem Charakter der Arbeitsstätte entsprechen. Nach den Angaben in Abschnitt B war die Eintragung von Heimarbeitern in D 8 zu überprüfen. War eine Arbeitsstätte in B 8 als die eines Zwischenmeisters bezeichnet, so mußten Heimarbeiter nachgewiesen sein. Alle Zahlenangaben waren nachzurechnen.

Abschließend waren die Arbeitsstätten an Hand der Angaben in D 7 und D 8 zu kennzeichnen, ob in ihnen Heimatvertriebene, Schwerbeschädigte, Knappschaftsvollrentner oder Heimarbeiter beschäftigt wurden.

Neben Frage D 6 wurde sodann die Beschäftigungsgrößenklasse — es waren 10 Gruppen vorgesehen — signiert⁹¹⁾.

Im Abschnitt D waren besonders die Angaben über die Mithelfenden recht mangelhaft. Vielfach waren Arbeiter statt in D 4 in D 3 eingetragen. Zur Klärung waren daher bei der Bearbeitung des Abschnitts D zahlreiche Rückfragen notwendig.

Abschnitt E. Die Angaben dieses Abschnittes wurden nur zur Auszählung der Unternehmungen benötigt; deshalb waren sie nur bei den Arbeitsstättenbogen der »einzigen Niederlassungen« und der »Hauptniederlassungen« zu bearbeiten. Zu E 1 war zu signieren, ob die Unternehmung im Handelsregister eingetragen war oder nicht. In den Unterfragen zu E 2 sollte jeweils nur eine Rechtsform angegeben sein; für Abweichungen von der Regel waren Sondervorschriften gegeben. Die Beteiligung der öffentlichen Hand (E 3) durfte nur in Verbindung mit den Rechtsformen nach E 2c, d und e auftreten. In E 4 waren Inhaber nur bei Arbeitsstätten der Rechtsformen E 2a und b anzugeben; ihre Zahl durfte hier aber größer sein, als zu D 1 angegeben war, weil auch die nichttätigen einbezogen waren.

Die Signierung der Rechtsformen zu E 2a bis e erfolgte mit je einer Kennziffer. Zu E 2f wurden sieben weitere Fälle unterschieden:

Eingetragener Verein,
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit,
bergrechtliche Gewerkschaft,
stille Gewerkschaft,
privatrechtliche Stiftung,
nichteingetragener Verein,
sonstige (z. B. Innungen).

Für die Angaben zu E 2g waren folgende Fälle zu signieren:

Bund,	Sozialversicherungs-
Land,	träger,
Gemeinde,	öffentlich-rechtliche
Gemeindeverband,	Religionsgemeinschaft,
Zweckverband,	Sparkasse,

sonstiges öffentlich-recht-	Landwirtschaftskammer,
liches Kreditinstitut,	Rotes Kreuz,
Handwerkskammer,	Wassergenossenschaft,
Industrie- und Handels-	Deichverband,
kammer,	sonstige.

Zu E 3 wurden signiert:

Keine Beteiligung,
Beteiligung zusammen über 50 bis unter 100 vH,
Beteiligung zusammen über 100 vH.

Die Fragen im Abschnitt E waren in zahlreichen Fällen schlecht beantwortet. Besonders wurden die Unternehmungsformen E 2a und E 2b oft miteinander verwechselt. Ihre Richtigstellung konnte meist nach den übrigen Angaben des Arbeitsstättenbogens erfolgen. Bei fehlenden Angaben wurde versucht, sie nach der Firmenanschrift in A 1 und nach der Art des betriebenen Gewerbes in B 1 zu ergänzen.

Abschnitt F. Unter F 1a oder F 1b hatte jede Arbeitsstätte, außer Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmungen usw., den im Jahre 1949 erzielten Umsatz angegeben. Bei »einzigen Niederlassungen« wurde diese Angabe als gültig mit Farbstift unterstrichen, wenn zu F 1c keine Umsätze in Zollausschlüssen u. dgl. angegeben waren. Erschienen hier jedoch ebenfalls Angaben, so wurden sie denen zu F 1a oder F 1b zugerechnet und die neue Summe als allein gültig mit Farbstift unterstrichen. Die Angaben zu F 1c selbst wurden mit der Signatur »Z« versehen.

In den Arbeitsstättenbogen von »Hauptniederlassungen« erschienen außer dem Umsatz dieser Arbeitsstätte in F 1 zusätzlich in F 2 der Gesamtumsatz der Unternehmung, also die Umsätze der Hauptniederlassung einschließlich ihrer Zweigniederlassungen. Diese Summen mußten stets größer sein als die Angaben zu F 1. Die Summen in F 1 waren zu streichen und die zu F 2 als gültig mit Farbstift zu unterstreichen, wenn F 1c keine Angaben aufwies. Waren hier jedoch Umsätze angegeben, so wurden sie dem Umsatz zu F 2 zugezählt und die neue Summe mit Farbstift unterstrichen. Der Umsatz zu F 1c erhielt auch in diesem Falle die Signatur »Z«.

Umsatzangaben in den Arbeitsstättenbogen von »Zweigniederlassungen« wurden gestrichen, da sie im Umsatz ihrer »Hauptniederlassung« zu F 2 einbegriffen waren.

Nunmehr erfolgte im Abschnitt F die Signierung einer jeden Arbeitsstätte nach den gültigen Umsatzangaben mit der Kennziffer der Umsatzgrößenklasse⁹²⁾. Die Unternehmungen ohne Umsatzangaben erhielten eine spezielle Signatur.

Abschnitt G. Die Fragen zu G mußten in allen Arbeitsstättenbogen beantwortet sein, die sich in den Fragen B 2c und (oder) B 2d als dem Groß- oder Einzelhandel zugehörig bezeichnet hatten. Bei eigentlichen »Herstellerbetrieben«, die überwiegend ihre selbsthergestellten Erzeugnisse verkauften, wurden nach dem Vergleich mit eventuellen Eintragungen zu B 3 und B 4 die unter G gemachten Angaben gestrichen, wenn eindeutig hervorging, daß der Schwerpunkt dieser Betriebe bei der Herstellung lag.

Die nach den Angaben zu G 1 dem Einzelhandel zugehörigen Arbeitsstättenbogen waren daraufhin zu prüfen, ob diese Betriebe nach ihren Eintragungen in B 1 und B 2d auch wirklich als solche anzusehen waren. Anschließend wurde nur nach folgenden Betriebsformen signiert:

Ladengeschäft,
Etagengeschäft,
Handel in der Wohnung,
Versandgeschäft,
ambulanter Straßenhandel,
ständiger Straßenverkaufsstand.

⁹¹⁾ Die Größenklassengruppierung im einzelnen enthält das Tabellenprogramm im Anhang S. 252 ff.

⁹²⁾ Die der Aufbereitung zugrunde gelegten 18 Umsatzgrößenklassen enthält das Tabellenprogramm im Anhang auf S. 252 ff.; sie wurden für die Veröffentlichung auf 10 Umsatzgrößenklassen reduziert.

Jede Arbeitsstätte durfte nur einer Betriebsform zugeteilt werden, deren Art und Abgrenzung die Aufbereitungsanweisung näher beschrieb.

Zu G 2a bis f waren Angaben nur bei Arbeitsstätten des Großhandels erforderlich. Die Zugehörigkeit dieser Betriebe zum Großhandel wurde durch die Eintragungen zu B 1 und B 2c kontrolliert. Zu G 2a bis G 2d wurde signiert:

Vorwiegend Binnengroßhandel,
vorwiegend Einfuhrhandel,
vorwiegend Ausfuhrhandel,
vorwiegend Ein- und Ausfuhrhandel.

Waren Lagerräumflächen bei G 2e und bei G 2f angegeben, so wurden beide zusammengezogen und ihre Gesamtsumme als allein gültig bezeichnet.

Abschnitt H. Hier waren die Kraftfahrzeuge nach Art und Zahl anzugeben, einschließlich der Nutzlast für Lastkraftwagen, Lieferwagen und Anhänger. Eine besondere Signierung war nicht notwendig. Es war lediglich zu prüfen, ob die Angaben nach dem Charakter der Arbeitsstätte zutreffen konnten.

Hauptprüfung und Signieren nach der Arbeitsstätten-systematik

Die vorgeprüften und teilweise signierten Arbeitsstättenbogen wurden stichprobenweise überprüft, wobei etwa noch nicht geklärte Fragen bearbeitet wurden. Anschließend erfolgte die gewerbesystematische Signierung. Sie war zunächst bei sämtlichen Arbeitsstättenbogen nach der örtlichen Einheit der Arbeitsstätte, bei den Hauptniederlassungen außerdem nach der Wirtschaftseinheit (Gesamtunternehmung) durchzuführen.

Dazu diente die Arbeitsstätten-systematik 1950 mit den folgenden Teilen:

»Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten — Ausgabe 1950«⁹³⁾,

»Verzeichnis der Abteilungen, Gruppen, Zweige und Klassen des Systematischen Verzeichnisses der Arbeitsstätten«,

»Alphabetisches Verzeichnis der Betriebsbenennungen (Arbeitsstätten) — Ausgabe 1950«.

Das Systematische Verzeichnis gliederte sich, unter Benutzung der Dezimalklassifikation, in

9 Abteilungen⁹⁴⁾ (einstelliger Schlüssel),
77 Gruppen (zweistelliger Schlüssel),
382 Zweige (dreistelliger Schlüssel),
681 Klassen (vierstelliger Schlüssel)

und umfaßte rd. 22 000 Betriebsbenennungen. Beim Signieren war in erster Linie von diesem Verzeichnis auszugehen. In schwierigen oder zweifelhaften Fällen war das »Alphabetische Verzeichnis der Betriebsbenennungen« heranzuziehen. Jede Arbeitsstätte und jede Unternehmung war mit einer vierstelligen Schlüsselnummer zu signieren.

Die Arbeitsstätten-systematik 1950 war in erster Linie für die Zählung 1950 entwickelt worden, speziell für die Zuordnung von Arbeitsstätten — örtlichen Einheiten — nach dem Schwerpunkt. Das Verzeichnis von 1939 war u. a. deshalb nicht mehr verwendbar, weil es den damaligen Organisationsformen von Staat und Wirtschaft entsprach. Die Nummerung wurde auf die maschinelle Bearbeitung umgestellt. Für die systematische Zuordnung von Arbeitsstätten, die mehrere verschiedenartige Tätigkeiten ausübten (Betriebskombinationen), waren 32 Kombinationsklassen vorgesehen.

Bei der Zählung zeigte sich, daß zur Kennzeichnung der am häufigsten vorkommenden Betriebskombinationen der örtlichen Einheiten und Unternehmungen weitere Kombinationsklassen notwendig gewesen wären. Anschließend

⁹³⁾ Das »Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten« ist mit Betriebsbenennungen (Auszug) in »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« Bd. 44 abgedruckt; im Anhang dieses Bandes auf S. 284 ff. sind nur die Bezeichnungen der Abteilungen, Gruppen, Zweige und Klassen aufgeführt.
⁹⁴⁾ Die Doppelabteilung 3/4 ist hier als eine einzige gezählt.

an die Zählung ist deshalb die Systematik einer Revision mit dem Ziel der Schaffung zusätzlicher Kombinationspositionen unterzogen worden.

Signieren der Arbeitsstätten (örtliche Einheiten)

Nach der Art des betriebenen Gewerbes, des Aufgabengebietes oder der verrichteten Tätigkeit, die aus den Angaben zu den Fragen A 1 und B 1 bis B 3 hervorgingen, war die zutreffende Signatur in den Abschnitt B einzusetzen. Ergänzend waren dabei die Angaben zu B 4 bis B 8 heranzuziehen. Zu beachten waren weiter die Eintragungen über die fachliche Zusammensetzung des Personals (D 1 bis D 5), die Rechtsform der Unternehmung (E 2) und die Sonderfragen für Groß- und Einzelhandelsbetriebe (G). In zahlreichen Fällen ließ erst die Berücksichtigung aller dieser Angaben eine zuverlässige Beurteilung der Art der Arbeitsstätte zu. Grundsätzlich war bei der Signierung nach einfachen und kombinierten Betrieben zu unterscheiden.

Einfache Betriebe. Als einfacher Betrieb war eine Arbeitsstätte anzusehen, wenn in ihr nur eine Gewerbeart betrieben wurde. Sie wurde somit einer reinen (nichtkombinierten) Klasse zugewiesen. Hierher gehörten auch die Fälle, in denen in einer Arbeitsstätte zwar weitere Gewerbe ausgeübt wurden, jedoch der wirtschaftliche Schwerpunkt in B 3 angegeben oder zu ermitteln war.

Kombinierte Betriebe. Wurden in einer Arbeitsstätte mehrere Arten von Gewerben betrieben, so war festzustellen, ob die Systematik für die vorliegende Kombination eine besondere Kombinationsklasse vorsah, nach der die Kennziffer zu wählen war. In allen anderen Fällen blieb auch hier der wirtschaftliche Schwerpunkt ausschlaggebend.

Wenn bei Arbeitsstättenbogen von Firmen, die an der Industrieberichterstattung beteiligt waren, systematische Kennziffern vorhanden waren, wurden diese nach den vorstehenden Grundsätzen auf Übereinstimmung mit den Angaben der Fragebogen überprüft. Widersprüche wurden von Fall zu Fall entschieden.

Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe wurden ebenfalls durch Arbeitsstättenbogen erfaßt. Es sind dies meist Verwaltungsbüros, Kraftzentralen u. dgl. Ihre systematische Einordnung hing davon ab, ob es sich bei der Arbeitsstätte um eine Haupt- oder Zweigniederlassung handelte. War sie eine »Hauptniederlassung«, so wurde aus den Angaben zu A und B 1 bis B 3 in Verbindung mit den unter C 3 genannten, in den Zweigniederlassungen betriebenen Gewerben festgestellt, welche Gruppe des Systematischen Verzeichnisses für die Unternehmung in Frage kam. Die in dieser Gruppe vorgesehene Kennziffer für »örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe« war sodann zu signieren. War der Hilfsbetrieb dagegen eine »Zweigniederlassung«, so mußte bei nicht ausreichenden Angaben der Fragebogen der zugehörigen Hauptniederlassung herangezogen werden.

War die Arbeitsstätte eine »einzige Niederlassung«, so wurde die im Abschnitt B gegebene Kennziffer nochmals neben C 3 eingetragen.

Signieren der Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten)

Alle Arbeitsstättenbogen der »Hauptniederlassungen« erhielten nunmehr im Abschnitt C eine zweite gewerbesystematische Kennziffer, die der Einordnung der Unternehmung als Wirtschaftseinheit entsprach. Sie war nach den gleichen Richtlinien wie bei der Signierung der Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) festzustellen, doch mußte sie sich jetzt nach den Angaben über die betriebenen Gewerbe in der Hauptniederlassung und in allen zugehörigen Zweigniederlassungen zusammen richten. Der für die systematische Zuordnung maßgebende Schwerpunkt der Gesamtunternehmung war also u. U. neu festzustellen.

Anschließend wurden die Arbeitsstättenbogen, nach Kreisen geordnet, abgelocht. Für diejenigen Statistischen Landesämter, welche die weitere Aufbereitung manuell vornahmen, war vom Statistischen Bundesamt eine besondere Anweisung ausgearbeitet worden, die den Ablauf der manuellen Sortier- und Auszählarbeiten im einzelnen regelte.

E. Maschinelle Aufbereitung

1. Herstellen der Lochkarten⁹⁶⁾

Die Locharbeiten für die drei Zählungsteile wurden nach den Vorschriften besonderer Lochanweisungen mit Magnetlochern in der Zeit von Januar bis August 1951 durchgeführt. Anschließend wurden die Lochkarten in der bestehenden Ordnung innerhalb einer regionalen Einheit mit den ihnen zugehörnden Belegen (Signierblätter, Wohnungsbogen, Arbeitsstättenbogen) durch den Magnetlochprüfer geprüft. Mit dieser dem Locher ähnlichen Maschine wurde jede gelochte Karte nach den Angaben der Belege Spalte für Spalte abgetastet. Festgestellte Lochfehler wurden auf den Karten angezeichnet, und eine anschließende Umlochgruppe sorgte für Neulochung der fehlerhaften Karten. Die Übereinstimmung der Lochkarten mit den Belegen war damit gesichert. Zur Klärung von Rückfragen beim Lochen und Prüfen, die durch undeutlich geschriebene Kennziffern u. ä. entstanden, hatten die Fachabteilungen gute Signierkräfte zu den Lochsälen abgestellt. Dies hat sich ausgezeichnet bewährt, weil ihr Eingreifen an Ort und Stelle Stockungen im Lochungsablauf verhinderte.

In jedem Zählbezirk war die Zahl der gelochten Karten mit der von der Fachabteilung festgestellten Sollzahl abzustimmen. Differenzen zwischen beiden wiesen auf nicht-gelochte oder doppelt gelochte Karten hin und konnten leicht beseitigt werden.

Die regionalen Ordnungsangaben eines Zählbezirks blieben für eine größere Anzahl von Lochkarten die gleichen. Sie einzeln einzulochen, wäre wegen der dadurch entstehenden Mehrbelastung unwirtschaftlich gewesen, zudem wären weitere Fehlerquellen entstanden. Deshalb blieb die Lochung der regionalen Angaben jeweils auf die erste Lochkarte eines Zählbezirks beschränkt. Die soweit fertiggestellten Lochkarten eines Kreises wurden nunmehr gestanzt. Der Doppler⁹⁷⁾ übernahm dabei die regionalen Angaben nach den Lochungen der ersten Karte des Zählbezirks automatisch auf die übrigen Karten des gleichen Zählbezirks.

Ähnlich wie bei den vorbereitenden Arbeitsgängen drängte sich beim Lochen und Lochprüfen die Arbeit auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammen. Dies bedeutete auch hier den Einsatz vieler neuer Kräfte. Erfahrungsgemäß eignen sich für diese Arbeiten am besten jüngere weibliche Personen. Die Ausbildung blieb vornehmlich auf das rein Technische beschränkt, doch vergingen einige Wochen, ehe Locherinnen und Prüferinnen eine stetige Normalleistung erzielten. Im Durchschnitt aller drei Zählungsteile wurden rd. 150 Lochkarten je Stunde gelocht und geprüft. Wird eine durchschnittliche Lochung von 40 Spalten vorausgesetzt, so ergeben sich für eine Bearbeiterin über 40 000 Tastenanschläge je Tag. Spitzenkräfte erzielten für kurze Zeit das Doppelte der Leistungen.

Insgesamt wurden gelocht und geprüft für die

Volks- und Berufszählung .. rd.	49 842 000 Lochkarten
Wohnungszählung	rd. 16 234 000 Lochkarten
Arbeitsstättenzählung	rd. 5 160 000 Lochkarten
Repräsentative Vorauswertung der Volks- und Berufszählung	rd. 500 000 Lochkarten
zusammen rd.	71 736 000 Lochkarten.

An anderer Stelle⁹⁵⁾ wird über die Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung für das Land Bremen durch das Statistische Bundesamt berichtet, die teils nach dem maschinellen, teils nach dem manuellen Verfahren vorgenommen wurde.

Der Gesamtverbrauch an Lochkarten einschließlich der umgelochten Karten und der Summenlochkarten in allen Statistischen Landesämtern belief sich auf etwa 100 Millionen Karten mit einem Gesamtgewicht von rd. 300 t.

In einem Land wurden Leistungen über dem Durchschnitt durch Prämien honoriert. Die erreichte Leistungssteigerung lag im Durchschnitt bei 30 vH. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß trotz der erhöhten Arbeitsleistung die Fehlerquote sank. Dies bestätigte die schon beim Signieren der Haushaltslisten gemachte Erfahrung, daß die durch Prämienengewährung erzielte Arbeitsintensität der einzelnen Arbeitskraft sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auswirkte.

Die Lochkarte der Volks- und Berufszählung, die für jede zur Wohnbevölkerung gehörende Person anzufertigen war, enthielt zur besseren Übersicht eine Unterteilung nach mehreren Merkmalsgruppen, wobei die ersten acht Spalten Sonderauszählungen in den Ländern vorbehalten blieben. Schraffierungen in einzelnen Lochfeldern der Spalten wiesen darauf hin, daß an diesen Stellen keine Lochungen auftreten durften und Falschlochungen hier somit schon rein optisch erkennbar wurden. An Hand des beim Signieren ausgefüllten Signierblattes ging die Lochung der Karten zügig vor sich. Dabei hat sich die Handlichkeit und Übersichtlichkeit des Signierblattes als besonders vorteilhaft erwiesen. Die Schnelligkeit und die Güte der Lochleistung ist ohne Zweifel hierdurch entscheidend beeinflusst worden. Die unterschiedlichen Arten der Altersangaben und die Kennzeichnung der Heimatvertriebenen wurden zunächst nicht abgelocht. Sie wurden erst im Laufe der maschinellen Aufbereitung durch Einstanzen in die Lochkarten aufgenommen⁹⁸⁾.

Bei der Gebäude- und Wohnungszählung wurden nur die Wohnungsbogen maschinell aufbereitet. Für jede auf dem Wohnungsbogen aufgeführte Wohnpartei (eine Zeile) war eine eigene Lochkarte anzufertigen. Sie war nach einzelnen Merkmalsgruppen unterteilt und enthielt ebenfalls in mehreren Spalten Schraffierungen zum leichteren Erkennen von Falschlochungen. Das Lochen erfolgte durch Übernahme der Angaben bzw. Signaturen aus den einzelnen Spalten des Wohnungsbogens und der am Fuße des Bogens vorgesehenen Signierleiste. Dabei waren bestimmte Angaben, die sich nur auf die Gesamtwohnung bezogen, nur bei der Karte des Hauptmieters zu lochen; auf der Untermieterkarte blieben die betreffenden Lochfelder frei. Der Lochvorgang wickelte sich im allgemeinen reibungslos ab. Beim Lochen machte sich nachteilig bemerkbar, daß der Hauptmieter der Wohnung nicht immer — wie vorgeschrieben — als erste Wohnpartei erschien. Dadurch kamen die nur für die Hauptmieter vorgesehenen zusätzlichen Angaben auf die Lochkarten von Untermietern, und zahlreiche Umlochungen waren die Folge.

Bei der Arbeitsstättenzählung bildete der ursprünglich für eine manuelle Aufbereitung vorgesehene Arbeitsstättenbogen die Unterlage für das Lochen. Einige Statistische Landesämter hatten bei einzelnen Fragen Signierkästchen hinzugefügt, um eine saubere Signierung zu erreichen. Sonst wurden die Signaturen neben die vorhandenen Eintragungen zu den einzelnen Fragen gesetzt, wodurch das Ablochen des Arbeitsstättenbogens wesentlich erschwert wurde und zahlreiche Lochfehler entstanden. Beim

⁹⁵⁾ Siehe S. 70. — ⁹⁶⁾ Die Lochkarten der drei Zählungsteile sind im Anhang auf S. 297 ff. abgedruckt. — ⁹⁷⁾ Siehe S. 67.

⁹⁸⁾ Siehe S. 67.

Entwurf so vielfach unterteilter Erhebungsbogen ist dringend zu empfehlen, durchlaufende Signierspalten, Signierleisten o. ä. vorzusehen, wenn nicht sogar die Anwendung eines geschickt angelegten Signierblattes allgemein vorzuziehen ist. Ein Land verwendete ein Signierblatt mit gutem Erfolg.

Die bei der Arbeitsstättenzählung verwendeten vier Kartenarten waren entsprechend den Abschnitten auf den Arbeitsstättenbogen in die Merkmalsgruppen A bis H aufgeteilt.

Kartenart 1 enthielt die allgemeinen betrieblichen Angaben aus den Abschnitten A bis H des Fragebogens.

Kartenart 2 wiederholte in den Spalten 13 bis 22 der Lockkarte die Angaben der Abschnitte A und B der Kartenart 1. Sodann wurden in den folgenden Spalten die Beschäftigten aus Abschnitt D des Arbeitsstättenbogens nach ihren speziellen Merkmalen untergliedert.

Kartenart 3 wiederholte in den Spalten 13 bis 51 der Lockkarte die Angaben der Abschnitte A bis E der Kartenart 1. In den folgenden Spalten 52 bis 63 erschienen Angaben über die Kapitalverhältnisse bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Der Rest der Karte blieb frei.

Kartenart 5 Spalten 13 bis 51 der Lockkarte waren wie bei Kartenart 3 eingeteilt. Die folgenden Spalten 52 bis 61 wiesen die Angaben über Lagerräume des Großhandels nach. Der Rest der Lockkarte blieb frei.

Die ursprünglich vorgesehene Kartenart 4 ist nicht zur Verwendung gekommen. Während für jede erfaßte Arbeitsstätte grundsätzlich je eine Lockkarte der Kartenarten 1 und 2 gelocht wurde, war dies bei den Kartenarten 3 und 5 nur in bestimmten Fällen erforderlich, so daß ihre Gesamtzahl nur einen Bruchteil derjenigen der beiden ersten Kartenarten betrug.

Im Zusammenhang mit den für das Land Bremen übernommenen Aufbereitungsarbeiten für die Volks- und Berufszählung und die Arbeitsstättenzählung⁹⁹⁾ wurde im Statistischen Bundesamt ein Versuch mit dem Zeichenlochverfahren (Mark Sensing) durchgeführt. Er sollte Klarheit darüber schaffen, ob dieses Verfahren, das bereits an verschiedenen anderen Stellen Eingang gefunden hatte, auch bei Zählungen größeren Umfanges mit Vorteil anwendbar ist. Ein kleiner Teil des Materials aus der Volks- und Berufszählung sowie der Arbeitsstättenzählung wurde zu diesem Versuch benutzt.

Die Zeichenlockkarte für die Volks- und Berufszählung hatte eine von der üblichen Lockkarte abweichende Einteilung. Der Kartenkopf diente lediglich dem Signieren der Merkmale in der üblichen Reihenfolge, wozu wegen des erforderlichen Raumes auch die Rückseite der Karte einbezogen wurde. Die Fußleiste der Karte zeigte die Spalteneinteilung nach erfolgter Lochung, die derjenigen der normalen Lockkarte entsprach. Das Zeichenlochverfahren macht es möglich, direkt in die Lockkarte zu signieren, womit das Ausschreiben des Signierblattes eingespart werden kann. Vorbereitende Signaturen auf den Lochungsbelegen werden damit überflüssig. Die Signierung ging so vor sich, daß an Hand der textlichen Angaben der Belege die Kennziffern der einzelnen Merkmale mit einem stark graphithaltigen Bleistift in genau vorgeschriebener Weise angestrichen wurden¹⁰⁰⁾.

Das Lochen der signierten und geprüften Karten wurde in einer elektronengesteuerten Maschine durch Abtasten der Signierstriche vollautomatisch bewirkt. Die Karten

mußten dazu zweimal durch die Maschine gehen, weil Vorder- und Rückseite abzutasten waren. Die fertig gelochte Karte entsprach in ihrer Lochungsfolge der normalen Lockkarte, mit der sie auch gemeinsam sortiert und tabelliert wurde. Der durch die automatische Lochung erreichte Gewinn an Zeit und Kosten ist hoch zu veranschlagen, weil der Einsatz von Locherinnen und Prüferinnen unnötig wird und Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der automatischen Lochung durch menschliche Arbeit nie erreicht werden kann.

Bei dem Versuch zeigten sich mancherlei technische Schwierigkeiten; sie konnten noch im Laufe des Versuchs ausgeschaltet werden. Es müssen jedoch schwerer wiegende Bedenken vermerkt werden. Die Einarbeitungszeit der Signierer, die schon wegen der sachlichen Anforderungen reichlich ausgedehnt war, verlängerte sich durch das Hinzutreten des immerhin ungewöhnlichen technischen Verfahrens merklich. Durch die Notwendigkeit, die Karte jeder Person einzeln zu signieren, ergab sich eine gewisse Schwerfälligkeit des Signiervorganges.

Die Bedenken verstärkten sich bei der Arbeitsstättenzählung¹⁰¹⁾. Hier waren die Unsicherheiten und damit die Fehlerquellen zahlreicher als bei der Volks- und Berufszählung, zumal sich der Arbeitsstättenbogen in Umfang und Aufbau als noch weniger für das Verfahren geeignet erwies als die Haushaltsungsliste.

Bei der maschinellen Aufbereitung des Zählungswerkes wurde besondere Sorgfalt darauf verwendet, das Lockkartenmaterial noch vor der ersten Tabellierung nach Möglichkeit von bisher noch nicht entdeckten Signier- und Lochfehlern zu säubern. Dies konnte sich natürlich nur auf solche beziehen, die sich bei einer schnell und leicht durchführbaren Prüfung erkennen ließen. Es wurde daher bei jedem Zählungsteil die Herstellung einer Korrekturliste vorgesehen, auf die von der Tabelliermaschine im sogenannten Listgang die gesamten Lochungen aller zu einer regionalen Einheit gehörenden Lockkarten niedergeschrieben wurden. Diese Arbeit ging mit einer Stundenleistung von etwa 9000 Lockkarten vor sich. Die Tabelliermaschine brachte dabei gleichzeitig Kontrollzahlen, die zur Grundabstimmung mit den vorläufigen Ergebnissen der Fachabteilungen dienten.

Die Korrekturlisten gelangten anschließend zu den Fachabteilungen, die eine sachliche Prüfung der Aufschreibungen vornahmen. Die einzelnen Statistischen Landesämter wendeten hierbei unterschiedliche Methoden an, die auf eine möglichst eingehende Prüfung der Lockkarten zielten, wobei der Aufwand an Zeit in erträglichen Grenzen bleiben mußte. Beim Lesen der Korrekturliste konnten Fehler entdeckt und ausgemerzt werden. Häufig wurde die Durchsicht der Liste noch verfeinert und in mehrere Abschnitte aufgeteilt, wobei jeweils eine besondere Lese- und Schablone verwendet wurde, in der die speziell zu prüfenden Merkmale zur Erleichterung des Prüfens ausgespart waren, was sich als sehr vorteilhaft besonders für die in engem Zusammenhang stehenden Berufsangaben in der Volks- und Berufszählung erwies. Da die Lockkarten noch in der Folge des Lochens lagen — also die Karten der Mitglieder einer Haushaltung hintereinander —, war es ferner ein leichtes, die Angaben über Größe und Zusammensetzung der einzelnen Haushaltungen nachzuprüfen. Ebenfalls konnte die richtige Signierung der Bevölkerungsgruppe bei den Haushaltsungsmitgliedern leicht geprüft werden. Der Arbeitsaufwand lohnte sich, denn viele Fehler, die sonst erst beim Aufstellen der Tabellen zu Tage getreten wären, konnten frühzeitig beseitigt werden und ersparten zeitraubende Richtigstellungen bei den späteren Arbeiten. Die festgestellten Fehler wurden auf den Korrekturlisten berichtigt und danach die Karten umgelocht. In ähnlicher Art und mit gleich gutem Erfolge wurden die Korrekturlisten der Wohnungszählung und der Arbeitsstättenzählung geprüft. Im Laufe der Arbeiten diente die

⁹⁹⁾ Siehe S. 70. — ¹⁰⁰⁾ Die Zeichenlockkarte ist im Anhang auf S. 300 abgedruckt. Zum besseren Verständnis ist sie aussigniert worden.

¹⁰¹⁾ Die Zeichenlockkarte ist im Anhang auf S. 301 abgedruckt.

Korrekturliste weiterhin als willkommenes Nachschlage-material, um Zweifelsfälle zu klären, ohne sogleich auf das Urmaterial zurückgreifen zu müssen.

Die Korrekturlisten kamen in den meisten Statistischen Landesämtern zur Anwendung. Nur wenige Ämter glaubten, zur Zeitersparnis hiervon absehen zu müssen. Sie behielten sich mit vermehrten Prüfsortierungen im Laufe der Maschinenarbeiten. Auch dieser Weg hatte seine Vorzüge, wie die Erfahrungen zeigten, obgleich hier manche Prüfungsmöglichkeiten, die auf den Korrekturlisten ohne weiteres gegeben waren, nicht mehr bestanden. Der weiteren praktischen Entwicklung der Korrekturlisten dürfte künftig Aufmerksamkeit zu schenken sein.

2. Sortieren und Tabellieren

Die Sortier- und Tabelliarbeiten mußten ebenfalls nach einheitlichen Richtlinien vor sich gehen. Mit ihrer Aufstellung wurde ein Ausschuß beauftragt, dem die technischen Sachverständigen sowie die der beteiligten Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter angehörten. Für die drei Zählungsteile wurden jeweils Aufbereitungspläne entwickelt, die unter Berücksichtigung der durch das Tabellenprogramm gegebenen regionalen und sachlichen Untergliederungen die zeitliche Folge der Arbeiten an den verschiedenen Maschinentypen festlegten. Im Interesse der rationellen Ausnutzung der eingesetzten Maschinen war der Folge der Arbeitsgänge besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Wichtig war es hierbei, die grundlegenden Merkmals-sortierungen für möglichst zahlreiche nachfolgende Sortier- und Tabelliergänge beizubehalten. Dieses Prinzip mußte in den wenigen Fällen verlassen werden, wo ihm die Erstellung vordringlich benötigter Ergebnisse entgegen stand. Es bedurfte eingehender Überlegungen in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen, um hier immer die vorteilhafteste Lösung zu finden. In Zukunft sollte geprüft werden, inwieweit sich durch Doppeln bestimmter Lochkartengruppen Wege zur schnelleren Aufbereitung in parallel laufenden Arbeitsgängen eröffnen lassen.

Die Aufbereitungspläne gliederten sich in zwei selbständige Teile:

1. Einzelkartenaufbereitung und Summenkartenerstellung,
2. Summenkartenaufbereitung.

Den Plänen waren Vorlagen zur Schaltung der Tabellier-maschinen für die einzelnen Tabelliergänge beigegeben, die nach Beratungen im Ausschuß im Statistischen Bundesamt

von Spezialkräften aufgestellt waren. Hierdurch erübrigte es sich, die gleiche komplizierte Arbeit in jedem Landesamt zu wiederholen. Gelegentlich wichen einzelne Statistische Landesämter von den Aufbereitungsplänen ab. Dies wirkte sich beim Fortgang der Arbeiten zuweilen hindernd aus. Ein einmal festgelegter Aufbereitungsplan sollte stets verbindlich sein, soweit nicht etwa auf neuere Erfahrungen ge-gründete Abänderungen allgemein beschlossen werden. Die Pläne können hier nicht im einzelnen besprochen werden. Ein Auszug aus dem Aufbereitungsplan für die Volks- und Berufszählung soll eine Vorstellung über den Aufbau der Pläne vermitteln¹⁰²⁾.

Das fertige Lochkartenmaterial kam geschlossen nach Kreisen zum Sortieren und Tabellieren. Beim zeitlichen Ablauf der maschinellen Aufbereitung lagen die nach Kreisen aufzustellenden Tabellen an erster Stelle, damit die Sortier- und Tabelliermaschinen so frühzeitig wie mög-lich mit ihrer Arbeit beginnen konnten. Nachdem das Loch-kartenmaterial für alle Kreise eines Regierungsbezirks vor-lag, konnten die Regierungsbezirkstabellen — soweit solche vorgesehen waren — aufgestellt werden. Erst wenn der letzte Kreis eines Landes gelocht war und seine Lochkarten die ersten Arbeitsgänge für Kreise und Regierungsbezirke durchlaufen hatten, konnten die nur für das gesamte Land zu erstellenden Tabellen in Angriff genommen werden.

Bei der Volks- und Berufszählung mit ihrer großen Kartenmenge wurden die Lochkarten grundsätzlich nach dem Geschlecht getrennt aufbereitet, wozu bei der Berufs-zählung noch die weitere Aufgliederung nach Bevölkerungs-gruppen kam. Dadurch ergab sich die willkommene Mög-lichkeit, die Aufbereitung gleicher Arbeitsgänge für einzelne regionale Einheiten parallel auf mehreren Maschinen durch-zuführen. So wurde eine bessere Ausnutzung der vor-handenen Maschinenkapazität und eine Beschleunigung der Arbeitsgänge erreicht.

Das Signieren der Erwerbsverhältnisse war wegen des zu beachtenden Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Angaben in der Haushaltungsliste besonders schwierig, und da hier erhöhte Fehlermöglichkeiten gegeben waren, wurde vor Erstellen der Berufszählungstabellen eine Prüfung auf Übereinstimmung aller hier in Frage kommenden Merkmale eingeschaltet. Diese erfolgte durch die Einfügung der Bz-Grundtabelle, die für die Erwerbspersonen und die Selbständigen Berufslosen eines jeden Regierungsbezirks in folgender Gliederung aufgestellt wurde:

Bz-Grundtabelle															
Vz-Karten der								männlich/weiblich				Beruf			
a) Erwerbspersonen (1 und 2 in Spalte 25)								Reg.-Bezirke				Stellung im Beruf			
b) Selbständigen Berufslosen (3 in Spalte 25)								Erwerbspersonen — Selbständige				Wirtschaftszweig			
								Berufslose				Bevölkerungsgruppe			
								Familienstand — Heimatvertrie-bene — Übrige Bevölkerung							
Beruf	Stellung im Beruf	Wirt- schafts- zweig	Bev.-Gruppe		Reg.-Bezirk	Fam.- Stand									
					Geschlecht	Hei- mat- vertr.		20	25	30	35	40	45	50	65
								bis unter 25 Jahren	bis unter 30 Jahren	bis unter 35 Jahren	bis unter 40 Jahren	bis unter 45 Jahren	bis unter 50 Jahren	bis unter 55 Jahren	Jahre und darüber
Erwerbspersonen bzw. Selbst. Berufslose		unter 15 Jahren	15 bis unter 18 Jahren	18 bis unter 20 Jahren											

An Hand sorgfältig vorbereiteter Prüfungsunterlagen, welche die zulässigen Kombinationsmöglichkeiten der Merk-male nachwiesen, wurde in der Fachabteilung die Durchsicht der Tabelle vorgenommen. Unstimmigkeiten wurden korri-giert und hiernach die Einzellochkarten umgelocht. Nach dieser Bereinigung erst konnten Summenkarten erstellt werden. Diese bildeten nunmehr die einheitliche Grundlage für die Berufszählungstabellen Bz 2, 3, 4 und 5, welche da-durch in schneller Folge tabelliert werden konnten.

Die durch Einfügung der Bz-Grundtabelle erreichte Zu-verlässigkeit und Übereinstimmung der Ergebnisse in den großen Berufszählungstabellen rechtfertigten durchaus den entstandenen Zeitaufwand. Die Bereinigung fehlerhafter Berufszählungsangaben durch die Bz-Grundtabelle sollte zweckmäßig auch auf die Lochkarten der Angehörigen ohne Hauptberuf ausgedehnt werden. Durch eine geschickte Ver-flechtung könnte die Durchsicht und Bereinigung beider

¹⁰²⁾ Siehe Anhang S. 303.

Grundtabellen gleichzeitig erfolgen und somit die erforderliche Mehrarbeit auf ein erträgliches Maß beschränkt werden. Es bleibt aber anzustreben, die Einschaltung der Bz-Grundtabelle möglichst in eine noch frühere Phase der Aufbereitung zu verlegen. Dies setzt aber voraus, daß das gesamte Kartenmaterial eines Regierungsbezirks für die Tabellierung zur Verfügung steht, weil die Durchsicht kleinerer regionaler Einheiten zu viel Zeit beansprucht und damit unrationell ist.

Außer der Bz-Grundtabelle für die Berufszählung entstand vor der Aufstellung auch anderer endgültiger Maschinentabellen noch eine Anzahl weiterer Grundtabellen, die durch eine frühzeitige Durchsicht und Abstimmung das Ausscheiden von Unstimmigkeiten gestatteten. Zuweilen ergab sich dabei noch der Vorteil, daß für die Vorprüfung der Ergebnisse mehrerer Tabellen eine einzige Grundtabelle genügte.

Durch die große Menge der zu verarbeitenden Lochkarten, die Vielzahl der Tabellen und die wechselnden regionalen und sachlichen Gliederungen war die weitgehende Verwendung von Summenkarten notwendig. Die Summenkarte stellt die Zusammenfassung einer beliebigen Zahl von Einzelfällen einer bestimmten Gruppierung dar. Durch ihre Verwendung ergab sich eine wesentliche Einschränkung des Kartendurchlaufes bei den nachfolgenden Arbeitsgängen, womit beachtliche Einsparungen an Zeit und Kosten erzielt wurden. Je nach der Art der Merkmalskombinationen und der dadurch bedingten unterschiedlichen zahlenmäßigen Besetzung ergaben sich stark voneinander abweichende Verdichtungsverhältnisse. Die Zahl der Summenkarten war natürlich dann am niedrigsten, wenn eine große Zahl von Einzellockarten in nur wenige Gruppen aufzuteilen war. Das Verdichtungsverhältnis war in diesem Falle das günstigste. Der umgekehrte Fall trat ein, wenn die Gesamtmasse der Einzellockarten relativ klein, dabei aber vielfältig gruppiert war. Zwischen diesen beiden extremen Fällen gab es viele Abstufungen. Das Verhältnis der Summenkarten zu den Einzellockarten betrug bei:

Volks- und Berufszählung	zwischen 0,04 und 16,00 vH,
Wohnungszählung	zwischen 0,05 und 2,58 vH,
Arbeitsstättenzählung	zwischen 1,43 und 22,83 vH.

Bei der Wohnungszählung hielten sich die Schwankungen in engeren Grenzen, weil die Aufgliederung verhältnismäßig einfach blieb. Bei der Volks- und Berufszählung sowie bei der Arbeitsstättenzählung weisen die größeren Unterschiede auf die feinere Unterteilung der Tabellen hin, die sich noch mehr auswirkte, wenn nur Teilmengen der Einzellockarten einbezogen waren. Nicht alle Arten von Summenkarten wurden auf der Tabelliermaschine erstellt. In manchen Fällen wurden sie an Hand der Maschinentabellen gelocht, wenn sich dies als der rationellere Weg erwies.

Die Summenkarten wurden nicht allein für sachliche Merkmalsgliederungen erstellt, sondern auch als regionale Summenkarten mit Ingesamtszahlen bestimmter Merkmale für Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke. Besonders die Gemeindegemeinschaften hat sich hier ausgezeichnet bewährt, so daß daran gedacht werden könnte, ihre Anwendung weiter auszudehnen und damit Gemeindetabellen für noch weitere Merkmale zu erstellen.

3. Maschinentypen und ihre Verwendung

Für die maschinellen Aufbereitungsarbeiten wurden in den Statistischen Landesämtern rund

500 Magnetlocher,	
350 Magnetlochprüfer,	
100 Sortiermaschinen	Type 080,
20 Kartenmischer	Type 551,
50 Summendoppler	Type 560,
100 Tabelliermaschinen	Type D 11 d 2

eingesetzt.

Die Sortiermaschine ordnete die Lochkarten nach wechselnden regionalen und sachlichen Merkmalen so, wie sie für die anschließenden Tabelliergänge benötigt wurden.

In einem Kartendurchgang konnten jeweils die Lochungen 0 bis 9 in nur einer Spalte sortiert werden; ein mehrstelliges Merkmal erforderte demgemäß wiederholte Kartendurchgänge. Die Sortierleistung betrug je Stunde im Durchschnitt 12000 Lochkarten.

Unter dem Gesichtspunkt der frühzeitigen Berichtigung fehlerhafter Lochkarten waren zusätzliche Kontrollen bei bestimmten Sortiergängen vorgesehen. Lochkarten, die bei einer solchen Kontrolle aus dem Rahmen der im Aufbereitungsplan vorgesehenen Merkmalskombinationen herausfielen, wurden unter Berücksichtigung der weiteren Merkmale der Lochkarten umgelocht. Die Kontrollen haben sich bewährt, ihrer Anwendung ist auch künftig Beachtung zu schenken.

Die Konstruktion des Kartenmischers bietet die Möglichkeit, Lochkarten mit Merkmalskombinationen, die insgesamt bis zu 32 Stellen enthalten, in nur einem Arbeitsgang aus- oder einsortieren zu können. Sein Einsatz blieb bei der Zählung jedoch darauf beschränkt, Kartengruppen mit einer geringeren Zahl von Merkmalskombinationen während der laufenden Aufbereitung für nachträglich eingeschobene Auszählungen aus- und wieder einzumischen. Bei Benutzung der Sortiermaschine hätte eine solche Arbeit stets mehrere Kartendurchläufe erfordert. Die Stundenleistung des Mischers lag zwischen 14000 bis 28000 Karten und war jeweils abhängig von der Art des Arbeitsganges.

Der Summendoppler konnte allein für sich als automatischer Kartendoppler verwendet werden oder in Verbindung mit der Tabelliermaschine als Summendoppler zur Erstellung der Summenkarten.

Beim Einsatz als einfacher Doppler stanzte die Maschine nach den Angaben einer vorgelegten Leitkarte die ihr folgenden Lochkarten so lange mit den gleichen Merkmalen, bis eine neue Leitkarte die Merkmale an einer beliebigen Stelle abänderte. Wie bereits bemerkt, wurden auf diese Weise nach dem Loch die regionalen Ordnungsangaben in die einzelnen Lochkarten eingestanzte. Bei der Volks- und Berufszählung wurde diese Möglichkeit noch weiter ausgeschöpft. Zur Erstellung mehrerer Tabellen mit Altersangaben waren die Geburtsjahrangaben in solche für Altersjahre umzuwandeln und diese zu drei unterschiedlich abgegrenzten Altersgruppen zusammenzufassen. Die dafür erforderlichen Signaturen einzusetzen, wäre unvorteilhaft gewesen, zumal hier erfahrungsgemäß viele Fehler entstehen. So wurde Vorsorge getroffen, die Angaben durch Stanzen in die Lochkarten zu bringen. Nach der Sortierung der Lochkarten für die Geburtsjahrtabelle Vz 4 lagen sie geordnet nach Geburtsjahren und Familienstand. Durch Einschieben mehrerer Sortiergänge unter Einbeziehung noch weiterer Merkmale wurde eine Ordnung geschaffen, die nach Einfügen vorbereiteter Leitkarten das Einstanzen der genannten Merkmale in einem einzigen Arbeitsgang und völlig fehlerfrei gestattete. Damit verbunden war die Einstanzen einer Kennziffer, welche die Heimatvertriebenen-eigenschaft angab. Die bestehende Feinsortierung erlaubte ohne besonderen Zeitaufwand die Kontrolle einer Reihe weiterer Merkmalskombinationen. Die Stundenleistung des Dopplers lag bei etwa 6000 Karten.

Als Summendoppler wurde die Maschine mit der Tabelliermaschine elektrisch gekoppelt. Für jede niedergeschriebene Zeile (ausgezählte Lochkartengruppe) auf der Tabelle entstand im Summendoppler eine Summenkarte gleichen Inhalts.

Die Tabelliermaschine zählte die Lochkarten in der von der Sortiermaschine für die jeweilige Tabelle geschaffenen Unterteilung aus. Die Gruppenkontrollschaltung der Tabelliermaschine, die bis zu 20 Stellen der Lochkarte einbeziehen konnte, besorgte dabei selbständig die Trennung der einzeln auszählenden Gruppen. Sie stellte sich dabei automatisch auf die Angaben der als Leitkarte dienenden ersten Lochkarte einer Gruppe ein. Solange diese die gleichen blieben, erfolgte die Zählung der nachfolgenden Karten fortlaufend, um erst dann abgeschlossen und mit ihren Zahlen in der vorgesehenen Unterteilung niedergeschrieben zu werden, wenn sich die auf Gruppenkontrolle geschalteten

Merkmale auf einer Karte änderten. Die Tabelliermaschine enthielt acht Zählwerke mit gekoppelten Schreibwerken, von denen das eine für die Querrechnung der Zeilen geschaltet war. Die Zähl- und Schreibwerke konnten in je zwei Sektoren unterteilt werden, wodurch die Möglichkeit zur gleichzeitigen Auszählung von bis zu 14 verschiedenen Merkmalen mit Querrechnung gegeben war. Zuweilen wurde ein Teil der Zählwerke für die Aufrechnung der Spalten geschaltet. Sie gestatteten damit außer der waagrechten auch die senkrechte Summenbildung. Die Stundenleistung der Tabelliermaschine war weitgehend von der mehr oder weniger feinen Untergliederung der jeweiligen Tabelle abhängig; sie lag zwischen 3000 bis 4000 Karten.

Die Zwischen- und Endsummen einer Maschinentabelle¹⁰³⁾ wurden in einer besonderen Abstimmgruppe innerhalb der Abteilungen für maschinelle Aufbereitung nach gegebenen Kontrollzahlen geprüft. Zeigten sich Unstimmigkeiten, so wurden sie geklärt und die fehlerhaften Summenkarten berichtigt. Bei sachlichen Fehlern wurden nach Möglichkeit auch die Einzellockkarten umgelocht.

Für die Aufbereitung durch Sortier- und Tabelliermaschinen ergaben sich bei den drei großen Zählungsteilen:

Volks- und Berufszählung	Einzellockkarten 148 Arbeitsgänge, Summenkarten 138 Arbeitsgänge.
Wohnungszählung	Einzellockkarten 53 Arbeitsgänge, Summenkarten 144 Arbeitsgänge.
Arbeitsstättenzählung	Einzellockkarten 52 Arbeitsgänge, Summenkarten 83 Arbeitsgänge.

Abschließend sei noch ein kurzer Überblick über die gesamten Kartendurchgänge in den Statistischen Landesämtern in runden Zahlen gegeben, wobei die für Einzellockkarten und Summenkarten an den Sortier- und Tabelliermaschinen zusammengefaßt sind:

F. Aufstellen, Prüfen und Abstimmen der Liefertabellen

Die Maschinentabellen waren in ihrer Einteilung von den maschinentechnischen Möglichkeiten bedingt. Sie entsprachen damit noch nicht dem Aufbau der endgültigen Tabellen. Aus diesem Grunde war es erforderlich, die Zahlen der Maschinentabellen auf vorgedruckte Formulare zu übertragen, in denen sie erst in übersichtlicher Anordnung erscheinen konnten. Entgegen ihrer scheinbaren Einfachheit erforderte diese Arbeit große Gewissenhaftigkeit, um bei der oft sehr weitgehenden Unterteilung der Tabellen auch jede Zahl an der richtigen Stelle einzusetzen. Nach der Übernahme der Ergebnisse waren die Tabellen sorgfältig horizontal und vertikal nachzurechnen und auf die Maschinentabellen abzustimmen.

Die fertige Tabelle wurde anschließend einer eingehenden Durchsicht auf Richtigkeit ihres Inhalts und auf Einheitlichkeit ihrer Aufstellung unterzogen. Sodann erfolgte eine Abstimmung mit anderen Tabellen, deren Zahlen in irgendeiner Beziehung zu der vorliegenden standen. Hierzu waren vom Statistischen Bundesamt für jeden der drei Zählungsteile einheitliche Richtlinien ergangen. Diese Prüfung bezog sich nicht nur auf die Tabellen-Endsummen, sondern auch auf Zwischensummen, soweit sie in den verschiedenen Tabellen vergleichbar waren. Die Arbeiten waren zuweilen zeitraubend, wenn sich Differenzen nur schwer aufklären ließen. In Ausnahmefällen mußten sogar neue Maschinentabellen hergestellt werden. Da zu diesem Zeitpunkt die Lockkarten meist schon weitere Arbeitsgänge durchlaufen hatten, waren unerwünschte Rücksortierungen erforderlich. Um diese nach Möglichkeit zu vermeiden, sollten die Maschinentabellen in kürzester Zeit von der Fachabteilung bearbeitet werden, wozu rechtzeitig für eine Verstärkung des mit der Tabellenaufstellung beschäftigten Personals zu sorgen ist.

Sortiermaschinen	
Volks- und Berufszählung	2 351 Millionen
Wohnungszählung	498 Millionen
Arbeitsstättenzählung	252 Millionen
insgesamt ...	3 101 Millionen.

Tabelliermaschinen	
Volks- und Berufszählung	1 380 Millionen
Wohnungszählung	265 Millionen
Arbeitsstättenzählung	113 Millionen
insgesamt ...	1 758 Millionen.

In allen Statistischen Landesämtern wurden rund 4 t Papier für die Aufstellung der Maschinentabellen verbraucht.

Mischer	
Volks- und Berufszählung	224 Millionen
Wohnungszählung	29 Millionen
Arbeitsstättenzählung	3 Millionen
insgesamt ...	256 Millionen.

Die seit der Zählung von 1950 vor sich gegangene und weiter fortschreitende Entwicklung des maschinellen Aufbereitungsverfahrens — erwähnt seien hier nur die elektronisch gesteuerten Tabelliermaschinen — wird in Zukunft eine bedeutende Umwälzung und Beschleunigung der maschinellen Aufbereitung mit sich bringen. Die Vorbereitungsarbeiten für eine neue Zählung werden demnach auch hier vor der Lösung vieler neuer Probleme stehen. Auch werden z. B. weitgehend die Ergebnisse von den Tabelliermaschinen bereits in der Form der vorgesehenen Liefertabellen geschrieben werden können, so daß ein nachträgliches Abschreiben der Zahlen von den Maschinentabellen auf besondere Tabellenformulare überflüssig wird.

An Hand der Konzepttabellen waren Reinschriften mit Tinte oder Schreibmaschine herzustellen, nach denen für den weiteren Gebrauch Fotokopien oder Ablichtungen angefertigt werden konnten. Die Reinschriften mußten eingehend geprüft werden, um jeden Abschreibefehler zu beseitigen. Dazu genügte, wie die Erfahrungen bestätigten, nicht der Vergleich mit dem Konzept durch Ablesen, sondern nur das lückenlose Nachrechnen der Tabellen in allen Teilen verbürgte ihre Fehlerfreiheit. Ein Exemplar dieser Reinschrifttabellen war an das Statistische Bundesamt zu liefern. Entsprechend hergerichtete Ablichtungen oder Fotokopien konnten oftmals auch als Manuskripte bei der Drucklegung der Ergebnisse verwendet werden. Sie ersparten damit die Aufstellung besonderer Manuskripttabellen.

Der Umfang der Tabellen war sehr verschieden und wurde von der Zahl der einbezogenen Merkmale und ihren Kombinationen bestimmt. Um eine Vorstellung von dem Umfang mancher Tabellen zu geben, werden nachstehend einige Beispiele aus der Volks- und Berufszählung angeführt, aus denen die Zahl der besetzten Zeilen und Fächer einiger Tabellen eines mittelgroßen Landes ersichtlich wird. Theoretisch müßten diese Zahlen, wenn sie für die 1950 bestehenden elf Länder des Bundesgebietes und die Bundestabelle zusammengestellt würden, auf das zwölfwache erhöht werden.

Tabelle	Zeilen	Fächer
Bz 2	6 500	150 000
Bz 4	15 000	45 000
Bz 1	1 400	23 000
Vz 12	2 000	16 000
Vz 9	1 900	9 000
Vz 13	1 100	7 000

Die Kreistabellen hatten eine wesentlich einfachere Gliederung als die Ländertabellen, doch vervielfachten sich hier Zeilen und Fächer durch die große Zahl der regionalen Ein-

¹⁰³⁾ Maschinentabellenmuster siehe Anhang S. 302.

heiten. Die Tabelle Vz3 »Die Wohnbevölkerung nach Altersjahren und Familienstand« enthielt je Kreis etwa 300 Zeilen mit 2600 Fächern; für alle Kreise des Bundesgebietes ergab dies rund 166000 Zeilen mit 1440000 Fächern. Bei der Tabelle Bz1 »Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit usw.«, die je Kreis aus etwa 150 Zeilen mit 1600 Fächern bestand, waren für alle Kreise des Bundesgebietes rund 83000 Zeilen mit 885000 Fächern auszufüllen.

G. Zentrale Aufbereitungen durch das Statistische Bundesamt

Da nach dem Zählungsgesetz die Aufbereitung durch die Statistischen Landesämter vorzunehmen war — lediglich für die ergänzenden Erhebungen sah § 6 Abs. 3 die Möglichkeit abweichender Regelungen vor —, verblieb dem Statistischen Bundesamt auf der Stufe der Aufbereitung bei den Vollerhebungen nur die letzte Phase der Zusammenstellung von Landes- zu Bundesergebnissen. Damit hatte es nur beschränkte Möglichkeiten, Erfahrungen darüber zu sammeln, wie sich die von ihm zusammen mit den Statistischen Landesämtern vorbereiteten Aufbereitungspläne bewährten. Zwar bestand ein dauernder Kontakt mit den Statistischen Landesämtern — teils schriftlich, teils durch gegenseitige Besuche —, doch sind erfahrungsgemäß Kenntnisse der Details und ein vollständiges Urteil über das Funktionieren der komplizierten Abläufe nur zu gewinnen, wenn praktische Arbeiten an Ort und Stelle mit eigenen Kräften durchgeführt werden können. Zu diesem Zweck hat das Statistische Bundesamt Aufbereitungsarbeiten von Statistischen Landesämtern ganz oder teilweise übernommen. Es fand dabei das Entgegenkommen der betreffenden Landesämter, die ihrerseits aus verschiedenen Beweggründen ein Interesse an der Abgabe eines Teils der Arbeiten hatten. Zu dieser Gruppe von Arbeiten gehören

- die Übernahme von Locharbeiten für das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen
- und die Übernahme von Aufbereitungsarbeiten für das Statistische Landesamt Bremen.

Der entstandene Aufwand wurde auf der Basis der Selbstkosten berechnet und mit den an die Statistischen Landesämter zu zahlenden Bundeszuschüssen verrechnet.

Davon ist eine andere Gruppe zu unterscheiden, bei der gemäß § 6 Abs. 3 VZG 1950 durch das Statistische Bundesamt im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden die Aufbereitung übernommen wurde, weil es sich um repräsentative Zählungen mit einem geringen Repräsentationsgrad und besonders komplizierter Fragestellung handelte bzw. Ergebnisse nur auf Bundesebene sinnvoll waren. Es sind dies die zur Ergänzung der Zählung durchgeführte

- Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten
- und die Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen.

Schließlich ist eine dritte Gruppe von Arbeiten zu nennen, bei der das Statistische Bundesamt über das Bundesminimalprogramm hinaus an Hand des Aufbereitungsmaterials nachträgliche Auszählungen vorgenommen hat. Zu dieser Gruppe rechnen

- die repräsentativen Auszählungen der 100. Lochkarten, die Feststellungen über die wirtschaftliche Struktur der Haushaltungen
- und die Feinauszählung der Arbeitsstättenbogen.

Über die verschiedenen Aufbereitungsarbeiten wird nachstehend einzeln berichtet.

Übernahme von Locharbeiten für das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen

Das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen hatte sich auf Anregung des Statistischen Bundesamtes bereit erklärt, einen Teil der Locharbeiten zur Volks- und Berufszählung

Im Statistischen Bundesamt wurden die von den Statistischen Landesämtern gelieferten Ländertabellen eingehend in allen Teilen durchgesehen und auf ihre Einheitlichkeit und rechnerische Richtigkeit geprüft. Die Durchsicht führte wiederholt zu Korrekturen. Anschließend wurden die Länderergebnisse zu Bundesergebnissen konzentriert, wozu, wie auch zum Nachrechnen der fertig aufgestellten Bundestabellen, meist die üblichen Additionsmaschinen benutzt wurden.

an die Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in Berlin zu vergeben, um auf diese Weise einen Beitrag zur Berlin-Hilfe zu leisten. Zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen wurde ein Vertrag geschlossen, nach welchem die Lochkarten für 4,5 Millionen Personen — von insgesamt 13,5 Millionen — in Berlin gelocht und geprüft wurden. Anschließend war die Einzellistung der gelochten Karten auf den vorgesehenen Korrekturlisten durchzuführen. Die Arbeit lief in den Monaten März bis August 1951 ab, wobei eine durchschnittliche Wochenleistung von rund 150000 gelochten, geprüften und gelisteten Lochkarten erzielt wurde. Auf diese Weise konnten in der genannten Zeit in Berlin über 50 Kräfte zusätzlich beschäftigt werden, deren Leistungen außerordentlich günstig lagen. Hinsichtlich des Lochens ließen sich dabei nützliche Erfahrungen sammeln.

Die Lochung erfolgte wie üblich an Hand der Signierblätter, die in mehreren Transporten nach Berlin gesandt wurden. Um das Risiko bei eventuellen Verlusten zu verringern, wurden zusammengehörende Signierblätter, Lochkarten und Korrekturlisten niemals gemeinsam zurückgesandt, so daß nicht alle Belege zugleich verlorengehen konnten.

Das für die Arbeit eingestellte Personal trat in die Dienste des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen und wurde nach dem dort für die Volkszählung geltenden Tarif für Locherinnen entlohnt. Die erforderlichen Maschinen wurden vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen selbst angemietet und der Zweigstelle zur Verfügung gestellt.

Übernahme von Aufbereitungsarbeiten für das Statistische Landesamt Bremen

Die durchgeführten Arbeiten waren, wie die nachstehende Darstellung nach Zählungsteilen zeigt, verschiedenen Umfanges.

Volks- und Berufszählung, Wohnungszählung

Nach der in Bremen vollzogenen Trennung der Zählpapiere der beiden Zählungsteile übernahm das Statistische Bundesamt die Durchführung der Signierarbeiten für den Stadtkreis Bremerhaven und für einen Stadtbezirk Bremerhavens außerdem noch die beiden Arbeitsgänge IV »Prüfung und Feststellung der Wohnbevölkerung usw.« und V »Vergleich der Zählpapiere« mit nachfolgender Trennung der Zählpapiere.

Das Statistische Landesamt Bremen hatte zwar eine eigene Abteilung für maschinelle Aufbereitung, deren Kapazität jedoch nicht ausreichte, um den erhöhten Anfall an Loch-, Sortier- und Tabellierarbeiten zu bewältigen. Andererseits glaubte das Landesamt aus praktischen Erwägungen von einer zeitweisen Ausdehnung des vorhandenen Apparates Abstand nehmen zu sollen, weil die Anlaufzeiten für die einzelnen Phasen der maschinellen Aufbereitung in zu ungünstigem Verhältnis zu der immerhin bescheidenen Gesamtmenge des Materials gestanden hätten. Deshalb wurden dem Statistischen Bundesamt auch die gesamten Loch- und Maschinenarbeiten übertragen und von diesem in Wiesbaden durchgeführt. Das Statistische Landesamt Bremen lieferte die lochfertigen Belege — Signierblätter und Wohnungsbogen — an das Statistische Bundesamt und erhielt nach angemessener Zeit die geprüften Maschinen-

tabellen. Die Aufstellung der Liefertabellen und ihre Abstimmung sowie die Anfertigung der Reinschriften erfolgte im Statistischen Landesamt Bremen. Auch hierbei ergab sich für das Statistische Bundesamt der Vorteil, die maschinellen Ablaufpläne und die in diesen vorgesehenen Schaltpläne für die Tabelliermaschinen praktisch erproben und Erfahrungen sammeln zu können.

Arbeitsstättenzählung

Die Arbeitsstättenbogen des Landes Bremen wurden nach Durchlaufen der Eingangskontrolle und der damit zusammenhängenden Arbeiten an das Statistische Bundesamt abgegeben.

Im Gegensatz zur Volks- und Berufszählung sowie zur Wohnungszählung hatte das Statistische Bundesamt die gesamten Aufbereitungsarbeiten für die Arbeitsstättenzählung einschließlich Aufstellung der Liefertabellen und deren Abstimmung sowie die Anfertigung der Reinschriften übernommen.

Das Statistische Bundesamt hatte hier Gelegenheit, eigene Erfahrungen über die manuelle und maschinelle Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung zu sammeln. Die Aufbereitung wurde nach beiden Verfahren durchgeführt. Dieser Versuch erbrachte wertvolle Einzelerkenntnisse und führte zu dem Ergebnis, daß in bezug auf Arbeitstechnik, -aufwand und -zeit beide Aufbereitungsarten im vorliegenden Fall im großen und ganzen als gleichwertig anzusehen waren. Das maschinelle Verfahren hatte hier lediglich den Vorteil, die Angaben in der Lochkarte für spätere Auszählungen speichern zu können. Ein dritter Versuch wurde mit der Anwendung des Zeichenlochverfahrens gemacht, worüber an anderer Stelle berichtet wurde.

Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha

Die Aufbereitung erstreckte sich hier nur auf den Stadtkreis Bremerhaven. Sie wurde manuell durchgeführt, wobei die Konzepttabellen ebenfalls an das Statistische Landesamt Bremen zur Aufstellung der Liefertabellen gegeben wurden.

Obgleich der Umfang der hier erwähnten Arbeiten in bescheidenen Grenzen blieb, konnte doch der beabsichtigte Zweck erreicht werden. Das Statistische Bundesamt kam durch die frühzeitige Übersendung des Zählmaterials erheblich schneller zu dessen Bearbeitung, als es in den Statistischen Landesämtern der Fall war. Somit konnten diesen mancherlei wertvolle Erfahrungen rechtzeitig vermittelt werden.

Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Die Aufbereitung der Fragebogen der sogenannten »Ergebnisbetriebe«, d. h. der Firmen, die den Erhebungsvordruck beantwortet hatten, wurde wegen des im Durchschnitt sehr niedrigen Auswahlsatzes, der dadurch bedingten starken und unterschiedlichen Streuung sowie wegen der Bereitstellung eines Teils des Materials ohne Einschaltung der Landesämter, z. B. durch Buchstellen und Verbände, zentral vom Statistischen Bundesamt vorgenommen. Auch sollte die Gleichmäßigkeit der Bearbeitung sichergestellt werden. Wegen des Mangels an Erfahrungen in Kostenstrukturerhebungen waren Richtzahlen für mögliche und zutreffende Relationen der einzelnen Kosten untereinander nur für einzelne Wirtschaftsbereiche aus den Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes aus der Vorkriegszeit, aus den Untersuchungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln, der Forschungsstelle für den Handel in Berlin und aus den Untersuchungen einzelner Verbände verfügbar. Das Erhebungsmaterial mußte deshalb durch Vergleich in sich auf Wahrscheinlichkeit und Richtigkeit geprüft werden. Dabei wurden die für die einzelnen Gewerbezweige zuständigen Verbände sowie Sachverständige herangezogen. Diese Überprüfung, die viel Zeit beanspruchte, hat sich als sehr fruchtbar erwiesen. Bei der

geringen Zahl von Unternehmungen jeder Untergruppe (durchschnittlich 30) war ein solcher Vergleich nur von einer zentralen Prüfungs- und Aufbereitungsstelle durchzuführen.

Da eine maschinelle Aufbereitung bei der geringen Zahl der Erhebungseinheiten in jeder Untergruppe und der hohen Zahl der anzufertigenden Lochkarten je Erhebungseinheit unwirtschaftlich gewesen wäre, wurde die Aufbereitung manuell durchgeführt.

Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen

Bei dieser ebenfalls repräsentativ durchgeführten Nacherhebung wurden die Statistischen Landesämter, außer in der Erhebungsphase nur bei der Eingangskontrolle und der ersten Überprüfung der Erhebungsbogen, soweit sie zweckmäßigerweise in den Ländern stattfand, tätig. Anschließend wurde das Erhebungsmaterial an die Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes abgegeben, wo Signierung und maschinelle Aufbereitung durchgeführt wurden. Die zentrale Bearbeitung erfolgte einmal, weil bei der schmalen Repräsentation eine einheitliche Aufbereitung zweckmäßiger war, zum anderen, weil sie gewisse Kostenersparnisse mit sich brachte und in Berlin bereits geeignetes Personal, nämlich die vorher für das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen beschäftigten Arbeitskräfte, zur Verfügung stand. Die Länder leisteten mit der Übertragung der Arbeiten zugleich einen Beitrag im Rahmen der Berlin-Hilfe.

Repräsentativauszählung der 100. Lochkarten

Dem Umfang des, für die Vollauszählung der Volks- und Berufszählung zugrunde zu legenden Tabellenprogramms waren natürlich Grenzen gezogen. Eine Reihe von durchaus wünschenswerten Feststellungen konnte nur durch nachträgliche zusätzliche Auszählungen auf repräsentativer Basis erfüllt werden. Für solche Zwecke wurde deshalb in den Statistischen Landesämtern von der jeweils 100. Lochkarte nach ihrer Prüfung ein Doppel hergestellt. Die Karten lagen also noch in der ursprünglichen regionalen Gliederung und hatten noch keinen Sortiergang durchlaufen, so daß einwandfreie Voraussetzungen für die Auswahl nach dem Zufallsprinzip gegeben waren. Die Duplikate der Lochkarten übernahm das Statistische Bundesamt zur zentralen maschinellen Aufbereitung in seine Zweigstelle Berlin, wo im Rahmen des Notstandsprogramms Mittel für solche Folgearbeiten zur Verfügung standen.

Die Aufbereitung wurde für das Bundesgebiet und für Länder vorgenommen. Sie erstreckte sich auf Kombinationen von Merkmalen, die in der Vollauszählung überhaupt nicht, oder nicht so weitgehend berücksichtigt waren, wie z. B. die Kombination Erwerbstätigkeit und Religionszugehörigkeit, Geburtsjahr und Wohnort am 1. September 1939 und differenziertere Auszählungen der Haushaltungen, z. B. nach Religionszugehörigkeit und Wirtschaftsbereich des Haushaltsvorstandes¹⁰⁴).

Feststellungen über die wirtschaftliche Struktur der Haushaltungen

Durch die Aufbereitung der 100. Lochkarten konnten in Anlehnung an die Tabellen der Vollauszählung zusätzlich nur Ergebnisse gewonnen werden, die sich aus dem Zusammenhang von Merkmalen für den Haushaltsvorstand mit anderen Merkmalen ergaben. Die für die Beurteilung der Einkommensverhältnisse erwünschten Einsichten in die wirtschaftliche Struktur der Haushaltungen setzte voraus, daß außer für die Haushaltsvorstände auch für die weiteren in den Haushaltungen lebenden Einkommensbezieher wirtschaftlich und sozial relevante Merkmale aufbereitet wurden. Weitere Feststellungen sollten sich auf Umfang und Art der Er-

¹⁰⁴) Die Aufzählung dieser Tabellen findet sich als Ergänzung des Bundesminimalprogrammes im Anhang auf S. 243. Ihre Ergebnisse sind z. T. in dem Statistischen Bericht VIII/8/27 vom 31. Juli 1953 und in »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, Bd. 35, H. 8 berücksichtigt worden.

Die Statistischen Landesämter zählten aus den noch in ihrer ursprünglichen regionalen Ordnung liegenden Signierblättern in steter Folge die der 100. Haushaltungen unter

Auslassen der Anstaltshaushaltungen aus, womit die für das Stichprobenverfahren vorauszusetzende Zufallsauswahl gewahrt war. In zwei Statistischen Landesämtern waren die Signierblätter vorzeitig vernichtet worden. Die Feststellung der 100. Haushaltungen mußte in diesen Fällen auf einem anderen, etwas umständlicheren Wege erfolgen, führte aber zum gleichen Ziele. Das aussortierte Zählmaterial gelangte an die Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in Berlin, wo die Angaben auf besondere Zählblätter übernommen wurden.

[illegible]

Die Aufbereitung der Zählblätter wurde manuell durchgeführt; ihre einzelnen Sortier- und Zählgänge regelte eine ausführliche Arbeitsanweisung¹⁰⁵⁾. Die ursprünglich vorgesehenen Felder 30, 40 und 41 blieben unbenutzt. Auch diese Arbeiten konnten ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Zählmittel durchgeführt werden.

Für die Wohnungszählung und die Arbeitsstättenzählung waren nachträgliche repräsentative Auszählungen nicht vorgesehen.

Feinauszählung der Arbeitsstättenbogen

Die Arbeitsstättenzählung 1950 gliederte die Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) innerhalb ihrer betrieblich-systematischen Ordnung nach der Zahl der Beschäftigten in 10 Beschäftigtengrößenklassen. Diese relativ schematische und grobe Aufgliederung wurde bereits bei den vorangegangenen Zählungen mit gelegentlichen geringen Abänderungen angewandt. Es lag nahe, einmal zu untersuchen, welche Abstufungen innerhalb dieser traditionellen Größenklassen mit ihren großen Spannweiten vorkamen, da vermutet werden mußte, daß sich darin die Betriebe nicht gleichmäßig verteilen und auch die Grenzpunkte anders liegen konnten als bisher ausgewiesen. Die gleichen Erwägungen erstreckten sich auch auf die 18 Umsatzgrößenklassen, nach denen die Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten) gegliedert waren. Die Ergebnisse der Untersuchung konnten zugleich als Grundlage für Überlegungen zur Größenklassengliederung einer späteren Zählung dienen.

Zur Gewinnung von Unterlagen zur Klärung dieser Fragen wurde in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes im Rahmen des Berliner Notstandsprogramms eine Sonderauszählung des Urmaterials der Arbeitsstättenzählung durchgeführt, wozu die Statistischen Landesämter die bereits bei der Erstauszählung bearbeiteten Arbeitsstättenbogen — insgesamt 2,3 Millionen Bogen — nach dort sandten.

Um das Untersuchungsziel zu erreichen, wurden die Arbeitsstättenbogen innerhalb der betrieblich-systematischen Ordnung nach über 600 Klassen der Arbeitsstättensystematik und einer sehr differenzierten Größenklassengliederung für die beiden Merkmale »Beschäftigte« und »Umsatz« ausbezählt. Das gesamte Urmaterial wurde nach folgenden Größenklassen gegliedert:

Beschäftigtengrößenklassen

von	1 bis 199 Beschäftigten	um je	1 Person	steigend,
» 200	» 499	»	» 10 Personen	»
» 500	» 999	»	» 20	»
» 1000 und mehr	»	»	» 50	»

Umsatzgrößenklassen

von	10000 DM	bis unter	10000 DM Umsatz	um je	500 DM	steigend,
» 50000	»	» 250000	»	»	» 1000	»
» 250000	»	» 1000000	»	»	» 5000	»
» 1000000	»	» 10000000	»	»	» 25000	»
» 10000000	»	» 100000000	»	»	» 100000	»

Die Unternehmungen mit 100 Millionen DM und mehr Umsatz wurden einzeln nachgewiesen. Es ergaben sich danach über rd. 250 Beschäftigten- und über rd. 300 Umsatzgrößenklassen.

Von der Auszählung nach Beschäftigten waren ausgenommen die Arbeitsstättenbogen der Gruppen »Deutsche Bundespost«, »Deutsche Bundesbahn«, »Öffentliche Verwaltung« und »Sozialversicherung«, nach dem Umsatz außerdem, wie bei der Erstauszählung, die der Gruppen »Geld-, Bank- und Börsenwesen« und »Versicherungswesen« sowie die »Örtlich getrennten Verwaltungs- und Hilfsbetriebe« aus allen Gruppen. Ferner blieben die Bogen einiger weniger gering besetzter Klassen der Arbeitsstättensystematik unberücksichtigt.

¹⁰⁵⁾ Die Tabellen, die nach den Auszählungen der Zählblätter der 100. Haushaltungen aufgestellt wurden, sind im Anhang anschließend an das Bundesminimalprogramm auf S. 243 genannt.

Das Vorhaben ließ sich am vorteilhaftesten nach dem manuellen Verfahren durchführen. Dazu erwies es sich als zweckmäßig — zumal nur wenige Angaben der Bogen gebraucht wurden —, für jede Arbeitsstätte eine Zählkarte auszuschreiben, die in ihren beiden Teilen »Arbeitsstätte« und »Unternehmung« die jeweils benötigten Angaben aufnahm. Die Handlichkeit der Zählkarte — Format DIN A 7 — gestattete die einwandfreie Durchführung der umfangreichen Sortier- und Zählarbeiten.

Arbeitsstätte	Unternehmung
Beschäftigte insgesamt	Beschäftigte insgesamt
Klasse der Systematik	Klasse der Systematik
Land, Kreis, Gemeinde	Gesamtumsatz 1949 DM
Zweigniederlassung	dar. F 1 c: DM
Familienbetrieb	Zahl der zugehörigen Zweigniederlassungen

Die Bearbeiter wurden in den von ihnen durchzuführen den Arbeiten unterwiesen. Die Aufbereitung erfolgte länderspezifisch in mehreren getrennten Arbeitsgruppen. Nach dem Ausschreiben der Zählkarten wurden diese vollständig geprüft. Die erste Sortierung an Hand der Angaben über die Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) auf den Zählkarten stellte die systematische Ordnung nach den rd. 600 Klassen der Arbeitsstättensystematik her. Innerhalb dieser wurde nach den vorgesehenen Beschäftigtengrößenklassen sortiert und anschließend ausgezählt. Sodann wurden die Zählkarten der Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten) — wieder innerhalb der systematischen Positionen — gemäß den Umsatzangaben nach den vorgesehenen Umsatzgrößenklassen sortiert und ausgezählt.

Die systematischen Auszeichnungen der Erstauszählung wurden in beiden Fällen übernommen. Ein klassenweiser Vergleich der beiden Auszählungen nach Beschäftigten und Umsatz hatte den Zweck, die Vollständigkeit der Sonderaufbereitung zu überprüfen.

Die Auszählungsarbeiten begannen im April 1953 und waren in der Hauptsache mit dem Jahresende 1954 abgeschlossen. Der arbeitstäglige Gesamtdurchschnitt der mit den Arbeiten Beschäftigten betrug während dieser Zeit etwa 85 Kräfte. Abschließende Arbeiten zogen sich mit etwa 30 Angestellten bis Juni 1955 hin.

Die aus der Aufbereitung hervorgegangenen Tabellen stellen in ihrer weitgehenden Differenzierung ein bisher noch nicht vorhandenes Material für Spezialuntersuchungen über einzelne Wirtschaftsklassen nach Ländern dar. Die Aufgliederung mußte aber für den weiteren Zweck, neue Grenzpunkte für eine künftige Größenklassenbildung zu finden, wieder zusammengefaßt werden. Dazu wurden, nach unterschiedlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt, folgende

Auswertungstabellen

erstellt:

Gruppe A. Feinauszählung der Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) nach Beschäftigtengrößenklassen

1. 50 Größenklassen (Spezialabstufungen) für sämtliche Gruppen und Klassen der Arbeitsstättensystematik, getrennt nach Ländern und für das Bundesgebiet (ohne West-Berlin). Hierbei sind die Abstufungen der Größenklassen für jede Gruppe und Klasse verschieden.
- 2a) 50 einheitliche Größenklassen (Einheitsabstufungen), also für sämtliche Gruppen und Klassen der Arbeitsstättensystematik einheitliche Größenklassen. Die Tabelle ist nur für das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin aufgestellt.
- 2b) 30 einheitliche Größenklassen nur für die Gruppen der Arbeitsstättensystematik. Die Tabelle ist nur für das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin aufgestellt.

Gruppe B. Feinauszahlung der Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten) nach Umsatzgrößenklassen

1. 60 Größenklassen (Spezialabstufungen) für sämtliche Gruppen und Klassen der Arbeitsstättensystematik, getrennt nach Ländern und für das Bundesgebiet (ohne West-Berlin). Hierbei sind die Abstufungen der Größenklassen für jede Gruppe und Klasse verschieden.
2. 60 einheitliche Größenklassen (Einheitsabstufungen), also für sämtliche Gruppen und Klassen der Arbeitsstättensystematik einheitliche Größenklassen. Die Tabelle ist nur für das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin aufgestellt.

Infolge der starken Streuung der Umsätze nach ihrer Höhe erschien es zweckmäßig, eine 60spaltige Größenklassengliederung vorzusehen. Für einige Gruppen und ihre Klassen (Gr. 11, 12, 27) ergab sich sogar eine Obergrenze von 90 Größenklassen.

Während die Spezialabstufungen Einsicht in die Struktur von Arbeitsstätten und Unternehmungen — in bezug auf Beschäftigte und Umsatz — innerhalb der einzelnen Positionen der Arbeitsstättensystematik vermitteln, können die Einheitsabstufungen als Grundlage für Überlegungen über eine künftige Größenklassengliederung dienen. Die Bundesergebnisse wurden einschließlich West-Berlin erstellt, weil eine einheitliche Größenklassengliederung auch für West-Berlin Geltung haben müßte.

Es wurde selbstverständlich dabei nicht daran gedacht, bei künftigen Auszahlungen die ganze Größenskala zugrunde zu legen — was aus Kostengründen unmöglich

wäre —, wohl aber sie bei der Festlegung neuer Klassengrenzen heranzuziehen. Die Tabellen wurden den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung lieferte auch spezielle Unterlagen für die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, die sonst nur mühselig und mit großem Kostenaufwand durch zusätzliche Aufbereitungen in den Statistischen Landesämtern oder durch Einzelerhebungen hätten bereitgestellt werden müssen. Sie vermittelte so als »Nebenprodukt« Aufschlüsse über die Zahl der Familienbetriebe im Einzelhandel und Gaststättengewerbe und bot Material für die Überarbeitung der Arbeitsstättensystematik hinsichtlich der Kombinationspositionen.

Schließlich bot die Sonderaufbereitung eine wertvolle Gelegenheit, um am Material der Zählung die Zweckmäßigkeit des Aufbereitungsplans zu überprüfen und Erfahrungen für künftige Verbesserungen zu sammeln. Es handelt sich dabei vornehmlich um methodisch-technische Einzelheiten; z. B. führt die Einzelsignierung der Größenklassen auf den Arbeitsstättenbogen zu Fehlermöglichkeiten, während eine nachträgliche Einstanzung der Größenklassen im Laufe der maschinellen Aufbereitung eine wesentlich erhöhte Sicherheit ergibt. Im ganzen gesehen wurde auch hier — wie bei der Volks- und Berufszählung — festgestellt, daß die Einheitlichkeit der Aufbereitung an allen Stellen strikt gewahrt werden muß, weil jede Abweichung vom Aufbereitungsplan nicht übersehbare Konsequenzen haben kann. Es zeigte sich ferner, daß — insbesondere mit Rücksicht auf das vielfach statistisch nicht vorgebildete Personal — an den Prüfgängen nicht gespart werden darf, vielmehr noch zusätzliche Wahrscheinlichkeitskontrollen notwendig sind.

V. Veröffentlichung der Ergebnisse

Angesichts des Umfanges der mit erheblichem Aufwand ermittelten Ergebnisse und des großen Interesses der Öffentlichkeit an diesen Ergebnissen wurde im § 11 VZG 1950 die gesetzliche Verpflichtung zur Veröffentlichung ausgesprochen. Die Fülle, Mannigfaltigkeit und auch die verschiedenen große Bedeutung des Zahlenmaterials begrenzten jedoch die Veröffentlichungspflicht auf das Mindestveröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. Die Festlegung eines Mindestveröffentlichungsprogramms gehörte nach § 6 Abs. 1 VZG 1950 zu den Aufgaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Abstimmung des Mindestprogramms für die Veröffentlichung der Ergebnisse war Teil eines umfassenderen Problems, das zur gleichen Zeit aufgegriffen wurde und die Koordinierung des gesamten Veröffentlichungswesens zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern zum Gegenstand hatte. Es wurde als unbefriedigend empfunden, daß die Publikationen der Länder hinsichtlich des sachlichen Inhalts, der regionalen Gliederung und der Form der Darstellung weder untereinander noch mit den Veröffentlichungen des Bundes übereinstimmten. Die Benutzer der Ergebnisse verlangten häufig eine recht tiefgehende regionale Gliederung, und zwar in einer einheitlichen Anordnung, die die Vergleichbarkeit erleichterte. Nach eingehender Erörterung der Grundsatzfragen kam man überein, daß das Statistische Bundesamt im allgemeinen Bundes- und Länderergebnisse in weiterer sachlicher Aufgliederung sowie gewisse Strukturdaten für Kreise und Gemeinden veröffentlichen sollte. Die Statistischen Landesämter sollten im Rahmen eines verbindlichen Mindestprogramms neben den Landessummen regionale Daten in tieferer Gliederung und einer möglichst einheitlichen Form veröffentlichen. Dabei sollte die sachliche Detaillierung gegenüber den Bundesveröffentlichungen im allgemeinen eingeschränkt werden.

Für die Ergebnisse der Großzählungen war eine Abstimmung zwischen den Veröffentlichungen von Bund und Ländern, die den Bedürfnissen der Konsumenten Rechnung trug, besonders notwendig. Sie war auch mit Rücksicht auf die

mit einer etwaigen Doppelarbeit verbundenen Kosten geboten. Seitens des Statistischen Bundesamtes wurde ein Mindestveröffentlichungsprogramm für Bund und Länder, seitens der Statistischen Landesämter ein Minimalprogramm der Länder, das sogenannte »Düsseldorfer Programm«, ausgearbeitet. Die Vereinheitlichung erstreckte sich nicht auf Textbände oder sonstige textliche Veröffentlichungen, auch nicht auf vervielfältigte Liefertabellen für einen begrenzten Interessentenkreis. Für die Vereinbarungen über das Länderprogramm wurden von den Statistischen Landesämtern drei Arbeitskreise (Volks- und Berufszählung, Wohnungszählung, Arbeitsstättenzählung) gebildet, die bei Aufstellung des Programms bestimmte Richtlinien zu berücksichtigen hatten. Nach den im Herbst 1951 durchgeführten Beratungen in diesen Arbeitskreisen, der Besprechung der einschlägigen Fragen durch die Volkszählungsreferenten des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, nach Verhandlungen im Statistischen Ausschuß sowie in einem Redaktionsausschuß erfolgte die endgültige Koordinierung. Das Statistische Bundesamt ging bei Festlegung seines Programms davon aus, dem Benutzer in einer Veröffentlichungsreihe, »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«, einen Gesamtüberblick über die wichtigsten Ergebnisse des Zählungswerkes einheitlich für Bund und Länder zu vermitteln. Bei der Veröffentlichung nach kleineren Verwaltungseinheiten wurden dementsprechend in der Regel nur bei den wichtigsten Tabellen Kreisergebnisse unter entsprechender Kürzung der sachlichen Gliederung berücksichtigt. Das Programm der Statistischen Landesämter ergänzte das in seiner regionalen Aufgliederung beschränkte Programm des Statistischen Bundesamtes in der Weise, daß sich beide zu einem Gesamtnachweis des bei der Zählung aufbereiteten Materials zusammenfügten. Das Schwergewicht lag bei den Länderveröffentlichungen auf der Darstellung der Ergebnisse nach größeren und kleineren Verwaltungsbezirken, mit der zum Teil auch noch weitergehende sachliche Nachweisungen verbunden waren. Außer den publizierten Ergebnissen ist noch umfangreiches aufbereitetes, aber nicht veröffentlichtes Zahlenmaterial bei den Statistischen Landesämtern vorhanden.

Um den Bedarf nach vergleichbarem gemeindestatistischem Material zu befriedigen, verpflichteten sich die Statistischen Landesämter zu einem bundeseinheitlichen Mindestveröffentlichungsprogramm für die von ihnen herauszugebenden Gemeindestatistiken. Im Interesse der Benutzer wurde größter Wert auf eine einheitliche Darstellung und Abgrenzung der Merkmale gelegt. Daraufhin gab das Statistische Bundesamt seinen ursprünglichen Plan eines Gemeindelexikons für das gesamte Bundesgebiet auf. Es beschränkte sich auf die Herausgabe eines »Alphabetischen Gemeindeverzeichnisses« mit den vorläufigen Einwohnerzahlen und eines »Amtlichen Gemeindeverzeichnisses« mit nur fünf Kopfspalten für die wichtigsten Ergebnisse der Volks- und der Wohnungszählung. Neben den in der Reihe »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« herausgegebenen Quellenbänden¹⁰⁶⁾ veröffentlichte das Statistische Bundesamt Ergebnisse des Zählungswerkes in den vornehmlich einer schnellen Unterrichtung dienenden »Statistischen Berichten«, Abhandlungen über wichtige methodische Fragen sowie Auswertungen mit Texttabellen wurden als Beiträge in »Wirtschaft und Statistik« publiziert. Die Statistischen Landesämter gliederten ihre Veröffentlichungen etwa in gleicher Weise in ihre entsprechenden Veröffentlichungsreihen ein.

Einen Gesamtüberblick über das Schrifttum der amtlichen Statistik zum Zählungswerk, bietet die als Band 50 der »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« erschienene »Bibliographie zum Volkszählungswerk 1950«, in der neben den Veröffentlichungen des Statistischen Dienstes auch Publikationen von Behörden und privaten Stellen aufgeführt sind, soweit in ihnen über die Zählung und ihre Ergebnisse mehr als nur beiläufig berichtet wird. Der Anhang zur Bibliographie enthält u. a. eine Zusammenstellung der kartographischen Beilagen¹⁰⁷⁾, die einem Teil der Bände der »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« beigegeben sind. Die speziell kartographisch-technischen Arbeiten waren dem Amt für Landeskunde übertragen worden. Besonders hingewiesen sei auf die dem Band 35, Heft 7, der »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« beigelegte Karte »Bevölkerungsverteilung 1950 in den naturräumlichen Haupteinheiten«, weil hier die zum ersten Male in der deutschen Statistik durchgeführte Auswertung nach Naturraumeinheiten kartographisch dargestellt ist.

Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse waren die Bestimmungen des § 10 VZG 1950 sinngemäß anzuwenden. Der dem Auskunftspflichtigen für die Durchführung der Zählung und Bearbeitung des Zählmaterials zugesicherte Schutz durfte durch uneingeschränkte Veröffentlichung nicht hinfällig werden. Allerdings konnte sich der Sinn des Rechtsschutzes nur auf diejenigen persönlichen und sachlichen Verhältnisse beziehen, an deren Geheimhaltung der Befragte ein berechtigtes Interesse hatte. Dies galt vorzugsweise für einige der bei der Arbeitsstättenzählung erhobenen Merkmale, bei denen Einzelbetriebe oder Einzelunternehmungen nicht erkennbar werden durften. In Verbindung mit den Bundesministerien des Innern, der Justiz und für Wirtschaft wurden daher folgende Richtlinien für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung aufgestellt:

1. Dem Rechtsschutzgedanken des Volkszählungsgesetzes wird in der Regel entsprochen sein, wenn Angaben nur für drei und mehr Betriebe gegeben werden. Soweit nach Kenntnis der veröffentlichenden Behörden auch hierbei noch Einzelangaben erkennbar werden, wird eine weitere Zusammenfassung erforderlich sein.
2. Bei der Gesamtzahl der Beschäftigten bestehen in der Regel gegen die Veröffentlichung der Ergebnisse auch für Einzelbetriebe keine Bedenken, da hier ein berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung der Zahlen nicht angenommen werden kann.

3. Bei der Veröffentlichung von Umsatzangaben wird dagegen ein Vorliegen dieses berechtigten Interesses in besonderem Maße zu bejahen sein. Hier wird es daher erforderlich sein, daß die veröffentlichenden Behörden — über die Zusammenfassung von drei und mehr Betrieben hinaus — in Zweifelsfällen prüfen, ob gegebenenfalls Einzelverhältnisse erkennbar werden und deshalb weitere Zusammenfassungen notwendig sind.

Um den Erkenntniswert, den eine feinere Gliederung vermittelt, durch Zusammenfassungen nicht allzusehr zu vermindern, waren die Richtlinien nicht starr, sondern elastisch anzuwenden. Eine zu enge Auslegung hätte auch die Statistischen Ämter zuweilen vor fast unlösbare Aufgaben gestellt. Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Kostenstrukturerhebungen wurde wegen der Notwendigkeit, die Kostengestaltung der Einzelunternehmungen nicht offenbar werden zu lassen, besonders sorgfältig verfahren. Die Frage, ob eine Zusammenfassung von Angaben zu Lasten der regionalen oder der systematischen Gliederung vorzunehmen sei, wurde im allgemeinen so entschieden, daß das regionale Bild gewahrt wurde.

Die Erwägungen, die zur Aufstellung vorerwählter Richtlinien führten, und die bei ihrer Anwendung gesammelten Erfahrungen sind für die künftige Veröffentlichungspraxis von Nutzen gewesen und im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) berücksichtigt worden. Auch der Entwurf des Gesetzes über die Industriestatistik enthält eine Bestimmung, daß Einzelangaben über die Zahl der Beschäftigten veröffentlicht werden können, wenn der Name des Auskunftspflichtigen nicht bekanntgegeben wird. Ob Veröffentlichungen Einzelangaben enthalten dürfen, spielt auch bei Standortskarten, in die Einzelbetriebe mit ihren Beschäftigten eingetragen werden sollen, eine Rolle. Die räumliche Streuung würde nicht deutlich erkennbar sein, wäre man gezwungen, zu stark zusammenzuziehen.

Aus der Tatsache der Besetzung durch die alliierten Streitkräfte resultierten Veröffentlichungsbeschränkungen, die die Alliierte Hohe Kommission im September 1950 für Ergebnisse über Personen, die bei den alliierten Streitkräften beschäftigt waren, und über beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen verfügt hatte. Bei den Volkszählungsangaben bezogen sich die Beschränkungen für Gemeindeergebnisse auf die in Anstaltshaushaltungen lebenden Personen, weil hierunter Personenkreise enthalten sein konnten, deren Bekanntgabe nicht erwünscht war. Um zu vermeiden, daß diese aus der Differenz zwischen der Gesamtbevölkerung und der Personenzahl aller übrigen Haushaltungen ermittelt werden konnten, durfte auch die Zahl der in den »Haushaltungen ohne Anstaltshaushaltungen« Lebenden nicht veröffentlicht werden. Eine vollständige Aufgliederung der Zahl der »Haushaltungen ohne Anstaltshaushaltungen« nach Größenklassen, wie sie in Tabelle Vz 8a vorgesehen war, durfte ebenfalls nicht für Gemeinden erfolgen, weil sich durch Multiplikation der Zahl der Haushaltungen mit der jeweiligen Größenklassenziffer die Gesamtzahl der Personen in diesen Haushaltungen errechnen ließ. Bei der Veröffentlichung dieser Zahlen für Gemeinden mußte auch stets der Vergleich mit der Wohnungszählung beachtet werden, da aus einer Gegenüberstellung der Zahl der Wohnbevölkerung mit der bei der Wohnungszählung ausgewiesenen Zahl von »Bewohnern in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen« Rückschlüsse auf den nicht bekanntzugebenden Personenkreis möglich waren, d. h. also auf das in Lagern untergebrachte, im Dienst der Besatzungsmächte stehende Personal (Einzelpersonen).

Für die Ergebnisse der Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen war angeordnet, daß für regionale Gliederungen unterhalb der Regierungsbezirke keine Angaben veröffentlicht werden durften.

¹⁰⁶⁾ Verzeichnis der Quellenbände siehe Anhang S. 306. — ¹⁰⁷⁾ Eine entsprechende Übersicht der kartographischen Darstellungen siehe auch im Anhang dieses Bandes auf S. 308.

VI. Ausblick auf eine künftige Zählung

Einige allgemeine Überlegungen über eine künftige Zählung sollen den Abschluß bilden. Zur Frage des Zeitpunkts ist zu bemerken, daß die Vereinten Nationen eine »Welt-Volkszählung 1960« empfohlen haben. Da einige europäische Staaten bereits vor, andere nach diesem Jahr zu zählen beabsichtigen, hat der »Arbeitskreis Volkszählungen der Konferenz Europäischer Statistiker«¹⁰⁹⁾ die Bezeichnung

»Welt-Volkszählung um 1960«

Ein Programm nationaler Volkszählungen
von 1956 bis 1961

vorgeschlagen.

Bei den Vorbereitungsarbeiten stehen naturgemäß die fachlichen Probleme, Konzeptionen und Programmfragen im Vordergrund, während organisatorische und technische Einzelheiten erst in einem späteren Stadium behandelt werden können. Der Hauptteil eines kommenden Zensus wird wieder eine Volks- und Berufszählung bilden. Die Überlegungen über das Programm gehen dabei in die Richtung eines weiteren Ausbaus der Haushaltssstatistik unter demographischen, soziologischen und ökonomischen Gesichtspunkten. Damit wird eine Entwicklung fortgesetzt, die bereits bei der Zählung 1950 mit den Auszählungen über die Haushaltsstruktur begonnen wurde. Außerdem ist auch

ein Ausbau der Berufszählung vorgesehen; hier soll die Gliederung nach der »Stellung im Beruf« zu einer »Sozio-ökonomischen« Gliederung erweitert werden.

Ausführungen über die Verbindung der Volks- und Berufszählung mit anderen Zählungen erscheinen im jetzigen Stadium ebenfalls noch als verfrüht. In Anknüpfung an die Bemerkungen über künftige methodische Entwicklungsmöglichkeiten der Großzählungen¹⁰⁹⁾ kann jedoch gesagt werden, daß die durch eine allgemeine Befragung der Bevölkerung gewonnenen Daten als Ausgangsmaterial für ausführlichere Nacherhebungen auf bestimmten Gebieten dienen können. Der Umfang der Zählung 1950 wurde, gemessen an der Zahl der Einzelzählungen wie am Programm, als ein Maximum empfunden, wenngleich berücksichtigt werden muß, daß die großen Anforderungen das Ergebnis einer Sondersituation waren. Zur Entlastung der Öffentlichkeit und der erhebenden Stellen wird deshalb wahrscheinlich von der Möglichkeit mehrstufiger Stichprobenerhebungen im Rahmen der Großzählungen stärker Gebrauch gemacht werden müssen. Zusammen mit den laufenden repräsentativen und totalen Statistiken stellen die periodischen Großzählungen eine Ergänzung und Bereicherung des statistischen Gesamtbildes dar.

¹⁰⁹⁾ Vgl. hierzu Abschnitt I. B. »Bedeutung der Zählung als Grundlage für die laufende Beobachtung von Bevölkerung und Wirtschaft; künftige Entwicklungsmöglichkeiten« (S. 6).

¹⁰⁸⁾ Empfehlung auf der Tagung vom 22. bis 27. August 1955 in Genf.

Anhang

Übersicht über den Inhalt des Anhangs

	Seite
Rechtsgrundlagen	
Bund	
Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. Juli 1950	81
Berichtigung zum Volkszählungsgesetz	85
Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)	86
Übersicht über die Erlasse zur Durchführung der ergänzenden Erhebungen	89
Verordnung über die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen vom 28. Februar 1951	90
West-Berlin	
Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 30. August 1950	91
Verordnung über die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen vom 7. Mai 1951	92
Erhebungspapiere	
Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe	
Gebäudeliste	Drucksache Nr. 1 93
Merkblatt zur Gebäudeliste	ohne Nummer 97
Haushaltungsliste	Drucksache Nr. 2 99
Anstaltsliste	Drucksache Nr. 3 103
Schiffsliste	Drucksache Nr. 4 107
Kontrollschein für Schiffe, rosa	ohne Nummer 111
Kontrollschein für Schiffe, grün	ohne Nummer 111
Wohnungsbogen	Drucksache Nr. 5 113
Arbeitsstättenbogen	Drucksache Nr. 6 115
Meldeblatt: Vorfragen zur Arbeitsstättenzählung für Berichtsfir- des monatlichen Industrieberichts	ohne Nummer 119
Fragebogen für die Deutsche Bundesbahn zur Arbeitsstättenzählung	ohne Nummer 121
Fragebogen für die Deutsche Bundespost zur Arbeitsstättenzählung	ohne Nummer 125
Zählbezirksbericht	Drucksache Nr. 7 129
Zählbezirksbuch	ohne Nummer 131
Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht	Drucksache Nr. 8 135
Anweisung für die Zähler	Drucksache Nr. 9 137
Schlagwortverzeichnis	Drucksache Nr. 10 151
Anweisung für die Zählerschulung	Drucksache Nr. 11 173
Anweisung für die Gemeindebehörden	Drucksache Nr. 12 193
Gemeindebogen	Drucksache Nr. 13 205
Schnellmeldung	Drucksache Nr. 14 207
Ergänzende Erhebungen	
Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben	
Fragebogen	209
Begleitschreiben zum Fragebogen	213
Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen (Untermietennacherhebung)	
Erhebungsblatt für Wohnparteien in Untermiete	215
Richtlinien für den Ermittler	217
Schlagwortverzeichnis	219
Anschriftenliste	221
Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten	
Fragebogen (Fassung Handwerk)	223
Richtlinien für die Ausfüllung des Fragebogens (Fassung Handwerk)	227

Tabellenprogramme

Seite

Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe

Volkszählung, Berufszählung und Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe	229
Gebäude- und Wohnungszählung	244
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung	252

Ergänzende Erhebungen

Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben	258
Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen (Untermietennacherhebung)	265

Systematiken und Signierhilfsmittel

Systematische Übersicht über den Schlüssel für den Wohnort am 1.9.1939	268
Systematisches Verzeichnis der Anstalten	269
Systematisches Religionsverzeichnis	270
Liste der Berufe in systematischer Ordnung	271
Liste der Wirtschaftszweige der Berufszählung in systematischer Ordnung	277
Umsteigsschlüssel von den Wirtschaftszweigen der Berufszählung zu denen der Arbeitsstättenzählung	280
Gliederung der Abteilungen und Gruppen zum Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950)	283
Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950) — Auszug —	284

Sonstige Unterlagen der Aufbereitung

Lochkarten (Einzellockkarten, Gemeindesummenkarten, Zeichenlochkarten)	297
Maschinentabellen (Muster)	302
Schematische Darstellung der maschinellen Arbeitsgänge (Auszug)	303
Übersicht über den zeitlichen Ablauf der Aufbereitungsarbeiten	304
Aufbewahrungsfristen des Zählungsmaterials	305

Veröffentlichungen und Kartographie

Verzeichnis der in der Reihe »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« erschienenen Veröffentlichungen zum Volkszählungswerk 1950	306
Übersicht über die zum Volkszählungswerk 1950 erschienenen kartographischen Darstellungen	308

Gesetz

über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950).

Vom 27. Juli 1950.¹⁾

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Am 13. September 1950 findet eine allgemeine Volkszählung, eine Zählung der Gebäude und Wohnungen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar statt.

§ 2

(1) Zur Vorbereitung der Zählung erfolgen Probeerhebungen sowie eine Gebäudevorerhebung.

(2) Zur Ergänzung der Zählung werden eine Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben, eine Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, eine Erhebung über den Viehbestand in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben unter 0,6 Hektar und eine Erhebung über die Untermieten von Untermieter-Haushaltungen vorgenommen, die auch nach dem 31. Dezember 1950 durchgeführt werden können. Den Zeitpunkt der ergänzenden Erhebungen bestimmt der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Bundesministern.

§ 3

(1) Die Zählung, die Probeerhebungen und die Gebäudevorerhebung erstrecken sich auf die in Anlage 1 enthaltenen Fragen.

(2) Die ergänzenden Erhebungen nach § 2 Absatz 2 erstrecken sich auf die in der Anlage 2 enthaltenen Fragen. Die Auswahl der für die Erhebung der Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten bestimmten Betriebe sowie der für die Erhebung der Untermieten bestimmten Untermieter-Haushaltungen erfolgt durch die Statistischen Landesämter (repräsentative Erhebungen).

(3) Die in Anlage 1 und 2 enthaltenen Fragen können in ihrem Wortlaut geändert sowie weiter aufgegliedert werden, soweit der Inhalt der Fragestellung hierdurch nicht berührt wird.

(4) Die Länder haben das Recht, zusätzliche Erhebungen anzustellen, soweit dadurch der Zweck dieses Gesetzes nicht gefährdet wird.

§ 4

(1) Von der Volkszählung sind ausgenommen:

1. Angehörige der Besatzungstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen sowie der Internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr,
2. Familienangehörige der unter Ziffer 1 fallenden Personen.

(2) Die Gebäude- und Wohnungszählung bezieht sich nicht auf Gebäude und Wohnungen, die ausschließlich von den unter Ziffer 1 und 2 fallenden Personen benutzt werden; die Erfassung dieser Gebäude und Wohnungen wird im Rahmen dieses Gesetzes von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung gesondert geregelt.

§ 5

Jeder Haushaltsvorstand, Grundstückseigentümer, Wohnungsinhaber, Inhaber einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte oder Inhaber eines landwirtschaftlichen Kleinbetriebes unter 0,6 Hektar sowie jeder im Rahmen der ergänzenden Erhebungen nach § 2 Absatz 2 Befragte hat alle in den Zählpapieren enthaltenen Fragen richtig, vollständig

und bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt zu beantworten. Bei der Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten besteht keine Verpflichtung zur Auskunftserteilung. An die Stelle einer geschäftsunfähigen oder beschränkt geschäftsfähigen Person tritt der gesetzliche Vertreter. Der Befragte hat durch seine Unterschrift an dem dafür vorgesehenen Platz die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu bestätigen.

§ 6

(1) Die mit der Statistik für Bundeszwecke beauftragte Stelle bereitet unter dem Namen Statistisches Bundesamt als selbständige Bundesoberbehörde die Zählung, die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung und die ergänzenden Erhebungen vor. Zur Vorbereitung gehört auch die technische Festlegung der Zählpapiere, des Erhebungsverfahrens, des Mindesttabellenprogramms, des Verlaufes der Aufbereitung und des Mindestveröffentlichungsprogramms.

(2) Die Statistischen Landesämter führen die Zählung, die Probeerhebungen, die Gebäudevorerhebung und die ergänzenden Erhebungen vorbehaltlich der Bestimmung des Absatzes 3 durch. Zur Durchführung gehören die Vorarbeiten für die Befragung, die Bereitstellung der Zählpapiere, die Befragung und Aufbereitung.

(3) Das Statistische Bundesamt kann im Einvernehmen mit der Obersten Landesbehörde des betreffenden Landes die ergänzenden Erhebungen ganz oder teilweise selbst vornehmen. Es kann sich hierbei der Amtshilfe der Behörden bedienen oder die Durchführung sonstigen Stellen mit deren Einwilligung übertragen.

(4) Die unmittelbare Durchführung der Zählung ist bis auf die Fälle des § 6 Absatz 3 Satz 2 Aufgabe der Gemeinden.

§ 7

Die mit der Erhebung beauftragten Stellen bestellen die Zähler, die möglichst ehrenamtlich bestellt sein sollen.

§ 8

(1) Die Behörden des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, in dem von den Erhebungsstellen angeforderten Umfang ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben.

(2) Lebenswichtige öffentliche Dienste dürfen durch die Verpflichtung nach Absatz 1 in ihrer Tätigkeit nicht unterbrochen werden.

§ 9

Der Zähler ist berechtigt und verpflichtet, die notwendigen Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zählungszweckes erforderlich und der Auskunftspflichtige hiermit einverstanden ist.

§ 10

(1) Alle mit der Zählung sowie mit der Bearbeitung der Zählpapiere befaßten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle persönlichen und sachlichen Angaben verpflichtet, die bei der Zählung zu ihrer Kenntnis gelangen.

(2) Die durch die Zählung gewonnenen Angaben sowie ihre Kenntnis dürfen nur zu statistischen Zwecken benutzt werden; sie dürfen insbesondere nicht für Zwecke der Polizei-, der Steuer- und der Wohnungsbehörden verwendet werden.

¹⁾ BGBl. S. 335.

(3) Die Vorschriften der Absätze 1 und 2 gelten auch für die Probeerhebungen, für die Gebäudevorerhebung und für die ergänzenden Erhebungen.

§ 11

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Zählungsergebnisse in gedruckter Form entsprechend dem Mindestveröffentlichungsprogramm; die Statistischen Landesämter haben die gleiche Verpflichtung für ihren Bereich.

§ 12

Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter haben die durch die Volkszählung gewonnenen Bevölkerungszahlen der Gemeinden und die Gliederung nach Geschlecht und Altersgruppen der Bevölkerung der Länder sowie die durch die Wohnungszählung gewonnenen Ergebnisse über die Zahl der Wohnungen und Wohnräume mindestens jährlich auf den neuesten Stand einheitlich fortzuschreiben.

§ 13

(1) Die beim Statistischen Bundesamt anfallenden Kosten sowie die Kosten für die ergänzenden Erhebungen (§ 2 Absatz 2), soweit diese nicht von den Statistischen Landesämtern durchgeführt werden, werden vom Bund getragen.

(2) Alle übrigen Kosten werden von den Ländern getragen. Der Bund leistet dazu an die Länder einen Zuschuß

- a) in Höhe der Hälfte der von dem Statistischen Bundesamt errechneten voraussichtlichen Gesamtkosten der Statistischen Landesämter für die Durchführung dieses Gesetzes,
- b) in Höhe der Hälfte der den Gemeinden von den Ländern erstatteten Kosten, aber von nicht mehr als 0,05 DM oder bei Gemeinden, die eine vollständige Gebäudevorerhebung durchführen, von nicht mehr als 0,10 DM je Kopf der gezählten Bevölkerung (Wohnbevölkerung).

(3) Die Aufteilung der Zuschüsse auf die Länder und die zeitliche Aufteilung auf die Rechnungsjahre 1950, 1951 und 1952 erfolgt durch den Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesrat, wobei die Aufteilung des Zuschusses zu den Kosten der Statistischen Landesämter unter Berücksichtigung der Anzahl der gezählten Personen (Wohnbevölkerung), Wohnungen und Arbeitsstätten vorgenommen wird.

(4) Die Kosten für die Fortschreibung nach § 12 werden vom Bund und von den Ländern nach Maßgabe der bei ihnen anfallenden Arbeiten getragen.

(5) Sofern sich Berlin der Zählung entsprechend den Bestimmungen dieses Gesetzes anschließt, wird vom Bund hierzu der nach Absatz 2 und 3 festgesetzte Zuschuß geleistet.

§ 14

(1) Wer eine Frage, zu deren Beantwortung er auf Grund dieses Gesetzes oder der zu seiner Durchführung erlassenen Vorschriften verpflichtet ist, vorsätzlich falsch, unvollständig oder nicht rechtzeitig beantwortet, oder wer sich weigert, eine solche Frage zu beantworten, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich oder grobfahrlässig die Geheimhaltungspflicht nach § 10 verletzt. Die Tat wird nur auf Antrag des Verletzten verfolgt; der Antrag kann zurückgenommen werden.

(3) Weitergehende Strafbestimmungen werden hierdurch nicht berührt.

§ 15

(1) Die zur Vorbereitung der Zählung und Erhebungen und zur Sicherung der zeitlichen und sachlichen Einheitlichkeit erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates.

(2) Rechtsverordnungen in Ausführung des § 6 Absatz 1 Satz 2 erläßt der Bundesminister des Innern. Soweit sie die

Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten betreffen, ist die Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft erforderlich.

(3) Die Landesregierungen erlassen die zur Durchführung der Zählung und der Erhebungen nach § 6 Absatz 2 Satz 2, insbesondere zur Vorbereitung und Abwicklung der Befragung und Aufbereitung, erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

§ 16

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird, nachdem der Bundesrat von seinem Recht nach Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes keinen Gebrauch gemacht hat, hiermit verkündet.

Bonn, den 27. Juli 1950.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Heinemann

Anlage 1
zum Volkszählungsgesetz 1950

Die Fragen nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes

- I. Die Fragen der Volks- und Berufszählung:
 - Familiennamen, bei Frauen auch Mädchennamen, Vorname,
 - Stellung zum Haushaltsvorstand,
 - Geschlecht,
 - Geburtsdatum — Monat — Jahr,
 - Familienstand,
 - für Verheiratete: Jahr der Eheschließung,
 - für verheiratete Frauen: Zahl der in der jetzigen Ehe geborenen Kinder,
 - Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft,
 - Muttersprache,
 - Flüchtlingspaß oder Flüchtlingsausweis,
 - Wohnsitz am 1. September 1939 und an einem anderen für die Erfassung der Heimatvertriebenen und Zuwanderer geeigneten Zeitpunkt,
 - sind Sie erwerbstätig oder z. Z. arbeitslos oder wovon bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?,
 - für Erwerbstätige und Arbeitslose (für Arbeitslose Angaben nach ihrer letzten ausgeübten Tätigkeit):
 - Ort, Straße und Hausnummer der Arbeitsstätte,
 - Name der Firma des Arbeitgebers,
 - Geschäftszweig der Firma des Arbeitgebers,
 - Stellung im Beruf,
 - gegenwärtig ausgeübte Erwerbstätigkeit (Beruf), etwa ausgeübter zweiter oder Nebenberuf,
 - Krankenversicherungspflicht,
 - Art der Altersversorgung,
 - haben Sie Angehörige, die von Ihnen unterhalten werden und mit denen normalerweise eine gemeinsame Hauswirtschaft geführt würde, die z. Z. aber wegen Fehlens des Wohnraums oder der Zuzugsgenehmigung noch in einem anderen Ort wohnhaft sind?,

für abwesende Mitglieder der Haushaltung:
 Grund der Abwesenheit und Aufenthaltsort,
 für vorübergehend Anwesende:
 Grund der Anwesenheit und ständiger Wohnort,
 für Körperbehinderte, Kriegsbeschädigte, Unfallver-
 letzte u. dgl.:
 Art der Behinderung,
 Ursache der Behinderung,
 seit wann (Jahr)?,
 ist die Beschädigung anerkannt?,
 Grad der Beschädigung.

II. Die Fragen der Gebäude- und Wohnungszählung:

- a) auf der Grundstücksliste:
 - Name des Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümers,
 ggf. Firma, Behörde, Körperschaft,
 Berufsstellung natürlicher Personen,
 Wohnort,
 Vertreter des Eigentümers,
 Straßenlage des Gebäudes,
 Verwendungszweck des Gebäudes,
 Art des Gebäudes,
 Geschoßzahl,
 Baujahr,
 Kriegsschäden und ihre Beseitigung,
 Lage der Wohnungen, Werkstätten, Läden u. a. im
 Gebäude und Stockwerk,
 Angabe, ob Wohnung, Werkstatt, Laden usw.
 (Zweckbestimmung),
 Gesamtzahl der Räume
 der Arbeitsstätten,
 der Wohnungen,
 Ausstattung der Wohnungen (Bad, Heizung, Ver-
 sorgungsanschlüsse),
 Namen der Inhaber und Mieter,
 Angaben über die Mietverträge in Wohnungen:
 monatlicher Mietpreis für Mietwohnungen, Dienst-
 wohnungen, Werkwohnungen, Stiftswohnungen,
 bzw. Angabe, ob Hauseigentümer- oder mietfreie
 Wohnung,
 Angabe, ob Altbaumiete, Neubaumiete, Miete für
 neugebaute Wohnungen,
 Mietermäßigung infolge Kriegsschadens;
- b) auf dem Wohnungsbogen:
 - Namen der Wohnparteien,
 Mietverhältnis,
 Personenzahl der Wohnparteien,
 vollausgebaute Küchen (nach Größenklassen),
 vollausgebaute Kochnischen,
 Notküchen,
 Zimmer und Kammern (nach Größenklassen),
 infolge Wohnraumnot zum Wohnen benutzte andere
 Räume,
 behelfsmäßige Kochgelegenheiten,
 nur gewerblich oder landwirtschaftlich benutzte
 Räume,
 leerstehende Räume,
 gemeinsame Küchenbenutzung,
 Wohnungen in Keller- und Dachgeschossen;
- c) auf der Haushaltungsliste:
 - Eigentümer im eigenen Haus (auch Pächter), Mieter
 oder Untermieter,
 für Untermieter:
 Name des Wohnungsinhabers,

für Haushaltungen, die nicht in einer Wohnung
 wohnen:

Art der Unterkunft,
 Bezeichnung (Name, Firma) der Unterkunft.

III. Die Fragen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten- zählung:

Name und vollständige Anschrift der Arbeitsstätte,
 Jahr der Eröffnung der Arbeitsstätte,
 Sitzverlegung der Arbeitsstätte aus Kriegs- oder
 Kriegsfolgegründen,
 Inhaber der Arbeitsstätte und Anteil der Heimatver-
 triebenen,
 betriebenes Gewerbe bzw. verrichtete Tätigkeit,
 die wichtigsten gewonnenen oder produzierten Güter,
 die reparierten und gehandelten Waren,
 erfolgt Meldung zur Industrieberichterstattung?,
 evtl. Angabe der Reichsbetriebs-Nr.,
 liegt Eintragung im Handelsregister vor?,
 liegt Eintragung in der Handwerksrolle vor?,
 Haupt- oder Zweigniederlassung,
 liegt Tätigkeit als Heimarbeiter vor?,
 Zahl der in der Arbeitsstätte beschäftigten Personen,
 getrennt nach Geschlecht, aufgegliedert nach:
 Tätigen Inhabern, Mitinhabern,
 Mithelfenden Familienangehörigen,
 Beamten und Angestellten im öffentlichen und pri-
 vaten Dienst, einschl. leitenden Beamten und An-
 gestellten,
 Arbeitern, Gesellen, Gehilfen,
 Lehrlingen, Anlernlingen, Umschülern, Praktikanten
 und Volontären,
 Schwerbeschädigten,
 Heimatvertriebenen,
 Zahl der für die Arbeitsstätte zugelassenen Kraftfahr-
 zeuge und Anhänger, nach Stück und Nutzlast, auf-
 gegliedert nach:
 Krafträdern (auch mit Beiwagen),
 Personenkraftwagen,
 Omnibussen,
 Lastkraftwagen, Lieferwagen,
 Zugmaschinen,
 sonstigen Kraftfahrzeugen. (z. B. Motorspritzen, Ab-
 schleppfahrzeuge),
 Anhängern,
 Umsatz der Arbeitsstätte,
 Rechtsform und Kapital des Unternehmens nach folgen-
 den Gesichtspunkten:
 eine oder mehrere Personen (nicht Offene Handels-
 gesellschaft),
 Offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesell-
 schaft,
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
 Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf
 Aktien,
 Eingetragene Genossenschaft,
 Körperschaft des öffentlichen Rechts (Gebietskörper-
 schaft, Zweckverband, Kirche, Sozialversicherungss-
 träger, öffentlich-rechtliche Kreditanstalt),
 etwaige sonstige Rechtsform,
 Angabe des Stammkapitals bei Gesellschaften mit
 beschränkter Haftung,
 Angabe des Grundkapitals bei Aktiengesellschaften
 bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien,

Beteiligung der öffentlichen Hand mit:

zusammen 100 v.H.,

zusammen 51 bis 99 v.H.

Sonderfragen für Betriebe des Groß- und Einzelhandels, die sich erstrecken auf:

1. Einzelhandel:

Ladengeschäft,

Fachgeschäft,

Warenhaus oder Klempnergeschäft,

Gemischtwarengeschäft,

Etagengeschäft,

Handel in der Wohnung,

Versandgeschäft (mit überwiegender Versandtätigkeit),

ambulanter Handel, Straßenhandel, Stadthausierhandel, ständiger Straßenverkaufsstand (z. B. Kioske),

2. Großhandel, und zwar als:

vorwiegend Binnengroßhandel,

vorwiegend Ein- und Ausfuhrhandel,

3. Vorhandensein von eigenen bzw. gemieteten Lager-
räumen mit Flächenangabe in qm.

IV. Die Fragen der Zählung der landwirtschaftlichen Klein-
betriebe (unter 0,6 Hektar):

Größe der bewirtschafteten Fläche,

Größe des eigenen Landes, des gepachteten Landes und
des Deputatlandes,

Art der Flächennutzung,

wird Anbau für den Verkauf von Gartenbauerzeug-
nissen betrieben?

Anlage 2

zum Volkszählungsgesetz 1950

Die Fragen nach § 3 Absatz 2 des Gesetzes

I. Die Fragen der Zählung der Straßenverkehrsbetriebe:

Bezeichnung des gewerblichen Betriebes:

Name und Anschrift des Betriebes,

ist der Betrieb Zweigniederlassung einer Haupt-
niederlassung?,

wenn ja, Anschrift der Hauptniederlassung,

ist der Betrieb handelsgerichtlich eingetragen?,

wenn ja, bei welchem Amtsgericht?,

Kennzeichnung des Gewerbes:

Bezeichnung des betriebenen Gewerbes:

Kraftfahrgewerbe:

Kommunaler und gemischtwirtschaftlicher Kraft-
omnibusverkehr,

sonstiger Personenkraftwagenverkehr,

Güterfernverkehr,

Güternahverkehr,

private Kraftfahrzeugüberwachung,

Kraftfahr-Unterricht,

Fuhrgewerbe (ohne Kraftfahrgewerbe):

Personen-Fuhrwesen,

Lastenbeförderung,

Spedition und Lagerei,

Spedition (auch mit Lagerei),

Möbelspedition und -transport,

Lagereigewerbe,

Gründungstag der Firma,

Anschrift am 1. Juli 1939,

haben Sie eine Genehmigung nach dem Personen-
beförderungsgesetz vom 4. Dezember 1934 in der
Neufassung vom 6. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I
S. 1319)?,

wenn ja, welche Art der Personenbeförderung ist ge-
nehmigt worden? Linienverkehr — Gelegenheitsver-
kehr: Droschken-, Mietwagen-, Ausflugswagen-, Über-
landwagenverkehr,

von welcher Behörde wurde die Genehmigung erteilt
und wann?,

haben Sie eine Genehmigung auf Grund des § 6 des
Güterfernverkehrs-Änderungsgesetzes vom 2. Sep-
tember 1949 (WiGBl. S. 306)?,

wenn ja, von welcher Behörde wurde die Genehmigung
erteilt und wann?,

hatten Sie eine Konzession auf Grund des Gesetzes
über den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom
26. Juni 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 788)?,

wenn ja, von welcher Behörde wurde die Konzession
erteilt und wann?,

Beschäftigte Personen (einschl. der am Zähltag beur-
laubten, erkrankten oder aus sonstigen Gründen nicht
tätigen Personen):

Tätige Inhaber, Mitinhaber, Pächter,

mithelfende Familienangehörige,

Angestellte (ohne Lehrlinge, Anlernlinge und Um-
schüler),

Arbeiter, Gesellen, Gehilfen,

Be- und Entladepersonal,

Kraftfahrer,

sonstige,

Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und
Volontäre,

darunter ausgebildete Kraftfahrzeughandwerker,

unterteilt nach Anzahl der am Zähltag beschäftigten
Personen: männlich — weiblich — zusammen,

davon mit Führerschein: Klasse 2 — Klasse 3,

Fuhrpark:

Krafträder mit und ohne Beiwagen,

Personenkraftwagen (einschl. Kraftdroschken und
Mietwagen),

Krankenkraftwagen (Spezialfahrzeuge),

Kraftomnibusse,

sonstige Kraftfahrzeuge,

Anhänger zur Personenbeförderung,

nach Fahrzeugart und Größenklasse:

Zugmaschinen (einschl. Sattel-, Raupen- und Hilfs-
schlepper) unterteilt nach Maschinenleistung,

Lastkraftwagen und Kipper,

dreirädrige,

andere unterteilt nach Nutzlast,

Möbelwagen (Motorwagen),

Kraftstoffkesselwagen,

Anhänger zur Lastenbeförderung,

einachsige (auch Krafttradanhänger),

mehrachsig (ohne Möbelwagenanhänger),

unterteilt nach Nutzlast,

Sattelschlepperanhänger (sog. Auflieger),

Möbelwagenanhänger,

sonstige Anhänger (Gas- und Generatorenanhänger
gelten nicht als Kraftfahrzeuganhänger),

unterteilt nach:

Zahl der vorhandenen Fahrzeuge,
Angaben über die mit den Lastfahrzeugen im Monat
..... zurückgelegten km und beförderten
Gütermengen,
im Ortsverkehr,
im Überlandnahverkehr bis 50 km,
im Fernverkehr,
nach zurückgelegten km — beförderten Gütermengen
in t,

Zahl der Pferde und sonstigen Zugtiere:

Pferde,
Maultiere,
Zugochsen und Zugkühe,

Zahl der Gespannfahrzeuge:

gewöhnliche Gespannfahrzeuge,
Möbelwagen.

II. Die Fragen der Erhebung der ausgewählten nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten für die Kostenstrukturuntersuchungen:

Beschäftigte insgesamt,
Brutto-Produktionswert oder Umsatz,
Zinsaufwendungen für Fremdkapital,
Fertigungsmaterial oder Wareneinkauf,
Löhne:
Fertigungslöhne,
Gemeinkostenlöhne,
Gehälter,

Sozialaufwendungen:

gesetzliche,
freiwillige,

Hilfs-, Betriebsstoffe, Energie, Büromaterial usw.,

Steuern, öffentliche Abgaben (ohne Einkommensteuern),

Übrige Kosten wie:

Mieten, Pachten,
Patent-, Lizenzkosten,
Werbekosten usw.,

Verbrauchsbedingte (kalkulatorische) Abschreibungen,
Veränderungen der Lagerwerte.

III. Die Fragen nach der Viehhaltung in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben (unter 0,6 Hektar):

Zahl der Pferde, Rinder insgesamt, Kühe (davon Zugkühe), Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner, Gänse, Enten und Bienenvölker.

IV. Die Fragen der Erhebung der Untermieten bei ausgewählten Untermieter-Haushaltungen:

Höhe des monatlichen Mietbetrages und seine Aufteilung auf reine Miete,

Möbelbenutzung,
Heizung,
Verpflegung,
Licht-, Gas- usw. -benutzung.

Berichtigung zum Volkszählungsgesetz¹⁾

In Ziff. III der Anlage 1 zum Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335) sind auf Seite 338 rechte Spalte, obere Hälfte²⁾, die Worte »Umsatz der Arbeitsstätte,« falsch eingerückt worden. Dies hat zu Zweifeln Anlaß gegeben. Die ordnungsmäßige Fassung der in Frage kommenden Stelle wird deshalb nochmals bekanntgegeben:

„Zahl der für die Arbeitsstätte zugelassenen Kraftfahrzeuge und Anhänger, nach Stück und Nutzlast, aufgliedert nach:

Kraftträdern (auch mit Beiwagen),
Personenkraftwagen,
Omnibussen,

Lastkraftwagen, Lieferwagen,
Zugmaschinen,
sonstigen Kraftfahrzeugen (z. B. Motorspritzen, Abschleppfahrzeuge),
Anhängern,

Umsatz der Arbeitsstätte,

Rechtsform und Kapital des Unternehmens nach folgenden Gesichtspunkten:“ ...

Bonn, den 4. November 1950.

Der Bundesminister des Innern

Im Auftrag

Egidi

¹⁾ BGBl. 1930, S. 752. — ²⁾ Im vorstehenden Abdruck des Volkszählungsgesetzes 1950 auf S. 83, rechte Spalte, untere Hälfte.

Begründung

zum Entwurf eines Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)¹⁾

I. Allgemeine Begründung

In den meisten Staaten finden in gewissen Zeitabständen allgemeine Volkszählungen statt, welche als große »Bestandsaufnahmen« einen umfassenden Überblick über die Gesamtheit der Bevölkerung in ihrer mannigfachen Gliederung nach Geschlecht, Alter, Beruf usw. ergeben. Mit diesen Volkszählungen sind häufig Erhebungen über Wohnungen, Arbeitsstätten und ähnliche Materien verbunden.

Die letzte deutsche Volkszählung fand Oktober 1946 im Gebiet der vier Besatzungszonen und Berlins auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 33 statt. Ihre Ergebnisse waren zwar als erste und einzige Unterlage umfassender Art nach dem Zusammenbruch zunächst von größtem Wert; sie sind jedoch inzwischen weitgehend veraltet, vor allem durch den nicht abreißen lassen den Flüchtlingsstrom, die Rückkehr von Kriegsgefangenen, den Drang der zunächst auf dem Lande untergebrachten Evakuierten und Heimatvertriebenen zu den Arbeitsstätten in den Städten und durch die Auswirkung der Währungsreform.

Da für eine Fülle staats- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Bundesrepublik und ihrer Länder ständig Unterlagen nach dem neuesten Stand benötigt werden, hat sich die Notwendigkeit einer neuen Zählung für das Jahr 1950 ergeben. Die Zählung entspricht außerdem einer Empfehlung der Vereinten Nationen, in diesem Jahr in möglichst vielen Staaten der Erde Volks- und Wohnungszählungen durchzuführen, für die einheitliche Definitionen und ein einheitliches Mindestprogramm der Befragung und Auswertung festgelegt worden sind.

Dieser für Zwecke der internationalen Vergleichbarkeit gegebene Rahmen bestimmt jedoch nicht allein den Umfang der deutschen Zählung. Da eine Volkszählung stets die Bevölkerung und die Behörden stark belastet und erhebliche Kosten verursacht, da ferner zur genauen Erfassung der gesamten Bevölkerung ein Heer von mehr als $\frac{1}{2}$ Million Zähler im Bundesgebiet nötig ist, da schließlich diese Organisation nur in größeren Zeitabständen aufgebaut werden kann, muß die seltene Gelegenheit einer Volkszählung zur Erfassung möglichst vieler wichtiger Tatbestände benutzt werden. Dies ist um so notwendiger, als mit der Lockerung der Bewirtschaftungsmaßnahmen viele mit diesen verbundene statistische Erhebungsmöglichkeiten fortfallen, beispielsweise die zuverlässige monatliche Ermittlung des Bevölkerungsstandes an Hand der ausgegebenen Lebensmittelkarten.

Daher soll die Volkszählung 1950 nicht nur die Bevölkerung nach ihren wesentlichsten Merkmalen erfassen, sondern auch einige für die gesamte Staats- und Wirtschaftspolitik bedeutsame Tatbestände, nämlich

- den Bestand an Gebäuden und Wohnungen,
- die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten sowie
- die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar.

Hingegen erübrigt sich eine Erhebung der sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe, da deren Zählung bereits im Jahre 1949 stattgefunden hat.

Das Kernstück des Zählungswerkes ist die Volkszählung, welche neben der traditionellen Feststellung der Zahl, des Geschlechts, des Berufs usw. der Bevölkerung einige neue Fragen enthält, die vor allem die Zahl der Zugewanderten und Heimatvertriebenen sowie den Stand ihrer Eingliederung in die Bevölkerung und das Wirtschaftsleben feststellen sollen. Der Größe und Zusammensetzung der Familien und Haushaltungen wird mehr Aufmerksamkeit als bei früheren Zählungen geschenkt, desgleichen der Erwerbs-

tätigkeit und der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Berufen zur Beantwortung der Frage, von welcher wirtschaftlichen Tätigkeit oder aus welchen anderen Quellen die Bevölkerung lebt.

Ergänzt wird die Bevölkerungsstatistik durch eine Wohnungszählung, welche Aufschluß darüber geben soll, wie die vermehrte Bevölkerung in dem verbliebenen Wohnungsbestand wohnt. Ein exaktes Bild über die Gebäude, Wohnungen und Wohnräume nach Zahl, Größe und Belegungsdichte ist vor allem notwendig als Unterlage für die Wohnungsbauprogramme und die endgültige Ansiedlung der Zugewanderten. Die Angaben über die Miethöhe können für die Mietpreispolitik und für Volkseinkommensberechnungen nicht länger entbehrt werden. Schließlich bildet der durch die Zählung festgestellte Wohnungsbestand die Grundlage für die künftige Fortschreibung der Wohnungszahlen auf den jeweils neuesten Stand. Alle diese Angaben können nur durch eine allgemeine Zählung gewonnen werden, da eine einheitliche Wohnungszählung im Bundesgebiet mit gleichem Termin und gleicher Methode noch nicht stattgefunden hat. Die Verbindung mit der Volkszählung 1950 erlaubt, die Wohnverhältnisse mit den übrigen Merkmalen der Haushaltungen (z. B. Heimatvertriebene, Beruf, Alter usw.) zu kombinieren. Ein Ersetzen der Wohnungszählung durch Heranziehen der vielfach angelegten Wohnkarteien ist nicht möglich, da solche Karteien nur in den größeren Gemeinden vorhanden, zudem nicht einheitlich aufgebaut und erfahrungsgemäß nicht voll auf dem laufenden gehalten sind.

Da bei der Volkszählung die Zähler in einem kleinen räumlichen Bezirk alle Wohnungen aufsuchen müssen, bietet sich die einmalige Gelegenheit zur Erfassung auch der in diesen Zahlbezirken gelegenen Betriebe und Arbeitsstätten in ihrer Gesamtheit sowie ihrer wichtigen Merkmale. Zwar sind die landwirtschaftlichen Betriebe schon im Jahre 1949 gezählt worden und die Ergebnisse, da deren Zahl sich weniger schnell verändert, in das Gesamtbild einfügbar, zwar gibt für die industriellen Betriebe die monatliche Industrieberichterstattung laufend die erforderlichen Angaben; aber für die große Masse der übrigen Arbeitsstätten, besonders im Handel, im Verkehrswesen und in den Dienstleistungsbereichen fehlt jede Unterlage. Hier soll die allgemeine Zählung unter möglichster Verwendung der laufend anfallenden Daten endlich das Gesamtbild liefern; denn man darf nicht übersehen, daß von den rund 13 Millionen außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten nur die Tätigkeit von rund 4 Millionen in der Industrie Beschäftigter der laufenden statistischen Beobachtung unterliegt.

Die Arbeitsstättenzählung beschränkt sich im wesentlichen auf Zahl und Art der Arbeitsstätten sowie ihre Größe, gemessen an der Beschäftigtenzahl, unter Verwendung einer eingehend gegliederten Gewerbesystematik. Auf alle Fragen der Kapitalausrüstung der Betriebe (Maschinen, Anlagen usw.) und auf Angaben, die die Betriebsleistung und den Betriebserfolg erkennen lassen (Produktion und wichtige Kostenelemente), wie sie im Ausland vielfach erhoben werden, wird hier bis auf zwei Merkmale verzichtet: Die Erfassung des Umsatzes, mit dessen Hilfe die Bedeutung der Betriebe und der einzelnen Wirtschaftszweige im Verhältnis zueinander gemessen werden kann und die Erfassung des Fahrzeugbestandes der Betriebe, die das Bundesverkehrsministerium in bestimmter Aufgliederung dringend benötigt. Neben diesen Zählungen erfolgt noch die Erfassung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar, die bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1949 nicht gezählt werden konnten, weil dafür als Ausgangspunkt die Haushaltsliste der Volkszählung benötigt

¹⁾ Bundestagsdrucksache Nr. 982 vom 24. Mai 1950.

wird. Die Zählung beschränkt sich hier im wesentlichen auf die Größe der Fläche und Art der Nutzung und füllt, in die Haushaltsliste eingebaut, ohne besondere Kosten und Arbeit die Lücke der Zählung von 1949 aus.

Obwohl das Zählungsprogramm bereits sehr umfassend ist, müssen, um ein vollständiges Bild zu erhalten und alle Ergebnisse der Hauptzählung voll ausschöpfen zu können, noch drei ergänzende Erhebungen an die Volkszählung angegliedert werden, welche zwar inhaltlich unmittelbar mit der Hauptzählung zusammenhängen, sich aber zeitlich nicht mit dieser verbinden lassen:

- 1) Eine Zählung der Straßenverkehrsbetriebe. Da anlässlich der Arbeitsstättenzählung alle Straßenverkehrsbetriebe ermittelt werden, soll diese Gelegenheit zur Feststellung zusätzlicher Angaben über Leistungsfähigkeit sowie Fahrzeug- und Personalbestand dieser Betriebe ausgenutzt werden. Das Bundesverkehrsministerium benötigt diese Angaben, schon um eine Grundlage für eine künftige laufende Repräsentativ-Berichterstattung zu besitzen.
- 2) Eine Befragung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten auf repräsentativer Grundlage zwecks Kostenstrukturuntersuchungen. Diese Befragung bildet in Verbindung mit der einmaligen Erfassung des Umsatzes anlässlich der Arbeitsstättenzählung die unentbehrliche Grundlage, um wichtige Posten für die Berechnung des Sozialproduktes in seiner Entstehung und seiner Verwendung zu erfassen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Marshallplanland verpflichtet, hierüber Unterlagen zu liefern. Sie bilden die Grundlage nicht nur für die ERP-Planung und die Verteilung der ERP-Mittel, sondern dienen auch der Orientierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Zur Zeit fehlen bisher alle statistischen Unterlagen für die Aufstellung derartiger volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

In Anlehnung an die seinerzeit durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt mit Erfolg auf freiwilliger Grundlage vorgenommene Repräsentativstatistik für die landwirtschaftlichen Betriebe soll auch die Repräsentativstatistik der nichtlandwirtschaftlichen Betriebe auf gleicher Basis durchgeführt werden.

- 3) Eine Befragung nach der Viehhaltung von Kleinbetrieben. Sie gehört zwar inhaltlich und ergänzend zu den Fragen über die Kleinbetriebe in der Haushaltsliste. Jedoch erscheint es zweckmäßig, die Haupterhebung nicht mit einer außerhalb des Rahmens liegenden Befragung verhältnismäßig geringer Größenordnung zu belasten.
- 4) Eine Befragung auf repräsentativer Grundlage nach den Untermieten bei Wohnungen. Ergebnisse über Untermieten besitzen nur bei weitgehender Differenzierung der Fragen nach der Mietzusammensetzung praktischen Wert. Eine Gesamterhebung über die Untermieten im Rahmen der Haushaltsliste bei der Gebäude- und Wohnungszählung würde daher nicht nur diese Liste räumlich stark belasten, sondern auch unverhältnismäßige Arbeit und Kosten verursachen und doch keine stichhaltigen Ergebnisse garantieren. Deshalb sollen zur Gewinnung dieser Unterlagen nur repräsentative Befragungen vorgenommen werden, die dann allerdings nur im Wege einer gesonderten Erhebung durchführbar sind.

Wenn die Ergebnisse des gesamten Zählungswerkes der Volkszählung 1950 einschließlich der Zusatzerhebungen vorliegen, werden die statistischen Anforderungen nicht nur des Bundes und seiner Länder, sondern auch der ECA und der OEEC und des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen weitgehend erfüllt werden können. Damit wird die Volkszählung 1950 besondere Bedeutung für die engere wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik mit den Staaten des europäischen Kontinents erlangen.

II. Besondere Begründung

Zu § 1

Die Gliederung der Zählung in ihre vier Teile

- a) Volkszählung,
- b) Gebäude- und Wohnungszählung,
- c) Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten,
- d) Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe

findet ihre sachliche Berechtigung in der allgemeinen Begründung dieses Gesetzes. Bei der landwirtschaftlichen Kleinbetriebszählung verfolgt die obere Grenze von 0,6 Hektar den Zweck, die an sich gewünschten Betriebe von etwa 0,5 Hektar auch dann, wenn sie unwesentlich größer sind oder angegeben werden, vollständig erfassen zu können, was bei der Festlegung einer Grenze von 0,5 Hektar nicht möglich wäre.

Als Zeitpunkt der Zählung war ursprünglich der Mai 1950 vorgesehen. Da sich jedoch die sachlichen Vorbereitungen des Gesetzes nicht vor Ende des Jahres 1949 abschließen ließen, andererseits mit einem Mindestzeitraum von 4 Monaten bis zum Erlass des Gesetzes zu rechnen war und anschließend noch etwa 3 Monate für den Druck und die Verteilung der Formulare benötigt werden, die wegen der hohen Kosten angesichts der Möglichkeit einer Änderung der vorgesehenen Fragen bis zum Erlass des Gesetzes nicht im voraus gedruckt werden können, war die Verschiebung der Zählung auf die zweite Hälfte des Jahres 1950 unumgänglich.

Dabei erwies es sich als erforderlich, für den Tag der Zählung nicht lediglich einen zeitlichen Rahmen zu bestimmen, sondern den Tag im Gesetz genau festzulegen. Denn nach langwierigen Verhandlungen konnte ein Übereinkommen mit der Ostzone erzielt werden, wonach dort ebenfalls am 13. September 1950 eine Volkszählung stattfindet. Auch die Westsektoren von Berlin haben sich diesem Termin angeschlossen. Da die Ostzone den Zählungstermin bereits einmal mit Rücksicht auf die Westzone verschoben hat, würde sie zu einem Abgehen von diesem vereinbarten, von ihr verordnungsmäßig bereits festgelegten Termin des 13. September kaum bereit sein. Ein gleicher Zählungstermin in der West- und in der Ostzone ist aber unbedingt anzustreben, um so mehr, als andernfalls auch innerhalb der Stadt Berlin zweifellos zwei verschiedene Zählungstermine zur Anwendung kommen würden.

Bei der Wahl des Tages der Zählung war der Gesichtspunkt maßgebend, daß einerseits die Zählung, um ihren reibungslosen und normalen Ablauf nicht zu erschweren, nicht in die sommerliche Reise- und Urlaubszeit fallen sowie vor oder nach der Hackfruchternte liegen soll, daß andererseits aber ein zu weites Hinausziehen der Zählung an das Ende des Jahres die Gefahr mit sich bringt, keine normalen Angaben zu erhalten, sondern solche, die durch das saisonbedingte Abflauen der Tätigkeit in einzelnen Gewerbezweigen, z. B. dem Baugewerbe, zu stark beeinflusst sind.

Zu § 2

Wegen des Umfanges der Zählung sowie wegen des Umstandes, daß sie nur in längeren Zeitabschnitten vorgenommen wird, sind Probeerhebungen, durch welche die für die Zählung vorgesehenen Zählpapiere und der organisatorische Ablauf der Zählung in einigen Gemeinden und Stadtbezirken erprobt werden soll, bereits bei früheren Volkszählungen üblich gewesen. Die Gebäudevorerhebung ist zur Sicherung der vollständigen Erfassung der Bevölkerung, der Wohnungen und der Arbeitsstätten erforderlich. Der Absatz 2 schafft die Grundlage für die in der allgemeinen Begründung genannten ergänzenden Erhebungen, die zwar nicht gleichzeitig mit der Hauptzählung durchgeführt werden, deren Ergebnisse aber zur Ergänzung des durch die Hauptzählung gewonnenen Bildes unbedingt erforderlich sind. Für diese ergänzenden Erhebungen können die Zeitpunkte im Gesetz noch nicht festgelegt werden, weil die sie bedingenden

Faktoren sich noch nicht überblicken lassen; sie können vielmehr erst später von dem an das Bundesministerium des Innern angegliederten Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachressorts ermittelt werden. Daher ist die Ermächtigung des Bundesministers des Innern, im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Bundesministern die Stichtage dieser ergänzenden Erhebungen zu bestimmen, die gegebene Lösung.

Der Hinweis, daß die ergänzenden Erhebungen auch nach dem 31. Dezember 1950 durchgeführt werden können, ist erforderlich, um etwaigen Einwendungen zu begegnen, daß diese Erhebungen zu einer auf das Jahr 1950 abgestellten Hauptzählung im gleichen Jahr durchgeführt werden müßten.

Zu § 3

Es ist eine rechtsstaatliche Forderung, daß jeder durch ein Gesetz Verpflichtete den Umfang seiner Pflichten im wesentlichen aus dem Gesetz ersehen kann. Eine Generalermächtigung an die durchführenden Stellen für ein bestimmtes Sachgebiet oder eine Verlagerung der genauen Festlegung der Pflichten auf die Durchführungsbestimmungen oder eine nur grobe Umreißung der Pflichten im Gesetz widerspricht heutiger Rechtsauffassung. Daher sind sämtliche Fragen, die in der Zählung, sowie in den Probe-, Vor- und ergänzenden Erhebungen an die Öffentlichkeit gestellt werden können, in zwei Anlagen einzeln aufgeführt.

Da jedoch schon aus rein technischen Gründen der äußeren Fragebogengestaltung ein Abweichen von den in den Anlagen gegebenen Formulierungen erforderlich werden kann, da weiterhin das Gesetz und seine Anlagen nicht mit kleinsten Einzelheiten belastet werden sollen, da schließlich eine unwesentliche Untergliederung mancher Fragen sich nachträglich als notwendig erweisen kann, sieht der Absatz 3 die Möglichkeit der Änderung des Wortlauts und der Aufgliederung der Fragen vor, soweit der Inhalt der Fragestellung hierdurch nicht berührt wird.

Bei der Erhebung für die Kostenstruktur und der Erhebung über die Untermieten bei Wohnungen ist keine Totalerhebung erforderlich, vielmehr genügen repräsentative Angaben. Die Auswahl bei diesen repräsentativen Erhebungen liegt bei den Statistischen Landesämtern, weil diese über das für die Auswahl erforderliche Material verfügen.

Zu § 4

Es besteht kaum eine rechtliche oder tatsächliche Handhabe, die in Absatz 1 genannten Personen zu zählen, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollten. Es wird daher auf ihre Zählung auch bei Vorhandensein der deutschen Staatsangehörigkeit verzichtet. Eine Erfassung der Gebäude und Wohnungen, die ausschließlich von diesem Personenkreis benutzt werden, erscheint jedoch eher durchführbar und wegen der erheblichen Größenordnung dieses Komplexes als wünschenswert. Mit Rücksicht auf die besonders gelagerte Materie erscheint die Ermächtigung nicht eines einzelnen Ministers, sondern der Bundesregierung zweckdienlich. Sie wird den hier vorliegenden Sonderverhältnissen Rechnung tragen müssen.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind die einzige Ausnahme von dem Prinzip der Gesamterfassung aller Personen, Gebäude, Wohnungen usw., das sich sowohl aus der Formulierung »allgemeine Volkszählung« als auch aus der Fragestellung der Anlagen 1 und 2 zum § 3 sowie aus der Festlegung des Kreises der Ausfüllungspflichtigen in § 5 ergibt.

Zu § 5

Die Formulierung der Auskunftspflicht entspricht im wesentlichen der Praxis der letzten Jahre. Die ausdrückliche Anführung des gesetzlichen Vertreters ist juristisch nicht erforderlich, aber mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit zweckmäßig.

Zu § 6

Die mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragte Stelle ist das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, das gemäß Artikel 130 des Grundgesetzes auf den Bund überführt werden und dann als selbständige Bundesoberbehörde mit der Bezeichnung »Statistisches Bundesamt« ein eigenes Organisationsgesetz erhalten soll. Da die Vorarbeiten hierfür aber noch nicht abgeschlossen sind, andererseits mit Rücksicht auf die zu § 1 gegebene Begründung eine weitere Verschiebung des Zählungstermines nicht angezeigt erscheint, mußte zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Durchführung der Zählung die im § 6 Absatz 1 Satz 1 getroffene Zwischenlösung gewählt werden, die einer Endentscheidung nicht vorgreift.

Die Sonderregelung in Absatz 3 für die ergänzenden Erhebungen ist erforderlich, weil es sich hier zum Teil um so subtile und schwierige Spezialgebiete handelt, daß sie von Stellen mit einer gewissen besonderen Erfahrung bearbeitet werden müssen.

Zu § 7

Die getroffene Regelung entspricht der bisherigen Gewohnheit. Mit Rücksicht auf die Ungeklärtheit der Frage, ob und in welchem Umfange eine Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern besteht, ist der Begriff des »ehrenamtlichen« Zählers vermieden.

Zu § 8

Durch diesen Paragraphen wird eine rechtliche Verpflichtung der Beamten, Angestellten oder Arbeiter der Behörden zur Ausübung der Tätigkeit als Zähler nicht begründet. Es wird aber damit gerechnet, daß sich dieses Personal weitgehend freiwillig zur Verfügung stellt. Alsdann soll jedoch dieses Tätigwerden als normaler Dienst gelten, so daß die Zähler einerseits kein Entgelt erhalten, andererseits aber auch keine Nachteile erleiden.

Im Absatz 2 ist vor allem an die Bundesbahn und die Post gedacht. Die hier genannten Behörden sind jedoch nicht völlig, sondern nur in dem erforderlichen Mindestumfang von der Verpflichtung zur dienstlichen Freistellung von Zählern befreit.

Zu § 9

Die Bestimmung, daß der Zähler die notwendigen Eintragungen selbst vornehmen darf und muß, entspricht einer Forderung und Erfahrung der Praxis vor allem in ländlichen Gebieten. Da jedoch der Zähler kein besonderes Eingriffsrecht in die Privatsphäre des Einzelnen erhalten soll, ist die einschränkende Bedingung des Einverständnisses des Auskunftspflichtigen festgelegt.

Zu § 10

Die Pflicht zur Geheimhaltung von Individualangaben ist das notwendige Korrelat zur Auskunftspflicht der Befragten in § 5. Ohne das Gebot der Verschwiegenheit wären die Befragten vor die Alternative gestellt, entweder eine nach heutiger Rechtsauffassung nicht zumutbare Offenbarung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erdulden oder aber die Unwahrheit zu sagen, wobei erfahrungsgemäß die Wahl zu Ungunsten der statistischen Wahrheit ausfällt. Die getroffene Regelung ist im wesentlichen die gleiche wie in sämtlichen Anordnungen einer Statistik in letzter Zeit.

Zu § 11

Da die Zählungsergebnisse einerseits sehr umfangreich sind, zum anderen ein erhöhtes Interesse der Öffentlichkeit an der Veröffentlichung der Ergebnisse besteht, ist die gesetzliche Festlegung der Veröffentlichungspflicht erforderlich. Um jedoch diese Pflicht angesichts der außerordentlichen Fülle des Materials zu begrenzen, wird das vom Statistischen Bundesamt nach § 6 Absatz 1 festzulegende Mindestveröffentlichungsprogramm als maßgebend erklärt.

Zu § 12

Ein Teil der Ergebnisse der Volks- wie der Wohnungszählung ist für die Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik so wichtig, daß sie auch in den folgenden Jahren nach dem neuesten Stand vorliegen müssen. Daher ist die Verpflichtung zur mindestens jährlichen einheitlichen Fortschreibung dieser Zahlen begründet.

Zu § 13

Als grundsätzliche Regel gilt für Statistiken, daß sowohl das Statistische Bundesamt als auch die Statistischen Landesämter die jeweils bei ihnen anfallenden Kosten selbst tragen. Da jedoch die Volkszählung eine Sonderzählung sehr großen Ausmaßes ist, leistet der Bund den Ländern einen Beitrag grundsätzlich in Höhe der Hälfte der Gesamtkosten der Länder. Dies entspricht im Prinzip dem Verfahren bei früheren Volkszählungen, bei denen sich das Reich an den anfallenden Kosten beteiligte. Ausgenommen von dieser grundsätzlichen Regelung sind nur die ergänzenden Erhebungen, soweit diese nicht von den Statistischen Landesämtern durchgeführt werden. Die Kosten für diese Erhebung trägt der Bund allein, da hier die Länder direkt nicht beteiligt sind.

Die gesamten Kosten der Zählung und der Erhebungen stehen erst nach deren Beendigung genau fest. Damit aber die Länder die Mittel wenigstens zum Teil bereits während der Vorbereitung der Zählung und der Aufbereitungsarbeiten erhalten können, andererseits auch die erforderliche Sparsamkeit gewährleistet ist, wird dem Beitrag eine vom Statistischen Bundesamt als der fachlich hierüber am besten unterrichteten Stelle vorzunehmende Berechnung der Gesamtkosten der Statistischen Landesämter sowie ein vom Statistischen Bundesamt errechneter Höchstsatz der Gemeinkosten zugrunde gelegt. Da die Gemeinden hinsichtlich eines Zuschusses zu den bei ihnen durch die Zählung entstehenden Kosten auf die Länder angewiesen sind, ist die Erstattung in Höhe der Hälfte des Zuschusses, den die Länder den Gemeinden gewähren, durch den Bund an die Länder davon

abhängig gemacht, ob und inwieweit dieser Zuschuß an die Gemeinden seitens der Länder tatsächlich gegeben worden ist.

Die Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Zählung wird voraussichtlich nicht vor dem Jahre 1952 beendet sein. Der Beitrag des Bundes muß daher auf die Rechnungsjahre 1950—1952 verteilt werden.

Die Aufteilung des Beitrages des Bundes zu den Kosten der Statistischen Landesämter auf die Länder soll so erfolgen, daß der nach der Berechnung des Statistischen Bundesamtes für die einzelnen Zählungsteile (Volkszählung, Gebäude- und Wohnungszählung, Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten) festgesetzte Beitrag des Bundes unter Berücksichtigung der bei dem jeweiligen Zählungsteil festgestellten Zahl der Erhebungseinheiten (z. B. bei der Gebäude- und Wohnungszählung die Zahl der Wohnungen) auf die Länder verteilt wird.

Für die Fortschreibungen gilt wieder die Regel, daß Bund und Länder die bei ihnen entstehenden Kosten zu tragen haben.

Berlin beabsichtigt, das Volkszählungsgesetz durch gesetzgeberischen Akt im Ganzen zu übernehmen. Für diesen Fall ist durch Absatz 5 geregelt, daß es die nach § 13 Absatz 2 und 3 vorgesehenen Beiträge erhält.

Zu § 14

Da Fahrlässigkeit in Absatz 1 nicht unter Strafe gestellt wird, ist an sich das Wort »vorsätzlich« nicht erforderlich, erscheint aber mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit angebracht. Der Grund für die schärfere Bestimmung des Absatz 2, welcher auch grobe Fahrlässigkeit unter Strafe stellt, liegt vor allem in dem erhöhten Schutzbedürfnis der Befragten.

Zu § 15

Mit Rücksicht darauf, daß sich alle Einzelheiten hinsichtlich der Leitung und Durchführung der Zählung und der übrigen Erhebungen noch nicht überblicken lassen, ist die Ermächtigung zum Erlaß von Durchführungsbestimmungen unerläßlich.

Übersicht

über die Erlasse zur Durchführung der ergänzenden Erhebungen

Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben

Gemäß § 2 Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes 1950¹⁾ hat der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr durch Erlaß vom 27. März 1951 — 1261 B — 435/51 — angeordnet, daß die Zusatzerhebung bei den Straßenverkehrsbetrieben in der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1951 durchgeführt wird und die Angaben über die Zahl der Beschäftigten und über den Fahrzeugbestand nach dem Stichtag vom 15. Mai 1951 gemacht werden.

Erhebung über die Untermieten von Untermieterhaushaltungen (Untermietennacherhebung)

Zur Durchführung der Untermietennacherhebung hat der Bundesminister des Innern gemäß § 2 Abs. 2 des Volks-

zählungsgesetzes 1950¹⁾ mit Erlaß vom 22. Mai 1951 — 1271 — 1 B — 384 II/51 — als Stichtag den 22. Juni 1951 bestimmt.

Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft hat der Bundesminister des Innern gemäß § 2 Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes 1950¹⁾ mit Erlaß vom 26. Oktober 1951 — 1335 — 1 B — 740/51 — als Zeitpunkt für die Durchführung der Erhebung über die Kostenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten die Zeit vom 1. November 1951 bis zum 31. Oktober 1952 festgesetzt.

¹⁾ BGBl. S. 335. — Abdruck auf S. 81 ff. dieses Bandes.

Verordnung

über die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen.

Vom 28. Februar 1951.¹⁾

Auf Grund von § 4 Absatz 2 des Volkszählungsgesetzes 1950 vom 27. Juli 1950 (BGBl. S. 335) wird mit Zustimmung des Bundesrats verordnet:

§ 1

(1) Die Erfassung und die laufende Fortschreibung der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen im Rahmen des Volkszählungsgesetzes 1950 nehmen die für die Besatzungskosten zuständigen Behörden der unteren Verwaltungsstufe (Besatzungskostenämter) auf Grund der bei ihnen vorhandenen Unterlagen vor.

(2) Die Erfassung nach dem Stande vom 30. September 1950 erstreckt sich auf die im Zählblatt (Anlage 1), die laufende Fortschreibung auf die im Zählblatt (Anlage 2) aufgeführten Angaben.

(3) Die Besatzungskostenämter legen die ausgefüllten Zählblätter dem zuständigen Statistischen Landesamt vor.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Februar 1951.

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister des Innern
Dr. Lehr

Anlage 1

Besatzungskostenamt																																																		
in Lfd. Nr.																																																		
Zählblatt für beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen nach dem Stande vom 30. 9. 1950																																																		
1. Gemeinde:																																																		
Straße und Haus-Nr. des Gebäudes:																																																		
2. Das Gebäude ist: voll teilweise beschlagnahmt } *)																																																		
3. Es ist ein: Wohngebäude Nichtwohngebäude }																																																		
4. Zahl der beschlagnahmten Wohnungen:																																																		
<table border="1"><thead><tr><th colspan="10">mit</th></tr><tr><th>einem Wohnraum</th><th>2</th><th>3</th><th>4</th><th>5</th><th>6</th><th>7</th><th>8</th><th>9</th><th>10 und mehr</th></tr></thead><tbody><tr><td colspan="10">Wohnräumen (einschl. Küche)</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>										mit										einem Wohnraum	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr	Wohnräumen (einschl. Küche)																				Zahl der beschlagnahmten Wohnungen insgesamt
mit																																																		
einem Wohnraum	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr																																									
Wohnräumen (einschl. Küche)																																																		
.....																																																		
Zeichen des Bearbeiters																																																		
Stehen auf einem Grundstück mehrere Gebäude, so ist für jedes frei stehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude ein besonderes Zählblatt anzulegen.																																																		
In die Zahl der Wohnräume ist die Küche einzubeziehen, nicht aber Nebenräume wie Badezimmer, Speisekammer, Abort u. ä.																																																		
*) Nichtzutreffendes streichen!																																																		

Anlage 2

Besatzungskostenamt																																																		
in Lfd. Nr.																																																		
Zählblatt für die Fortschreibung beschlagnahmter Gebäude und Wohnungen																																																		
Beschlagnahme *) erfolgte am																																																		
Freigabe																																																		
1. Gemeinde:																																																		
Straße und Haus-Nr. des Gebäudes:																																																		
2. Das Gebäude war: nicht teilweise voll } *) beschlagnahmt																																																		
3. Es wurde: für die Besatzungsmacht bzw. von ihr neu erbaut voll beschlagnahmt teilweise beschlagnahmt ganz freigegeben teilweise freigegeben } *)																																																		
4. Es ist ein: Wohngebäude Nichtwohngebäude																																																		
5. Zahl der neu beschlagnahmten bzw. freigegebenen Wohnungen:																																																		
<table border="1"><thead><tr><th colspan="10">mit</th></tr><tr><th>einem Wohnraum</th><th>2</th><th>3</th><th>4</th><th>5</th><th>6</th><th>7</th><th>8</th><th>9</th><th>10 und mehr</th></tr></thead><tbody><tr><td colspan="10">Wohnräumen (einschl. Küche)</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></tbody></table>										mit										einem Wohnraum	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr	Wohnräumen (einschl. Küche)																				Zahl der beschlagnahmten bzw. freigegebenen Wohnungen insgesamt
mit																																																		
einem Wohnraum	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr																																									
Wohnräumen (einschl. Küche)																																																		
.....																																																		
Zeichen des Bearbeiters																																																		
Stehen auf einem Grundstück mehrere Gebäude, so ist für jedes frei stehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude ein besonderes Zählblatt anzulegen.																																																		
In die Zahl der Wohnräume ist die Küche einzubeziehen, nicht aber Nebenräume wie Badezimmer, Speisekammer, Abort u. ä.																																																		
*) Nichtzutreffendes streichen!																																																		

¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 45 S. 1.

Gesetz
über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und
landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950).

Vom 30. August 1950.¹⁾

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat haben das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Am 13. September 1950 findet in Groß-Berlin eine allgemeine Volkszählung, eine Zählung der Gebäude und Wohnungen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar statt.

§ 2

(1) Für die Volkszählung (§ 1) werden die Bestimmungen des Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950 vom 27. Juli 1950) — Bundesgesetzblatt Seite 335 — entsprechend angewandt.

¹⁾ Verordnungsblatt für Groß-Berlin, Teil I, S. 383. — ²⁾ Abdruck der »Anlage« erfolgt hier nicht, da der Wortlaut des Bundesgesetzes auf S. 81 ff. dieses Bandes wiedergegeben worden ist.

(2) Die Bestimmungen der §§ 2—14 des Bundesgesetzes (Anlage)²⁾ sind rechtsverbindlich für Groß-Berlin.

§ 3

(1) Der Magistrat wird ermächtigt, die allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen der Bundesregierung zu dem Bundesgesetz entsprechend für Groß-Berlin zu erlassen.

(2) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt der Magistrat.

§ 4

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Verordnungsblatt für Groß-Berlin in Kraft.

Berlin, den 30. August 1950

Magistrat von Groß-Berlin

Dr. Reuter
Oberbürgermeister

Theuner
Stadtrat

Verordnung
über die Zählung der von den Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen.
Vom 7. Mai 1951.¹⁾

Auf Grund des § 3 (1) des Gesetzes über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) vom 30. August 1950 (VOBl. I S. 383) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Erfassung und die laufende Fortschreibung der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Gebäude und Wohnungen im Rahmen des Volkszählungsgesetzes 1950 nehmen die Besatzungskostenämter auf Grund der bei ihnen vorhandenen Unterlagen vor.

(2) Die Erfassung nach dem Stande vom 30. September 1950 erstreckt sich auf die im Zählblatt (Anlage 1), die laufende

¹⁾ Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, S. 370.

Fortschreibung auf die im Zählblatt (Anlage 2) aufgeführten Angaben.

(3) Die Besatzungskostenämter legen die ausgefüllten Zählblätter dem Statistischen Landesamt Berlin vor.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 7. Mai 1951.

Der Senat von Berlin

Reuter

Regierender Bürgermeister

Dr. Müller

Senator

Anlage 1

Besatzungskostenamt											Lfd. Nr.										
Zählblatt für beschlagnahmte Gebäude und Wohnungen (Stand 30. 9. 1950)																					
Verwaltungsbezirk:																					
Ortsteil:																					
Straße und Hausnummer:																					
1. Art des Gebäudes:											a) Wohngebäude b) Nichtwohngebäude *) Geschoßzahl:										
2. Art der Beschlagnahme:											a) voll beschlagnahmt b) teilweise beschlagnahmt *)										
3. Zahl der beschlagnahmten Wohnungen:																					
insgesamt		davon mit Wohnräumen (einschl. Küche)																			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr										
Bemerkungen:																					
Stehen auf einem Grundstück mehrere Gebäude, so ist für jedes frei stehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude ein besonderes Zählblatt anzulegen.																					
..... Unterschrift des Bearbeiters																					
*) Nichtzutreffendes streichen!																					

Anlage 2

Besatzungskostenamt											Lfd. Nr.										
Zählblatt für die Fortschreibung beschlagnahmter Gebäude und Wohnungen																					
Verwaltungsbezirk:																					
Ortsteil:																					
Straße und Hausnummer:																					
Beschlagnahme *) erfolgte am																					
Freigabe																					
1. Art des Gebäudes:											a) Wohngebäude b) Nichtwohngebäude *) Geschoßzahl:										
2. Das Gebäude war:											a) voll beschlagnahmt b) teilweise beschlagnahmt c) nicht beschlagnahmt *)										
3. Das Gebäude wurde:											a) für die Besatzungsmacht bzw. von ihr neu erbaut b) voll beschlagnahmt c) teilweise beschlagnahmt *) d) ganz freigegeben e) teilweise freigegeben *)										
4. Zahl der neu beschlagnahmten bzw. freigegebenen Wohnungen:																					
insgesamt		davon mit Wohnräumen (einschl. Küche)																			
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr										
Bemerkungen:																					
Stehen auf einem Grundstück mehrere Gebäude, so ist für jedes frei stehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude ein besonderes Zählblatt anzulegen.																					
..... Unterschrift des Bearbeiters																					
*) Nichtzutreffendes streichen!																					

Gebäudeliste

für das Grundstück _____-Straße (-Platz) Nr.: _____

Wichtig! Vor dem Ausfüllen genau durchlesen!
Für jedes bebaute Grundstück — in der Regel durch eigene Haus-Nr. gekennzeichnet — eine besondere Liste anlegen!
Nicht ausfüllen für unbebaute Grundstücke oder unbenutzte Gebäuderuinen!
Ausfüllungspflichtig ist der Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder sein Vertreter oder der Hausverwalter.
Weitere Erläuterungen befinden sich auf beiliegendem Merkblatt.

1. Angaben über den **Grundstücks- bzw. Gebäude-Eigentümer**

- a) Vor- und Zuname (ggf. Firma, Behörde, Körperschaft) _____
Bei natürlichen Personen angeben, ob selbständig berufstätig – Beamter – Angestellter – Arbeiter – Rentner oder Pensionär – ohne Beruf.
(Zutreffendes unterstreichen)
- b) Wohnort oder Sitz _____
Straße _____ Hausnummer _____
- c) Bevollmächtigter oder gesetzlicher Vertreter des Grundstücks- bzw. Gebäude-Eigentümers:

Vor- und Zuname _____ Wohnort _____ Straße und Hausnummer _____
- d) Hausverwalter: _____
Vor- und Zuname _____ Wohnort _____ Straße und Hausnummer _____

2. Verzeichnis der Gebäude des Grundstücks

Jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Gebäude gesondert eintragen! Auch Wohnwagen, bewohnte Eisenbahnwagen, Wohnschiffe u. a. sind hier als „Gebäude“ einzutragen.

In Spalte 4 ist für jedes Gebäude eine der unter a) bis n) aufgeführten Bezeichnungen einzutragen!

In Spalte 6 ist bei der Wiederherstellung von durch Kriegsschäden teilweise unbenutzbar gewesenen Gebäuden das Jahr der ursprünglichen Errichtung maßgebend.

[illegible]

Falls der Raum zur Eintragung sämtlicher benutzten Gebäude eines Grundstücks nicht ausreicht, sind die Eintragungen auf einem Einlageblatt fortzusetzen!

Originalformat 350 x 500 mm

Beachten Sie bitte beim Ausfüllen die Erläuterungen und Hinweise auf beiliegendem Merkblatt!

3. Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. in den einzelnen Gebäuden des Grundstücks

Angaben über die Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros und dergl. auf dem Grundstück Jede geschlossene Wohnung in einer besonderen Zeile eintragen. Räume der Arbeitsstätten je Stockwerk in einer Zeile zusammenfassen				Angaben über die Mietverträge in Wohnungen (Bei Dienst-, Werks- oder Stillswohnungen ist in Sp. 11 hinter dem Mietpreis zu vermerken: Dienst, Werk, Stille. Bei Hauseigentümern, die die Wohnungen in Sp. 11 eintragen)				Vom Zähler auszufüllen:									
Lage auf dem Grundstück (Entsprechend der Reihenfolge in der Tabelle auf der Vorderseite Spalte 1 und 2)	im Gebäude (z. B. links, Mitte, rechts)	Zweckbestimmung (z. B. Wohnung, Laden und Werkstätten, Fremdenheim, Wohnung und Arztpraxis)	Gesamtzahl der Räume der Arbeitsstätten, soweit sie hierzu baulich eingerichtet sind (z. B. Werkstatt, Laden, Gaststätte)	Besitz der Wohnung ein Zimmer oder nicht Zurückzuführen auf das Grundstück	Namen (Firma usw.) der Inhaber und Mieter Sind mehrere Mietverträge für die in den Spalten 5 und 6 aufgeführten Räume abgeschlossen, so sind die Namen der Mieter (Hauptmieter) jeweils auf einer besonderen Zeile einzutragen. Keine Untermieter angeben! Gegebenenfalls „Leihenden“ eintragen. (Für leerstehende Wohnungen muß ein Wohnungsbogen vom Hauseigentümer ausgefüllt werden)	Höhe der vertraglich vereinbarten Miete in DM ohne Beträge für Zentralschaltung, Möbelvermietung, Warmwasser, Schönheitsreparaturen, Wohnraumsteuer, Baumzugaufgaben, Bunkbrennstoffe	Monatlicher Gesamtbetrag in DM für Nebenleistungen, die mit dem in Spalte 11 angegebenen Mietbetrag nicht abgegolten sind. Siehe Anmerkung 1)	Wenn ist die Miete festgesetzt worden? a) Vor 1. 7. 1918 (alt Altbau-miete) b) Zwischen 1. 7. 1918 und 1. 5. 1945 (alt Neubau-miete) c) Nach 1. 5. 1945 (für neugebaute Wohnungen)	Ist die Miete erteilt worden infolge eines Kriegsschadens? Ja oder nein	Nummern der							
										Wohnungs-bogen	Haus-bogen	Arbeits-bogen	Frage-bogen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Vordereingang	Erdgeschoss	rechts	Wohnung	—	3	ja	0	St, G, W	Albert Schröder	Eigentümerwohnung	—	a)	nein	16	23	—	—
"	"	links	Gaststätte	2	—	—	—	—	Erwin Freitag	—	—	—	—	—	—	10	—
"	"	"	Wohnung	—	2	nein	0	St, G, W	"	—	6.—	a)	nein	17	24	—	—
"	1. Stock	—	Wohnung und Arztpraxis	—	7	ja	E	St, G, W	Dr. Karl Meier	165.—	8.—	1949	nein	18	25, 26	11	—
"	"	—	Werkstatt und Nebengebäude	1	2	nein	0	St	Berta Lehmann	42.—	6.—	1949	nein	19	27	—	—
Stammgebäude	Erdgeschoss	—	Verkaufsfond	1	—	—	—	—	„Audienz Kurt Schröder“	niedrig	—	—	—	20	28	12	—
alleinstehend	"	—	Verkaufsfond	1	—	—	—	—	Fritz Schuler	—	—	—	—	—	—	13	—

— In jedes Feld eine Eintragung machen! Wo keine Angaben zu machen sind, ist ein Strich (—) einzutragen! —

Merkblatt

Erläuterungen zur Ausfüllung der Gebäudeliste

Wann ist eine Gebäudeliste auszufüllen?

Eine Gebäudeliste muß für jedes **Grundstück** ausgefüllt werden, auf dem sich Gebäude oder Baulichkeiten befinden, die für Wohnzwecke, wirtschaftliche oder öffentliche Zwecke **benutzt** werden, auch wenn die Gebäude auf dem Grundstück

noch im Bau,
durch Kriegseinwirkung beschädigt oder
vorübergehend unbenutzt sind.

Eine Gebäudeliste ist auch für solche Grundstücke anzulegen, auf denen sich nur primitive Wohngelegenheiten (Gartenhäuser, Ruinenkeller usw.) befinden, soweit sie benutzt sind. Bei Wohnblocks, Reihenhäusern u. dgl. ist für jede Hausnummer (= Grundstück) eine besondere Gebäudeliste zu verwenden. Wenn ein Grundstück mehrere Hausnummern (z. B. nummerierte Eingänge von verschiedenen Straßen) oder Sammelnummern (z. B. Johannisstr. 72-80) hat, ist für ein solches Grundstück nur eine Liste anzulegen.

Keine Gebäudeliste ist anzulegen für Grundstücke, die unbebaut sind oder auf denen sich nur völlig unbenutzte Gebäuderuinen befinden.

Wie ist die Gebäudeliste auszufüllen?

Auf der Vorderseite sind die Angaben für jedes auf dem Grundstück befindliche Gebäude in der Tabelle in eine eigene Zeile einzutragen. Es sind dafür sämtliche Spalten auszufüllen.

Als Gebäude gilt jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern ist jedes einzelne, von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude zu betrachten. Dies gilt auch für Bauernhäuser, in denen Wohn- und Wirtschaftsgebäude wohl unter einem Dach liegen aber durch eine Brandmauer voneinander getrennt sind und bei denen sowohl Wohnhaus wie Wirtschaftsgebäude als selbständiges Gebäude zu zählen sind.

Fliegende Verkaufsstände sind nicht als Gebäude anzusehen. Sie sind daher nicht in die Gebäudeliste aufzunehmen.

Bei größeren Industrieanlagen sind zuerst die bewohnten Gebäude einzeln anzugeben; die übrigen nicht bewohnten Gebäude können ihrem Verwendungszweck nach zusammengefaßt eingetragen werden, also z. B. »5 Werkhallen«, »3 Hochöfen«, »8 Garangengebäude« usw. Zu Wohn- und anderen Zwecken benutzte außer Dienst gestellte Schiffe (wie Wohnschiffe, als Hotel benutzte Schiffe, Restaurationsschiffe u. ä.) sind wie Gebäude einzutragen, desgl. abgestellte Waggonen oder Wohnwagen.

Gebäudereste, die noch zum Wohnen oder als Werkstatt usw. benutzt werden, sind ebenfalls aufzuführen.

Auf der Innenseite sind nacheinander für jedes Gebäude alle darin befindlichen Wohnungen, Werkstätten, Läden, Büros usw. aufzuführen. Dabei ist für jede Wohnung eine neue Zeile zu verwenden. Wohnunterkünfte, die als Ganzes nicht den Charakter einer »Wohnung« im Sinne der nachstehenden Beschreibung tragen (Räume in Ruinenkellern, Wohnlauben, Baracken, Nissenhütten, abgestellte Eisenbahnwaggonen, Wohnwagen usw.), sind ebenfalls — wie die Wohnungen — in besonderen Zeilen anzugeben. Arbeitsstätten sind dagegen stockwerkweise in einer Zeile zusammengefaßt einzutragen.

Es ist zweckmäßig, eine Zeile erst vollständig von Spalte 1 bis 14 auszufüllen, bevor die nächste Zeile begonnen wird.

Die Aufteilung der Zeilen von Spalte 10 an in zwei Unterzeilen soll die Möglichkeit geben, für ein und dieselbe Wohnung (bzw. bei Arbeitsstätten für ein ganzes Stockwerk) Eintragungen über zwei evtl. darin wohnende Hauptmieter (bzw. Firmen) zu machen. Sind mehr als zwei Hauptmieter bei einer Wohnung (bzw. Firmen bei einem Stockwerk) einzutragen, so sind die nächsten Zwischenzeilen zu benutzen und die weiteren Eintragungen in die Hauptzeilen entsprechend zu verschieben.

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt sind und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine bauplanmäßig vorgesehene Kochnische oder Küche,
 - b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.
- Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht sind, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde. Wenn aus einer größeren Wohnung durch Umbaumaßnahmen mehrere selbständige Wohnungen geschaffen wurden, gilt jede neue Einheit als Wohnung.

Im einzelnen ist zu beachten:

Jedes Einfamilienhaus gilt in der Regel als eine Wohnung.

Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume in einem Stockwerk zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind.

Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der auch Einzelräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtekammer im Stallgebäude) zu zählen sind.

Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt hier nur dann vor, wenn die hierzugehörigen Räume im Bauernhaus in einem Stockwerk oder in einem abgetrennten Gebäude zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind.

Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethäusern ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarde, separates Zimmer) als Ganzes eine Wohnung im Sinne der Zählung. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerkweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten als Wohnung im Sinne der Zählung die Räume, die unter Vorkriegsverhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einer Wohnpartei bewohnt bzw. gemietet werden.

Bei allen übrigen Gebäudearten (Nichtwohngebäuden, Behelfsheimen, Baracken und Buden, Nissenhütten, Bunkern, Wohnlauben, abgestellten Waggons, Wohnwagen, Wohnschiffen und Gebäuderesten) liegt eine Wohnung vor, wenn die oben angegebenen Wohnungsmerkmale (voll ausgebaute Küche und eigener Wohnungsabschluß) sinngemäß zutreffen.

Bei der Ausfüllung der Spalten 11 bis 13 (Mietangaben) ist zu beachten:

Spalte 11: Wenn die Zahlung der Miete gemäß behördlicher Festsetzung erfolgt, so ist dieser Betrag hier anzugeben. Auch in diesem Falle sind die ausgenommenen Beträge (Möbelbenutzung, Zentralheizung usw.) abzusetzen. Mieten, bei denen Nachlässe für Baukostenzuschüsse gewährt werden, sind ohne Abzug der Nachlässe anzugeben.

Spalte 12: Die in Spalte 11 bereits ausgenommenen Beträge für Möbelbenutzung, Zentralheizung usw. dürfen auch hier nicht als Nebenleistungen eingesetzt werden. Was unter Nebenleistungen zu verstehen ist, wird in der Anmerkung in der linken unteren Ecke der Innenseite angegeben.

Spalte 13: Maßgebend für die Eingruppierung der angegebenen Miete ist ihr Charakter als »Altbaumiete«, »Neubaumiete« oder »Miete für neugebaute Wohnungen (nach 1945)«.

In der Regel gelten:

- a) Mieten für vor dem 1.7.1918 errichtete Wohnungen als »Altbaumieten«,
- b) Mieten für zwischen dem 1.7.1918 und 1.5.1945 errichtete Wohnungen als »Neubaumieten«,
- c) Mieten für nach dem 1.5.1945 errichtete Wohnungen als »Mieten für neugebaute Wohnungen«.

Ausnahme: Für solche Wohnungen, deren Mieten nach dem 1.5.1945 als »Altbaumiete« oder »Neubaumiete« festgesetzt wurden, ist jeweils dem Charakter der Miete entsprechend »a)« oder »b)« einzutragen.

Alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen haben gegen jedermann Verschwiegenheit über die ihnen bei der Erledigung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Angaben zu bewahren.

Die Angaben werden nicht zu polizeilichen oder steuerlichen Zwecken oder für die Wohnraumbewirtschaftung benutzt.

Die Gebäudeliste wird weder der Polizei, noch dem Finanzamt, noch dem Wohnungsamt — auch nicht vorübergehend — überlassen.

Volkszählung

am 13. September 1950

Weitere Haushaltslisten, Wohnungs- und Arbeitsstättenbogen können bei Bedarf beim Zähler oder bei der Gemeindebehörde angefordert werden.

Haushaltungsliste

Land:

Kreis:

Gemeinde:

Gemeindeteil:
(Ortschaft, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Straße u. Hausnr.:

Zählbezirk Nr.:

Haushaltungsliste Nr.:

Gebäudeliste Nr.:

Wohnungsbogen Nr.:

Anstaltsliste Nr.:

An die Haushaltungsvorstände!

Durch Bundesgesetz vom 27. 7. 1950 ist für den 13. September 1950 eine Volks- und Berufszählung angeordnet. Mit ihr ist eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden. Im Interesse eines guten Gelingens der Zählung wird gebeten, die Haushaltungsliste vollständig und gewissenhaft auszufüllen. Die Haushaltungsvorstände sind durch das Gesetz zur Beantwortung der in den Zählpapieren gestellten Fragen verpflichtet. Alle mit der Durchführung der Zählung Betrauten, insbesondere die Zähler sowie die Hausbesitzer und ihre Vertreter, haben über alle hierbei gewonnenen Angaben gegen jedermann Verschwiegenheit zu bewahren.

Die Angaben werden **nicht** zu polizeilichen oder steuerlichen Zwecken oder für die Wohnraumbewirtschaftung benutzt.
Die Haushaltungsliste kommt weder der Polizei noch dem Finanzamt noch dem Wohnungsamt zu Gesicht.

Die Haushaltungsliste und die übrigen Zählpapiere sind bis zum 14. September 1950, mittags, auszufüllen. Die Haushaltungsliste ist vom Haushaltungsvorstand oder dessen Vertreter auf der letzten Seite zu unterschreiben und mit den übrigen Zählpapieren zur Abholung bereit zu halten.

Die Haushaltungsliste kann dem Zähler in einem verschlossenen Umschlag übergeben werden, wenn auf dem Umschlag der Name des Haushaltungsvorstandes sowie Straße und Hausnummer angegeben sind.

Name des Haushaltungsvorstandes: (Familiennamen) (Vorname)

Wohnen Sie in einer Wohnung als

a) Hauseigentümer (auch Pächter) im eigenen Haus? Ja oder nein

b) Mieter oder Untermieter? (Zutreffendes eintragen)

Jeder Inhaber einer Wohnung hat für sich und seine evtl. vorhandenen Untermieter einen besonderen Wohnungsbogen für die **ganze Wohnung** auszufüllen. Das gleiche gilt für Inhaber von Wohnungen in primitiven Unterkünften (z.B. Lauben, Nissenhütten, Bunkerkabinen, Gebäuderesten usw.). Wohnen **mehrere Mieter** - nicht Untermieter - in einer Wohnung, so ist derjenige Mieter zur Beantwortung der Fragen für die **gesamte Wohnung** verpflichtet, der am längsten in der Wohnung wohnt oder in Zweifelsfällen vom Zähler hierzu bestimmt wird.

Falls Sie Untermieter sind:

c) Wer ist der Wohnungsinhaber?

Achten Sie bitte darauf, daß der Wohnungsinhaber Sie in seinen Wohnungsbogen aufnimmt.

Falls Sie nicht in einer Wohnung wohnen, wo sind Sie untergebracht?

d) Art der Unterkunft: (z.B. Hotel, Fremdenheim, Flüchtlingslager, Anstalt, Bunker usw.)

e) Bezeichnung (Name, Firma) der Unterkunft: (z.B. Hotel „Deutscher Hof“, Fremdenheim „Exquisit“, Flüchtlingslager Stadtpark usw.)

Anleitung zur Ausfüllung der Haushaltungsliste

Wer hat eine Haushaltungsliste auszufüllen?

- In **Wohnungen** füllen die Vorstände aller darin untergebrachten Wohnparteien eine Haushaltungsliste aus. Als besondere Wohnparteien gelten: Eigentümer im eigenen Haus, Mieter (Hauptmieter) und Untermieter. Dies gilt auch für alle Wohnungen in Anstalten und primitiven Unterkünften (z.B. Lauben, Nissenhütten, Bunkerkabinen, Gebäuderesten usw.). In **Untermiete** wohnende **Einzelpersonen** sollen jedoch in der Regel in die Haushaltungsliste des Vermieters aufgenommen werden. Sie sind dann in Spalte 4 (Stellung zum Haushaltungsvorstand) mit dem Wort „Untermieter“ zu bezeichnen. Hat ein Einzeluntermieter Gründe, eine besondere Haushaltungsliste auszufüllen - etwa weil der Raum in Abschnitt E sonst nicht ausreicht -, so bestehen hiergegen keine Bedenken.

- In **Gasthöfen, Pensionen, Anstalten u. dgl.** wohnende Familien oder Einzelpersonen, die keine andere Wohnung haben (wohnungslöse Eingewiesene) oder

bis zur Beschaffung einer anderen Unterkunft Dauergäste sind, füllen eine Haushaltungsliste aus.

- In **Flüchtlingslagern, Umsiedlerlagern, Bunkern sowie Massenunterkünften** untergebrachte Familien und Einzelpersonen sowie die Bewohner von **Wohnwagen u. dgl.** füllen eine Haushaltungsliste aus.

Das in Gasthöfen, Pensionen, Anstalten, Flüchtlingslagern usw. wohnende **alleinstehende Personal** und die **Insassen** von Anstalten werden in eine besondere Liste (Drucksache Nr. 3) aufgenommen.

Berufstätige (auch Schüler, Studenten usw.) sind in die Haushaltungsliste (Abschnitt A, gegebenenfalls B) der Wohnung aufzunehmen, von der aus sie normalerweise täglich zur Arbeit (Schule oder Hochschule) gehen.

Für die Eintragung der in der Nacht vom 13. zum 14. September 1950 Geborenen und Gestorbenen ist die Mitternacht (24 Uhr) entscheidend, so daß die vor Mitternacht Geborenen und die nach Mitternacht Gestorbenen einzutragen sind.

Wer hat die Fragen über die Bodenbewirtschaftung zu beantworten?

(Abschnitt G auf der letzten Seite dieser Liste)

Jede auf der Innenseite in den Abschnitten A oder B eingetragene Person, die eine Bodenfläche - wenn auch von kleinstem Umfang - selbst bewirtschaftet.

Wer hat die Fragen über die Arbeitsstätten zu beantworten?

(Abschnitt H auf der letzten Seite dieser Liste)

Jeder auf der Innenseite in den Abschnitten A oder B eingetragene Inhaber (Eigentümer, Pächter) oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte und jeder, der eine freiberufliche oder sonstige selbstständige Tätigkeit ausübt.

In **Zweifelsfällen** ist der Zähler bereit, **Auskünfte** zu erteilen und bei der Beantwortung der Fragen behilflich zu sein. Weitere Erläuterungen und Hinweise finden Sie bei den einzelnen Abschnitten.

Ist für eine Person in einer Spalte keine Eintragung erforderlich, ist ein Strich (—) einzutragen.

Originalformat 420 x 680 mm

Bitte lesen Sie vor Ausfüllung die Anleitungen zu A, B, C, D, E, F, und beachten Sie die Erläuterungen zu den einzelnen Spalten!

Spalte 8: Es ist die Zahl aller in der jetzigen Ehe lebend geborenen Kinder anzugeben, auch wenn sie nicht mehr zum Haushalt gehören oder inzwischen verstorben sind. Mitzurechnen sind auch die durch die Beschließung legitimierte Kinder. Nicht mitzurechnen sind Fehlgeburten und Totgeburten.

Spalte 9: Die Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschauliche Gemeinschaft ist genau zu bezeichnen. Bei evang. Bekenntnis ist die Zugehörigkeit zur Landeskirche mit LK, oder zu einer Pfarlkirche mit PK, besonders kenntlich zu machen. Beispiele: ev.-luth. LK, ev.-luth. FK, ev.-ref. LK, ev.-ref. FK, röm.-kath., orthodox, Baptist, Mennonit, jehow., griech.-orth., neopost., anthroposoph., Bahai-vereinigung.

Spalte 11 u. 12: Neben der Angabe des Ortes ist die des Kreises u. dgl. besonders wichtig. Personen, die bereits am 1. 9. 39 aus Kriegsgründen ihren ständigen Wohnsitz verlassen hatten (z. B. durch Einziehung zur Wehrmacht), geben ihren letzten ständigen Wohnsitz vor Ausbruch des Krieges an. Für die Zugehörigkeit des Kreises zu einem Land und Staat sind die Staatsgrenzen maßgebend, wie sie im Jahre 1937 bestanden haben, also auch der Rückkehr des Saargebietes und vor der Eingliederung Ostpreußens, des ehemaligen Sudetengauges usw.

Spalte 14: In dieser Spalte ist die Angabe zu machen, auch für die im Kopf angegebenen Bezeichnung sind, in welchem Falle ist zu 8. anzugeben, wenn selbst nicht eine „Kind“. Bei Schulentlassenen, die Ausbildung oder Erwerbstätigkeit „Schulentslassen-Ordnung“ sind anwerbsfähig und Rentenbezüge geben.

Lfd. Nr.	Name und Stellung im Haushalt		Geburts-tag, -monat, -jahr	Ge- schlecht	Fa- milien- stand	Religions- zugehörigkeit	Muttersprache	Ständiger Wohnort am 1. 9. 1939 (bei Kriegsbeginn)		Bestehen Sie einen Pflanzungs- Ausweis?
	Reihenfolge der Eintragungen	Stellung zum Haushalts- vorstand						Wohngemeinde am 1. 9. 1939	Kreis (Provinz, Land, Stadt), zu dem die Gemeinde 1937 gehörte	
	Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen)	Vorname (Rufname)		männlich weiblich	Ehe- schließungs- jahr der jetzigen Ehe	Maßgebend ist die recht. Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder dgl. Gehört jemand keiner solchen an, so ist „keine“ einzutragen	(falls deutsch — dt.)			(In der brit. Zone u. Rheinl.-Pfalz nur Flüchtlings- Ausweis A) ja — nein

A Ständig anwesende Personen													
Hier werden die normalerweise zur Haushaltung gehörenden Personen eingetragen, die in der Nacht vom 13. Sept. zum 14. Sept. 1950 anwesend sind. Haushaltung: Nachtschicht nicht anwesend sind (z. B. Verkehrspersonal, Reparaturarbeiter, Bergleute), sind hier ebenfalls aufzuführen. Vorübergehend anwesende Personen sind nur in													
Mutter III	1	Dr. Meier	Karl	Haushaltungsvorstand	1	24. Mai 87	verh. 1920	—	röm.-kath.	dt.	Ludwigshafen a. Rh.	Ludwigshafen-Stadt	nein
	2	Meier geb. Schulze	Maria	Ehefrau	—	29. Sept. 91	verh. 1920	4	röm.-kath.	dt.	Ludwigshafen a. Rh.	Ludwigshafen-Stadt	nein
	3	Meier	Eva	Tochter	—	1. Dez. 25	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Ludwigshafen a. Rh.	Ludwigshafen-Stadt	nein
	4	Schmidt, geb. Schulze	Anna	Haushaltungsvorstand	—	16. Febr. 05	verh.	—	keine	—	Schweibheim	Hirschberg/Rhgl., Schier.	ja
	5	Schmidt	Erich	Sohn	1	7. Aug. 58	ledig	—	ev.-luth. LK	dt.	Schweibheim	Hirschberg/Rhgl., Schier.	nein
	6	Hoffmann	Rudolf	Haushaltungsvorstand	1	31. März 95	verh. 1950	—	ev.-luth. LK	dt.	Endorf	Bilberg	nein
	7	Hoffmann	Katharina	Tochter	—	7. Okt. 17	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Endorf	Bilberg	nein
Mutter III	1	Hoffmann	Alma	Sohn	1	10. Nov. 59	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Endorf	Bilberg	nein
	2	Hoffmann	Friderich	Sohn	1	15. Juli 21	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Endorf	Bilberg	nein
	3	Hoffmann	Georg	Bruder	1	7. April 00	verh. 1920	—	röm.-kath.	dt.	Endorf	Bilberg	nein
	4	Hoffmann	Hans	Enkel	1	19. März 45	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Kirchweiler	Dann	nein
	5	Hoffmann	Sophia	Magd.	—	8. Okt. 20	ledig	—	röm.-kath.	polnisch	Gensau	Gensau, Polen	nein
	6	Storzinska	Sophia	Magd.	—	8. Okt. 20	ledig	—	röm.-kath.	polnisch	Gensau	Gensau, Polen	nein
	7	Storzinska	Sophia	Magd.	—	8. Okt. 20	ledig	—	röm.-kath.	polnisch	Gensau	Gensau, Polen	nein

Summe														
B	Vorübergehend abwesende Mitglieder der Haushaltung					z. B.: 1. Auf Reisen befindliche Personen, 2. Patienten in Krankenhäusern, 3. Untersuchungshäftlinge, 4. zu Erwerbszwecken vorübergehend abwesende Personen (z. B. Geschäftsreisende, Fernlastfahrer, Nicht hier, sondern unter Abschnitt C einzutragen sind Personen, die an ihrem Arbeitsort eine								
Mutter	Hoffmann, geb. Rodei	Maria	Ehefrau	—	1	4. April 20	verh. 1950	8	röm.-kath.	dt.	Endorf	Bilberg	nein	

C Längere Zeit oder ständig abwesende Mitglieder der Haushaltung													
z. B.: 1. Personen, die längere Zeit oder ständig zu Erwerbszwecken (Bauarbeiter, Beamte mit 2. Wohnsitz am Dienstort) abwesend sind, 2. Personen, die längere Zeit oder ständig zu Erwerbszwecken (Bauarbeiter, Beamte mit 2. Wohnsitz am Dienstort) abwesend sind, 3. Zum Haushalt gehörende Kriegsgefangene, die													
Mutter	Mutter	Sohn	1	—	3. Juni 21	ledig	—	röm.-kath.	dt.	Ludwigshafen a. Rh.	Ludwigshafen-Stadt	nein	

D Vorübergehend Anwesende										
z. B.: 1. Auf Besuch befindliche Personen, auch Familienmitglieder, wenn sie am auswärtigen Arbeits- oder Ausbildungsort einen weiteren Wohnsitz oder eine ständige Schlafstätte haben, 2. Zu Erwerbszwecken vorübergehend anwesende Personen, z. B. Geschäftsreisende, auswärts eingesetzte Monteure am Einsatzort, Fernlastfahrer am Aufenthaltsort.										
Lfd. Nr.	Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen)	Vorname (Rufname)	Stellung zum Haushalts- vorstand	Ge- schlecht	Grund der Anwesenheit	Ständiger Wohnort	Lfd. Nr. und Name der Person unter A oder B	Familienname und Vorname der Angehörigen	Stellung zu der Person unter A oder B	Wohnort (Gemeinde, Kreis)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	Köhler	Tom	Fremd	1	Besuch	Hausberg	A 5 Hoffmann	Hoffmann, Paula	Ehefrau	Kirchweiler, Kreis Dann
2	Rudel, geb. Meix	Ehr	Schwägerin	—	Besuch	Bud Kreuznach	A 5 Hoffmann	Hoffmann, Peter	Sohn	Kirchweiler, Kreis Dann
3	Lehmann	Wilhelm	Bekannte	1	Geschäftsfreizeit	Berlin	A 5 Hoffmann	Hoffmann, Gerda	Tochter	Kirchweiler, Kreis Dann

E Hier sind alle Angehörigen der in A oder B aufgeführten Personen einzutragen, die von diesen unterhalten werden, mit ihnen normalerweise eine gemeinsame Hauswirtschaft führen würden, aber wegen fehlenden Wohnraumes noch an einem anderen Ort wohnen.										
Lfd. Nr.	Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen)	Vorname (Rufname)	Stellung zum Haushalts- vorstand	Ge- schlecht	Grund der Anwesenheit	Ständiger Wohnort	Lfd. Nr. und Name der Person unter A oder B	Familienname und Vorname der Angehörigen	Stellung zu der Person unter A oder B	Wohnort (Gemeinde, Kreis)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	Köhler	Tom	Fremd	1	Besuch	Hausberg	A 5 Hoffmann	Hoffmann, Paula	Ehefrau	Kirchweiler, Kreis Dann
2	Rudel, geb. Meix	Ehr	Schwägerin	—	Besuch	Bud Kreuznach	A 5 Hoffmann	Hoffmann, Peter	Sohn	Kirchweiler, Kreis Dann
3	Lehmann	Wilhelm	Bekannte	1	Geschäftsfreizeit	Berlin	A 5 Hoffmann	Hoffmann, Gerda	Tochter	Kirchweiler, Kreis Dann

Satz 22: Anzugesand sind z. B. Ansprüche aus einer betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrente) oder das Bestehen einer Lebens- bzw. priv. Rentenversicherung (Lebensversicherung). Die Ansprüche sind in der Regel als Vermögensgegenstände anzusehen. Quellen vor, so sind sie sämtlich unentgeltlich. Für Nichtversicherte und für mitversicherte Ehefrauen und Kinder ist ein Strich (-) zu machen. Nur jedoch eine Ehefrau/versicherte Ansprüche auf Grund ihrer pflichtgemäßen Unterhaltspflicht. Zugeliegt zu einem anderen, so sind sie als unentgeltlich anzusehen. Personen, die aus der Sozialversicherung bereits eine Rente erhalten oder Pension beziehen oder ihre Lebensversicherung schon ausgezahlt bekommen haben oder Altrentner sind, machen einen Strich (-).

**Durch sorgfältige
Beantwortung der
Fragen und
deutliche
Schrift tragen Sie
zum Gelingen
der Zählung bei**

Grund der Abwesenheit und Aufenthaltsort
falls dort zweiter Wohnsitz errichtet,
bitte: „2. Wohnsitz“ hinzufügen.

735040

[illegible]

C

Wenn ja, sind auch die folgenden Fragen zu beantworten:

Ja oder nein

Als Bewirtschaftung einer Bodenfläche rechnet die Nutzung als Acker, Wiese (Baumwiese), Weide, Wald, Fischgewässer, Rebfläche, Garten oder Kleingarten (Laubengarten, Heimgarten, Schrebergarten). Außer Betracht bleiben Ziergärten, Park- und Rasenflächen, wenn sonst keine Bodenfläche bewirtschaftet wird.

1. Name des Bewirtschafters *)

(siehe Anmerkung)

2. Wie groß ist die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche?

(einschl. Haus- und Hofraum, Wege, Ödland, Gewässer usw.). Pachtland ist vom Pächter anzugeben, Deputatland vom Arbeitnehmer!

Ist die Gesamtfläche kleiner als 0,6 ha ($\approx 60 \text{ a} \approx 6000 \text{ qm}$), so sind die nebenstehenden Fragen 3 bis 5 zu beantworten.

Deputatlandempfänger füllen die Fragen 3 bis 5 auch dann aus, wenn die gesamte bewirtschaftete Fläche mit **Deputatland** zwar 0,6 ha groß oder größer ist, jedoch **ohne Deputatland** kleiner als 0,6 ha ist. -

1			2		
			*) Siehe Anmerkung am Schluß dieses Abschnitts		
(Familienname)			(Familienname)		
(Vorname)			(Vorname)		
Bewirtschaftete Bodenflächen*) (siehe Anmerkung)					
Hektar	Ar	Quadratmeter	Hektar	Ar	Quadratmeter

1 Hektar = 100 Ar = 10000 Quadratmeter, 1 Ar = 100 Quadratm.,
4 preußische Morgen (1 Morgen = 25 Ar) = 1 Hektar,
3 Tagwerk (1 Tagwerk = 33,3 Ar) = 1 Hektar,
720 Ruten (180 Ruten = 25 Ar) = 1 Hektar.

3. Wieviel von der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche (Frage 2) ist:

a) eigenes Land?
(Verpachtete Flächen sind hier nicht anzugeben.)

b) gepachtetes Land?

b) gepachtetes Land?

c) Deputatland?

4. Wieviel von der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche (Frage 2) bewirtschaften Sie als:

a) Ackerland einschl. Erwerbsgartenland?

b) Haus- und Kleingarten?

c) Rebland?

d) Wiese und Weide?

5. Betreiben Sie Anbau von Gemüse, Obst, Blumen und Zierpflanzen oder Gemüse- und Blumensamen zum Zwecke des Verkaufs?

^{a)} Anmerkung: Falls von einem anderen Mitglied der Haushaltung ebenfalls eine Bodenfläche selbständig bewirtschaftet wird, so sind in der zweiten Spalte für diese bewirtschaftete Bodenfläche gesonderte Angaben zu machen.

H

Auszufüllen von jedem Inhaber (Eigentümer, Pächter) oder Leiter einer nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte, gleichgültig ob haupt- oder nebenberuflich tätig, und von jedem, der eine freiberufliche oder sonstige selbständige Tätigkeit ausübt. Die **Arbeitsstätte** kann ein Industrie-, Handwerks- oder Handelsbetrieb oder eine Behörde sein, die ausüsbetriebe

Tätigkeit sich auf Vermittlung von Waren, die Darbietung von Dienstleistungen usw. richten. Es gehören hierher auch: Ärzte und Rechtsanwälte mit eigener Praxis, Schriftsteller, selbständige Agenten, Straßenhändler, Schausteller, Störnährinnen, Hebammen usw.

Welche von den in der Haushaltsliste aufgeführten Personen sind Inhaber (Eigentümer, Pächter) oder Leiter einer Arbeitsstätte?

[illegible]

Zu beachten! Jeder oben eingetragene Inhaber oder Leiter einer Arbeitsstätte im Sinne dieser Zählung hat einen „Arbeitsstättenbogen 1950“ auszufüllen, auch wenn er nur allein oder unter Mithilfe nichtsozialversicherungspflichtiger Personen tätig ist.

Dieser Arbeitsstättenbogen ist **grundsätzlich am Sitz der Arbeitsstätte** abzugeben. Handelt es sich jedoch um ein **Gewerbe ohne feste Arbeitsstätte** (z. B. Vertreter, Straßen-, Hausierhandel usw.) oder liegen **Arbeitsstätte und Haushaltung auf dem gleichen Grundstück**, so ist der Arbeitsstättenbogen **zusammen mit der Haushaltungsliste** abzugeben.

Wer eine Frage vorsätzlich falsch, unvollständig oder nicht rechtzeitig beantwortet, oder wer sich weigert, eine solche Frage zu beantworten, kann mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden!

**Ich versichere, daß die Angaben in dieser Haushaltsliste vollständig
und der Wahrheit gemäß gemacht worden sind.**

(Unterschrift des Haushaltsvorstandes oder seines Vertreters)

Volkszählung

am 13. September 1950

Erhebungsbogen

für

Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte

(ANSTALTSLISTE)

Land:
Kreis:
Gemeinde:
Gemeindeteil:
(Ortschaft, Wohnplatz, Stadtbezirk)
Straße u. Hausnr.:
Zählbezirk Nr.:
Anstaltsliste Nr.:
Gebäudeliste Nr.:

Weitere Erhebungsbogen und sonst benötigte Zählpapiere können beim Zähler oder bei der Gemeindebehörde angefordert werden.

Durch Bundesgesetz ist für den 13. September 1950 eine Volks- und Berufszählung angeordnet. Mit ihr ist eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden.

Dieser Erhebungsbogen ist auszufüllen für Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime sowie für Massenunterkünfte (wie Flüchtlings- und Arbeiterlager) und für alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, die der gemeinsamen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung bestimmter Personengruppen zur Erfüllung religiöser, sozialer, gesundheitlicher, erzieherischer oder ähnlicher Zwecke dienen (wie Klöster, Altersheime, Waisenhäuser, Krankenhäuser, Erholungsheime, Internate, Erziehungsanstalten, Strafanstalten usw.).

Außer dieser Anstaltsliste sind für die oben erwähnten Einrichtungen noch folgende Zählpapiere auszufüllen:

- eine (oder mehrere) „Gebäudeliste(n)“, nur wenn die Einrichtung ein (oder mehrere) Grundstück(e) umfaßt und nicht bereits Gebäudelisten bei der Vorerhebung angelegt wurden,
- ein „Arbeitsstättenbogen“ (vgl. auch unten Abschnitt A III).

Verantwortlich für die ordnungsgemäße Ausfüllung der Zählpapiere ist jeweils der Eigentümer, Pächter, Leiter, Vorstand oder Verwalter. Die Zählpapiere sind bis zum 14. September 1950, mittags, auszufüllen, zu unterschreiben und zur Abholung bereit zu halten.

Die Angaben werden nicht zu polizeilichen oder steuerlichen Zwecken oder für die Wohnraumbewirtschaftung benutzt. Die Anstaltsliste kommt weder der Polizei noch dem Finanzamt noch dem Wohnungsamt zu Gesicht.

A I Allgemeine Angaben

Firma oder Anstaltsbezeichnung:
(z. B. Fremdenheim „Exquisit“, Städt. Krankenhaus, Flüchtlingslager III, Bunker am Hauptbahnhof)
Gegenwärtiger Verwendungszweck:
(z. B. Krankenhaus, Privatklinik, Fremdenheim, Flüchtlingsunterkunft u. d.)
Name des Eigentümers, Leiters, Vorstandes oder Verwalters:
Familiennam e Vorname

A II Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume

1. Anzahl der vorhandenen Wohnungen innerhalb des Hotels, Heims, der Anstalt, Massenunterkunft usw.:

a) bewohnte Wohnungen: b) leerstehende Wohnungen:

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist, eine bauplanmäßig vorgesehene Kohnische oder Küche und einen eigenen Wohnungseingang aufweist.

Für alle Wohnungen sind Wohnungsbogen auszufüllen, und zwar von den Wohnungsinhabern bzw., soweit sie leerstehen, von dem Eigentümer oder Leiter des Hotels, Heims, der Anstalt usw. Die Wohnparteien (Eigentümer, Mieter, Untermieter) dieser Wohnungen haben jede für sich eine Haushaltsliste auszufüllen.

2. Anzahl und Belegung der vorhandenen übrigen Unterkunftsräume, die nicht zu einer besonderen Wohnung gehören:

Solche Unterkunftsräume (nur Räume, die als Schlafraum oder zugleich als Schlaf- und Aufenthaltsraum benutzt werden) sind z. B. Hotelzimmer, Schlafsäle, Zellen in Klöstern oder Gefängnissen, Barackenräume usw.

a) für Personal und ständige Insassen: Räume

(siehe Erläuterung zu B I)

davon sind am Stichtag belegt: Räume

mit insgesamt: Personen

Diese Personen sind in dem Personenverzeichnis B I aufzuführen.

b) für wohnungslose Eingewiesene: Räume

(siehe Erläuterung zu B II)

davon sind am Stichtag belegt: Räume

mit insgesamt: Personen

Diese Personen sind in dem Personenverzeichnis B II aufzuführen.

c) für vorübergehend anwesende Gäste: Räume

(auch Patienten in Krankenhäusern, Untersuchungshäftlinge u. a.)

davon sind am Stichtag belegt: Räume

mit insgesamt: Personen

Diese Personen sind in den Personenverzeichnissen dieses Fragebogens nicht aufzuführen, da sie in der heimischen Haushaltung erfaßt werden.

A III Verzeichnis der selbständigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten

Hier sind anzugeben: 1. alle anstaltseigenen selbständigen Arbeitsstätten, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeiten (z. B. Korbflechtereien in Blindenheimen, Wäschereien in Klöstern),
2. alle nicht anstaltseigenen selbständigen Arbeitsstätten, die auf dem Gelände der Anstalt liegen (z. B. Friseure, Verkaufsstände, Kantinen usw.),
3. alle Insassen, die eine selbständige freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit ohne feste Arbeitsstätte ausüben.
Sind derartige Arbeitsstätten oder Personen vorhanden, so sind Arbeitsstättenbogen (hellrosa) auszufüllen. In jedem Fall muß für die Anstalt selbst ein Arbeitsstättenbogen vorliegen. Alle Arbeitsstättenbogen sind der Anstaltsliste beizufügen.

Lfd. Nr.	Name des Inhabers oder Leiters der Arbeitsstätte	Art der Arbeitsstätte	Zahl der beschäftigten Personen (einschließlich tätigen Inhabers oder Leiters)
1	2	3	

Bitte die Personenverzeichnisse auf der Innenseite und Rückseite und die Unterschrift auf der Rückseite nicht übersehen!

Originalformat 420 x 605 mm

ende Gäste und Insassen)

Spalte 14: In dieser Spalte ist für alle Personen eine Angabe zu machen, auch für diejenigen, für die die Im Kopf angegebenen Bezeichnungen nicht anwendbar sind. In welchem Falle ist zu anzugeben: »Schüler, freier (noch) zur Ausbildung selbst nicht erwerbstätig«, »Schüler, »Kinde. Bei Schulentlassenen, die nach ohne Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit sind, ist einzu- tragen »Schulentlassenen-arbeitslos«. Sind Personen gleichzeitig erwerbstätig und Rentenbezieher, ist beides anzugeben.

Spalte 14: Der Geschäftszweig (Brand) der Firma oder des Arbeitgeber ist genau zu bezeichnen, also z. B. nicht Hüttenwerk, sondern Eisenhütte, Kupfer- oder Zinkhüttenfabrik, sondern Nähmaschinenfabrik, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, Lokomotivfabrik usw., nicht Schulverwaltung, sondern Volkshalle Brentanostr., nicht Heilstätte, sondern Lungenheilstätte.

Personen, die für mehrere Auftraggeber arbeiten (z. B. auch Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter), geben den Auftraggeber (Betrieb, Geschäft, Firma) an, für den sie hauptsächlich arbeiten.

Spalte 19: Einzutragen ist der Beruf, der in der in Sp. 15–17 angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausgeübt wird, auch wenn er nicht der früher erlernte oder früher ausgeübte Beruf ist. Bei mithelfenden Familienangehörigen, die in einem bestimmten Beruf tätig sind oder ausgebildet werden, ist dieser Beruf anzugeben, sonst ist „hilflos“ einzutragen.

Spalte 21: Die Kassen sind wie folgt anzugeben:	
Ortskrankenkasse od. Kreiskrankenk.	= OKK
Landkrankenkasse	= LKK
Betriebskrankenk. (ohne Post u. Bahn)	= BKK
Postbetriebskrankenkasse	= Post
Bahnbetriebskrankenkasse	= Bahn
Innungskrankenkasse	= IKK
Knappschaftskrankenkasse	= KnKK
Seemannskasse	= SeKK
Ersatzkasse	Namen angeben!
Privatkrankenkasse	Namen angeben!

Spalte 22: Anzugeben sind z. B. Ansprüche aus einer betriebl. Altersversorgung (Betriebsvers.) oder dem Bestehen einer Lebens- bzw. privaten Lebensversicherung (Lebensvers. bzw. Lebensversicherung). Ansprüche aus anderen Versicherungen, die höheren Qualitäten vor, sind sie ebenfalls anzugeben. Für Nichtversicherte und für versicherte Ehefrauen und Kinder ist ein Strich (—) zu machen. Hat jedoch eine Ehefrau eigene Ansprüche auf Grund (—) zu machen, oder freiwilligen Zugabezeitpunkt zu einer Sozialversicherung, ist dies anzugeben. Für die Ehefrau ist anzugeben, ob die Pension die aus der Sozialversicherung bereits eine Rente erhalten oder Pension beziehen oder ihre Lebensversicherung schon ausgezahlt bekommen haben oder Altrenten sind, machen einen Strich (—).

[illegible]

Ja oder nein: _____ **Wenn ja, sind folgende Fragen zu beantworten:**

[illegible]

— 105 —

B II Verzeichnis der wohnungslosen Eingewiesenen

die innerhalb der Anstalt **nicht in Wohnungen, sondern in sonstigen Unterkunftsräumen** untergebracht sind und keine andere Wohnung oder Unterkunft haben
(ohne vorübergehend anwesende Gäste)

Hier sind alle **Familien und Einzelpersonen** aufzuführen, die aus Wohnungsmangel bis zur Zuweisung einer Wohnung oder einer anderen Unterkunft im Hotel, Heim, in der Anstalt, dem Lager usw. in Räumen untergebracht sind, die nicht zu einer Wohnung gehören, z. B.:
Flüchtlinge, Evakuierte, Obdachlose sowie auch Dauergäste in Hotels und Pensionen.

Alle hier eingetragenen Familien und Einzelpersonen haben — jede für sich — eine Haushaltsliste auszufüllen.

[illegible]

Dieser Anstaltsliste liegen bei: _____ Gebäudeliste(n)
 _____ Wohnungsbogen
 _____ Haushaltslisten
 _____ Arbeitsstättenbogen

**Ich versichere, daß die Angaben in dieser Anstaltsliste vollständig
und der Wahrheit gemäß gemacht worden sind.**

(Unterschrift des Eigentümers, Pächters, Leiters, Vorstands, Verwalters bzw. seines Vertreters)

Volkszählung

am 13. September 1950

Schiffsliste

Weitere Schiffslisten und sonst benötigte Zählpapiere können bei den Dienststellen der Wasserstraßen- und Schifffahrtsdirektion, der Wasserschutzpolizei, den Hafenämtern, der See-Berufsgenossenschaft und ihren Sektionen angefordert werden.

Land Nr.:

Kreis Nr.:

Gemeinde Nr.:

Zahlbezirk Nr.:

Wird im Statistischen Landesamt ausgefüllt

Mit Bundesgesetz ist für den 13. September 1950 eine Volks- und Berufszählung angeordnet. Mit ihr ist eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden.

Die Schiffsliste dient zur Erleichterung der Durchführung der Zählung der **Schiffsbevölkerung**. Eine Schiffsliste ist für jedes Fahrzeug der See- oder Küstenschifffahrt, der Hochsee- oder Küstenfischerei und der Binnenschifffahrt auszufüllen, das eine ständige Besatzung hat, die während der Fahrt regelmäßig auf dem Schiff übernachtet. Eine Schiffsliste ist auch dann auszufüllen, wenn das Schiff zur Zeit der Zählung vorübergehend im Hafen liegt und die Besatzung sich nicht oder nur zum Teil an Bord befindet. Dagegen ist **keine** Schiffsliste auszufüllen für festverankerte Wohn- oder Hotelschiffe sowie für Hafen-, Küsten- und Fischereifahrzeuge, deren Besatzungen in der Regel nicht an Bord übernachtet. Die Schiffsliste ist mit den zu ihr gehörenden Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen sofort nach Empfang auszufüllen. **Für die Eintragung sind die am Tage der Ausfüllung an Bord bestehenden Verhältnisse maßgebend.** Verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung an Bord ist der Schiffsführer.

Alle Angaben dienen nur statistischen Zwecken. Der Fragebogen mit den zugehörigen Zählpapieren wird nicht zu polizeilichen Zwecken verwandt und kommt weder dem Wohnungsamt noch dem Finanzamt zu Gesicht.

Beim Ausfüllen der Schiffsliste sind alle zur **Besatzung** gehörenden Personen einschl. ihrer **an Bord** befindlichen Familienangehörigen sowie das **Personal selbständiger gewerblicher Betriebe an Bord** in der Schiffsliste einzeln aufzuführen; das Personal der gewerblichen Betriebe ist wie das Personal der Besatzung zu behandeln und bei allen Eintragungen als solches kenntlich zu machen.

Die Eintragungen sind vorzunehmen für:

- a) an Bord lebende Familien und Einzelpersonen, die **keinen ständigen Wohnsitz an Land haben**, auf der **Innenseite** der Schiffsliste,
- b) an Bord lebende Familien und Einzelpersonen, die **einen ständigen Wohnsitz an Land haben**, auf der **Rückseite** der Schiffsliste.

Fahrgäste sind nur in der Gesamtzahl unter **Ziffer 7** der nachstehenden Fragen anzugeben.

Für das Schiff ist außerdem ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

A I Allgemeine Angaben über das Schiff

1. Name des Schiffes (bei Seeschiffen auch Unterscheidungssignal, bei Binnenschiffen auch Permit-Nr.):

2. Flagge (Staatsangehörigkeit):

3. Art (ob Dampfschiff, Motorschiff, Schleppkahn usw.):

4. Reeder-Eigner:

5. Heimathafen:

6. Gesamtzahl der Besatzungsmitglieder (einschl. ihrer an Bord befindlichen Familienangehörigen und des Personals selbständiger Arbeitsstätten an Bord) männlich: weiblich: zusammen:

davon: a) ohne ständigen Wohnsitz an Land " : " : " :

b) mit ständigem Wohnsitz an Land " : " : " :

7. Gesamtzahl der Fahrgäste " : " : " :

A II Verzeichnis der selbständigen Arbeitsstätten an Bord

Hier sind einzutragen: Restaurationsbetriebe, Verkaufsstände, Friseure usw. Für jede dieser Arbeitsstätten ist von ihrem Inhaber oder Leiter außerdem ein Arbeitsstättenbogen (hellrosa) auszufüllen und der Schiffsliste beizufügen.

Für das Schiff selbst muß ebenfalls ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

Name des Inhabers oder Leiters der Arbeitsstätte	Art der Arbeitsstätte	Beschäftigte Personen (einschl. Inhabers oder Leiters)
1	2	3
Beispiel Einzel-Hotel	Restaurationsbetrieb	2

BI Persone

Familien und Einzelpersonen, die keine Wohnung an Land haben, sondern ständig an l.
(Eine sogenannte Briefadresse an Land)

Beachten Sie bitte bei der Ausfüllung der unteren Spalten die nebenstehenden Erläuterungen

Spalte 2: Alle Personen, die zu einer Familiengemeinschaft gehören, sind untereinander aufzuführen und durch eine senkrechte Klammer zusammenzufassen.

Spalte 8: Es ist die Zahl aller in der jetzigen Ehe lebend geborenen Kinder anzugeben, auch wenn sie nicht mehr zum Haushalt gehören oder inzwischen verstorben sind. Mitzählen sind auch die durch die Eheauflösung legitimierten Kinder.
Nicht mitzurechnen sind fehlgeburt und Totgeburt.

Spalte 9: Die Kirche, Religionsgesellschaft oder religiös-weltanschauliche Gemeinschaft ist genau zu bezeichnen. Bei evang. Bekenntnis ist die Zugehörigkeit zur Landeskirche mit LK, oder zu einer Freikirche mit FK, besonders kenntlich zu machen.
Beispiele:
ev.-luth. LK., ev.-luth. FK., ev.-ref. LK., ev.-ref. FK., röm.-kath., altkath., Baptisten, Mennoniten, Israeliten, griech.-orth., neopost.-anthroposok., Beharvereinigung.

Spalten 11 und 12: Neben der Angabe des Ortes ist die des Kreises u. dgl. besonders wichtig. Personen, die bereits am 1. 9. 1939 aus Kriegsrückgründen ihren ständigen Wohnsitz verlassen hatten (z. B. durch Einziehung zur Wehrmacht), geben ihren letzten ständigen Wohnsitz vor Ausbruch des Krieges an. Für die Zugehörigkeit des Kreises zu einem Land und Stadt sind die Staatsgrenzen maßgebend, wie sie im Jahre 1939 bestanden haben, also auch der Rückkehr des Saargebietes und vor der Eingliederung Ostpreußens, des ehemaligen Sudetenlandes usw.

Lfd. Nr.	Reihenfolge der Eintragungen			Geschlecht	Geburts-tag, -monat, -jahr	Fa- milien-stand	Für verheiratete Frauen	Religions- zugehörigkeit	Muttersprache	Ständiger Wohnort am 1. 9. 1939 (bei Kriegsbeginn)	
	Familienname (bei Frauen auch Mädchennamen)	Vorname (Rufname)	Stellung zum Familienvorstand bzw. Angabe ob Einzelperson							Wohngemeinde	Kreis (Provinz, Land, Staat), zu dem die Gemeinde 1939 gehörte
1	1	Edgar	Familienvorstand	männlich	8. 8. 05	verh. 1931	—	luther	alt.	Hamburg	Hamburg
Beispiel 1 Familie Schuster	2	Schwester, geb. Fink	Ehefrau	weiblich	23. 7. 09	verh. 1931	2	ev. luth. LK.	alt.	Hamburg	Hamburg
	3	Schwester	Karl-Heinz	Sohn	15. 5. 46	ledig	—	ev. luth. LK.	alt.	—	—
	4	Buse	Erwin	Schwägerin	7. 11. 54	ledig	—	ev. ref. FK.	alt.	Dresden	Dresden
	1	Schwartz	Walter	Einzelperson	männlich	20. 1. 07	ledig	—	röm.-kath.	alt.	Pyrna
Beispiel 2 Einzelperson	2	Andersen	Inger	Einzelperson	männlich	18. 9. 07	verw.	Mennoniten	deutsch	Hamburg	Flensburg

Fragen für Körperbehinderte

Hat eine der oben eingetragenen Personen ein körperliches oder geistiges Gebrechen?
Ja oder nein Wenn ja, sind folgende Fragen zu beantworten:

Lfd. Nr.	Familienname und Vorname	Art der Behinderung (siehe Erläuterungen)	Ist die Behinderung			Wann ist die Behinderung		Wann ist die Behinderung	
			angeboren?	Wann entstanden? (Jahr)	Wodurch entstanden? (siehe Erl.)	durch Rentenbescheid			
						vom (Datum)	Grad d. M.d.E. (siehe Erl.)		
Beispiel	1	Schwester, Elise	Klumpfuß	ja	—	—	—	—	
	2	Schwester, Karl-Heinz	Epilepsie	nein	1949	3	—	—	

Verzeichnis

ord wohnen (ohne Fahrgäste), auch wenn sie am Zählungstag vorübergehend abwesend sind.
I gilt nicht als ständige Landwohnung.)

Spalte 14: In dieser Spalte ist für alle Personen eine Angabe zu machen, auch für diejenigen, für die die im Kopf angegebenen Bezeichnungen nicht anwendbar sind. In solchem Falle ist z. B. anzugeben: Hausfrau (jedoch nur, wenn selbst nicht erwerbstätig), Schüler, Kind, Bei Schulentlassenen, die noch ohne Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit sind, ist einzutragen: schulentlassener-arbeitslos. Sind Personen gleichzeitig erwerbstätig und Rentenbezieher, ist beides anzugeben.

Spalte 16: Der Geschäftszweig (Branchen) der Firma oder des Arbeitgebers ist genau zu bezeichnen, also z. B. nicht Schiffahrt, sondern Transporthilfe, Binnenschiffahrt, nicht Fischerei, sondern Loggertischerei, Frischfischfang usw.
Personen, die für mehrere Betriebe arbeiten (z. B. auch Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter), geben den Auftraggeber (Betrieb, Geschäft, Firma) an, für den sie hauptsächlich arbeiten.

Spalte 19: Einzutragen ist der Beruf, der in der in Sp. 16-17 angegebenen Arbeitsstätte tatsächlich ausgeübt wird, auch wenn er nicht der früher erlernte oder früher ausgeübte Beruf ist.
Bei mithelfenden Familienangehörigen, die in einem bestimmten Beruf tätig sind oder ausgebildet werden, ist dieser Beruf anzugeben, sonst ist Hilfe einzutragen.

Spalte 21: Die Kassen sind wie folgt anzugeben:
Ortskrankenkasse od. Kreiskrankenkasse = OKK
Landkrankenkasse = LKK
Betriebskrankenkasse (ohne Post u. Bahn) = BKK
Postbetriebskrankenkasse = Post
Bahnbetriebskrankenkasse = BKK
Innungskrankenkasse = IKK
Knappschaftskrankenkasse = KnKK
Seetrankekrankenkasse = SeetKK
Ersatzkassen = Ersatzkassen
Privatkrankenkasse = Privatkrankenkasse
Namen angeben!

Spalte 22: Anzugeben sind z. B. Ansprüche aus einer betriebl. Altersversorgung (Betriebsvers.) oder aus dem Bestehen einer Lebens- bzw. privaten Rentenversicherung (Lebensvers. bzw. Rentenvers.), Altersheim usw. Liegen Versorgungsansprüche aus mehreren Quellen vor, so sind sie sämtlich anzugeben.
Für Nichtversicherte und für mitversicherte Ehefrau und Kinder ist ein Strich (—) zu machen. Hat jedoch eine Ehefrau eigene Ansprüche auf Grund ihrer pflichtmäßigen oder freiwilligen Zugehörigkeit zu einer Sozialversicherung, so sind die entsprechenden Angaben einzutragen. Personen, die aus der Sozialversicherung bereits eine Rente erhalten oder Pension beziehen oder ihre Lebensversicherung schon ausgeschütt bekommen haben oder Altersheim sind, machen einen Strich (—).

Für Erwerbstätige (auch mithelfende Familienangehörige) und Arbeitslose										Krankenversicherung (Nur für Mitglieder)	Woraus erwarten Sie Ihre Altersversorgung?
Für Arbeitslose sind die Angaben nach ihrer zuletzt ausgeübten Tätigkeit zu machen										Mitversicherte Familienangehörige und Nichtversicherte machen einen Strich (—).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Arbeitsstätte										Bei welcher Kasse sind Sie versichert?	Sind Sie pflichtversichert oder freiwillig versichert?
Name der Firma (des Arbeitgebers) — ungekürzt —										Kasse genau angeben!	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Zu welchem Geschäftszweig (Branchen) gehört die Firma (der Arbeitgeber)?										Versicherte von Orts-, Ersatz- und gleichzeitigen Krankenkassen geben außerdem an, ob pflichtversichert (pf.) oder freiwillig versichert (frei.).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Ort, Straße, Hausnummer der Arbeitsstätte										Verpflichtete von Orts-, Ersatz- und gleichzeitigen Krankenkassen geben außerdem an, ob pflichtversichert (pf.) oder freiwillig versichert (frei.).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Gegenwärtige Stellung im Beruf										Verpflichtete von Orts-, Ersatz- und gleichzeitigen Krankenkassen geben außerdem an, ob pflichtversichert (pf.) oder freiwillig versichert (frei.).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Gegenwärtig ausgeübte Tätigkeit (Stellung an Bord)										Verpflichtete von Orts-, Ersatz- und gleichzeitigen Krankenkassen geben außerdem an, ob pflichtversichert (pf.) oder freiwillig versichert (frei.).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Der an der Arbeitsstätte ausgeübte Beruf ist möglichst genau anzugeben. Allgemeine Bezeichnungen genügen nicht. Also nicht: Seemann, Binnenschiffer, Arbeiter, sondern: Heizer, Steuermann, Maschinist, Schiffsbuch, Matrose										Verpflichtete von Orts-, Ersatz- und gleichzeitigen Krankenkassen geben außerdem an, ob pflichtversichert (pf.) oder freiwillig versichert (frei.).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
Etwas ausgeübt zweiter oder Nebenerwerb										Verpflichtete von Orts-, Ersatz- und gleichzeitigen Krankenkassen geben außerdem an, ob pflichtversichert (pf.) oder freiwillig versichert (frei.).	(Nur für Personen über 14 Jahre)
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22		
nein	erwerbstätig	Edgar Schuster	Binnenschiffahrt	Schleppdampfer „Elbe“	Schleppdampfer	Schiffsführer	—	OKK frei.	frei.		
nein	erwerbstätig	Edgar Schuster	Binnenschiffahrt	Schleppdampfer „Elbe“	mit Familienangeh.	hül.	—	—	—		
nein	Kind	—	—	—	—	—	—	—	—		
nein	erwerbstätig	Edgar Schuster	Binnenschiffahrt	Schleppdampfer „Elbe“	Andersung	Schiffsführer	—	OKK pf.	frei.		
ja	erwerbstätig	Reinhold Spahr	Seeschiffahrt	Motorship „Elbe“	get. Arbeiter	Heizer	—	SeKK pf.	SeKK pf.		
nein	erwerbstätig	Friedrich Müller	Restaurantsbetrieb	Motorship „Elbe“	Angestellter	Verkaufsr.	—	SeKK pf.	SeKK pf.		

Wie Minderung der Erwerbsfähigkeit (M.d.E.) anerkannt?			
durch sonstige amtliche Bescheinigung vom (Datum)		Wenn nein:	
Grad d. M.d.E. (siehe Erl.)		Ist Rente oder amtliche Bescheinigung beantragt? ja oder nein Wann (je Datum)	Grad d. M.d.E. (eig. Schätzung) (siehe Erl.)
1		2	3
1.4.46	30 %	—	—
—	—	ja 1.8.50	50 %

Erläuterungen zum Abschnitt Körperbehinderte

Spalte 2: Die Behinderungen sind möglichst genau anzugeben. Diese Angaben können fast immer den Rentenbescheiden bzw. amtlichen Bescheinigungen entnommen werden. Liegen mehrere Behinderungen vor, so sind die beiden wichtigsten einzutragen. In Zweifelsfällen geben die Zähler mit Hilfe ihres Schlagwortverzeichnisses Auskunft.

Spalte 5: Hierbei ist zu unterscheiden nach:
Kriegseinwirkung auf Wehrm.-Ang. = 1
Kriegseinwirkung auf Zivilbevölk. = 2
Sonst. Einwirkungen, z. B. Unfall, Krankheit = 3
Es genügt, wenn in Spalte 5 die entspr. Ziffer eingetragen wird, sind mehrere Einwirkungen vorhanden, ist nur die wichtigste anzugeben!

Spalten 7 u. 9: Die Minderung der Erwerbsfähigkeit (M. d. E.) ist möglichst genau in Prozent (%) anzugeben. Falls in Rentenbescheiden od. amtlichen Bescheinigungen kein Prozentsatz, sondern „unfähigkeit“ oder „Berufsunfähigkeit“ angegeben ist, sind diese Bezeichnungen einzutragen.

Spalte 11: Hier ist auch für Kinder und Jugendliche die von dem Erziehungsbehörden geschätzte voraussichtliche Minderung der Erwerbsfähigkeit anzugeben.

Bitte, denken Sie daran, auf der Rückseite das Personenverzeichnis BII auszufüllen – Fehlanzeige erforderlich – und vergessen Sie nicht Ihre Unterschrift!

Kontrollschein

Aufbewahren!

Nicht abgeben!

Dieses Schiff ist im Auftrage des Statistischen Bundesamtes von der See-Berufsgenossenschaft bereits mit Zählpapieren versorgt worden. Die ausgefüllten Zählpapiere müssen an die See-Berufsgenossenschaft zurückgesandt werden und dürfen bei keiner anderen Dienststelle abgegeben werden.

See-Berufsgenossenschaft

Dr. Claussen
Direktor

Din A 5 (Originalformular rosa Papier)

Statistisches Bundesamt

**Volks-, Berufs- und
Arbeitsstättenzählung 1950**

Kontrollschein

Aufbewahren!

Nicht abgeben!

Auf diesem Schiff ist die durch Bundesgesetz im Rahmen der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung angeordnete Erfassung der Schiffsbevölkerung durchgeführt worden.

Die ausgefüllten Zählpapiere wurden am abgegeben an:

.....
Dienststelle

.....
Unterschrift

Gemäß Gesetz vom 27. 7. 1950 wird am 13. September 1950 eine Wohnungszählung (zusammen mit der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung) durchgeführt. Der Erlassung der Wohnverhältnisse dient dieser Wohnungsbogen, zu dessen Ausfüllung das Gesetz den Wohnungsinhaber verpflichtet. Im Interesse eines guten Gelingens der Zählung wird gebeten, den Wohnungsbogen vollständig und gewissenhaft auszufüllen. Alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen haben gegen jedermann Verschwiegenheit über die ihnen bei der Erledigung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Angaben zu bewahren.

Wohnungsbogen Nr. _____

Lage der Wohnung: _____

(Straße, Platz, Gasse, Weg)

Nr. _____

Kellergeschoß
rechts
Erdgeschoß
Mitte
Stockwerk
links
Dachgeschoß
(Zutreffendes unterstreichen)

Für Wohnungen im Keller- oder Dachgeschoß:
Ist die Wohnung zum dauernden Wohngebrauch geeignet? _____
Ja oder Nein

Land: _____
Kreis: _____
Gemeinde: _____
Gemeindeteil: _____
(Ortschaft, Wohnplatz, Stadtbezirk)

Zählbezirk Nr.: _____
Gebäudeliste Nr.: _____

Für jede Wohnung ist ein Wohnungsbogen auszufüllen.

Was ist eine Wohnung im Sinne der Wohnungszählung?

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushaltes bestimmt sind und folgende Merkmale aufweist:

- a) eine bauplanmäßig vorgesehene Kochnische oder Küche,
- b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen.

Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit gegenwärtig eine oder mehrere Haushaltungen untergebracht sind, auch wenn für jede dieser Haushaltungen eine eigene Kochnische eingerichtet wurde.

Wenn aus einer größeren Wohnung durch Umbaumaßnahmen mehrere selbständige Wohnungen geschaffen wurden, gilt jede neue Einheit als Wohnung.

Erläuterungen zum Wohnungsbegriff:

Jedes Einfamilienhaus gilt in der Regel als eine Wohnung und ist demgemäß auf einem Wohnungsbogen zu erfassen. Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt hier nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind. **Nur in diesem Fall** ist für eine solche zweite (oder weitere) Wohnung ein eigener Wohnungsbogen anzulegen.

Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das **ganze** Bauernhaus als eine Wohnung, zu der auch Einzelräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden (z. B. Knechtstube im Stallgebäude) zu zählen sind. Es ist demgemäß auf einem Wohnungsbogen zu erfassen.

Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Bauernhaus im Stockwerk oder in einem abgetrennten Gebäude zusammenliegen, eine vollausgebaute Küche umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung einer eigenen Haushaltung vorgesehen sind. **Nur in diesem Fall** ist bei einem bäuerlichen Anwesen für eine solche zweite (oder weitere) Wohnung ein eigener Wohnungsbogen anzulegen.

Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethäusern ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschl. der dazugehörigen gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z. B. Mansarde, separates Zimmer) als Ganzes eine Wohnung im Sinne der Zählung und demgemäß auf einem Wohnungsbogen zu erfassen. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerkweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten als Wohnung im Sinne der Zählung die Räume, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einer Wohnpartei bewohnt bzw. gemietet werden.

Bei allen übrigen Gebäuden (Nichtwohngebäuden, Behelfsheimen, Baracken und Buden, Nissenhütten, Bunkern, Wohnlauben, abgestellten Waggons, Wohnwagen, Wohnschiffen usw. und Gebäuderesten) werden häufig die oben gegebenen Wohnungsmerkmale (vollausgebaute Küche und eigener Wohnungsabschluß) nicht zureifend. Trotzdem ist hier jede primitive Unterkunft, auch wenn sie nicht als Wohnung im Sinne der vorstehenden Erläuterung anzusprechen ist, auf einem Wohnungsbogen zu erfassen.

Wer hat einen Wohnungsbogen auszufüllen?

1. Der in seinem Haus wohnende **Hauseigentümer** (auch Pächter) füllt für sein Einfamilienhaus, Bauernhaus oder für seine Wohnung im Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethaus einen Wohnungsbogen aus.
2. Jeder **Mieter**, der Inhaber einer Wohnung im nebenstehend beschriebenen Sinn ist, füllt für die **ganze** Wohnung, also auch für die evtl. untervermieteten Wohnungsteile, einen Wohnungsbogen aus.
Ist **eine** Wohnung im nebenstehend beschriebenen Sinn an mehrere Mieter vermietet (zwei oder mehr **Hauptmieter** in einer Wohnung), so füllt derjenige Mieter den Wohnungsbogen für die ganze Wohnung aus, der am längsten in der Wohnung wohnt oder in Zweifelsfällen vom Zähler hierzu bestimmt wird.
3. Der Inhaber einer **Werks-, Dienst- oder mietfreien Wohnung** füllt ebenfalls für die **ganze** Wohnung einen Wohnungsbogen aus.
4. Jeder Inhaber einer Wohnung in **Anstalts- oder Stiftsgebäuden und Wohnheimen** füllt einen Wohnungsbogen aus, wenn mit seinen Wohnräumen eine eigene, von der Anstaltsküche getrennte, bauplanmäßig vorgesehene Küche verbunden ist; auch wenn er mit seinem Haushalt an der Gemeinschaftsverpflegung teilnimmt.
5. Entsprechendes gilt bei Wohnungen in **Hotels, Pensionen** u. dergl.
Der Bewohner eines Behelfsheimes, einer Baracke oder Bude, eines Bunkers, einer Nissenhütte, Jagdhütte, Gartenlaube, eines abgestellten Waggons, eines Wohnwagens, eines außer Dienst gestellten fest verankerten Schiffes oder einer sonstigen primitiven Unterkunft füllt einen Wohnungsbogen aus, gleichgültig ob für seine Unterkunft die nebenstehend gegebenen Wohnungsmerkmale zutreffen oder nicht.
6. Für jede Wohnung, die am Stichtag evtl. **leer**steht oder deren sämtliche Bewohner abwesend sind, füllt der Hauseigentümer oder sein Vertreter (Hausverwalter) einen Wohnungsbogen aus.

Die Angaben werden nicht zu polizeilichen oder steuerlichen Zwecken oder für die Wohnraumbewirtschaftung benutzt.

Der ausgefüllte Wohnungsbogen wird weder der Polizei, noch dem Finanzamt, noch dem Wohnungssamt — auch nicht vorübergehend — überlassen.

Din A 4 (Originalformular gelbes Papier)

Für jede Wohnpartei eine eigene Zeile benutzen!

Bei Räumen mit schrägen Wänden ist die Fläche unter der schrägen Wand nur halb anzurechnen!

1. Räume der Wohnung

[illegible]

II. Küchenbenutzung bei Wohnungen mit mehreren Wohnparteien

regelmäßig kochen.

In der 1. Küche:

In der 2. Küche:

(Lfd. Nummern der Wohnparteien oder Namen eintragen)

Unterschriften der Vorstände der Wohnparteien:

Ich versichere, daß alle Angaben in diesem Wohnungsbogen vollständig und der Wahrheit gemäß gemacht worden sind.

(Unterschrift des Wohnungsinhabers oder seines Vertreters)

[illegible]

Arbeitsstättenbogen

1950

Stadt- Kreis: _____
Land- _____
Gemeinde: _____
Gemeindeteil: _____
Zählbezirk Nr. _____
Arbeitsstättenbogen Nr. _____
Zur Gebäudeliste Nr. _____
Zur Haushaltsliste Nr. _____

Jeder Inhaber bzw. verantwortliche Leiter einer nicht landwirtschaftlichen Arbeitsstätte hat diesen Fragebogen nach dem Stand vom 13.9.1950 auszufüllen und zur Abholung bei der Arbeitsstätte bereitzuhalten; nur für Gewerbe ohne feste Arbeitsstätte ist der Bogen am Wohnsitz abzugeben. / Die Zählung ist zusammen mit der Volks-, Berufs- und Wohnungszählung durch Bundesgesetz angeordnet. / Die Ausfüllung dieses Fragebogens ist eine Rechtspflicht.

Alle Angaben unterliegen der Geheimhaltungspflicht und dienen nur statistischen und nicht steuerlichen Zwecken. / Dieser Fragebogen wird — mit Ausnahme des Umsatzes — vom Zähler auf vollständige Ausfüllung hin geprüft. Der Ausfüllende ist berechtigt, erst nach Überprüfung durch den Zähler den Umsatz einzusetzen und alsdann den Fragebogen in einem verschlossenen Umschlag dem Zähler auszuhändigen. / Behörden beantworten nur die mit ► gekennzeichneten Fragen.

Die Arbeitsstättenzählung umfaßt u. a.:

Industrie Handwerk Handel Geld- und Versicherungswesen

Dienstleistungsgewerbe (unter anderem: Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Kunststätten, Theater, Lichtspielhäuser, Sportplätze u. dgl.)

Verkehr (Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt) einschl. Privatbahnen, auch bemannte Schiffe

Öffentliche und öffentlich-rechtl. Verwaltungen, sowie deren wirtschaftliche Werke — wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, Hafenbereiche u. dgl.; Anstalten, z. B.: Schulen, Krankenhäuser, Altersheime usw., auch kirchliche Dienststellen

Büros jeglicher Art (auch von Verbänden, Vereinen usw.), soweit darin ständig mindestens eine Person haupt- od. nebenberuflich tätig ist

Selbständige Angehörige freier Berufe, wie: Künstler, Schriftsteller, Ärzte und Rechtsanwälte (mit eigener Praxis), Steuerberater, Hebammen, Hausschneiderinnen usw.

Jede selbständige haupt- oder nebenberuflich ausgeübte Tätigkeit, nicht dagegen ehrenamtliche Tätigkeiten

Die nicht an eine feste Arbeitsstätte gebundenen Gewerbe, z. B. Schausteller, Straßenhändler

Nebenbetriebe der Land- oder Forstwirtschaft handwerklicher oder gewerblicher Art (z. B. Brennereien, Sägewerke, Gutschmieden), die überwiegend für Dritte (fremde Kundschaft) arbeiten, gelten gleichfalls als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten

Gärtnerei- und Tierzuchtbetriebe nur dann, wenn sie keine (eigenen oder gepachteten) landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Bodenflächen für Zwecke des Betriebes bewirtschaften, z. B. Friedhofsgärtnereien, die nur Begräbnisanlagen, Instand setzen, ohne selbst eine Bodenfläche zu bewirtschaften; terner Champignonzüchtereien, Büros für Gartenanlagen und Gartenarchitektur, Orchideen-, Brieftaubenzüchtereien, Schweinemästereien u. dgl.

Hochsee-, Küsten- und Binnenfischereibetriebe (ohne eigene oder gepachtete bewirtschaftete Wasserflächen). (Das bloße Recht zur Ausübung einer Fischerei gilt nicht als Bewirtschaftung einer Wasserfläche.)

Von den obengenannten Arbeitsstätten haben

einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen: Jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeder Filialbetrieb, jedes Zweigbüro, auch auf räumlich voneinander getrennt liegenden Grundstücken befindliche Werkstätten, Lagerplätze oder sonstige Betriebsteile usw., soweit darin ständig mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist. Die von Zweigniederlassungen gemachten Angaben dürfen in der Meldung der Arbeitsstätte, die als „Hauptbetrieb“ gilt, mit Ausnahme der Beantwortung der Fragen C 3 und F 2, nicht mitenthalten sein

Baustellen gelten nicht als besondere Arbeitsstätten im Sinne dieser Zählung

Saison- und Kampagnebetriebe, wie Freibadeanstalten, Strandrestaurants, bewirtschaftete Hütten, Mälzereien usw., jedoch nur, wenn in ihnen während der Saison- und Kampagnezeit mindestens eine Person tätig ist.

Bei Betriebs-, Büro- oder Ladengemeinschaften hat jede der zur Gemeinschaft gehörenden Parteien einen eigenen Fragebogen auszufüllen.

► A Allgemeine Angaben über die Arbeitsstätte, für welche dieser Fragebogen ausgefüllt wird:

Zutreffendes mit Ja oder Nein beantworten!

Wo keine Eintragungen in Frage kommen, ist ein Strich (—) zu setzen!

- 1 **Vollständige Anschrift** — Name, Bezeichnung, gegebenenfalls Stempel — der Arbeitsstätte:

Gemeinde: _____ Straße u. Haus-Nr. _____ Tel. Amt u. Nr. _____

Die folgenden Fragen sind vom Inhaber bzw. Leiter einer Haupt- oder einzigen Niederlassung auszufüllen!

- 2 Wurde die Arbeitsstätte in der oben bezeichneten Gemeinde nach dem 31.12.1944 gegründet? Ja oder Nein

- 3 Wenn „Ja“, hat die Arbeitsstätte vor dem 1.1.1945 an einem anderen Ort (nicht in der jetzigen Gemeinde) bestanden? Ja oder Nein

- a) Wenn „Ja“, letzten Standort vor dem 1.1.1945 angeben:

Land bzw. Provinz: _____ Kreis: _____ Gemeinde: _____

- b) Wurde die Arbeitsstätte als Ersatz für eine aus Kriegs- oder Kriegsfolgegründen von Ihnen aufgegebene

Arbeitsstätte errichtet? Ja oder Nein

B Kennzeichnung der Arbeitsstätte

1 Art des betriebenen Gewerbes, bei Behörden des Aufgabengebietes, bei freien Berufen usw. der verrichteten Tätigkeit:

Die Fragen 2-8 sind nur von Industrie-, Handwerks- und Handelsbetrieben sowie von Handelsvertretern und Handelsmaklern und Arbeitsstätten des Dienstleistungsgewerbes zu beantworten.

2 Angabe der wichtigsten gewonnenen und erzeugten Güter, der hergestellten, reparierten, gehandelten, vermittelten Waren und der Dienstleistungen:

a) gewonnene und erzeugte Güter oder hergestellte Waren:

b) Art der Reparaturen bzw. reparierten Waren:
(ohne solche für die eigene Arbeitsstätte)

c) gehandelte Waren (Großhandel):

d) gehandelte Waren (Einzelhandel):

e) vermittelte Waren (Handelsvertreter u. Handelsmakler):

f) Dienstleistungen:

3 Welche unter a)–f) angegebene Tätigkeit überwiegt? (Wirtschaftlicher Schwerpunkt):

4 Wird zur Industrieberichterstattung gemeldet? { monatlich Ja oder Nein

5 Wenn „Ja“, unter welcher Reichsbetriebsnummer? { jährlich (1 mal) Ja oder Nein
(für französische Zone — Betriebsnummer)

6 Handelt es sich um einen Handwerksbetrieb? Ja oder Nein

7 Sind Sie in der Handwerksrolle eingetragen? Ja oder Nein

8 Leiten Sie diese Arbeitsstätte als Zwischenmeister? Ja oder Nein

C Haupt- oder Zweigniederlassung

1 Ist diese Arbeitsstätte die einzige der Unternehmung? Ja oder Nein
Wenn „Ja“, sind die übrigen Fragen unter C nicht auszufüllen!

2 Wenn „Nein“, ist diese Arbeitsstätte Hauptniederlassung? Ja oder Nein
Als Hauptniederlassung gilt stets die Arbeitsstätte, von der aus die Unternehmung geleitet wird.
(Sitz der Unternehmung).

3 Wenn die Arbeitsstätte Hauptniederlassung ist, sind sämtliche Zweigniederlassungen hierunter aufzuführen:
Als Zweigniederlassung gelten alle von der Hauptniederlassung räumlich — auch gegebenenfalls in derselben Gemeinde —
getrennt liegenden Arbeitsstätten wie: Zweigwerke, Zweiggeschäfte, Verkaufsfilialen, Betriebsteile, Werkstätten u. dgl.

Bezeichnung der Zweigniederlassungen usw.	Land u. Gemeinde	Straße u. Haus-Nr.	Angabe des betriebenen Gewerbes	Zahl der beschäftigten Personen

Angaben für weitere Zweigniederlassungen bitte nach vorstehendem Schema in einer Anlage beifügen. zusammen:

4 Wenn die Arbeitsstätte Zweigniederlassung usw. ist, dann genaue Anschrift der Hauptniederlassung (Sitz der Unternehmung) angeben: nicht ausfüllen

Firma: Land:

Gemeinde: Straße u. Haus-Nr. Tel.-Amt u. Nr.

D Beschäftigte Personen

Von allen Arbeitsstätten sind die Fragen nach der Zahl der Beschäftigten an Hand untenstehender Aufteilung nach dem Stand vom 13. 9. 1950 — ausgeübte Tätigkeit, nicht erlernter Beruf — zu beantworten.

Auch vorübergehend Abwesende, Erkrankte und Urlauber sind hier zu zählen, ebenso vom Betrieb angestellte Reisende (nur lohnsteuerpflichtige), Personal, das zur Ausführung von Bauten, Montagen usw. auswärts sowie auf vom Betrieb benutzten Fahrzeugen usw. tätig ist, — mit Ausnahme des Personals ständig bemannter Schiffe. Derartige Schiffe gelten als selbständige Arbeitsstätten.

1	Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber (tätige Eigentümer, Pächter u. dgl.) der Arbeitsstätte (Leiter, Direktoren — soweit nicht Inhaber — unter 3)			
2	Mithelfende Familienangehörige, für die keine Beiträge zur Sozialversicherung bezahlt werden (alle übrigen sind unter 3—5 aufzuführen)			
3	Angestellte u. Beamte im privaten und öffentlichen Dienst einschl. leitende Angestellte u. Beamte (ohne Nachwuchskräfte in Ausbildung, diese unter Ziff. 5)			
4	Arbeiter, Gesellen, Gehilfen (ohne Nachwuchskräfte in Ausbildung, diese unter Ziff. 5 — ohne Heimarbeiter, diese unter Ziffer 8)			
	a) gelernte (Facharbeiter, Handwerksgelesen usw.)			
	b) angelernte			
	c) ungelernte (Hilfsarbeiter)			
5	Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre			
	a) kaufmännische, technische und Verwaltungs-Lehrlinge			
	b) gewerbliche Lehrlinge			
	c) Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre			
6	Summe (1—5)			
7	Von der Summe (1—5) der Beschäftigten sind:			
	a) Heimatvertriebene *			
	b) Schwerbeschädigte **			
	c) Knappschaftsvollrentner (nur im Bergbau)			
8	Außerdem Heimarbeiter (aber nur soweit sie unmittelbar für diese Arbeitsstätte tätig sind)			

* **Heimatvertriebene** sind Inhaber eines Flüchtlingsausweises (-passes); in der britischen Zone nur Flüchtlingsausweis A.

**** Schwerbeschädigte sind Personen, die von der für die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes zuständigen Behörde als solche anerkannt sind und diejenigen Personen, die durch behördliche Entscheidung den Schwerbeschädigten gleichgestellt sind.**

E Form der Unternehmung

(bzw. der selbständigen Arbeitsstätte)
(nicht auszufüllen von Zweigniederlassungen usw.)

Zutreffendes mit Ja oder Nein beantworten!
*Wo keine Eintragungen in Frage kommen, ist
 ein Strich (—) zu setzen!*

- | | | | |
|----|---|--------------|-----------------------|
| 1 | Ist die Unternehmung im Handelsregister eingetragen? | Ja oder Nein | |
| 2 | Die Unternehmung wird betrieben: | | |
| a) | von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. u. K. G.) | Ja oder Nein | |
| b) | als offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft. | Ja oder Nein | |
| c) | als Gesellschaft mit beschränkter Haftung | Ja oder Nein | Stammkapital _____ DM |
| d) | als Aktiengesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft auf Aktien. | Ja oder Nein | Grundkapital _____ DM |
| e) | als eingetragene Genossenschaft | Ja oder Nein | |
| f) | unter einer sonstigen Rechtsform (z. B. eingetr. Verein, Versicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit, bergrechtl. Gewerkschaft usw.) | | |

Zutreffendes unterstreichen bzw. hier eintragen:

- g) von einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts (wie Bund, Land, Gemeinde, Gemeindeverband, Zweckverband, Sozialversicherungsträger, öffentl.-rechtl. Religionsgemeinschaft, Sparkasse, sonstiges öffentl.-rechtl. Kreditinstitut usw.), soweit nicht in privater Gesellschaftsform betrieben.

Zutreffendes unterstreichen bzw. hier eintragen:

- 3 Beteiligung der öffentlichen Hand. Nur von Unternehmungen in Gesellschaftsform des privaten Rechts auszufüllen!**
Sind an Ihrer Unternehmung Körperschaften des öffentlichen Rechts — einschließlich Bundesbahn und Bundespost — beteiligt mit:

- a) zusammen über 50 bis unter 100 vH..... Ja oder Nein

- b) zusammen.....100 vH.....Ja oder Nein

- 4a) Zahl der Inhaber (tätige und nicht tätige) der unter E 2a) oder 2b) genannten Unternehmung:.....**
- b) Wieviele dieser Inhaber sind Heimatvertriebene? (siehe Erläuterung unter D 7*)**

F Umsätze für das Kalenderjahr 1949

Nicht von Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen auszufüllen!

1 Umsatz dieser Arbeitsstätte (soweit nicht unter F 2)

- a) Gesamtumsatz (oder Gesamtentgelt) dieser Arbeitsstätte, der dem Finanzamt für 1949 gemeldet wurde. (Auch von Angehörigen freier Berufe, z.B. Ärzten, Anwälten, ferner Handelsagenten, Maklern usw. auszufüllen)

Gesamtumsatz (umsatzsteuerpflichtig + umsatzsteuerfrei) in vollen DM _____

b) Arbeitsstätten mit Kleinumsätzen (nicht umsatzsteuer meldepflichtig) in vollen DM _____

c) Umsätze in Zollausschlüssen und dergl. Umsätze in Zollausschlüssen (d.s. Freihafengebiete, Dreiseemeilenzone) und im Ausland (nicht steuerbare Umsätze) in vollen DM _____

2 Umsätze für sämtliche Arbeitsstätten einer Unternehmung (ohne F 1 c)

Ist diese Arbeitsstätte die Hauptniederlassung bzw. der Sitz einer Unternehmung mit mehreren Arbeitsstätten, so ist der Gesamtumsatz (Erltg. unter 1a) der Unternehmung einschl. der Hauptniederlassung und aller Zweigniederlassungen, Zweigwerke, Filialen oder dgl. anzugeben, auch wenn die Umsätze von Zweigniederlassungen usw. den zuständigen Finanzämtern selbständig gemeldet sein sollten

..... in vollen DM _____

G Sonderfragen für Arbeitsstätten des Einzel- und Großhandels

1 Einzelhandel

- a) Ladengeschäft (auch ständiger Straßenverkaufsstand mit Verkaufsraum)

aa) Fachgeschäft *Ja oder Nein*

bb) Warenhaus *Ja oder Nein*

cc) Kleinpreisgeschäft *Ja oder Nein*

dd) Gemischtwarengeschäft *Ja oder Nein*

ee) Konsumgenossenschaft (Laden) *Ja oder Nein*

b) Etagegeschäft *Ja oder Nein*

c) Handel in der Wohnung *Ja oder Nein*

d) Versandgeschäft *Ja oder Nein*
(mit überwiegender Versandtätigkeit)

e) Ambulanter Handel, Stadthausierhandel, Straßenhandel, soweit nicht unter f) *Ja oder Nein*

f) Ständiger Straßenverkaufsstand ohne Verkaufsraum (z.B. Kioske), soweit nicht unter e) *Ja oder Nein*

2 Großhandel

a) Vorwiegend Binnengroßhandel *Ja oder Nein*

b) Vorwiegend Einfuhrhandel *Ja oder Nein*

c) Vorwiegend Ausfuhrhandel *Ja oder Nein*

d) Vorwiegend Ein- und Ausfuhrhandel *Ja oder Nein*

e) Lagerraum innerhalb der Arbeitsstätte .. *Ja oder Nein*

Wenn „Ja“, Fläche angeben in qm: _____

f) Lagerraum außerhalb der Arbeitsstätte, in dem keine Person ständig beschäftigt ist *Ja oder Nein*

Wenn „Ja“, Fläche angeben in qm: _____

H Zahl der dieser Arbeitsstätte am Stichtag zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge und Anhänger (ohne gemietete)

Vermieter haben alle Kraftfahrzeuge, auch die für längere Zeit vermieteten, selbst anzugeben.

Reparaturwerkstätten und Garagen geben nur die von ihnen selbst benutzten Fahrzeuge an.

In Reparatur oder in fremden Garagen befindliche Kraftfahrzeuge werden von der Arbeitsstätte mitgemeldet.

1 Krafträder (auch mit Beiwagen)

2 Personenkraftwagen

3 Omnibusse

4 Lastkraftwagen, Lieferwagen

5 Zugmaschinen (auch Sattelzugmaschinen)

6 Sonstige Fahrzeuge (z.B. Motorspritzen, Abschleppfahrzeuge usw.)

7 Anhänger (auch Sattelanhänger)

Stück	Nutzlast
	insg. _____ t
	insg. _____ t

Es wird bescheinigt, daß die Angaben in diesem Fragebogen vollständig und wahrheitsgemäß sind

Rechtsverbindliche Unterschrift des Inhabers bzw. Leiters der Arbeitsstätte oder seines Vertreters

Gemeinde: _____, den _____ 1950

Bitte Namen und Vornamen des Inhabers bzw. Leiters der Arbeitsstätte nochmals mit Maschinenschrift oder Blockschrift eintragen oder Stempel anbringen.

Name und Vorname: _____

Straße u. Haus-Nr.: _____

An alle Berichtsfirmen des monatlichen Industrieberichts.

Betr.: **Sonderregelung für IB-Betriebe lt. Abkommen mit Stat. Ausschuß industrieller Verbände im Rahmen der Arbeitsstättenzählung.**

Im Rahmen der Weltzählung findet im Bundesgebiet am 13. Sept. 1950 eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt. Für die zum Industriebericht monatlich meldenden Betriebe ist im Einvernehmen mit dem Stat. Ausschuß industrieller Verbände folgende Sonderregelung getroffen worden: **Diesen Industriebetrieben** wird im Gegensatz zu allen übrigen Arbeitsstätten der »Arbeitsstättenbogen 1950« **zusammen** mit dem **Industriebericht** übersandt, um hierfür den Berichtsfirmen genügend Zeit zu lassen.

Für jede Arbeitsstätte ist ein gesonderter Fragebogen auszufüllen. Als Arbeitsstätte im Sinne dieser Erhebung gilt **jede räumlich getrennte Einheit**, d. h. jedes Zweigwerk, jeder Zweigbetrieb, jede Zweigniederlassung, jede Werkstätte, jeder Betriebsteil, jeder Lagerplatz, jeder Hilfsbetrieb usw., **soweit sie sich auf räumlich voneinander getrennt liegenden Grundstücken** befinden und in diesen Arbeitsstätten **mindestens eine Person ständig tätig** ist. Die Durchquerung eines Betriebsgrundstückes durch eine Werkstraße oder Werksbahn schafft **keine** weitere räumlich getrennte Einheit.

Um den **Industriebetrieben** Doppelarbeit zu ersparen, ist für diese **der 31. August zugleich** Stichtag für die Industrieberichterstattung **und** Arbeitsstättenzählung. Von den Berichtsfirmen der Industrieberichterstattung muß dafür Sorge getragen werden, daß **ab 8. Sept. 1950 in jeder**, zur **gleichen Unternehmung** gehörigen, **räumlich getrennten** Arbeitsstätte ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen zur Abholung durch den zuständigen Zähler bereitliegt. Die Ausfüllung des angefügten »Meldeblatts« dient der Klärung von Vorfragen, insbesondere der Feststellung, wieviele Formulare des Arbeitsstättenbogens 1950 der einzelnen Berichtsfirma der Industrieberichterstattung zur Verfügung gestellt werden müssen.

Bitte reichen Sie das anhängende »Meldeblatt« für Vorfragen **mit dem ausgefüllten Industriebericht** für Monat **Juni 1950 zusammen** an das für Sie zuständige **Statistische Landesamt** ein, damit Ihnen rechtzeitig der (die) Arbeitsstättenbogen zugesandt wird (werden).

Hier abtrennen!

Meldeblatt: Vorfragen zur Arbeitsstättenzählung 1950 für Berichtsfirmen des monatlichen Industrieberichts.

Reichsbetriebsnummer

(oder Betriebsnummer):

1. Handelt es sich bei Ihrem unter obiger Reichsbetriebsnummer (oder Betriebsnummer) monatlich zur Industrieberichterstattung meldenden Betrieb um eine **einzige** Arbeitsstätte? (Erläuterung siehe Anschreiben)

Ja oder Nein

2. Wenn »Nein«, welche **Arbeitsstätten** sind in dem unter obiger Reichsbetriebsnummer (oder Betriebsnummer) von Ihnen **monatlich abgegebenen Industriebericht erfaßt**?
(Bitte genaue Anschrift angeben)

a)

b)

c)

d)

e)

3. Gehören Arbeitsstätten zu Ihrem Betrieb, die **in der monatlichen Industrieberichterstattung nicht** erfaßt sind?

Ja oder Nein

Wenn »Ja«, bitte **genaue** Anschriften angeben

(Im Bedarfsfall Anlagen beifügen)

Ort, Datum

Genaue Firmenanschrift und Unterschrift

Land:
Kreis:
Gemeinde:
Eisenbahndirektion:

Fragebogen für die Deutsche Bundesbahn zur Arbeitsstättenzählung am 13. September 1950

Die Zählung ist durch Gesetz und durch gemeinsame Verfügung der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und der Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen angeordnet.

Erläuterungen

1. Es werden die **Arbeitsstätten**, die beschäftigten Personen und die zur Verfügung stehenden, bahneigenen Straßenkraftfahrzeuge und Anhänger (**ohne gemietete und ohne Unternehmerfahrzeuge**) gezählt. Als Arbeitsstätten gelten die selbständigen Geschäftsstellen (Eisenbahndirektionen, Ämter, Dienststellen usw.) und in bestimmten Fällen auch Teile derselben sowie mitverwaltete nicht selbständige Stellen. Jede Geschäftsstelle ist entsprechend der Organisation der Deutschen Bundesbahn einer bestimmten Tätigkeitsgruppe zugeteilt. So gehört z.B. nach Abschnitt B ein Bahnhof zur Gruppe 8231. Alle Bediensteten dieses Bahnhofs sind unter Abschnitt C zu erfassen, also ggf. auch diejenigen, die nicht zum Hauptdienstzweig „Betriebs- und Verkehrsdienst“ gehören.
2. Nach dem Stand vom 13.9.1950 ist für jede Geschäftsstelle ein Fragebogen auszufüllen. Von den unter B aufgeführten selbständigen Stellen sind in folgenden Fällen besondere Fragebogen auszufüllen:
 - a) für Teile einer Geschäftsstelle, sofern diese in einer anderen Gemeinde liegen, so z.B. für Direktionsbüros außerhalb des Sitzes der Eisenbahndirektion (Verkehrskontrollen),
 - b) für mitverwaltete, nicht selbständige Stellen, wie z.B. Haltepunkte, Blockstellen, Agenturen usw., unabhängig davon, ob diese in derselben oder in einer anderen Gemeinde liegen wie die Hauptdienststelle.
3. Für verpachtete Kantinenbetriebe, Bahnhofswirtschaften, -buchhandlungen und sonstige Nebenbetriebe ist kein Fragebogen auszufüllen, da diese Stellen von der allgemeinen, durch die Gemeindebehörden vorzunehmenden Zählung erfaßt werden. Das gleiche gilt für Unternehmer, die bei Geschäftsstellen der Bundesbahn Arbeiten ausführen.
4. Die Zugehörigkeit der Geschäftsstellen zu den einzelnen Tätigkeitsgruppen ist im Abschnitt B dargestellt. Wo trotzdem noch Zweifel über die Einreihung einer Dienststelle bestehen sollten, entscheidet die zuständige Eisenbahndirektion von Fall zu Fall.
 Es darf in jedem Fragebogen die Nummer nur **einer** Tätigkeitsgruppe unterstrichen werden.
 In Abschnitt C sind zu zählen:
 - a) alle am Zähltag bei der Geschäftsstelle tatsächlich vorhandenen Bediensteten einschl. der Beurlaubten und Erkrankten sowie der auf Reisen befindlichen Personen (Stammbedienstete),
 - b) alle von anderen Stellen zugeordneten Bediensteten, die sich am Zähltag zur Dienstleistung, Ausbildung oder Schulung bei der Geschäftsstelle tatsächlich aufhalten. Schulen und Eisenbahnausbesserungswerke erfassen in diesem Falle abweichend von der sonstigen Übung die bei ihnen anwesenden Lehrgangsteilnehmer und Auszubildende selbst.
 Ebenfalls abweichend von der sonstigen Übung sind nicht voll beschäftigte Personen, z.B. Bahnagenten, Scheuerfrauen, Vertragsschränkenwärter, Gepäckträger als **ganze** Personen von der Dienststelle zu zählen, sofern sie nicht in einem anderen Betriebe erfaßt werden.

Nicht zu zählen sind die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Bediensteten.

Handwerker (das sind bei der Bundesbahn Arbeiter, die eine abgeschlossene Handwerker- ausbildung besitzen und als Handwerker eingestellt wurden) werden auch dann als Hand- werker gezählt, wenn sie vorübergehend nicht als solche beschäftigt werden.

Unter D sind alle der Geschäftsstelle zur Verfügung stehenden, bahneigenen Straßenkraftfahr- zeuge und Anhänger zu erfassen, also auch die nur für dienstliche Zwecke eingesetzten. Gemietete Fahrzeuge und Unternehmerfahrzeuge sind nicht zu zählen. Diese werden von den Kraftfahrzeug- vermietern und Unternehmern in ihren Fragebogen erfaßt.

5. Die Dienststellen senden die ausgefüllten Fragebogen zum 15. 9. 1950 an das vorgesetzte Amt. Die Ämter prüfen die Fragebogen auf Richtigkeit und Vollständigkeit und legen sie gesammelt mit ihrem eigenen Fragebogen und einem Verzeichnis aller auszufertigenden Fragebogen zum 25. 9. 1950 den Eisenbahndirektionen vor. Zum gleichen Zeitpunkt senden die den Eisenbahn- direktionen unmittelbar unterstellten Dienststellen ihre Fragebogen ihren Eisenbahndirektionen ein.

Die Eisenbahndirektionen sammeln die Fragebogen, prüfen sie auf ihre Vollständigkeit und legen ein Verzeichnis aller in ihrem Geschäftsbereich auszufertigenden Fragebogen an. Die weitere Behandlung der Fragebogen wird durch besondere Verfügung geregelt.

A. Name und Anschrift der Geschäftsstelle (Arbeitsstätte):

B. Art der Geschäftsstelle:

(in Frage kommende Tätigkeitsgruppen — Nummern sind zu unterstreichen. Abschnitt 4 der Erläuterungen beachten!)

Verwaltungsdienst:

Tätigkeits-
gruppe Nr.

Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen, Hauptprüfungsämter, Zentrale Werkstättenleitung, Generalbetriebs- leitungen, Eisenbahndirektionen einschl. geschäftsführende Direktionen für das Werk- stättenwesen, Eisenbahn-Zentralämter, Eisenbahnsozialamt, Hauptwagenamt, Be- triebsämter, Verkehrsämter, Maschinenämter, Neubauämter, Hochbauämter, Ver- messungsämter, Abnahmeämter, Prüf- und Versuchsanstalten 8210

Bahnunterhaltungs- und -bewachungsdienst:

Bahnmeistereien, Hochbaubahnmeistereien, Brückenmeistereien, Signalmeistereien, Fernmeldemeistereien, Signalwerkstätten, Fernmeldewerkstätten, Gleisbau- maschinenstellen, Oberbaulager, Bauzüge und Lehrbauzüge, ausgenommen maschinentechnische Bauzüge 8221

Bahnpolizeidienst 8225

Betriebs- und Verkehrsdienst (früher: Bahnhofs- und Abfertigungsdienst):

Bahnhöfe, Haltepunkte, Haltestellen, Blockstellen (auch Eisenbahnschulen für Betriebs- und Verkehrsdienst) 8231

selbständige Abfertigungsstellen, Bahnhofskassen 8235

Maschinentechnischer Dienst:

Bahnbetriebswerke, Bahnbetriebswagenwerke (auch Eisenbahnschulen für Betriebs- maschinendienst) 8241

Bahnkraftwerke, Umformerwerke, Fahrleitungsmeistereien, Unterwerke, Starkstrom- meistereien, Fahrleitungsbauzüge 8243

Kraftwagenbetriebswerke 8245

Stofflager, Gerätelager 8247

Schiffsdienst 8249

Werkstättendienst:

Eisenbahnausbesserungswerke, Werkabteilungen, Betriebsabteilungen, Werkstätten- überwachungsämter 8250

C. Beschäftigte Personen dieser Geschäftsstelle am 13. 9. 1950:

Bezeichnung	1	2	3
	männlich	weiblich	insgesamt (Spalte 1 und 2)
1. Beamte (auch außerplanmäßige Beamte und Beamte im Vorbereitungsdienst) und Angestellte			
2. Arbeiter			
a) gelernte Arbeiter (Handwerker)			
b) angelernte Arbeiter			
c) ungelernte Arbeiter			
3. Jungwerker bzw. Junghelfer, Lehrlinge, Hoch- und Fachschulpraktikanten			
a) Jungwerker bzw. Junghelfer			
b) Lehrlinge			
c) Hoch- und Fachschulpraktikanten			
4. Gesamtzahl der beschäftigten Personen (1 bis 3)			
Von der Gesamtsumme (1 bis 3) der Beschäftigten sind:			
a) Heimatvertriebene*)			
b) Schwerbeschädigte**)			

*) Heimatvertriebene sind Inhaber eines Flüchtlingsausweises (-passes), in der britischen Zone nur des Flüchtlingsausweises A.

**) Als Schwerbeschädigte sind nur Personen zu zählen, die von der für die Durchführung des Schwerbeschädigten-gesetzes zuständigen Behörde als solche anerkannt sind und diejenigen Personen, die durch behördliche Entscheidung den Schwerbeschädigten gleichgestellt sind.

D. Straßenkraftfahrzeuge und Anhänger:

Zahl der dieser Geschäftsstelle am Stichtage für den öffentlichen und dienstlichen Verkehr zur Verfügung stehenden, bahneigenen Kraftfahrzeuge und Anhänger (ohne gemietete und ohne Unternehmerfahrzeuge auf Beschäftigungsvertrag). Vermietete und in Ausbesserung befindliche Fahrzeuge sind von der Heimatdienststelle mitzuzählen.

Bezeichnung	1	2	3	4
	Geräte	Fahrzeuge	Summe (Spalte 1 und 2)	Nutzlast insgesamt
	Stück			Tonnen
1. Krafträder (auch mit Beiwagen)				XXXX
2. Personenkraftwagen ...				XXXX
3. Omnibusse				XXXX
4. Lastkraftwagen, Lieferwagen				
5. Zugmaschinen (auch Sattelzugmaschinen) ...				XXXX
6. Sonstige Kraftfahrzeuge (z. B. Motorspritzen, Abschleppfahrzeuge usw.)				XXXX
7. Anhänger (für Personen- und Güterverkehr, auch Sattelanhänger)				

Für die Richtigkeit:

....., den 1950

Dienststempel

.....
(Unterschrift)

Land:

Kreis:

Gemeinde:

Oberpostdirektion:

Arbeitsstättenzählung am 13. 9. 1950

Fragebogen für die Deutsche Bundespost

Die Arbeitsstättenzählung ist durch das Volkszählungsgesetz 1950 angeordnet worden. Die Erfassung der Arbeitsstätten der Deutschen Bundespost regelnde Verfügung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen ist im Amtsblatt des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen veröffentlicht worden.

Erläuterungen

1. Nach dem Stand am 13. September 1950 ist je ein Fragebogen auszufüllen:

- a) für das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, für jede Oberpostdirektion, für das Posttechnische Zentralamt, das Fernmeldetechnische Zentralamt, für die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost ohne Berücksichtigung der diesen Behörden unterstellten Ämter, Amtsstellen usw. (siehe unter b und c),
- b) für jedes Postamt, Bahnpostamt, Postscheckamt, Fernsprechamt und Telegraphenamt, für die Postsparkassenämter, für jede Poststelle I und jede Poststelle II (Land) und für jedes **außerhalb des Sitzes des Hauptamtes gelegene Zweigpostamt**, ferner für Fernämter, Fernmeldeämter und Fernmeldebetriebsämter.

Ämter und Amtsstellen mit vereinigttem Dienst, z. B. Post-, Fernsprech- und Telegraphendienst haben nur einen Fragebogen auszufüllen.

- c) Für jede Hauptwerkstatt für Postkraftwagen, für jede selbständige Bezirkswerkstätte für Postkraftwagen, für jedes Fernmeldebauamt, jedes selbständige Fernmeldezeugamt, jedes Fernmeldezentralzeugamt, Funkzeugamt, Funkbetriebsamt, die Hauptfunkstelle und das Postfuhramt München.
2. a) Für die Poststellen I und für die außerhalb des Sitzes des Hauptamtes gelegenen Zweigpostämter haben die Abrechnungspostämter, für die Poststelle II die Leitpostämter die Fragebogen auszufüllen.
- b) Für die Zweigpostämter am Sitz des Hauptamtes und für die nichtselbständigen Bezirkswerkstätten für Postkraftwagen **sind keine Fragebogen auszufertigen**. Das bei diesen Dienststellen beschäftigte Personal und die dort vorhandenen Kraftfahrzeuge haben die Postämter usw., denen die Zweigpostämter usw. zugeteilt sind, in ihrem Fragebogen mitzuzählen.
- c) Poststellen II (Stadt), Post- und Telegraphenhilfsstellen und gemeindliche öffentliche Sprechstellen bleiben bei der Zählung außer Betracht.
3. Jedes Amt, jede Amtsstelle, jede Person und jedes Kraftfahrzeug darf nur **einmal** gezählt werden.
4. a) Die Personen sind nur bei der Arbeitsstätte zu zählen, für die sie im „Personalnachweis“ (StPC 1) geführt werden.
- b) Zu zählen sind alle Personen, auch die nicht unmittelbar aus der Postkasse bezahlten, die am Zähltag noch im Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, also auch beurlaubte, erkrankte oder aus sonstigen Gründen nicht tätige Personen, aber ohne Hilfsposthalter, Telegraphenhilfsstelleninhaber und ohne Kriegsgefangene und Vermißte.

- c) Nichtvollbeschäftigte Kräfte und Posthalter sind nur dann bei der Deutschen Bundespost zu erfassen, wenn sie in einer anderen Arbeitsstätte außerhalb der Deutschen Bundespost nicht gezählt werden, weil der Dienst bei der Post ihre Haupttätigkeit ausmacht.
 - d) Die Heime der Deutschen Bundespost und die bei diesen Heimen beschäftigten Personen sind von den Postämtern zu zählen, deren Kassen diese Heime zugeteilt sind.
 - e) Lehrgangsteilnehmer sind bei dem Stammamt usw. zu zählen, von dem sie ihre Bezüge erhalten.
5. Kraftfahrzeuge und Anhänger sind von dem Amt usw. zu zählen, zu dessen Ausstattung sie gehören. Gemietete Kraftfahrzeuge sind **nicht** aufzuführen.
 6. Die Ergebnisse dieser Zählung, die auch für alle anderen nicht zur Deutschen Bundespost gehörenden Arbeitsstätten durchgeführt wird, sollen später u. a. nach Standorten und Tätigkeitsmerkmalen (Systematik unter Abschnitt B) aufgegliedert werden können. **Es ist deshalb notwendig, den Standort der Arbeitsstätte auf Seite 1 links oben genau anzugeben und unter Abschnitt B nur ein einziges Tätigkeitsmerkmal zu unterstreichen.**

A. Name und Anschrift der Arbeitsstätte:

B. Angaben der verrichteten Tätigkeit: (In Frage kommende Nummern sind zu unterstreichen; Abschnitt 6 der Erläuterungen beachten!)

Verwaltungsdienst:

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Posttechnisches Zentralamt,
Fernmeldetechnisches Zentralamt, Oberpostdirektionen, Versorgungsanstalt der
Deutschen Bundespost Nr. 8110

Postdienst:

Postämter und Postzeitungsämter (mit oder ohne betriebseigene Fernmeldedienststelle) Nr. 8121

Zweigpostämter (mit oder ohne betriebseigene Fernmeldedienststelle) Nr. 8124

Poststellen I und Poststellen II (Land) (mit oder ohne betriebseigene Fernmeldedienst-
stelle) Nr. 8127

Fernmeldedienst (ohne Fernmeldebaudienst):

Fernsprechämter (mit oder ohne betriebseigene Telegraphendienststelle) Nr. 8131

Telegraphenämter Nr. 8135

Postscheck- und Postsparkassendienst:

Postscheckämter Nr. 8141

Postsparkassenämter Nr. 8145

Beförderungsdienst:

Bahnpostämter und Postfuhrämter Nr. 8150

Postkraftfahrdienst:

Hauptwerkstätten und selbständige Bezirkswerkstätten für Postkraftwagen Nr. 8160

Funkdienst:

Hauptfunkstellen Nr. 8171

Funkbetriebsämter Nr. 8174

Funkzeugämter Nr. 8177

Fernmeldebaudienst:

Fernmeldebauämter Nr. 8181

Fernmeldezeugämter Nr. 8184

Fernmeldezentralzeugämter Nr. 8187

C. **Beschäftigte Personen** dieser Arbeitsstätte am 13. 9. 1950

	männlich	weiblich	insgesamt
1. Beamte (auch außerplanmäßige Beamte und solche im Vorbereitungsdienst) und Angestellte (einschl. der Beamten im Nebenamt)			
2. Arbeiter (ohne Nachwuchskräfte)			
a) gelernte (Handwerker usw.) (Lohngruppe S III, S IV und A der DO Arb.) ..			
b) angelernte (Lohngruppe S I, S II und B der DO Arb.)			
c) ungelernte (Lohngruppe C der DO Arb.)			
3. Postjungboten, Lehrlinge, Ingenieurschulpraktikanten			
a) Postjungboten			
b) Lehrlinge in den Kraftwagenwerkstätten, im Fernmeldebau- und im Fernmeldedienst			
c) Ingenieurschulpraktikanten (Lehrpraktikanten)			
Gesamtzahl der von dieser Arbeitsstätte beschäftigten Personen (Summe 1 bis 3)			
Von der Gesamtzahl (1 bis 3) der Beschäftigten sind:			
a) Heimatvertriebene*)			
b) Schwerbeschädigte**)			

*) Heimatvertriebene sind Inhaber eines Flüchtlingsausweises (= passes); in der britischen Besatzungszone nur Flüchtlingsausweis A.

**) Als Schwerbeschädigte sind nur Personen zu zählen, die von der für die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes zuständigen Behörde als solche anerkannt sind und diejenigen Personen, die durch behördliche Entscheidung den Schwerbeschädigten gleichgestellt sind.

D. Kraftfahrzeuge und Anhänger (ohne gemietete)*)

Welche der Deutschen Bundespost zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge und Anhänger (mit RP-Nr. oder bei Anhängern mit Post-Nr.) gehören zu dieser Arbeitsstätte?

Stück	
1. Krafträder (auch mit Beiwagen)
2. Personenkraftwagen
3. Omnibusse (Kom)	Nutzlast insgesamt in t
4. Lastkraftwagen, Lieferwagen (auch Landkraftwagen, elektrische Kraftwagen)
5. Zugmaschinen (auch Sattelzugmaschinen)**)
6. Sonstige Kraftfahrzeuge (Sonderkraftfahrzeuge, d. h. Kfz mit fest eingebauten Sondereinrichtungen oder mit Sonderaufbauten)	Nutzlast insgesamt in t
7. Anhänger (auch Sattelanhänger)

*) Vermieter haben alle Kraftfahrzeuge, auch die für längere Zeit vermieteten, selbst anzugeben.

Haupt- und Bezirkswerkstätten für Postkraftwagen geben nur die von ihnen selbst benutzten Fahrzeuge an. In Reparatur befindliche Kraftfahrzeuge werden von der Arbeitsstätte mitgemeldet.

**) Zugmaschinen-Schlepper mit Verbrennungsmaschine (auch Sattelschlepper), Zugmaschinen mit Gleiskettenantrieb, Elektroschlepper (Straßenfahrzeuge), Elektrokarren mit Güterladeraum.

Nicht zählen: Elektrozugkarren ohne Güterladeraum und Krafthandwagen.

Für die Richtigkeit:

..... den 1950

.....
(Unterschrift)

Zählbezirksbericht

Zum Zählbezirk gehören folgende Grundstücke (Straße und Hausnummer):

[illegible]

Gemeinde:

Volkszählung am 13. September 1950

Zählbezirksbuch

für den

Zählbezirk Nr.

Herr – Frau – Fräulein
(Vorname und Familienname)

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße und Hausnummer)

ist von der Gemeindebehörde als Zähler für den oben bezeichneten Zählbezirk
bestellt worden.

....., den 1950

(Gemeindesiegel)

.....
(Unterschrift des Leiters der Gemeinde oder des von ihm
beauftragten Beamten)

Inhalt:

Terminkalender	Seite 2
Zählbezirksbeschreibung	„ 3– 4
Anweisung für die Zähler	„ 5–00
Schlagwortverzeichnis	„ 00–00
Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht	„ 00–00

Din A 3

Terminkalender für die Zähler.

Anfang August	Empfang der für die Unterrichtung der Zähler bestimmten Zählungsdrucksachen Zählbezirksbuch (mit Ausweis, Zählbezirksbeschreibung, Zähleranweisung, Schlagwortverzeichnis, Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht) Gebäudeliste, Haushaltsliste, Anstaltsliste, Wohnungsbogen, Arbeitsstättenbogen, Zählbezirksbericht.
Anfang August	Einsichtnahme in die Zählungsdrucksachen Durcharbeiten der Zähleranweisung, Unterrichtung über den Inhalt der Zählpapiere.
Mitte August	Begehen des Zählbezirks Orientierung über die örtlichen Verhältnisse im Bezirk an Hand der Zählbezirksbeschreibung im Zählbezirksbuch, Prüfung und gegebenenfalls Ergänzung oder Berichtigung der Angaben in der Zählbezirksbeschreibung, Festlegung eines Planes (Reihenfolge der Grundstücke) für die Begehung bei der Zählung selbst.
Anfang August bis Mitte September	Zählerversammlungen Den Besuch der von der Gemeindebehörde einberufenen Zählerversammlung darf der Zähler nicht versäumen.
4. bis 7. September	Empfang der für die Austeilung bestimmten Zählpapiere
8. bis 12. September	Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung Nach dem vorher festgelegten Plan, das Zählbezirksbuch hat der Zähler dabei mit sich zu führen, Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht nicht vergessen, Austeilung möglichst bis zum 10. September (Sonntag) beenden, spätestens jedoch bis 12. September abends.
12. September	Meldung an die Gemeindebehörde, daß Austeilung beendet
ab 14. September mittags bis spätestens 17. September	Einsammeln der Zählpapiere An Hand des Hilfsblatts für den Zählbezirksbericht, in dem der Empfang jedes Zählpapiers zu vermerken ist, bereits beim Einsammeln Prüfung der Zählpapiere, ob vollzählig vorhanden und vollständig ausgefüllt.
bis 20. September	Abschließende Arbeiten des Zählers zu Hause Ordnen und Numerieren der Zählpapiere, nochmalige Prüfung der Zählpapiere auf Vollzähligkeit und vollständige Ausfüllung, Aufstellung des Zählbezirksberichts.
bis 20. September	Ablieferung der Zählpapiere an die Gemeindebehörde.

Beschreibung des Zählbezirks
(durch die Gemeindebehörde einzutragen)

I. Zum Zählbezirk gehören folgende Grundstücke bzw. Gebäude:
(mit Straße und Hausnummer bezeichnet)

.....

.....

.....

.....

.....

II. Folgende, innerhalb des Zählbezirks liegende Grundstücke oder Gebäude werden durch den Zähler nicht erfaßt:

.....

.....

.....

.....

.....

Zur Beachtung:

Unter I sind alle Grundstücke oder Gebäude aufgeführt, in denen der Zähler die Zählung durchzuführen, d. h. Zählpapiere auszugeben und wieder einzusammeln hat, **unter II** die Grundstücke oder Gebäude, die zwar innerhalb des Zählbezirks liegen, in denen jedoch der Zähler weder Zählpapiere auszugeben noch einzusammeln hat, weil diese Grundstücke besondere Zählbezirke bilden oder von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind.

Der Zähler muß bereits vor der Zählung, möglichst bald nach seiner Berufung, den ihm zugeteilten Zählbezirk aufsuchen und sich an Ort und Stelle über die Abgrenzung des Bezirks, wie überhaupt über die örtlichen Verhältnisse im Bezirk genau unterrichten.

Stellt der Zähler hierbei fest, daß in seinem Bezirk (d. h. vor, hinter oder zwischen den ihm zugeteilten Grundstücken) weitere Grundstücke mit Wohn- oder Arbeitsstätten liegen, die oben unter I oder II **nicht** aufgeführt sind, oder daß sich die Bezeichnungen der angegebenen Grundstücke geändert haben, so trägt er die fehlenden Grundstücke (auch wenn sie keine Hausnummern aufweisen und auch wenn es sich um primitive Unterkünfte, Behelfsladenbauten, Kioske u. dgl. handelt) in den umstehenden Abschnitt A ein und führt auch in diesen Grundstücken die Zählung durch. Änderungen der Grundstücksbezeichnungen und sonstige Veränderungen trägt er in den umstehenden Abschnitt B ein.

Der Zähler muß darauf achten, daß jede Wohn- und Arbeitsstätte seines Bezirks erfaßt, aber auch keine doppelt gezählt wird. Unklarheiten über die Abgrenzung seines Bezirks muß er rechtzeitig der Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) vortragen und sich darüber auch mit den Zählern der Nachbarbezirke während der Zählerversammlung verständigen.

Ergänzung der Zählbezirksbeschreibung durch den Zähler

(nur für bewohnte Grundstücke oder Gebäude und für Grundstücke mit Arbeitsstätten)

A. Ich habe in meinem Zählbezirk folgende Grundstücke bzw. Gebäude ermittelt, die in umstehenden Abschnitten I und II **nicht** genannt sind:

Lfd. Nr.	Art des Grundstücks: Wohn- oder gewerbl. Grundstück	Straßen- bezeichnung*)	Hausnummer			Name und Anschrift des Eigentümers oder Bewohners
			des Grundstücks selbst	oder der Nachbar- grundstücke rechts	links	

*) Kann die Lage des Grundstücks nicht durch Angabe eines Straßennamens und der Hausnummer, auch nicht der Hausnummern der Nachbargrundstücke bezeichnet werden, so ist sie durch andere Angaben (Flurnamen u. dgl.) klar zu beschreiben.

B. Ich habe gegenüber den in umstehenden Abschnitten I und II gemachten Angaben folgende Veränderungen festgestellt:

Lfd. Nr.	Unter I oder II angegebene Lage des Grundstücks (Straße und Hausnummer)	Veränderungen	
		Neue Grundstücksbezeichnung (Straße und Hausnummer)	Vermerk, ob Gebäude des Grundstücks zerstört oder abgebrochen

Volkszählung am 13. September 1950

Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht

[illegible]

Volkszählung am 13. September 1950

Anweisung für die Zähler

Bitte alsbald nach Empfang – vor Beginn der anderen Arbeiten – zu lesen und gründlich durcharbeiten!

Für weitere Auskünfte steht die Gemeindebehörde (bzw. der Oberzähler) zur Verfügung. Zur Klärung von Zweifelsfragen gibt – soweit das beigegebene Schlagwortverzeichnis hierfür nicht ausreicht – die Zählerversammlung Gelegenheit.

A. Allgemeines

1. Umfang und Zweck der Zählung

Durch Bundesgesetz vom 27. Juli 1950 ist für den 13. September 1950 (Zählungstichtag) eine Volks- und Berufszählung angeordnet worden. Mit ihr wird eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden. Die Zählung soll über den Stand der Bevölkerung des Bundesgebietes, über ihre berufliche und soziale Gliederung, über ihre Wohn- und Arbeitsverhältnisse Aufschluß geben und für Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft notwendige Planungs- und Arbeitsunterlagen bereitstellen. Die Ergebnisse der Zählung dürfen jedoch nicht für Zwecke der Polizei, des Finanzamtes oder Wohnungsamtes benutzt werden.

2. Pflichten des Zählers

Mit der Übernahme des Zähleramtes verpflichtet sich der Zähler, die ihm übertragenen Aufgaben gemäß dieser Anweisung mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu erfüllen. Er ist für die vollständige lückenlose Durchführung der Zählung in seinem Bezirk verantwortlich und darf damit keine andere Person beauftragen, insbesondere nicht die Austeilung und Wiedereinsammlung der Zählpapiere den Grundstückseigentümern (Hausbesitzern) oder deren Vertreter übertragen. Sollte er unvorhergesehenerweise verhindert sein, die ihm obliegenden Arbeiten durchzuführen, z. B. infolge plötzlicher Erkrankung, so hat er dies der Gemeindebehörde auf schnellstem Wege mitzuteilen. Der Zähler ist, wie alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen gegenüber jedermann zur Verschwiegenheit über die Angaben verpflichtet, die bei der Zählung über die persönlichen Verhältnisse der Zählungspflichtigen sowie über die Verhältnisse der Grundstücke, Wohnungen und Arbeitsstätten zu seiner Kenntnis gelangen (Verletzung der Schweigepflicht ist durch das Gesetz unter Strafe gestellt).

3. Allgemeiner Überblick über die Aufgaben der Zähler

- I. Vorbereitung für die Zählung (bis 8. September)

- II. Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung (8. bis 12. September)

- III. Einsammeln und erste Prüfung der Zählpapiere (14. bis 17. September)

- IV. Abschließende Aufgaben der Zähler (bis 20. September).

B. Die einzelnen Aufgaben der Zähler

I. Die Vorbereitung für die Zählung

1. Alle **Zählungsdrucksachen** (Anweisung für die Zähler und sämtliche Zählpapiere mit ihren Ausfüllungsanweisungen und Erläuterungen) sind wiederholt und gründlich zu lesen.
2. Besuch der **Zählerversammlung** nicht versäumen!
3. **Begehen des Zählbezirks** vor der Zählung an Hand der Zählbezirksbeschreibung zur Unterrichtung über die örtlichen Verhältnisse im Bezirk, zugleich Kontrolle der Eintragungen in der Zählbezirksbeschreibung.
4. **Empfang** der für die Austeilung bestimmten **Zählpapiere** bis spätestens 7. September.

II. Die Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung

1. **Beginn der Austeilung** ab 8. September. Die Bevölkerung soll möglichst bis zum 10. September (Sonntag) im Besitz der Zählpapiere sein. Die Austeilung muß aber spätestens am 12. September abends beendet sein.

2. Die Austeilung der Zählpapiere

Die Austeilung der Zählpapiere vollzieht sich in folgender Weise:

a) Für die Grundstücke

Nach einem bereits vorher beim Begehen des Zählbezirks festgelegten Plan sucht der Zähler jedes einzelne Grundstück auf. Für jedes Grundstück, auf dem sich für Wohnzwecke, wirtschaftliche oder öffentliche Zwecke benutzte Gebäude oder Baulichkeiten befinden, ist dem Eigentümer oder Verwalter (oder deren Vertreter) eine **Gebäudeliste** zur Ausfüllung zu übergeben.

Solche Gebäude und Baulichkeiten sind:

Wohngebäude, gewerblich benutzte Gebäude, auch bäuerliche Anwesen, Amts- und Anstaltsgebäude, Kirchen, Theater, sonstige Gebäude für kulturelle Zwecke;

ferner Baracken, Wohnlauben, Behelfsheime, Garagen, Tankstellen, Lagerschuppen, feste Verkaufsstände (auch auf Straßen und Plätzen), Wohnschiffe, Hotelschiffe u. dgl., Wohnwagen, aber auch im Bau befindliche Gebäude, sofern sie bereits benutzt werden oder **vorübergehend** unbenutzte Gebäude, ferner beschädigte Gebäude und Gebäudereste, sofern sie noch für Wohn- oder Arbeitszwecke benutzt werden.

Bei Erfassung der im Bau befindlichen, bereits benutzten Gebäude ist sowohl in der Gebäudeliste wie auch im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht der Bauzustand anzugeben, z. B.: Rohbau fertig, Erdgeschoß bewohnt oder: Erdgeschoß und 1. Stock bewohnt, 2. und 3. Stock im Ausbau begriffen.

Auf den Gebäudelisten ist durch die Gemeindebehörde bereits die Grundstücksbezeichnung (Straße und Hausnummer) eingetragen worden; wo dies nicht der Fall ist, trägt sie der Zähler bei der Austeilung nach. In der Regel besitzt jedes Grundstück eine Grundstücks- (Haus-) Nummer. Hat ein Grundstück mehrere Hausnummern (weil mehrere numerierte Eingänge von verschiedenen Straßen her vorhanden sind) oder eine Sammelnummer (z. B. Johannisstr. 72—80), so ist trotzdem für dieses Grundstück nur **eine** Gebäudeliste auszufüllen. Bei Grundstücken bzw. Gebäuden ohne Hausnummer (z. B. in Bau befindlichen Gebäuden oder festen Verkaufsständen in Baulücken) ist die Lage durch Angabe des Straßennamens und der Hausnummern der Nachbargrundstücke oder durch andere Angaben klar zu bezeichnen.

Keine Gebäudeliste ist auszufüllen für unbebaute Grundstücke oder unbenutzte Gebäuderuinen oder für Grundstücke, auf denen sich **nur** fliegende Verkaufsstände oder sonstige nicht-ortsfeste Arbeitsstätten befinden. Auch die von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Grundstücke und Gebäude werden nicht erfaßt.

Hat in der Gemeinde eine **Gebäudevorerhebung** stattgefunden, so erhält der Zähler von der Gemeindebehörde für einige Grundstücke bereits aus-

gefüllte Gebäudelisten, die ihm als Unterlage für die Austeilung der sonstigen Zählpapiere in den betreffenden Grundstücken dienen sollen, die er aber zugleich daraufhin prüfen soll, ob die Eintragungen noch zutreffen und gegebenenfalls berichtigen muß.

In jedem Falle läßt sich der Zähler vom Eigentümer, Verwalter usw. des Grundstückes darüber unterrichten, welche Gebäude zum Grundstück gehören, wieviel Wohnungen in den Gebäuden vorhanden sind, in welchen Wohnungen nur eine Haushaltung wohnt, in welchen mehrere Haushaltungen als Hauptmieter wohnen, in welchen außerdem noch Untermieter wohnen, ob gegebenenfalls einzelne Teile des Gebäudes (insbesondere Wohnungen) von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind, welche Wohnungen vorübergehend leerstehen, wieviel Arbeitsstätten sich auf dem Grundstück befinden. Er läßt sich zugleich die Lage der einzelnen Wohnungen und Arbeitsstätten auf dem Grundstück angeben oder zeigen. Wohnt der Eigentümer oder Verwalter usw. nicht auf dem Grundstück, so hat der Zähler, wenn er ihn auch anderswo nicht erreichen kann und die Gebäudeliste auch nicht bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt worden ist, einen ortskundigen Mieter zur Hilfeleistung heranzuziehen und die Gebäudeliste mit seiner Hilfe selbst auszufüllen.

b) In den Wohnungen

Hierauf begibt sich der Zähler in die einzelnen Wohnungen des Grundstücks und stellt beim Betreten jeder Wohnung folgende Fragen:

Wird die Wohnung von einer Wohnpartei allein bewohnt?

(Wohnpartei ist jede Haushaltung, aber auch alleinstehende Personen. Was unter Wohnung zu verstehen ist und wer einen Wohnungsbogen auszufüllen hat, wird auf der Vorderseite des Wohnungsbogens erläutert.)

Ist dies der Fall, so ist ein **Wohnungsbogen** und eine **Haushaltungsliste** auszugeben.

Sind in der Wohnung mehrere Mieter vorhanden, die ihre Miete direkt an den Hauseigentümer entrichten, also nicht in Untermiete wohnen?

Ist dies der Fall, so ist **jeder Wohnpartei eine Haushaltungsliste** auszuhändigen. Ein **Wohnungsbogen** ist jedoch **nur** von

demjenigen Mieter auszufüllen, der am längsten in der Wohnung wohnt, und zwar für die gesamte Wohnung, wobei in den Wohnungsbogen alle Wohnparteien der Wohnung mit den auf sie entfallenden Räumen einzutragen sind, jede auf eine besondere Zeile. Wohnen mehrere solcher Mieter gleich lange in einer Wohnung zusammen, so beauftragt der Zähler einen von ihnen mit der Ausfüllung des Wohnungsbogens für die gesamte Wohnung.

Sind in der Wohnung Untermieter vorhanden (Familien oder Einzelpersonen)?

Ist dies der Fall, so hat der Zähler für den Wohnungsinhaber und für jede Untermieterfamilie, auch für Einzeluntermieter, falls diese es verlangen, je eine **Haushaltungsliste** auszugeben, außerdem an den Wohnungsinhaber für die gesamte Wohnung einen **Wohnungsbogen**, in den sämtliche Wohnparteien (Wohnungsinhaber und Untermieter) mit den auf sie entfallenden Räumen jeder auf eine besondere Zeile einzutragen sind. Einzeluntermieter sind in jedem Falle in den Wohnungsbogen aufzunehmen, auch wenn sie keine eigene Haushaltungsliste ausfüllen.

Befinden sich unter den Mitgliedern der Haushaltung Inhaber von Gewerbebetrieben, Handelsbetrieben oder Inhaber oder Leiter einer sonstigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte oder selbständige Gewerbetreibende ohne feste Arbeitsstätte oder selbständige Angehörige freier Berufe?

(Nähere Erläuterungen darüber, was unter Arbeitsstätte zu verstehen ist, im Arbeitsstättenbogen.)

Wenn ja, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß jede dieser Personen und ihre Arbeitsstätte in **Abschnitt H auf der Rückseite der Haushaltungsliste** einzutragen sind.

Für Arbeitsstätten, die sich auf dem gleichen Grundstück wie die Haushaltung des Inhabers oder Leiters befinden, ist je ein **Arbeitsstättenbogen** auszugeben, desgleichen für selbständige Gewerbetreibende ohne feste Arbeitsstätte (z. B. Straßenhändler, Hausierer) und für selbständige Angehörige freier Berufe ohne feste Arbeits-

stätte, sofern sie auf dem Grundstück wohnen. Liegt die Arbeitsstätte auf einem anderen Grundstück als die Haushaltung, so ist ein Fragebogen an die Haushaltung nicht auszuhändigen, sondern der Fragebogen wird auf diesem anderen Grundstück (dem Ort der Arbeitsstätte) von dem dort zuständigen Zähler ausgegeben und auch wieder eingesammelt.

Stellt der Zähler fest, daß eine **Wohnung leersteht** oder **sämtliche Insassen einer Wohnung längere Zeit abwesend** (z. B. auf Reisen) sind, so hat er den Wohnungsbogen für diese Wohnungen und die Haushaltungsliste für die abwesende Haushaltung durch den Hauseigentümer oder dessen Vertreter ausfüllen zu lassen oder notfalls nach Angaben ortskundiger Hausbewohner selbst auszufüllen (Vermerk im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht). Ausschließlich von Angehörigen der Besatzungsmacht bewohnte Gebäude und gegebenenfalls von ihnen bewohnte einzelne Wohnungen werden durch den Zähler nicht erfaßt.

c) **An die Arbeitsstätten**

In der oben bezeichneten Weise ist die Austeilung der Zählpapiere in den Wohnungen vorzunehmen. Daneben muß der Zähler alle auf dem Grundstück liegenden **nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten** erfassen, deren **Inhaber oder Leiter nicht auf dem gleichen Grundstück wohnen**, z. B. Läden, Kioske oder sonstige Verkaufsstände, sofern sie erkennbar ständig an ein und derselben Stelle betrieben werden, Werkstätten, Büros, Fabriken, Geschäftshäuser, Amtsgebäude usw. (siehe Erläuterungen im Arbeitsstättenbogen). Für diese Arbeitsstätten ist der Arbeitsstättenbogen am Ort der Arbeitsstätte dem Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätte oder deren Vertreter zur Ausfüllung zu übergeben.

Nicht zu erfassen sind Arbeitsstätten der Bundesbahn und Bundespost, von der Besatzungsmacht betriebene Arbeitsstätten und völlig stillgelegte Betriebe. Arbeitsstätten, die nur zeitweise in Betrieb sind (z. B. Saison- und Kampagnebetriebe), sind dann zu zählen, wenn in ihnen während der Saison bzw. Kampagne mindestens eine Person tätig ist.

Befinden sich unter den Arbeitsstätten des Zählbezirks Behörden, so ist an

jede getrennt liegende Behörden-dienststelle ein Arbeitsstättenbogen auszugeben. Sind in einem Gebäude mehrere Dienststellen verschiedener Behörden untergebracht, so erhält jede dieser Dienststellen einen besonderen Fragebogen.

Bei Ausgabe der Arbeitsstättenbogen hat der Zähler in allen Fällen, in denen die Fragen nach dem Umsatz zu beantworten sind (siehe Abschnitt F des Arbeitsstättenbogens), darauf hinzuweisen, daß der Ausfüllungspflichtige hierzu gegebenenfalls die Hilfe des Steuerberaters oder Steuerhelfers in Anspruch nehmen soll.

d) An Hotels, Heime, Anstalten usw.

Befindet sich im Zählbezirk ein Gasthof, Hotel, Fremdenheim, eine Anstalt, ein Flüchtlingslager usw. (siehe Erläuterung im Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw.) — für größere Anstalten und Lager werden in der Regel besondere Zählbezirke gebildet —, so wendet sich der Zähler an den Eigentümer oder Pächter des Gasthofes, Hotels usw. bzw. an den Leiter oder Vorstand der Anstalt und übergibt ihm folgende Zählpapiere:

eine Gebäudeliste für den Fall, daß das Hotel, Heim, die Anstalt usw. allein auf dem Grundstück liegt;

je einen Wohnungsbogen für jede Wohnung innerhalb des Hotels, Heims, der Anstalt usw.;

je eine Haushaltsliste für jede in einer Wohnung des Hotels, Heims usw. wohnende Familie oder Einzelperson und

für jede in sonstigen Unterkunfts-räumen des Hotels, Heims usw. aus Wohnungsmangel untergebrachte wohnungslose Familie und Einzelperson und jeden wohnungslosen Dauergast;

keine Haushaltslisten füllen aus: ständig im Hotel, Heim usw. wohnendes alleinstehendes Personal, ständige Insassen und vorübergehend Anwesende, wie Gäste in Hotels, Patienten in Krankenhäusern u. dgl.; sie werden hier nur in den Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. (Anstaltsliste) aufgenommen;

je einen Arbeitsstättenbogen, für das Hotel, Heim, die Anstalt usw. als Arbeitsstätte selbst, sowie für jede im Hotel, Heim usw. sich befindende, dem Hotel usw. oder einem Insassen oder einer fremden Person gehörende nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte (Werkstätte u. dgl.), anstaltseigene

Arbeitsstätten nur, soweit sie überwiegend für fremde Kundschaft arbeiten;

einen Erhebungsbogen für Hotels, Anstalten usw. (Anstaltsliste).

e) An Schiffe, Wohnwagen und sonstige, nichtortsfeste Wohn- und Arbeitsstätten und an primitive Unterkünfte.

Die Zählung der in Betrieb befindlichen Schiffe, ihrer Bemannung und der Passagiere erfolgt durch besondere Zählungsorgane (Wasserschutzpolizei u. dgl.) und durch besondere Zählpapiere (Schiffsliste). Der Zähler hat hier keine Zählpapiere auszugeben.

Außer Dienst gestellte Schiffe, die als **Wohnschiffe**, als **Hotels**, als **Gaststätten** usw. benutzt werden, sind jedoch wie Gebäude zu behandeln und in **Gebäudelisten** einzutragen; die Zählung auf diesen Schiffen ist wie in Gebäuden durchzuführen (durch Wohnungsbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen). Für Plätze und Grundstücke, die am Zählungstichtag von **Schaustellerunternehmen, Zigeunerlagern oder Zeltlagern u. dgl.** belegt sind, werden in der Regel besondere Zählbezirke gebildet werden. Gehören zu den Unternehmen oder Lagern ständig bewohnte Wohnwagen, so ist für das betreffende Grundstück (bzw. Platz) eine Gebäudeliste anzulegen (Zelte und nichtortsfeste Arbeitsstätten werden in die Gebäudeliste nicht aufgenommen). Die Gebäudeliste hat der Inhaber (Leiter) des Unternehmens bzw. Lagers auszufüllen, wenn sich das Unternehmen allein auf dem Platz (Grundstück) befindet, sonst der Zähler. Für jeden bewohnten Wohnwagen ist ein Wohnungsbogen dann auszugeben, wenn die Bewohner keine andere Wohnung haben, ferner für jede Haushalt, die ständig im Wohnwagen wohnt, je eine Haushaltsliste. Alle übrigen nicht oder nicht ständig im Wohnwagen wohnenden Mitglieder des Unternehmens bzw. Insassen des Lagers sind in einem Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten usw. (Anstaltsliste) einzutragen, und zwar, wenn sie sonst keine andere Wohnung haben, auf den Innenseiten der Anstaltsliste, dagegen wenn sie nur vorübergehend anwesend sind und anderwärts einen festen Wohnsitz haben, nur in der Gesamtzahl auf der Vorderseite der Anstaltsliste. Für das Schaustellerunternehmen bzw. Lager wird außerdem ein Arbeitsstättenbogen ausgegeben, gegebenenfalls auch für jede sonstige selbständige nichtlandwirtschaftliche

Arbeitsstätte innerhalb des Unternehmens oder Lagers.

Die Ausgabe der Zählpapiere an solche Personen mit wechselndem Aufenthalt wie auch die Wiedereinsammlung erfolgt zweckmäßigerweise am Zählungstichtage selbst.

Für bewohnte **primitive Unterkünfte** (Behelfsheime, Baracken, Buden, Nissenhütten, Bunker, Wohnlauben, Ruinenkeller usw.), auch wenn sie nicht die Merkmale einer Wohnung aufweisen, sind an die Bewohner Wohnungsbogen auszugeben, für jede Haushaltung (auch alleinstehende Person) in diesen Unterkünften je eine Haushaltsliste, für jede nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte je ein Arbeitsstättenbogen, für jedes Grundstück, auf dem sich nur solche primitiven Unterkünfte befinden, eine Gebäudeliste, und zwar, wenn der Grundstückseigentümer nicht auf dem Grundstück wohnt, an einen der Bewohner.

3. Eintragungen in das Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht während der Austeilung

Während der Austeilung der Zählpapiere hat der Zähler in der Reihenfolge, in der er den Bezirk begeht, **in dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht**, das er zugleich mit dem Zählbezirksbericht erhält, in die dafür **vorgesehenen Spalten einzutragen**:

Sp. 1: Die Bezeichnung (Straße und Hausnummer) des Grundstücks bzw. Gebäudes;

Sp. 2: Lage der Wohnungen und Arbeitsstätten auf dem Grundstück (Vorderehaus, Seitenhaus usw.), im Gebäude (Erdgeschoß, I. Stock usw.), im Stockwerk (rechts oder links);

Sp. 3: Die Namen der Grundstückseigentümer, der Haushaltungsvorstände, der Inhaber von Arbeitsstätten, an die Zählpapiere ausgegeben worden sind;

Sp. 4 bis 8: Vermerk (I) darüber, welche Zählpapiere an die in Sp. 3 eingetragenen Personen ausgegeben worden sind (Gebäudelisten, Haushaltslisten usw.). Bei der Gebäudevorerhebung bereits ausgefüllte Gebäudelisten, die im Besitz des Zählers verbleiben, sind hier mit einem Kreuz (+) zu vermerken.

Sp. 9: Vermerk über zerstörte Gebäude, in Bau befindliche benutzte Gebäude, leerstehende Wohnungen, abwesende Haushaltungen usw.

Die Ausgabe jedes Zählpapiers ist in den dafür vorgesehenen Spalten Nr. 4 bis 8

und in der gleichen Zeile, in der der Empfänger eingetragen ist, durch einen Strich (I) zu vermerken.

4. Meldung an die Gemeindebehörde

Bis spätestens 12. September abends hat der Zähler an die Gemeindebehörde zu melden, daß die Austeilung der Zählpapiere beendet ist.

III. Einsammeln und erste Prüfung der Zählpapiere

1. **Beginn des Einsammelns** am 14. September mittags, Beendigung bis 17. September.

2. Einsammeln der Zählpapiere

Das Einsammeln nimmt der Zähler an Hand des **Hilfsblatts für den Zählbezirksbericht** vor. Jedes ausgegebene Zählpapier muß wieder eingesammelt werden und im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht als wieder empfangen vermerkt werden, indem das Ausgabezeichen (I) durchstrichen wird (+).

Daneben sind auch die Angaben in den **Gebäudelisten** (Innenseiten und Rückseite) zur Kontrolle heranzuziehen, ob alle Wohnungen mit ihren Mietern und alle Arbeitsstätten des betr. Grundstücks erfaßt und im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht eingetragen worden sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß

a) Untermieter, auch wenn sie eine Haushaltsliste ausgefüllt haben, und

b) Arbeitsstätten, für die zwar Arbeitsstättenbogen auszufüllen waren, die jedoch keine baulich hergerichteten Arbeitsräume (Werkstatt, Laden) aufweisen wie z. B. selbständige freie Berufe, Vertreter, fliegende Verkaufsstände,

in der Gebäudeliste nicht aufgeführt sein dürfen, wohl aber im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht **verzeichnet** sein müssen.

Die Zählpapiere sind bereits beim Einsammeln wohnungs- und grundstücksweise zusammenzufassen, und zwar in der Weise, daß in die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers sowohl der Wohnungsbogen wie auch die Haushaltslisten aller weiteren in der Wohnung etwa vorhandenen Haushaltungen und die gegebenenfalls in dieser Wohnung ausgefüllten Arbeitsstättenbogen hineingelegt werden. Die auf diese Weise wohnungsweise zusammengefaßten Zählpapiere und alle übrigen Arbeitsstättenbogen des Grundstücks, die zu keiner Wohnung im Grundstück gehören, sind sodann in die Gebäudeliste des betr. Grundstücks zu legen.

Die für ein **Hotel, Heim** usw. neben der Anstaltsliste gegebenenfalls ausgefüllten

Wohnungsbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und der Arbeitsstättenbogen für das Hotel, Heim usw. selbst sind in die Anstaltsliste und mit dieser in die betr. Gebäudeliste hineinzulegen.

Für etwa bei der Austeilung nicht erfaßte Grundstücke, Wohnungen, Haushaltungen oder Arbeitsstätten muß der Zähler die in Betracht kommenden Zählpapiere nachträglich ausfüllen lassen (dabei Hilfsblatt berichtigen).

Werden dem Zähler Zählpapiere in verschlossenen Umschlägen übergeben, so muß jeder Umschlag mit Name und Anschrift des Ausfüllungspflichtigen versehen sein.

3. Erste Prüfung der Zählpapiere (beim Einsammeln)

Bereits beim Einsammeln hat der Zähler zu prüfen, ob die Zählpapiere vollzählig vorhanden und vollständig ausgefüllt sind.

a) Die Zählpapiere müssen vollzählig vorhanden sein

Zur Kontrolle der Vollzähligkeit sind folgende Unterlagen heranzuziehen:

Das Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht zur Kontrolle der Vollzähligkeit sämtlicher Zählpapiere;

Die Gebäudelisten zur Kontrolle der Vollzähligkeit der Wohnungsbogen, der Haushaltslisten (jedoch nicht der Haushaltslisten der Untermieter), der Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw., der Arbeitsstättenbogen (jedoch nur, soweit die Arbeitsstätten baulich hierzu hergerichtete Räume aufweisen);

Die Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. (Anstaltslisten) zur Kontrolle der Vollzähligkeit der Wohnungsbogen, Haushaltslisten und Arbeitsstättenbogen der Hotels, Heime usw.;

Die Haushaltsliste, Abschnitt H zur Kontrolle der Vollzähligkeit der Arbeitsstättenbogen für alle Arbeitsstätten, die auf einem Grundstück liegen und deren Inhaber (Leiter usw.) zugleich im Grundstück wohnen und für alle übrigen Arbeitsstätten, soweit sie im Bezirk der Zähler liegen und deren Inhaber (Leiter usw.) im Bezirk wohnen.

b) Die Zählpapiere müssen vollständig und richtig ausgefüllt sein.

An Ort und Stelle in Gegenwart der Ausfüllungspflichtigen hat der Zähler jedes Zählpapier zu prüfen, ob es vollständig und richtig ausgefüllt ist.

Auf jedem Zählpapier müssen auf der Vorderseite rechts oben die Angaben über Land, Kreis, Gemeinde, Gemeindeteil und die Zählbezirksnummer von der Gemeindebehörde eingetragen sein oder vom Zähler nachgetragen werden. An der vorgesehenen Stelle des Zählpapiers muß der Name des Ausfüllungspflichtigen angegeben sein, am Schluß darf seine Unterschrift nicht fehlen.

Gebäudeliste

Auf der Vorderseite der Gebäudeliste

muß die Bezeichnung des Grundstücks mit Straße und Hausnummer unbedingt vorhanden sein und gegebenenfalls vom Zähler nachgetragen werden.

In **Abschnitt 1** muß unter a) der Name des Eigentümers des Grundstücks bzw. Gebäudes, bei natürlichen Personen auch die soziale Stellung, unter b) seine Anschrift angegeben sein.

In **Abschnitt 2** müssen in jedem Falle die Spalten 1 bis 7 des Verzeichnisses ausgefüllt sein, und zwar muß Spalte 3 genaue Angaben, keine allgemeinen Ausdrücke enthalten, in Spalte 4 muß eine der im Kopf unter a) bis n) angeführten Bezeichnungen für die Art des Gebäudes eingetragen sein. Die Spalte 7 muß mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein (Wandrisse, Putz-, Glas- oder Holzschäden kommen nicht in Betracht), wenn mit „ja“, auch Spalte 8 ausgefüllt sein.

Innenseiten der Gebäudeliste:

In **Abschnitt 3** „Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten usw.“ müssen die Angaben in Spalte 1 mit den in Spalte 2 des Gebäudeverzeichnisses auf der Vorderseite übereinstimmen. Die Spalten 4 (Zweckbestimmung) und 10 (Namen der Inhaber und Mieter) müssen in jedem Falle Eintragungen enthalten. Ist in Spalte 4 eine Werkstatt, ein Laden, Büro usw. angegeben, so muß auch Spalte 5 ausgefüllt sein. Auch die nicht zu einer Wohnung gehörenden Unterkunftsräume eines Hotels, Heimes, einer Anstalt usw. sind in Spalte 5 anzugeben. Ist in Spalte 4 eine Wohnung angegeben, so müssen die Spalten 6 bis 9 und Spalte 11 Eintragungen erhalten, auch wenn die Wohnung leersteht oder von Angehörigen der Besatzungsmacht bewohnt ist. In den beiden letztgenannten Fällen muß in Spalte 10 „leerstehend“ bzw. „beschlagnahmt“ eingetragen sein. In Spalte 11 muß für jede Wohnung entweder ein Mietbetrag oder der Vermerk „Eigentümerwohnung“ oder „mietfrei“ eingetragen sein. Für alle Mietwohnun-

gen, d. h. Wohnungen, für die in Spalte 11 ein Mietbetrag angegeben ist, müssen auch die Spalten 12 bis 14 ausgefüllt sein.

Die Spalten 15 bis 18 füllt der Zähler später bei den abschließenden Arbeiten zu Haus aus.

Ob in der Gebäudeliste alle benutzten Gebäude des Grundstücks, alle Wohnungen mit ihren Inhabern bzw. Mietern (nicht Untermietern), alle Arbeitsstätten (soweit sie baulich hierzu hergerichtete Räume aufweisen) mit ihren Inhabern bzw. Leitern eingetragen sind, stellt der Zähler durch Befragen des Grundstückseigentümers oder seines Vertreters fest. Er kontrolliert diese Angaben laufend beim Einsammeln der weiteren Zählpapiere im Grundstück und vergleicht sie dabei mit seinen eigenen Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht.

Die Gebäudeliste ist besonders in den Fällen zu prüfen, in denen sie bereits bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt worden ist. Ergibt sich aus der Prüfung, daß die Eintragungen nicht mehr zutreffen (z. B. ein Mieter verzogen und ein anderer eingezogen ist) oder daß sie nicht vollständig oder daß sie unrichtig sind, so sind die entsprechenden Berichtigungen an Ort und Stelle vorzunehmen.

Haushaltungsliste

Auf der **Vorderseite** der Haushaltungsliste darf rechts oben unter den Ordnungsangaben die Grundstücksbezeichnung (Straße und Hausnummer) nicht fehlen. An der vorgesehenen Stelle muß ferner der Name des Haushaltungsvorstandes eingetragen sein, auch die darunter stehenden Fragen nach den Wohnverhältnissen der Haushaltung müssen in jedem Falle beantwortet sein, und zwar

entweder die Frage a), ob Hauseigentümer im eigenen Haus,
oder Frage b), ob Mieter oder Untermieter, wenn Untermieter auch Frage c),
oder Fragen d) und e) bei sonstiger Unterkunft (nicht Wohnung).

Innenseiten der Haushaltungsliste:

In den Abschnitten **A bis C** müssen für **alle** hier eingetragenen Personen die **Spalten 1 bis 7** und **9 bis 14** ausgefüllt sein.

In **Spalte 7** darf keine Person als „getrennt lebend“ bezeichnet sein. Ist dies doch der Fall, so muß der Zähler durch Befragen des Ausfüllungspflichtigen ermitteln, ob die Ehe durch gerichtliches Urteil geschieden ist, dann ist „geschieden“ einzutragen, oder ob der Ehepartner aus beruflichen Gründen, wegen mangelnden Wohnraumes oder aus

sonstigen (z. B. persönlichen) Gründen an einem anderen Ort oder in einem anderen Grundstück wohnt oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befindet oder vermißt ist, dann ist, „verheiratet“ einzutragen. Ist die Ehe nicht geschieden, so muß der abwesende Ehepartner (Mann oder Frau) in Abschnitt B, C oder E eingetragen sein. Der Zähler muß unbedingt darauf achten, daß für jede in Abschnitt A oder B in Spalte 7 als „verheiratet“ eingetragene Person auch der dazugehörige Ehepartner in der gleichen Haushaltungsliste nachgewiesen wird, und zwar, wenn er mit seiner Familie zusammenwohnt, in Abschnitt A oder B, wenn nicht, dann in Abschnitt C oder E. Für jede in Spalte 7 als „verheiratet“ eingetragene Person muß in der gleichen Spalte das Eheschließungsjahr (der jetzigen Ehe) angegeben sein, für jede verheiratete Frau außerdem in **Spalte 8** die Zahl der lebend geborenen Kinder (der jetzigen Ehe) oder das Wort „keine“ eingetragen sein.

In **Spalte 12** darf die Angabe des Kreises oder (falls nicht bekannt) der Provinz oder des Landes nicht fehlen.

Spalte 14 muß für alle in Abschnitt A bis C eingetragenen Personen Angaben enthalten; für noch nicht schulpflichtige Kinder ist „Kind“ einzutragen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß auch für die im Haushalt der Eltern lebenden Kinder im erwerbsfähigen Alter (vor dem 13. 9. 1936 geboren) Angaben darüber vorliegen müssen, ob sie erwerbstätig sind, im Betriebe eines Familienmitgliedes mithelfen oder arbeitslos sind, oder ob sie Studenten, Schüler oder ohne Beruf und ohne eigene Erwerbsquelle sind, oder ob sie nur im Haushalt helfen („hilft im Haushalt“). Bei Ehefrauen, die nur den Haushalt versehen, lautet die Eintragung „Hausfrau“; üben sie einen Beruf aus, so muß „erwerbstätig“, helfen sie im Betriebe eines Familienmitgliedes, so muß ebenfalls „erwerbstätig“ eingetragen sein. Mithilfe im Betrieb ist beim Fehlen anderer Angaben über die Erwerbstätigkeit bei Familienangehörigen (Ehefrau, Kinder, Geschwister) eines selbständigen Landwirts, Gewerbetreibenden oder Geschäftsinhabers als wahrscheinlich anzunehmen und durch Befragen festzustellen.

Die **Spalten 15 bis 20** müssen für alle Personen ausgefüllt sein, die in Spalte 14 als **erwerbstätig** oder als **arbeitslos** bezeichnet sind.

Bei **Spalte 16** ist auf **genaue** Angabe des Geschäftszweiges, entsprechend den Erläuterungen zu dieser Spalte, zu achten.

Bei **Spalte 18** ist die Stellung im gegenwärtig ausgeübten Beruf maßgebend, nicht eine früher innegehabte Berufsstellung; z. B. muß ein früherer Selbständiger oder Beamter, der gegenwärtig eine Arbeitertätigkeit ausübt (aus Spalte 19 zu ersehen), als „Arbeiter“ eingetragen sein.

In **Spalte 19** muß die Art der gegenwärtig ausgeübten Tätigkeit ebenfalls so genau wie möglich (wie im Kopf der Spalte erläutert) angegeben sein.

Spalte 21 wird nur für Krankenkassenmitglieder ausgefüllt. Bei allen Krankenkassen (außer Privatkrankenkassen) muß neben der Kassenbezeichnung noch der Zusatz „pfl.“ oder „frw.“ (d. h. ob pflichtversichert oder freiwillig versichert) eingetragen sein.

Spalte 22 muß für alle in Abschnitt A bis C eingetragenen Personen ausgefüllt sein, die über 14 Jahre alt sind, d. h. vor dem 13. 9. 1936 geboren sind. Für Versicherte in der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung und Knappschaftsversicherung muß neben der Versicherungsart noch angegeben sein, ob sie pflicht- oder freiwillig versichert sind.

In **Spalte 23** müssen für alle in den Abschnitten B und C eingetragenen Personen Angaben über den Grund der Abwesenheit und über den Aufenthaltsort*) vorhanden sein.

Bei **Abschnitt D** ist darauf zu achten, daß hier eingetragene Personen nicht noch einmal in Abschnitt A aufgeführt sind.

In **Abschnitt E** werden in der Regel nur aus den angegebenen Gründen abwesende Familienmitglieder einer unter A oder B aufgeführten Person eingetragen sein. Haushaltsfremde Verwandte dürfen hier nicht angegeben werden, auch wenn sie vom Haushaltungsvorstand unterstützt werden.

Im **Abschnitt F** (Körperbehinderte) muß die Frage im Kopf in jedem Falle mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein. Lautet die Antwort „ja“, so muß der Abschnitt F selbst Eintragungen enthalten.

Für jede hier eingetragene Person (sie muß auch unter A oder B aufgeführt sein) muß die Spalte 2 ausgefüllt und die Frage in Spalte 3 mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein, wenn mit „nein“ auch Spalte 4 und 5 Angaben enthalten. Von den übrigen Spalten 6 bis 11 müssen für jede behinderte Person entweder die Spalten 6 und 7 oder die Spalten 8 und 9 oder die Spalten 10 und 11 ausgefüllt sein.

*) Bei Kriegsgefangenen gegebenenfalls die Nummer des Lagers.

Hat der Zähler die Prüfung der Innenseiten der Haushaltungsliste beendet, so trägt er in den Abschnitten A und B, in jedem Abschnitt für sich, die Summe der hier aufgeführten Personen (nach männlichen und weiblichen Personen getrennt) in die dafür vorgesehenen Summenfelder der Spalte 5 ein und zieht die Summen von A und B in den weiteren Summenfeldern des Abschnitts B zusammen.

Rückseite der Haushaltungsliste:

Für die Prüfung der hier gemachten Angaben bestehen folgende Möglichkeiten:

Abschnitt G (Bodenbewirtschaftung) muß unbedingt ausgefüllt sein, wenn aus den Berufsangaben auf den Innenseiten der Haushaltungsliste hervorgeht, daß ein Mitglied der Haushaltung selbständiger Landwirt ist. Die Eingangsfrage muß in jedem Falle mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein. Desgleichen muß der **Abschnitt H** (nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten) ausgefüllt sein, wenn ein Mitglied der Haushaltung selbständiger Gewerbetreibender, selbständiger Angehöriger eines freien Berufes oder Inhaber oder Leiter einer sonstigen Arbeitsstätte ist.

In jedem Falle wird sich der Zähler durch Befragen des Haushaltungsvorstandes überzeugen müssen, ob in den **Abschnitten G und H** Eintragungen zu machen sind.

Geht aus der Anschrift einer unter H angegebenen Arbeitsstätte hervor, daß sie auf dem gleichen Grundstück wie die Haushaltung des Inhabers oder Leiters liegt, so muß ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen der Haushaltungsliste beiliegen.

Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte (Anstaltsliste)

Auf der **Vorderseite** des Fragebogens darf rechts oben bei den Angaben über Land, Kreis, Gemeinde usw. die Grundstücksbezeichnung (Straße und Hausnummer) nicht fehlen.

In **Abschnitt A I** müssen die Firmen- oder Anstaltsbezeichnung, die Angabe des gegenwärtigen Verwendungszwecks und der Name des Eigentümers, Leiters usw. eingetragen sein.

In **Abschnitt A II** „Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume“ muß unter 1 die Frage nach der Zahl der bewohnten bzw. leerstehenden Wohnungen, die sich im Hotel, Heim usw. befinden, beantwortet sein; sind keine Wohnungen vorhanden, so muß „keine“ oder ein Strich (—) eingetragen sein.

Für jede vorhandene Wohnung (bewohnt oder leerstehend) muß ein ausgefüllter

Wohnungsbogen, für jede Wohnpartei (Eigentümer, Mieter, Untermieter) einer bewohnten Wohnung eine ausgefüllte Haushaltsliste beiliegen (Einzeluntermieter können in der Haushaltsliste ihrer Vermieter miteingetragen sein).

Unter 2 „Anzahl und Belegung der übrigen Unterkunftsräume“ müssen in jedem Falle Eintragungen vorhanden sein, mindestens Räume der genannten Art angegeben sein, auch wenn sie am Stichtag nicht belegt sind. Die Zahl der belegten Räume darf nicht größer sein als die der vorhandenen. Sind Räume belegt, so muß auch die Zahl (insgesamt) der Personen angegeben sein, die darin untergebracht sind. Wo keine Eintragungen zu machen sind, muß „keine“ oder ein Strich (—) eingetragen sein.

Die Innenseiten des Fragebogens

müssen dann Eintragungen enthalten, wenn auf der Vorderseite unter A II 2a eine Personenzahl (Personal und ständige Insassen) angegeben ist, und zwar muß auf den Innenseiten jede dieser Personen mit allen erfragten Angaben **einzel**n eingetragen sein. Die einzelnen Eintragungen sind in der gleichen Weise zu prüfen wie die einer Haushaltsliste.

Auf der Rückseite des Fragebogens

müssen dann Eintragungen vorhanden sein, wenn auf der Vorderseite unter A II 2b wohnungslose Eingewiesene verzeichnet sind, und zwar sind hier nur die Vorstände der Haushaltungen, die diese Personen bilden, bzw. Einzelpersonen einzutragen, aber auch die Zahl der zu jeder dieser Haushaltungen gehörenden Personen. Die Summe der Zahlen der Haushaltsmitglieder muß mit der auf der Vorderseite unter A II 2b angegebenen Personenzahl übereinstimmen. Für jede dieser Haushaltungen (Familien oder Einzelpersonen) muß je eine ausgefüllte Haushaltsliste beiliegen.

Für das Hotel, Heim usw. muß ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt sein. Aber auch für jede weitere selbständige Arbeitsstätte innerhalb des Hotels, Heims usw., die von dem Hotel, Heim usw. selbst betrieben wird (aus der Anstaltsliste Abschnitt A III zu ersehen) oder vom Personal oder Insassen (aus der Anstaltsliste Abschnitt A III zu ersehen) oder von wohnungslosen Eingewiesenen (aus deren Haushaltslisten zu ersehen) oder von außenstehenden Inhabern (aus der Anstaltsliste Abschnitt A III zu ersehen), muß je ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen beiliegen.

Wohnungsbogen

Auf der **Vorderseite** des Wohnungsbogens müssen rechts oben die Angaben über

Land, Kreis, Gemeinde usw. und die Zählbezirksnummer eingetragen sein.

Ferner muß die Lage der Wohnung in der vorgeschriebenen Weise gekennzeichnet sein, und zwar durch Angabe

der **Straße und Hausnummer** des Grundstücks,

der **Straßenlage** des Gebäudes (Vorderhaus, Seitenflügel usw.),

der **Stockwerkslage** der Wohnung (Kellergeschoß, Erdgeschoß usw.).

Die Sonderfrage für Wohnungen im Keller- oder Dachgeschoß muß mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein.

Auf der **Rückseite** des Wohnungsbogens ist zunächst zu prüfen, ob in der Übersicht I in Spalte 2 alle Wohnparteien der Wohnung eingetragen sind, und zwar an Hand der Haushaltslisten, die für die betreffende Wohnung vorliegen (aus den Angaben der Vorderseite der Haushaltsliste über die Wohnverhältnisse unter a, b und c zu ersehen). Jeder Haushaltungsvorstand dieser Wohnung mit eigener Haushaltsliste, aber auch jeder Einzeluntermieter, der in der Haushaltsliste seines Vermieters mitaufgeführt ist, müssen im Wohnungsbogen dieser Wohnung als Wohnpartei auf je einer besonderen Zeile verzeichnet sein. Welche Wohnungen von mehreren Mietern (nicht Untermietern) bewohnt sind, ist aus den Angaben der Gebäudeliste im Verzeichnis 3 (Innenseiten) in Spalte 10 zu ersehen. Beim Vergleich mit den Haushaltslisten prüft der Zähler zugleich, ob die in Spalte 4 (Rückseite des Wohnungsbogens) für jede Wohnpartei angegebene Zahl der zur Wohnpartei gehörenden Personen auch mit der Summe der Haushaltsmitglieder in der zugehörigen Haushaltsliste übereinstimmt, und zwar sind in die Summe der Haushaltsmitglieder alle in der Haushaltsliste unter Abschnitt A, B und C eingetragenen Personen (mit Ausnahme der Kriegsgefangenen, für die keine Kriegsgefangenenlager-Nummer angegeben ist, und der Vermißten) einzubeziehen. Sind in der Haushaltsliste eingetragene Haushaltsmitglieder im zugehörigen Wohnungsbogen bei der betreffenden Wohnpartei nicht mitgezählt (z. B. weil sie in einer anderen Wohnung wohnen oder außerhalb der Wohnung eine Schlafstelle haben), so sind sie im Wohnungsbogen nicht nachzutragen (die Zahl der zur Wohnpartei gehörenden Personen darf im Wohnungsbogen nicht geändert werden), sondern der Zähler vermerkt bei den betreffenden Personen in der Haushaltsliste, wo sich ihre Wohnung befindet. Ist andererseits im Wohnungsbogen eine

Wohnpartei eingetragen, für die keine Haushaltsliste vorliegt, und die auch nicht in der Haushaltsliste einer zur Wohnung gehörenden Wohnpartei eingetragen ist (z. B. ein Mieter, Schlafgänger, der zu einer Haushaltung außerhalb der Wohnung gehört, so ist im Wohnungsbogen bei der betreffenden Wohnpartei die zuständige Haushaltung mit Name und Anschrift zu vermerken.

Von den weiteren Spalten der Übersicht I auf der Rückseite des Wohnungsbogens müssen die Spalten 5 bis 13 für jede Wohnpartei gesondert ausgefüllt sein, die Spalten 14 bis 17 für die gesamte Wohnung. In jeder Spalte und für jede Wohnpartei in jeder Zeile muß entweder eine Eintragung oder ein Strich (—) vorhanden sein. Für jede Wohnung muß mindestens eine vollausgebaute Küche oder eine vollausgebaute Kochnische nachgewiesen sein. Hierbei ist darauf zu achten, daß bei der Wohnung eines Hotel- oder Gasthofbesitzers, zu der keine besondere Küche gehört, die Hotelküche in den Wohnungsbogen eingetragen sein muß. In Wohnungen mit mehreren Wohnparteien können außer der vollausgebauten Küche bzw. Kochnische entweder Notküchen vorhanden sein, oder es kann gemeinsame Küchenbenutzung vorliegen. Die Frage nach gemeinsamer Küchenbenutzung muß in Abschnitt II für jede Wohnung mit mehreren Wohnparteien beantwortet sein.

Am **Schluß des Wohnungsbogens** darf die **Unterschrift** des Ausfüllungspflichtigen nicht fehlen. Bei Wohnungen mit mehreren Wohnparteien müssen außerdem die Unterschriften der Vorstände dieser Wohnparteien vorliegen.

Ist die Prüfung des Wohnungsbogens beendet, so hat der Zähler noch die **Gesamtzahl der im Wohnungsbogen angegebenen Räume** der Wohnung mit den entsprechenden Angaben in der Gebäudeliste (Innenseite, Spalte 6) zu vergleichen. Für diesen Vergleich kommen jedoch nur die im Wohnungsbogen angegebenen Küchen und Zimmer (auch wenn sie gewerblich benutzt werden) in Betracht, d. h. die in den Spalten 6 und 7, 9 bis 11 und 14 bis 17 eingetragenen Räume, die für die gesamte Wohnung zusammenzuzählen sind.

Stimmen die Angaben im Wohnungsbogen über die Zahl der Räume mit denen in der Gebäudeliste nicht überein, so muß der Zähler zunächst den Wohnungsinhaber befragen, ob er etwa Räume nicht gezählt oder doppelt gezählt hat. Bleiben trotzdem Unstimmigkeiten bestehen, so ist der Grundstücks- (bzw. Gebäude-) Eigentümer usw. zu befragen, ob die Eintragungen in der Gebäudeliste zutreffen. Dement-

sprechend sind entweder der Wohnungsbogen oder die Gebäudeliste zu berichtigen.

Arbeitsstättenbogen

Auf **Seite 1** des Fragebogens müssen oben die Angaben über Land, Kreis, Gemeinde usw. und die Zählbezirksnummer eingetragen sein.

Die Prüfung der einzelnen Abschnitte des Fragebogens ist bei Behörden auf die für diese Arbeitsstätten besonders gekennzeichneten Fragen zu beschränken.

Auch für die **Erfassung** der Behörden als Arbeitsstätten gelten besondere Vorschriften, die den einzelnen Dienststellen durch die Gemeindebehörden bekanntgegeben worden sind. Vielfach werden behördliche Dienststellen Leerbogen abgeben, die jedoch einen unterstempelten und unterschriebenen Vermerk tragen müssen, wonach die Angaben für die betreffende Dienststelle in dem Bogen der Gemeindebehörde enthalten sind. Ein allgemeiner Überblick wird dem Zähler bei der Zählerversammlung gegeben, in Zweifelsfällen fragt er bei der Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) an.

Im allgemeinen müssen folgende Fragen beantwortet sein:

Im **Abschnitt A** in jedem Falle die Frage 1 nach Name und Anschrift der Arbeitsstätte, ferner für alle Arbeitsstätten außer Zweigniederlassungen die Frage 2 nach dem Zeitpunkt ihrer Eröffnung. Ist die Frage 2 mit „ja“ beantwortet, so muß auch die Frage 3a bzw. auch 3b beantwortet sein.

Im **Abschnitt B** in jedem Falle die Frage 1 nach der Art des betriebenen Gewerbes usw. Die weiteren Fragen 2 bis 8 müssen dann beantwortet sein, wenn aus den Angaben zur Frage 1 hervorgeht, daß es sich um einen Industrie-, Handwerks-, Handelsbetrieb usw. handelt. Aus der Art des betriebenen Gewerbes ist auch zu ersehen, welche Fragen unter 2a bis f beantwortet sein müssen.

Im **Abschnitt C** in jedem Falle die Frage 1, ob die Arbeitsstätte die einzige der Unternehmung ist. Lautet die Antwort „ja“, so dürfen die weiteren Fragen des Abschnitts nicht beantwortet sein. Lautet sie „nein“, so muß unter Frage 2 angegeben sein, ob die Arbeitsstätte die Hauptniederlassung ist. Ist dies bejaht, so muß die Übersicht 3 über die Zweigniederlassungen ausgefüllt sein. Ist die Frage 2 verneint, — handelt es sich also um eine Zweigniederlassung —, so muß unter 4 die Firma und Anschrift ihrer Hauptniederlassung angegeben sein.

Im **Abschnitt D** müssen für jede Arbeitsstätte Angaben über die Zahl der Beschäftigten vorliegen.

In **Abschnitt E** muß für jede selbständige Arbeitsstätte (also nicht für Zweigniederlassungen) die Frage 1 und eine der Fragen 2a bis 2g über die Form der Unternehmung beantwortet sein; gegebenenfalls, d. h. wenn Frage 2a oder 2b mit „ja“ beantwortet sind, auch Frage 4a nach der Zahl der Inhaber.

In **Abschnitt F** müssen für jede Arbeitsstätte (außer für Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmungen und Behörden) Angaben über den Umsatz vorliegen, und zwar **entweder** unter 1a **oder** unter 1b und gegebenenfalls unter 1c **oder** unter 2, unter 2 dann, wenn die Arbeitsstätte die Hauptniederlassung einer Unternehmung mit mehreren Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen) ist. Unternehmungen mit Filialen usw., die ihre Umsätze unter F 2 anzugeben haben, müssen für den Fall, daß bei der Haupt- oder den Zweigniederlassungen auch „nichtsteuerbare Umsätze“ (vergleiche F 1c) auftreten, deren Gesamtbetrag unter F 1c anführen. Ob eine Arbeitsstätte Hauptniederlassung ist, ist aus den Angaben in Abschnitt C des Fragebogens unter 2 und 3 zu ersehen.

Die Prüfung des Abschnitts F ist dem Zähler nur möglich, wenn der Ausfüllungspflichtige von seinem Recht, den Fragebogen in verschlossenem Umschlag abzugeben, nicht Gebrauch macht. Will der Ausfüllungspflichtige den Fragebogen in verschlossenem Umschlag abgeben, so hat der Zähler zuvor alle Abschnitte des Fragebogens (außer Abschnitt F) in der beschriebenen Weise auf ihre vollständige Ausfüllung hin zu prüfen und erst dann den Fragebogen dem Ausfüllungspflichtigen zur Ausfüllung des Abschnitts F zu übergeben und, wenn dies geschehen ist, im verschlossenen Umschlag wieder in Empfang zu nehmen. Der Umschlag muß mit dem Namen des Ausfüllungspflichtigen und mit der Anschrift der Arbeitsstätte versehen sein. Der Umschlag muß bis zur Abgabe an die Gemeindebehörde verschlossen bleiben.

Der **Abschnitt G** (Sonderfragen über Einzelhandel und Großhandel) muß dann ausgefüllt sein, wenn aus der Kennzeichnung der Arbeitsstätte in Abschnitt B hervorgeht, daß es sich um eine Arbeitsstätte des Großhandels (2c) oder des Einzelhandels (2d) handelt.

4. Berichtigung mangelhaft oder unrichtig ausgefüllter Zählpapiere

Wird bei der oben geschilderten Prüfung festgestellt, daß die Eintragungen in einem

Zählpapier unvollständig, widersinnig, ungenau oder unleserlich sind, so sind die erforderlichen Ergänzungen oder Berichtigungen sofort an Ort und Stelle nach Befragung des Ausfüllungspflichtigen vorzunehmen. Bei Berichtigungen ist die unrichtige Eintragung zu durchstreichen und die richtige Angabe darüber zu schreiben. Rasuren dürfen nicht gemacht werden. Bei Ergänzungen und Berichtigungen ist darauf zu achten, ob sich hieraus nicht noch weitere damit zusammenhängende Ergänzungen oder Berichtigungen in anderen Abschnitten des Zählpapiers oder in einem anderen Zählpapier, oder auch im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht ergeben, die gegebenenfalls gleichfalls vorzunehmen sind. Jede Streichung, Änderung oder Ergänzung ist in Gegenwart des Ausfüllungspflichtigen vorzunehmen und, soweit es sich um Angaben über Zahl und Größe der Räume und die Zuordnung zur Wohnpartei handelt, von ihm in jedem einzelnen Fall und an der Stelle, wo sie erfolgt ist, mit seiner Unterschrift zu bestätigen.

5. Verhalten der Zähler bei Auskunftsverweigerung

Verweigert ein Ausfüllungspflichtiger die Ausfüllung eines Zählpapiers oder die Beantwortung der vorgeschriebenen Fragen, so ist zunächst in höflicher und sachlicher Form auf seine Auskunftspflicht (das Volkszählungsgesetz verpflichtet alle zählungspflichtigen Personen zur Beantwortung aller gestellten Fragen und sieht bei Verstößen gegen das Gesetz Geld- oder Gefängnisstrafen vor) und auf die Schweigepflicht aller mit der Durchführung der Zählung betrauten Personen und Stellen hinzuweisen. Falls die Auskunft trotzdem verweigert wird, ist der Gemeindebehörde (Zählungsdienststelle) unverzüglich zu berichten.

IV. Abschließende Aufgaben des Zählers

Nach der Einsammlung der Zählpapiere, die spätestens bis zum 17. September beendet sein muß, nimmt der Zähler die weiteren noch zu erledigenden Arbeiten zu Hause vor.

1. Ordnen und Numerieren der Zählpapiere

Die Zählpapiere sind zunächst zu ordnen. Die Wohnungsbogen, Haushaltslisten, Erhebungsbogen für Hotels usw. und Arbeitsstättenbogen hat der Zähler bereits beim Einsammeln grundstücksweise zusammengefaßt und in die betreffende Gebäudeliste gelegt. Zunächst sind die Gebäudelisten des Bezirks in der Reihenfolge, in der die Grundstücksbezeichnungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht eingetragen sind, zu ordnen und zugleich in dieser Reihenfolge zu nume-

rieren (an der vorgesehenen Stelle in der rechten oberen Ecke der Liste). Sodann sind sämtliche Wohnungsbogen und Haushaltungslisten innerhalb des gesamten Zählbezirks in der Reihenfolge, in der sie in dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht vermerkt sind, fortlaufend zu numerieren, also nicht innerhalb jedes Grundstücks, sie müssen aber grundstücksweise zusammengefaßt bleiben. Werden von einem Haushaltungsvorstand mehr als eine Liste benötigt, weil die Zahl der Personen so groß ist, daß eine Haushaltungsliste für die Eintragungen nicht ausreicht, so erhalten die zusätzlichen Haushaltungslisten die Buchstaben a, b, usw. hinter der Nummer der Haupt-Haushaltungsliste. Gleichzeitig ist auf jedem Wohnungsbogen und auf jeder Haushaltungsliste die Nummer der betreffenden Gebäudeliste einzutragen. Die Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. und die Arbeitsstättenbogen werden ebenfalls durch den gesamten Zählbezirk hindurch fortlaufend numeriert und erhalten ebenfalls die Nummer der betreffenden Gebäudeliste. Wenn der Inhaber der Arbeitsstätte im gleichen Grundstück wohnt, erhält der Arbeitsstättenbogen außerdem die Nummer der Haushaltungsliste des Inhabers. Auch die Erhebungsbogen für Hotels usw. und die Arbeitsstättenbogen bleiben hierbei grundstücksweise zusammengefaßt. Ist ein Zählpapier in verschlossenem Umschlag abgegeben worden, so sind die betreffenden Zählpapiernummern auf dem Umschlag einzutragen. Nach Beendigung dieser Arbeit müssen sämtliche Zählpapiere folgende Ordnungsangaben aufweisen:

1. Land, Kreis, Gemeinde, Zählbezirksnummer (bereits vor der Austeilung einzutragen),
2. Straße und Hausnummer (beim Einsammeln einzutragen, auf den Gebäudelisten bereits vor der Austeilung),
3. Gebäudelistennummer (beim Ordnen einzutragen).

Die Wohnungsbogen, Haushaltungslisten, Erhebungsbogen für Hotels usw. und Arbeitsstättenbogen müssen außerdem ihre eigene Nummer aufweisen (beim Ordnen einzutragen).

Hierauf ist in jede Gebäudeliste (in Spalte 15 bis 18) für jede in der Gebäudeliste eingetragene Wohnung, Haushaltung und Arbeitsstätte die Nummer des entsprechenden Wohnungsbogens, der entsprechenden Haushaltungsliste bzw. des Erhebungsbogens für Hotels, Heime usw. bzw. des betreffenden Arbeitsstättenbogens einzutragen. In Spalte 16 sind

außerdem für alle Untermieter, die eigene Haushaltungslisten ausgefüllt haben, auch die Nummern dieser Haushaltungslisten hinter der Nummer der Haushaltungsliste ihres Vermieters einzutragen, in Spalte 17 die Nummern der Arbeitsstättenbogen der auf dem Grundstück wohnenden selbständigen Gewerbetreibenden und selbständigen Angehörigen freier Berufe, die keine feste Arbeitsstätte haben.

Ferner ist in jedem Wohnungsbogen auf der Rückseite in der ersten Spalte für jede Wohnpartei die Nummer der zugehörigen Haushaltungsliste einzutragen. Die grundstücksweise bzw. wohnungsweise zusammengefaßten Zählpapiere müssen in dieser Ordnung bis zur Ablieferung an die Gemeindebehörde verbleiben.

2. Weitere Prüfung der Zählpapiere

Die bereits beim Einsammeln vorgenommene Prüfung der Zählpapiere auf ihre Vollzähligkeit und auf ihre vollständige und richtige Ausfüllung hat der Zähler zu Hause mit größter Sorgfalt und Gründlichkeit zu wiederholen und letztere nun auf **sämtliche** Fragen der Zählpapiere auszudehnen. Eine nochmalige Prüfung der Zählpapiere auf ihre Vollzähligkeit wird der Zähler mit dem Ordnen und Numerieren verbinden. Darauf nehme der Zähler jedes Zählpapier einzeln vor und gehe jede Spalte und Frage daraufhin durch, ob eine Eintragung gemacht und die betreffende Frage sinngemäß beantwortet ist. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Arbeiten des Zählers, denn die Gewinnung dieser Angaben ist der eigentliche Zweck der Zählung. Jede Lücke und Unstimmigkeit in den Zählpapieren, die der Zähler übergeht, erfordert später zeitraubende Rückfragen und verzögert die statistische Aufbereitung der Zählung. Für die Prüfungsarbeit muß der Zähler alle Fragen der Zählpapiere, ihren Sinn und ihren Zusammenhang miteinander genau kennen und deshalb mit den Erläuterungen zu den einzelnen Fragen und den Anweisungen in den einzelnen Zählpapieren, vor allem aber auch mit der in seiner Zähleranweisung gegebenen Anleitung zur Prüfung der Zählpapiere gründlich vertraut sein. Weitere Erläuterungen findet er im Schlagwortverzeichnis.

Die Beseitigung von Lücken und Unstimmigkeiten in den Zählpapieren muß der Zähler mit größter Beschleunigung durch nochmaliges Aufsuchen des betreffenden Auskunftspflichtigen vornehmen. Eine Berichtigung oder Ergänzung durch den Zähler auf Grund von Vermutungen ist nicht statthaft.

3. Abschluß des Zählbezirksberichtes

Nach Abschluß der Prüfungsarbeiten und nach Vornahme aller aus der Prüfung sich ergebenden Berichtigungen der Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht hat der Zähler den Zählbezirksbericht selbst anzufertigen. Zunächst sind aus dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht die Angaben: Bezeichnung der Grundstücke, Gebäude usw., Lage der Wohnungen oder Arbeitsstätten auf dem Grundstück, Namen der Haushaltungsvorstände oder Inhaber von Arbeitsstätten in den Zählbezirksbericht zu übertragen. Hierauf hat der Zähler in den betreffenden Spalten des Zählbezirksberichts für jedes Grundstück die Nummer der Gebäudeliste einzutragen, für jede Wohnung, für jede Haushaltung oder Anstalt, für jede Arbeitsstätte anzugeben, ob ein Wohnungsbogen, eine Haushaltungs- bzw. Anstaltsliste oder ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt worden ist (aus dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht zu entnehmen).

Sodann sind aus jeder Haushaltungsliste die Summe der in Abschnitt A und B und die Zahl der in Abschnitt E eingetragenen Personen, getrennt nach männlichen und weiblichen Personen, in die dafür vorgeschriebenen Spalten des Zählbezirksberichts zu übertragen, desgleichen aus jeder Anstaltsliste die Zahl der in Abschnitt BI (Innenseiten) eingetragenen Personen.

In die Spalte „Bemerkungen“ sind die im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht eingetragenen Bemerkungen zu übernehmen. Alle Übertragungen und Eintragungen sind mit größter Sorgfalt vorzunehmen. Sind alle vorgenannten Angaben für den gesamten Zählbezirk in den Zählbezirks-

bericht eingetragen, so sind in allen Spalten, die Zahlenangaben enthalten, die Endsummen zu ziehen, in der Spalte „Nr. der Gebäudeliste“ die letzte Gebäudelistennummer einzutragen.

Erstrecken sich die Eintragungen auf mehrere Seiten, so sind die Endsummen für jede Seite zu ziehen, diese Seitensummen in die Zusammenstellung (auf den letzten Seiten des Zählbezirksberichts) zu übertragen und dort zu den Endsummen für den Gesamtbezirk zusammenzuziehen.

4. Ablieferung der Zählpapiere

Hat der Zähler alle Prüfungsarbeiten und den Zählbezirksbericht abgeschlossen und sich nochmals vergewissert, daß alle Zählpapiere in der vorgeschriebenen Ordnung liegen, so hat er das gesamte Zählmaterial, das Zählbezirksbuch und etwa nicht verwendete Reservezählpapiere persönlich an die Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) abzuliefern, und zwar spätestens bis zum 20. September abends (bzw. an seinen Oberzähler bis zum 18. September). Dieser Termin muß unbedingt eingehalten werden. Sollte ein Zähler seine Arbeit noch nicht völlig abgeschlossen haben, so muß er sich trotzdem am 20. September bei der Gemeindebehörde (bzw. bei seinem Oberzähler am 18. September) zur Berichterstattung einfinden und dort um Terminverlängerung einkommen.

Nach gewissenhafter Durchführung seiner schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit darf der Zähler das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, durch Beschaffung unentbehrlicher Unterlagen für wichtigste Staats- und Verwaltungsaufgaben zur Erfüllung dieser Aufgaben wesentlich beigetragen zu haben.

Volkszählung am 13. September 1950

Schlagwortverzeichnis

A**Abwesende Haushaltungen**

Für vorübergehend abwesende **Haushaltungen** füllt der Zähler die Haushaltungsliste selbst aus nach Angaben der Hausbesitzer oder der Nachbarn (Vermerk im Zählbezirksbericht).

Abwesende Haushaltungsmitglieder

Vorübergehend abwesende **Mitglieder der Haushaltung** (auf Reisen, im Krankenhaus, in Untersuchungshaft) sind in der Haushaltungsliste in Abschnitt B der Innenseiten einzutragen, längere Zeit oder ständig abwesende Mitglieder der Haushaltung (zu Erwerbs- oder Ausbildungszwecken, im Gefängnis, in Versorgungs-, Irren-, Erziehungsanstalten, in Kriegsgefangenschaft, Vermißt) sind in der Haushaltungsliste in Abschnitt C der Innenseiten einzutragen.

Abwesende Ehepartner (auch Kinder) siehe unter »Ehepartner«.

Agenten

Agenten, Reisende und Vertreter füllen nur dann einen Arbeitsstättenbogen aus, wenn sie **selbständig** sind.

Altbaumieten

Mieten für Wohnungen, die **vor dem 1. Juli 1918** errichtet worden sind. Altbaumieten können aber auch nach dem 1. Mai 1945 als solche festgesetzt worden sein.

Altenteiler siehe unter »Altersversorgung«.

Alterserscheinungen siehe unter »Behinderte«.

Altersheim siehe unter »Anstalten«.

Altersversorgung

Bei der Frage nach der Altersversorgung in Spalte 22 der Haushaltungsliste, Innenseiten (nur für Personen über 14 Jahre zu beantworten!) sind nicht allein Ansprüche aus der Sozialversicherung (Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftsversicherung) und Pensionsansprüche anzugeben, sondern auch Ansprüche aus Betriebsversicherung, Lebensversicherung, privat. Rentenversicherung, Altenteil.

Personen, die bereits in den Genuß ihrer Altersversorgung (Rente, Pension, Lebensversicherung, Altenteil) gekommen sind sowie Mitver-

sicherte und Nichtversicherte machen einen Strich.

Ambulantes Gewerbe

Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen (Wandergewerbe), Markt- oder Straßenhandel betreiben, füllen einen Arbeitsstättenbogen aus, und zwar an ihrem ständigen Wohnsitz, und geben ihn in ihrer Wohnung ab.

Amtsgebäude

Als Gebäude in der **Grundstücksliste** aufzuführen; für **Wohnungen** im Amtsgebäude sind Wohnungsbogen auszufüllen, für jede **selbständige Dienststelle** ein Arbeitsstättenbogen.

Anstalten

Als Anstalten im Sinne der Anstaltsliste gelten nur Anstalten mit Gemeinschaftsunterkünften, z. B. Klöster, Altersheime, Waisenhäuser, Kranken-, Strafanstalten usw.

Für jede Anstalt ist vom Leiter oder Vorstand usw. eine Anstaltsliste und ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Durch Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen werden auch Hotels, Heime, Massenunterkünfte u. dgl. erfaßt (siehe Erläuterungen in der Anstaltsliste und im Arbeitsstättenbogen).

Anstaltsinsassen

Dauerinsassen einer Anstalt, z. B. Insassen von Klöstern, Stiften, Altersheimen, Strafanstalten, Irrenanstalten usw. sind im Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten usw.

auf der Vorderseite im Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume unter A II 2 a in ihrer Gesamtzahl mit den von ihnen belegten Räumen,

auf den Innenseiten im Personenverzeichnis B I einzeln einzutragen.

Vorübergehend anwesende Insassen: Patienten in Krankenanstalten, Untersuchungsgefangene sind im Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. **nur**

auf der Vorderseite im Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume unter A II 2 c in ihrer Gesamtzahl mit den von ihnen belegten Räumen einzutragen (**nicht** im Personenverzeichnis).

Anstaltspersonal

Einzelpersonen, die in einer Anstalt, einem Hotel, Heim usw. als Personal untergebracht sind

(nicht in einer Wohnung der Anstalt), sind in der Anstaltsliste wie Dauerinsassen zu behandeln. In Anstaltswohnungen wohnendes Personal hat Wohnungsbogen und Haushaltslisten auszufüllen.

Im Arbeitsstättenbogen der Anstalt wird das Personal unter den Beschäftigten gezählt.

Anstaltswerkstätten

Werkstätten in Anstalten (z. B. Korbflechtereien in Strafanstalten, Blindenanstalten usw.), die dauernd und überwiegend für den Markt (fremde Kundschaft) arbeiten, haben einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Anstaltswohnungen

Sind in einer Anstalt Wohnungen vorhanden, so ist ihre Zahl in der Anstaltsliste, Vorderseite, unter A II 1 anzugeben und für jede Wohnung ein Wohnungsbogen auszufüllen.

Arbeiterlager siehe unter »Lager«.

Arbeitslose

Für Arbeitslose sind die Fragen der Haushaltsliste nach Ort, Art usw. der Berufstätigkeit (Spalte 15 bis 20) nach ihrer zuletzt ausgeübten Tätigkeit zu beantworten.

Arbeitsstätte

Für jede Arbeitsstätte im Sinne der Zählung*) ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, und zwar durch den Inhaber (oder Leiter), der die Arbeitsstätte außerdem in seiner Haushaltsliste in Abschnitt H vermerken muß. Liegt die Arbeitsstätte in einem Gebäude oder einer sonstigen Baulichkeit in baulich hierzu eingerichteten Räumen, so ist sie auch in die Gebäude-liste einzutragen. Deutsche Arbeitsstätten auf von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Grundstücken werden in Sonderzählbezirken durch Sonderzähler erfaßt.

Art der Behinderung

In Abschnitt F (Körperbehinderte) der Haushaltsliste ist die Art der Behinderung möglichst genau anzugeben, meist dem Rentenbescheid oder der amtlichen Bescheinigung zu entnehmen. Bei mehreren Behinderungen (Krankheiten, Gebrechen usw.) sind die beiden wichtigsten einzutragen, in Zweifelsfällen die im letzten Rentenbescheid oder der amtlichen Bescheinigung zuerst genannten.

Ärzte siehe unter »Freie Berufe«.

Aufenthaltsort

Personen, die am Zählungstichtag **vorübergehend** abwesend sind (z. B. Reisende, Fernlastfahrer) werden in ihrer heimischen Haushaltsliste unter B eingetragen, zugleich an ihrem Aufenthaltsort entweder in der Haushaltsliste der Haushaltung, in der sie zu Gast sind, unter D oder in dem Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. des Beherber-

*) Siehe Erläuterungen im Arbeitsstättenbogen.

gungsbetriebes, in dem sie untergebracht sind, unter A II 2 c (1. Seite).

Aufwartefrauen

Aufwartefrauen, Botenfrauen, Kochfrauen, Lauf-frauen, Monatsfrauen, Putzfrauen und von Haus zu Haus tätige **Waschfrauen** haben **keinen Arbeitsstättenbogen** auszufüllen.

Ausfüllungspflichtige

Ausfüllungspflichtig ist für

die **Gebäudeliste**: Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer oder sein Vertreter oder der Hausverwalter,

die **Haushaltungsliste**: Haushaltungsvorstand oder sein Vertreter,

den **Erhebungsbogen für Hotels usw.**: Eigentümer, Pächter, Leiter, Vorstand, Verwalter oder Vertreter,

den **Wohnungsbogen**: der Wohnungsinhaber (Grundstückseigentümer, Mieter); für Wohnungen mit mehreren Mietern der am längsten in der Wohnung wohnende oder vom Zähler bestimmte Mieter, für leerstehende Wohnungen der Grundstückseigentümer usw.,

den **Arbeitsstättenbogen**: Inhaber (Eigentümer, Pächter), Leiter oder Vertreter.

Auskunftsverweigerung

Verweigert ein Ausfüllungspflichtiger die Ausfüllung eines Zählpapiers oder die Beantwortung der vorgeschriebenen Fragen, so ist er zunächst auf seine Auskunftspflicht und auf die Schweigepflicht aller mit der Zählung betrauten Personen hinzuweisen und, wenn ohne Erfolg, der Gemeindebehörde zu melden.

Ausländer

Ausländer werden in der gleichen Weise wie Inländer gezählt, jedoch nicht Angehörige der Besatzungsstreitkräfte und -behörden, der beglaubigten ausländischen Missionen und ihre Familienangehörige.

Ausstellungswesen

Der Arbeitsstättenbogen für eine Ausstellung wird nur durch die Veranstalter ausgefüllt, die Aussteller selbst sind nicht zu zählen. Bei **Dauermessen** dagegen sind auch die Ausstellungsstände der einzelnen Firmen als besondere Arbeitsstätten (Filialen) zu erfassen.

Automatische Anlagen

Pumpwerke, Umformerstationen, Warenautomaten usw., die nur gelegentlicher Wartung bedürfen, in denen daher keine ständig tätigen Personen vorhanden sind, sind nicht als Arbeitsstätten zu zählen.

Autoverleiher

Autoverleiher haben im Arbeitsstättenbogen alle Kraftfahrzeuge, auch die für längere Zeit vermieteten, selbst anzugeben.

B

Badezimmer

Das Badezimmer einer Wohnung ist im Abschnitt 3 der Gebäudeliste (Innenseiten) in Spalte 7 anzugeben. Es wird nicht zu den Räumen der Wohnung gezählt. Wird es infolge Wohnraumnot als Notküche oder Wohnraum benutzt, so ist es im Wohnungsbogen unter I, Spalte 8 bzw. 12, einzutragen.

Bahnhofswirtschaften siehe unter »Kantinen«.

Bankbeamte

Bankbeamte, die auf Grund eines Privatdienstvertrages beschäftigt werden, bezeichnen sich bei der Frage nach der Stellung im Beruf (Spalte 18 der Haushaltungsliste) als »Angestellte«.

Baracken

Baracken (auch Bretterbuden), die Wohn- oder Arbeitszwecken dienen, sind in die Gebäudeliste aufzunehmen.

Enthält **eine Wohnbaracke** ausgebauten Wohnungen, so sind für diese Wohnungen Wohnungsbogen auszufüllen. Dient sie als Gemeinschaftsunterkunft, so ist ein Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. auszufüllen. Wird die Baracke als **Arbeitsstätte** benutzt, so ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Bäuerliches Anwesen

Auszufüllen: **Gebäudeliste** für Wohn- und Wirtschaftsgebäude,

Haushaltungslisten für alle auf dem Anwesen wohnenden Haushaltungen (Eigentümer, Mieter, Untermieter),

ein **Wohnungsbogen** vom Eigentümer (Pächter) für das **ganze** Haus, das als **eine** Wohnung gilt, zu der auch Einzelwohnräume in dazugehörigen Wirtschaftsgebäuden zu zählen sind.

Eine **zweite (oder weitere) Wohnung** liegt in einem Bauernhause nur dann vor, wenn ein Altenteiler, eine Gesindefamilie oder hoffremde Familie für sich überwiegend zusammenliegende Räume mit einer dazugehörigen voll ausgebauten Küche oder Kochnische bewohnt. In diesem Falle ist für die zweite Wohnung ein Wohnungsbogen vom Inhaber auszufüllen, für die erste Wohnung (die übrigen Wohnräume des Bauernhauses) ein Wohnungsbogen vom Eigentümer (Pächter).

Gegebenenfalls sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen für Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft (Brennereien, Sägewerke) handwerklicher oder gewerblicher Art, die in erheblichem Maße für Dritte (fremde Kundschaft) arbeiten.

Kein Arbeitsstättenbogen ist auszufüllen für den rein land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb.

Bauernhaus siehe »Bäuerliches Anwesen«.

Baukostenzuschüsse siehe unter »Miete«.

Baunotabgaben siehe unter »Miete«.

Bauplanmäßig vorgesehene Küche oder Kochnische siehe unter »Küche«.

Baustellen

Für jede Baustelle, die bereits teilweise benutzt wird, ist eine Gebäudeliste anzulegen; wenn der Bauherr nicht erreichbar, durch den Zähler; für bereits benutzte Wohnungen Wohnungsbogen. Kurz den Bauzustand angeben (z. B. Erdgeschoß bewohnt, 1. und 2. Stock noch im Bau).

Die Baustelle selbst gilt nicht als besondere Arbeitsstätte. Die beim Bau Beschäftigten werden im Arbeitsstättenbogen der Baufirma am Sitz der Firma gezählt.

Bebaute Grundstücke

Für jedes bebaute Grundstück ist eine Gebäudeliste auszufüllen.

Keine Gebäudeliste ist auszufüllen für nicht bebaute Grundstücke, für Grundstücke, auf denen sich nur völlig unbenutzte Gebäuderuinen befinden, und für die von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Grundstücke und Gebäude.

Bedürfnisanstalten

Aborte werden bei der Wohnungszählung nicht gezählt. Jedoch ist für eine öffentliche Bedürfnisanstalt, in der mindestens eine Bedienungsperson regelmäßig beschäftigt ist, ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, desgleichen für die gepachteten Toiletten in einer Gaststätte, einem Theater, einem Bahnhof usw.

Behelfsheim

Behelfsheime (in der Regel aus fabrikmäßig hergestellten Einzelbauteilen errichtete Einfamilienhäuser) sind in der Gebäudeliste auf der Vorderseite im Verzeichnis der Gebäude Spalte 4 als solche zu bezeichnen; dabei ist anzugeben, ob sie eine Bodenfläche von 30 und mehr qm oder unter 30 qm umfassen.

Beherbergungsgewerbe

Einrichtungen des Beherbergungsgewerbes, wie Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen, Herbergen usw., haben Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten usw. sowie Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Behinderte, Körper-

Als Körperbehinderte, für die die Fragen in Abschnitt F der Haushaltungsliste zu beantworten sind, gelten Personen, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit behindert sind, gleichgültig ob die Gebrechen durch Kriegseinwirkung (auf Wehrmachtsangehörige oder Zivilpersonen) oder durch Unfall oder Krankheit entstanden sind oder ob sie angeboren sind, jedoch sind Personen, die lediglich durch Altersgebrechen behindert sind, in Abschnitt F nicht aufzuführen. Siehe auch unter »Art der Behinderung« und »Minderung der Erwerbsfähigkeit«.

Behörden

Behörden gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Die Erfassung der Behörden ist durch besondere Vorschriften geregelt, die den einzelnen Dienststellen durch die Gemeindeverwaltung bekannt gegeben worden sind. Der Zähler hat grundsätzlich bei jeder Behörde Arbeitsstättenbogen auszugeben. Vielfach werden behördliche Dienststellen Leerbogen abgeben, die aber einen mit Stempel und Unterschrift versehenen Vermerk tragen müssen, wonach die Angaben für die betreffende Dienststelle im Arbeitsstättenbogen der Gesamtbehörde enthalten sind. Sind in einem Gebäude mehrere Behörden oder mehrere selbständige Dienststellen verschiedener Fachverwaltungen untergebracht, so hat jede Behörde bzw. Dienststelle einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Benutzbare Gebäude, Räume

Zu Wohn- und Arbeitszwecken **benutzbare** Gebäude, Wohnungen, Räume, die **vorübergehend** leerstehen, sind trotzdem zu zählen und in die entsprechenden Zählpapiere aufzunehmen, und zwar:

Leerstehende Gebäude	}	in die Gebäudeliste,
Wohnungen		
Arbeitsstätten		
leerstehende Wohnungen	}	in den Wohnräume/ Wohnungsbogen.
Wohnräume		

Bergbau

Für Betriebe des Bergbaus sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Berufslose

Eine Person, die keinen Beruf ausübt, ist in Spalte 14 der Haushaltsliste (Innenseiten) **nicht** als »beruflos« zu bezeichnen, sondern es ist **ausdrücklich** anzugeben, ob die Person

Altenteiler, Rentenempfänger, Pensionsempfänger, Hausfrau (wenn nicht selbst erwerbstätig), Schüler, Kind ist.

Bei Schülern, die noch nicht in Berufsausbildung stehen, ist einzutragen: »schul-entlassen — arbeitslos«.

Sind Personen gleichzeitig erwerbstätig und Rentenempfänger, so ist beides anzugeben.

Berufsstellung

Bei der Frage nach der Stellung im Beruf in Spalte 18 der Haushaltsliste (Innenseiten) ist **nicht** der Beruf (Art der beruflichen Tätigkeit) einzutragen (dafür ist Spalte 19 vorgesehen), sondern nur anzugeben, ob die berufliche Tätigkeit **selbständig** oder in welchem **Abhängigkeitsverhältnis** (als mithelfende Familienangehörige, Beamter, Angestellter oder Arbeiter) sie ausgeübt wird.

In jedem Falle ist die Stellung im **gegenwärtig** ausgeübten Beruf anzugeben, **nicht** eine früher innegehabte Berufsstellung.

Berufsunfähigkeit siehe unter »Minderung der Erwerbsfähigkeit«.

Besatzung

Angehörige der Besatzungstreitkräfte, der Besatzungsmacht und ihre Familienangehörigen sind von der Volkszählung ausgenommen.

Die von diesen Personen benutzten Gebäude und Wohnungen werden durch die allgemeine Gebäude- und Wohnungszählung nicht erfasst, sondern durch eine Sonderzählung.

Beschädigte Gebäude

Beschädigte Gebäude (auch Gebäuderuinen), die für **Wohn- und Arbeitszwecke benutzt** werden, sind in die Gebäudeliste aufzunehmen (auf Seite 1 Spalten 7 und 8 ausfüllen), desgleichen **im Wiederaufbau** begriffene beschädigte Gebäude, sofern sie benutzt werden.

Besuchsweise Anwesende

Personen, die in einer Haushaltung **vorübergehend** (auf Besuch) anwesend sind, auch Familienmitglieder, die am auswärtigen Arbeitsort einen weiteren Wohnsitz oder eine ständige Schlafstätte haben und sich bei ihrer Familie auf Besuch befinden, werden in **Abschnitt D** der Haushaltungsliste eingetragen.

Betriebs-, Büro- oder Ladengemeinschaften

Wenn in einem Gebäude, Raum, Laden oder Verkaufsstand mehrere selbständige Gewerbe von verschiedenen selbständigen Inhabern unabhängig voneinander ausgeübt werden, so ist für jedes einzelne dieser Gewerbe oder jede einzelne dieser Tätigkeiten ein eigener Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Bewohnte Räume

Bei den Fragen nach den **zur Wohnung gehörigen Räumen** in Abschnitt I des Wohnungsbogens sind Räume, die ihrer baulichen Anlage nach nicht als Wohnraum vorgesehen sind (z. B. ehemaliges Badezimmer, Werkstatt usw.) oder die wegen erheblicher Schäden für Wohnzwecke unbrauchbar sind, nur dann anzugeben, wenn sie wegen Wohnraumnot bewohnt sind (Spalte 12 der Übersicht I). Dies gilt auch für Notküchen (Spalte 8).

Binnenfischerei siehe unter »Fischerei«.

Blindenanstalten

Blindenanstalten haben eine Anstaltsliste und einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Über Werkstätten in Blindenanstalten siehe unter »Anstaltswerkstätten«.

Blumenbinderei siehe unter »Gärtnereien«.

Bootsverleihbetriebe siehe unter »Freibäder«.

Botenfrauen siehe unter »Aufwartefrauen«.

Branche

Bei der Frage nach der Arbeitsstätte in der **Haushaltungsliste** (Innenseiten) Spalte 15 bis 17 ist in Spalte 16 der Geschäftszweig (Branche), zu dem der Arbeitgeber (Firma) gehört, **genau** anzugeben.

Brennereien

Zu einem landwirtschaftlichen Betriebe gehörende Brennereien gelten dann als nichtlandwirtschaftliche Betriebe und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie **überwiegend für Dritte** (fremde Kundschaft) arbeiten.

Bretterbuden siehe unter »Baracken«.

Bundesbahn und Bundespost

Betriebe der Bundesbahn und Bundespost sind von der allgemeinen Arbeitsstättenzählung ausgenommen, sie werden gesondert erfaßt, jedoch haben auf dem Gelände der Bundesbahn gelegene **selbständige fremde** Arbeitsstätten (wie Kioske, Erfrischungshallen u. dgl.) Fragebogen für Arbeitsstätten auszufüllen.

Wohngebäude und Wohnungen auf dem Gelände der Bundesbahn und Bundespost werden mit ihren Bewohnern durch Gebäude-, Haushaltungslisten und Wohnungsbogen durch die von der Bundesbahn bzw. Bundespost gestellten Zähler erfaßt.

Bunker

Für Bunker die als **Massenunterkunft** benutzt werden, ist ein Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. auszufüllen, für die Bunkerverwaltung ein Arbeitsstättenbogen. Siehe unter »Massenunterkünfte« und »Primitive Unterkünfte«.

Büros

Büros (öffentliche und private) gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn darin ständig mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist. Ehrenamtliche Tätigkeit zählt nicht.

Bürogemeinschaften

Bei Bürogemeinschaften ist für jeden einzelnen Betrieb ein besonderer Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Bücherrevisor

Selbständige Bücherrevisoren füllen Arbeitsstättenbogen aus.

D

Dachgeschoß

Dachgeschoß und Kellergeschoß sind bei Angabe der Geschosßzahl eines Gebäudes (Gebäudeliste, Vorderseite, Spalte 5) **nicht** mitzuzählen.

Bei Wohnungen, die im Dachgeschoß oder im Kellergeschoß liegen, ist im Wohnungsbogen auf der Vorderseite anzugeben, ob sie zu dauerndem Wohngebrauch geeignet sind.

Dachzimmer

Bewohnte oder bewohnbare Dachzimmer (Mansarden) einer Wohnung zählen auch dann zur Wohnung, wenn sie von ihr getrennt liegen.

Dauergäste siehe unter »Gäste«.

Dauerinsassen siehe unter »Anstaltsinsassen«.

Dauermessen siehe unter »Ausstellungswesen«.

Dauerpatienten

Dauerpatienten sind ständig in Heilanstalten eingewiesene Kranke. Sie werden wie Dauerinsassen gezählt.

Dauerverkaufsstände siehe unter »Verkaufsstände«.

Deputatland

In **Abschnitt G der Haushaltungsliste** (Fragen über Bodenbewirtschaftung) ist zu der gesamten Betriebsfläche auch Deputatland hinzuzuzählen, und zwar vom Arbeitnehmer.

Diele siehe unter »Nebenräume«.

Dienstleistungsbetriebe

Dienstleistungsbetriebe sind Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, des Reinigungsgewerbes, Spedition usw. Sie gelten als Arbeitsstätten, auch dann, wenn eine feste Arbeitsstätte nicht vorliegt (z. B. Schornsteinfeger, Wandermusiker). Betriebe des Beherbergungsgewerbes haben außer Arbeitsstättenbogen auch Anstaltslisten auszufüllen.

Dienststelle

Behördendienststellen gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Sind in einem Gebäude mehrere selbständige Dienststellen verschiedener Fachverwaltungen untergebracht, so ist für jede Dienststelle je ein besonderer Arbeitsstättenbogen auszufüllen (siehe auch unter »Behörden«).

Dienstwohnungen

Dienstwohnungen gelten als **Mietwohnungen**, auch wenn die Miete im Arbeitsentgelt eingerechnet ist (z. B. bei Hausmeisterwohnungen); die Angaben über die Miete (wenn im Entgelt eingerechnet, vom Hauseigentümer entsprechend gleichwertigen Wohnungen zu berechnen) sind in die Gebäudeliste, Innenseiten, Spalten 11 bis 14, einzutragen.

Siehe auch unter »Miete«.

Doppelberuf

Typische Doppelberufe, die meist in engem Zusammenhang miteinander stehen, z. B. Bäcker und Konditor, Gastwirt und Metzger, Spengler und Dachdecker, sind mit der Doppelbezeichnung in Spalte 19 der Haushaltungsliste einzutragen. In allen übrigen Fällen ist diejenige Berufstätigkeit, die die **Haupterwerbsquelle** bildet, in Spalte 19, alle weiteren **ausgeübten** Tätigkeiten in Spalte 20 anzugeben.

Doppelhäuser

Bei Doppel-, Gruppen- und Reihenhäusern ist jedes einzelne von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges

Gebäude zu zählen. Dies gilt auch für Bauernhäuser, bei denen Wohn- und Wirtschaftsgebäude wohl unter einem Dach liegen, aber durch eine Brandmauer voneinander getrennt sind; jedes dieser Gebäude gilt als selbständiges Gebäude.

Dreschmaschinenverleihbetriebe

gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und werden durch Arbeitsstättenbogen erfaßt.

E

Ehepartner abwesend

Der abwesende Ehepartner muß in jedem Falle in der Haushaltsliste eingetragen sein; in **Abschnitt B oder C**, wenn er im Haushalt lebt und nur vorübergehend oder für längere Zeit abwesend ist, oder in **Abschnitt E**, wenn er an einem anderen Ort wegen Fehlens des Wohnraumes wohnt.

Ehrenamtliche Tätigkeit

Für ehrenamtliche Tätigkeit ist **kein** Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Eigentümer

Der Eigentümer eines Grundstücks oder einer Arbeitsstätte ist in jedem Falle auf dem betreffenden Zählpapier an der vorgesehenen Stelle anzugeben, auch wenn das Grundstück oder die Arbeitsstätte verpachtet sind oder der Verwalter oder Vertreter das Zählpapier ausfüllt. Siehe auch unter »Grundstückseigentümer«.

Eigentümerwohnung

Für die Wohnung, die der Eigentümer eines Grundstücks im eigenen Hause bewohnt, ist in jedem Falle ein Wohnungsbogen auszufüllen. In der Gebäudeliste ist für diese Wohnung anstatt der Miete der Vermerk »Eigentümerwohnung« in Spalte 11 des Verzeichnisse 3 auf den Innenseiten einzutragen.

Einfamilienhaus

Bei Einfamilienhäusern gilt als Wohnung in der Regel das ganze Haus, auch wenn es von mehreren Wohnparteien (Eigentümer und Mieter) bewohnt ist. Eine weitere Wohnung liegt in einem Einfamilienhaus nur vor, wenn eine weitere Wohnpartei (außer dem Eigentümer) für sich überwiegend in einem Stockwerk zusammenliegende Räume mit einer dazugehörenden eigenen voll ausgebauten Küche oder Kochnische bewohnt.

Einmannbetriebe

Auch Betriebe, in denen nur der Inhaber allein tätig ist, gelten als Arbeitsstätten und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Eisenbahn

Arbeitsstättenbogen werden nur für **Privatbahnbetriebe** ausgegeben, jedoch **nicht für Betriebe der Bundesbahn**, die durch die Bundesbahn selbst gezählt werden.

Erbpacht

Besitzt ein Gebäudeeigentümer das Grundstück, auf dem sich das Gebäude befindet, in Erbpacht, so ist die Gebäudeliste durch ihn (nicht durch den Grundstückseigentümer) auszufüllen.

Erfrischungshallen siehe unter »Kantine«.

Erholungsheime

Für Erholungsheime sind Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. auszufüllen, für die Heimverwaltung ein Arbeitsstättenbogen.

Erwerbstätigkeit

Die Fragen nach der Erwerbstätigkeit einer Person werden in der Haushaltsliste in den Spalten 14 bis 19 gestellt, und zwar in:

Spalte 14, ob die Person erwerbstätig ist,

Spalte 15, bei oder unter welcher Firma,

Spalte 16, in welchem Geschäftszweig,

Spalte 17, an welchem Ort,

Spalte 18, in welchem Abhängigkeitsverhältnis,

Spalte 19, in welchem Beruf.

Erziehungsanstalten

Für Erziehungsanstalten sind Anstaltslisten auszufüllen, für die Verwaltung der Anstalt ein Arbeitsstättenbogen.

Etagengeschäfte

Etagengeschäfte sind im Arbeitsstättenbogen bei den Sonderfragen für Betriebe des Einzelhandels als besondere Betriebsform des Einzelhandels anzugeben. Man versteht darunter Einzelhandelsgeschäfte ohne Rücksicht auf die Art der gehandelten Waren, die zwecks Ersparnis von Raumkosten in einer Etage betrieben werden.

Etagenwohnung

In Etagenmiethäusern gilt als Wohnung jede abgeschlossene Etagenwohnung (Gesamtheit der Räume hinter einer gemeinsamen Wohnungstür mit den dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräumen, wie separates Zimmer, Mansarde), auch wenn die Wohnung von mehreren Wohnparteien bewohnt ist.

Evakuierte, Wohnungslose siehe unter »Wohnungslose Eingewiesene«.

F

Fährbetriebe siehe unter »Freibäder«.

Familienangehörige, mithelfende

Familienangehörige, die im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, **ohne Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge** zu entrichten, gelten als »mithelfende Familienangehörige«. Sie sind in der **Haushaltsliste (Innenseiten)** in Spalte 14 als »erwerbstätig« einzutragen; die Spalten 15 bis 20 sind für sie auszufüllen.

Bei Familienangehörigen eines **selbständigen** Landwirts, Gewerbetreibenden oder Geschäftsinhabers, und zwar Ehefrau und Kinder über 14 Jahre, für die **keine Berufsangaben** eingetragen sind, ist es **wahrscheinlich**, daß sie im Betriebe des Familienvorstandes mithelfen, was der Zähler durch Befragen feststellen muß. Bejahendenfalls sind sie in Spalte 14 als »erwerbstätig« zu kennzeichnen und die Spalten 15 bis 20 für sie auszufüllen.

Ehefrauen, die **nur im Haushalt** tätig sind, werden in Spalte 14 als »Hausfrau« bezeichnet, bei sonstigen, nur im Haushalt mithelfenden Familienangehörigen ist »hilft im Haushalt« einzutragen. Die Spalten 15 bis 20 werden in diesen Fällen nicht ausgefüllt.

Im **Arbeitsstättenbogen** sind die mithelfenden Familienangehörigen unter den beschäftigten Personen gesondert anzugeben.

Familienstand

Bei der Frage nach dem Familienstand in Spalte 7 der Haushaltsliste kommen als Eintragungen nur in Betracht: **Ledig, verheiratet** (mit Angabe des Eheschließungsjahres der jetzigen Ehe), **verwitwet, geschieden** (falls Ehe durch gerichtliches Urteil geschieden). Eine Eintragung »getrennt lebend« darf der Zähler **nicht** gelten lassen. Getrenntlebende Ehegatten (weil der Ehepartner in Kriegsgefangenschaft oder vermißt ist, aus beruflichen Gründen oder infolge Wohnraummangels an einem anderen Orte wohnt oder aus persönlichen Gründen getrennt lebt) haben sich als »verheiratet« einzutragen.

Familientrennung

Der von seiner Familie **getrennt lebende Ehepartner** ist in der Haushaltsliste der Familie entweder:

unter **Abschnitt C** einzutragen, wenn er aus beruflichen Gründen oder als Kriegsgefangener oder als Insasse einer Heilanstalt oder einer Strafanstalt längere Zeit oder dauernd von der Familie abwesend ist (Untersuchungsgefangene sind unter B einzutragen), oder unter **Abschnitt E**, wenn er wegen Fehlens des Wohnraumes noch an einem anderen Ort wohnt.

Fehlgeburten siehe unter »Totgeburten«.

Filialen

Filialen gelten wie alle Zweigniederlassungen als selbständige Arbeitsstätten und haben eigene Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wobei die Fragen 2 und 3 in Abschnitt A, und der Abschnitt E (Form der Unternehmung) nicht zu beantworten sind.

Fischerei

Betriebe der **Hochsee- und Küstenfischerei** haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen; desgleichen auch Betriebe der **Binnenfischerei**, sofern sie **keine eigene oder gepachtete Wasserfläche** bewirtschaften (das bloße Recht zur Aus-

übung der Fischerei gilt nicht als Bewirtschaftung einer Wasserfläche).

Flachs- und Hanfröstereien

siehe unter »Nebenbetriebe«.

Fleischbeschauer

Selbständige Fleischbeschauer haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, und zwar in ihrer Wohnung.

Fliegende Verkaufsstände

siehe unter »Verkaufsstände«.

Flüchtlinge, Wohnungslose siehe unter »Wohnungslose, Eingewiesene«

Flüchtlingsausweis, -paß

Ein Flüchtlingsausweis A ist in der Britischen Zone und im Lande Rheinland-Pfalz an Flüchtlinge (Heimatvertriebene) ausgegeben worden.

Flüchtlingslager siehe unter »Lager«.

Forstwirtschaft

siehe unter »Landwirtschaftliche Betriebe«

Freibäder

Freibäder, Strandrestaurants u. dgl. füllen nur dann einen Arbeitsstättenbogen aus, wenn sie während der Saison mindestens eine Person beschäftigen. Dies gilt auch für Bootsverleihbetriebe, Fährbetriebe, Schleusen usw.

Freie Berufe

Hierzu gehören u. a. Ärzte und Rechtsanwälte mit eigener Praxis, Bücherrevisoren, Graphiker, Künstler, Schriftsteller, Steuerberater, Hebammen und andere freischaffende Selbständige. Diese haben auch dann Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn die Arbeitsstätte in der Wohnung der Betreffenden liegt.

Befinden sich jedoch Angehörige dieser Berufe in abhängiger Stellung (im Beamten- oder Angestelltenverhältnis) z. B. Professoren an Hochschulen, Künstler an staatlichen oder städtischen Bühnen usw., so füllen sie keine eigenen Arbeitsstättenbogen aus, sondern werden unter D 1 oder D 3 des Fragebogens der Arbeitsstätte eingetragen, bei der sie beschäftigt sind.

Fremdenheime

Für Fremdenheime sind Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. auszufüllen, auch wenn das Fremdenheim nur einen Teil eines Gebäudes (eine Etage od. dgl.) umfaßt, außerdem Arbeitsstättenbogen.

Friedhofsgärtnereien siehe unter »Gärtnereien«.

Fuhrunternehmen

Fuhrunternehmer (auch Spediteure und Autoverleiher) haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, auch Bauern und Landwirte, sofern sie dauernd und überwiegend gewerbliche Fuhrten ausführen.

Garagen

Garagen gelten:

1. als **Gebäude** und sind in Gebäudelisten aufzunehmen und
2. als **Arbeitsstätten** und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn in ihnen regelmäßig mindestens eine Person beschäftigt ist.

Gärtner auf Wochenmärkten

siehe unter »Marktstände«.

Gärtnerereien

Gärtnerreibetriebe füllen Arbeitsstättenbogen nur dann aus, wenn sie **keine eigenen oder gepachteten Bodenflächen für Zwecke des Betriebes bewirtschaften**, z. B. **Landschaftsgärtnerereien**, die sich mit der Anlage und Pflege von Gärten, Parks u. dgl. befassen, **Friedhofsgärtnerereien**, die Gräber bepflanzen und pflegen, **Dekorationsgärtnerereien**, **Blumen- und Kranzbindereien**, **Handelsgärtnerereien**.

Gäste

Gäste in Hotels, Gasthöfen, Fremdenheimen u. dgl. werden, wenn sie nur **vorübergehend** anwesend sind, im Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. auf der Vorderseite unter A II 2c in ihrer Gesamtzahl angegeben; sind sie jedoch in Ermangelung einer Wohnung im Hotel, Gasthof u. dgl. für längere Zeit (etwa bis zur Zuweisung einer eigenen Wohnung oder einer anderen Unterkunft) als **Dauergäste** untergebracht, so haben sie (Familien und Einzelpersonen) Haushaltslisten auszufüllen und werden in der Anstaltsliste im Personenverzeichnis B II eingetragen.

Gasthöfe siehe unter »Beherbergungsgewerbe«

Gaststätten

Gaststättenbetriebe ohne Beherbergungseinrichtungen füllen nur Arbeitsstättenbogen, jedoch keine Anstaltslisten aus.

Geborene, Am Zählungstichtag

Für die Zählung der in der Nacht vom 13. zum 14. September 1950 Geborenen ist die Mitternacht (24 Uhr) entscheidend, so daß die vor Mitternacht Geborenen in die Haushaltsliste einzutragen sind.

Gebrechen siehe unter »Behinderte«.

Gebühren für Nebenleistungen (in der Miete)

Bei Angabe der monatlichen Wohnungsmiete in der Gebäudeliste (Innenseiten) sind die Gebühren für Nebenleistungen (Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr usw.), soweit sie **nicht** im Mietbetrag enthalten sind, in Spalte 12 besonders einzutragen.

Gefangene, Kriegs-, Straf-, Untersuchungs-

Familienangehörige, die noch **Kriegsgefangene** sind, sind in der **Haushaltsliste** unter Ab-

schnitt C (längere Zeit Abwesende) einzutragen und zwar mit Angabe der Lagernummer, wenn mit ihnen Verbindung bestand oder besteht, **Strafgefangene** ebenfalls unter Abschnitt C, **Untersuchungsgefangene** jedoch unter Abschnitt B (vorübergehend Abwesende).

In der Anstaltsliste für ein Straf- oder Untersuchungsgefängnis sind die Strafgefangenen als ständige Insassen auf der Vorderseite unter A II 2a in ihrer Gesamtzahl, auf den Innenseiten unter B I einzeln aufzuführen, die Untersuchungsgefangenen als vorübergehend anwesende Insassen nur auf der Vorderseite unter A II 2c in ihrer Gesamtzahl anzugeben.

Gefängnis

Ein Gefängnis (Strafanstalt, Untersuchungsgefängnis) ist

1. als Gebäude in die Gebäudeliste aufzunehmen;
2. für das Gefängnis als Anstalt ist ein Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten auszufüllen (siehe auch »Gefangene«);
3. außerdem ist für das Gefängnis als Arbeitsstätte der öffentlichen Verwaltung ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Geheimhaltung

Nach den Bestimmungen des Zählungsgesetzes (§ 10) hat der Zähler wie alle mit der Durchführung der Zählung Betrauten über alle bei der Zählung gewonnenen Angaben gegenüber jedermann Verschwiegenheit zu bewahren (Verletzung der Geheimhaltungspflicht ist durch das Gesetz unter Strafe gestellt, § 14 Zählungsgesetz).

Gemeinsam benutzte Räume

Bei den Fragen im Wohnungsbogen über die Wohnräume sind von mehreren Wohnparteien benutzte Räume nur **einmal** einzutragen, und zwar bei einer der Wohnparteien. Bei gemeinsam benutzter Küche ist in Abschnitt II anzugeben, welche Wohnparteien darin regelmäßig kochen.

Gemeinschaften, Betriebs-, Büro-, Laden-

siehe unter »Betriebs- usw. Gemeinschaften«.

Gemeinschaftsunterkünfte

Für Gemeinschaftsunterkünfte im Sinne von Massenquartieren (wie Flüchtlingslager, Arbeitslager, Herbergen u. dgl.) sind Anstaltslisten auszufüllen, für die Unterkunftsverwaltung ein Arbeitsstättenbogen. Siehe auch unter »Massenunterkünfte« und »Anstalten«.

Gemischwarengeschäft

Einzelhandelsgeschäfte (hauptsächlich auf dem Lande), die Waren aller Art führen. Sie sind im Arbeitsstättenbogen bei den Sonderfragen für Betriebe des Einzelhandels als besondere Betriebsform des Einzelhandels anzugeben.

Geschäftsgrundstück

Für Geschäftsgrundstücke sind

1. Gebäudelisten anzulegen,
2. Arbeitsstättenbogen für jede auf dem Grundstück befindliche Arbeitsstätte auszufüllen,
3. gegebenenfalls Wohnungsbogen für auf dem Grundstück befindliche Wohnungen und Haushaltslisten für deren Bewohner.

Geschäftsreiseende

Ein Geschäftsreisender ist einzutragen:

Bei der **Volks- und Berufszählung**:

1. In der **heimischen Haushaltsliste**, und zwar, wenn am Zählungstichtage anwesend, unter Abschnitt A, wenn auf Reisen unter Abschnitt B.
2. Außerdem (wenn auf Reisen) **am Aufenthaltsort**, und zwar, falls in einer **Haushaltsliste** untergebracht, in der Haushaltsliste dieser Haushaltung unter Abschnitt D, falls in einem **Hotel, Gasthof** od. dgl. untergebracht, im Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. auf der Vorderseite unter A II 2c.

Bei der **Arbeitsstättenzählung**:

Im Arbeitsstättenbogen der Firma, bei der er **angestellt** ist, unter der Zahl der Beschäftigten, oder er hat, falls er **selbständig** ist, einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Geschäftsmietwohnung

Eine Geschäftsmietwohnung, d. h. eine Mietwohnung, die mit einem Laden verbunden ist oder in der ein oder mehrere Zimmer als Verkaufsräume benutzt werden, ist im Wohnungsbogen in der Übersicht I mit allen zur Wohnung gehörenden Räumen, auch mit den als Verkaufsräume benutzten Zimmern, jedoch ohne den Laden einzutragen. Dabei sind die als Verkaufsräume benutzten Zimmer in Spalte 14 oder 15 anzugeben.

In der Gebäudeliste (Innenseiten) sind die Räume der Wohnung in Spalte 6, der Laden in Spalte 5 einzutragen, außerdem für die Wohnung die Spalten 11 bis 14 über die Miete auszufüllen.

Geschieden

In Spalte 7 der Haushaltsliste sind als »geschieden« nur Personen einzutragen, deren Ehe durch gerichtliches Urteil geschieden ist, auch wenn die geschiedenen Ehepartner noch in einem Haushalt zusammenleben (siehe auch Familienstand).

Geschlossene Arbeitsstätten

Völlig geschlossene, nicht im Betrieb befindliche Arbeitsstätten sind durch Arbeitsstättenbogen nicht zu erfassen. Ruhende Arbeitsstätten siehe diese und unter »Saisonbetriebe«.

Geschoßzahl

Für jedes Gebäude ist in der Gebäudeliste auf der Vorderseite in Spalte 5 die Geschoßzahl

anzugeben, und zwar ohne Keller und Dachgeschoß, selbst wenn diese ausgebaut sind.

Gestorbene, Am Zählungstichtag

Für die Zählung der in der Nacht vom 13. zum 14. September 1950 Gestorbenen ist die Mitternacht (24 Uhr) entscheidend, so daß die nach Mitternacht Gestorbenen in die Haushaltsliste noch einzutragen sind.

Getrenntlebend

Die Eintragung »getrenntlebend« in Spalte 7 der Haushaltsliste darf der Zähler nicht gelten lassen (siehe unter Familienstand).

Gewerblich benutzte Zimmer

Zu einer Wohnung gehörende gewerblich benutzte Zimmer sind im Wohnungsbogen im Verzeichnis I gesondert, und zwar in Spalte 14 bzw. 15 einzutragen. In der Gebäudeliste sind sie auf den Innenseiten der Spalte 6 bei der Zahl der Räume der Wohnung mitzuzählen. (Siehe auch unter »Geschäftsmietwohnung«).

Glas- und Gebäudereinigungsbetriebe

gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten, für die Arbeitsstättenbogen auszufüllen sind.

Grund der Abwesenheit, — der Anwesenheit

In der **Haushaltsliste** ist für **abwesende**, unter Abschnitt B bzw. C eingetragene Haushaltsmitglieder in Spalte 23 der Grund der Abwesenheit kurz anzugeben (z. B. verreist, im Krankenhaus, in Arbeit, in Kriegsgefangenschaft usw., bei Kriegsgefangenen, mit denen Verbindung besteht oder bestand, auch die Lagernummer),

für vorübergehend **anwesende** Personen in Abschnitt D in der vorgesehenen Spalte der Grund der Anwesenheit.

Grundbesitzverwaltungen

Verwaltungsbüros größerer Grundbesitzungen, die nicht unmittelbar mit der Bewirtschaftung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes betraut sind, haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Grundstückseigentümer

Die Grundstückseigentümer (oder ihre Vertreter) sind zur Ausfüllung der Gebäudeliste verpflichtet. Zur Austeilung und Einsammlung der Zählpapiere innerhalb des Grundstücks sind sie **nicht** heranzuziehen, sie haben jedoch dem Zähler die für diese Arbeit erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Siehe auch unter »Eigentümer«.

Grundstücksverwaltungen

siehe unter »Hausverwaltungen«.

Grundstücksvorerhebung, Gebäudelisten der

Grundstücksvorerhebungen wurden in Gemeinden mit besonders schwierigen und unübersichtlichen Bebauungsverhältnissen (größere und stark zerstörte Gemeinden) durchgeführt.

Die hierbei ausgefüllten Gebäudelisten werden den Zählern mit den übrigen Zählpapieren zur Zählung ausgehändigt und dienen ihnen zur Kontrolle bei der Zählung, sind aber zugleich zu prüfen und auf den Stand des Zählungstages zu bringen.

Gruppenhäuser

Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern ist jedes einzelne, von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Trennungswand geschiedene Bauwerk als selbständiges Gebäude zu betrachten.

Gutsschmieden

Gutsschmieden, -schlossereien, -stellmachereien und ähnliche gewerbliche Gutsbetriebe haben dann Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie über den Bedarf des eigenen landwirtschaftlichen Betriebes hinaus dauernd und überwiegend für den Markt (fremde Kundschaft) tätig sind.

H

Hafenanlagen

Ständig mit Arbeitskräften besetzte Hafenanlagen gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Die im Hafen ein- und ausfahrenden Schiffe werden durch besondere Zählorgane erfaßt.

Häftlinge siehe unter »Gefangene«.

Handelsbetriebe

Für Handelsbetriebe sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wobei auch die Sonderfragen für Arbeitsstätten des Groß- und Einzelhandels in Abschnitt G zu beantworten sind.

Handelsgärtnereien siehe unter »Gärtnereien«.

Handwerksbetriebe

Für Handwerksbetriebe sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Handelsregister, Handwerksrolle

Handelsbetriebe und Handwerksbetriebe sind auch dann als Arbeitsstätten zu zählen, wenn sie nicht in das Handelsregister bzw. in die Handwerksrolle eingetragen sind.

Hanfröstereien siehe unter »Nebenbetriebe«.

Hauptbetrieb

Bei der Arbeitsstättenzählung ist nicht allein für den Hauptbetrieb, das Hauptgeschäft, die Hauptniederlassung, sondern auch für jede Zweigniederlassung je ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Hauptbetrieb ist stets die Arbeitsstätte, von der aus die Unternehmung geleitet wird (Sitz der Unternehmung). Siehe auch »Zweigniederlassung«.

Hauptgeschäft siehe unter »Hauptbetrieb«.

Hauptmieter

Hauptmieter ist der Mieter einer Wohnung oder eines Wohnungsteiles, der die Miete unmittelbar an den Hauseigentümer entrichtet.

Hauptniederlassung siehe unter »Hauptbetrieb«.

Hausfrau siehe unter »Familienangehörige«.

Hausfriseur siehe unter »Lohnwerker«.

Hausgehilfin

Im **Haushalt** beschäftigte und wohnende Hausgehilfinnen zählen zur Haushaltung ihres Arbeitgebers und werden in dessen Haushaltungsliste unter Abschnitt A eingetragen, in der heimischen Haushaltung unter Abschnitt C. In einem **Gasthof, Hotel** u. dgl. tätige und wohnende Hausgehilfinnen, die nur im Gasthofbetrieb beschäftigt werden, sind in dem für den Gasthof auszufüllenden Erhebungsbogen für Hotels usw. als Personal, in dem für den Gasthof auszufüllenden Arbeitsstättenbogen unter den »Beschäftigten« zu zählen.

Haushalt als Arbeitsstätte

Haushaltungen gelten nicht als Arbeitsstätte im Sinne der Zählung, auch dann nicht, wenn sie Hausangestellte beschäftigen. Dagegen sind für Haushaltungen mit privatem Mittagstisch oder gewerblicher Zimmervermietung Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Hausierhandel

Personen, die selbständig Hausierhandel betreiben, haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, und zwar in ihrer Wohnung.

Hausmeister

Ist der Hausmeister bevollmächtigter Vertreter des Grundstücks- bzw. Hauseigentümers, so kann er an Stelle des Hauseigentümers zur Ausfüllung der Gebäudeliste herangezogen werden.

Hausmeisterwohnung

Eine Hausmeisterwohnung (auch Hausverwalterwohnung) gilt als Mietwohnung, auch wenn die Miete ganz oder teilweise im Arbeitsentgelt eingerechnet ist. In diesem Falle ist die Mietangabe vom Hauswirt entsprechend gleichwertigen Mietwohnungen zu machen (siehe auch »Dientswohnung«).

Hausschlächter siehe unter »Lohnwerker«.

Hausschneiderin siehe unter »Lohnwerker«.

Hausverwalter

Der Hausverwalter ist als bevollmächtigter Vertreter des Grundstücks- bzw. Hauseigentümers zur Ausfüllung der Gebäudeliste verpflichtet.

Hausverwalterwohnung

siehe unter »Hausmeisterwohnung«.

Hausverwaltungen

Private Hausverwaltungen gelten dann als Arbeitsstätten und haben als solche Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn mindestens eine Hilfskraft beschäftigt wird.

Hebammen

Hebammen und Krankenschwestern, die selbständig sind, haben für ihre Tätigkeit Arbeitsstättenbogen auszufüllen, und zwar in ihrer Wohnung.

Heil- und Pflegeanstalten

Für Heil- und Pflegeanstalten sind Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Heime

Für Heime (Alters-, Erholungs-, Fremden-, Ledigen-, Lehrlingsheime usw.) sind Anstaltslisten auszufüllen, für die Heimverwaltung Arbeitsstättenbogen.

Heizung

Über die Art der Beheizung einer Wohnung sind in der Gebäudeliste (Innenseiten in Spalte 8) Angaben zu machen.

Herbergen

siehe unter »Beherbergungsgewerbe«.

Hochseefischerei siehe unter »Fischerei«.

Hospiz

Für ein Hospiz ist eine Anstaltsliste, für die Verwaltung des Hospizes ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Hotel siehe unter »Beherbergungsgewerbe«.

Hühnerfarmen siehe unter »Tierzüchtereien«.

Hütten — bewirtschaftete (z. B. Ski-Hütte).

Hier gilt sinngemäß das unter »Freibäder« Gesagte.

I

Illegale Einwanderer

Illegale Einwanderer (z. B. aus der sowjetischen Besatzungszone) sind wie alle übrigen Personen in einer Haushaltsliste bzw. einem Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten usw. zu erfassen. Die polizeiliche Anmeldung ist für die Volkszählung ohne Bedeutung. Die Polizei erhält in die Zählpapiere keinen Einblick.

Industrieberichterstattung

Industriebetriebe, die zum Industriebericht melden, erhalten den Arbeitsstättenbogen durch die Statistischen Landesämter einige Zeit vor der Zählung. Die Zähler können demnach in diesen Fällen die Fragebogen bereits ausgefüllt in Empfang nehmen, sie müssen jedoch darauf achten, daß jeder Industriebetrieb einen Fragebogen ausfüllt.

Inhaber, Wohnungs-

Wohnungsinhaber und zur Ausfüllung eines Wohnungsbogens verpflichtet ist:

1. Der **Hauseigentümer** für seine Wohnung im eigenen Hause und für jede leerstehende Wohnung in seinem Hause,

2. jeder **Mieter** einer Wohnung, wenn er alleiniger Mieter der Wohnung ist,
3. der am **längsten** in einer Wohnung **wohnende Mieter**, wenn die Wohnung von mehreren Mietern (nicht Untermietern) bewohnt wird, für die ganze Wohnung,
4. jeder Inhaber einer **Dienstwohnung** oder **mietfreien** Wohnung.

Insassen, Anstalts-

siehe unter »Anstaltsinsassen«.

Internate

Für Internate (Schülerheime) sind Anstaltslisten auszufüllen, für die Internatverwaltung ein Arbeitsstättenbogen.

Invalidität

Invalidität ist nur dann als Körperbehinderung im Sinne der Zählung (Abschnitt F der Haushaltsliste) anzusehen, wenn sie nicht infolge hohen Alters, sondern durch Krankheit, Unfall oder sonstige äußere Einwirkungen entstanden ist (siehe unter »Minderung der Erwerbsfähigkeit«).

Irrenanstalten

Für Irrenanstalten (Heil- und Pflegeanstalten) sind Anstaltslisten auszufüllen, für die Anstaltsverwaltung ein Arbeitsstättenbogen.

K

Kammer siehe unter »Räume«.

Kammerjäger

Selbständige Kammerjäger haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, und zwar in ihrer Wohnung.

Kanalisationsgebühren siehe unter »Miete«.

Kampagnebetriebe siehe unter »Saisonbetriebe«.

Kantinen

Kantinen, Schankstätten, Erfrischungshallen, Zeitungs-, Warenverkaufsstände und ähnliche Betriebe innerhalb anderer Arbeitsstätten (z. B. in Bahnhöfen, Behörden, Fabriken, Theatern, Warenhäusern, auf Schiffen usw.) haben, sofern sie von selbständigen Bewirtschaftern geführt werden oder an solche verpachtet sind, eigene Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kapital

Bei der Arbeitsstättenzählung haben Unternehmungen, die in Form einer GmbH. oder A. G. (auch Kommanditges. auf Aktien) betrieben werden, in Abschnitt E des Arbeitsstättenbogens die Höhe des Stamm- bzw. Grundkapitals anzugeben.

Kaufmann

Die Eintragung »Kaufmann« als Berufsbezeichnung in Spalte 19 der Haushaltsliste ist **nicht ausreichend**. Die ausgeübte Tätigkeit ist genau anzugeben, z. B. Verkäufer, Buchhal-

ter, Reisender usw. bei kaufmännischen Angestellten oder: Möbelhändler, Textilhändler, Getreidehändler, Eisenhändler usw. bei selbständigen Kaufleuten.

Kellergeschoß siehe unter »Dachgeschoß«.

Kinder, schulentlassene

siehe unter »Schulentlassene«.

Kinos

Für Kinos, Lichtspieltheater sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Kioske siehe unter »Verkaufsstände«.

Kirchen

Kirchengebäude sind nicht als Arbeitsstätten zu zählen; die in der Kirche tätigen Personen sind in dem für das Pfarramt auszufüllenden Arbeitsstättenbogen aufzuführen ohne die nur ehrenamtlich tätigen Personen. Auch für sonstige kirchliche Dienststellen sind Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn in ihnen mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist.

Kleinsiedlerhaus siehe unter »Einfamilienhaus«.

Kloster

Für ein Kloster ist eine Anstaltsliste auszufüllen, für die Klosterverwaltung und für jede mit dem Kloster verbundene gewerbliche oder sonstige nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte, die überwiegend für fremde Kundschaft arbeitet, je ein Arbeitsstättenbogen.

Kochfrauen siehe unter »Aufwartefrauen«.

Kochnische siehe unter »Küche«.

Körperbehinderte siehe unter »Behinderte«.

Korridor siehe unter »Nebenräume«.

Kraftfahrzeuge

Im Arbeitsstättenbogen, Abschnitt H, sind nur die eigenen Kraftfahrzeuge der Arbeitsstätte anzugeben, auch wenn sie vermietet sind oder sich in Reparatur oder in fremden Garagen befinden.

Krankenanstalten

Für jede Krankenanstalt ist eine Anstaltsliste und ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Krankenschwestern

Selbständige Krankenschwestern füllen eigene Arbeitsstättenbogen aus, und zwar in ihrer Wohnung. Sind sie in einem Krankenhaus angestellt, so sind sie im Arbeitsstättenbogen des Krankenhauses unter den Beschäftigten zu zählen. Sind sie im Krankenhaus ständig untergebracht, so sind sie auch in die Anstaltsliste des Krankenhauses als Personal einzutragen.

Kranzbindereien siehe unter »Gärtnereien«.

Kriegsbeschädigte siehe unter »Behinderte«.

Kriegsgefangene siehe unter »Gefangene«.

Kriegsschäden

Für Gebäude mit Kriegsschäden sind in der Gebäudeliste (Vorderseite) die Fragen in Spalte 7 und 8 zu beantworten. Kleinere Schäden (Wandrisse, Putz-, Glas- oder Holzschäden) werden nicht berücksichtigt.

Krüppel siehe unter »Behinderte«.

Küche

Unter Küche oder Kochnische als **Merkmal einer Wohnung** im Sinne der Wohnungszählung sind nur Räume zu verstehen, die bereits im Bauplan (Neubau oder Umbau) als Küche oder Kochnische vorgesehen waren und als solche bereits beim Bau (bzw. Umbau) der Wohnung voll ausgebaut worden sind (Spalte 5 bis 7 des Wohnungsbogens), jedoch **nicht** Räume, die entgegen ihrem ursprünglichen Zweck als Küche — **Notküche** — benutzt werden, z. B. ehemaliges Bad, Mädchenzimmer, Speisekammer, Diele usw. (Spalte 8 des Wohnungsbogens), auch nicht **Wohnräume**, wie Zimmer, Wohn- und Schlafkammern (Spalte 9 bis 12 des Wohnungsbogens), in denen behelfsmäßig gekocht wird (in Spalte 13 zu vermerken). Steht einer Wohnpartei **nur eine Notküche** oder eine behelfsmäßige **Kochstelle in einem Wohnraum** zur Verfügung, so sind die von ihr bewohnten Räume **nicht als selbständige Wohnung** anzusehen, sondern, wenn sie zu einer Wohnung (im bauplanmäßigen Sinne) gehören, im Wohnungsbogen dieser Wohnung mitzuzählen oder, wenn sie zu keiner solchen Wohnung gehören und in einem Hotel, Heim, einer Anstalt u. dgl. liegen, in der Anstaltsliste des betreffenden Hotels usw. als sonstige Unterkunftsräume zu zählen.

Wohnt eine Haushaltung (Familie oder Einzelperson) in einer **Primitivunterkunft** (Wohnlaube, Nissenhütte, Bude, Ruinenkeller u. dgl.), so ist diese Primitivunterkunft durch Gebäudeliste und Wohnungsbogen zu erfassen, auch wenn sie nicht die Merkmale einer Wohnung, insbesondere nicht eine voll ausgebaute Küche aufweist.

Bei der Wohnung eines Hotel- oder Gasthofbesitzers, zu der keine besondere Küche gehört, muß die Hotelküche in den Wohnungsbogen eingetragen sein.

Künstler siehe unter »Freie Berufe«.

Küstenfischerei siehe unter »Fischerei«.

L

Laden siehe unter »Räume« und »Geschäftsmietwohnung«.

Ladengemeinschaften siehe unter »Betriebsgemeinschaften«.

Lager

Lager als Massenunterkünfte, wie **Flüchtlingslager, Umsiedlerlager, Arbeiterlager, Zigeuner-**

lager, Zeltlager u. dgl., werden durch Anstaltslisten erfaßt, die Lagerverwaltungen durch Arbeitsstättenbogen. Besteht das Lager aus Baracken oder ähnlichen festen Baulichkeiten (nicht Zelten) oder auch ständig bewohnten Wohnwagen, so sind diese in Gebädelisten einzutragen. Für in den Baracken befindliche selbständige Wohnungen und für Wohnwagen, deren Bewohner keine andere Wohnung haben, werden Wohnungsbogen ausgefüllt, für die Bewohner dieser Wohnungen und Wohnwagen Haushaltslisten. Die übrigen Insassen des Lagers werden mit den von ihnen belegten Räumen in die Anstaltsliste aufgenommen, und zwar zunächst in der Gesamtzahl auf der Vorderseite der Anstaltsliste an entsprechender Stelle angegeben. Außerdem werden sie, wenn das Lager ihre ständige und einzige Unterkunft bildet, im Personenverzeichnis B I der Anstaltsliste (Innenseiten) einzeln eingetragen (z. B. Zigeunerlager-Insassen). Sind sie jedoch in das Lager bis zur Beschaffung einer Wohnung oder anderen Unterkunft eingewiesen, so sind sie in das Personenverzeichnis B II der Anstaltsliste (Rückseite) einzutragen und haben außerdem Haushaltslisten auszufüllen (z. B. Flüchtlinge, Umsiedler). Wenn sie im Lager nur vorübergehend anwesend sind und anderwärts eine Wohnung oder Unterkunft haben, werden sie nur auf der Vorderseite der Anstaltsliste in ihrer Gesamtzahl angegeben (z. B. Insassen eines Arbeiterlagers, eines Zeltlagers).

Lagerplätze

Lagerplätze, die von dem Betrieb, zu dem sie gehören, örtlich getrennt liegen, werden nur dann durch einen eigenen Arbeitsstättenbogen erfaßt, wenn auf ihnen ständig mindestens eine Person beschäftigt ist. Sonst werden sie im Arbeitsstättenbogen ihres Betriebes, falls es sich um einen Großhandelsbetrieb handelt, in Abschnitt G angegeben.

Lagerräume

Lagerräume, -hallen, -schuppen u. dgl. sind bei der Arbeitsstättenzählung wie Lagerplätze zu behandeln. Außerdem sind sie in jedem Falle in die Gebädeliste aufzunehmen.

Landwirtschaftliche Betriebe

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe werden durch die Arbeitsstättenzählung **nicht** erfaßt. Siehe jedoch »Nebenbetriebe«. Die Wohn- und Wirtschaftsgebäude eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes werden durch Gebädelisten, die Wohnungen durch Wohnungsbogen, die Haushaltungen durch Haushaltslisten gezählt (siehe »Bäuerliches Anwesen«).

Landwirtschaftlich benutzte Zimmer

Zu einer Wohnung gehörende, nur landwirtschaftlich benutzte Zimmer, z. B. Mehl-, Kornkammern, werden sowohl in der Gebädeliste wie auch im Wohnungsbogen bei den Räumen der Wohnung mitgezählt und im Wohnungs-

bogen in Spalte 14 bzw. 15 gesondert eingetragen.

Laube, Wohn- siehe unter »Primitive Unterkünfte«.

Lebensversicherung siehe unter »Altersversorgung«.

Leerstehende Wohnung

Für leerstehende Wohnungen ist der Wohnungsbogen vom Hauseigentümer mit dem Vermerk »leerstehend« in der Spalte »Namen der Wohnparteien« mit allen sonst in Betracht kommenden Angaben auszufüllen.

In die Gebädeliste sind auch für leerstehende Wohnungen die Angaben über die Miete einzutragen.

Leerstehende Zimmer

Vorübergehend leerstehende Zimmer werden in jedem Fall zu den Räumen der Wohnung gezählt, sind jedoch im Wohnungsbogen in Spalte 16 bzw. 17 gesondert anzugeben.

Lehrlinge

In der **Haushaltsliste**: Bezeichnung für die Stellung im Beruf in Spalte 18; der Beruf selbst ist in Spalte 19 genau anzugeben.

Im **Arbeitsstättenbogen**: In Abschnitt D sind die Lehrlinge unter den Beschäftigten gesondert anzugeben.

Lehrlingsheim siehe unter »Heime«.

Lohnwerker

Selbständige Handwerker, die zur Ausübung handwerksmäßiger Tätigkeiten bei ihren Kunden von Haus zu Haus wechselnd tätig sind, wie Störschneiderinnen, Weißnäherinnen, Haus-schneiderinnen, Hausfriseure, Hausschlächter u. dgl. haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen, und zwar in ihrer Wohnung.

M

Mädchenkammer

Mädchenkammern und Mädchenzimmer, die zu Wohnzwecken benutzt werden oder benutzbar sind, sind zu den Räumen der Wohnung zu zählen und im Wohnungsbogen in die entsprechenden Spalten 9 bis 11 bzw. 16 bis 17 einzutragen; wenn sie als Notküche benutzt werden, in Spalte 8.

Mansarde

Für Mansardenwohnungen im Dachgeschoß ist auf der Vorderseite des Wohnungsbogens anzugeben, ob sie zu dauerndem Wohngebrauch geeignet sind. Einzelne Mansardenzimmer, die zu einer abgeschlossenen Wohnung gehören, aber außerhalb des Abschlusses liegen, sind im Wohnungsbogen dieser Wohnung mitzuzählen.

Mantel- und Scheingesellschaften

d. h. Gesellschaften des Handelsrechts, die nur rechtlich durch eine Eintragung in das Handels-

register bestehen, aber weder eine eigene Arbeitsstätte noch eigenes Personal haben, also keinerlei gewerbliche, kaufmännische oder verwaltende Tätigkeit ausüben, werden von der Arbeitsstättenzählung nicht erfaßt.

Markthallen

Dauerverkaufsstände (ständig betrieben) in Markthallen füllen eigene Arbeitsstättenbogen aus, und zwar, wenn sie zum Betrieb eines stehenden Gewerbes (z. B. Fleischereibetrieb) gehören, als Filiale.

Sind diese Dauerverkaufsstände baulich hierzu eingerichtet (feste Verkaufsstände), so sind sie auch in die Gebäudeliste aufzunehmen.

Stände ambulanter Gewerbetreibender (fliegende Verkaufsstände) werden in der Wohnung des Gewerbetreibenden erfaßt, also nicht in der Markthalle.

Siehe auch unter »Verkaufsstände«.

Marktstände

Marktstände in Markthallen siehe unter »Markthallen«.

Marktstände auf Wochen-, Kram- und Jahrmärkten werden vom Zähler nicht aufgesucht, da es sich hierbei nicht um Dauerverkaufsstände handelt. Sie werden als nichtfeste Verkaufsstände (nicht baulich eingerichtet) auch nicht in eine Gebäudeliste aufgenommen. Gehören sie zum Betriebe eines stehenden Gewerbes (z. B. Fleischereibetrieb), so werden sie am Sitz dieser Betriebe in deren Arbeitsstättenbogen mit erfaßt. Stände ambulanter Gewerbetreibender werden in der Wohnung des Gewerbetreibenden erfaßt.

Bauern und Gärtner auf Wochenmärkten, die ihre eigenen Erzeugnisse absetzen, haben für den Wochenmarkthandel überhaupt keinen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Massenunterkünfte

Für Massenunterkünfte, z. B. mit Flüchtlingen u. dgl. belegte Schulen, Turnhallen, Fabrikgebäude usw., ferner Barackenlager, Bunker, Wartesäle u. dgl. sind Anstaltslisten auszufüllen, für die Unterkunftsverwaltungen Arbeitsstättenbogen. Handelt es sich hierbei um Baulichkeiten, so sind sie auch in Gebäudelisten aufzunehmen.

Von den Insassen sind wohnungslose Flüchtlinge, Evakuierte, Obdachlose in die Anstaltsliste im Personenverzeichnis B II (Rückseite) einzutragen; sie haben außerdem Haushaltungslisten auszufüllen. Für die Dauer in diesen Unterkünften untergebrachte Personen, die keine andere Wohnung haben, sind im Personenverzeichnis B I (Innenseiten der Anstaltsliste) einzutragen; nur vorübergehend anwesende Personen, die anderwärts eine Wohnung oder Unterkunft haben, werden nur in ihrer Gesamtzahl auf der Vorderseite der Anstaltsliste angegeben (z. B. Gäste in Wartesälen oder Übernachtungsbunkern). Über Lager als Massenunterkünfte siehe auch unter »Lager«.

Massives Nichtwohngebäude siehe unter »Nichtwohngebäude«.

Mehrfamilienhaus

Wohnungen im Mehrfamilienhaus siehe unter »Etagenwohnung«. Liegen in einem Mehrfamilienhaus keine stockwerkweise abgeschlossenen Wohnungen vor, so gelten als Wohnung die Räume, die unter normalen (Vorkriegs-) Verhältnissen zusammen mit der dazugehörigen Küche von einer Wohnpartei bewohnt bzw. gemietet werden.

Messehandel siehe unter »Ausstellungswesen«.

Miete

Durch die Zählung werden nur die **Wohnungsmieten** erfaßt, dagegen nicht gewerbliche Mieten oder Pachten u. dgl., jedoch werden Mietwohnungen mit gewerblich benutzten Zimmern (z. B. als Arztpraxis, Schneiderwerkstatt usw.) wie reine Mietwohnungen behandelt. Die Angaben über die Wohnungsmietverträge werden in der Gebäudeliste (Innenseiten) in die Spalten 11 bis 14 eingetragen, und zwar für jeden Mieter, der die Miete unmittelbar an den Hauseigentümer entrichtet (also nicht für Untermieter), bei Wohnungen mit mehreren Mietern für jeden Mieter und den von ihm gemieteten Wohnungsteil. Die Angaben sind auch für leerstehende Wohnungen zu machen. Mietfreie und Hauseigentümerwohnungen sind als solche in Spalte 11 zu vermerken. Im einzelnen ist in **Spalte 11** die Höhe der vertraglich vereinbarten letzten **monatlichen Miete** anzugeben **ohne** Beträge für Möbelbenutzung, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Schönheitsreparaturen, Wohnraumsteuer, Baunotabgaben, Baukostenzuschüsse. Bei **Dienst-, Werks- oder Stiftswohnungen** ist hier hinter dem Mietpreis zu vermerken: »Dienst«, »Werk«, »Stift« (siehe auch unter »Dienstwohnungen« und »Hausmeisterwohnungen«). Ist die Höhe der Miete **behördlich festgesetzt**, so ist dieser Betrag hier anzugeben (nach Abzug der Beträge für Möbelbenutzung, Zentralheizung usw.). Mieten mit Nachlässen für **Baukostenzuschüsse** sind ohne Abzug der Nachlässe anzugeben.

In **Spalte 12** ist der monatliche Gesamtbetrag für **Nebenleistungen** anzugeben, die in der Miete nicht enthalten sind. Was unter Nebenleistungen zu verstehen ist, wird in der Gebäudeliste (Innenseiten, Anmerkung 1 in der linken unteren Ecke) erläutert. Die in Spalte 11 von der Miete ausgenommenen Beträge für Möbelbenutzung, Zentralheizung usw. dürfen hier nicht als Nebenleistungen eingesetzt werden.

Für die Ausfüllung der **Spalte 13** gelten in der Regel als »Altbaumieten« Mieten für Wohnungen, die vor dem 1. Juli 1918 errichtet worden sind, als »Neubaumieten« Mieten für zwischen dem 1. Juli 1918 und 1. Mai 1945 errichtete Wohnungen, als »Mieten für neugebaute

Wohnungen« Mieten für nach dem 1. Mai 1945 errichtete Wohnungen. Für Wohnungen, deren Mieten nach dem 1. Mai 1945 als »Altbaumiete« oder »Neubaumiete« festgesetzt wurden, ist dementsprechend a oder b einzutragen. Die Frage in **Spalte 14** muß für jede Miete mit »ja« oder »nein« beantwortet werden.

Mieter

Als Mieter einer Wohnung gilt der Wohnungsinhaber, auf dessen Namen der Mietvertrag abgeschlossen wurde oder der die Miete unmittelbar an den Hauseigentümer entrichtet. In einer Wohnung können mehrere Mieter wohnen, wenn mehrere Wohnparteien der Wohnung die Miete für ihren Wohnungsteil unmittelbar an den Hauseigentümer entrichten. In diesem Fall ist der Wohnungsbogen für die ganze Wohnung von demjenigen Mieter auszufüllen, der am längsten in der Wohnung wohnt oder im Zweifelsfalle vom Zähler bestimmt wird.

Mietermäßigung

Mietermäßigung auf Grund von Baukostenzuschüssen ist nicht zu berücksichtigen. Mietermäßigung infolge Kriegsschadens ist in **Spalte 14** der Gebäudeliste (Innenseiten) zu vermerken.

Mietfreie Wohnung

Für mietfreie und Hauseigentümerwohnungen ist in **Spalte 11** der Gebäudeliste (Innenseiten) statt der Miete ein entsprechender Vermerk einzutragen.

Mietvertrag siehe unter »Mieter« und »Miete«.

Mietwohnung

Als Mietwohnungen gelten auch Dienst-, Werks-, Stiftswohnungen. Siehe unter »Miete« und »Dienstwohnungen«, »Hausmeisterwohnung«.

Minderung der Erwerbsfähigkeit

Für Körperbehinderte ist in Abschnitt F der Haushaltsliste der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit (in Prozent) nach dem Rentenbescheid oder der amtlichen Bescheinigung einzutragen bzw. es ist anzugeben, ob Invalidität oder Berufsunfähigkeit vorliegt. Fehlt eine amtliche Anerkennung, so sind die Angaben nach eigener Schätzung zu machen.

Mithelfende Familienangehörige siehe unter »Familienangehörige«.

Mittagstische

Mittagstische, auch wenn mit einer Privathaushaltung verbunden, füllen Arbeitsstättenbogen aus.

Molkereien

gelten als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Museen

haben Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Musikkapellen

Für selbständige Musikkapellen (auch nebenberufliche) füllen die Kapellmeister einen Arbeitsstättenbogen aus. Sind jedoch die Mitglieder der Kapelle freischaffende Selbständige, so muß jedes für sich einen Arbeitsstättenbogen ausfüllen (siehe »Freie Berufe«).

N

Nebenberuf

Übt ein Erwerbstätiger neben seinem Beruf, der seine Haupterwerbsquelle bildet, einen zweiten oder Nebenberuf aus, so ist dieser in der Haushaltsliste in **Spalte 20** einzutragen (siehe auch unter »Doppelberuf«). Hier ist auch jede auf Erwerb gerichtete Nebentätigkeit von Pensions-, Rentenempfängern, Studierenden und ähnlichen in **Spalte 14** nicht als erwerbstätig bezeichneten Personen aufzunehmen (siehe unter »Werkstudent«).

Nebenbetriebe (gewerbliche oder handwerkliche) der Land- oder Forstwirtschaft

Siehe auch unter »Erläuterungen« im Arbeitsstättenbogen.

Für diese Betriebe ist dann ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen, wenn sie über den Bedarf des eigenen land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes hinaus dauernd und überwiegend für den Markt (fremde Kundschaft) tätig sind. Unter dieser Voraussetzung sind z. B. die mit Land- oder Forstwirtschaft verbundenen Brennereien, Zuckerfabriken, Sägewerke, Flachs- und Hanfröstereien, Gutsschmieden usw. durch die Arbeitsstättenzählung zu erfassen.

Siehe auch unter »Fuhrunternehmen« und »Gutsschmieden«.

Nebenleistungen zur Miete siehe unter »Miete«.

Nebenräume

Unter den Räumen einer Wohnung sind Nebenräume, auch wenn sie innerhalb des Wohnungsabschlusses liegen, wie Korridor, Diele, Speisekammer, Badezimmer u. dgl., weder in der Gebäudeliste noch im Wohnungsbogen zu zählen. Jedoch sind im Wohnungsbogen Nebenräume, die als Notküche benutzt werden in **Spalte 8**, die zum Wohnen benutzten Nebenräume in **Spalte 12** anzugeben.

Neubauten siehe unter »Baustelle«.

Nichtwohngebäude

Nichtwohngebäude sind Gebäude, die ausschließlich oder überwiegend zu anderen als Wohnzwecken verwendet werden, z. B. Gebäude für öffentliche, gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke; auch Gebäude der Gemeinschaftsunterkünfte, wie Anstaltsgebäude (Stifte, Krankenhäuser, Gefängnisse usw.), Wohnheime, Hotels, Massenunterkünfte usw. gelten als »Nichtwohngebäude«.

Der überwiegende Verwendungszweck eines jeden Gebäudes, auch Nichtwohngebäudes ist

in der Gebäudeliste, Vorderseite, Spalte 3 genau anzugeben; **massive** Nichtwohngebäude werden außerdem bei der Frage nach der Art des Gebäudes in Spalte 4 als solche besonders bezeichnet.

Als »Massive Nichtwohngebäude« gelten Nichtwohngebäude, die in Mauerwerks-, Schüttbeton-, Stahlbau-, Holzbauweise (nicht behelfsmäßig), aber auch in Fachwerkbauweise errichtet sind.

Nissenhütte siehe unter »Primitivunterkünfte«.

Notküche siehe unter »Küche«.

O

Obdachlosen asyl

werden durch Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen erfaßt.

Obdachlose siehe unter »Wohnungslose Eingewiesene«.

Öffentliche und öffentlich-rechtliche Verwaltungen und Betriebe

werden durch Arbeitsstättenbogen erfaßt und, soweit es sich um Anstalten als Gemeinschaftsunterkünfte handelt, außerdem noch durch Anstaltslisten.

P

Pächter siehe unter »Ausfüllungspflichtige«.

Pachtland

In Abschnitt G der Haushaltsliste (Bodenbewirtschaftung) ist zu der bewirtschafteten Gesamtfläche auch Pachtland hinzuzuzählen, und zwar vom Pächter.

Pachtungen

Verpachtete Garderoben, Kleiderablagen, Büfetts, Schokoladenverkaufsstände, Bedürfnisanstalten u. a. in Kinos, Gaststätten, Theatern, Warenhäusern u. dgl. sind als besondere Arbeitsstätten zu erfassen.

Parteibüros siehe unter »Büros«.

Patienten

siehe unter »Anstaltsinsassen« und »Dauerpatienten«. Patienten in Krankenhäusern, die ihre Wohnung aufgegeben haben, sind in der Anstaltsliste nicht als vorübergehend Anwesende zu zählen, sondern als ständige Insassen im »Personenverzeichnis B I« einzutragen.

Pelztierfarmen siehe unter »Tierzüchtereien«.

Pensionen siehe unter »Beherbergungsgewerbe«.

Pensionsansprüche siehe unter »Altersversorgung«.

Pensionsempfänger

tragen sich in der Haushaltsliste (Innenseiten, Spalte 14) als solche ein und füllen die Spalten 15 bis 19 nicht aus.

Personal siehe unter »Anstaltspersonal«.

Pfarrämter siehe unter »Kirchen«.

Pflegeanstalten siehe unter »Anstalten«.

Polizei

Die Polizei ist bei der Arbeitsstättenzählung von der übrigen Verwaltung getrennt zu behandeln. Jede auf einem besonderen Grundstück gelegene Dienststelle (Polizeirevier u. dgl.) hat einen eigenen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Polizeiliche Anmeldung

Für die Eintragung einer Person in die Haushaltungsliste bzw. Anstaltsliste ist es ohne Bedeutung, ob sie an ihrem Wohnort oder überhaupt im Bundesgebiet polizeilich gemeldet ist. Siehe auch unter »Illegale Einwanderer«.

Post

Betriebe und Einrichtungen der Bundespost werden nicht durch den Zähler, sondern durch die Bundespost selbst gezählt. Siehe auch unter »Bundesbahn und Bundespost«.

Primitive Unterkünfte

Bewohnte primitive Unterkünfte, wie Behelfsheimen, Baracken, Buden, Nissenhütten, Bunkerkabinen, Ruinenkeller, Wohnlauben, abgestellte Waggons, Wohnwagen u. dgl. werden durch Wohnungsbogen erfaßt, auch wenn sie nicht die Merkmale einer Wohnung aufweisen (siehe unter »Küche«). Sie werden auch in Gebäudelisten aufgenommen.

Die Bewohner der Unterkünfte füllen außerdem Haushaltslisten aus, Inhaber von Arbeitsstätten auch Arbeitsstättenbogen.

Privatbahnen siehe unter »Verkehrsbetriebe«.

Pumpwerke siehe unter »Automatische Anlagen«.

Putzfrauen siehe unter »Aufwartefrauen«.

Q

Quadratmeter

Bei den Fragen über Bodenbewirtschaftung in Abschnitt G der Haushaltsliste sind die bewirtschafteten Bodenflächen in Hektar (ha), Ar (a) und in Quadratmetern (qm) anzugeben. 1 Hektar = 100 Ar = 10 000 Quadratmeter, 1 Ar = 100 Quadratmeter. Um die Räume einer Wohnung in die vorgesehenen Spalten des Wohnungsbogens einordnen zu können, müssen für Küchen und Zimmer (auch Wohn- und Schlafkammern) die Grundflächen (Länge mal Breite) festgestellt werden. Bei Räumen mit schrägen Wänden (meist im Dachgeschoß) ist die Fläche unter der schrägen Wand nur halb anzurechnen.

R

Räume

Als **Räume einer Wohnung** sind zu zählen:

In der **Gebäudeliste**, Innenseiten, Spalte 6, nur vollausgebaute Küchen, Zimmer, Wohn- und

Schlafkammern, auch Zimmer, die nur gewerblich oder landwirtschaftlich benutzt werden oder vorübergehend leerstehen;

im **Wohnungsbogen**, in den entsprechenden Spalten außer den vorgenannten Räumen (deren Gesamtzahl mit der für die gleiche Wohnung in der Gebäudeliste angegebenen Raumzahl übereinstimmen muß) auch noch vollausgebaute Kochnischen, Notküchen und solche Räume, die zwar baulich nicht als Wohnraum vorgesehen sind oder wegen erheblicher Schäden für Wohnzwecke unbrauchbar sind, jedoch infolge Wohnraumnot zum Wohnen benutzt werden.

Räume einer primitiven Unterkunft werden, soweit sie zum Wohnen benutzt werden, ohne Rücksicht auf ihre bauliche Anlage und Beschaffenheit und auf ihre Eignung für Wohnzwecke sowohl in der Gebäudeliste als auch im Wohnungsbogen sämtlich angegeben (siehe »Primitive Unterkünfte«).

Als **sonstige Unterkunftsräume** in einem Hotel, Heim, einer Anstalt, Massenunterkunft usw. (in der Gebäudeliste, Innenseiten, Spalte 5 und in der Anstaltsliste anzugeben) gelten nur Räume, die als Schlafraum oder zugleich als Schlaf- und Aufenthaltsraum benutzt werden, z. B. Hotelzimmer, Schlafsäle, Krankenzimmer, Zellen in Klöstern oder Gefängnissen, Barackenräume usw.

Arbeitsstättenräume werden nur in der Gebäudeliste, Innenseiten, Spalte 5 (stockwerkweise zusammengefaßt), gezählt, und zwar nur dann, wenn sie baulich hierzu eingerichtet sind, z. B. Werkstätten, Läden, Büros u. dgl.

Lagerräume von Großhandelsunternehmungen werden außerdem im Arbeitsstättenbogen angegeben.

Rechtsanwälte siehe unter »Freie Berufe«.

Reihenhäuser siehe unter »Doppelhäuser«.

Reisende siehe unter »Agenten« und »Geschäftsreisende«.

Rentenbescheid

Körperbehinderte mit Anerkennung der Minderung der Erwerbsfähigkeit durch Rentenbescheid oder amtliche Bescheinigung siehe unter »Art der Behinderung« und »Minderung der Erwerbsfähigkeit«.

Rentenempfänger siehe unter »Berufslose«.

Rentenversicherung siehe unter »Altersversorgung«.

Ruinen, Gebäude-

Für Wohn- oder Arbeitszwecke benutzte Gebäudereste und Gebäuderuinen sind durch Gebäudelisten, Wohnungsbogen bzw. Arbeitsstättenbogen zu erfassen.

Ruhende Arbeitsstätten

sind nur zu erfassen, wenn noch ein tätiger Inhaber oder mindestens ein Beschäftigter in

ihnen dauernd tätig ist; sie sind dann als im Betrieb befindlich anzusehen.

S

Sägewerke

als Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft siehe unter »Nebenbetriebe«.

Saison- und Kampagnebetriebe

sind zu erfassen, wenn in ihnen während der Saison oder Kampagnezeit mindestens eine Person ständig tätig ist. Solche Arbeitsstätten sind z. B. Zuckerfabriken, Konservenfabriken, Mälzereien usw.

Shankwirtschaften auf Bahnhofsgelände

siehe unter »Kantinen«.

Shankwirtschaften in Vereinshäusern

die von selbständigen Bewirtschaftern geführt werden, sind auch dann als Arbeitsstätten zu zählen, wenn sie nicht täglich in Betrieb sind.

Schaustellerunternehmen

werden durch Arbeitsstättenbogen erfaßt, und zwar an dem Ort, an dem sie sich zur Zeit der Zählung befinden (Aufenthaltsort).

Bei einem Kleinunternehmen ohne haushaltsfremdes Personal füllt der Inhaber außerdem Haushaltsliste und Wohnungsbogen aus, und zwar, wenn er eine Wohnung hat, am Ort dieser Wohnung; wenn er jedoch ständig in einem Wohnwagen wohnt und keine andere Wohnung hat, am Aufenthaltsort.

Bei einem Großunternehmen (z. B. Zirkus u. dgl.) mit haushaltsfremdem Personal, das innerhalb des Unternehmens untergebracht ist, wird die Zählung wie in Lagern oder Massenunterkünften (siehe diese) durchgeführt.

Scheingesellschaften siehe unter »Mantel- und Scheingesellschaften«.

Schiffe

In Betrieb befindliche ständig bemannte Schiffe werden mittels Arbeitsstättenbogen und gegebenenfalls auch Schiffslisten durch besondere Zählungsorgane erfaßt.

Außer Dienst gestellte Schiffe, die als Wohnschiffe, als Hotels, als Gaststätten benutzt werden, sind wie Gebäude zu behandeln und in Gebäudelisten einzutragen; die Zählung auf diesen Schiffen ist wie in Gebäuden durchzuführen (durch Wohnungsbogen, Haushaltslisten usw.).

Schlaf- und Speisewagengesellschaft, Deutsche

Die Dienststellen und Einrichtungen der Deutschen Schlaf- und Speisewagengesellschaft (früher Mitropa) sind durch die Arbeitsstättenzählung zu erfassen.

Schlafgänger

Schlafgänger, d. h. Personen, die zwar im Untermietsverhältnis wohnen, jedoch im Gegensatz

zu Untermietern keinen eigenen Raum sondern nur eine Schlafstätte zur Verfügung haben, werden in die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers (bzw. Vermieters) aufgenommen. Sie dürfen keine eigene Haushaltsliste ausfüllen und werden auch im Wohnungsbogen des Wohnungsinhabers (im Gegensatz zu Untermietern) nicht als besondere Wohnpartei eingetragen, sondern zur Wohnpartei ihres Vermieters gezählt. In der Haushaltsliste ihrer heimischen Haushalt werden die Schlafgänger in Abschnitt C eingetragen.

Schleusen siehe unter »Freibäder«.

Schönheitsreparaturen siehe unter »Miete«.

Schriftsteller siehe unter »Freie Berufe«.

Schulen

Schulen werden durch Arbeitsstättenbogen (mit Lehrpersonen und sonstigem Schulpersonal als Beschäftigte) erfaßt.

Schulentlassene

Bei Schulentlassenen, die noch **ohne** Berufsausbildung (Lehrling, Volontär u. dgl.) oder **ohne** Erwerbstätigkeit sind, ist in Spalte 14 der Haushaltsliste (Innenseiten) einzutragen: »schulentlassen — arbeitslos«.

Schülerheime siehe unter »Internate«.

Schweinemästereien

siehe unter »Tierzüchtereien«.

Schwerpunkt, Wirtschaftlicher

siehe unter »Wirtschaftlicher Schwerpunkt«.

Sonstige Unterkunftsräume siehe unter »Räume«.

Spediteure siehe unter »Verkehrsbetriebe«.

Ständige Insassen siehe unter »Anstaltsinsassen«.

Stellung im Beruf siehe unter »Berufsstellung«.

Steuerberater siehe unter »Freie Berufe«.

Stifte

Stifte, Stiftungen (z. B. Altersstifte) werden durch Anstaltslisten und Arbeitsstättenbogen erfaßt. Jedoch werden reine Wohnstifte, die ausschließlich Wohnungen enthalten, wie Wohngebäude behandelt. Bei den Mietangaben für Stiftwohnungen ist in Spalte 11 der Gebäudeliste (Innenseiten) neben dem Mietbetrag der Zusatz »Stift« einzutragen.

Stiftswohnungen siehe unter »Stifte«.

Stillgelegte Betriebe

siehe unter »Geschlossene Arbeitsstätten«, »Ruhende Arbeitsstätten« und »Saison- und Kampagnebetriebe«.

Störschneiderinnen siehe unter »Lohnwerker«.

Strafanstalten

siehe unter »Anstalten« und »Gefängnis«.

Straßenhandel

siehe unter »Ambulantes Gewerbe«.

Studenten

Befindet sich der Student während der Zählungszeit am **Studienort**, so wird er hier in der Haushaltsliste seines Vermieters unter A als Untermieter eingetragen, gegebenenfalls in der Anstaltsliste seines Heimes, Internates oder dgl. im Personenverzeichnis B I. In der heimischen Haushalt wird er unter C aufgeführt.

Befindet sich der Student während der Zählungszeit an seinem **Heimatort** (bei den Eltern u. dgl.), so wird er hier in der heimischen Haushaltsliste

unter A eingetragen, wenn er seine Wohnung am Studienort aufgegeben hat (am Studienort überhaupt nicht gezählt),

unter C und D, wenn er die Wohnung am Studienort beibehält (zugleich am Studienort in der dortigen Haushaltsliste unter B bzw. in der Anstaltsliste unter B I gezählt).

T

Taubenzüchtereien siehe unter »Tierzüchtereien«.

Theater werden durch Arbeitsstättenbogen erfaßt.

Theaterrestaurants siehe unter »Kantinen«.

Tierzüchtereien

Pelztierfarmen, Schweinemästereien, Hühnerfarmen, Taubenzüchtereien, Zuchtställe u. dgl. haben, sofern keine eigene oder gepachtete Bodenfläche für Zwecke des Betriebes bewirtschaftet wird, einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Totgeburten

Totgeburten wie auch Fehlgeburten werden bei Angabe der Kinderzahl für verheiratete Frauen in Spalte 8 der Haushaltsliste (Innenseiten) nicht mitgezählt.

U

Übernachtungsbunker

siehe unter »Massenunterkünfte«.

Umformerstationen, Automatische

siehe unter »Automatische Anlagen«.

Umsatz

Im Abschnitt F des Arbeitsstättenbogens wird nach dem Umsatz für das Kalenderjahr 1949 gefragt. Der Zähler hat den Ausfüllungspflichtigen zur Ausfüllung des Abschnitts anzuhalten und ihn auf die Möglichkeit hinzuweisen, hierfür gegebenenfalls die Hilfe des Steuerberaters oder Steuerhelfers in Anspruch zu nehmen.

Der Zähler muß auch die im Abschnitt F gegebenen Erläuterungen genau kennen, um dem Ausfüllungspflichtigen Auskunft geben zu

können. Zur Ergänzung dieser Erläuterungen seien als Beispiele für Umsätze in Zollausschlüssen u. dgl. (F 1 c) noch genannt:

1. Umsätze deutscher Schiffe auf hoher See und Umsätze für Lotsentätigkeit auf hoher See;
2. Lieferungen mit eigenem Kraftwagen des Unternehmers ins Ausland;
3. Umsätze eines Provisionsvertreters mit Wohnsitz im Bundesgebiet, der für eine inländische Firma im Ausland tätig ist.

Umsiedlerlager siehe unter »Lager«.

Unbebaute Grundstücke

Für unbebaute Grundstücke und für Grundstücke mit völlig unbenutzten Gebäuderuinen werden Gebäudelisten nicht ausgefüllt.

Unbenutzte Zimmer

siehe unter »Leerstehende Zimmer«.

Unbrauchbare Wohnräume

Wohnräume (Zimmer, Wohn- und Schlafkammern), die wegen erheblicher Schäden für Wohnzwecke unbrauchbar sind, jedoch infolge Wohnraumnot zum Wohnen benutzt werden, sind im Wohnungsbogen in Spalte 12 einzutragen. In der Gebäudeliste werden sie bei der Zahl der Räume der Wohnung (Innenseiten, Spalte 6) nicht mitgezählt.

Unfallverletzte siehe unter »Behinderte«.

Unterkunftsräume, Sonstige

siehe unter »Räume«.

Untermieten

Von den Untermietern an ihre Vermieter gezahlten Mieten (wie auch die Untermieter selbst) werden in die Gebäudeliste **nicht** eingetragen.

Untermieter

Untermieterfamilien füllen in jedem Falle eigene Haushaltslisten aus, Einzeluntermieter nur dann, wenn besondere Gründe dafür vorliegen. In der Regel sollen Einzeluntermieter in die Haushaltsliste ihres Vermieters als »Untermieter« eingetragen werden. Jeder Untermieter (Familien oder Einzelpersonen) gilt jedoch als Wohnpartei und ist als solche im Wohnungsbogen auf je einer besonderen Zeile einzutragen mit den auf sie entfallenden Räumen.

Unternehmung

ist jede **selbständige** Einzelarbeitsstätte wie auch die Gesamtheit der Arbeitsstätten **einer** Firma (Hauptniederlassung und Zweigniederlassungen).

Demnach haben auch selbständige Einzelarbeitsstätten die Fragen für Unternehmungen im Arbeitsstättenbogen zu beantworten, insbesondere die Fragen unter C 1 und E 1, 2, 4.

Unterstützte Verwandte

In Abschnitt E der Haushaltsliste sind nur aus den angeführten Gründen an einem ande-

ren Ort wohnende Familienmitglieder anzugeben, nicht jedoch unterstützte haushaltsfremde Verwandte.

Unterstützungsempfänger

Arbeitslose sind in jedem Falle, gleichgültig, ob sie eine Unterstützung (Arbeitslosenunterstützung, Fürsorgeunterstützung oder sonstige Unterstützung) beziehen oder nicht, in der Haushaltsliste, Innenseiten, Spalte 14 als »**arbeitslos**« einzutragen; in jedem Falle sind für sie auch die Spalten 15 bis 20 nach ihrer letzten ausgeübten Tätigkeit auszufüllen. Sonstige (nicht erwerbstätige) Unterstützungsempfänger geben in Spalte 14 die Unterstützungsart genau an (z. B. Fürsorgeunterstützungsempfänger, Unterhaltshilfeempfänger u. dgl.) und füllen die Spalten 15 bis 19 nicht aus.

Untersuchungshäftlinge siehe unter »Gefangene«.

Ursachen der Behinderung

siehe unter »Behinderte«.

V

Verkaufsstände

Verkaufsstände auf Grundstücken, Straßen oder Plätzen können sein:

1. **Dauerverkaufsstände**, ständig an ein und derselben Stelle betrieben, und zwar:

- a) Feste Verkaufsstände, die baulich hierzu eingerichtet sind, mit Dach und Wänden (auch Kioske, Bretterbuden u. dgl.).

Sie sind in die Gebäudeliste einzutragen und durch Arbeitsstättenbogen am Ort des Verkaufsstandes zu erfassen, und zwar wenn **mit** Verkaufsraum unter G 1 a, wenn **ohne** Verkaufsraum unter G 1 f.

- b) Offene Verkaufsstände, ohne bauliche Einrichtung oder nur mit Schutzdach, Schirm oder Zelt.

Sie sind **nicht** in die Gebäudeliste einzutragen und werden durch Arbeitsstättenbogen ebenfalls am Orte des Verkaufsstandes erfaßt.

2. **Fliegende Verkaufsstände**, mit wechselndem Standort, Verkaufsstände des ambulanten Gewerbes, des Straßenhandels usw.

Sie sind **nicht** in die Gebäudeliste einzutragen und werden durch Arbeitsstättenbogen nicht an ihrem jeweiligen Standort, sondern in der Wohnung des Inhabers erfaßt.

Verkaufsstände auf Märkten (Wochen-, Krammärkten usw.) siehe unter »Marktstände«.

Verkaufsstände in Markthallen

siehe unter »Markthallen«.

Verkaufsstände im Bahnhofsgelände

siehe unter »Kantinen«.

Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen
siehe unter »Marktstände«.

Verkehrsbetriebe

werden durch Arbeitsstättenbogen erfaßt. Hierzu gehören z. B. Privatbahnen, Straßenbahnen, Omnibus-, Kraftverkehrsbetriebe usw., ferner Spediteure u. dgl. Bundesbahn und Bundespost werden gesondert erfaßt.

Vermiöte

Vermiöte Haushaltungsmitglieder sind in der Haushaltungsliste unter C einzutragen mit dem Vermerk »vermiöte« in Spalte 23.

Verschiedene Gewerbebezüge einer Arbeitsstätte

Werden von einem Inhaber wesensverschiedene Gewerbebezüge in einer Arbeitsstätte betrieben, z. B. Bäckerei und Kohlenhandlung, so ist **nur ein Fragebogen** auszufüllen. Die Tätigkeiten sind in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit (wirtschaftlicher Schwerpunkt) im Arbeitsstättenbogen anzuführen.

Versorgungsansprüche

siehe unter »Altersversorgung«.

Versorgungsbetriebe

Öffentliche Versorgungsbetriebe, wie Wasser-, Gas-, Elektrische Werke werden wie gewerbliche Betriebe behandelt und es wird für jeden räumlich für sich bestehenden Betrieb ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt.

Vertreter siehe unter »Agenten«.

Verwalter siehe unter »Ausfüllungspflichtige«.

Verwaltungen siehe unter »Öffentliche Verwaltungen usw.« und »Hausverwaltungen«.

Verwandte, Unterstützte

siehe unter »Unterstützte Verwandte«.

Vorstand

Vorstand der Haushaltung, der Anstalt siehe unter »Ausfüllungspflichtige«.

Vorübergehend Anwesende

In einer **Haushaltung** unter D der Haushaltungsliste einzutragen. In einer **Anstalt usw.** siehe unter »Anstaltsinsassen« und »Gäste«.

W

Wagen, Wohn- siehe unter »Wohnwagen«.

Waggon, Abgestellter

siehe unter »Primitive Unterkünfte«.

Waisenhäuser siehe unter »Anstalten«.

Wandergewerbe

siehe unter »Ambulantes Gewerbe«.

Warenautomaten

siehe unter »Automatische Anlagen«.

Wartesäle siehe unter »Massenunterkünfte«.

Waschfrauen siehe unter »Aufwartefrauen«.

Weigerung Auskunftspflichtiger

siehe unter »Auskunftsverweigerung«.

Werkstätten in Anstalten

siehe unter »Anstaltswerkstätten«.

Werkstudent

Studierende, die neben ihrem Studium eine gelegentliche Erwerbstätigkeit (auch in den Semesterferien) ausüben, sind in Spalte 14 der Haushaltungsliste (Innenseiten) als »Student« anzugeben, ihre Erwerbstätigkeit in Spalte 20 als Nebenberuf. Studierende, die ihr Praktikum ableisten, sind erwerbstätige Praktikanten und haben die Spalten 14 bis 19 der Haushaltungsliste auszufüllen.

Personen, die bereits einen Beruf ausüben und **neben** diesem Beruf studieren, sind, auch wenn sie voll immatrikuliert sind, in Spalte 14 der Haushaltungsliste als »erwerbstätig« (also nicht als Student) zu bezeichnen und haben die Spalten 15 bis 19 auszufüllen. Das Studium wird in der Haushaltungsliste nicht angegeben, auch nicht als Nebenberuf.

Werkwohnung

Werkwohnungen werden wie Dienstwohnungen behandelt (siehe unter »Dienstwohnungen« und »Miete«).

Wirtschaftlicher Schwerpunkt

Der Angabe des »Wirtschaftlichen Schwerpunktes« einer Arbeitsstätte (Frage B 3 im Arbeitsstättenbogen) sind die unter B 2a—f gemachten Angaben zu Grunde zu legen. Es muß erkennbar sein, ob der Schwerpunkt der Tätigkeit bei der Herstellung bei der Reparatur, beim Großhandel, Einzelhandel, bei der Vermittlung von Waren oder bei Dienstleistungen liegt, d. h. welche dieser Tätigkeiten überwiegt. Bei Beantwortung der einzelnen Fragen unter B 2a—f muß angegeben sein, welche Waren überwiegend hergestellt, repariert, gehandelt oder vermittelt werden.

Wochenmärkte siehe unter »Marktstände«.

Wohnbaracken siehe unter »Baracken«, »Lager«, »Primitive Unterkünfte«.

Wohnblocks siehe unter »Doppelhäuser«.

Wohngebäude

Als Wohngebäude gelten ausschließlich oder überwiegend zu Wohnzwecken benutzte Gebäude (in Spalte 3 der Gebäudeliste, Vorderseite zu vermerken), gleich welcher Art das Gebäude ist. Die Art des Wohngebäudes wird in Spalte 4 nach den im Kopf dieser Spalte vorgeschriebenen Bezeichnungen eingetragen.

Wohnheime

Wohnheime (wie Ledigenheime, Arbeiterheime) als Gemeinschaftsunterkünfte werden wie Anstalten behandelt und durch Anstaltsliste und Arbeitsstättenbogen erfaßt. Siehe auch unter »Stifte«.

Wohnküche

Eine Wohnküche gilt als Küche im Sinne der Wohnungszählung, wenn sie bauplanmäßig hierfür vorgesehen ist, und ist in diesem Falle als Küche, nicht als Zimmer u. dgl. zu zählen.

Wohnlaube siehe unter »Primitive Unterkünfte«.

Wohnpartei

Als Wohnparteien einer Wohnung gelten: Eigentümer im eigenen Haus, Mieter (Hauptmieter) und Untermieter, gleichgültig, ob Familien oder Einzelpersonen. Jede Wohnpartei füllt eine eigene Haushaltsliste aus (nur Einzeluntermieter sollen in der Regel in die Haushaltsliste des Vermieters aufgenommen werden). Sämtliche Wohnparteien einer Wohnung (auch Einzeluntermieter ohne eigene Haushaltsliste) sind in dem zugehörigen Wohnungsbogen, jede auf einer besonderen Zeile mit den auf sie entfallenden Räumen, einzutragen.

Wohnraumsteuer siehe unter »Miete«.

Wohnschiff siehe unter »Schiffe«.

Wohnstifte siehe unter »Stifte«.

Wohnung siehe Erläuterungen im Wohnungsbogen (Vorderseite).

Wohnung abwesender Haushaltung

Für Wohnungen abwesender, auch beim Einsammeln der Zählpapiere nicht erreichbarer Haushaltungen füllt den Wohnungsbogen der Hauseigentümer, notfalls der Zähler aus (Vermerk im Zählbezirksbericht).

Wohnung, Leerstehende

siehe unter »Leerstehende Wohnung«.

Wohnungsinhaber siehe unter »Inhaber«.

Wohnungslose, Eingewiesene

Wohnungslose Familien und Einzelpersonen in einem Hotel, Heim, einer Anstalt, einer Massenunterkunft, einem Lager u. dgl., die nicht zum Personal oder zu den ständigen Heim- oder Anstaltsinsassen gehören, sondern hier lediglich aus Wohnungsmangel bis zur Zuweisung einer Wohnung oder anderen Unterkunft untergebracht sind (Wohnungslose

Eingewiesene), z. B. Flüchtlinge, Evakuierte, Obdachlose, füllen Haushaltslisten aus und werden in der Anstaltsliste ihrer gegenwärtigen Unterkunft im Personenverzeichnis B II eingetragen. Siehe auch unter »Lager« und »Massenunterkünfte«.

Wohnungsmiete siehe unter »Miete«.

Wohnwagen

Wohnwagen werden in die Gebäudeliste aufgenommen und durch Wohnungsbogen erfaßt, wenn ihre Bewohner keine andere Wohnung haben. (Siehe auch »Primitive Unterkünfte«, »Schaustellerunternehmen«, »Lager«.)

Z

Zeitungsverkaufsstände

siehe unter »Kantinen« und »Verkaufsstände«.

Zelllager siehe unter »Lager«.

Zerstörte Gebäude

Zerstörte unbenutzte Gebäude werden durch die Zählung nicht erfaßt. Benutzte Gebäuderuinen siehe unter »Ruinen«.

Zigeunerlager siehe unter »Lager«.

Zimmer, Gewerblich benutzte

siehe unter »Gewerblich benutzte Zimmer«.

Zimmer, Leerstehende

siehe unter »Leerstehende Zimmer«.

Zimmer, Unbrauchbare

siehe unter »Unbrauchbare Wohnräume«.

Zirkus siehe unter »Schaustellerunternehmen«.

Zuchtställe siehe unter »Tierzüchtereien«.

Zuckerfabriken

siehe unter »Nebenbetriebe« und »Saison- und Kampagnebetriebe«.

Zweigniederlassungen siehe unter »Filialen«.

Zweiter Beruf siehe unter »Nebenberuf«.

Zweckbestimmung

Bei der Frage nach der Zweckbestimmung von Räumen in Spalte 4 der Gebäudeliste (Innenseiten) sind als »Wohnung« nur ausschließlich zu Wohnzwecken benutzte Wohnungen einzutragen. Zugleich zu Wohn- und Berufs- oder Geschäftszwecken benutzte Wohnungen sind als solche deutlich zu kennzeichnen, z. B. »Wohnung und Arztpraxis«, »Wohnung und Schneiderwerkstatt« u. dgl.

Volkszählung am 13. September 1950

Anweisung für die Zählerschulung

A. Allgemeines

1. Umfang und Zweck der Zählung

Durch Bundesgesetz vom 27. Juli 1950 ist für den 13. September 1950 (Zählungstichtag) eine Volks- und Berufszählung angeordnet worden. Mit ihr sind eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden. Die Zählung soll über den Bestand der Bevölkerung des Bundesgebietes, über ihre berufliche und soziale Gliederung, über ihre Wohn- und Arbeitsverhältnisse Aufschluß geben und für Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft notwendige Planungs- und Arbeitsunterlagen bereitstellen. Ihre Ergebnisse dürfen jedoch nicht für andere als statistische Zwecke, z. B. polizeiliche oder steuerliche Zwecke, oder für die örtliche Wohnraumbewirtschaftung benutzt werden.

Die Zählung erstreckt sich nicht auf Angehörige der Besatzungsmächte. Die Erfassung der von diesen Personen benutzten Gebäude und Wohnungen wird gesondert geregelt.

2. Allgemeiner Überblick über die Pflichten und Aufgaben der Zähler

Aufgabe der Zähler ist die unmittelbare Durchführung der Zählung in den Gebäuden, Wohnungen, Haushaltungen und Arbeitsstätten.

Das Zähleramt wird dem Zähler durch die Gemeindebehörde übertragen, er übernimmt es durch eine schriftliche Annahmeerklärung. Er erhält über seine Bestellung zum Zähler einen auf dem Deckel des Zählbezirksbuches aufgedruckten Ausweis, zugleich wird ihm die Abgrenzung seines Zählbezirks mitgeteilt.

Mit der Übernahme des Amtes verpflichtet sich der Zähler, die ihm übertragenen Aufgaben gemäß der erhaltenen Anweisung mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu erfüllen, insbesondere ist er für die vollständige, lückenlose Durchführung der Zählung in seinem Bezirk verantwortlich. Die Zählung kann ihren Zweck nur erfüllen und die Ar-

beitsbelastung, die sie der Bevölkerung und allen an der Durchführung der Zählung beteiligten Ämtern und Personen auferlegt, nur rechtfertigen, wenn ihre Ergebnisse vollständig und zuverlässig sind, d. h. wenn die an die Bevölkerung gestellten Fragen von allen Befragten klar und vollständig beantwortet werden. Ob dieses Ziel erreicht wird, liegt in erster Linie in Händen der Zähler.

Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des Zählers ist es, sich die für seine Arbeit notwendigen Sachkenntnisse anzueignen, und zwar durch wiederholtes, gründliches Durcharbeiten seiner Anweisung sowie der einzelnen Zählpapiere und durch den Besuch der Zählerversammlungen, die zur Unterweisung der Zähler von der Gemeindebehörde einberufen werden. Der Zähler muß auch sonst jede Gelegenheit benutzen, z. B. durch Anhören von Rundfunkvorträgen oder Lesen von Zeitungsartikeln über die Zählung, um sich vollste Klarheit über seine Aufgaben zu verschaffen. Zweifelsfragen muß er in der Zählerversammlung vorbringen oder durch die Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) klären lassen, außerdem steht ihm hierfür ein Schlagwortverzeichnis zur Verfügung.

Der Zähler ist, wie alle mit der Durchführung der Zählung beauftragten Personen, gegenüber jedermann zur Verschwiegenheit über die Angelegenheiten verpflichtet, die bei der Zählung über die persönlichen Verhältnisse der Zählungspflichtigen sowie über die Verhältnisse der Grundstücke, Wohnungen und Arbeitsstätten zu seiner Kenntnis gelangen. Die Aufgaben der Zähler gliedern sich in folgende Hauptabschnitte:

- I. Vorbereitung für die Zählung (bis 8. September)
- II. Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung (8. bis 12. September)
- III. Einsammeln und erste Prüfung der Zählpapiere (14. bis 17. September)
- IV. Abschließende Aufgaben der Zähler (bis 20. September).

B. Die einzelnen Aufgaben der Zähler

I. Die Vorbereitung für die Zählung

1. Einsichtnahme in die Zählungsdrucksachen

Zur ersten Vorbereitung für die Zählung hat der Zähler die Anweisung für die Zähler gründlich und wiederholt zu lesen und sich zugleich über den Inhalt und Zweck der einzelnen Zählpapiere eingehend zu unterrichten. Er lernt sie am besten kennen, wenn er sie für sich, seine Familie, Wohnung und Arbeitsstätte (falls Inhaber oder Leiter einer solchen) ausfüllt und dabei auf Zweifelsfragen achtet.

Im Anschluß an seine Berufung zum Zähler (spätestens bis zum **31. Juli**) erhält der Zähler von der Gemeindebehörde (Zählungsdienststelle) folgende Zählungsdrucksachen zu seiner Unterrichtung:

Drucksache Nr. 1	Gebäudeliste
» 2	Haushaltungsliste
» 3	Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte (Anstaltsliste)
» 5	Wohnungsbogen (hellgelb)
» 6	Arbeitsstättenbogen (hellrosa)
» 6a	Zählblatt für die Gewerbeaufsichtsbehörde (blau)
» 7	Zählbezirksbericht
» 8	Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht
» 9	Anweisung für die Zähler
» 10	Schlagwortverzeichnis

Drucksache Nr. 4, Schiffsliste, wird an besondere Zählorgane ausgegeben.

Die **Gebäudeliste** dient zur Zählung der Gebäude und Grundstücke und zugleich als Hilfsliste, um die Wohnungen und die Arbeitsstätten grundstücks- und gebäudeweise zusammenzufassen und ihre vollständige Erfassung zu kontrollieren. Außerdem dient die Gebäudeliste zur Feststellung der Wohnungsmieten.

Die **Haushaltungsliste**, der **Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte** und die **Schiffsliste** dienen zur Durchführung der Volks- und Berufszählung, d. h. zur Zählung der Personen nach verschiedenen Merkmalen, z. B. nach dem Alter und Familienstand, nach der Religion usw., nach Haushaltungs- und Familienzugehörigkeit und nach beruflichen Merkmalen. Außerdem werden in besonderen Abschnitten dieser Erhebungsbogen Fragen über Körper-

behinderte, über die Bodenbewirtschaftung und über die Arbeitsstätten gestellt. Der **Wohnungsbogen** dient zur Zählung der Wohnungen nach Art und Zahl der Räume und nach ihrer Belegung.

Durch den **Arbeitsstättenbogen** sollen die Gewerbebetriebe, Handelsbetriebe, Büros, Behörden, Anstalten, freien Berufe usw. erfaßt werden.

Das **Zählblatt für die Gewerbeaufsicht** (soweit ausgegeben) dient den besonderen Zwecken der Gewerbeaufsicht.

Der **Zählbezirksbericht** (mit Hilfsblatt) ist ein zusammenfassender Bericht des Zählers über die Zahl und Art der in seinem Bezirk ausgegebenen und wieder eingesammelten Zählpapiere.

Die **Zähleranweisung** gibt dem Zähler im einzelnen Aufschluß über die von ihm zu erledigenden Arbeiten und Anleitung dazu, wie er sie am zweckmäßigsten ausführt.

Das **Schlagwortverzeichnis** enthält in alphabetischer Reihenfolge Erläuterungen zu den wichtigsten Fragen der einzelnen Zählungsteile.

Die Zähleranweisung, das Schlagwortverzeichnis und das Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht sind in einer Mappe, dem **Zählbezirksbuch**, zusammengefaßt, das außerdem auf dem Deckel den Zählerausweis und auf den ersten Seiten die Beschreibung des Zählbezirks enthält.

Bei jedem Zählpapier muß sich der Zähler genau darüber unterrichten

1. in welchem Falle und von wem das betreffende Zählpapier auszufüllen ist (Aufschluß darüber geben die in jedem Zählpapier befindlichen Anleitungen zur Ausfüllung);
2. wie die einzelnen Fragen der Zählpapiere zu beantworten sind (Aufschluß darüber geben die Erläuterungen und die Musterbeispiele in den einzelnen Zählpapieren).

Die grundsätzlichen Fragen werden in den nachfolgenden Abschnitten dieser Anweisung näher erläutert. Für Sonderfälle ist das Schlagwortverzeichnis heranzuziehen.

2. Besuch der Zählerversammlung

Eine eingehende mündliche Unterweisung über seine Aufgaben erhält der Zähler in den Zählerversammlungen, die von der Gemeindebehörde einberufen werden und deren Besuch der Zähler unter keinen Umständen versäumen darf. Hier erfährt er insbesondere, wie die Verteilung, Wiedereinsammlung und Prüfung der Zählpapiere vorzunehmen ist. Die in den Zählpapieren gestellten Fragen werden ausführlich erläutert, Zweifelsfragen geklärt.

3. Unterrichtung über die örtlichen Verhältnisse des Zählbezirks

Der Zähler muß aber nicht nur genau wissen, wie er zählen soll, sondern auch, wo er zählen soll, d. h. er muß seinen Zählbezirk genau kennen und sich mit den örtlichen Verhältnissen seines Zählbezirks rechtzeitig vor der Zählung vertraut machen.

Die Abgrenzung des Zählbezirks mit genauer Bezeichnung der dazu gehörenden Grundstücke nach Straßen und Hausnummern, gegebenenfalls auch der Grundstücke, die als Sonderzählbezirke **nicht** zum Bezirk gehören, ist dem Zähler bereits bei seiner Ernennung mitgeteilt worden. Durch Begehen des Zählbezirks unterrichtet sich der Zähler an Hand dieser Angaben an Ort und Stelle über die Grenzen des Bezirks, über den Bestand an Grundstücken und Gebäuden, über Art der Grundstücke (Wohn-, Geschäfts- oder öffentliche Grundstücke), über die Zugänge zu den Grundstücken und Gebäuden sowie über Name und Wohnung der Eigentümer oder Verwalter der Gebäude, sofern dies nicht durch eine Gebäudevorerhebung bereits geschehen ist. Es ist zweckmäßig, daß der Zähler bereits bei diesem Orientierungsgang einen Plan festlegt, in welcher Reihenfolge er bei der späteren Austeilung der Zählpapiere die einzelnen Grundstücke aufsuchen wird, um zu vermeiden, daß er Grundstücke oder Gebäude übergeht. Stellt der Zähler fest, daß zwischen den ihm mitgeteilten Angaben über den Zählbezirk und den tatsächlichen Verhältnissen Unstimmigkeiten bestehen, z. B. in der Zahl der Grundstücke, so hat er dies wie auch sonstige Zweifelsfragen durch die Gemeindebehörde (Zahldienststelle) klären zu lassen.

4. Vorbereitung der Zählpapiere für die Austeilung

Die für die Austeilung an die Bevölkerung bestimmten Zählpapiere werden dem Zähler — in den für die einzelnen Grundstücke benötigten Mengen — durch die Gemeindebehörde bis spätestens 7. September 1950 ausgehändigt.

Noch vor der Austeilung hat die Gemeindebehörde auf jedem Zählpapier (Haushaltsliste, Gebäudeliste, Wohnungsbogen, Arbeitsstättenbogen usw.) auf der Vorderseite an der dafür vorgesehenen Stelle die Angaben über den Kreis und die Gemeinde und die Nummer des Zählbezirks, auf den Gebäudelisten auch die betreffenden Grundstücksbezeichnungen (Straße und Hausnummer) eingetragen. Für die durch eine Gebäudevorerhebung bereits erfaßten

Grundstücke erhält der Zähler von der Gemeindebehörde bereits vollständig ausgefüllte Gebäudelisten.

Die Ortsangaben (Straße und Hausnummer) auf den übrigen Zählpapieren trägt der Ausfüllungspflichtige oder der Zähler während der Einsammlung der Zählpapiere ein, die Numerierung der Zählpapiere nimmt der Zähler erst nach dem Einsammeln vor.

II. Die Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung

1. Beginn und Beendigung der Austeilung

Mit der Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung beginnt der Zähler am 8. September. Sie muß am 12. September abends beendet sein. Die Bevölkerung soll jedoch möglichst bis zum 10. September (Sonntag) im Besitz der Zählpapiere sein.

2. Mitzunehmendes Material

Für seinen Gang in den Zählbezirk zur Austeilung der Zählpapiere hat der Zähler außer diesen Zählpapieren noch das Zählbezirksbuch, einige Reservezählpapiere und Schreibmaterial mitzunehmen.

3. Welche Personen haben Zählpapiere auszufüllen?

Genaue Angaben darüber, in welchen Fällen und von wem ein Zählpapier auszufüllen ist, enthält jedes Zählpapier und die Zähleranweisung. Diese Angaben muß sich der Zähler gründlich einprägen.

a) Eine Gebäudeliste hat auszufüllen:

Jeder Eigentümer, Pächter oder Verwalter (oder deren Vertreter) eines Grundstücks, auf dem sich Gebäude oder Baulichkeiten — gleichgültig welcher Art und aus welchem Material — befinden, die für Wohnzwecke, wirtschaftliche oder öffentliche Zwecke benutzt werden.

Solche Gebäude und Baulichkeiten sind: Wohngebäude, gewerblich benutzte Gebäude, auch bäuerliche Anwesen, Anstaltsgebäude, Amtsgebäude, Kirchen, Theater und sonstige Gebäude für kulturelle Zwecke, ferner Baracken, Garagen, Tankstellen, feste Verkaufsstände, auch auf Straßen und Plätzen (z. B. Kioske, Erfrischungshallen), Lagerschuppen, Wohnlauben, Behelfsheime u. dgl., auch Wohnwagen, beschädigte Gebäude und Gebäudereste, wenn sie noch für Wohn- und Arbeitszwecke benutzt werden.

Fliegende Verkaufsstände, Schaubuden und Zelte von Schaustellerunternehmen sind nicht als Gebäude anzusehen und daher nicht in die Gebäudeliste aufzunehmen.

Gebäudelisten sind weiterhin auszufüllen für noch nicht fertiggestellte,

aber bereits benutzte Neubauten sowie für im Wiederaufbau begriffene Gebäuderuinen oder beschädigte Gebäude, wenn sie teilweise benutzt sind. Auch vorübergehend nicht benutzte, aber benutzbare Gebäude sind durch Gebäudelisten zu erfassen.

Für jedes zu erfassende Grundstück ist jeweils nur eine Gebäudeliste auszufüllen, bei Wohnblocks, Reihenhäusern u. dgl. für jede Hausnummer (= Grundstück). Hat jedoch ein Grundstück mehrere Hausnummern, weil für das gleiche Grundstück mehrere nummerierte Eingänge von verschiedenen Straßen vorhanden sind, oder eine Sammelnummer (z. B. Johannisstr. 72 bis 80), so ist für dieses Grundstück nur **eine** Gebäudeliste anzulegen, wobei sämtliche Eingänge mit Straße und Hausnummer auf der Gebäudeliste einzutragen sind.

Auch für Grundstücke bzw. Gebäude **ohne** Hausnummer (z. B. im Bau befindliche Gebäude oder feste Verkaufsstände in Baulücken) sind Gebäudelisten auszufüllen.

Eine Gebäudeliste ist nicht auszufüllen für Grundstücke, die nicht bebaut sind oder auf denen sich nur völlig unbenutzte Gebäuderuinen befinden. Auch die von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Gebäude werden nicht erfaßt.

b) Eine Haushaltsliste haben auszufüllen:

Jeder Vorstand einer Haushaltung, und zwar:

In **Wohnungen** die Vorstände aller darin untergebrachten Wohnparteien (Familienhaushaltungen oder Einzelpersonen), gleichgültig, ob sie Eigentümer, Mieter oder Untermieter sind.

In **Untermiete wohnende Einzelpersonen** sind in die Haushaltsliste der Vermieter aufzunehmen; hat jedoch ein Einzeluntermieter besondere Gründe, eine eigene Haushaltsliste auszufüllen, so bestehen hiergegen keine Bedenken.

Es ist gleichgültig, ob die Wohnung in einem Wohngebäude, einem gewerblichen oder öffentlichen Gebäude, einem Wirtschaftsgebäude (Stallgebäude usw.), in einem Hotel, in einem Heim, einer Anstalt, einer Baracke, einem Behelfsheim, einer Wohnlaube, einem Bunker, einer Nissenhütte, im Rest eines zerstörten Gebäudes, in einem Wohnschiff oder einem Wohnwagen sich befindet. Nähere Erläuterungen darüber, was unter Wohnung zu verstehen ist, befinden sich auf der Vorderseite des Wohnungsbogens).

In **sonstigen Unterkunftsräumen**, die keine Wohnung darstellen und zu keiner Wohnung gehören, die Vorstände aller darin wegen Wohnungsmangel oder bis zur Beschaffung einer anderen Unterkunft untergebrachten Haushaltungen (Familien oder Einzelpersonen), z. B.:

Wohnungslose Dauergäste in Gasthöfen, Pensionen u. dgl. (jedoch nicht alleinstehendes Personal), ferner wohnungslose Eingewiesene in Flüchtlingslagern, Umsiedlerlagern, Bunkern sowie in Massen- und primitiven Unterkünften.

Eine Haushaltsliste ist nicht auszufüllen von:

Vorübergehend anwesenden Gästen in Gasthöfen, Hotels u. dgl., Patienten in Krankenhäusern, Untersuchungsgefangenen, **alleinstehendem** Personal in Gasthöfen, Hotels, Anstalten, soweit es dort ständig wohnt, **ständigen** Insassen in Anstalten aller Art. Diese Personen werden in einen **besonderen Erhebungsbogen** für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünften eingetragen, und zwar die **vorübergehend Anwesenden** (Gäste, Patienten, Untersuchungsgefangene) nur in der Gesamtzahl, da sie ja außerdem in ihrer heimischen Haushaltung als vorübergehend Abwesende erfaßt werden, dagegen das **alleinstehende Personal** und die **ständigen Insassen** mit allen Einzelangaben.

c) Einen »Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte (Anstaltsliste)« hat auszufüllen: Jeder Eigentümer, Pächter, Leiter, Vorstand oder Verwalter eines Hotels, Gasthofes, Fremdenheimes u. dgl., einer Anstalt (gleich welcher Art), wie Kloster, Altersheim, Waisenhaus, Krankenhaus Erholungsheim, Internat, Erziehungsanstalt, Strafanstalt usw., einer Massenunterkunft, wie Flüchtlings- oder Arbeiterlager.

Es handelt sich hier um Einrichtungen mit Unterkunftsräumen, die keine Wohnungen darstellen und zu keiner Wohnung gehören und in denen

Personal (in Hotels u. dgl. und in Anstalten),

Insassen (in Anstalten),

Gäste (in Hotels u. dgl.),

Wohnungslose Eingewiesene (Flüchtlinge, Evakuierte)

untergebracht sind.

Von diesem Personenkreis, soweit er in diesen Unterkunftsräumen untergebracht ist, sind im »Erhebungsbogen für Hotels usw.« gesondert einzutragen:

Im Personenverzeichnis B I, Seite 2 und 3, Personal und Dauerinsassen.

Im Personenverzeichnis B II, Seite 4, Wohnungslose Eingewiesene und Dauergäste in Hotels u. dgl. (jede dieser Familien und Einzelpersonen hat eine Haushaltsliste auszufüllen).

Im Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume A II 2 c, Seite 1, vorübergehend anwesende Gäste (in Hotels), Patienten (in Krankenhäusern), Untersuchungsgefangene nur in ihrer Gesamtzahl.

Außerdem sind im Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume A II Seite 1 anzugeben:

Unter A III die Zahl der vorhandenen Wohnungen,

unter A II 2 a-c die Zahl der sonstigen Unterkunftsräume mit der Gesamtzahl der darin untergebrachten Personen.

d) Wer hat einen Wohnungsbogen auszufüllen?

Was unter **Wohnung** zu verstehen ist, wird auf der Vorderseite des Wohnungsbogens erläutert.

Der Wohnungsbogen ist stets für die **ganze** Wohnung auszufüllen, auch wenn mehrere Wohnparteien in ihr wohnen, und zwar:

Für eine Wohnung mit nur **einem** Inhaber (Familie oder Einzelperson), auch wenn außerdem noch Untermieter darin wohnen, **nur** vom Inhaber für die ganze Wohnung;

für eine Wohnung, die von **mehreren Mietern** bewohnt wird, nur von demjenigen Mieter, der am längsten in der Wohnung wohnt oder in Zweifelsfällen vom Zähler bestimmt wird, ebenfalls für die ganze Wohnung;

für eine **leerstehende** Wohnung sowie für die Wohnung einer abwesenden Haushaltung vom Hauseigentümer, seinem Vertreter oder vom Zähler.

Auch Bewohner **primitiver Unterkünfte** (Behelfsheime, Baracken, Nissenhütten, Wohnlauben usw.), selbst wenn diese nicht die Merkmale einer Wohnung aufweisen, haben Wohnungsbogen auszufüllen.

Ein Wohnungsbogen ist nicht auszufüllen

von Untermietern,

vom 2., 3. usw. Mieter einer geteilten Wohnung,

von Familien und Einzelpersonen, die nicht in einer Wohnung, sondern in sonstigen Unterkunftsräumen untergebracht sind (siehe unter den vorhergehenden Abschnitten b und c dieser Anweisung, wer eine Haushalts-

liste bzw. Anstaltsliste auszufüllen hat), für beschlagnahmte Wohnungen.

Die Haushaltungsvorstände, die einen Wohnungsbogen auszufüllen haben, sind darauf hinzuweisen, daß in ihrem Wohnungsbogen alle in ihrer Wohnung wohnenden Wohnparteien (d. h. sie selbst als Inhaber, alle Mieter und Untermieter, auch Einzeluntermieter, die keine Haushaltsliste ausgefüllt haben) mit den auf sie entfallenden Räumen jede für sich auf einer besonderen Zeile eingetragen werden müssen.

e) Ein Arbeitsstättenbogen ist auszufüllen von:

Jedem Inhaber (Eigentümer, Pächter) oder Leiter einer Arbeitsstätte — gleichgültig ob haupt- oder nebenberuflich tätig — und von jedem, der eine freiberufliche oder sonstige selbständige Tätigkeit ausübt.

Zu den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten gehören:

Alle Industriebetriebe einschließlich des Bergbaues, auch Steinbrüche, soweit dort dauernd mindestens eine Person tätig ist.

Alle Handwerksbetriebe.

Alle Handelsbetriebe sowohl des Großhandels wie auch des Einzelhandels, z. B. Warenhaus, Ladengeschäfte, Etagenhandel, Kioske, ortsfeste Verkaufsstände, Handel in der Wohnung, die gepachtete Kantine auf dem Bundesbahngelände, der gepachtete Verkaufsstand auf dem Bahnsteig und alle ambulanten Händler.

Alle Einrichtungen des Geld- und Versicherungswesens, z. B. Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Lotteriegeschäfte, Wettannahmestellen, Leihhäuser usw.

Alle Verkehrseinrichtungen, z. B. Straßenbahn-, Omnibus-, Kraftverkehrsbetriebe, Spediteure, Privateisenbahnen. **Nicht dazu gehören die Dienststellen und Einrichtungen der Bundesbahn und der Bundespost.** Diese werden durch Bahn und Post selbst gezählt. Dagegen sind die Dienststellen der Bundespostreklame G. m. b. H. und der Bundesbahnreklame G. m. b. H. zu erfassen sowie die Dienststellen und Einrichtungen der Deutschen Schlaf- und Speisewagengesellschaft (früher Mitropa). Landwirte, soweit sie dauernd oder überwiegend mit ihren Gespannen oder einem Teil ihrer Gespanne gewerbliche Führen ausführen, sind zu zählen; Schiffe, soweit sie dauernd bemannt sind, erhalten einen Arbeitsstättenbogen durch besonders dafür bestimmte Stellen.

Dienststellen und Anstalten von Kirchen und Religionsgemeinschaften, ferner **Schulen, Museen, Theater, Lichtspielhäuser, Wanderkinos, Musikkapellen, Sporteinrichtungen, Vereine und Vereinigungen** verschiedener Art, **Wettannahmestellen**, soweit diese dauernd mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich beschäftigen.

Gaststätten, Hotels, Pensionen, private Mittagstische, Krankenhäuser, Heilanstalten, Sanatorien, Friedhöfe (letzttere, soweit dort mindestens eine Person beschäftigt ist).

Badeanstalten, Bedürfnisanstalten usw.

Büros und Dienststellen privater Organisationen (z. B. Wirtschaftsverbände, Parteibüros, Büros von Gewerkschaften usw.), soweit in ihnen mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich tätig ist.

Alle öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungen (z. B. Landratsamt, Finanzamt, Arbeitsamt, Rathaus, Gemeindeverwaltung usw.) sowie deren wirtschaftliche Werke, wie Gas- und Wasserwerke, Hafenbereiche u. dgl. (jedoch keine automatischen Anlagen, z. B. Pumpwerke, Umformerstationen und ähnliche Einrichtungen, die nur gelegentlicher Wartung bedürfen).

Für die **Zählung der Behörden** gelten besondere Vorschriften, die den einzelnen Behördendienststellen durch die Gemeindeverwaltung bekanntgegeben werden. Jede selbständige (in einem Gebäude vollständig und allein untergebrachte) Behörde hat einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Befinden sich mehrere selbständige Behörden in einem Gebäude, so füllt jede dieser Behörden einen eigenen Fragebogen aus. Außenstellen einer Behörde, die sich in der gleichen Gemeinde befinden wie die Zentrale dieser Behörde, werden auf dem Bogen der Zentrale miterfaßt. Der Zähler gibt jedoch auch an derartige Außenstellen Fragebogen aus, auf denen von der Zentrale der betreffenden Behörde zu bescheinigen ist, daß die Angaben für diese Außenstellen im Fragebogen der Zentrale (mit genauer Bezeichnung und Anschrift) enthalten sind.

Außenstellen von Behörden, die in einer anderen Gemeinde liegen als ihre Zentrale, haben einen eigenen Fragebogen auszufüllen.

Die Polizei ist von der übrigen Verwaltung getrennt zu behandeln. Jede

räumlich getrennt liegende Dienststelle der Polizei füllt einen eigenen Fragebogen aus.

Von den Behörden sind streng zu unterscheiden: Die öffentlichen Anstalten, wie Krankenhäuser, Altersheime u. dgl., und die Städtischen Regie- und Eigenbetriebe, wie Wasserwerke, Gaswerke u. dgl.; sie werden wie alle anderen Arbeitsstätten (gewerbliche Betriebe u. dgl.) behandelt, d. h. für jede räumlich getrennt liegende Anstalt, jeden räumlich getrennt liegenden Betrieb ist je ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, soweit sie handwerklicher oder gewerblicher Art sind, z. B. Gutschmieden, Sägewerke, Brennereien, Kartoffelflockenfabriken, Flachs- und Hanfröstereien, die nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern dauernd und überwiegend für den Markt (fremde Kundschaft) arbeiten.

Gärtnerei- und Tierzuchtbetriebe nur, wenn sie keine (eigenen oder gepachteten) landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Bodenflächen für Zwecke des Betriebes bewirtschaften, z. B. Friedhofsgärtnereien, die nur Begräbnisanlagen und Grabstätten instandsetzen, Gartenarchitekturbüros; Schweinemästereien und Hühnerfarmen nur, soweit sie lediglich aus zugekauften Futtermitteln Schweine mästen oder Hühner halten, Brieftaubenzüchter u. dgl.

Hochsee-, Küsten- und Binnenfischereibetriebe; letztere jedoch nur, wenn sie keine eigenen oder gepachteten Wasserflächen bewirtschaften. (Das bloße Recht zur Ausübung der Fischerei gilt dabei nicht als Bewirtschaftung einer Wasserfläche.)

Alle selbständigen Angehörigen freier Berufe (auch wenn die Arbeitsstätte in der Wohnung des Betreffenden liegt), z. B. Ärzte und Rechtsanwälte mit eigener Praxis, Architekten und Ingenieure mit eigenen Architektur- oder Ingenieurbüros, frei schaffende Künstler, z. B. Maler und Bildhauer, ferner Schriftsteller, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, selbständige Agenten und Vertreter, Hebammen usw.

Künstler, die in einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis stehen, z. B. Schauspieler und Sänger, die an einer staatlichen oder städtischen Bühne fest angestellt sind, Professoren an Akademien, Hochschulen usw., aber auch sonstige geistig Schaffende, wenn sie nicht selbständig tätig sind, füllen kei-

nen gesonderten Arbeitsstättenbogen aus, sondern werden unter D 1 oder D 3 des Fragebogens der Arbeitsstätte eingetragen, bei der sie beschäftigt sind.

Alle nicht an eine feste Arbeitsstätte gebundenen Gewerbe, z. B. Schau- steller, Wandermusiker, Händler auf Jahrmärkten und Messen, Hausierer usw.

Durch die Arbeitsstättenzählung werden nicht erfaßt:

1. Die reinen Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.
2. Gewerbliche Nebenbetriebe der Landwirtschaft, die nur für den eigenen Bedarf arbeiten.
3. Tierzucht mit landwirtschaftlich genutzter Bodenfläche.
4. Die Dienststellen und Einrichtungen der Bundesbahn und Bundespost.
5. Die Dienststellen der Besatzungsmacht sowie von der Besatzungsmacht betriebene Arbeitsstätten. Für diese erfolgt eine Sonderregelung.
6. Baustellen (die dort tätigen Personen sind durch die die Bauten ausführenden Baufirmen mitzuzählen).
7. Ehrenamtliche Tätigkeit.

Ein Arbeitsstättenbogen ist auszufüllen für jede Hauptniederlassung, für jede Zweigniederlassung, jede Verkaufsfiliale wie für jeden sonstigen räumlich getrennten Zweigbetrieb, für jede Werkstätte, jeden Verkaufsstand auf einer Dauermesse usw.

Wenn in einem Gebäude, Raum, Laden oder Verkaufsstand verschiedene Gewerbe von verschiedenen selbständigen Inhabern ausgeübt werden, so ist für jede dieser Arbeitsstätten ein besonderer Fragebogen auszufüllen. Dies trifft zu für Betriebs-, Büro- und Ladengemeinschaften, ferner für den Schokoladenverkaufsstand in einem Kino, die gepachtete Kleiderablage im Theater, die gepachteten Toiletten in einer Gaststätte usw.

Für Arbeitsstätten, in denen nur zeitweise Personen tätig sind (Freibadeanstalten, Bootsverleihbetriebe, Strandrestaurants, bewirtschaftete Hütten usw.), ist ein Fragebogen nur dann auszufüllen, wenn in ihnen während der Saison mindestens eine Person tätig ist.

Dies gilt auch für Saison- und Kampagnebetriebe (wie z. B. Zuckerfabriken, Konservenfabriken, Mälzereien

usw.) sowie für sonstige **zeitweilig ruhende Arbeitsstätten**.

Wo ist der Fragebogen auszugeben?
Der Fragebogen wird am Ort der Arbeitsstätte ausgegeben. Eine Ausnahme bilden die Gewerbetreibenden, die keine feste Arbeitsstätte haben, z. B. Straßenhändler, Hausierer und ähnliche; diese werden an ihrem Wohnsitz erfaßt. Der Zähler gibt also nur an die Arbeitsstätten einen Fragebogen aus, die in seinem Zählbezirk liegen.

Bei Arbeitsstätten, die monatlich zum Industriebericht melden, kann der Fragebogen sofort ausgefüllt in Empfang genommen werden, da an diese Arbeitsstätten die Fragebogen bereits vorher durch die Statistischen Landesämter zugesandt worden sind.

Bei Ausgabe des Arbeitsstättenbogens hat der Zähler darauf hinzuweisen, daß zur Beantwortung der Fragen nach dem Umsatz gegebenenfalls die Hilfe des Steuerberaters oder Steuerhelfers in Anspruch zu nehmen ist.

4. Austeilung der Zählpapiere

a) An die Grundstückseigentümer

Bei seinem Gang von Grundstück zu Grundstück (in der vorher festgelegten zweckmäßigsten Reihenfolge) sucht der Zähler zunächst den Eigentümer, Verwalter des Grundstücks bzw. Gebäudes (oder deren Vertreter) auf und übergibt ihm die Gebäudeliste für das betreffende Grundstück bzw. Gebäude (falls nicht bereits bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt). Er läßt sich von ihm darüber unterrichten, wieviel Haushaltungen im Grundstück bzw. Gebäude vorhanden sind, welche Haushaltungen (auch Einzelpersonen) eine eigene Wohnung besitzen oder eine Wohnung mit anderen Hauptmietern teilen, in welchen Haushaltungen Untermieter wohnen und ob gegebenenfalls einzelne Teile des Gebäudes (insbesondere Wohnungen) von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind, wieviel Arbeitsstätten sich auf dem Grundstück bzw. im Gebäude befinden, und er läßt sich zugleich die Lage der einzelnen Wohnungen und Arbeitsstätten im Grundstück bzw. Gebäude angeben oder zeigen.

Wohnt der Eigentümer oder Verwalter nicht auf dem Grundstück bzw. im Gebäude, so hat der Zähler, wenn er ihn auch anderswo nicht erreichen kann und die Liste bei der Gebäudevorerhebung noch nicht ausgefüllt wurde, einen ortskundigen Mieter zur Hilfeleistung heranzuziehen und die

Gebäudeliste mit seiner Hilfe selbst auszufüllen. Ist die Gebäudeliste bereits bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt worden, so benutzt sie der Zähler als Unterlage für die Austeilung der weiteren Zählpapiere im Grundstück, er hat sie aber auch gleichzeitig zu prüfen, ob ihre Angaben noch zutreffen, und sie gegebenenfalls zu berichtigen.

b) An die Haushaltungen

Hierauf begibt sich der Zähler in die einzelnen Wohnungen des Grundstücks und stellt beim Betreten jeder Wohnung folgende Fragen: (Was unter Wohnung zu verstehen ist, wird auf der Vorderseite des Wohnungsbogens erläutert.)

Wird die Wohnung von einer Wohnpartei (Hauseigentümer oder Mieter) **allein** bewohnt?

Ist dies der Fall, so ist ein Wohnungsbogen und eine Haushaltsliste auszugeben.

Sind in der Wohnung mehrere Mieter vorhanden, die ihre Miete direkt an den Hauseigentümer entrichten?

Ist dies der Fall, so ist jeder Wohnpartei eine Haushaltsliste auszuhändigen. Es ist jedoch nur ein Wohnungsbogen für die **gesamte Wohnung**, und zwar nur von demjenigen Mieter auszufüllen, der am längsten in der Wohnung wohnt. Dabei sind von ihm alle Wohnparteien der Wohnung mit den auf sie entfallenden Räumen — jede auf eine besondere Zeile — in den Wohnungsbogen einzutragen. Wohnen mehrere solcher Mieter gleich lange in einer Wohnung zusammen, so beauftragt der Zähler einen von ihnen mit der Ausfüllung des Wohnungsbogens für die **gesamte Wohnung**.

Sind in der Wohnung Untermieter vorhanden? (Familien oder Einzelpersonen)

Ist dies der Fall, so hat der Zähler für den Wohnungsinhaber **und** für jede Untermieterfamilie, in begründeten Fällen auch für Einzeluntermieter, je eine Haushaltsliste auszugeben, außerdem an den Wohnungsinhaber für die ganze Wohnung einen Wohnungsbogen, in den sämtliche Wohnparteien einzutragen sind.

Für die Ausfüllung des Wohnungsbogens ist darauf hinzuweisen, daß **für jede Wohnpartei** in der Tabelle I je eine **besondere Zeile** zu benutzen ist, auch für jeden Einzeluntermieter

und auch dann, wenn dieser keine eigene Haushaltsliste ausfüllt, sondern in der Haushaltsliste seines Vermieters aufgeführt wird.

Stellt der Zähler fest, daß **eine Wohnung leersteht** oder daß **sämtliche Insassen** einer Wohnung abwesend sind, so hat er den Wohnungsbogen für diese Wohnungen und die Haushaltsliste für die abwesenden Insassen durch den Hauseigentümer oder dessen Vertreter ausfüllen zu lassen oder notfalls nach Angaben ortskundiger Hausbewohner selbst auszufüllen.

Befinden sich unter den Mitgliedern einer Haushaltung Inhaber von Gewerbebetrieben, Handelsbetrieben oder Angehörige freier Berufe oder Inhaber oder Leiter einer sonstigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätte?

Wenn ja, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß in jedem dieser Fälle der Abschnitt H auf Seite 4 der Haushaltsliste auszufüllen ist. Für Arbeitsstätten, die sich zusammen mit der Haushaltung auf dem Grundstück selbst befinden, ist je ein Arbeitsstättenbogen auszugeben. Liegt die Arbeitsstätte auf einem anderen Grundstück als die Haushaltung, so hat der Zähler einen Fragebogen nicht auszugeben, sondern dieser wird auf diesem anderen Grundstück (dem Ort der Arbeitsstätte) von dem dort zuständigen Zähler ausgegeben und wieder eingesammelt. Jedoch ist an Gewerbetreibende und selbständige Angehörige freier Berufe ohne feste Arbeitsstätte, z. B. ambulante Händler, Hausschneiderinnen, Hebammen, Schriftsteller usw., der Arbeitsstättenbogen in ihrer Wohnung auszuhändigen.

c) An die Arbeitsstätten

In der oben beschriebenen Weise ist die Austeilung der Zählpapiere in den Wohnungen vorzunehmen. Daneben muß der Zähler alle auf dem Grundstück liegenden nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten erfassen, deren Inhaber oder Leiter nicht auf dem gleichen Grundstück wohnen, z. B. Läden, Kioske oder sonstige Verkaufsstände, sofern sie erkennbar ständig an ein und derselben Stelle betrieben werden, Fabriken, Werkstätten, Büros, Amtsgebäude, öffentlich-rechtliche Betriebe usw. Für diese Arbeitsstätten ist der Fragebogen am Ort der Arbeitsstätte dem Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätte oder deren Vertreter zur Ausfüllung zu übergeben.

d) **An Hotels, Heime, Anstalten usw.**

Befindet sich im Zählbezirk ein Gasthof, Hotel, Fremdenheim, eine Anstalt, ein Flüchtlingslager, Ledigenheim usw. (für größere Anstalten und Lager werden in der Regel besondere Zählbezirke gebildet), so wendet sich der Zähler an den Eigentümer, Pächter des Gasthofes, Hotels usw. bzw. an den Leiter, Vorstand der Anstalt und übergibt ihm folgende Zählpapiere:

eine **Gebäudeliste** für den Fall, daß das Hotel, Heim, die Anstalt usw. allein auf dem Grundstück liegt;

je einen **Wohnungsbogen** für jede Wohnung innerhalb des Hotels, Heims usw.;

je eine **Haushaltungsliste** für jeden Inhaber einer Wohnung im Hotel, Heim usw., für jede in sonstigen Unterkunftsräumen des Hotels, Heims usw. untergebrachte wohnungslose Familie oder Einzelperson und jeden wohnungslosen Dauergast im Gasthof, Hotel u. dgl.;

je einen **Arbeitsstättenbogen** für das Hotel, die Anstalt usw. selbst sowie für jede in der Anstalt usw. sich befindende, der Anstalt oder einer fremden Person gehörende selbständige Arbeitsstätte (Werkstätte und dgl.), für anstaltseigene Arbeitsstätten nur soweit sie überwiegend für fremde Kundschaft arbeiten;

einen **Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. (Anstaltsliste)** für die gesamte Anstalt usw.

e) **An Schiffe, Wohnwagen und sonstige nicht ortsfeste Wohn- und Arbeitsstätten und an primitive Unterkünfte.** Die Zählung der im Betrieb befindlichen Schiffe, ihrer Bemannung und der Passagiere erfolgt durch besondere Zählungsorgane (Wasserschutzpolizei und dgl.) und durch besondere Zählpapiere (Schiffsliste).

Außer Dienst gestellte Schiffe, die als Wohnschiffe, als Hotels, als Gaststätten usw. benutzt werden, sind jedoch wie Gebäude zu behandeln und in Gebäudelisten einzutragen; die Zählung auf diesen Schiffen ist wie in Gebäuden durchzuführen (durch Wohnungsbogen, Haushaltungslisten usw.). Für Plätze und Grundstücke, die am Zählungstichtag von **Schaustellerunternehmen, Zigeunerlagern, Zeltlagern u. dgl.** belegt sind, werden in der Regel besondere Zählbezirke gebildet werden. Gehören zu den Unternehmen oder Lagern ständig bewohnte Wohnwagen, so ist für den betreffenden Platz bzw. das Grundstück eine

Gebäudeliste anzulegen (Zelte und nicht ortsfeste Arbeitsstätten werden in die Gebäudeliste nicht aufgenommen). Die Gebäudeliste hat der Inhaber (Leiter) des Unternehmens bzw. Lagers auszufüllen, sofern sich das Unternehmen bzw. Lager allein auf dem Platz (Grundstück) befindet, sonst der Zähler. Für jeden bewohnten Wohnwagen ist ein Wohnungsbogen dann auszugeben, wenn die Bewohner keine andere Wohnung haben, ferner für jede Haushaltung, die ständig im Wohnwagen wohnt, je eine Haushaltungsliste. Alle übrigen nicht oder nicht ständig im Wohnwagen wohnenden Mitglieder des Unternehmens und Insassen des Lagers sind in einen Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. (Anstaltsliste) einzutragen, und zwar — wenn sie sonst keine andere Wohnung haben — auf den Innenseiten der Anstaltsliste, dagegen, wenn sie nur vorübergehend anwesend sind und anderwärts einen festen Wohnsitz haben, nur in der Gesamtzahl auf der Vorderseite der Anstaltsliste. Für das Schaustellerunternehmen bzw. Lager wird außerdem ein Arbeitsstättenbogen ausgegeben, gegebenenfalls auch für jede sonstige selbständige nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte innerhalb des Unternehmens oder Lagers.

Die Ausgabe der Zählpapiere an diese Personen mit wechselndem Aufenthalt, wie auch die Wiedereinsammlung der Zählpapiere erfolgt zweckmäßigerweise am Zählungstichtag selbst.

Für bewohnte **primitive Unterkünfte** (Behelfsheime, Baracken, Buden, Nissenhütten, Bunker, Wohnlauben, Ruinenkeller usw.), auch wenn sie nicht die Merkmale einer Wohnung aufweisen, sind an die Bewohner Wohnungsbogen auszugeben, für jede Haushaltung (auch alleinstehende Person) in diesen Unterkünften je eine Haushaltungsliste, für jede nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte je ein Arbeitsstättenbogen, für jedes Grundstück, auf dem sich nur solche primitive Unterkünfte befinden, eine Gebäudeliste, und zwar wenn der Grundstückseigentümer nicht auf dem Grundstück wohnt, an einen der Bewohner.

f) **Erfassung von im Bau befindlichen Gebäuden, Neubauten, leer stehenden Wohnungen, abwesenden Haushaltungen, vorübergehend geschlossenen Betrieben.**

Für jede im Zählbezirk liegende Baustelle (gleichgültig, ob als Wohnungsbau, Fabrikbau oder sonst erkennbar),

wie auch für jedes im Wiederaufbau befindliche, beschädigte oder zerstörte Gebäude, wenn sie bereits teilweise benutzt werden, ist eine Gebäudeliste anzulegen (wenn die Baustelle allein auf einem Grundstück liegt) bzw. das im Bau befindliche Gebäude in dem Verzeichnis der Gebäude auf der Vorderseite der Gebäudeliste einzutragen (wenn es mit anderen Gebäuden zusammen auf einem Grundstück liegt), auch dann, wenn die Baustelle nicht von der Gemeindebehörde bereits in die Zählbezirksbeschreibung und in den Zählbezirksbericht eingetragen wurde. Bei den Baustellen ist durch kurze Eintragung der Bauzustand anzugeben, z. B. Rohbau fertig, Erdgeschoß bewohnt oder Erdgeschoß und erster Stock bewohnt, 2. und 3. Stock im Ausbau begriffen usw., sowohl in der Gebäudeliste wie auch im Zählbezirksbericht. Beschädigte unbewohnte Gebäude werden nicht erfaßt. Für vorübergehend leer stehende Wohnungen ist vom Hauseigentümer oder — wenn dieser nicht anwesend — vom Zähler nach Angaben eines Hausbewohners je ein Wohnungsbogen anzulegen und nach Möglichkeit auszufüllen. Ist eine Haushaltung vorübergehend abwesend oder eine Arbeitsstätte vorübergehend geschlossen, so hinterlegt der Zähler die Zählpapiere für diese Haushaltungen bzw. Arbeitsstätten beim Hausbesitzer (Verwalter oder Vertreter). Sind diese Haushaltungen oder Arbeitsstätten auch beim Wiedereinsammeln der Zählpapiere noch nicht erreichbar, so füllt der Zähler die Zählpapiere nach Angaben des Hausbesitzers oder der Nachbarn — soweit möglich — selbst aus und vermerkt dies im Zählbezirksbericht. Stillgelegte Arbeitsstätten und ruhende Arbeitsstätten (z. B. Kampagne-Betriebe) werden nicht erfaßt. Ist jedoch am Zählungstichtag ein tätiger Inhaber oder mindestens ein Beschäftigter vorhanden, so ist die Arbeitsstätte zu zählen.

5. Eintragungen in das Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht während der Austeilung.

Während der Austeilung der Zählpapiere hat der Zähler in der Reihenfolge, in der er den Bezirk begeht, in dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht, das er zugleich mit dem Zählbezirksbuch erhält, in die dafür vorgesehenen Spalten einzutragen:

Sp. 1: Die Bezeichnung (Straße und Hausnummer) des Grundstücks bzw. Gebäudes;

Sp. 2: Lage der Wohnungen oder Arbeitsstätten auf dem Grundstück (Vorderhaus, Seitenhaus usw.), im Gebäude (Erdgeschoß, 1. Stock usw.), im Stockwerk (rechts oder links);

Sp. 3: Die Namen der Grundstückseigentümer, der Haushaltungsvorstände, der Inhaber von Arbeitsstätten, denen er eine Gebäudeliste, einen Erhebungsbogen für Hotels usw., einen Wohnungsbogen, eine Haushaltungsliste oder einen Arbeitsstättenbogen ausgegeben hat;

Sp. 4 bis 8: Vermerk über die ausgegebenen Gebäudelisten, Erhebungsbogen für Hotels usw., Wohnungsbogen, Haushaltungslisten, Arbeitsstättenbogen. Bei der Gebäudevorhebung bereits ausgefüllte Gebäudelisten, die im Besitz des Zählers verbleiben, sind hier mit einem Kreuz (+) zu vermerken;

Sp. 9: Bemerkungen über zerstörte Gebäude, im Bau befindliche benutzte Gebäude, leerstehende Wohnungen, abwesende Haushaltungen usw.

Die Ausgabe jedes Zählpapiers ist in den dafür vorgesehenen Spalten und in der gleichen Zeile, in der der Empfänger eingetragen ist, durch einen Strich (/) zu vermerken.

6. Meldung an die Gemeindebehörde

Die Beendigung der Austeilung der Zählpapiere hat der Zähler der Gemeindebehörde (Zählungsdienststelle) (gegebenfalls dem Oberzähler) spätestens bis zum 12. September abends zu melden. Sollte er bereits vorher etwa infolge plötzlicher Erkrankung verhindert sein, die Austeilung der Zählpapiere vorzunehmen oder gezwungen sein, sie zu unterbrechen, so hat er dies der Gemeindebehörde sofort auf dem schnellsten Wege mitzuteilen.

III. Wiedereinsammlung und erste Prüfung der Zählpapiere

1. Beginn und Beendigung der Einsammlung

Mit der Einsammlung der ausgefüllten Zählpapiere beginnt der Zähler am 14. September mittags; sie muß am 17. September abends beendet sein.

2. Mitzunehmendes Material

Bei der Einsammlung der Zählpapiere hat der Zähler das Zählbezirksbuch, eine Reserve an Zählpapieren und Schreibmaterial mit sich zu führen.

3. Einsammeln der Zählpapiere

Das Einsammeln der Zählpapiere nimmt der Zähler an Hand des Hilfsblatts für den Zählbezirksbericht vor. Zweckmäßigerweise sucht er die einzelnen Grundstücke in der gleichen Reihenfolge

auf, in der er sie beim Austeilen der Zählpapiere aufgesucht und in das Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht eingetragen hat, um kein Grundstück zu übergehen.

Er begibt sich wiederum zunächst zum Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümer (oder dessen Vertreter), läßt sich von ihm die ausgefüllte Gebäudeliste aushändigen und vergleicht die Angaben der Gebäudeliste mit seinen eigenen Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Untermieter, auch wenn sie eine Haushaltsliste ausgefüllt haben, und Arbeitsstätten, für die zwar Arbeitsstättenbogen auszufüllen waren, die jedoch keine baulich hergerichteten Arbeitsräume (Werkstatt, Laden) aufweisen, wie z. B. selbständige freiberufliche Tätigkeit, ambulantes Gewerbe, fliegende Verkaufsstände, in der Gebäudeliste nicht aufgeführt sind, wohl aber im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht verzeichnet sein müssen. Nötigenfalls zieht er den Grundstückseigentümer auch bei der anschließenden Einsammlung der Zählpapiere in den Wohnungen und Arbeitsstätten des Grundstücks zu Auskünften und sonstiger Unterstützung heran.

Jedes ausgegebene Zählpapier muß wieder eingesammelt werden. Den Empfang der ausgefüllten Zählpapiere hat der Zähler im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht in der vorgesehenen Spalte neben dem Ausgabenvermerk zu vermerken — am zweckmäßigsten in der Weise, daß das Ausgabezeichen (/) durchstrichen wird (X). **Die Zählpapiere sind bereits beim Einsammeln wohnungs- und grundstücksweise zusammenzulegen** und bei der weiteren Bearbeitung und Abgabe an die Zählungsdienststelle stets so zusammen zu belassen. Dabei sind in die Haushaltsliste des Wohnungsinhabers sowohl der Wohnungsfragebogen wie auch sämtliche in dieser Wohnung eingesammelten Haushaltslisten aller weiteren etwa vorhandenen Haushaltungen und die gegebenenfalls in dieser Wohnung ausgefüllten Arbeitsstättenbogen hineinzulegen. Die so wohnungsweise zusammengefaßten Zählpapiere und alle übrigen Arbeitsstättenbogen, die zu keiner Wohnung im Grundstück gehören, sind sodann in die Gebäudeliste des Grundstücks zu legen. Die für ein Hotel, Heim, eine Anstalt usw. neben der Anstaltsliste gegebenenfalls ausgefüllten Wohnungsbogen, Haushaltslisten, Arbeitsstättenbogen und der Arbeitsstättenbogen für das Hotel, Heim usw. selbst sind in die Anstaltsliste und mit dieser in die betreffende Gebäudeliste hineinzulegen. Jede Haushaltung, jede Person, jede Wohnung und jede Arbeitsstätte müssen

erfaßt werden; der Zähler muß deshalb ständig prüfen und nachforschen, ob bei der Austeilung der Zählpapiere etwa Grundstücke, Haushaltungen, Wohnungen oder Arbeitsstätten übergangen worden sind oder etwa bereits bei der Abgrenzung des Zählbezirks Grundstücke oder Gebäude übersehen worden sind. In allen diesen Fällen muß der Zähler die in Betracht kommenden Zählpapiere sofort nachträglich ausfüllen lassen und auch die entsprechenden Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht nachholen.

4. Erste Prüfung der Zählpapiere

a) Die Zählpapiere müssen vollständig vorhanden sein

Bereits beim Einsammeln hat der Zähler die Zählpapiere an Ort und Stelle auf ihre Vollständigkeit und auf ihre vollständige Ausfüllung zu prüfen. Die Kontrolle darüber, ob er alle ausgegebenen Zählpapiere wieder eingesammelt hat, geben dem Zähler die Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht. Zur weiteren Kontrolle sind die Eintragungen in den Gebäudelisten, in den Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten usw. und in den Haushaltslisten, Abschnitt H heranzuziehen. Die Angaben der Gebäudeliste über die Gebäude, Wohnungen, Haushaltungen und Arbeitsstätten müssen mit den entsprechenden Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht übereinstimmen mit Ausnahme der Eintragungen im Hilfsblatt über die Untermieterhaushaltungen und über die Arbeitsstätten ohne hierzu baulich hergerichtete Räume, desgleichen die Angaben des Erhebungsbogens für Hotels, Heime, Anstalten usw. (Anstaltsliste) über die Wohnungen, Haushaltungen und Arbeitsstätten des Hotels, Heims usw. Die Eintragungen in den Haushaltslisten im Abschnitt H müssen mit den Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht für alle Arbeitsstätten übereinstimmen, die im Zählbezirk liegen und deren Inhaber (Leiter usw.) zugleich im Zählbezirk wohnen. Aus diesen Vergleichen sich ergebende Unstimmigkeiten sind sofort zu klären und richtig zu stellen, vor allem im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht fehlende Eintragungen nachzuholen. Bei der Einsammlung der Zählpapiere nicht angetroffene Ausfüllungspflichtige hat der Zähler wiederholt aufzusuchen; notfalls hat er die Zählpapiere nach den Angaben des Grundstückseigentümers oder der Mitbewohner selbst auszufüllen und einen entsprechenden Vermerk im

Zählpapier und im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht zu machen.

Auch wenn alle Zählpapiere, die im Hilfsblatt zum Zählbezirksbericht als ausgegeben vermerkt sind, wieder vorliegen, muß sich der Zähler trotzdem vergewissern, ob er bei der Ausgabe der Zählpapiere nicht versehentlich den Vermerk im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht über die Ausgabe eines Zählpapiers unterlassen hat oder ob inzwischen Veränderungen im Bestand der Haushaltungen, Wohnungen oder Arbeitsstätten eingetreten sind. Der Zähler muß deshalb auch beim Einsammeln der Zählpapiere in den Wohnungen nochmals die bei der Ausgabe bereits geklärten Fragen überprüfen.

b) Die Zählpapiere müssen vollständig und richtig ausgefüllt sein

An Ort und Stelle, in Gegenwart der Ausfüllungspflichtigen, hat der Zähler weiterhin zu prüfen, ob die Zählpapiere vollständig ausgefüllt sind:

Auf jedem Zählpapier müssen auf der Vorderseite rechts oben die Angaben über Land, Kreis, Gemeinde, Gemeindeteil und die Zählbezirksnummer von der Gemeindebehörde eingetragen sein oder vom Zähler nachgetragen werden.

Gebäudeliste

Auf der **Vorderseite** der Gebäudeliste muß die Bezeichnung des Grundstücks mit Straße und Hausnummer unbedingt vorhanden sein und gegebenenfalls vom Zähler nachgetragen werden.

In **Abschnitt 1** muß unter a der Name des Eigentümers des Grundstücks bzw. Gebäudes, bei natürlichen Personen auch die soziale Stellung, unter b seine Anschrift angegeben sein.

In **Abschnitt 2** müssen in jedem Fall die Spalten 1 bis 7 des Verzeichnisses ausgefüllt sein, und zwar muß Spalte 3 genaue Angaben, keine allgemeinen Ausdrücke enthalten, in Spalte 4 muß eine der im Kopf unter a bis n angeführten Bezeichnungen für die Art des Gebäudes eingetragen sein. Die Spalte 7 muß mit »ja« oder »nein« beantwortet sein (Wandrisse, Putz-, Glas- oder Holzschäden kommen nicht in Betracht), wenn mit ja, auch Spalte 8 ausgefüllt sein.

Innenseiten der Gebäudeliste:

In Abschnitt 3 »Verzeichnis der Wohnungen, Werkstätten usw.« müssen die Angaben in Spalte 1 mit den in Spalte 2 des Gebäudeverzeichnisses auf der Vorderseite übereinstimmen. Die Spalten 4

(Zweckbestimmung) und 10 (Namen der Inhaber und Mieter) müssen in jedem Fall Eintragungen enthalten.

Ist in Spalte 4 eine Werkstatt, ein Laden, Büro usw. angegeben, so muß auch Spalte 5 ausgefüllt sein. Auch die nicht zu einer Wohnung gehörenden Unterkunftsräume eines Hotels, Heimes, einer Anstalt usw. sind in Spalte 5 anzugeben. Ist in Spalte 4 eine Wohnung angegeben, so müssen die Spalten 6 bis 9 und Spalte 11 Eintragungen enthalten, auch wenn die Wohnung leersteht oder von Angehörigen der Besatzungsmacht bewohnt ist. In den beiden letztgenannten Fällen muß in Spalte 10 »leerstehend« bzw. »beschlagnahmt« eingetragen sein. In Spalte 11 muß für jede Wohnung entweder ein Mietbetrag oder der Vermerk »Eigentümerwohnung« oder »mietfrei« eingetragen sein. Für alle Mietwohnungen, d. h. Wohnungen, für die in Spalte 11 ein Mietbetrag angegeben ist, müssen auch die Spalten 12 bis 14 ausgefüllt sein.

Die Spalten 15 bis 18 füllt der Zähler später bei den abschließenden Arbeiten zu Hause aus.

Ob in der Gebäudeliste alle benutzten Gebäude des Grundstücks, alle Wohnungen mit ihren Inhabern bzw. Mietern (nicht Untermietern), alle Arbeitsstätten (soweit sie baulich hierzu hergerichtete Räume aufweisen) mit ihren Inhabern bzw. Leitern eingetragen sind, stellt der Zähler durch Befragen des Grundstückseigentümers oder seines Vertreters fest. Er kontrolliert diese Angaben laufend beim Einsammeln der weiteren Zählpapiere im Grundstück und vergleicht sie dabei mit seinen eigenen Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht.

Die Gebäudeliste ist besonders in den Fällen zu prüfen, in denen sie bereits bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt worden ist. Ergibt sich aus der Prüfung, daß die Eintragungen nicht mehr zutreffen (z. B. ein Mieter verzogen und ein anderer eingezogen ist) oder daß sie nicht vollständig oder unrichtig sind, so sind die entsprechenden Berichtigungen an Ort und Stelle vorzunehmen.

Haushaltungsliste

Auf der **Vorderseite** der Haushaltungsliste darf rechts oben unter den Ordnungsangaben die Grundstücksbezeichnung (Straße und Hausnummer) nicht fehlen. An der vorgesehenen Stelle muß ferner der Name des Haushaltungsvorstandes eingetragen sein, auch die darunterstehenden Fragen nach den Wohnverhältnissen der Haushaltung müssen in jedem Fall beantwortet sein, und zwar

entweder die Frage a, ob Hauseigentümer im eigenen Haus
oder Frage b, ob Mieter oder Untermieter, wenn Untermieter auch Frage c,
oder Fragen d und e bei sonstiger Unterkunft (nicht Wohnung).

Innenseiten der Haushaltsliste:

In den Abschnitten A bis C müssen für **alle** hier eingetragenen Personen die **Spalten 1 bis 7 und 9 bis 14** ausgefüllt sein. In Spalte 7 darf keine Person als »getrennt lebend« bezeichnet sein. Ist dies doch der Fall, so muß der Zähler durch Befragen des Ausfüllungspflichtigen ermitteln, ob die Ehe durch gerichtliches Urteil geschieden ist, dann ist »geschieden« einzutragen, oder ob der Ehepartner aus beruflichen Gründen, wegen mangelnden Wohnraums oder aus sonstigen (z. B. persönlichen) Gründen an einem anderen Ort oder in einem anderen Grundstück wohnt oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befindet oder vermißt ist, dann ist »verheiratet« einzutragen. Ist die Ehe nicht geschieden, so muß der abwesende Ehepartner (Mann oder Frau) in Abschnitt B, C oder E eingetragen sein. Der Zähler muß unbedingt darauf achten, daß für jede in Abschnitt A oder B in Spalte 7 als »verheiratet« eingetragene Person auch der dazugehörige Ehepartner in der gleichen Haushaltsliste nachgewiesen wird, und zwar, wenn er mit seiner Familie zusammenwohnt, in Abschnitt A oder B, wenn nicht, dann in Abschnitt C oder E.

Für jede in Spalte 7 als »verheiratet« eingetragene Person muß in der gleichen Spalte das Eheschließungsjahr (der jetzigen Ehe) angegeben sein, für jede verheiratete Frau außerdem in **Spalte 8** die Zahl der lebendgeborenen Kinder (der jetzigen Ehe) oder das Wort »keine« eingetragen sein.

In **Spalte 12** darf die Angabe des Kreises oder (falls nicht bekannt) der Provinz oder des Landes nicht fehlen.

Spalte 14 muß für alle in Abschnitt A bis C eingetragenen Personen Angaben enthalten; für noch nicht schulpflichtige Kinder ist »Kind« einzutragen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß auch für die im Haushalt der Eltern lebenden Kinder im erwerbsfähigen Alter (vor dem 13. September 1936 geboren) Angaben darüber vorliegen müssen, ob sie erwerbstätig sind, im Betrieb eines Familienmitgliedes mithelfen oder arbeitslos sind, oder ob sie Studenten, Schüler oder ohne Beruf und ohne eigene Erwerbsquelle sind, oder ob sie nur im Haushalt helfen (»hilft im Haushalt«).

Bei Ehefrauen, die nur den Haushalt versehen, lautet die Eintragung »Hausfrau«; üben sie einen Beruf aus, so muß »erwerbstätig«, helfen sie im Betrieb eines Familienmitgliedes, so muß ebenfalls »erwerbstätig« eingetragen sein. Mithilfe im Betrieb ist beim Fehlen anderer Angaben über die Erwerbstätigkeit bei Familienangehörigen (Ehefrau, Kinder, Geschwister) eines selbständigen Landwirts, Gewerbetreibenden oder Geschäftsinhabers als wahrscheinlich anzunehmen und durch Befragen festzustellen.

Die **Spalten 15 bis 20** müssen für alle Personen ausgefüllt sein, die in Spalte 14 als **erwerbstätig** oder als **arbeitslos** bezeichnet sind.

Bei **Spalte 16** ist auf **genaue** Angabe des Geschäftszweiges, entsprechend den Erläuterungen zu dieser Spalte, zu achten.

Bei **Spalte 18** ist die Stellung im gegenwärtig ausgeübten Beruf maßgebend, nicht eine früher innegehabte Berufsstellung; z. B. muß ein früherer Selbständiger oder Beamter, der gegenwärtig eine Arbeitertätigkeit ausübt (aus Spalte 19 zu ersehen), als »Arbeiter« eingetragen sein.

In **Spalte 19** muß die Art der gegenwärtig ausgeübten Tätigkeit ebenfalls so genau wie möglich (wie im Kopf der Spalte erläutert) angegeben sein.

Spalte 21 wird nur für Krankenkassenmitglieder ausgefüllt. Bei allen Krankenkassen (außer Privatkrankenkassen) muß neben der Kassenbezeichnung noch der Zusatz »pfl.« oder »frw.« (d. h. ob pflichtversichert oder freiwillig versichert) eingetragen sein.

Spalte 22 muß für alle in Abschnitt A bis C eingetragenen Personen ausgefüllt sein, die über 14 Jahre alt sind, d. h. vor dem 13. September 1936 geboren sind. Für Versicherte in der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung und Knappschaftsversicherung muß neben der Versicherungsart noch angegeben sein, ob sie pflicht- oder freiwillig versichert sind.

In **Spalte 23** müssen für alle in den Abschnitten B und C eingetragenen Personen Angaben über den Grund der Abwesenheit und über den Aufenthaltsort, bei Kriegsgefangenen gegebenenfalls die Nummer des Lagers, vorhanden sein.

Bei **Abschnitt D** ist darauf zu achten, daß hier eingetragene Personen nicht noch einmal in Abschnitt A aufgeführt sind.

In **Abschnitt E** werden in der Regel nur aus den angegebenen Gründen abwesende Familienmitglieder einer unter A oder B aufgeführten Person eingetragen sein. Haushaltsfremde Verwandte dür-

fen hier nicht angegeben werden, auch wenn sie vom Haushaltungsvorstand unterstützt werden.

Im **Abschnitt F** (Körperbehinderte) muß die Frage im Kopf in jedem Fall mit »ja« oder »nein« beantwortet sein. Lautet die Antwort »ja«, so muß der **Abschnitt F** selbst Eintragungen enthalten.

Für jede hier eingetragene Person (sie muß auch unter A oder B aufgeführt sein) muß die Spalte 2 ausgefüllt und die Frage in Spalte 3 mit »ja« oder »nein« beantwortet sein, wenn mit »nein« auch Spalte 4 und 5 Angaben enthalten. Von den übrigen Spalten 6 bis 11 müssen für jede behinderte Person entweder die Spalten 6 und 7 oder die Spalten 8 und 9 oder die Spalten 10 und 11 ausgefüllt sein.

Hat der Zähler die Prüfung der Innenseiten der Haushaltungsliste beendet, so trägt er in den Abschnitten A und B, in jedem Abschnitt für sich, die Summe der hier aufgeführten Personen (nach männlichen und weiblichen Personen getrennt) in die dafür vorgesehenen Summenfelder der Spalte 5 ein und zieht die Summe von A und B in den weiteren Summenfeldern des Abschnittes B zusammen.

Rückseite der Haushaltungsliste:

Für die Prüfung der hier gemachten Angaben bestehen folgende Möglichkeiten:

Abschnitt G (Bodenbewirtschaftung) muß unbedingt ausgefüllt sein, wenn aus den Berufsangaben auf den Innenseiten der Haushaltungsliste hervorgeht, daß ein Mitglied der Haushaltung selbständiger Landwirt ist. Die Eingangsfrage muß in jedem Falle mit ja oder nein beantwortet sein. Desgleichen muß der **Abschnitt H** (nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten) ausgefüllt sein, wenn ein Mitglied der Haushaltung selbständiger Gewerbetreibender, selbständiger Angehöriger eines freien Berufs oder Inhaber oder Leiter einer sonstigen Arbeitsstätte ist.

In jedem Fall wird sich der Zähler durch Befragen des Haushaltungsvorstandes überzeugen müssen, ob in den Abschnitten **G** und **H** Eintragungen zu machen sind.

Geht aus der Anschrift einer unter H angegebenen Arbeitsstätte hervor, daß sie auf dem gleichen Grundstück wie die Haushaltung des Inhabers oder Leiters liegt, so muß ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen der Haushaltungsliste beiliegen.

Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte (Anstaltsliste):

Auf der **Vorderseite** des Fragebogens

darf rechts oben bei den Angaben über Land, Kreis, Gemeinde usw. die Grund-

stücksbezeichnung (Straße und Hausnummer) nicht fehlen.

In **Abschnitt A I** müssen die Firmen- oder Anstaltsbezeichnung, die Angabe des gegenwärtigen Verwendungszwecks und der Name des Eigentümers, Leiters usw. eingetragen sein.

In **Abschnitt A II** »Verzeichnis der Wohnungen und Unterkunftsräume« muß unter 1 die Frage nach der Zahl der bewohnten bzw. leerstehenden Wohnungen, die sich im Hotel, Heim usw. befinden, beantwortet sein; sind keine Wohnungen vorhanden, so muß »keine« oder ein Strich (—) eingetragen sein.

Für jede vorhandene Wohnung (bewohnt oder leerstehend) muß ein ausgefüllter Wohnungsbogen, für jede Wohnpartei (Eigentümer, Mieter, Untermieter) einer bewohnten Wohnung eine ausgefüllte Haushaltungsliste beiliegen (Einzeluntermieter können in der Haushaltungsliste ihrer Vermieter miteingetragen sein).

Unter 2 »Anzahl und Belegung der übrigen Unterkunftsräume« müssen in jedem Fall Eintragungen vorhanden sein, mindestens Räume der genannten Art angegeben sein, auch wenn sie am Stichtag nicht belegt sind. Die Zahl der belegten Räume darf nicht größer sein als die der vorhandenen. Sind Räume belegt, so muß auch die Zahl (insgesamt) der Personen angegeben sein, die darin untergebracht sind. Wo keine Eintragungen zu machen sind, muß »keine« oder ein Strich (—) eingetragen sein.

Die Innenseiten des Fragebogens

müssen dann Eintragungen enthalten, wenn auf der Vorderseite unter A II 2a eine Personenzahl (Personal und ständige Insassen) angegeben ist, und zwar muß auf den Innenseiten jede dieser Personen mit allen erfragten Angaben einzeln eingetragen sein. Die einzelnen Eintragungen sind in der gleichen Weise zu prüfen, wie die einer Haushaltungsliste.

Auf der Rückseite des Fragebogens

müssen dann Eintragungen vorhanden sein, wenn auf der Vorderseite unter A II 2b wohnungslose Eingewiesene verzeichnet sind, und zwar sind hier nur die Vorstände der Haushaltungen, die diese Personen bilden, bzw. Einzelpersonen einzutragen, aber auch die Zahl der zu jeder dieser Haushaltungen gehörenden Personen. Die Summe der Zahlen der Haushaltungsmitglieder muß mit der auf der Vorderseite unter A II 2b angegebenen Personenzahl übereinstimmen. Für jede dieser Haushaltungen (Familien oder Einzelpersonen) muß je eine ausgefüllte Haushaltungsliste beiliegen.

Für das Hotel, Heim usw. muß ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt sein. Aber auch für jede weitere selbständige Arbeitsstätte innerhalb des Hotels, Heims usw., die von dem Hotel, Heim usw. selbst betrieben wird (aus der Anstaltsliste Abschnitt A III zu ersehen) oder vom Personal oder Insassen (aus der Anstaltsliste Abschnitt A III zu ersehen) oder von wohnungslosen Eingewiesenen (aus deren Haushaltungslisten zu ersehen) oder von außenstehenden Inhabern (aus der Anstaltsliste Abschnitt A III zu ersehen), muß je ein ausgefüllter Arbeitsstättenbogen beiliegen.

Wohnungsbogen

Auf der Vorderseite des Wohnungsbogens müssen rechts oben die Angaben über Land, Kreis, Gemeinde usw. und die Zählbezirksnummer eingetragen sein.

Ferner muß die Lage der Wohnung in der vorgeschriebenen Weise gekennzeichnet sein, und zwar durch Angabe

der Straße und Hausnummer des Grundstücks,

der Straßenlage des Gebäudes (Vorderhaus, Seitenflügel usw.),

der Stockwerkslage der Wohnung (Keller, Erdgeschoß, Erdgeschoß usw.).

Die Sonderfrage für Wohnungen im Keller- oder Dachgeschoß muß mit »ja« oder »nein« beantwortet sein.

Auf der Rückseite des Wohnungsbogens ist zunächst zu prüfen, ob in der Übersicht I in Spalte 2 alle Wohnparteien der Wohnung eingetragen sind, und zwar an Hand der Haushaltungslisten, die für die betreffende Wohnung vorliegen (aus den Angaben der Vorderseite der Haushaltungsliste über die Wohnverhältnisse unter a, b und c zu ersehen).

Jeder Haushaltungsvorstand dieser Wohnung mit eigener Haushaltungsliste, aber auch jeder Einzeluntermieter, der in der Haushaltungsliste seines Vermieters mitaufgeführt ist, müssen im Wohnungsbogen dieser Wohnung als Wohnpartei auf je einer besonderen Zeile verzeichnet sein. Welche Wohnungen von mehreren Mietern (nicht Untermietern) bewohnt sind, ist aus den Angaben der Gebäudeliste im Verzeichnis 3 (Innenseiten) in Spalte 10 zu ersehen. Beim Vergleich mit den Haushaltungslisten prüft der Zähler zugleich, ob die in Spalte 4 (Rückseite des Wohnungsbogens) für jede Wohnpartei angegebene Zahl der zur Wohnpartei gehörenden Personen auch mit der Summe der Haushaltungsmitglieder in der zugehörigen Haushaltungsliste übereinstimmt, und zwar sind in die Summe der Haushaltungsmitglieder alle in der Haushaltungsliste unter Abschnitt A, B und C eingetragenen Personen (mit Ausnahme der Kriegsgefange-

nen, für die keine Kriegsgefangenenlager-Nummer angegeben ist, und der Vermissten) einzubeziehen.

Sind in der Haushaltungsliste eingetragene Haushaltungsmitglieder im zugehörigen Wohnungsbogen bei der betreffenden Wohnpartei nicht mitgezählt (z. B. weil sie in einer anderen Wohnung wohnen oder außerhalb der Wohnung eine Schlafstelle haben), so sind sie im Wohnungsbogen nicht nachzutragen (die Zahl der zur Wohnpartei gehörenden Personen darf im Wohnungsbogen nicht geändert werden), sondern der Zähler vermerkt bei den betreffenden Personen in der Haushaltungsliste, wo sich ihre Wohnung befindet. Ist andererseits im Wohnungsbogen eine Wohnpartei eingetragen, für die keine Haushaltungsliste vorliegt, und die auch nicht in der Haushaltungsliste einer zur Wohnung gehörenden Wohnpartei eingetragen ist (z. B. ein Untermieter, Schlafgänger, der zu einer Haushaltung außerhalb der Wohnung gehört), so ist im Wohnungsbogen bei der betreffenden Wohnpartei die zuständige Haushaltung mit Name und Anschrift zu vermerken.

Von den weiteren Spalten der Übersicht I auf der Rückseite des Wohnungsbogens müssen die Spalten 5 — 13 für jede Wohnpartei gesondert ausgefüllt sein, die Spalten 14 — 17 für die gesamte Wohnung. In jeder Spalte und für jede Wohnpartei in jeder Zeile muß entweder eine Eintragung oder ein Strich (—) vorhanden sein. Für jede Wohnung muß mindestens eine voll ausgebaute Küche oder eine voll ausgebaute Kochnische nachgewiesen sein. Hierbei ist darauf zu achten, daß bei der Wohnung eines Hotel- oder Gasthofbesitzers, zu der keine besondere Küche gehört, die Hotelküche in den Wohnungsbogen eingetragen sein muß. In Wohnungen mit mehreren Wohnparteien können außer der voll ausgebauten Küche bzw. Kochnische entweder Notküchen vorhanden sein oder es kann gemeinsame Küchenbenutzung vorliegen. Die Frage nach gemeinsamer Küchenbenutzung muß in Abschnitt II für jede Wohnung mit mehreren Wohnparteien beantwortet sein.

Am Schluß des Wohnungsbogens darf die Unterschrift des Ausfüllungspflichtigen nicht fehlen. Bei Wohnungen mit mehreren Wohnparteien müssen außerdem die Unterschriften der Vorstände dieser Wohnparteien vorliegen.

Ist die Prüfung des Wohnungsbogens beendet, so hat der Zähler noch die Gesamtzahl der im Wohnungsbogen angegebenen Räume der Wohnung mit den entsprechenden Angaben in der Gebäudeliste (Innenseite, Spalte 6) zu vergleichen. Für diesen Vergleich kommen jedoch nur die im Woh-

nungsbogen angegebenen Küchen und Zimmer (auch wenn sie gewerblich benutzt werden) in Betracht, d. h. die in den Spalten 6 und 7, 9 bis 11, 14 bis 17 eingetragenen Räume, die für die gesamte Wohnung zusammenzuzählen sind.

Stimmen die Angaben im Wohnungsbogen über die Zahl der Räume mit denen in der Gebäudeliste nicht überein, so muß der Zähler zunächst den Wohnungsinhaber befragen, ob er etwa Räume nicht gezählt oder doppelt gezählt hat. Bleiben trotzdem Unstimmigkeiten bestehen, so ist der Grundstücks- (bzw. Gebäude-)eigentümer usw. zu befragen, ob die Eintragungen in der Gebäudeliste zutreffen. Dementsprechend sind entweder der Wohnungsbogen oder die Gebäudeliste zu berichtigen.

Arbeitsstättenbogen

Auf Seite 1 des Fragebogens müssen am Kopf die Angaben über Land, Kreis, Gemeinde usw. und die Zählbezirksnummer eingetragen sein.

Die Prüfung der einzelnen Abschnitte des Fragebogens ist bei Behörden auf die für diese Arbeitsstätten besonders gekennzeichneten Fragen zu beschränken.

Auch für die Erfassung der Behörden als Arbeitsstätten gelten besondere Vorschriften, die den einzelnen Dienststellen durch die Gemeindebehörden bekanntgegeben worden sind. Vielfach werden behördliche Dienststellen Leerbogen abgeben, die jedoch einen unterstempelten und unterschriebenen Vermerk tragen müssen, wonach die Angaben für die betreffende Dienststelle in dem Bogen der Gesamtbehörde enthalten sind. Ein allgemeiner Überblick wird dem Zähler bei der Zählerversammlung gegeben, in Zweifelsfällen fragt er bei der Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) an.

Im allgemeinen müssen folgende Fragen beantwortet sein:

Im **Abschnitt A** in jedem Falle die Frage 1 nach Name und Anschrift der Arbeitsstätte, ferner für alle Arbeitsstätten außer Zweigniederlassungen die Frage 2 nach dem Zeitpunkt ihrer Eröffnung. Ist die Frage 2 mit »ja« beantwortet, so muß auch die Frage 3 a bzw. auch 3 b beantwortet sein.

Im **Abschnitt B** in jedem Fall die Frage 1 nach der Art des betriebenen Gewerbes usw. Die weiteren Fragen 2 — 8 müssen dann beantwortet sein, wenn aus den Angaben zur Frage 1 hervorgeht, daß es sich um einen Industrie-, Handwerks-, Handelsbetrieb usw. handelt. Aus der Art des betriebenen Gewerbes ist auch zu ersehen, welche Fragen unter 2 a — f beantwortet sein müssen.

Im **Abschnitt C** in jedem Fall die Frage 1, ob die Arbeitsstätte die einzige der Unter-

nehmung ist. Lautet die Antwort »ja«, so dürfen die weiteren Fragen des Abschnitts nicht beantwortet sein. Lautet sie »nein«, so muß unter Frage 2 angegeben sein, ob die Arbeitsstätte die Hauptniederlassung ist. Ist dies bejaht, so muß die Übersicht unter 3 über die Zweigniederlassungen ausgefüllt sein. Ist die Frage 2 verneint — handelt es sich also um eine Zweigniederlassung —, so muß unter 4 die Firma und Anschrift ihrer Hauptniederlassung angegeben sein.

Im **Abschnitt D** müssen für jede Arbeitsstätte Angaben über die Zahl der Beschäftigten vorliegen.

Im **Abschnitt E** muß für jede selbständige Arbeitsstätte (also nicht für Zweigniederlassungen) die Frage 1 und eine der Fragen 2 a — 2 g über die Form der Unternehmung beantwortet sein; gegebenenfalls, d. h. wenn Frage 2 a oder 2 b mit »ja« beantwortet sind, auch Frage 4 a nach der Zahl der Inhaber.

Im **Abschnitt F** müssen für jede Arbeitsstätte (außer für Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmungen und Behörden) Angaben über den Umsatz vorliegen, und zwar **entweder** unter 1 a **oder** unter 1 b und gegebenenfalls unter 1 c **oder** unter 2, unter 2 dann, wenn die Arbeitsstätte die Hauptniederlassung einer Unternehmung mit mehreren Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen) ist. Unternehmungen mit Filialen usw., die ihre Umsätze unter F 2 anzugeben haben, müssen für den Fall, daß bei der Haupt- oder den Zweigniederlassungen auch »nichtsteuerbare Umsätze« (vergleiche F 1 c) auftreten, deren Gesamtbetrag unter F 1 c anführen. Ob eine Arbeitsstätte Hauptniederlassung ist, ist aus den Angaben in Abschnitt C des Fragebogens unter 2 und 3 zu ersehen.

Die Prüfung des Abschnitts F ist dem Zähler nur möglich, wenn der Ausfüllungspflichtige von seinem Recht, den Fragebogen in verschlossenem Umschlag abzugeben, nicht Gebrauch macht. Will der Ausfüllungspflichtige den Fragebogen in verschlossenem Umschlag abgeben, so hat der Zähler zuvor alle Abschnitte des Fragebogens (außer Abschnitt F) in der beschriebenen Weise auf ihre vollständige Ausfüllung hin zu prüfen und erst dann den Fragebogen dem Ausfüllungspflichtigen zur Ausfüllung des Abschnitts F zu übergeben und, wenn dies geschehen ist, im verschlossenen Umschlag wieder in Empfang zu nehmen. Der Umschlag muß mit dem Namen des Ausfüllungspflichtigen und mit der Anschrift der Arbeitsstätte versehen sein und bis zur Abgabe an die Gemeindebehörde verschlossen bleiben.

Der **Abschnitt G** (Sonderfragen über Einzelhandel und Großhandel) muß dann aus-

gefüllt sein, wenn aus der Kennzeichnung der Arbeitsstätte in Abschnitt B hervorgeht, daß es sich um eine Arbeitsstätte des Großhandels (2c) oder des Einzelhandels (2d) handelt.

5. Berichtigung mangelhaft oder unrichtig ausgefüllter Zählpapiere

Wird bei der oben geschilderten Prüfung festgestellt, daß die Eintragungen in einem Zählpapier unvollständig, widersinnig, ungenau oder unleserlich sind, so sind die erforderlichen Ergänzungen oder Berichtigungen sofort an Ort und Stelle nach Befragung des Ausfüllungspflichtigen vorzunehmen. Bei Berichtigung ist die unrichtige Eintragung zu durchstreichen und die richtige Angabe darüber zu schreiben. Rasuren dürfen nicht gemacht werden. Bei Ergänzungen und Berichtigungen ist darauf zu achten, ob sich hieraus nicht noch weitere damit zusammenhängende Ergänzungen oder Berichtigungen in anderen Abschnitten des Zählpapiers oder in einem anderen Zählpapier oder auch im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht ergeben, die gegebenenfalls gleichfalls vorzunehmen sind. Jede Streichung, Änderung oder Ergänzung ist in Gegenwart des Ausfüllungspflichtigen vorzunehmen und, soweit es sich um Angaben über Zahl und Größe der Räume und die Zuordnung zur Wohnpartei handelt, von ihm in jedem einzelnen Fall und an der Stelle, wo sie erfolgt ist, mit seiner Unterschrift zu bestätigen.

6. Verhalten der Zähler bei Auskunftsverweigerung

Verweigert ein Ausfüllungspflichtiger die Ausfüllung eines Zählpapiers oder die Beantwortung der vorgeschriebenen Fragen, so ist zunächst in höflicher und sachlicher Form auf seine Auskunftspflicht (das Volkszählungsgesetz verpflichtet alle zählungspflichtigen Personen zur Beantwortung aller gestellten Fragen und sieht bei Verstößen gegen das Gesetz Geld- oder Gefängnisstrafen vor) und auf die Schweigepflicht aller mit der Durchführung der Zählung betrauten Personen und Stellen hinzuweisen. Falls die Auskunft trotzdem verweigert wird, ist der Gemeindebehörde (Zählungsdienststelle) unverzüglich zu berichten.

IV. Abschließende Aufgaben des Zählers

Nach der Einsammlung der Zählpapiere, die spätestens bis zum 17. September beendet sein muß, nimmt der Zähler die weiteren noch zu erledigenden Arbeiten zu Hause vor.

1. Ordnen und Numerieren der Zählpapiere

Die Zählpapiere sind zunächst zu ordnen. Die Wohnungsbogen, Haushaltslisten, Erhebungsbogen für Hotels usw. und Arbeitsstättenbogen hat der Zähler be-

reits beim Einsammeln grundstücksweise zusammengefaßt und in die betreffende Gebäudeliste gelegt. Zunächst sind die Gebäudelisten in der Reihenfolge, in der die Grundstücksbezeichnungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht eingetragen sind, zu ordnen und zugleich in dieser Reihenfolge zu numerieren (an der vorgesehenen Stelle in der rechten oberen Ecke der Liste). Sodann sind sämtliche Wohnungsbogen und Haushaltslisten innerhalb des gesamten Zählbezirks in der Reihenfolge, in der sie in dem Hilfsbericht für den Zählbezirksbericht vermerkt sind, fortlaufend zu numerieren, also nicht innerhalb jedes Grundstücks, sie müssen aber grundstücksweise zusammengefaßt bleiben. Werden von einem Haushaltsvorstand mehr als eine Liste benötigt, weil die Zahl der Personen so groß ist, daß eine Haushaltsliste für die Eintragungen nicht ausreicht, so erhalten die zusätzlichen Haushaltslisten die Buchstaben a, b usw. hinter der Nummer der Haupt-Haushaltsliste. Gleichzeitig ist auf jedem Wohnungsbogen und auf jeder Haushaltsliste die Nummer der betreffenden Gebäudeliste einzutragen. Die Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. und die Arbeitsstättenbogen werden ebenfalls durch den gesamten Zählbezirk hindurch fortlaufend numeriert und erhalten ebenfalls die Nummer der betreffenden Gebäudeliste. Wenn der Inhaber der Arbeitsstätte im gleichen Grundstück wohnt, erhält der Arbeitsstättenbogen außerdem die Nummer der Haushaltsliste des Inhabers. Auch die Erhebungsbogen für Hotels usw. und die Arbeitsstättenbogen bleiben hierbei grundstücksweise zusammengefaßt. Ist ein Zählpapier in verschlossenem Umschlag abgegeben worden, so sind die betreffenden Zählpapiernummern auf dem Umschlag einzutragen.

Nach Beendigung dieser Arbeit müssen sämtliche Zählpapiere folgende Ordnungsangaben aufweisen:

1. Land, Kreis, Gemeinde, Zählbezirksnummer (bereits vor der Austeilung einzutragen);
2. Straße und Hausnummer (beim Einsammeln einzutragen, auf den Gebäudelisten bereits vor der Austeilung);
3. Gebäudelistennummer (beim Ordnen einzutragen).

Die Wohnungsbogen und Haushaltslisten, Erhebungsbogen für Hotels usw. und Arbeitsstättenbogen müssen außerdem ihre eigene Nummer aufweisen (beim Ordnen einzutragen). Hierauf ist in jede Gebäudeliste (in Spalte 15 — 18) für jede in der Gebäudeliste eingetragene

Wohnung, Haushalt und Arbeitsstätte die Nummer des entsprechenden Wohnungsbogens, der entsprechenden Haushaltungsliste bzw. des Erhebungsbogens für Hotels, Heime usw. bzw. des betreffenden Arbeitsstättenbogens einzutragen. In Spalte 16 sind außerdem für alle Untermieter, die eigene Haushaltungslisten ausgefüllt haben, auch die Nummern dieser Haushaltungslisten hinter der Nummer der Haushaltungsliste ihres Vermieters einzutragen, in Spalte 17 die Nummern der Arbeitsstättenbogen der auf dem Grundstück wohnenden selbständigen Gewerbetreibenden und selbständigen Angehörigen freier Berufe, die keine feste Arbeitsstätte haben.

Ferner ist in jedem Wohnungsbogen auf der Rückseite in der ersten Spalte für jede Wohnpartei die Nummer der zugehörigen Haushaltungsliste einzutragen. Die grundstücksweise bzw. wohnungsweise zusammengefaßten Zählpapiere müssen in dieser Ordnung bis zur Ablieferung an die Gemeindebehörde verbleiben.

2. Weitere Prüfung der Zählpapiere

Die bereits beim Einsammeln vorgenommene Prüfung der Zählpapiere auf ihre Vollzähligkeit und auf ihre vollständige und richtige Ausfüllung hat der Zähler zu Hause mit größter Sorgfalt und Gründlichkeit zu wiederholen und letztere nun auf **sämtliche** Fragen der Zählpapiere auszudehnen. Eine nochmalige Prüfung der Zählpapiere auf ihre Vollzähligkeit wird der Zähler mit dem Ordnen und Numerieren verbinden. Darauf nehme der Zähler jedes Zählpapier einzeln vor und gehe jede Spalte und Frage daraufhin durch, ob eine Eintragung gemacht und die betreffende Frage sinngemäß beantwortet ist. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Arbeiten des Zählers, denn die Gewinnung dieser Angaben ist der eigentliche Zweck der Zählung. Jede Lücke und Unstimmigkeit in den Zählpapieren, die der Zähler übergeht, erfordert später zeitraubende Rückfragen und verzögert die statistische Aufbereitung der Zählung. Für die Prüfungsarbeit muß der Zähler alle Fragen der Zählpapiere, ihren Sinn und ihren Zusammenhang miteinander genau kennen und deshalb mit den Erläuterungen zu den einzelnen Fragen und den Anweisungen in den einzelnen Zählpapieren, vor allem aber auch mit der in seiner Zähleranweisung gegebenen Anleitung zur Prüfung der Zählpapiere gründlich vertraut sein. Weitere Erläuterungen findet er im Schlagwortverzeichnis. Die Beseitigung von Lücken und Unstimmigkeiten in den

Zählpapieren muß der Zähler mit größter Beschleunigung durch nochmaliges Aufsuchen des betreffenden Auskunftspflichtigen vornehmen. Eine Berichtigung oder Ergänzung durch den Zähler auf Grund von Vermutungen ist nicht statthaft.

3. Abschluß des Zählbezirksberichts

Nach Abschluß der Prüfungsarbeiten und nach Vornahme aller aus der Prüfung sich ergebenden Berichtigungen der Eintragungen im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht hat der Zähler den Zählbezirksbericht selbst anzufertigen. Zunächst sind aus dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht die Angaben: Bezeichnung der Grundstücke, Gebäude usw., Lage der Wohnungen oder Arbeitsstätten auf dem Grundstück, Namen der Haushaltungsvorstände oder Inhaber von Arbeitsstätten in den Zählbezirksbericht zu übertragen. Hierauf hat der Zähler in den betreffenden Spalten des Zählbezirksberichts für jedes Grundstück die Nummer der Gebäudeliste einzutragen, für jede Wohnung, für jede Haushaltung oder Anstalt, für jede Arbeitsstätte anzugeben, ob ein Wohnungsbogen, eine Haushaltungs- bzw. Anstaltsliste oder ein Arbeitsstättenbogen ausgefüllt worden ist (aus dem Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht zu entnehmen).

Sodann sind aus jeder Haushaltungsliste die Summe der in Abschnitt A und B und die Zahl der in Abschnitt E eingetragenen Personen, getrennt nach männlichen und weiblichen Personen in die dafür vorgeschriebenen Spalten des Zählbezirksberichts zu übertragen, desgleichen aus jeder Anstaltsliste die Zahl der in Abschnitt B I (Innenseiten) eingetragenen Personen.

In die Spalte »Bemerkungen« sind die im Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht eingetragenen Bemerkungen zu übernehmen. Alle Übertragungen und Eintragungen sind mit größter Sorgfalt vorzunehmen. Sind alle vorgenannten Angaben für den gesamten Zählbezirk in den Zählbezirksbericht eingetragen, so sind in allen Spalten, die Zahlenangaben enthalten, die Endsummen zu ziehen, in der Spalte »Nr. der Gebäudeliste« die letzte Gebäudelistennummer einzutragen.

Erstrecken sich die Eintragungen auf mehrere Seiten, so sind die Endsummen für jede Seite zu ziehen, diese Seitensummen in die Zusammenstellung (auf den letzten Seiten des Zählbezirksberichts) zu übertragen und dort zu den Endsummen für den Gesamtbezirk zusammenzuziehen.

4. Ablieferung der Zählpapiere

Hat der Zähler alle Prüfungsarbeiten und den Zählbezirksbericht abgeschlossen und sich nochmals vergewissert, daß alle Zählpapiere in der vorgeschriebenen Ordnung liegen, so hat er das gesamte Zählmaterial, das Zählbezirksbuch und etwa nicht verwendete Reservezählpapiere persönlich an die Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) abzuliefern, und zwar spätestens bis zum 20. September abends (bzw. an seinen Oberzähler bis zum 18. September). Dieser Termin muß unbedingt eingehalten werden. Sollte ein

Zähler seine Arbeit noch nicht völlig abgeschlossen haben, so muß er sich trotzdem am 20. September bei der Gemeindebehörde (bzw. bei seinem Oberzähler am 18. September) zur Berichterstattung einfinden und dort um Terminverlängerung einkommen.

Nach gewissenhafter Durchführung seiner schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit darf der Zähler das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, durch Beschaffung unentbehrlicher Unterlagen für wichtigste Staats- und Verwaltungsaufgaben zur Erfüllung dieser Aufgaben wesentlich beigetragen zu haben.

Volkszählung am 13. September 1950

Anweisung für die Gemeindebehörden

A. Allgemeines

1. Umfang und Zweck der Zählung

Durch Bundesgesetz vom 27. Juli 1950 ist für den 13. September 1950 (Zählungstichtag) eine Volks- und Berufszählung angeordnet worden: Mit ihr sind eine Wohnungszählung und eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden. Die Zählung soll über den Stand der Bevölkerung des Bundesgebietes, über ihre berufliche und soziale Gliederung, über ihre Wohn- und Arbeitsverhältnisse und über die Grundlagen ihrer Arbeit Aufschluß geben und für Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft notwendige Planungs- und Arbeitsunterlagen bereitstellen. Dabei ist eine Verwendung des durch die Zählung gewonnenen Materials für andere als statistische Zwecke, z. B. polizeiliche oder steuerliche Zwecke oder für die örtliche Wohnraumbewirtschaftung, nicht zulässig (§ 10, Abs. 2 Zählungsgesetz).

Die Zählung erstreckt sich nicht auf Angehörige der Besatzungstreitkräfte, der Besatzungsbehörden, der beglaubigten ausländischen Missionen, der internationalen Kontrollbehörde für die Ruhr sowie nicht auf die Familienangehörigen dieser Personen. Die Erfassung der von diesen Personen benutzten Gebäude und Wohnungen wird gesondert geregelt (§ 4 Volkszählungsgesetz).

2. Allgemeiner Überblick über die Aufgaben der Gemeindebehörden

a) Aufgaben der Gemeindebehörden

Die unmittelbare Durchführung der Zählung innerhalb jedes Gemeindebezirks ist die Aufgabe der Gemeinde. In Anbetracht der Bedeutung und des Umfangs der Zählung ist es notwendig, daß die Gemeindebehörden sich rechtzeitig an Hand der ihnen übermittelten Zählungsdrucksachen über Art und Umfang der Zählungsarbeiten und über die hierbei den Gemeinden obliegenden Aufgaben eingehend unterrichten.

b) Fristen

Einen ersten Überblick über diese Aufgaben gibt der beiliegende Terminkalen-

der. Von den angegebenen Terminen müssen die besonders gekennzeichneten unbedingt eingehalten werden, da hiervon auch die Einhaltung des Zählungstichtages (eine der wichtigsten Vorbedingungen für das Gelingen der Zählung) sowie die fristgemäße Durchführung der anschließenden Auswertungsarbeiten wesentlich abhängen. Die übrigen Termine gelten als Richttermine, die den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt werden können.

c) Verschwiegenheit

Alle mit der Durchführung der Zählung betrauten Stellen und Personen, insbesondere die Zähler sowie die Hausbesitzer und ihre Stellvertreter, sind gegenüber jedermann zur Verschwiegenheit über die Angelegenheiten verpflichtet, die bei der Zählung über die persönlichen Verhältnisse der Zählungspflichtigen sowie über die Verhältnisse der Grundstücke, Wohnungen und Arbeitsstätten zu ihrer Kenntnis gelangen (Zählungsgesetz § 10). Die Gemeindebehörde hat die von ihr zur Durchführung der Zählung eingesetzten Personen, wie Mitglieder der Zählungsdienststellen, Zähler, gegebenenfalls Oberzähler, auf ihre Schweigepflicht besonders hinzuweisen und zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten. Die ausgefüllten Zählpapiere dürfen keiner an der Durchführung der Zählung nicht beteiligten Stelle, auch nicht innerhalb der Gemeindebehörde, zur Einsicht überlassen werden.

d) Veröffentlichung und Auswertung

Die Veröffentlichung von Zählungsergebnissen durch die Gemeinden ist nicht vorgesehen, sie bedarf in jedem Falle der Zustimmung des zuständigen Statistischen Landesamtes.

Die Gemeinden dürfen auch keine Sonderauszählungen unter Verwendung des Zählungsmaterials vornehmen. Die Aufbereitung der Zählung erfolgt — auch für Zwecke der Gemeinden — ausschließlich durch die Statistischen Landesämter.

B. Die Aufgaben der Gemeindebehörden bei der Durchführung der Zählung

I. Die Aufgaben vor dem Zählungstichtag

1. Unterrichtung über Zweck und Aufbau der Zählung

Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der Gemeindebehörde besteht darin, sich mit dem Gegenstand ihrer Arbeit, dem Zählungsprogramm, gründlich vertraut zu machen. Den notwendigen Überblick über Wesen und Zweck, Umfang und technischen Aufbau der Zählung gewinnt die Gemeindebehörde durch Einsichtnahme in die Zählungsdrucksachen, von denen sie eine Sammlung zu ihrer Unterrichtung erhält, und zwar:

Drucksache Nr. 1	Gebäudeliste
» 2	Haushaltungsliste
» 3	Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte (Anstaltsliste)
» 4	Schiffsliste
» 5	Wohnungsbogen (hellgelb)
» 6	Arbeitsstättenbogen (hellrosa)
» 7	Zählbezirksbericht
» 8	Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht
» 9	Anweisung für die Zähler
» 10	Schlagwortverzeichnis
» 11	Anweisung für die Zählerschulung
» 12	Anweisung für die Gemeindebehörden
» 13	Gemeindebogen
» 14	Schnellmeldung (Postkartenvordruck)

Die **Gebäudeliste** dient der Zählung der Gebäude und Grundstücke, der Feststellung der Wohnungsmieten und zugleich als Hilfsliste, um die Wohnungen und die Arbeitsstätten gebäude- und grundstücksweise zusammenfassen und ihre vollständige Erfassung kontrollieren zu können. Die **Haushaltungsliste**, der **Erhebungsbogen für Hotels, Heime, Anstalten und Massenunterkünfte** und die **Schiffsliste** dienen der Durchführung der Volks- und Berufszählung; außerdem werden in besonderen Abschnitten dieser Erhebungspapiere Fragen über Körperbehinderte, über die Bodenbewirtschaftung und über die Arbeitsstätten gestellt.

Der **Wohnungsbogen** dient zur Zählung der Wohnungen und ihrer Räume nach Art, Größe und Belegung.

Durch den **Arbeitsstättenbogen** sollen die Gewerbebetriebe, Handelsbetriebe, Büros, Behörden, Anstalten, freien Berufe usw. erfaßt werden.

Der **Zählbezirksbericht** (mit Hilfsblatt) ist ein zusammenfassender Bericht des Zählers über die Zahl und Art der in seinem Bezirk ausgegebenen und wieder eingesammelten Zählpapiere. Er enthält ferner die Zusammenstellung einer ersten Übersicht über die im Zählbezirk ermittelte Zahl der Personen.

Die **Anweisung für die Zähler**, die **Anweisung für die Zählerschulung** und die **Anweisung für die Gemeindebehörden** geben Aufschluß darüber, wie die Zählung im einzelnen durchzuführen ist. Das **alphabetische Schlagwortverzeichnis** soll die Zähler und die Gemeindebehörden über Zweifelsfragen rasch orientieren. Die Zähleranweisung, das Schlagwortverzeichnis und das Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht sind in einer Mappe, dem **Zählbezirksbuch**, zusammengefaßt, die außerdem auf dem Deckel den Zählerausweis und auf den ersten Seiten die Beschreibung des Zählbezirks enthält.

Der **Gemeindebogen** enthält die Zusammenstellung der für die einzelnen Zählbezirke ermittelten Gesamtzahlen und die Gesamtzahlen für die Gemeinde.

Der **Postkartenvordruck** für die Schnellmeldung dient zur Meldung der ersten Ergebnisse der Zählung auf Grund des Gemeindebogens.

2. Leitung der Zählung

Die Leitung der Zählung innerhalb der Gemeinde obliegt dem Leiter der Gemeinde (im folgenden als **Bürgermeister** bezeichnet). Sie kann (in größeren Gemeinden) einem vom Bürgermeister zu bestellenden Zählungskommissar übertragen werden, der dem Bürgermeister gegenüber für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung verantwortlich ist. Zum Zählungskommissar wird zweckmäßigerweise ein Beigeordneter oder leitender Beamter der Gemeinde zu berufen sein, in Gemeinden, in denen ein Statistisches Amt besteht, der Leiter dieses Amtes.

3. Einrichtung einer Zählungsdienststelle

Zur Durchführung der Zählungsarbeiten hat die Gemeindebehörde bzw. in größeren Gemeinden der Zählungskommissar eine Zählungsdienststelle einzurichten, notfalls mit Außenstellen, die auf das Gemeindegebiet so zu verteilen sind, daß sie für die betreffenden Zähler bequem erreichbar sind. Die Zählungsdienststelle wird aus Mitgliedern der Gemeinde-

behörde zu bilden sein, es können aber auch geeignete Bürger der Gemeinde zu ehrenamtlicher Mitarbeit herangezogen werden. Sofern in der Gemeinde ein Statistisches Amt besteht, ist dieses als Zählungsdienststelle zu bestimmen und der Leiter des Amtes als Zählungskommissar zu bestellen. In kleinen Landgemeinden wird der Bürgermeister mit Unterstützung durch geeignete Personen die Aufgaben der Zählungsdienststelle selbst übernehmen können. Zu den Aufgaben der Zählungsdienststelle gehören insbesondere:

Die Vorbereitung der Zählung, die Zählerwerbung und -schulung, Überwachung des ordnungsmäßigen Ablaufs der Zählung, Entgegennahme der von den Zählern eingesammelten Zählpapiere, Prüfung der ausgefüllten Zählpapiere.

Der Zählungskommissar und die Zählungsdienststelle sind möglichst frühzeitig vor der Zählung einzusetzen. Die Anschriften des Zählungskommissars und der Zählungsdienststelle(n) sind öffentlich bekanntzugeben.

4. Bildung von Zählbezirken

Für die technische Durchführung der Zählung ist die Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke erforderlich. Sie ist in größeren Gemeinden zweckmäßigerweise an bereits vorhandene Einteilungen des Gemeindegebietes anzulehnen, z. B. an Stadtbezirke, Polizeireviere, Wahlbezirke, Wohlfahrtsbezirke u. dgl. Die Größe der Zählbezirke ist nach der Zahl der Haushaltungen so abzumessen (nötigenfalls durch weitere Aufteilung der als Einteilungsgrundlage gewählten vorhandenen Bezirke), daß jeder Zähler die Zählbarkeit in seinem Bezirk ohne Schwierigkeit in der vorgeschriebenen Zeit durchführen kann. Im Durchschnitt werden jedem Zähler nicht mehr als 25 bis 30 Haushaltungen oder nicht mehr als etwa 100 Personen zugeteilt werden dürfen. Abweichungen nach unten werden bei räumlich ausgedehnten Bezirken und bei stark zerstörten Gebieten angebracht sein, Abweichungen nach oben nur in Ausnahmefällen. Bei dichter Bebauung wird schon ein Grundstück einen Zählbezirk darstellen können. Es ist unbedingt zu vermeiden, die Zählbezirke zu groß zu wählen, da eine Überlastung der Zähler die Vollständigkeit und Genauigkeit der Zählung beeinträchtigen würde.

Ein besonderer Zählbezirk ist für jeden Wohnplatz zu bilden. Wohnplätze sind bewohnte Ansiedlungen innerhalb des Gemeindebezirks, die von der geschlossenen Hauptortschaft räumlich getrennt

liegen, insbesondere sofern sie einen besonderen Namen oder eine besondere Bezeichnung führen, wie Kolonie, Vorwerk, Forsthaus, Bahnhof usw. Sind die auf diese Weise gebildeten Zählbezirke sehr klein, so können mehrere einem Zähler anvertraut werden, müssen jedoch auf getrennten Zählbezirksberichten geführt werden.

Zu besonderen Zählbezirken sind zweckmäßigerweise auch Grundstücke mit einer besonders großen Zahl von Bewohnern oder mit größeren Arbeitsstätten zu bestimmen, wie größere Anstalten, Geschäfts- und Bürogrundstücke, größere Fabrikanlagen u. dgl. Über die Durchführung der Zählung in solchen Anstalten und Gebäuden verständigt sich die Gemeindebehörde vorher mit deren Leitung oder Verwaltung. Für die Zählung innerhalb der Bahnhofs- und Werkstättenanlagen der Bundesbahn ist für jedes abgeschlossene Bahngelände mit allen darauf befindlichen Betriebs- und Wohngebäuden im Einvernehmen mit der örtlichen Bundesbahnbehörde ein besonderer Zählbezirk zu bilden und ein Bediensteter der Bundesbahn als Zähler zu bestellen. Aber auch sonstige besonders schwierig zu erfassende Wohn- und Arbeitsstätten, Anlageplätze von Schiffen, Plätze für öffentliche Schaustellungen, Zigeunerlager, Laubenkolonien u. dgl. werden als Sonderzählbezirke zu behandeln sein. Befinden sich im Gemeindebezirk Grundstücke, die nach den Bestimmungen des Zählungsgesetzes von der Gemeinde nicht zu erfassen sind, weil sie von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind, so sind diese Grundstücke von der Zählbezirkseinteilung auszunehmen.

Die Bildung der Zählbezirke muß bis zum 20. Juli beendet sein und in einem »Verzeichnis der Zählbezirke« festgelegt sein. Bei der Anlegung dieses Verzeichnisses ist sorgfältig zu prüfen, daß sämtliche Grundstücke des Gemeindegebietes erfaßt sind, daß bei der Abgrenzung der Zählbezirke keine Überschneidungen vorgekommen sind, d. h. Grundstücke nicht doppelt erfaßt worden sind. Das »Verzeichnis der Zählbezirke« muß enthalten:

1. Die Nummern der Zählbezirke;
2. Bezeichnung der zu den einzelnen Zählbezirken gehörenden Grundstücke nach Straßen und Hausnummern (gegebenenfalls mit Angabe der Grundstücke innerhalb des Bezirks, die Sonderzählbezirke bilden, oder, da von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, nicht zu erfassen sind);
3. Raum für die Eintragung des Namens und der Anschrift der Zähler.

Die Nummern der Zählbezirke dürfen nicht mehr als dreizifferig sein. Bei der Numerierung ist mit dem geschlossenen Ortskern zu beginnen, Außenbezirke und besondere Wohnplätze außerhalb des Ortskerns sind erst anschließend zu berücksichtigen. Reichen drei Ziffern für die Numerierung der Zählbezirke innerhalb der Gesamtgemeinde nicht aus (in den Großstädten), so ist die Numerierung innerhalb der Stadtteile vorzunehmen. In den Großstädten ist die Zählbezirkseinteilung von vornherein der Einteilung des Stadtgebietes in Stadtteile und Stadtbezirke anzugleichen, um eine Aufgliederung der Zählungsergebnisse nach Stadtteilen und Stadtbezirken zu ermöglichen.

Außerdem empfiehlt es sich in größeren Gemeinden, die Grenzen der Zählbezirke in einen Stadtplan einzuzeichnen und diesen Plan den Zählern zur Einsicht vorzulegen oder auch Ausschnitte aus diesem Plan zur Verfügung zu stellen.

5. Gebäudevorerhebung

In Gemeinden oder Gemeindeteilen mit stark zerstörten oder unübersichtlichen Gebieten oder ausgedehnten Siedlungen, in denen die fristgemäße Austeilung und Einholung der Gebäudelisten dem Zähler Schwierigkeiten bereiten würde, sind zur Erleichterung der Zählung und zur Sicherung der vollständigen Erfassung der Grundstücke und Gebäude im Laufe der Monate Juni und Juli Gebäudevorerhebungen durchgeführt worden.

Die bei diesen Vorerhebungen ausgefüllten Gebäudelisten werden in den betreffenden Gemeinden den Zählern mit den übrigen Zählpapieren zur Zählung ausgehändigt und sollen ihnen einerseits als Unterlage für die Zählung der Wohnungen, Haushaltungen und Arbeitsstätten in den betreffenden Grundstücken und Gebäuden dienen, andererseits von den Zählern bei der Zählung auf den Stand des Zählungstichtages gebracht werden.

6. Bestellung von Zählern

Für jeden Zählbezirk ist ein Zähler zu bestellen. Bei der Auswahl der Zähler ist größte Sorgfalt notwendig, da von der Zuverlässigkeit der Zähler das Gelingen der Zählung wesentlich abhängt. Für das Zähleramt sind nur solche Personen heranzuziehen, die der Aufgabe geistig, charakterlich und körperlich gewachsen sind. Insbesondere sind als Zähler Beamte, einschließlich Lehrpersonen, Behördenangestellte, Studierende und Schüler der obersten Klassen höherer Lehranstalten zu berufen.

Zwecks Gewinnung der Zähler wende sich die Gemeindebehörde in erster Linie an die Behörden, die Körperschaften

des öffentlichen Rechts sowie an die Schulen. Diese Stellen sind angewiesen, die Gemeinden bei der Gewinnung von Zählern zu unterstützen, insbesondere sind die Behörden verpflichtet, in dem angeforderten Umfange ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern Gelegenheit zur Ausübung der Zählertätigkeit unter Fortzahlung der Bezüge zu geben, Bundesbahn und Bundespost nur so weit, als ihre Tätigkeit hierdurch nicht unterbrochen wird. Im Bedarfsfalle kann die Gemeindebehörde auch andere geeignete unbescholtene Bürger als freiwillige Zähler bestellen.

Bei größeren Anstalten wird die Anstaltsleitung zu bitten sein, einen Angehörigen der Leitung als Zähler für die betreffende Anstalt zur Verfügung zu stellen. In gleicher Weise wird bei größeren Geschäfts- und Bürogrundstücken, Fabrikanlagen, die zu besonderen Zählbezirken bestimmt worden sind, zu verfahren sein. Polizeiliche Unterstützung wird dem Zähler zweckmäßigerweise beigegeben werden müssen bei der Zählung auf Bahnhöfen, in Zigeunerlagern, Laubenkolonien u. dgl. Zur Regelung dieser Fragen hat sich die Gemeindebehörde mit den betreffenden Stellen rechtzeitig in Verbindung zu setzen. Die Zählung der See- und Binnenschiffe und ihrer Insassen erfolgt durch die Seeberufsgenossenschaft bzw. durch die Hafenverwaltungen und die Wasserschutzpolizei mittels eines besonderen Zählpapiers (Schiffsliste).

Die Berufung zum Zähler ist den dafür vorgesehenen Personen schriftlich mitzuteilen, die Zähler bestätigen die Annahme des Amtes durch eine schriftliche Erklärung, in der sie sich zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Verschwiegenheit verpflichten. Jedem Zähler ist ein Ausweis auszuhändigen (er ist auf dem Deckel des Zählbezirksbuches aufgedruckt), eine Übersicht über seinen Zählbezirk (möglichst gleichzeitig mit der Berufung) und nach Eingang der Zählungsdrucksachen folgende Unterlagen zu seiner Unterrichtung:

- 1 Gebäudeliste
- 1 Haushaltsliste
- 1 Erhebungsbogen für Hotels, Heime usw. (Anstaltsliste)
- 1 Wohnungsbogen
- 1 Arbeitsstättenbogen
- 1 Zählbezirksbuch (mit Ausweis, Zählbezirksbeschreibung, Zähleranweisung, Schlagwortverzeichnis, Hilfsblatt für den Zählbezirksbericht)
- 1 Zählbezirksbericht.

Bis Mitte August 1950 müssen alle Zähler — für jeden Zählbezirk ein Zähler — be-

stellt sein. Für unvorhergesehene Ausfälle ist eine angemessene Zahl von Ersatzzählern zu bestimmen, die ebenfalls alle zu ihrer Unterrichtung erforderlichen Drucksachen erhalten.

7. Bestellung von Oberzählern

In größeren Gemeinden ist zur Entlastung und Unterstützung der Gemeindebehörden wie auch der Zähler der Einsatz von Oberzählern zu empfehlen. Jedem Oberzähler sind etwa 5 bis 8 Zähler zuzuteilen, die er zu beraten und deren Arbeit er zu überwachen hat. Der Oberzähler ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählung in den ihm zugeteilten Zählbezirken verantwortlich, seine Hauptaufgabe ist somit die eingehende Prüfung der von den Zählern eingesammelten und vorgeprüften Zählpapiere auf ihre Vollständigkeit sowie auf ihre lückenlose und richtige Ausfüllung. Die Zähler haben deshalb in diesen Gemeinden die eingesammelten Zählpapiere nicht unmittelbar an die Gemeindebehörde, sondern an ihren Oberzähler abzuliefern, und zwar bis zum 18. September. Der Oberzähler prüft das Zählungsmaterial, läßt, soweit erforderlich, Nachermittlungen durch die Zähler vornehmen und übergibt das geprüfte Material der Gemeindebehörde bis spätestens 23. September.

Zu ihrer Unterrichtung erhalten die Oberzähler die gleichen Drucksachen wie die Zähler, außerdem die Anweisung für die Zählerschulung.

Als Oberzähler sind in erster Linie solche Personen zu bestellen, die durch ihre berufliche Tätigkeit oder ihre Stellung im öffentlichen Leben dazu besonders befähigt sind. Nach Möglichkeit ist als Oberzähler für eine von einer Behörde gestellte Zählergruppe der dienstliche Vorgesetzte dieser Gruppe zu berufen.

8. Zählerversammlungen

Zur Unterweisung der Zähler sind Zählerversammlungen abzuhalten, und zwar etwa in der Zeit von Anfang August bis Anfang September unter Anpassung an die Urlaubs- und Reisezeit, jedoch möglichst in den letzten Wochen vor dem Zählungstichtag. Auf eine gründliche Schulung der Zähler ist besonderes Gewicht zu legen, da sie entscheidend ist für das Gelingen der Zählung. Die Teilnahme an den Zählerversammlungen ist deshalb allen Zählern zur Pflicht zu machen, Ort und Zeit der Zählerversammlungen sind so anzusetzen, daß die Zähler die Möglichkeit haben, die nach Ort und Zeit für sie günstigsten Zählerversammlungen zu besuchen.

Zweck der Zählerversammlung ist, die Zähler gemeinschaftlich über ihre Ob-

liegenheiten und Pflichten zu belehren, sie auf besondere Schwierigkeiten bei der Ausfüllung der Zählpapiere aufmerksam zu machen und ihnen Gelegenheit zu geben, Zweifelsfragen in gemeinsamer Aussprache zu klären. Die Unterweisung der Zähler in den — möglichst kleinen — Zählerversammlungen ist durch die Sachbearbeiter der Zählungsdienststelle oder geeignete sachkundige Gemeindebeamte (oder durch die Oberzähler für ihre Zähler) vorzunehmen. Die Vortragenden müssen mit der Anweisung für die Zählerschulung und mit den einzelnen Zählpapieren genau vertraut sein und nötigenfalls vorher durch den Leiter der Zählungsdienststelle oder andere geeignete Personen geschult werden. Es ist unbedingt erforderlich, auch die vorgesehenen Ersatzzähler an den Zählerversammlungen teilnehmen zu lassen.

9. Zustellung der Zählpapiere an die Gemeinde

Die zur Durchführung der Zählung erforderlichen Zählpapiere werden den Gemeinden in der benötigten Anzahl bis zum 31. Juli 1950 zugesandt. Sollten die Zählpapiere bis zu diesem Termin nicht eingegangen sein, so ist dies dem Landratsamt bzw. dem Statistischen Landesamt sofort telegraphisch oder telefonisch mitzuteilen. Nach Eingang der Zählpapiere ist alsbald zu prüfen, ob die gelieferte Menge nach Zahl und Art der Zählpapiere dem mutmaßlichen Bedarf entspricht. Etwa fehlende Mengen sind sofort nachzufordern. Der mutmaßliche Bedarf an Zählpapieren muß rechtzeitig vorher festgestellt werden und wird sich in der Regel auf Grund der letzten Personenstandsaufnahme, der Einwohnerkartei oder sonst vorhandener Unterlagen mit ausreichender Genauigkeit ermitteln lassen. Einzurechnen sind die zur Unterrichtung der Zähler benötigten Musterstücke, die möglichst bald nach Eingang der Zählpapiere den Zählern auszuhandigen sind, und eine angemessene Reserve (besonders an Arbeitsstättenbogen).

10. Vorbereitung der Zählpapiere

Nach Eingang der Zählpapiere sind aus dem »Verzeichnis der Zählbezirke« die Angaben über die Abgrenzung der Zählbezirke, die Bezeichnungen der Grundstücke jedes einzelnen Zählbezirks in die Zählbezirksbücher (Beschreibung des Zählbezirks) und in die Zählbezirksberichte zu übertragen. Sodann ist innerhalb jedes Zählbezirks für jedes Grundstück eine Gebäudeliste bereitzulegen (gegebenenfalls die bei einer Gebäudevorerhebung bereits ausgefüllten Gebäudelisten) auf jeder Gebäudeliste die Grundstücksbe-

zeichnung (Straße und Hausnummer) an der dafür vorgesehenen Stelle auf der Vorderseite einzutragen. Bei Grundstücken mit Eingängen von verschiedenen Straßen (z. B. Eckgrundstücken) sind an dieser Stelle alle Eingänge mit Straße und Hausnummer anzugeben. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß solche Grundstücke doppelt erfaßt werden. Die für das betreffende Grundstück voraussichtlich benötigten Zählpapiere (Haushaltungslisten usw.) sind in die Gebäudeliste hineinzulegen. Auf jedem Zählpapier (Zählbezirksbericht, Gebäudeliste, Haushaltsliste usw.) sind am Kopf die Zuordnungsangaben über Kreis, Gemeinde, Zählbezirksnummer einzutragen. Ab spätestens 4. September 1950 muß das gesamte Zählmaterial, nach Zählbezirken, innerhalb der Zählbezirke nach Grundstücken geordnet, zur Austeilung bereitliegen. Jedem Zählbezirk ist eine angemessene Reserve an Zählpapieren gesondert beizufügen, außerdem muß noch eine allgemeine Reserve an Zählpapieren verfügbar bleiben.

11. Austeilung der Zählpapiere

Die Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung erfolgt ausschließlich durch die Zähler; die Grundstückseigentümer, Verwalter usw. sind von den Zählern lediglich zur Unterstützung heranzuziehen. Die Zählpapiere, das Zählbezirksbuch und die vorgesehene Reserve an Zählpapieren sind den Zählern spätestens bis zum 7. September 1950 auszuhändigen. Dabei ist den Zählern nochmals einzuschärfen, daß sie die Zählung mit der größten Sorgfalt durchzuführen haben, auch etwa am Zählungstag abwesende Haushaltungen und leerstehende Wohnungen erfassen müssen. Nötigenfalls haben die Gemeindebehörden die nachträgliche Ausfüllung der Zählpapiere für diese Haushaltungen und Wohnungen nach dem Stand des Zählungstages zu veranlassen. Auf die Vollständigkeit der Erhebung ist der größte Wert zu legen.

Die Zähler sollen mit der Austeilung der Zählpapiere nicht vor dem 8. September beginnen und müssen sie bis zum 12. September 1950 beendet haben. Über die Beendigung der Austeilung hat jeder Zähler (gegebenenfalls durch den Oberzähler) der Gemeindebehörde (Zahlungsdienststelle) bis zum 12. September 1950 Meldung zu erstatten. Durch Erkrankung ausgefallene oder ungeeignete Zähler sind sofort durch Ersatzzähler abzulösen.

12. Zählung der Behörden

Für die Zählung der Behörden gelten besondere Richtlinien, die nachstehend aufgeführt sind und den einzelnen Behörden-

dienststellen durch die Gemeindebehörde bekanntzugeben sind.

1. Behörden beantworten nur die mit einem ► gekennzeichneten Teile des Arbeitsstättenbogens (zum Begriff Behörde vgl. Punkt 5).
2. Jede selbständige Behörde füllt einen Bogen aus, der auch etwaige Außenstellen u. dgl. innerhalb der gleichen Gemeinde erfaßt. Nur für Außenstellen u. dgl., die in einer anderen Gemeinde liegen als die Zentrale, ist je ein besonderer Bogen auszufüllen.

Um eine restlose Erfassung sämtlicher Außenstellen von Behörden sicherzustellen, übergibt der Zähler jeder derartigen Stelle einen Fragebogen, auf dem gegebenenfalls von der Zentrale der betreffenden Behörde zu vermerken ist, daß das Personal und die anderen Angaben dieser Außenstelle in dem Bogen der Gesamtbehörde enthalten sind. Dieser sonst unausgefüllte Bogen ist mit Stempel und Unterschrift zu versehen und von der betreffenden Außenstelle dem zuständigen Zähler wieder zu übergeben.

3. Bezüglich der **verschiedenen Ämter einer Gemeindeverwaltung** gilt folgendes:

Gemeindebehörden füllen für ihren ganzen Bereich nur **einen** Arbeitsstättenbogen aus. Bezüglich räumlich getrennt liegender Teile von Gemeindebehörden vergleiche Punkt 2. Die Behörden von Kommunalverbänden (Provinzial- und Bezirksverbände) sind gemäß Ziffer 2 zu zählen.

4. Die Polizei ist im Gegensatz zu dem oben Gesagten nach dem Prinzip der örtlichen Einheiten zu erfassen, d. h. für jede räumlich für sich bestehende Dienststelle (Polizeirevier u. dgl.) ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Die **Verwaltungspolizei** ist bei der Polizei zu zählen.

5. Als **Behörden im obigen Sinne** gelten auf der Bundes- und Landesebene außer den Ministerien und Oberbehörden nur die Dienststellen der allgemeinen und inneren Verwaltung, bei den Gemeinden nur die in den Einzelplänen bzw. im finanzstatistischen Kennziffernplan unter der Ziffer 0 nachgewiesenen Dienststellen, ferner die unter den Ziffern 1 — 9 als »Allgemeine Verwaltung« ausgegliederten Dienststellen.

Bundesbahn und -post werden gesondert erfaßt.

Von den Behörden bzw. der öffentlichen Verwaltung sind streng zu unterscheiden die öffentlichen An-

stalten und Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Altersheime, Schulen u. dgl., sowie die öffentlichen Regie- und Eigenbetriebe, wie Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Straßenbahnen u. dgl. Derartige Arbeitsstätten sind nicht als Behörden, sondern, wie alle anderen Arbeitsstätten (gewerbliche Betriebe u. dgl.), nach dem Prinzip der örtlichen Einheit zu erfassen, d. h. für jeden räumlich für sich bestehenden Betriebs- oder Anstaltskomplex ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. In diesen Fällen sind auch alle Fragen des Arbeitsstättenbogens zu beantworten.

6. Die Gemeinden unterrichten ihre eigenen Behörden auf dem Dienstweg; die in ihrem Bereich befindlichen Bundes- und Landesbehörden werden von der kommunalen Zählbehörde Ende August 1950 auf diese Richtlinien hingewiesen. Die Zähler sind auf der Schulung mit der oben dargelegten Handhabung kurz bekannt zu machen. Im übrigen sind sie gehalten, sich in Zweifelsfällen an die kommunalen Zählbehörden zu wenden.
(Vgl. Zähleranweisung und Schlagwortverzeichnis.)

13. Bekanntmachung der Zählung

Die Gemeinden haben die Einwohner von der Zählung rechtzeitig, etwa vom 1. September an, durch ortsübliche Bekanntmachung in Kenntnis zu setzen. Plakatanschläge u. dgl. müssen einige Tage über den Zählungstichtag hinaus angeschlagen bleiben. In der Bekanntmachung sind auch die Anschriften der Geschäftsräume der Zählungsdienststelle anzugeben und darauf hinzuweisen, daß dort Auskünfte über die Zählung erteilt werden und Reservezählpapiere zur Verfügung stehen, daß Personen und Betriebe, die bis zum 12. September 1950 keine Zählpapiere erhalten haben, diese bei der Zählungsdienststelle oder einer anderen dazu bestimmten Stelle abzuholen haben. Über die Ausgabe der Zählpapiere an diese Personen ist eine Liste zu führen, die einzelnen Fälle sind den betreffenden Zählern mitzuteilen.

Außerdem ist die Bevölkerung vor und während der Zählung nach Möglichkeit auch durch die örtliche Presse und den Rundfunk über die Bedeutung der Zählung aufzuklären und mit den wichtigsten Fragen der Zählpapiere vertraut zu machen.

II. Die Aufgaben am Zählungstichtag

Während der ganzen Zeit, in der die Zähler mit Austeilen und Einsammeln der Zähl-

papiere beschäftigt sind und die Bevölkerung die Papiere ausfüllt, ist die Zählungsdienststelle durchgehend besetzt zu halten, damit laufend Auskünfte an Zähler und Bevölkerung gegeben werden können. In den Zählbezirken mit besonders kurzfristig, meist nur eine Nacht anwesenden Personen (z. B. an Schiffsanlegeplätzen, in Wartesälen, Herbergen, Obdachlosenasylen, Übernachtungsbunkern u. dgl.), deren Erfassung also nur am Zählungstichtag selbst möglich ist, ist die Zählung rechtzeitig, möglichst in den Abendstunden des Zählungstichtages, spätestens in den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages, durchzuführen. Auch hier ist eine Zählerreserve vorzusehen; notfalls sind auch Beamte oder Angestellte der Gemeindebehörde als Ersatzzähler heranzuziehen. Für eilige Nachforderungen von Zählpapieren ist eine angemessene Reserve dieser Papiere bereit zu halten.

III. Die Aufgaben nach dem Zählungstichtag

1. Einsammeln der Zählpapiere

Das Einsammeln der ausgefüllten Zählpapiere erfolgt wiederum durch die Zähler, zunächst bei den Grundstückseigentümern, sodann unmittelbar bei den Haushaltungen, Wohnungen und Arbeitsstätten, also nicht über die Grundstückseigentümer. Dabei haben die Zähler die Zählpapiere auf ihre Vollzähligkeit und vollständige Ausfüllung sorgfältig zu prüfen. Die Zähler beginnen mit dem Einsammeln am 14. September 1950 mittags und müssen es bis zum 17. September 1950 abends beendet haben.

2. Ablieferung der Zählpapiere durch die Zähler

Im Anschluß an das Einsammeln haben die Zähler die Prüfung der Zählpapiere auf ihre Vollzähligkeit und vollständige Ausfüllung zu wiederholen, Mängel und Lücken zu beheben, die geprüften Zählpapiere grundstücksweise, die Haushaltungslisten überdies wohnungsweise zu ordnen. Dabei müssen sie darauf achten, daß auf allen Zählpapieren die Zuordnungsangaben (Kreis, Gemeinde, Straße und Hausnummer, Zählbezirks-Nr.) eingetragen sind. Die geordneten Zählpapiere sind zu nummerieren. Darauf haben die Zähler den Zählbezirksbericht auszufüllen und abzuschließen und schließlich das gesamte Zählmaterial mit dem abgeschlossenen Zählbezirksbericht an die Gemeindebehörde (Zählungsdienststelle) bis spätestens 20. September 1950 mittags abzuliefern. Säumige Zähler sind sofort zu mahnen. Auch für die Zeit nach dem Zählungstichtag bis zur Ablieferung der Zählpapiere durch die Zähler sind für etwa ausfallende oder ungeeignete Zähler

Ersatzzähler bereit zu halten. Wenn Oberzähler eingesetzt sind, so liefern die Zähler das Material bis zum 18. September an die Oberzähler ab, diese prüfen das Material gemäß der Anweisung für die Zählerschulung und leiten es bis zum 23. September an die Gemeindebehörde weiter.

3. Erste Prüfung der Zählpapiere durch die Gemeindebehörde auf Vollzähligkeit

Für die Entgegennahme der Zählpapiere (mit deren Ablieferung durch die Zähler ab 14. September 1950 zu rechnen ist) und für die anschließenden Prüfungsarbeiten muß die Gemeindebehörde durch Bereitstellung von Räumen und Personal rechtzeitig Vorbereitungen treffen. Nötigenfalls ist das Personal der Zählungsdienststelle zu verstärken. Beim Eingang sind die Zählpapiere jedes Zählbezirks durch die Zählungsdienststelle zu prüfen, und zwar in Gegenwart der Zähler (bzw. Oberzähler), um Unklarheiten und Mängel ohne Zeitverlust beseitigen zu können. Die Prüfung erstreckt sich auf die **Vollzähligkeit** der Zählpapiere und ist in folgender Weise vorzunehmen:

Zunächst sind die Angaben im »**Verzeichnis der Zählbezirke**« (siehe Abschnitt B I, 4 dieser Anweisung) mit den Eintragungen des Zählers im **Zählbezirksbericht** zu vergleichen, um festzustellen, ob der Zähler den ganzen ihm zugewiesenen Zählbezirk, d. h. alle Grundstücke des Zählbezirks, erfaßt hat. Der Zählbezirksbericht muß vollständig ausgefüllt sein; wo Angaben nicht zu machen waren, muß dies durch einen Querstrich angezeigt sein.

Sodann ist an Hand der Angaben des **Zählbezirksberichts** zu prüfen, ob für jedes Grundstück bzw. Gebäude eine Gebäudeliste vorliegt, ob Haushaltslisten, Anstaltslisten, Wohnungsbogen und Arbeitsstättenbogen entsprechend den Angaben des Zählbezirksberichts vorhanden sind.

Hierbei sind die in verschlossenen Umschlägen abgegebenen Zählpapiere den Umschlägen zu entnehmen, auf ihre vollständige Ausfüllung hin zu prüfen, mit den noch fehlenden Ordnungsangaben, insbesondere Zählpapernummern, zu versehen und entsprechend einzuordnen. Bei Prüfung der für Behörden ausgefüllten Arbeitsstättenbogen auf ihre Vollzähligkeit sind die besonderen Richtlinien für die Zählung der Behörden zu beachten.

Die Zahl der Haushaltslisten, Anstaltslisten, der Wohnungsbogen und der Arbeitsstättenbogen eines jeden Grundstücks muß auch mit den Angaben in Spalten 15 — 18 der Gebäudeliste über-

einstimmen; beim Vergleich mit den Angaben in den übrigen Spalten der Gebäudeliste ist zu berücksichtigen, daß Untermieter und Gewerbetreibende ohne feste Arbeitsstätte hier nicht verzeichnet sind, wohl aber im Zählbezirksbericht. Zur Kontrolle der Eintragungen im Zählbezirksbericht und in der Gebäudeliste ist weiterhin auf jeder Haushaltsliste zu prüfen, ob der Abschnitt H über Arbeitsstätten auf Seite 4 auf jeder Anstaltsliste, ob der dem Abschnitt H entsprechende Abschnitt A III auf der Vorderseite ausgefüllt ist. Ist dies der Fall, so muß für jeden hier verzeichneten Inhaber (Leiter) einer Arbeitsstätte, die auf dem gleichen Grundstück liegt, ein Arbeitsstättenbogen der Gebäudeliste beiliegen, die Arbeitsstätte im Zählbezirksbericht eingetragen sein und, wenn es sich um eine feste Arbeitsstätte mit baulich hierzu hergerichteten Räumen handelt, auch in der Gebäudeliste.

Bei jedem einzelnen Zählpapier ist darauf zu achten, daß am Kopf der ersten Seite die für die Einordnung des Zählpapiers notwendigen Angaben, wie Land, Kreis, Gemeinde, Gemeindeteil (wenn die Gemeinde in Stadtbezirke aufgeteilt ist oder Wohnplätze vorhanden sind), Straße und Hausnummer, Zählbezirksnummer, Gebäudelistennummer, eingetragen sind. Außerdem müssen die Zählpapiere nummeriert sein, und zwar jede Art für sich (Gebäudeliste, Haushaltsliste, Wohnungsbogen usw.) fortlaufend innerhalb des betreffenden Zählbezirks. Die Nummern der Zählpapiere müssen mit den im Zählbezirksbericht und in der Gebäudeliste eingetragenen Nummern übereinstimmen.

Durch die Prüfung festgestellte Unstimmigkeiten im Zählbezirksbericht, in den Gebäudelisten usw. sind sofort zu berichtigen. Fehlende Zählpapiere oder fehlende Angaben haben die Zähler umgehend beizubringen. Sind die Mängel so schwerwiegender Art, daß hieraus auf völlige Unfähigkeit der betreffenden Zähler geschlossen werden muß, so sind für die nachträglichen, zur Behebung der Mängel notwendigen Ermittlungen zuverlässige Ersatzkräfte einzusetzen oder auch zuverlässige Zähler aus anderen Bezirken.

4. Prüfung der Zählpapiere auf vollständige und richtige Ausfüllung

Die weitere Prüfungsarbeit erstreckt sich auf die vollständige und richtige Ausfüllung der Zählpapiere. Diese Prüfung gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeindebehörde bei der Durchführung der Zählung und ist ungeachtet der bereits durch die Zähler bzw. Oberzähler

erfolgten Vorprüfung unbedingt und mit größter Sorgfalt und Gründlichkeit vorzunehmen. Sie muß das gesamte Zählmaterial und alle Fragen der Zählpapiere umfassen, darf sich also nicht auf Stichproben beschränken. Jedoch sind Stichproben beim Empfang der Zählpapiere vor der eigentlichen Prüfung angebracht, um gröbere Mängel in der Ausfüllung der Zählpapiere sofort in Gegenwart der Zähler feststellen und ihre umgehende Behebung durch die Zähler veranlassen zu können.

In welcher Weise die einzelnen Zählpapiere zu prüfen sind, ist aus den entsprechenden Abschnitten der Anweisung für die Zählerschulung zu entnehmen.

Jede Lücke und jede Unstimmigkeit in den Zählpapieren muß beseitigt werden. Rückfragen bei den Ausfüllungspflichtigen sind mit größter Beschleunigung durchzuführen, notwendigenfalls durch geeignete Kräfte der Gemeindebehörde.

5. Aufstellung des Gemeindebogens und Meldung des Zählungsergebnisses

Bereits während der Prüfungsarbeiten — sobald geprüfte und endgültig abgeschlossene Zählbezirksberichte vorliegen

— ist mit der Aufstellung des Gemeindebogens zu beginnen. Die Angaben für den Gemeindebogen sind den geprüften und berichtigten Zählbezirksberichten zu entnehmen, und zwar die Endsumme für jeden Bezirk. Auch hierbei ist an Hand des »Verzeichnisses der Zählbezirke« nochmals zu prüfen, ob die Zählung im gesamten Gemeindegebiet durchgeführt worden ist. Sind die in Betracht kommenden Angaben für alle Zählbezirke in den

Gemeindebogen übertragen, so sind für das gesamte Gemeindegebiet die Endsummen zu ziehen. Der abgeschlossene Gemeindebogen ist vom Bürgermeister zu unterschreiben, der damit die Vollständigkeit der Zählung und die ordnungsgemäße Prüfung der Zählpapiere bescheinigt. Sofort nach Abschluß des Gemeindebogens (spätestens bis zum 11. Oktober) hat die Gemeinde das Ergebnis der Zählung mittels Postkartenvordrucks dem zuständigen Landrat zu melden, kreisfreie Gemeinden dem zuständigen Statistischen Landesamt.

6. Absendung des Zählmaterials

Mit der Absendung des Zählungsergebnisses ist die der Gemeinde obliegende Zählungsarbeit beendet. Anschließend ist das gesamte Zählmaterial nebst Zählbezirksberichten und Reinschrift des Gemeindebogens, die Zählpapiere: Gebäudelisten, Haushaltslisten, Wohnungsbogen und Arbeitsstättenbogen, nach Zählbezirken geordnet, innerhalb der Zählbezirke nach den Nummern der Zählpapiere gelegt, zu verpacken. Die Zählbezirksbücher verbleiben bei der Gemeinde.

Die Sendung (Kiste, Paket) ist äußerlich mit folgender Aufschrift zu versehen:

Volkszählung 1950

Kreis: Gemeinde:

Spätestens am 13. Oktober haben die Gemeinden die Kisten (Pakete) an das zuständige Landratsamt, kreisfreie Gemeinden an das zuständige Statistische Landesamt abzusenden.

Zur Anweisung für die Gemeindebehörden

Terminkalender

Die unterstrichenen Termine sind unbedingt einzuhalten. **Eingeklammerte** Termine empfehlen sich für kleinere Gemeinden.

Im Laufe der Monate Juni und Juli	Einrichtung von Zählungsdienststellen Bestellung eines Zählungskommissars	} (in größeren Gemeinden)
	Öffentliche Bekanntgabe der Anschriften der Zählungsdienststellen (des Zählungskommissars)	
	Gebäudevorerhebung (in bestimmten Gemeinden)	
bis 20. Juli (bis 31. Juli)	Bildung von Zählbezirken Berücksichtigung von Wohnplätzen Sonderzählbezirke für Anstalten, Großbetriebe (Verständigung mit der Leitung) Von der Besatzungsmacht beschlagnahmte Grundstücke und Gebäude sind auszunehmen Numerierung der Zählbezirke (höchstens dreiziffrige Zahlen, in Groß- städten innerhalb der Stadtteile) In Großstädten Anpassung der Zählbezirkseinteilung an die Einteilung des Stadtgebietes in Stadtteile und Stadtbezirke Anlegung eines Verzeichnisses der Zählbezirke Einzeichnung der Zählbezirke in einen Stadtplan	
bis 31. Juli (bis 15. August)	Bestellung von Zählern Anwerbung von Zählern bei Behörden und Körperschaften des öffent- lichen Rechts (Beamte, Angestellte) bei der Schulverwaltung (Lehrer, Studenten, Schüler) beim Arbeitsamt (Arbeitslose) Öffentliche Anwerbung von freiwilligen Zählern Bei Sonderzählbezirken (Anstalten, Großbetriebe) Verständigung mit der Leitung über Stellung von eigenen Zählern Schriftliche Ernennung, schriftliche Annahmeerklärung der Zähler Aushändigung eines Zählerausweises, einer Beschreibung des Zähl- bezirks und einer Sammlung der Zählungsdrucksachen an den Zähler Verteilung der Zähler auf die Zählbezirke, Bestimmung von Ersatz- zählern	
bis 31. Juli	Bestellung von Oberzählern Zu empfehlen in größeren Gemeinden; auf etwa je 5 bis 8 Zähler ein Oberzähler	
bis 31. Juli	Eingang der Zählpapiere Feststellung des mutmaßlichen Bedarfs rechtzeitig vor diesem Termin Einrechnung einer angemessenen Reserve Gegebenenfalls sofortige telegraphische Anforderung fehlender Zähl- papiere beim Landratsamt bzw. Statistischen Landesamt Ausgabe der für die Unterrichtung bestimmten Zählungsdrucksachen an die Zähler (bzw. auch Oberzähler)	
<u>bis 4. September</u>	Vorbereitung der Zählpapiere für die Ausstellung An Hand des Verzeichnisses der Zählbezirke ist für jeden Zählbezirk ein Zählbezirksbericht mit den Angaben über die Abgrenzung des Zählbezirks und mit den Bezeichnungen der zugehörigen Grundstücke zu versehen. Die gleichen Angaben sind in die Zählbezirksbeschreibung im Zählbezirksbuch einzutragen. Für jedes Grundstück innerhalb des Zählbezirks ist eine Gebäudeliste, soweit nicht bereits bei der Gebäudevorerhebung ausgefüllt, mit der Grundstücksbezeichnung (Straße und Hausnummer) zu versehen.	

Für jedes Grundstück ist die voraussichtlich benötigte Zahl von Haushaltslisten, Wohnungsbogen usw. abzuzählen und in die Gebäudeliste hineinzulegen.

Auf jedem Zählpapier (Zählbezirksbericht, Gebäudeliste, Haushaltsliste usw.) sind am Kopf die Zuordnungsangaben über Kreis, Gemeinde, Zählbezirksnummer einzutragen.

Jedem Zählbezirk ist eine angemessene Reserve an Zählpapieren beizulegen.

Anfang August
bis Anfang September

Zählerschulung

Schulung der mit der Unterweisung der Zähler zu betrauenden Personen (Gemeindebeamte, Oberzähler u. dgl.)

Unterweisung der Zähler (auch Ersatzzähler) in Zählerversammlungen
Termine der Zählerversammlungen der Urlaubs- und Reisezeit anpassen

4. bis 7. September

Aushändigung der Zählpapiere und der Zählbezirksberichte an die Zähler für die Austeilung

ab 1. bis 14. September

Ortsübliche Bekanntmachung der Zählung

Durch Plakatanschlag, Pressebekanntmachung u. dgl.

Bekanntgabe der Anschriften der Zählungsdienststellen

Hinweis, daß dort Zählpapiere an Personen und Betriebe ausgegeben werden, die bis zum 12. September keine erhalten haben

8. bis 12. September

Austeilung der Zählpapiere an die Bevölkerung durch die Zähler

Bereithaltung der Reservezähler

12. September

Meldung der Zähler an die Gemeindebehörde über Beendigung der Austeilung

13. September

Zählungstichtag

Bereitschaftsdienst in den Zählungsdienststellen

Durchführung der Zählung in Wartesälen, Herbergen, Asylen, Übernachtungsbunkern, Zigeunerlagern usw.

vom 14. September
mittags

Einsammeln der Zählpapiere durch die Zähler

bis 14. September

Abschluß der Vorbereitungen der Gemeindebehörde für die Entgegennahme der Zählpapiere und die anschließenden Prüfungsarbeiten

Bereitstellung von Räumen und Personal, gegebenenfalls Verstärkung der Zählungsdienststellen

bis 20. September

Ablieferung der Zählpapiere durch die Zähler

an die Gemeindebehörde

bis 18. September

beim Einsatz von Oberzählern an die Oberzähler

bis 23. September

durch die Oberzähler an die Gemeindebehörde

bis 13. Oktober

Prüfung des Zählmaterials durch die Gemeindebehörde

auf Vollzähligkeit und vollständige und richtige Ausfüllung

Erforderliche Nacherhebungen und Ermittlungen zunächst durch die Zähler, sonst durch Sonderkräfte (Gemeindebedienstete u. dgl.)

bis 13. Oktober

Aufstellung des Gemeindebogens durch die Gemeinde

Auf Grund der geprüften Zählbezirksberichte, bereits während der Prüfungsarbeiten zu beginnen

bis 13. Oktober

Meldung der ersten Zählergebnisse durch die Gemeinden

mittels Postkartenvordrucks an das zuständige Landratsamt, kreisfreie Städte an das zuständige Statistische Landesamt

13. Oktober

Verpackung des Zählmaterials

13. Oktober

Absendung des Zählmaterials

an das zuständige Landratsamt,
kreisfreie Städte an das Statistische Landesamt.

Volkszählung am 13. September 1950

Gemeindebogen

(Nach den geprüften Zählbezirksberichten aufzustellen)

[illegible]

Land:
Kreis:
Gemeinde:

Volkszählung am 13. September 1950

Schnellmeldung

Für das gesamte Gemeindegebiet sind durch die Volkszählung ermittelt worden:

In den Haushaltslisten in Abschnitt A + B bzw. in den Anstaltslisten in Abschnitt B I eingetragene Personen		
insgesamt		
männliche Personen		weibliche Personen

....., den Oktober 1950

(Unterschrift des Leiters der Gemeinde)

Fragebogen zur Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben im Mai 1951

Bis 10. 6. 51 ausgefüllt zurückzusenden an

Jeder Inhaber oder verantwortliche Leiter eines gewerblichen Straßenverkehrsbetriebes und eines Verkehrsneben- oder -hilfsbetriebes (z. B. Spedition, Lagerei) in der Bundesrepublik Deutschland hat diesen Fragebogen zu beantworten. Die Zusatzerhebung erfolgt auf Grund des § 2, Abs. 2, des Volkszählungsgesetzes vom 27. 7. 1950 (BGBl. I, S. 335). Die vollständige und richtige Ausfüllung des Fragebogens ist eine Rechtspflicht. Die durch die Erhebung gewonnenen Angaben dienen nur statistischen Zwecken.

Land:

Stadt-, Landkreis:

Gemeinde:

Nicht ausfüllen

Vor der Ausfüllung bitte sorgfältig die Erläuterungen auf Seite 3 und 4 lesen!

A Bezeichnung des Straßenverkehrsbetriebes

- Name (ungekürzte Firma) und Anschrift:
- Ist der Betrieb Zweigniederlassung einer Hauptniederlassung? Ja oder Nein?
- Wenn ja, Anschrift der Hauptniederlassung:
- Ist der Betrieb im Handelsregister eingetragen? Ja oder Nein?
- Wenn ja, bei welchem Amtsgericht?

A 1.

A 2.

A 4.

B Kennzeichnung des Gewerbes

- Bezeichnung des betriebenen Gewerbes.
Zuerst in der Übersicht auf Seite 4 feststellen, zu welcher Gewerbeart der Betrieb gehört, sodann hier die zutreffende Gewerbeart unterstreichen. Werden mehrere Gewerbearten betrieben, so sind alle diese zu unterstreichen.

Kommunaler und gemischtwirtschaftlicher Kraftomnibusverkehr

Personenfuhrwesen mit Zugtierbetrieb

Spedition (auch mit Lagerei)

Sonstiger Personenkraftwagenverkehr

Lastenbeförderung mit Zugtierbetrieb

Möbelspedition u. -transport

Güterfernverkehr

Lagereigewerbe

Güternahverkehr

Private Kraftfahrzeugüberwachung

Kraftfahrunterricht

- Gründungstag der Firma:
- Geschäftssitz am 1. 9. 1939:
- Haben Sie eine Genehmigung gemäß Personenbeförderungs-Gesetz v. 4. 12. 1934 in der Neufassung vom 6. 12. 1937 (RGBl. I, S. 1319)? Ja oder Nein?
- Wenn ja, welche Art der Personenbeförderung ist genehmigt worden? Linienverkehr — Gelegenheitsverkehr: Droschken-, Mietwagen-, Ausflugswagen-, Überlandwagenverkehr (Zutreffendes unterstreichen)
- Von welcher Behörde wurde die Genehmigung erteilt und wann?

(Name und Sitz der Behörde, Datum der Genehmigung)

- Haben Sie auf Grund des § 6 des Güterfernverkehrs-Änderungsgesetzes vom 2. 9. 1949 und des dazu ergangenen Ergänzungsgesetzes und der Ergänzungs-Anordnungen für die französische Zone (BGBl. 1950, S. 3, 25, 273) eine Genehmigung für den Güterfernverkehr bzw. für den Möbelfernverkehr? Ja oder Nein?
- Wenn ja, von welcher Behörde wurde die Genehmigung erteilt und wann?

(Name und Sitz der Behörde, Datum der Genehmigung)

- Hatten Sie auf Grund des Gesetzes über den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 26. 6. 1935 (RGBl. I, S. 788) eine Genehmigung für den Güterfernverkehr bzw. den Möbelfernverkehr? Ja oder Nein?
- Wenn ja, von welcher Behörde wurde die Genehmigung erteilt und wann?

(Name und Sitz der Behörde, Datum der Genehmigung)

Nur von Betrieben des kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Kraftomnibusverkehrs und des sonstigen, d. h. privaten Personenkraftwagenverkehrs auszufüllen.

Nur von Betrieben des Güterfernverkehrs (einschließlich Möbelfernverkehrs) auszufüllen.

C Beschäftigte Personen

- Tätige Inhaber, tätige Mitinhaber, Pächter
- Mithelfende Familienangehörige, für die keine Sozialversicherung bezahlt wird (alle übrigen unter 3—5 aufführen)
- Angestellte (ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre, diese unter Ziffer 5)
- Arbeiter, Gesellen, Gehilfen
 - Be- und Entladepersonal
 - Kraftfahrer
 - Sonstige
- Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre
- Summe 1—5
- Von den Personen der Summe 1—5 sind ausgebildete Kraftfahrzeughandwerker

Am 15. 5. 1951 beschäftigte Personen			darunter mit Führerschein	
männlich	weiblich	zusammen	Klasse 2	Klasse 3

D Fahrzeug- und Zugtierbestand und Verkehrsleistungen

I. Angaben über die am 15. Mai 1951 zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge und Kraft-

Fahrzeugart	Nicht ausfüllen	Zahl der am 15. Mai 1951 zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger	Im Mai 1951 zurückgelegte km und			
			im Ortsverkehr		im sonstigen Nahverkehr	
			zurückgelegte km einschließlich Leerfahrten	beförderte Gütermenge in t	zurückgelegte km einschließlich Leerfahrten	beförderte Gütermenge in t
			1	2	3	4
1. Krafträder mit und ohne Beiwagen	110					
2. Personenkraftwagen (einschl. Kraftdroschken und Mietwagen)	121					
3. Krankenkraftwagen (Spezialfahrzeuge)	122					
4. Kraftomnibusse	123					
5. Kraftfahrzeuganhänger zur Personenbeförderung	130					
6. Zugmaschinen (einschl. Sattel-, Raupen- und Hilfsschlepper) mit einer Maschinenleistung						
bis 25 PS	211					
26 " 60 "	212					
61 " 90 "	213					
91 und mehr PS	214					
7. Lastkraftwagen und Kipper						
a) dreirädrige	221					
b) andere mit einer Nutzlast						
bis 999 kg	222					
1000 " 1999 "	223					
2000 " 3999 "	224					
4000 " 4999 "	225					
5000 " 7499 "	226					
7500 und mehr kg	227					
8. Möbelwagen (Motorwagen)	230					
9. Kraftstoffkesselwagen (Motorwagen)	240					
10. Kühl- und Isolierwagen (Motorwagen)	250					
11. Sonstige Kraftfahrzeuge (soweit nicht unter 6.—10.)	260					
12. Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung						
a) einachsige (auch Kraftradanhänger)	311					
b) mehrachsige (ohne c—g) mit einer Nutzlast						
bis 999 kg	312					
1000 " 2999 "	313					
3000 " 4999 "	314					
5000 " 6999 "	315					
7000 und mehr kg	316					
c) Sattelschlepperanhänger (sog. Auflieger) ..	320					
d) Möbelwagenanhänger	330					
e) Kraftstoffkesselwagenanhänger	340					
f) Kühl- und Isolierwagenanhänger	350					
g) sonstige Kraftfahrzeuganhänger (ohne Gas- und Generatorenanhänger, die nicht als Kraftfahrzeuganhänger gelten)	360					
Gesamtsummen der beförderten Gütermengen in t	999					

II. Zahl der Pferde und sonstigen Zugtiere

Pferde	sonstige Zugtiere

III. Zahl der Gespannfahrzeuge

Gewöhnliche Gespannfahrzeuge	Möbelwagen

fahrzeuganhänger und über die Verkehrsleistungen der Lastfahrzeuge im Mai 1951[illegible]

Erläuterungen

- 1. Kraftfahrzeugbestand:** Es sind alle am 15. Mai 1951 zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger anzugeben, und zwar einschließlich der gemieteten, jedoch ohne die vermieteten. Die in Reparatur oder in fremden Garagen befindlichen Fahrzeuge sind mitzumelden, nicht dagegen die stillgelegten. Nicht aufzuführen sind motorisierte Arbeitsmaschinen, die weder unmittelbar noch mittelbar zur Beförderung von Personen und Gütern dienen (z. B. Kranwagen, fahrbare Werkstätten und dergl.).

Gewerbebetriebe, die neben dem eigentlichen Straßenverkehrsgewerbe noch ein anderes Gewerbe betreiben (z. B. eine Kohlenhandlung), führen nur diejenigen Kraftfahrzeuge und Anhänger auf, die dauernd oder überwiegend im gewerblichen Straßenverkehr eingesetzt sind.

- 2. Die Verkehrsleistungen sollen sämtliche Fahrten und Transporte innerhalb und außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland umfassen, die mit den in Spalte 1 angegebenen Fahrzeugen im Monat Mai entgeltlich für fremde Rechnung ausgeführt worden sind.**

Waren Fahrzeuge nicht den vollen Berichtsmonat hindurch eingesetzt, weil sie

- a) entweder vor Ablauf des Berichtsmonats verkauft, vermietet, verliehen, stillgelegt oder einer längeren Reparatur unterzogen,
- b) oder erst nach Beginn des Berichtsmonats angeschafft, gemietet, geliehen oder wieder in Betrieb genommen wurden,

so sind die Verkehrsleistungen auf jeden Fall für den Teil des Monats, in welchem die Fahrzeuge in Betrieb waren, anzugeben.

Werden in einem Betrieb regelmäßige Aufzeichnungen über die von den einzelnen Fahrzeugen zurückgelegten km und die auf ihnen beförderten Gütermengen nicht geführt, so sind während des Berichtsmonats Mai 1951 geeignete Anschreibungen von der Art zu machen, daß aus ihnen die für den Fragebogen erforderlichen Angaben entnommen werden können.

Die mit dem Motorfahrzeug zurückgelegten km sind unter Einbeziehung der Leerfahrten nach dem Kilometerzähler als Differenz zwischen dem Stande am Anfang und Ende des Monats oder nach den Eintragungen in den Fahrnachweisbüchern oder sonstigen Unterlagen zu berechnen.

Die beförderten Gütermengen sind, vor allem beim Güterfernverkehr, den Frachtbriefen, sonst den übrigen Ladepapieren, Rechnungen, Geschäftspapieren usw. zu entnehmen.

Als beförderte Gütermenge ist grundsätzlich das **Bruttogewicht in Tonnen** zu 1000 Kilogramm anzugeben. Bei Gütern, die nicht nach Gewicht, sondern nach Stückzahl, Litern, Kubikmetern usw. übernommen werden, ist die Mengenbezeichnung in Tonnen umzurechnen.

- 3. Ortsverkehr** ist der Verkehr innerhalb der politischen Gemeinde, in welcher das Kraftfahrzeug seinen dauernden Standort hat.

Sonstiger Nahverkehr ist der darüber hinausgehende Verkehr bis zu einem Umkreis von 50 km Luftlinie, gemessen vom Ortsmittelpunkt des Standortes des Kraftfahrzeuges.

Fernverkehr ist der über den Nahverkehr hinausgehende Verkehr.

Lassen sich getrennte Angaben für Orts-, Nah- und Fernverkehr nicht machen, so ist die Gesamtverkehrsleistung in Spalte 8 und 9 einzutragen und **schätzungsweise** auf die Spalten 2 bis 7 aufzugliedern.

Diese Erläuterungen bitte vor Ausfüllung des Fragebogens lesen!

1. Ausgenommen von der Zusatzerhebung der Straßenverkehrsbetriebe sind:

- a) Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost
- b) Privat- und Kleinbahnen
- c) Straßen-, Hoch- und Untergrundbahnen,
- d) Städtische Schwebebahnen, Bergbahnen (Schwebe- und Seilbahnen),
- e) Oberleitungsbahnbus- (Obus-) Betriebe.

Soweit jedoch Verkehrsunternehmen unter b) — e) gegen Entgelt verkehrende Kraftomnibusse und andere Kraftfahrzeuge betreiben, werden diese von der Erhebung erfaßt und sind zu melden

2. Haupt- und Zweigniederlassungen: Eine Hauptniederlassung hat Angaben über Zweigniederlassungen nur dann zu machen, wenn sich die Zweigniederlassungen in derselben politischen Gemeinde wie die Hauptniederlassung befinden. Dagegen haben Zweigniederlassungen, die in anderen Gemeinden gelegen sind, als die Hauptniederlassung, den Fragebogen selbständig auszufüllen.

3. Beschäftigte Personen: Mischbetriebe, z. B. Verkehrsbetrieb mit Kohlenhandlung, führen nur diejenigen Personen auf, die ganz oder überwiegend im Verkehrsbetrieb eingesetzt sind.

4. Gewerbeart: Vor Unterstreichen der Gewerbearten auf Seite 1 unter B 1 ist in der nachstehenden Übersicht festzustellen, zu welcher Gewerbeart der meldende Betrieb gehört.

Übersicht der Gewerbearten mit den gebräuchlichsten Firmenbezeichnungen

Kraftfahrgewerbe

Kommunaler und gemischt-wirtschaftlicher Kraft-omnibusverkehr

Autoomnibusbetrieb (öffentl. oder gemischtwirtsch.)

Kraftomnibusbetrieb (öffentl. oder gemischtwirtsch.)

Kraftverkehrsbetrieb (öffentl. oder gemischtwirtsch. Personenverkehr)

Städtischer Autoverkehr

Sonstiger Personenkraft-wagenverkehr
(sonst. motorisierte Personen-beförderung)

Autodroschenhalterei

Autoomnibusbetrieb (privat)

Autovermietung (an Selbstfahrer)

Droschenbetrieb (motorisiert)

Kraftdroschenbetrieb

Kraftfahrgesellschaften (privater Personenverkehr)

Kraftomnibusbetrieb (privat)

Kraftverkehrsbetrieb (privater Per-sonenverkehr)

Krankentransport (Spezialkraft-wagen)

Mietwagenbetrieb (Kraftwagen)

Omnibus-Gesellschaftsreiseunter-nahmen

Rundfahrtunternehmen

Taxameterfuhrwesen (Kraftwagen)

Güterfernverkehr mit Kraft-fahrzeugen

Effektentransportunternehmung (Fernverkehr)

Frächerei (Kraftwagenfernverkehr)

Güterfernverkehrsbetrieb

Lastautobetrieb (Fernverkehr)

Lastkraftwagenbetrieb (Fernverkehr)

Güternahverkehr mit Kraft-fahrzeugen

Effektentransportunternehmung (Nahverkehr)

Frächerei (Kraftwagennahverkehr)

Güternahverkehrsbetrieb (nur mit Kraftfahrzeugen)

Lastautobetrieb (Nahverkehr)

Lastkraftwagenbetrieb (Nahverkehr)

Reklamefuhrwesen (Kraftwagen)

Rollfuhrunternehmen (ohne Spedition)

nur mit Kraftfahrzeugen

Eildienst (Rote Radler usw.)

Frachtgutbestätter (Kraftwagen)

Botenfuhrwerke (Kraftwagen)

Private Kraftfahrzeug-überwachung

Ingenieurbüro für Kraftfahrzeug-prüfung

Kraftfahrunterricht

Autofahrunterricht

Fahrschule

Kraftfahrschule

Fuhrgewerbe mit Zugtierbetrieb

Personenfuhrwesen mit Zug-tierbetrieb

Cabfuhrwerkerei

Equipagenhalterei

Flakerunternehmen

Hauderer

Krankentransport (Pferdebetrieb)

Kremserfuhrwesen

Luxusfuhrgeschäft (Pferdebetrieb)

Mietskutscherei

Pferdedroschenbetrieb

Pferdefuhrwerkerei (Personen)

Pferdemietwagenbetrieb

Taxameterfuhrwesen (Pferdebetrieb)

Lastenbeförderung mit Zug-tierbetrieb

Baufuhrwerkerei (Pferdebetrieb)

Frachtfuhrwerkerei (Pferdebetrieb)

Frächerei (Pferdebetrieb)

Holzfuhrwerkerei (Pferdebetrieb)

Lohnfuhrwerkerei (Pferdebetrieb)

Pferdefuhrwerkerei (Lasten)

Platzfuhrwerkunternehmung

(Lastenbeförderung)

Rollfuhrunternehmen

Frachtgutbestätter (Pferdebetrieb)

Botenfuhrwerke (Pferdebetrieb)

Spedition und Lagerei

Spedition (auch mit Lagerei)

Auftragsspedition

Auslandsspedition

Bahnspedition (bahnamtliche

Rollfuhrunternehmer)

Binnenumschlagsspedition

Getreidespedition

Grenzspedition

Güterverladung

Holzspedition

Internationale Spedition

Kraftwagen-Spedition

Rollfuhrspedition

Sammelspedition

Schiffsspedition

Seedampferspedition

Seehafenspedition

Speditionsbetrieb

Vollmachtspedition

Möbelspedition und -trans-port

Möbelfernverkehr

Möbelnahverkehr

Möbelspedition

Möbeltransport

Lagereigewerbe

Getreidelagerhaus

Getreidesilo

Getreidespeicher

Güterlagerung

Kornmagazin

Lagerhaus

Lagerungsgeschäft

Magazinbetrieb

Mehlspeicher

Möbelaufbewahrung

Silo (Getreide)

Speichergeschäft

Speicherhausbetrieb

Es wird hiermit bescheinigt, daß die Angaben in diesem Fragebogen vollständig und wahrheitsgemäß sind

Name:

Vorname:

Rechtsverbindliche Unterschrift
des Inhabers bzw. Leiters des Betriebes
oder seines Vertreters:

(Ort)

den 1951

Firmenstempel

Im April 1951

An alle gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe

Betr.: Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben

Das Straßenverkehrsgewerbe hat in den letzten Jahren eine ständig wachsende Bedeutung gewonnen. Bisher sind aber, im Gegensatz zu allen anderen Verkehrszweigen, über Zahl und Art der Betriebe und über die Transportleistungen im Güterverkehr nur unzureichende Zahlenangaben vorhanden. Es besteht daher die Gefahr, daß das Straßenverkehrsgewerbe bei Versuchen, das Zusammenwirken der Verkehrsmittel auf eine gesunde Grundlage zu stellen, nicht seiner Bedeutung gemäß gewürdigt wird.

Um diesem Mangel abzuweichen, ist im Volkszählungsgesetz vom 27. Juli 1950 (Bundesgesetzblatt 1950, Seite 335) als Zusatzerhebung zur Arbeitsstättenzählung vom 13. September 1950 eine **Zählung aller gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe** verbunden mit einer Ermittlung der Verkehrsleistungen der Güterkraftverkehr betreibenden Unternehmungen vorgesehen. Der Bundesminister des Innern hat bestimmt, daß die Zählung im Mai 1951 stattfindet. Zählpapier ist der beigefügte Fragebogen.

Anlage

Betriebe, die nicht am Güterkraftverkehr beteiligt sind, die also keine Fahrzeuge der im Fragebogen auf Seite 2 unter DI 6.—12. aufgeführten Arten besitzen, sondern nur Personenkraftfahrzeuge oder Gespannfahrzeuge, senden den Fragebogen, sogleich nachdem sie ihn mit Stichtag vom 15. Mai 1951 ausgefüllt haben, zurück.

Termin

Die am Güterkraftverkehr beteiligten Betriebe dagegen können den Fragebogen erst nach Ablauf des Monats Mai ausfüllen; sie müssen ihn bis dahin sorgfältig aufbewahren. Wir bitten dringend diejenigen von diesen Betrieben, welche die Angaben über die Verkehrsleistungen nicht ohne weiteres ihren Geschäftspapieren entnehmen können, sich während des Monats Mai dem Schema des Fragebogens angepaßte Aufzeichnungen zu machen. Spätester Rücksendetermin ist der 10. Juni 1951.

Termin

Um die Ergebnisse der Zählung nicht zu verfälschen, werden **Mischbetriebe** (z. B. Straßenverkehrsbetriebe mit Kohlenhandel) gebeten, ganz besonders sorgfältig zu verfahren und die Erläuterungen auf Seite 3 (Erläuterung 1, Abs. 2) und auf Seite 4 des Fragebogens (Erläuterung 3) zu beachten. Auch die **Haupt- und Zweigniederlassungen** werden gebeten, sich nach der Anweisung in Erläuterung 2 auf Seite 4 zu richten.

Die Ausfüllung des Fragebogens ist eine gesetzliche Pflicht; Sie sollten aber auch im Interesse Ihres Berufsstandes und damit in Ihrem eigenen Interesse durch genaue Angaben und fristgerechte Rücksendung des Fragebogens zur Erstellung einer einwandfreien Statistik des Straßenverkehrsgewerbes beitragen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die durch die Erhebung gewonnenen Angaben nur statistischen, keinesfalls aber steuerlichen Zwecken dienen.

Zur Klärung von **Zweifelsfragen**, die sich auf die Ausfüllung des Fragebogens beziehen, steht das obengenannte Statistische Landesamt gern zur Verfügung.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Vorsignierleiste

Untermietennacherhebung
gem. § 2, Abs. 2
des Volkszählungsgesetzes

Land:
Reg. Bez.:
Kreis:
Gemeinde:

Zählbezirk Nr.:
Nr. des Wobo:
Nr. der WP:
Nr. der Anschriftenliste:

Erhebungsblatt Nr. für Wohnparteien in Untermiete

I. Name des Haushaltsvorstandes der Wohnpartei
Vor- und Zuname

	Fl.	V.
P		

Anschrift:
Straße, Hausnummer, Stockwerk

Nachfolger:
Vor- und Zuname

	Fl.	V.
P		

II. Selbständig berufstätig - Beamter, Angestellter - Arbeiter - Rentner, Pensionär - ohne Beruf
(Zutreffendes unterstreichen)

	Nicht ausfüllen!

III. Mietzahlung erfolgt an Hauseigentümer: ja - nein
(Zutreffendes unterstreichen)

Rückseite

IV. Zahl der gemieteten Räume (ohne mitbenutzte Räume):

Raum für Vermerke

14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Koch- nische	Küche bis 10 qm	Küche über 10 qm	Notküche	Zimmer mit 10 und mehr qm	Zimmer mit 6 bis unter 10 qm	Zimmer unter 6 qm	Not- räume	Eigenes Bad	Ge- wichtete Raumzahl

V. Welche Leistungen wurden vom Untermieter im Juni 1951 in Anspruch genommen?

Zutreffendes unterstreichen und — wenn möglich — Entgelt angeben! Keine geschätzten Beträge einsetzen!

a) Möblierung DM	h) Strom DM	l) Reinemachen DM	q) Morgengetränk DM
b) Bettwäsche DM	i) Gas DM	m) Heizen DM	r) Frühstück DM
c) Sonstige Wäsche DM	j) Wasser DM	n) Wäschewaschen DM	s) Mittagessen DM
d) Küchenmitbenutzung DM	k) Sonstige öffentl. Gebühren DM	o) Wäscheinstandhalten DM	t) Abendbrot DM
e) Badmitbenutzung DM		p) Sonstige Bedienung DM	u) Heizung DM
f) Zimmermitbenutzung DM			
g) Keller und Dachbodenanteil DM	zus. DM	zus. DM	zus. DM

Sonstige oben nicht vorgedruckte Leistungen: Einzelne eintragen und — wenn möglich — Entgelt angeben!

..... DM DM DM DM

VI. Gesamtbetrag der Untermiete im Juni 1951 (reine Leerraummiete + Leistungsentgelte) DM

VII. Wie hoch ist die reine Leerraummiete? DM

Nur im Falle ausdrücklich vereinbarter Leerraummiete angeben!
Keinen geschätzten Betrag einsetzen!

Datum der Befragung

Unterschrift des Ermittlers

a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	S	Komb.	UM	LM		SUM	S.LM
24							25				26					27					28	29	30	31	32	33	34

Richtlinien

für den Ermittler

A. Allgemeines

Zur Durchführung der Befragung anlässlich der Untermietennacherhebung erhält jeder Ermittler außer diesen Richtlinien

- ein Schlagwortverzeichnis,
- eine Anschriftenliste der zu befragenden Untermieter, die zugehörigen vorausgefüllten Erhebungsblätter,
- eine entsprechende Anzahl von leeren Formularen und einen Ermittlerausweis.

Sogleich nach Erhalt der Erhebungspapiere überprüft der Ermittler, ob er alle oben aufgezählten Unterlagen bekommen hat. Fehlende Papiere fordert er nach. Ferner überprüft er, ob für jeden in seiner Anschriftenliste enthaltenen Untermieter ein vorausgefülltes Erhebungsblatt mit dessen Namen und Anschrift unter Punkt 1, Zeile 1 und 2 des Erhebungsblattes vorliegt. Soweit dies nicht der Fall ist, legt der Ermittler die fehlenden Erhebungsblätter unter Benutzung der erhaltenen leeren Vordrucke selbst an. Dabei setzt er Land, Regierungsbezirk, Kreis und Gemeinde, sowie Namen und Anschrift des Untermieters gemäß Anschriftenliste in das Erhebungsblatt ein.

Vor Beginn seiner Tätigkeit muß der Ermittler diese Richtlinien und das Schlagwortverzeichnis genau durchlesen, damit er mit dem Sinn der Fragen des Erhebungsblattes vertraut wird und den Zweck der Erhebung erfüllen kann.

B. Die Befragung

Die Befragung erfolgt am besten in den Abendstunden, nach Feierabend, weil um diese Zeit die meisten Untermieter anzutreffen sind. Dadurch erspart sich der Ermittler ergebnislose Wege.

Im Hinblick auf das Mißtrauen, das die Bevölkerung in allen Wohnungsangelegenheiten hegt, stellt die Befragung an das Geschick des Ermittlers gewisse Anforderungen und verlangt Anpassungsfähigkeit und Einfühlungsvermögen. Durch Freundlichkeit und Höflichkeit läßt sich fast immer mehr erreichen als durch sogenanntes „amtliches Auftreten“. Sollte der Ermittler trotzdem auf Widerstand stoßen, so ist auf die Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes, nach denen die bei der Untermietennacherhebung Befragten zur Erteilung der im Erhebungsblatt vorgesehenen Auskünfte verpflichtet sind, hinzuweisen. Wenn auch das nicht hilft, dann ist auf die Befragung zu verzichten. Ein gewandter Ermittler wird es aber soweit gar nicht kommen lassen. Er wird, wo er Widerstand und Mißtrauen begegnet, diese geschickt zu zerstreuen wissen.

Im Gespräch mit Vermietern gibt der Ermittler als Zweck seines Besuches eine Nachtragsbefragung zur Volkszählung an, ohne Einzelheiten über die Erhebung mitzuteilen.

Die Befragung darf sich in keinem Falle an den Vermieter richten, sondern immer nur an den Untermieter selbst, d. h. bei einer Untermieterhaushaltung an den Haushaltungsvorstand der Untermietpartei oder dessen Vertreter.

Beim Betreten einer Wohnung erkundigt sich der Ermittler zunächst, ob von der Untermietpartei jemand anwesend ist. Wird die Frage bejaht, dann ist der Unter-

mieter aufzusuchen und zu befragen. Wird sie verneint, dann ist festzustellen, ob der Untermieter überhaupt noch in der Wohnung wohnt oder etwa verzogen ist. Wohnt der Untermieter noch in der Wohnung, dann ist ein Zeitpunkt zu verabreden, zu dem der Besuch wiederholt wird. Ist der Untermieter verzogen oder verstorben, was der Ermittler auf dem Erhebungsblatt und in der Anschriftenliste neben dessen Namen vermerkt, dann muß festgestellt werden, ob ein anderer Untermieter als Nachfolger eingezogen ist.

Ist ein Nachfolger vorhanden, dann wird dieser befragt. Sein Name wird im Erhebungsblatt auf die für Nachfolger vorgesehene Zeile und in der Spalte „Bemerkungen“ der Anschriftenliste eingetragen.

Ist kein Nachfolger vorhanden, dann erübrigt sich die Befragung. Auf die Zeile für Nachfolger im Erhebungsblatt wird geschrieben: „keiner“; in die Spalte für Bemerkungen der Anschriftenliste wird hinter die Notiz „verzogen“ (verstorben) eingetragen: „kein Nachfolger“.

Die Tätigkeit des Ermittlers beschränkt sich ausschließlich auf die in der Anschriftenliste verzeichneten Wohnungen. Verzogene Untermieter sind also keinesfalls in ihrer neuen Wohnung aufzusuchen.

In jeder in der Anschriftenliste enthaltenen Wohnung müssen sämtliche Wohnparteien außer dem Wohnungsinhaber befragt werden, gleichgültig, ob diese Wohnparteien in der Anschriftenliste verzeichnet sind oder nicht.

Dort, wo mehrere Wohnparteien als Hauptmieter Teile einer Wohnung direkt vom Hauseigentümer gemietet haben, werden alle Wohnparteien der Wohnung befragt.

Zu befragende Wohnparteien, die in der Anschriftenliste, die nach dem Stande vom 13. 9. 1950 aufgestellt wurde, nicht stehen können, weil die von ihnen bewohnten Räume erst später erstmalig vermietet worden sind, trägt der Ermittler am Schluß der Anschriftenliste unter genauer Angabe ihrer Anschrift, ihres Namens und der laufenden Nummern der Untermietparteien (gem. Anschriftenliste), mit denen sie die Wohnung teilen, nach.

Beispiel: Nr. 51, Viktoriastraße 12, II. Stock, H, Franz Neumann, 23. 6., zusammen mit Nr. 7 und 8.

Außerdem wird ein Erhebungsblatt angelegt.

Der Ermittler sucht jede Wohnpartei in den von ihr bewohnten Räumen einzeln auf.

Zu Beginn der Befragung gibt der Ermittler eine kurze Erklärung über den Zweck seines Besuches ab. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei der Befragung um eine rein statistische Angelegenheit handelt, mit der weder das Wohnungs- oder Finanzamt noch die Polizei das geringste zu tun hat. Außer dem Ermittler und dem Statistischen Landesamt erhält keine Person und keine Stelle Einblick in die Erhebungsunterlagen. Der Ermittler ist verpflichtet, über die Angaben, die die Untermieter für die Untermietennacherhebung machen, Verschwiegenheit zu bewahren.

Danach sind die Fragen entsprechend dem Erhebungsblatt zu stellen.

Punkt I des Erhebungsblattes

Erste Frage: Zahl der zur Untermietpartei gehörenden Personen.

Die Zahl wird hinter dem Namen des Untermieters in das Feld eingetragen. Beispiel:

Siehe auch Stichwort Nr. 2 des Schlagwortverzeichnisses.

Zweite Frage: Sind Sie Flüchtling? Bejahendenfalls ist das Feld ☒ anzukreuzen. ☒

Unter Stichwort Nr. 3 des Schlagwortverzeichnisses ist angegeben, wen der Ermittler als Flüchtling anzusehen hat.

Dritte Frage: Sind Sie mit dem Vermieter verwandt?

Bejahendenfalls ist das Feld ☒ anzukreuzen. ☒

Wird an Stelle des im Erhebungsblatt ursprünglich eingetragenen Untermieters dessen Nachfolger befragt, dann werden die vorstehenden Fragen diesem gestellt und sinngemäß, wie oben beschrieben, verfahren.

Punkt II des Erhebungsblattes

Der Ermittler stellt den Beruf des befragten Untermieters bzw. des Haushaltsvorstandes der Untermietpartei nach den auf dem Erhebungsblatt vorgesehenen Begriffen fest und unterstreicht im Erhebungsblatt die entsprechende Bezeichnung.

Punkt III des Erhebungsblattes

Die nächste Frage an den Untermieter lautet:

„Zahlen Sie Ihre Miete an den Hauseigentümer?“
„Ja“ oder „Nein“ ist zu unterstreichen.

Punkt IV des Erhebungsblattes

Der Ermittler stellt Art, Zahl und Größe der vom Untermieter gemieteten Räume fest und trägt die ermittelten Zahlen in die entsprechenden Spalten ein. Es wird gebeten, dieser Ermittlung große Sorgfalt zu widmen. Die Spalte „Gewichtete Raumzahl“ bleibt unausgefüllt.

Grundsätzlich sind unter IV nur solche Räume einzutragen, die von der Untermietpartei allein benutzt werden. Verfügt eine Untermietpartei über keinen einzigen Raum allein (häufig der Fall unter nahen Verwandten), dann bleibt IV unausgefüllt. Unter „Raum für Vermerke“ wird der Grund dafür angegeben.

Gemeinsam mit anderen Wohnparteien benutzte Räume (Küchen, Badezimmer, Zimmer) sind unter Punkt V anzugeben. Die einzige Ausnahme davon bilden die im nächsten Absatz beschriebenen Fälle.

Bewohnen zwei oder mehr **Einzelpersonen** (z. B. Studenten) als Untermieter gemeinsam nur **einen** Raum, so ist die Erhebung bei jeder von ihnen durchzuführen. Der gemietete Raum ist in diesem Falle bei jedem der Untermieter unter IV einzutragen und mit dem Vermerk zu versehen: Gemeinsam mit . . . (Name) . . .

Auf jeden Fall muß der Ermittler bei diesen Fragen die Darlegungen unter den Stichworten 4, 13, 14 und 15 des Schlagwortverzeichnisses genau kennen.

Punkt V des Erhebungsblattes

Unter V sind alle Leistungen anzugeben, die die Untermietpartei im Rahmen des Mietverhältnisses zusammen mit der Benutzung der unter IV angegebenen Räume regelmäßig erhält, soweit sie im Juni 1951 in Anspruch genommen wurden. Der Ermittler stellt Leistung für Leistung in der Reihenfolge, in der sie vorgedruckt sind, fest, ob sie in Anspruch genommen wurden. Leistungen, die vom Untermieter im Juni in Anspruch genommen wurden, **unterstreicht** er und fragt zugleich nach dem dafür gezahlten Monatsentgelt. Kann das Entgelt angegeben wer-

den, dann setzt er den Betrag neben der Leistung ein. Kann das Entgelt nicht angegeben werden, so wird außer dem Unterstreichen nichts eingetragen. **Auf keinen Fall dürfen geschätzte Beträge eingesetzt werden.** Kann nur für mehrere Leistungen zusammen ein Gesamtbetrag angegeben werden, dann ist dieser unter Hinzufügung der betr. Buchstaben auf den dafür vorgesehenen Zeilen unter den Leistungen h-u einzusetzen. Die Leistungen sind außerdem zu unterstreichen.

Weitere regelmäßige (nicht gelegentliche) Leistungen des Vermieters, die den vorgedruckt nicht zugeordnet werden können, sind unter „Sonstige oben nicht vorgedruckte Leistungen“ mit kurzer Bezeichnung und — wenn möglich — mit Angabe des dafür monatlich entrichteten Entgeltes einzutragen. Auch hierher gehören nur solche Leistungen, die dem Vermieter im Rahmen der monatlichen Mietzahlung vergütet werden.

Punkt VI des Erhebungsblattes

Hier ist der **Gesamtbetrag** einzusetzen, der im Erhebungsmonat vom Untermieter effektiv in bar gezahlt wurde. Das ist die Miete für die unter Punkt IV aufgeführten Räume einschl. der Entgelte für sämtliche vom Untermieter im Juni in Anspruch genommenen Leistungen. Die Ermittler werden dringend gebeten, diesem Erfordernis unbedingt Rechnung zu tragen.

Wenn überhaupt keine Untermiete für den Monat Juni angegeben werden kann, vermerkt dies der Ermittler auf dem Erhebungsblatt unter „Raum für Vermerke“ mit Angabe des Grundes (Untermieter mit Vermieter verwandt, Untermiete wurde durch Arbeit abgegolten). Das gilt auch für die Fälle, in denen der unter VI eingetragene Betrag eine ermäßigte Untermiete darstellt. Deshalb ist jeder Untermieter zu fragen, ob er im Juni auf Grund von Arbeits-, Dienst- oder sonstigen Leistungen für den Vermieter oder aus anderen Gründen eine ermäßigte Untermiete gezahlt hat.

Dort, wo zwei oder mehr **Einzeln**Untermieter gemeinsam **einen** Raum bewohnen, darf in das Erhebungsblatt jedes Untermieters nur der auf ihn entfallende Teil der Untermiete bzw. der Leistungsentgelte eingetragen werden.

Punkt VII des Erhebungsblattes

Zum Schluß stellt der Ermittler fest, ob die reine Leerraummiets, das ist die Miete für die unter IV angegebenen **leeren** Räume ohne jedwede weitere Leistungsentgelte, genau angegeben werden kann bzw. sich aus den Angaben einwandfrei ergibt. Nur dann trägt er sie ein. **Es dürfen keine geschätzten Beträge eingesetzt werden.**

C. Abschließende Arbeiten

Sämtliche ausgefüllten Erhebungsblätter sind vom Ermittler zu unterschreiben und mit dem Datum der Befragung zu versehen.

Auch in der Anschriftenliste ist für jeden Befragten der Tag der Befragung zwecks Selbstkontrolle des Ermittlers einzutragen.

Ist ein in der Anschriftenliste verzeichneter Untermieter nicht befragt worden, dann ist der Grund dafür auf dem Erhebungsblatt und in der Spalte „Bemerkungen“ der Anschriftenliste anzugeben.

Alle ausgefüllten Erhebungsblätter, die übrig gebliebenen leeren Vordrucke und die Anschriftenliste sind zusammen mit dem Ermittlerausweis dem Statistischen Landesamt spätestens am 30. Juni im eingeschriebenen Brief zu übersenden.

D. Vergütung

Der Ermittler erhält je Untermietpartei eine Vergütung von 25 Pfg. Der ihm zustehende Betrag wird nach Überprüfung der eingesandten Erhebungspapiere vom Statistischen Landesamt überwiesen. Er erhält außerdem Spesenersatz für die Fahrt zu dem für die Unterrichtung vom Landesamt festgesetzten Ort und für die evtl. Porti.

Schlagwort-Verzeichnis

für die Untermietennacherhebung

Allgemeines

1. **Untermieter:** Als Untermieter gelten Einzelpersonen und Haushaltungen, die von einem Wohnungsinhaber Räume seiner Wohnung gemietet haben, gleichgültig, ob es sich dabei um die Wohnung eines Mieters (gewöhnlich als Hauptmieter bezeichnet) oder um die Wohnung des Hauseigentümers handelt. Dort, wo zwei oder mehr Mieter Teile einer Wohnung direkt vom Hauseigentümer gemietet haben, werden alle Wohnparteien befragt.

Zu Frage I

2. **Personenzahl:** Hier ist die Zahl der Personen einzutragen, die zur Untermietpartei gehören und in den gemieteten Räumen wohnen. Zum Haushalt gehörende Personen, die in anderen Wohnungen wohnen, sind nicht mitzuzählen. Es ist jedoch ein Vermerk in der Anschriftenliste zu machen.
Beispiel: Als Personenzahl eingetragen ☒ 2. In Anschriftenliste vermerkt: Haushalt besteht aus vier Personen.
3. **Flüchtlinge:** Die Flüchtlingseigenschaft ist nur dann anzukreuzen, wenn der Haushaltsvorstand der Untermietpartei einen Flüchtlingsausweis (in der britischen Zone Flüchtlingsausweis A) besitzt.

Zu Frage IV

4. **Mitbenutzte Räume:** Häufig werden von Untermietern außer ihren eigenen Räumen Küche, Bad oder auch Zimmer des Vermieters oder einer anderen Untermietpartei mitbenutzt. Solche mitbenutzten Räume sind hier nicht mitaufzuführen, sondern unter V an der entsprechende Stelle zu unterstreichen (s. auch Stichworte Nr. 13, 14 und 15). Gehören die mitbenutzten Räume (Küche, Bad oder auch Zimmer) einer anderen Untermietpartei, so ist zusätzlich zu vermerken: Bei Untermieter X Y.
Bewohnen zwei oder mehr Einzelpersonen als Untermieter gemeinsam nur einen Raum, so ist die Erhebung bei jedem Untermieter durchzuführen. Der gemietete Raum ist bei jedem der Untermieter unter IV einzutragen und mit einem Vermerk zu versehen: Gemeinsam mit (Name)
5. **Kochnische:** Eine Kochnische liegt nur dann vor, wenn sie in der Wohnung anstelle einer Küche bauplanmäßig vorgesehen ist, über die erforderlichen Anschlüsse wie Strom, Gas, Wasser usw. verfügt und ein Spülbecken sowie ein Kochherd vorhanden sind. Nachträglich eingerichtete Kochecken in einem Zimmer oder andere behelfsmäßige Kochgelegenheiten gelten nicht als Kochnische.
6. **Küche:** Küchen sind bauplanmäßig zum Kochen eingerichtete Räume. Ihre Eintragung setzt voraus, daß die Untermietpartei tatsächlich für sich allein eine Küche untergemietet hat und daß sie sie als solche auch benutzt. Küchen sind entsprechend ihrer Quadratmeterzahl zu unterscheiden (s. auch Stichworte Nr. 7 u. 13).
7. **Notküche:** Als Notküchen sind einzutragen Räume, die behelfsmäßig als Küchen hergerichtet worden sind, z. B. ehemaliges Bad, Mädchenzimmer und dergl., jedoch nur dann, wenn sie als Küche benutzt werden. Als Notküchen gelten nicht behelfsmäßige Kochstellen u. ä. in einem sonst zum Wohnen benutzten Zimmer. Solche behelfsmäßige Kochgelegenheiten bleiben bei der Befragung unberücksichtigt.
8. **Zimmer:** Unter Zimmern sind alle Räume zu verstehen, die zum Wohnen bzw. Schlafen oder zu beidem bestimmt sind. Sie sind entsprechend ihrer Quadratmeterzahl zu unterscheiden (s. auch Stichwort Nr. 4 „mitbenutzte Räume“).
9. **Noträume:** Hiermit sind solche Räume gemeint, die ihrer baulichen Anlage nach nicht als Wohnräume vorgesehen waren (z. B. ehemaliges Bad, Werkstatt und dergl.), oder die wegen erheblicher Schäden für Wohnzwecke nur beschränkt benutzbar sind und nur infolge Wohnraumnot zum Wohnen benutzt werden.
10. **Bad:** Ein eigenes Bad gilt nur dann als vorhanden, wenn es von der Untermietpartei gemietet ist und als solches benutzt wird (s. auch Stichwort Nr. 14 „Badmitbenutzung“).

Zu Frage V

11. **Möblierung:** Sie liegt vor, wenn die Untermietpartei Möbel des Vermieters benutzt und dafür bezahlt, gleichgültig ob es sich dabei um einzelne Möbelstücke oder ganze Zimmerausstattungen handelt.
12. **Bettwäsche, sonstige Wäsche:** Die Untermietpartei erhält vom Vermieter Bettwäsche, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge und dergl., gleichgültig, ob die Reinigung dieser Wäschestücke durch sie oder auf ihre Kosten erfolgt (s. auch Stichwort Nr. 21 „Wäschewaschen“).

- 13. Küchenmitbenutzung:** Die Untermietpartei benutzt die Küche des Vermieters oder einer anderen Untermietpartei mit, d. h. sie nimmt sie regelmäßig zur Zubereitung von Speisen und Getränken in Anspruch. Gehört die mitbenutzte Küche einer anderen Untermietpartei, so ist zusätzlich zu vermerken:
Bei Untermieter X Y.
- 14. Badmitbenutzung:** Die Untermietpartei darf das Bad des Vermieters oder einer anderen Untermietpartei mitbenutzen. Gehört das Bad einer anderen Untermietpartei, dann ist zu vermerken:
Bei Untermieter X Y.
- 15. Zimmermitbenutzung:** Die Angabe ist nur dann zu unterstreichen, wenn die Untermietpartei außer ihren eigenen unter IV angegebenen Räumen Zimmer des Vermieters oder einer anderen Untermietpartei regelmäßig zum Wohnen oder Schlafen mitbenutzt. Gehören solche Räume einer anderen Untermietpartei, so ist zusätzlich zu vermerken:
Bei Untermieter X Y.
- 16. Keller- und Dachbodenanteil:** Der Untermietpartei sind Raumanteile zur freien Verfügung im Rahmen des Mietverhältnisses zugewiesen, z. B. ein zum Lagern von Kartoffeln oder Brennmaterial geeigneter Kelleranteil, ein zum Wäschetrocknen geeigneter Dachbodenanteil u. ä. Nicht hierunter fallen Gefälligkeiten des Vermieters wie z. B. die Erlaubnis zum Abstellen von Koffern, Kisten, Wäschetruhen und dergl. im Keller oder auf dem Boden.
- 17. Strom, Gas, Wasser:** Die Entgelte hierfür sind nur dann aufzuführen und in den Gesamtbetrag der Untermiete einzubeziehen, wenn sie vom Untermieter pauschal, d. h. ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Verbrauch, bezahlt werden, nicht aber bei anteilmäßiger Beteiligung des Untermiters, oder wenn dieser einen eigenen Zähler hat.
- 18. Sonstige öffentliche Gebühren:** Dieser Begriff umfaßt die entsprechenden Abgaben wie Baunotabgabe, Müllabfuhr-, Kanalisations- und Straßenreinigungsgebühren und dergl. mehr, soweit sie an den Vermieter gezahlt werden.
- 19. Reinemachen:** Reinemachen liegt vor, wenn der Untermieter seine Räume nicht selbst reinigt, sondern der Vermieter, eine zu seinem Haushalt gehörende oder in seinem Dienst stehende Person die Reinigung der an den Untermieter weitervermieteten Räume vornimmt.
- 20. Heizen:** Unter Heizen ist das Feuermachen und -unterhalten oder eines von beiden durch den Vermieter, durch eine zu seinem Haushalt gehörende oder in seinem Dienst stehende Person zu verstehen, gleichgültig, ob das Material vom Vermieter oder Untermieter gestellt wird.
- 21. Wäschewaschen und -instandhalten:** Derartige Leistungen sind gegeben, wenn der Vermieter, eine zu seinem Haushalt gehörende oder in seinem Dienst stehende Person die Pflege der Wäsche des Untermiters oder der ihm ggf. vom Vermieter zur Verfügung gestellten Wäschestücke mitübernommen hat.
- 22. Sonstige Bedienung:** Hierunter zählen die Dienstleistungen des Vermieters oder einer zu seinem Haushalt gehörenden bzw. in seinem Dienst stehenden Person wie Schuheputzen, Kleiderausbürsten, Zubereitung der vom Untermieter gestellten Nahrungsmittel und dergl.
- 23. Morgengetränk, Frühstück, Mittagessen, Abendbrot:** Diese Leistungen sind nur dann zu unterstreichen, wenn der Vermieter die Nahrungsmittel dazu selbst stellt und die Mahlzeiten selbst zubereitet oder zubereiten läßt. Dabei ist unter Morgengetränk die Gestellung von Kaffee, Tee, Milch oder sonstigen Getränken ohne Zugabe anderer Nahrungsmittel zu verstehen; unter Frühstück ein Morgengetränk und weitere Nahrungsmittel (Brot, Brötchen, Suppe, Aufstrich usw.).
- 24. Heizung:** Heizung ist die Gestellung des Heizmaterials durch den Vermieter. Auch Zentralheizung fällt hierunter.
- 25. Weitere Leistungen:** Hierunter fallen die weiteren, im Erhebungsblatt nicht besonders aufgeführten Leistungen des Vermieters wie z. B. Telefonbenutzung, Garage, Abstellraum usw., sofern die Entgelte dafür an den Vermieter gezahlt werden.

Kreis:

Zählbezirke Nr:

Anschaffungskiste Nr.

Ermittler:

[illegible]

¹⁾ E - Einzeluntermieter, H - Untermieterhaushaltung.

Kennnummer:

Muster

Die anderen bei der Kostenstrukturhebung 1950 verwendeten Zählpapiere sind in den einzelnen Heften des Bandes 49 der Reihe »Statistik der Bundesrepublik Deutschland« abgedruckt.

Kostenstrukturhebung 1950
Angeordnet durch Volkszählungsgesetz 1950 (BGBl. 1950, S. 335)

Handwerk

Bevor Sie den Fragebogen ausfüllen, lesen Sie bitte die anliegenden „Richtlinien für die Ausfüllung“

Beachten Sie bitte auch die Hinweise und Fußnoten im Fragebogen.

Berichtsjahr ist das Geschäftsjahr 1950¹⁾. Alle Wertangaben werden in vollen DM erbeten.

In die Spalten, für die Zahlenangaben nicht in Betracht kommen, ist ein Strich (—) zu setzen.

Die Geheimhaltung aller Angaben ist gesetzlich gesichert; die Angaben werden nur zu statistischen Zwecken verwendet.

I. Allgemeine Fragen

1. Handwerkszweig

--	--	--	--

Nicht ausfüllen!

Genaue Bezeichnung unter Berücksichtigung von Betriebskombinationen (Beispiel: Fleischerei und Gastwirtschaft) oder sonstigen Besonderheiten (Beispiele: Schuhmacherei, reiner Reparaturbetrieb; Großschlachtereie)

2. Innung

3. Beschäftigte Personen

a) Am 13. 9. 1950 (Stichtag der Arbeitsstättenzählung)²⁾

b) Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 1950:

Art der Tätigkeit	Zahl der Beschäftigten
(1) Tätiger Inhaber und tätige Mitinhaber	
(2) Mithelfende Familienangehörige ³⁾	
(3) Betriebsleiter (im Arbeitnehmersverhältnis)	
(4) Werkmeister ⁴⁾ , Gesellen und Facharbeiter	
(5) Angelernte und ungelernte Arbeiter	
(6) Handwerkslehrlinge ⁵⁾	
(7) Angestellte, technische und kaufmännische Lehrlinge	
(8) Insgesamt:	
darunter dauernd stundenweise oder halbtags Beschäftigte	—
(9) Außerdem Heimarbeiter (unmittelbar für diesen Betrieb tätig)	

¹⁾ Deckt sich das Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, ist das Geschäftsjahr zugrunde zu legen, das im Kalenderjahr 1950 endet.

²⁾ Einschließlich tätiger Inhaber und tätige Mitinhaber sowie mithelfende Familienangehörige, aber ohne Heimarbeiter.

³⁾ Im Betrieb tätige Familienangehörige, die in einem Lohn- oder Lehrverhältnis stehen, sind nach der Art ihrer Tätigkeit nur in die Zeilen (3) bis (7) einzusetzen.

⁴⁾ Hierunter sind Werk- und Schachtmeister sowie Poliere mit Lohnesinkommen zu zählen; beziehen diese Gehalt, dann sind sie in Zeile (7) anzugeben.

⁵⁾ Einschließlich Anlernlinge, Umschüler und Praktikanten.

(entsprechend der Einkommensteuerbilanz)

1. Grundstücke

Grundstücke
(Grund und Boden sowie Gebäude)

- a) eigengewerblich genutzt
b) betriebsfremden Zwecken dienend (z. B. eigene Wohnung, vermietete Räume)

Grundstücke insgesamt

2. Sonstige Anlagen

(Maschinen, Einrichtungsgegenstände, Großwerkzeuge⁶⁾, Geräte, Fuhrpark und dgl.)

3. Material- und Warenbestände

- a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Zubehöriteile
b) Handelswaren

1. Halbfertige und fertige Erzeugnisse

- a) Halbfertige Erzeugnisse (angefangene Arbeiten)
b) Fertige Erzeugnisse

5. Außenstände bei der Kundschaft

6. Sonstige Forderungen

7. Kasse, Postscheck- und Bankguthaben, Wechsel, Schecks

8. Sonstiges betriebliches Vermögen

Insgesamt

B. Passiva (nur Schulden)

1. Langfristige Schulden (Laufzeit 1 Jahr und länger)

- a) Hypotheken, Grund- und Rentenschulden (einschl. Umstellungsgrundschulden)
- b) Sonstige langfristige Schulden

2. Kurzfristige Schulden

- a) Schulden an Lieferanten

- b) Sonstige kurzfristige Schulden

Insgesamt[illegible]

III. Jahresumsatz

1. Gliederung nach umsatzsteuerlichen Gesichtspunkten entsprechend den Angaben in der Umsatzsteuererklärung

Kalender- jahr	Umsatz in DM						Gesamt- umsatz (Spalten 1 und 3) DM	
	steuerfrei		steuerpflichtig					
	insgesamt	darunter Ausfuhr	insgesamt	davon versteuert mit				
				0,75 vH	1,5 vH	3,0 vH		____vH
1	2	3	4	5	6	7	8	
1949								
1950								

Der Umsatz entspricht den vereinnahmten/vereinbarten Entgelten (§§ 5, 14 UStG).
(Zutreffendes bitte unterstreichen)

2. Gliederung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten

(Wert der Lieferungen und Leistungen im Geschäftsjahr 1950¹⁾ ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang)

Umsatz (einschl. Eigenverbrauch) 7)

- a) aus **Handwerkstätigkeit**
(Umsatz von selbst hergestellten oder bearbeiteten Waren und aus handwerklichen Leistungen)
- b) aus **Handelstätigkeit**
(Umsatz von fertigbezogenen Waren, auch Gaststättenumsatz)
- c) aus **sonstigen Leistungen**
(insbesondere nichthandwerkliche Leistungen, z. B. Provision, Fuhrlohn, Honorar für Gutachten u. a.)

Umsatz insgesamt

DM
DM

IV. Selbsterstellte Anlagen⁸⁾

⁹⁾ Nur Werkzeuge mit hohem Wert und längerer Nutzungsdauer. Kleinwerkzeuge erscheinen unter „Sonstige Kosten“ (VI, 13).

²⁾ Hier ist der Umsatz als Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und Leistungen einschließlich Umsatzsteuer und der vom Betrieb gezahlten Verbrauchsteuern abzüglich Erlöschmalierungen (wie nachträgliche Rabatte, Preisnachlässe usw.) sowie abzüglich Umsatzberichtigungen (wie Retouren und dgl.) einzusetzen. Der Eigenverbrauch ist mit dem Einstandspreis bzw. Herstellungswert anzugeben.

⁹⁾ Hierbei handelt es sich um selbsthergestellte Anlagegegenstände zur eigenen Benutzung (Gebäude, Maschinen, Türen, Werkzeugschränke usw.). Sie sind anzusetzen mit dem Herstellungswert, d. h. mit den Material- und Lohnkosten zuzüglich anteilige Gemeinkosten.

V. Material- und Wareneingang im Geschäftsjahr 1950

lt. Wareneingangsbuch oder Material- und Warenkonto zu Einstandspreisen⁹⁾ also einschl. Nebenkosten¹⁰⁾ der Material- und Warenbeschaffung

1. Material zur Bearbeitung oder Verarbeitung
2. Handelswaren (Waren zum unmittelbaren Verkauf)

Material- und Wareneingang insgesamt

Nur für Baubetriebe:

Wert der vom Bauherrn gestellten Materialien: DM

(Dieser ist auf Grund sorgfältiger Schätzungen anzusetzen.)

VI. Kosten 1950

(ohne Material- und Warenverbrauch)

1. Löhne und Gehälter¹¹⁾

(Bar- und Sachbezüge brutto, d. h. vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, aber ohne Arbeitgeberanteile)

- a) 1. Löhne ohne Heimarbeiterlöhne
2. Löhne für Heimarbeiter
- b) Gehälter

2. Soziale Aufwendungen

- a) gesetzliche
- b) freiwillige

3. Entgelt für Mitarbeit des Meisters und der mithelfenden Familienangehörigen

- a) Meisterlohn (angemessener Betrag¹²⁾ für die Tätigkeit des Inhabers im Betrieb) ..
- b) Angemessener Betrag¹³⁾ für die Tätigkeit der mithelfenden Familienangehörigen (soweit sie nicht im Lohn- oder Lehrverhältnis stehen)

4. Fremde Lohnarbeiten

(Entgelt für die Be- und Verarbeitung des eigenen Materials durch fremde Betriebe)

5. Steuern, Abgaben, Versicherungsprämien

soweit sie Kosten sind

A. Steuern

- a) Gewerbesteuer einschl. Lohnsummensteuer
- b) Umsatzsteuer
- c) Kraftfahrzeugsteuer
- d) Verbrauchsteuern
- e) Sonstige Steuern (z. B. Wechselsteuer; aber nicht Einkommensteuer, Vermögensteuer, Grundsteuer, Soforthilfeabgabe, Notopfer Berlin, Zinsen auf Umstellungsgrundschulden)

B. Abgaben

Beiträge und Gebühren, soweit sie nicht die Grundstücke betreffen
darunter Beiträge für handwerkliche Berufsorganisationen (Innung, Handwerkskammer) DM

C. Versicherungsprämien

soweit sie den Betrieb, aber nicht die Grundstücke betreffen
(z. B. Feuer-, Diebstahl-, Haftpflichtversicherung)

6. Miete und / oder Mietwert

- a) Miete für Betriebsräume einschl. Lagerplätze usw.
- b) Mietwert¹⁴⁾ der eigenen Betriebsräume, Lagerplätze usw. bei eigenem Grundstück

7. Pacht für den Betrieb

Übertrag:

⁹⁾ Einstandspreis = Einkaufspreis zuzüglich Beschaffungskosten (Fracht, Anfuhr, Zoll u. dgl.) abzüglich Rabatte, Boni, Retouren, Preisnachlässe, jedoch ohne Abzug der Skonti.

¹⁰⁾ Verpackungskosten, Fracht, Rollgeld, Porto, Versicherungen u. dgl.

¹¹⁾ Ohne Entgelt für Meister und mithelfende Familienangehörige, die in keinem Lohn- oder Lehrverhältnis stehen.

¹²⁾ Als angemessen ist der Betrag anzusehen, den ein Arbeitnehmer mit gleicher Tätigkeit und gleicher Verantwortung in einem Betriebe gleicher Bedeutung erhalten würde.

¹³⁾ Der Mietwert ist angemessen, wenn er der üblichen Miete für Räume in gleichem Umfang und gleicher Lage entspricht.

Kostenstrukturserhebung 1950

Handwerk

Richtlinien für die Ausfüllung des Fragebogens

Vorbemerkung

Die Kostenstrukturserhebung wird auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1950 (BGBl. 1950, S. 335) durchgeführt. Sie verfolgt das Ziel, die Kostenstruktur in allen wichtigen Gewerbe- und Berufszweigen zu untersuchen, um vor allem neue Unterlagen für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zu schaffen. Die Geheimhaltung aller in dem Fragebogen gemachten Angaben ist gesetzlich gesichert. Durch das Kennummern-

system und den Verzicht auf Unterschrift und Firmenangabe wird darüber hinaus jedem Mißbrauch der Angaben vorgebeugt.

Reichen die vorhandenen Unterlagen zur Beantwortung einzelner Fragen nicht aus, genügen sorgfältige Schätzungen.

Die folgenden Erläuterungen zu einzelnen Punkten des Fragebogens sollen die Ausfüllung erleichtern.

I. Allgemeine Fragen

1. Ziffer I, 1 des Fragebogens

Die Erhebung wendet sich grundsätzlich an den **Gesamtbetrieb**. Viele Handwerksbetriebe beschränken sich aber nicht auf die rein handwerkliche Tätigkeit, sondern haben daneben noch Einzelhandel oder Großhandel, eine Gastwirtschaft, Tankstelle oder dgl. Dann ist immer der **Gesamtbetrieb** zugrunde zu legen, also einschließlich der Nebengewerbe. Eine Unterteilung ist nur bei den Warenbeständen, Einkäufen und Umsätzen vorgesehen.

Die **Landwirtschaft** ist jedoch in diese Erhebung **nicht** mit einzubeziehen und daher weder bei den Beschäftigten noch bei den Posten des Jahresabschlusses, noch beim Umsatz, bei den Kosten und dgl. zu berücksichtigen.

2. Ziffer I, 3

Zu den **Beschäftigten** zählen auch vorübergehend Abwesende, Erkrankte und Urlauber. Stundenweise oder halbtags Beschäftigte sowie Kurzarbeiter sind zunächst

voll zu zählen, jedoch in der Übersicht unter Zeile (8) außerdem noch gesondert anzugeben. Arbeitskräfte, die nur an bestimmten Tagen beschäftigt werden (z. B. Wochenendaushilfen) sind dagegen nur mit dem entsprechenden Bruchteil zu berücksichtigen.

Der **Jahresdurchschnitt** der Beschäftigten errechnet sich aus der Summe der Beschäftigten an den Monatsenden geteilt durch 12. Liegen nennenswerte Schwankungen der Beschäftigtenzahl während des Jahres nicht vor, genügt der Durchschnitt aus der Beschäftigtenzahl zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres.

Wenn neben dem Inhaber oder der Inhaberin ein Meister oder Geselle als **Betriebsleiter** tätig ist, ist dieser in Zeile (3) der Übersicht aufzuführen.

Werk- und Schachtmeister sowie Poliere mit Lohn-einkommen sind in Zeile (4) anzugeben, mit **Gehalts-**einkommen jedoch in Zeile (7).

II. Posten des Jahresabschlusses

Hier werden die Angaben aus der **Einkommensteuerbilanz** erbeten.

3. Ziffer II A 1

Zu den **eigengewerblich** genutzten **Grundstücken** oder Grundstücksteilen gehören neben der Werkstatt auch die Verkaufs- und Lagerräume sowie Lagerplätze.

4. Ziffer II A 2

Zu den „**Sonstigen Anlagen**“ gehören auch Konzessionen, Patente, Beteiligungen und ähnliches. Vom Werkzeug sind jedoch nur die sogenannten Großwerkzeuge einzusetzen, von denen abgeschrieben wird. Die Kleinwerkzeuge dagegen gehören unter die Unkosten.

5. Ziffer II A 3 und 4

Die **Material- und Warenbestände** sollen grundsätzlich zu Einstandspreisen bzw. Herstellungswerten eingesetzt werden.

Als **Einstandspreis** gilt der Einkaufspreis zuzüglich Beschaffungskosten (Fracht, Anfuhr, Zoll und dgl.) abzüglich Rabatte, Boni, Retouren, Preisnachlässe, jedoch ohne Abzug der Skonti.

Beim **Herstellungswert** sind die Herstellungskosten (Fertigungsmaterialkosten, Fertigungslöhne, Material- und Fertigungsgemeinkosten) zuzüglich anteiliger Verwaltungsgemeinkosten anzugeben.

Im Friseurhandwerk gehören die Kabinettwaren zu den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen.

Bei **Handelsware** handelt es sich um **fremde** Fertigerzeugnisse, die unbearbeitet und unverarbeitet weiterverkauft werden.

Zu den **halbfertigen Erzeugnissen** gehören nicht nur die noch in Arbeit befindlichen Erzeugnisse (Halbfabrikate), sondern auch noch nicht fertiggestellte Arbeiten auf Baustellen und dgl.

6. Ziffer II A 5

Zu den **Außenständen bei der Kundschaft** (Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen) gehören auch vorgelegte Frachten und Versicherungsspesen sowie aufgelaufene Verzugszinsen.

7. Ziffer II A 6

Ein Beispiel für „**Sonstige Forderungen**“ sind die Anzahlungen, die den Lieferanten gegeben werden.

8. Ziffer II A 8

Die im Fragebogen unter den Ziffern II A 1 bis 7 aufgeführten Vermögensposten dürften in den meisten Fällen erschöpfend sein. Etwaiges weiteres Betriebsvermögen kann als „**Sonstiges betriebliches Vermögen**“ zusammengefaßt werden. Meist wird es sich dabei um Genossenschaftsanteile, Wertpapiere und dgl. handeln.

9. Ziffer II B 1

Wenn unter Aktiva der Wert des **gesamten Grundstücks** angegeben ist, ist unter a) die **gesamte Hypothek** einzusetzen, sonst nur der entsprechende Anteil.

Zu den „**Sonstigen langfristigen Schulden**“ gehören z. B. langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Darlehen, ERP-Kredite, Altenteile.

10. Ziffer II B 2

Zu den **Schulden an Lieferanten** (Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen) gehören alle Verbindlichkeiten, die aus dem Bezug von Waren (Rohstoffen, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Handelsware) und der Inanspruchnahme von Dienstleistungen entstanden sind.

Zu den „**Sonstigen kurzfristigen Schulden**“ gehören kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Banken, dem Finanzamt (Steuern), der Krankenkasse (Pflichtversicherungsbeiträge), ferner Schuldwechsel, von Kunden gegebene Anzahlungen u. a.

III. Jahresumsatz

11. Ziffer III, 1

Für den **steuerlichen Umsatz** ist der Berichtszeitraum in jedem Fall das **Kalenderjahr**.

Der **steuerpflichtige Umsatz** ist nach Steuersätzen gegliedert in den Spalten 4 bis 7 anzugeben.

Es ist zu kennzeichnen, ob der Umsatzsteuererklärung die **vereinnahmten Entgelte** (eingegangene Zahlungen und sonstige Entgelte) oder die **vereinbarten Entgelte** (ausgestellte Rechnungen) zugrunde gelegt wurden.

12. Ziffer III, 2

Als **wirtschaftlicher Umsatz** gilt hier der Gesamtbetrag der im Geschäftsjahr 1950 für Lieferungen und Leistungen

erstellten Rechnungen einschl. des Eigenverbrauchs. Nicht zu berücksichtigen sind Proforma-Rechnungen, die z. B. zur Einforderung von Vorauszahlungen ausgestellt wurden.

Bei Angabe des Umsatzes sind u. a. auch die Umsatzsteuer, die berechneten Kosten für Fracht bzw. Porto, Verpackung, Versicherung, und gegebenenfalls vom Betrieb gezahlte Verbrauchsteuern einzubeziehen. **Abzusetzen** sind dagegen Warenrücksendungen (Retouren), Preisnachlässe — soweit es sich nicht um Verpflichtungen aus Mängelrügen und Gewährleistungen handelt —, Rabatte aller Art und sonstige Gutschriften, aber nicht Skonti.

Bei diesem wirtschaftlichen Umsatz wird die Trennung erbeten nach Handwerks-Umsatz, Handels-Umsatz und sonstigen Leistungen. Handels-Umsatz darf aber nicht gleichgesetzt werden mit Laden-Umsatz. Handelsumsatz wird nur durch den Verkauf von Handelswaren erzielt, also aus denjenigen Gegenständen, die eingekauft und weiterverkauft werden, ohne bearbeitet worden zu sein. Alles dagegen, was nach handwerklicher Bearbeitung oder

Verarbeitung abgesetzt wird, ist **Handwerksumsatz**, gleichgültig, ob der Verkauf in der Werkstatt oder im Laden oder in der Wohnung getätigt wird. Die Angaben über die „**sonstigen Leistungen**“ sind erforderlich, um einen Überblick über die mit dem **Handwerksbetrieb zusammenhängende Nebentätigkeit** zu gewinnen. Einnahmen z. B. aus Vermietung sind daher hier nicht aufzuführen.

IV. Selbsterstellte Anlagen

13. Ziffer IV

Bei den **selbsterstellten Anlagen** handelt es sich um Anlagegegenstände, welche zur eigenen Benutzung des Betriebes hergestellt worden sind, wie z. B. Gebäude,

Maschinen, Türen, Werkzeugschränke und dgl. Diese sind mit den Herstellungskosten einzusetzen (vgl. Ziffer 5 Absatz 3 dieser Ausfüllungsrichtlinien).

V. Material- und Wareneingang

14. Ziffer V

Hierzu gehört der gesamte Eingang von **Materialien und Waren** zur Weiterverarbeitung oder zum Weiterverkauf, dagegen nicht Büro-, Zeichen- und Verpackungsmaterial, Schmier- und Reinigungsmittel, Brenn-

und Treibstoffe und dgl. Diese sind unter den Ziffern VI, 8, 9 und 13 des Fragebogens anzugeben.

Für die Bewertung des Material- und Wareneingangs sind die Einstandspreise zugrunde zu legen (vgl. Ziffer 5 Absatz 2 dieser Ausfüllungsrichtlinien).

VI. Kosten

Als **Kosten** sind die für das Geschäftsjahr 1950 zu erachtenden Beträge anzugeben, nicht die in diesem Geschäftsjahr tatsächlich gezahlten. Nachzahlungen für vorhergehende Jahre und Vorauszahlungen für spätere dürfen daher in den Zahlenangaben nicht berücksichtigt werden.

15. Ziffer VI, 1

Unter „**Löhne und Gehälter**“ ist jeweils die Summe der **Brutto-Beträge** (Bar- und Sachbezüge) ohne jeden Abzug einzusetzen. Diese Beträge verstehen sich ohne Arbeitgeberanteil zur **Pflichtversicherung**. Die den Arbeitnehmern gewährten Sachbezüge sind mit dem Wert einzusetzen, welcher dem Lohnsteuerabzug zugrunde gelegt wurde.

Die **Bruttobeträge** enthalten alle Vergütungen für geleistete Arbeit zuzüglich der Vergütung für Feiertags- und Überstunden und Bezahlung von Arbeitsausfällen und Arbeitsversäumnissen, Weihnachtsgratifikationen, ferner zuzüglich Leistungs-, Schmutz- und Lästigkeitszulagen sowie der vielfach gezahlten Hausstandszulagen (Frauen- und Kindergeld).

In manchen Handwerkszweigen ist es üblich, mit dem Gesellen den **Nettolohn**, also den in bar auszuzahlenden Lohn, zu vereinbaren. Der Meister trägt dann außer dem ihm gesetzlich obliegenden Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung auch den Arbeitnehmeranteil des Gesellen, dazu die Lohnsteuer usw. Dann ist es selbstverständlich, nicht den **Nettolohn** hier anzugeben, sondern den **Bruttolohn**, also den vereinbarten **Nettolohn zuzüglich Sozialversicherungsanteil** des Gesellen, Lohnsteuer, Kirchensteuer usw.

Nicht zu berücksichtigen sind bei den Löhnen und Gehältern freiwillige soziale Aufwendungen, ferner Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (wie Wege- und Übernachtungsgeld, Kleiderzulage und dgl.).

16. Ziffer VI, 1a

Die an **Heimarbeiter** gezahlten Vergütungen gehören ebenfalls zu den Löhnen. Da sie aber außerhalb der Werkstatt anfallen, ein großer Teil der Unkosten sich daher nicht auf sie bezieht, wird ihre gesonderte Angabe erbeten.

17. Ziffer VI, 2a

Zu den **gesetzlichen sozialen Aufwendungen** sind die Arbeitgeberanteile zur Pflichtversicherung (Kranken-, Angestellten-, Invaliden-, Arbeitslosenversicherung und dgl.) zu rechnen.

18. Ziffer VI, 2b

Die **freiwilligen sozialen Aufwendungen** müssen betriebs- und branchenüblich sein, dem Grundsatz einer geordneten Wirtschaftsführung entsprechen und sich im einzelnen in angemessenem Rahmen halten. Sie sind hier nur anzugeben, soweit sie steuerlich als Betriebsausgaben zugelassen sind.

Zu den freiwilligen sozialen Aufwendungen rechnen u. a.:
Umzugvergütungen,
Trennungsentuschädigungen,
Fahrtkostenersatz und -zuschüsse für Fahrten zu und von der Arbeitsstätte,
Wegezeitentschädigungen,
Aufwendungen für zusätzliche Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenfürsorge,
Sterbegelder und Aufwendungen bei Beisetzungen,
Unterstützung in Notfällen,
Beiträge zu betrieblichen Pensions- und Unterstützungskassen, zum Einkauf von Arbeitnehmern in Unfall-, Lebens- und Rentenversicherungen sowie zu Belegschaftsversicherungen,

Freiwillige Aufwendungen für Unfallverhütung und Gesundheitsfürsorge,
Aufwendungen für Betriebsfeiern, Betriebssport und dgl.,
Aufwendungen zur Verbilligung der Belegschaftsverpflegung und des Wareneinkaufs für die Belegschaft,
Studienbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Berufsschulgelder für Lehrlinge,
Aufwendungen für Unterbringung und Wohnung der Belegschaft, Mietbeihilfen und dgl.

19. Ziffer VI, 3

Die Beträge für **Meisterlohn und Entgelte für mithelfende Familienangehörige** gehen nicht aus der Buchführung hervor, denn in der Buchführung stehen nur die „**Privatentnahmen**“, also die Summen, die für Privatzwecke tatsächlich dem Betrieb entnommen wurden. Die Höhe dieser Privatentnahmen ist kein Maßstab für den Wert der **Tätigkeit des Inhabers** im Betrieb. Deshalb bitten wir, anzugeben, welchen Wert Sie Ihrer Tätigkeit für Ihren Betrieb beimessen, mit anderen Worten, wie hoch Sie Ihren Lohn als Inhaber (Inhaberlohn, Meisterlohn) ansetzen.

Das gleiche gilt für **mithelfende Familienangehörige**. Wenn z. B. die Tochter die Bücher führt oder die Ehefrau im Laden bedient oder der Schwiegersohn in der Werkstatt mitarbeitet, **ohne arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer zu gelten**, so ist der Wert der Mitarbeit hier einzusetzen.

20. Ziffer VI, 5 A d

Beispiele für **Verbrauchssteuern** sind u. a. Tabaksteuer, Biersteuer usw., soweit diese von dem Handwerksbetrieb unmittelbar abzuführen sind.

21. Ziffer VI, 6b

Der **Mietwert** ist der Nutzungswert der für den Betrieb genutzten Räume und Lagerplätze auf eigenen Grundstücken. Er richtet sich nach der üblichen Miete für Räume in gleichem Umfang, gleicher Lage und gleicher Größe.

22. Ziffer VI, 9

Unter **Instandhaltung von Betriebseinrichtungen** sind nur die an andere Betriebe gezahlten Beträge aufzuführen. Die von eigenen Kräften ausgeführten Reparaturen sind bereits in den Angaben über Löhne oder Material und dgl. enthalten.

23. Ziffer VI, 11a

Bei den **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen sind die **steuerlichen Abschreibungen** anzugeben. Nicht zu berücksichtigen sind die Abschreibungen auf Gebäude, die bereits im Mietwert abgegolten sind. Abschreibungen auf Anlagen, die nicht dem Betriebszweck dienen, dürfen nicht darin enthalten sein.

In den Abschreibungen enthaltene Sonderabschreibungen für Ersatzbeschaffungen sind in die Position „darunter Abschreibungen gem. § 7a EStG“ einzusetzen.

24. Ziffer VI, 11b

Hier sind gegebenenfalls **Abschreibungen auf Forderungen** aus Warenlieferungen und Leistungen (Außenstände bei der Kundschaft) einzusetzen, soweit diese Forderungen im Laufe des Geschäftsjahres uneinbringlich geworden sind.

25. Ziffer VI, 13

Unter „**Sonstige Kosten**“ sind alle Kosten aufzuführen, die nicht in einer der gesonderten Positionen enthalten sind.

Tabellenprogramme

Die nachstehenden Tabellen der einzelnen Zählungsteile wurden der Aufbereitung für das Bundesminimalprogramm zugrunde gelegt. Sie stellen nicht das Veröffentlichungsprogramm dar. Die Veröffentlichungstabellen sind den Publikationen für die einzelnen Zählungsteile zu entnehmen.

Übersicht

über das Tabellenprogramm der Volks- und Berufszählung und der Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 Hektar

Volkszählung

	Seite
Vz 1a Wohnbevölkerung	230
Vz 1b Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsentwicklung, -dichte und Geschlechtsverhältnis	230
Vz 2 Die Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen	231
Vz 3 Die Wohnbevölkerung nach Altersjahren und Familienstand	231
Vz 4 Die Wohnbevölkerung nach Geburtsjahren und Familienstand	231
Vz 5a Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen	232
Vz 5b Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen	232
Vz 6 Die Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit	232
Vz 7a Die Wohnbevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939	232
Vz 7b Die Wohnbevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939	233
Vz 8a Die Haushaltungen nach Art und Größe	233
Vz 8b Die Haushaltungen (ohne Anstaltshaushaltungen) nach Haushaltstyp und Größe sowie nach Geschlecht, Familienstand und Alter des Haushaltsvorstandes	233
Vz 9 Die Haushaltungen (ohne Anstaltshaushaltungen) nach Haushaltstyp und Größe, nach der Zahl der Kinder unter 15 Jahren sowie nach Berufsabteilung und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes	233
Vz 10 Die Personen in Einzelhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppen und die Erwerbspersonen nach Berufsgruppen und der Stellung im Beruf	234
Vz 11 Die Anstaltshaushaltungen nach Art der Anstalten und Personenzahl	234
Vz 12 Die Mehrpersonenhaushaltungen, die nur Familienangehörige 1. Grades umfassen (Haushaltungstyp A) und Vollhaushaltungen sind, nach der Größe, der Zahl der Einkommensbezieher sowie nach der Sozialen Stellung der Familienvorstände und der Zahl der Kinder unter 15 Jahren	234
Vz 13 Die verheirateten Frauen nach Eheschließungsjahren, Geburtsjahren und Kinderzahl	234
Vz 14 Die Körperbehinderten nach Ursache und Art der Behinderung, nach Altersgruppen und nach dem Zeitpunkt des Eintritts der Behinderung	235
Vz 15 Die Körperbehinderten nach Ursache und Art der Behinderung, nach Altersgruppen und nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit	235

Berufszählung

Bz 1 Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie nach der Sozialen Stellung	236
Bz 1 (gekürzt) Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie nach der Stellung im Beruf	236
Bz 2 Die Erwerbspersonen in der beruflichen Gliederung nach Altersgruppen und Familienstand	236
Bz 3 Die Selbständigen Berufslosen nach Altersgruppen	237
Bz 4 Die Erwerbspersonen nach Beruf, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen	237
Bz 5 Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf	237
Bz 6 Die Erwerbspersonen nach Berufsabteilungen, -gruppen und -ordnungen und der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit	237

Bz 7a	Die Wohnbevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen	Seite 238
Bz 7b	Die Wohnbevölkerung nach der Stellung im Beruf	238
Bz 7c	Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen	238
Bz 7d	Die Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf	238
Bz 8	Die Erwerbspersonen nach der voraussichtlichen Altersversorgung, nach der Stellung im Beruf und nach Altersgruppen	239
	Die Ehefrauen ohne Beruf nach der voraussichtlichen Altersversorgung und nach Altersgruppen	239
Bz 9	Die Erwerbspersonen nach der Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung, nach der Kassenart, nach der Stellung im Beruf und nach Altersgruppen	240
	Die Ehefrauen ohne Beruf nach der Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung, nach der Kassenart und nach Altersgruppen	240
Bz 10	Die Pendelwanderer in den Gemeinden	241
Bz 11	Die Pendelwanderer nach der betrieblichen Gliederung (Auspendler)	241
Bz 12	Die Pendelwanderer nach der betrieblichen Gliederung (Einpendler)	241

Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 ha¹⁾

LBz 28a	Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 Hektar Gesamtfläche	242
LBz 28b	Die von Vertriebenen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 Hektar Gesamtfläche ...	242

Aufstellung der Sondertabellen

Tabellen der Vollauszählung	243
Tabellen der repräsentativen Sonderauszählungen	
Aus den 100. Lochkarten (R-Tabellen)	243
Aus den Zählblättern der 100. Haushaltungen (S-Tabellen)	243

¹⁾ Die Aufbereitung erfolgte nur für Kleinbetriebe unter 0,5 ha.

Volkszählung

Vz 1a Wohnbevölkerung¹⁾

Gebiet	Wohnbevölkerung		
	insgesamt	männlich	weiblich
	1	2	3

¹⁾ Vorläufige Zahlen wurden als besondere Schnellmeldung zusammengestellt.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Vz 1b Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsentwicklung, -dichte und Geschlechtsverhältnis

Gebiet	Fläche am 13. 9. 1950 in qkm	Wohnbevölkerung (nach dem Gebietsstand vom 13. 9. 1950)									auf 1 qkm entfielen Einwohner			auf 1000 Männer kamen Frauen		
		am 13. 9. 1950			am 29. 10. 1946			am 17. 5. 1939			1950	1946	1939	1950	1946	1939
		insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16

Zu- bzw. Abnahme (—) der Wohnbevölkerung 1950 gegenüber 1946						Natürliche Bevölkerungsbewegung zwischen 29. 10. 1946 und 13. 9. 1950						Geburtenüberschuß bzw. -fehlbetrag (—)			Wanderungsgewinn bzw. -verlust (—)		
Anzahl			v. H.			Geburten			Sterbefälle			insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.
insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.						
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise. Für die naturräumlichen Einheiten des Bundesgebietes wurde die Tabelle Vz 1b N in verkürztem Umfang (Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsentwicklung und -dichte) aufgestellt.

Vz 2 Die Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

[illegible]

davon Gemeinden mit Einwohnern		
200 bis unter 500		
Zahl	Einwohner	
	insgesamt	männlich
8	9	10

usw. für die Gemeindegrößenklassen			
500 bis unter	1 000 Einwohner	10 000 bis unter	20 000 Einwohner
1 000 „	2 000 „	20 000 „	25 000 „
2 000 „	3 000 „	25 000 „	50 000 „
3 000 „	5 000 „	50 000 „	100 000 „
5 000 „	10 000 „	100 000 und mehr Einwohner	

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise. Unter Fortlassung der Gliederung nach dem Geschlecht wurde die Tabelle Vz 2 auch für die naturräumlichen Einheiten des Bundesgebietes als Tabelle Vz 2 N aufgestellt.

Vz 3 Die Wohnbevölkerung nach Altersjahren und Familienstand

Altersjahr	Personen insgesamt	davon waren							verwitwet	geschieden
		ledig	verheiratet	von den Verheirateten						
				lebten zusammen	lebten nicht zusammen					
					aus beruflichen Gründen oder wegen Wohnraum- mangel	weil Ehepartner kriegsgef. oder vermißt		aus sonstigen Gründen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
									</	

Für: a) Gesamtbevölkerung,
b) Heimatvertriebene;

jeweils:

insgesamt,
männlich,
weiblich.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Vz 4 Die Wohnbevölkerung nach Geburtsjahren und Familienstand

Geburts- jahr	Personen insgesamt	davon waren			
		ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieben
	1	2	3	4	5

Für: a) Wohnbevölkerung insgesamt,
b) » männlich,
c) » weiblich.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Vz 5a Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen

Altersgruppe	a) insges. b) männl.	Wohnbevölkerung in den Kreisen					
unter 1 Jahr							
1 bis 3 Jahre							
3 „ 5 „							
5 „ 6 „							
6 „ 10 „							
10 „ 14 „							
14 „ 15 „							
15 „ 16 „							
16 „ 18 „							
18 „ 20 „							
20 „ 21 „							
21 „ 25 „							
25 „ 30 „							
30 „ 35 „							
35 „ 40 „							
40 „ 45 „							
45 „ 50 „							
50 „ 55 „							
55 „ 60 „							
60 „ 65 „							
65 „ 70 „							
70 Jahre und darüber							
insgesamt							

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Vz 5b Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen

Gemeinde	Wohnbevölkerung			davon in den Altersgruppen									
				unter 6 Jahre		6 bis unter 15 Jahre		15 bis unter 20 Jahre		20 bis unter 65 Jahre		65 Jahre und darüber	
	insges.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Aufgestellt für: jede Gemeinde.

Vz 6 Die Wohnbevölkerung nach der Religionszugehörigkeit

Gebiet a) Gesamtbevölkerung b) Heimatvertriebene c) Zugewanderte (aus dersowj. Besatzungszone und Berlin)	Wohnbevölkerung			davon waren nach ihrer Religionszugehörigkeit									
				Angehörige der Evangelischen Kirche in Deutschland		Angehörige der Freikirchlichen Evangelischen Gemeinden		Angehörige der Römisch-Katholischen Kirche		Angehörige der Abendl. romfreien kath. Kirchen			
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
davon waren nach ihrer Religionszugehörigkeit													
		Angehörige der Morgenländisch-kath. Kirchen		Angehörige der Israelitischen Religion		Angehörige anderer Volks- u. Weltreligionen		Freireligiöse und Freidenker		ohne Angabe			
		insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.
		12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Vz 7a Die Wohnbevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939

Gebiet des Wohnortes am 1. 9. 1939	Wohnbevölkerung			darunter					
				mit nichtdeutscher Muttersprache			mit Flüchtlingsausweis (in der Brit. Zone u. Rheinland-Pfalz nur Flüchtlingsausweis A)		
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gleiches Land wie am 13. 9. 1950 Andere deutsche Länder (je für sich) Ausland (wichtigste Herkunftsländer)									

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Vz 7b Die Wohnbevölkerung nach dem Wohnort am 1. September 1939

Gemeinde	Wohnbevölkerung	von der Wohnbevölkerung hatten ihren Wohnort am 1. 9. 1939							
		in dem gleichen Land wie am 13. 9. 1950	in einem anderen Land des Bundesgebietes	in Berlin	in einem Land der sowjetisch. Besatzungszone	im Reichsgebiet von 1937 ostwärts der Oder-Neiße-Linie oder im Saargebiet	im Ausland oder ungeklärt davon hatten deutsche fremde Muttersprache		
		1	2	3	4	5	6	7	8

Aufgestellt für: Gemeinden.

Vz 8a Die Haushaltungen nach Art und Größe

Gebiet	Haus- haltungen		davon				von den Haushaltungen (ohne Anstaltshaushaltungen) umfaßten ... Personen									
			Anstalts- haushaltungen		Haushaltungen (ohne Anstalts- haushaltungen)		1	2	3	4	5	6	7	8 und mehr		
a) Sämtliche Haushaltungen	Zahl	Personen	Zahl	Personen	Zahl	Personen									Zahl	Personen
b) Haushaltungen von Heimatvertriebenen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Vz 8b Die Haushaltungen (ohne Anstaltshaushaltungen) nach Haushaltungstyp und Größe sowie nach Geschlecht, Familienstand und Alter des Haushaltungsvorstandes

Familienstand und Altersgruppe des Haushaltungs- vorstandes	Haushaltungen insgesamt		davon Haushaltungen mit . . . Personen									Haushaltungen mit männlichem Haushaltungs- vorstand wie Sp. 1—11	Haushaltungen mit weiblichem Haushaltungs- vorstand wie Sp. 1—11
	Zahl	Personen	1	2	3	4	5	6	7	8 und mehr			
										Zahl	Personen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12—22	23—33

Für: a) Sämtliche Haushaltungen,
b) Haushaltungen von Heimatvertriebenen;
jeweils:
Haushaltungen insgesamt,
Haushaltungstypen A, B, C und D im einzelnen.

Anmerkung: Typ A = Haushaltungen, die nur Familienangehörige umfassen, die in gerader auf- und absteigender Linie miteinander verwandt sind (auch Einzelhaushaltungen)
Typ B = Haushaltungen, die außer in gerader auf- und absteigender Linie miteinander verwandten Familienangehörigen sonstige Verwandte umfassen oder nur aus solchen bestehen
Typ C = Haushaltungen, die außer mehreren Familienmitgliedern auch familienfremde Personen umfassen (Hausgehilfen, landwirtschaftliches oder gewerbliches Personal, Schüler)
Typ D = Haushaltungen, die nur Personen ohne verwandtschaftliche Zusammengehörigkeit umfassen.

davon im Alter von unter 20 Jahren	
20 bis „ 21 „	
21 „ „ 25 „	
25 „ „ 30 „	
30 „ „ 35 „	
35 „ „ 40 „	
40 „ „ 45 „	
45 „ „ 50 „	
50 „ „ 55 „	
55 „ „ 60 „	
60 „ „ 65 „	
65 „ „ 70 „	
70 Jahren und darüber insgesamt	

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Vz 9 Die Haushaltungen (ohne Anstaltshaushaltungen) nach Haushaltungstyp und Größe, nach der Zahl der Kinder unter 15 Jahren sowie nach Berufsabteilung und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes

Bevölkerungsgruppe des Haushaltungsvorstandes Berufsabteilung und Stellung im Beruf der Erwerbspersonen	a) männl. b) weibl. c) insges.	Haushaltungen insgesamt	davon Haushaltungen mit Kindern unter 15 Jahren									
			0	1	2	3	4	5	6	7	8	9 und mehr
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Anmerkung: Es wird bei Erwerbspersonen nur zwischen Berufsabteilung 1 (Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft) und den übrigen Berufsabteilungen in einer Summe unterschieden.

Für: a) Sämtliche Haushaltungen,
b) Haushaltungen von Heimatvertriebenen;
jeweils:
Haushaltungen insgesamt,
Haushaltungstypen A, B, C und D im einzelnen
(Erläuterung der Typen siehe Vz 8b);
jeweils für:
Haushaltungen mit 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 sowie 8 und mehr Personen im einzelnen.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Vz 10 Die Personen in Einzelhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppen und die Erwerbspersonen nach Berufsgruppen und der Stellung im Beruf

Bevölkerungsgruppe des Haushaltungsvorstandes		Personen in Einzelhaushaltungen			Von den Erwerbspersonen waren							
Berufsgr. Nr.	Berufsgruppe der Erwerbspersonen				Selbständige und mithelfende Familienangehörige		Beamte		Angestellte		Arbeiter	
		insges.	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Für: a) Sämtliche Einzelhaushaltungen,
b) Einzelhaushaltungen von Heimatvertriebenen.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Vz 11 Die Anstaltshaushaltungen nach Art der Anstalten und Personenzahl

Art der Anstalt	Zahl der Anstalts- haushaltungen	Wohnbevölkerung in Anstaltshaushaltungen			davon						Außerdem vorübergehend anwesende Gäste, Insassen usw.
					Personal			ständige Insassen			
		insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Vz 12 Die Mehrpersonenhaushaltungen, die nur Familienangehörige 1. Grades umfassen (Haushaltungstyp A) und Vollhaushaltungen sind, nach der Größe, der Zahl der Einkommensbezieher sowie nach der Sozialen Stellung der Familienvorstände und der Zahl der Kinder unter 15 Jahren

Soziale Stellung des Familienvorstandes	Haushaltungen insgesamt					davon Haushaltungen mit									
	Zahl der Haus- haltun- gen	darunter Haus- haltungen mit erwerbstätiger (auch mithelfen- der) Ehefrau	Zahl der Personen	darunter		0	1	2	3	4	5	6	7	8	
				Ein- kommens- bezieher	mithelfende Familien- angehörige										
Zahl der Kinder unter 15 Jahren	1	2	3	4	5	Einkommensbeziehern									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Selbständige insgesamt davon mit 0 Kindern • 1 Kind • 2 Kindern usw. bis mit 9 u. mehr Kindern															

Für: a) Sämtliche Haushaltungen,
b) Haushaltungen von Heimatvertriebenen;
jeweils:
Haushaltungen insgesamt,
Haushaltungen mit 2, 3, 4, 5, 6, 7 sowie 8 und mehr
Personen im einzelnen.

Für: a) Sämtliche Haushaltungen,
b) Haushaltungen von Heimatvertriebenen;
jeweils:
Haushaltungen insgesamt,
Haushaltungen mit 2, 3, 4, 5, 6, 7 sowie 8 und mehr
Personen im einzelnen.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Vz 13 Die verheirateten Frauen nach Eheschließungsjahren, Geburtsjahren und Kinderzahl

Eheschließungsjahr der verheirateten Frauen	Zahl der verheirateten Frauen									
	insgesamt	davon mit in der jetzigen Ehe geborenen Kindern								
		0	1	2	3	4	5	6	7	8 u. mehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Anmerkung: Ohne die Frauen, deren Ehemänner in Kriegsgefangenschaft oder vermißt sind.
Für: a) alle Geburtsjahre insgesamt,
b) die Geburtsjahre bis 1921 einzeln, 1920 und früher
in einer Summe.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Vz 14 Die Körperbehinderten nach Ursache und Art der Behinderung, nach Altersgruppen und nach dem Zeitpunkt des Eintritts der Behinderung

Altersgruppe der Körperbehinderten	Körper- behinderte mit (Art der Behinderung)	davon																	
		ohne weitere Be- hinderung	mit einer weiteren Behinderung wie								Signatur								
Zeitpunkt des Eintritts der Behinderung	insges.	m.	w.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Alter unter 15 Jahre Eintritt vor 1939 der 1939 bis 1945 Behin- 1946 „ 1950 derung																			
usw. für die Altersgruppen 15 bis unter 18 Jahre 18 „ „ 25 „ 25 „ „ 45 „ 45 „ „ 60 „ 65 Jahre und darüber und für Körperbehinderte insgesamt																			
jeweils nach dem Eintritt der Behinderung vor 1939 1939 bis 1945 1946 „ 1950 bzw. (ab 25 Jahre) vor 1914 1914 bis 1918 1919 „ 1938 1939 „ 1945 1946 „ 1950																			

Für Körperbehinderte:
a) mit amtlicher Anerkennung,
b) ohne amtliche Anerkennung;
jeweils für die Ursache der Behinderung:
I. Kriegseinwirkung auf Wehrmachtsangehörige,
II. Kriegseinwirkung auf Zivilbevölkerung,
III. Sonstige Einwirkungen,
IV. Angeboren.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Vz 15 Die Körperbehinderten nach Ursache und Art der Behinderung, nach Altersgruppen und nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit

Altersgruppe der Körperbehinderten Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit	Körper- behinderte mit (Art der Behinderung)		davon																
			ohne weitere Be- hinderung	mit einer weiteren Behinderung wie								Signatur							
	insges.	m.		w.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.	m.	insges.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

Alter unter 15 Jahre	
Grad o. Ang. od. unt. 30	
der 30 bis unter 50	
Minde- 50 „ „ 70	
run- 70 „ „ 100	
vH 100	
usw. für die Altersgruppen	
wie bei Vz 14 und für Kör-	
perbehinderte insgesamt, je-	
weils nach dem Grad der	
Minderung vH (wie oben)	

Für Körperbehinderte:

a) mit amtlicher Anerkennung,

b) ohne amtliche Anerkennung;

jeweils für die Ursache der Behinderung:

I. Kriegseinwirkung auf Wehrmachtsangehörige,

II. Kriegseinwirkung auf Zivilbevölkerung,

III. Sonstige Einwirkungen.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Berufszählung

Bz 1 Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie nach der Sozialen Stellung

Wirtschaftsabteilung, -gruppe Soziale Stellung (ausführliche Gliederung)	Wohnbevölkerung			Von der Wohn					
				Erwerbspersonen bzw. Selbständige Berufslose	und zwar				
					Erwerbstätige		Arbeitslose		
	insges.	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

bevölkerung waren											
Angehörige ohne Hauptberuf		und zwar Angehörige der						Von den Erwerbspersonen bzw. Selbständigen Berufslosen hatten einen Nebenberuf in der Landwirtschaft			
		Erwerbstätigen bzw. Selbständigen Berufslosen				Arbeitslosen					
		Ehe- frauen	übrige Angehörige		Ehe- frauen	übrige Angehörige					
		männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.			männl.	weibl.
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21

Für: a) Gesamtbevölkerung,
b) Heimatvertriebene.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Bz 1 (gekürzt) Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie nach der Stellung im Beruf

Wirtschaftsabteilung Stellung im Beruf Wirtschaftsgruppe	Wohnbevölkerung			Von der Wohnbevölkerung waren				Von den Erwerbspersonen hatten einen Nebenberuf in der Landwirtschaft			
				Erwerbspersonen		Angehörige ohne Hauptberuf		insgesamt		dar. Selbständige	
	insges.	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Für: a) Gesamtbevölkerung,
b) Heimatvertriebene.

Aufgestellt für: Kreise. Mit Beschränkung auf die Wirtschaftsabteilungen und die Stellung im Beruf sowie auf die Spalten 1 bis 7 ist die Tabelle für die naturräumlichen Einheiten des Bundesgebietes als Tabelle Bz 1 N aufgestellt worden. In gleichem Umfange wurde die Tabelle Bz 1 G nach Gemeindegrößenklassen für das Bundesgebiet und die Länder erstellt.

Bz 2 Die Erwerbspersonen in der beruflichen Gliederung nach Altersgruppen und Familienstand

Beruf — Altersgruppe	Erwerbspersonen						Erwerbstätige						in selb	
							männl.			weibl.				
	insges.	insges.	verh.	insges.	led.	verh.	insges.	verh.	insges.	led.	verh.	insges.	verh.	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
unter 15 Jahre														
15 bis	18													
18	20													
20	25													
25	30													
30	35													
35	40													
40	45													
45	50													
50	55													
55	60													
60	65													
65 Jahre und darüber														
insgesamt														
davon														
und zwar														
ständiger Stellung			in abhängiger Stellung						Arbeitslose					
weibl.			männl.		weibl.		männl.		weibl.					
insges.	led.	verh.	insges.	verh.	insges.	led.	verh.	insges.	verh.	insges.	led.	verh.		
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26		

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Bz 3 Die Selbständigen Berufslosen nach Altersgruppen

Altersgruppe	Geschlecht a) männl. b) weibl.	Selbständige Berufslose insgesamt	davon						
			Altenteiler ¹⁾	Vom eigenen Vermögen lebende Rentner ¹⁾	Beamte im Ruhestand ¹⁾	Sozialver- sicherungs- rentner, Witwengeld- empfängerinnen ¹⁾	Unterstützungs- empfänger (ohne Arbeits- losenunter- stützungsempfänger ¹⁾)	Selbständige Hausfrauen ohne Angabe einer Erwerbs- quelle	
									1
unter 15 Jahre									
15 bis 18									
18 „ 20									
20 „ 25									
25 „ 30									
30 „ 35									
35 „ 40									
40 „ 45									
45 „ 50									
50 „ 55									
55 „ 60									
60 „ 65									
65 Jahre und darüber insgesamt									

Personen außer- halb des erwerbsfähigen Alters ohne Angabe einer Erwerbsquelle ²⁾	Nicht in ihrer Familie lebende Studierende und Schüler	Zöglinge in An- stalten für Er- ziehung und Un- terricht sowie in Waisenhäusern	Insassen von Altersheimen und Versor- gungsanstalten	Insassen von Irrenanstalten und Heimen für Körper- behinderte ³⁾	Insassen von Straf- und Besserungs- anstalten ⁴⁾	Insassen von Internierungs- und Arbeits- lagern
8	9	10	11	12	13	14

¹⁾ Sofern nicht Anstaltsinsassen. — ²⁾ Nur Personen unter 14 und über 65 Jahre. —
³⁾ Dauerinsassen. — ⁴⁾ Ohne Untersuchungsgefangene.

Für: a) Selbständige Berufslose insgesamt,
b) Heimatvertriebene Selbständige Berufslose.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Bz 4 Die Erwerbspersonen nach Beruf, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen

Beruf — Stellung im Beruf (gekürzt) — Wirtschaftszweig	Erwerbspersonen		
	insges.	männlich	weiblich
	1	2	3

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Bz 5 Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf

Wirtschaftszweig — Stellung im Beruf (gekürzt)	Erwerbspersonen		
	insges.	männlich	weiblich
	1	2	3

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Bz 6 Die Erwerbspersonen nach Berufsabteilungen, -gruppen und -ordnungen und der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit

Berufsabteilung, -gruppe, -ordnung Stellung im Beruf (gekürzt)	Erwerbspersonen			Von den Erwerbspersonen hatten einen Nebenberuf			darunter mit Nebenberuf in der Landwirtschaft						
							insgesamt			und zwar als			
	Selbständige		Abhängige										
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	

Für: a) Erwerbspersonen insgesamt,
b) Heimatvertriebene Erwerbspersonen.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Bz 7a Die Wohnbevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen

Gemeinde	Wohnbevölkerung			Von den Erwerbspersonen mit ihren Angehörigen									
				Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei		Bergbau, Gewinnung u. Verarbeitung von Steinen u. Erden. Energiewirtschaft		Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung		Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)		Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	
	insges.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
ohne Hauptberuf gehörten zur Wirtschaftsabteilung													
Handel, Geld- und Versicherungswesen		Dienstleistungen		Verkehrswesen		Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse		Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit		Selbständig Berufslose mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf			
männl.		weibl.		männl.		weibl.		männl.		weibl.		männl.	
14		15		16		17		18		19		20	

Aufgestellt für: Gemeinden.

Bz 7b Die Wohnbevölkerung nach der Stellung im Beruf

Gemeinde	Wohnbevölkerung			Von den Erwerbspersonen mit ihren Angehörigen					
				Selbständigen			Mithelfenden Familienangehörigen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

ohne Hauptberuf gehörten zu den									Selbständige Berufslose mit ihren Angehörigen ohne Hauptberuf		
Beamten			Angestellten			Arbeitern					
insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21

Aufgestellt für: Gemeinden.

Bz 7c Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen

Gemeinde	Erwerbspersonen			Von den Erwerbspersonen gehörten zur							
				Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei		Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden. Energiewirtschaft		Eisen- und Metall-erzeugung und -verarbeitung		Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	
	insgesamt	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Wirtschaftsabteilung											
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe		Handel, Geld- und Versicherungswesen		Dienstleistungen		Verkehrswesen		Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse		Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	
männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
12		13		14		15		16		17	

Aufgestellt für: Gemeinden.

Bz 7d Die Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf

Gemeinde	Erwerbspersonen			Von den Erwerbspersonen waren ...														
				Selbständige			Mithelfende Familienangehörige			Beamte			Angestellte			Arbeiter		
	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.	inges.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

Aufgestellt für: Gemeinden.

[illegible]

Die Ehefrauen ohne Beruf nach der voraussichtlichen Altersversorgung und nach Altersgruppen								
Altersgruppe	Ehefrauen ohne Beruf insgesamt	davon erwarteten ihre Altersversorgung aus						Es erwarteten keine Alters- versorgung auf Grund persönlichen Anspruches
		einer freiwilligen Versicherung bei der			Pensions- ansprüchen als Beamte	Lebens- oder privater Renten- versicherung	sonstigen Quellen der Altersver- sorgung (auch Altenteiler)	
		Angestellten- Versicherung	Invaliden- Versicherung	Knappschafts- Versicherung				
	1	2	3	4	5	6	7	8
unter 18 Jahre								
18 bis „ 20 „								
20 „ „ 25 „								
25 „ „ 30 „								
30 „ „ 35 „								
35 „ „ 40 „								
40 „ „ 45 „								
45 „ „ 50 „								
50 „ „ 55 „								
55 „ „ 60 „								
60 „ „ 65 „								
65 Jahre und darüber insgesamt								

Bz 9 Die Erwerbspersonen nach der Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung, nach der Kassenart, nach der Stellung im Beruf und nach Altersgruppen

Stellung im Beruf Altersgruppe	Erwerbspersonen			Gegen Krankheit pflichtversicherte Erwerbspersonen		davon pflichtversichert			
						Orts- oder Kreis- krankenkasse		Landkrankenkasse	
	insges.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Selbständige											
davon im Alter von unter 20 Jahren											
20 bis	25										
25	30										
30	35										
35	40										
40	45										
45	50										
50	55										
55	60										
60	65										
65 Jahren und darüber											

Mithelfende Familienangehörige											
davon im Alter von unter 15 Jahren											
15 bis	18										
18	20										
20	25										
25	30										
30	35										
35	40										
40	45										
45	50										
50	55										
55	60										
60	65										
65 Jahren und darüber											

bei einer											
Betriebs- krankenkasse (ohne Post u. Bahn)		Post- oder Bahnbetriebs- krankenkasse		Innungs- krankenkasse		Knappschafts- krankenkasse		See- krankenkasse		Ersatz- krankenkasse	
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21

Gegen Krankheit freiwillig versicherte Erwerbspersonen		davon freiwillig							
		Orts- oder Kreiskrankenkasse		Land- krankenkasse		Betriebskrankenkasse (ohne Post und Bahn)		Post- oder Bahnbetriebs- krankenkasse	
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31

versichert bei einer										Nichtversicherte oder als Familien- angehörige mitversicherte Erwerbspersonen	
Innungs- krankenkasse		Knappschafts- krankenkasse		See- krankenkasse		Ersatz- krankenkasse		Privat- krankenkasse			
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.		
32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Die Ehefrauen ohne Beruf nach der Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung, nach der Kassenart und nach Altersgruppen

Altersgruppe	Ehe- frauen ohne Beruf ins- gesamt	davon waren gegen Krankheit freiwillig versichert bei einer								Nicht- versicherte oder als Familien- angehörige mitversicherte Ehefrauen ohne Beruf		
		Orts- oder Kreis- kranken- kasse	Land- kranken- kasse	Betriebs- kranken- kasse (ohne Post und Bahn)	Post- oder Bahn- betriebs- kranken- kasse	Innungs- kranken- kasse	Knapp- schafts- kranken- kasse	See- kranken- kasse	Ersatz- kranken- kasse		Privat- kranken- kasse	
		1	2	3	4	5	6	7	8		9	10
unter 18 Jahre												
18 bis „ 20 „												
20 „ „ 25 „												
25 „ „ 30 „												
30 „ „ 35 „												
35 „ „ 40 „												
40 „ „ 45 „												
45 „ „ 50 „												
50 „ „ 55 „												
55 „ „ 60 „												
60 „ „ 65 „												
65 Jahre und darüber insgesamt												

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Bz 10 Die Pendelwanderer in den Gemeinden

Gemeinde	Erwerbspersonen unter der Wohnbevölkerung			darunter arbeiten außerhalb der Gemeinde (Auspendler)			Erwerbspersonen, die in anderen Gemeinden wohnen, aber in vorstehender Gemeinde arbeiten (Einpendler)			Erwerbspersonen, die in vorstehender Gemeinde arbeiten (Sp. 1—Sp. 4 + Sp. 7) (Sp. 2—Sp. 5 + Sp. 8) (Sp. 3—Sp. 6 + Sp. 9)		
	insges. 1	männlich 2	weiblich 3	insges. 4	männlich 5	weiblich 6	insges. 7	männlich 8	weiblich 9	insges. 10	männlich 11	weiblich 12

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Bz 11 Die Pendelwanderer nach der betrieblichen Gliederung (Auspendler)

Zielgemeinde	Pendelwanderer (Auspendler)			Von den Pendelwanderern gehörten zur Wirtschaftsabteilung								
	ins-gesamt	darunter		0	1	2	3—5	6	7	8	9	ohne Angabe
		Heimat-ver-triebene	mit selb-ständiger Land-wirtschaft im Neben-beruf									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
männlich weiblich insgesamt												

Aufgestellt für: Ausgewählte Wohnsitzgemeinder

Bz 12 Die Pendelwanderer nach der betrieblichen Gliederung (Einpendler)

Wohnsitzgemeinde	Pendelwanderer (Einpendler)			Von den Pendelwanderern gehörten zur Wirtschaftsabteilung								
	ins-gesamt	darunter		0	1	2	3—5	6	7	8	9	ohne Angabe
		Heimat-ver-triebene	mit selb-ständiger Land-wirtschaft im Neben-beruf									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
männlich weiblich insgesamt												

Aufgestellt für: Ausgewählte Zielgemeinden.

Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,6 ha

LBz 28 a Die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 Hektar Gesamtfläche¹⁾

Größenklassen nach der Gesamtfläche	Landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter 0,5 ha Gesamtfläche insgesamt		Bewirtschafter der Kleinbetriebe (Spalte 1)						Von den			
			im Hauptberuf			im Nebenberuf			eigenes Land			
			Zahl der Betriebe	Zahl der Personen		Zahl der Betriebe	Zahl der Personen		Zahl der Betriebe	Fläche des eigenen Landes ha		
	männlich	weiblich		männlich	weiblich							
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
unter 1 000 qm 1 000 bis unter 5 000 qm ¹⁾ insgesamt												
	Kleinbetrieben (Spalte 1) haben				Von der Gesamtfläche (Spalte 2) entfallen auf							
	gepachtetes Land		Deputatland		Ackerland einschl. Erwerbsgartenland		Haus- und Kleingarten		Rebland		Wiesen und Weiden	
	Zahl der Betriebe	Fläche des ge- pachteten Landes ha	Zahl der Betriebe	Fläche des Deputat- landes ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha
	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22

¹⁾ Einschließlich der Betriebe, die ohne Deputatland weniger und mit Einbeziehung des Deputatlandes 0,5 und mehr ha Gesamtfläche haben.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

LBz 28 b Die von Vertriebenen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 Hektar Gesamtfläche¹⁾

Größenklassen nach der Gesamtfläche	Landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter 0,5 ha Gesamtfläche insgesamt		Bewirtschafter der Kleinbetriebe (Spalte 1)						Von den			
			im Hauptberuf			im Nebenberuf			eigenes Land			
	Zahl der Betriebe	Gesamt- fläche ha	Zahl der Betriebe	Zahl der Personen		Zahl der Betriebe	Zahl der Personen		Zahl der Betriebe	Fläche des eigenen Landes ha		
				männlich	weiblich		männlich	weiblich				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
unter 1 000 qm 1 000 bis unter 5 000 qm ¹⁾ insgesamt	Kleinbetrieben (Spalte 1) haben											
	gepachtetes Land				Von der Gesamtfläche (Spalte 2) entfallen auf							
	Deputatland				Ackerland einschl. Erwerbsgartenland		Haus- und Kleingarten		Rebland		Wiesen und Weiden	
	Zahl der Betriebe	Fläche des ge- pachteten Landes ha	Zahl der Betriebe	Fläche des Deputat- landes ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha	Zahl der Betriebe	Fläche ha
	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22

¹⁾ Einschließlich der Betriebe, die ohne Deputatland weniger und mit Einbeziehung des Deputatlandes 0,5 und mehr ha Gesamtfläche haben.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Sondertabellen

Tabellen der Vollauszählung

- Vz 1 b N Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsentwicklung und -dichte (Naturräume)
- Vz 2 N Die Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen (Naturräume)
- Bz 1 N Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und der Stellung im Beruf (Naturräume)
- Bz 1 G Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf für Gemeindegrößenklassen

Tabellen

der repräsentativen Sonderauszählungen

Aus den 100. Lochkarten (R-Tabellen)

- Vz 4 R Die Bevölkerung nach Geburtsjahren und Wohnort am 1. September 1939
- Vz 8 R Die Haushaltungen nach ihrer Größe sowie nach Bevölkerungsgruppe, Wirtschaftsbereich und Religionszugehörigkeit des Haushaltungsvorstandes
- Vz 9 R Die Haushaltungen nach der Zahl der Kinder unter 15 Jahren sowie nach Bevölkerungsgruppe, Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Religionszugehörigkeit des Haushaltungsvorstandes
- Vz 12 R Die Vollhaushaltungen nach Größe der Haushaltungen und Zahl der Einkommensbezieher sowie nach Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes
- Vz 12 RK Die Vollhaushaltungen nach der Zahl der Kinder unter 15 Jahren und der Zahl der Einkommensbezieher sowie nach Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes
- Vz 13 R
 - a) Die verheirateten Frauen nach Eheschließungsjahren, Zahl der in der jetzigen Ehe lebend geborenen Kinder und Religionszugehörigkeit
 - b) die verheirateten Frauen nach Geburtsjahren, Zahl der in der jetzigen Ehe lebend geborenen Kinder und Religionszugehörigkeit
- Bz 1 R
 - a) Die Wohnbevölkerung nach Altersjahren, Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf
 - b) Die heimatvertriebene Wohnbevölkerung nach Altersjahren, Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf
 - c) Die Erwerbspersonen nach Altersgruppen, Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf
 - d) Die Angehörigen ohne Hauptberuf nach Altersgruppen, Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf ihrer Ernährer
 - fg) Die Erwerbspersonen nach Religionszugehörigkeit, Stellung im Beruf und Gemeindegrößenklassen sowie nach Wirtschaftsabteilungen (Wirtschaftsabteilung 0, übrige in einer Summe)

- S 2 Die Mehrpersonenhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppe, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes sowie nach Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf der Einkommensbezieher
- S 3 Die Mehrpersonenhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppe und Sozialer Stellung des Haushaltungsvorstandes sowie nach der Sozialen Stellung der Einkommensbezieher
- S 4 Die Resthaushaltungen mit zwei und mehr Personen und weiblichem Haushaltungsvorstand nach Zahl und Art der Einkommensbezieher und der Zahl der Kinder unter 15 Jahren
(Die Tabellen wurden zusätzlich in verkürzter Form für Haushaltungen mit ledigen und mit verheirateten nicht mit ihrem Ehepartner zusammenlebenden Frauen als Haushaltungsvorständen aufgestellt.)
- S 5 Die Resthaushaltungen mit zwei und mehr Personen und weiblichem Haushaltungsvorstand nach der Sozialen Stellung des Haushaltungsvorstandes und der Einkommensbezieher
- S 6 Die Mehrpersonenhaushaltungen nach Beruf und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes sowie nach Zahl und Art der Einkommensbezieher
- S 7 Die Mehrpersonenhaushaltungen nach Beruf und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes sowie nach der Sozialen Stellung der Einkommensbezieher
- S 8 Die Gliederung der Mehrpersonenhaushaltungen nach der Zahl und Stellung im Beruf der innerhalb einer Haushaltung lebenden Einkommensbezieher
- S 15 Die Personen in Einzelhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppe, Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf und Familienstand
- S 16 Die Personen in Einzelhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppe und Sozialer Stellung
- S 17 Die Haushaltungen zusammenlebender Ehepaare nach der Erwerbstätigkeit der Ehefrau I (Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf)
- S 18 Die Haushaltungen zusammenlebender Ehepaare nach der Erwerbstätigkeit der Ehefrau II (Soziale Stellung)
- S 22 Die Haushaltungen zusammenlebender Ehepaare nach der Religionszugehörigkeit des Haushaltungsvorstandes und seiner Ehefrau sowie nach der Zahl der Kinder unter 15 Jahren
- S 23 Die Mehrpersonenhaushaltungen mit einheimischem (einschl. zugewandertem) und heimatvertriebenem Haushaltungsvorstand nach der Zahl der einheimischen und heimatvertriebenen Haushaltungsmitglieder
- S 24 Die bestehenden Ehen zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen nach Bevölkerungsgruppe, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Ehemannes und nach dem Eheschließungsjahr

2. Tabellen über erwerbstätige Ehefrauen

- S 19 Die mit ihrem Ehemann zusammenlebenden erwerbstätigen Ehefrauen nach Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Wirtschaftsbereich des Ehemannes und Zahl der Kinder unter 15 Jahren
- S 20 Die mit ihrem Ehemann zusammenlebenden erwerbstätigen Ehefrauen nach Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf sowie nach Stellung im Beruf des Ehemannes und Zahl der Kinder unter 15 Jahren
- S 21 Die mit ihrem Ehemann zusammenlebenden erwerbstätigen Ehefrauen nach Sozialer Stellung, Ehedauer (Eheschließungsjahr) und der Zahl der Kinder unter 15 Jahren

Aus den Zählblättern der 100. Haushaltungen (S-Tabellen)

1. Tabellen über Haushaltungen

- S 1 Die Mehrpersonenhaushaltungen nach Bevölkerungsgruppe, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf des Haushaltungsvorstandes sowie nach Zahl und Wirtschaftsbereich der Einkommensbezieher

Übersicht

über das Tabellenprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung 1950

	Seite
Gruppe I: Tabellen für Gebäude	
Wz 1 Benutzte und leerstehende Gebäude und darin befindliche Wohnungen (Nichtwohngebäude, Normalwohngebäude und bewohnte Notwohngebäude)	245
Wz 2 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen (Wohngebäude nach Gebäudeart, Baualter und Besitzverhältnissen)	245
Wz 3 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen (Wohngebäude nach Kriegsschäden und Besitzverhältnissen)	246
Wz 4 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen (Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen)	246
Wz 5 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude (Wohngebäude nach Geschoßzahl und Besitzverhältnissen)	246
Wz 6 Bewohnte Notwohngebäude und darin befindliche Notwohnungen (Notwohngebäude nach ihrer Art)	246
Gruppe II: Tabellen für Wohnungen und Räume	
Wz 7 Bewohnte und leerstehende Wohnungen und Unterkünfte außerhalb von Wohnungen mit darin befindlichen Personen (Normal- und Notwohnungen und Normal- und Notunterkünfte außerhalb von Wohnungen)	247
Wz 8 Bewohnte und leerstehende Normalwohnungen und ihre Bewohner (Wohnungen nach Zahl der Räume und ihre Belegung mit Wohnparteien)	247
Wz 9 Von Untermietern bewohnte Räume in Wohnungen (Art und Zahl der Räume nach Normal- und Notwohnungen)	247
Wz 10 Bewohnte und leerstehende Normal- und Notwohnungen (Wohnungen nach ihrer Ausstattung)	248
Wz 11 Die Räume in bewohnten und leerstehenden Wohnungen (Art und Zahl der Räume nach Normal- und Notwohnungen)	248
Wz 12 Die Räume in bewohnten Keller- und Dachgeschoßwohnungen (Art und Zahl der Räume nach Art der Keller- und Dachgeschoßwohnungen)	248
Gruppe III: Tabellen für Wohnparteien	
Wz 13 Bewohner in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen (Wohnparteien und Personen nach der Art ihrer Unterbringung)	249
Wz 14 Bewohner in Unterkünften außerhalb von Wohnungen nach Art der Unterkunft (Familien und Einzelpersonen außerhalb von Wohnungen nach Art ihrer Unterbringung)	249
Wz 15 Wohnparteien in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen nach Art ihrer Unterbringung (Wohnparteien nach Personenzahl in Normal- und Notwohnungen, Wohnungslose Eingewiesene nach Personenzahl in Unterkünften außerhalb von Wohnungen)	
15 a) Gesamtbevölkerung	249
15 b) Heimatvertriebene	249
Wz 16 Wohnparteien in Normalwohnungen nach Zahl der von ihnen bewohnten Räume (Wohnparteien nach ihrer Personenzahl und Zahl der bewohnten Räume)	
16 a) Wohnparteien in Normalwohnungen (überhaupt)	250
16 b) heimatvertriebene Wohnparteien in Normalwohnungen	250
16 c) Wohnungsinhaber, die als einzige Wohnpartei in einer Normalwohnung wohnen	250
Wz 17 Wohnparteien in Normalwohnungen als Inhaber und Mitbenutzer von Kochgelegenheiten und ohne Kochgelegenheit (Wohnparteien überhaupt und heimatvertriebene Wohnparteien nach der Art der Kochgelegenheit)	250
Wz 18 Wohnparteien als Wohnungsinhaber und Untermieter in Wohnungen nach der Zahl der Personen je Raum (Wohnparteien überhaupt und heimatvertriebene Wohnparteien nach der Wohndichte)	
18 a) Normalwohnungen	250
18 b) Notwohnungen	250

Wz 19	Bewohnte und leerstehende Wohnungen nach Mietverhältnissen mit den darin enthaltenen Räumen und Höhe des Mietaufkommens (Das Mietaufkommen aus Hauptmietverträgen in Normal- und Notwohnungen)	251
Wz 20	Mietpreise für reine Mietwohnungen mit nur einem Hauptmieter (Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten in Normalwohnungen nach Raumzahl und Ausstattung)	251
Wz 21	Mietpreisstufen für reine Mietwohnungen (reine Mietwohnungen nach der Raumzahl und nach Preisstufen für Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten)	251

Allgemeine Erläuterungen:

Die Tabellen enthalten nicht die Angaben über Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünfte (einschl. Wohnparteien) auf fahrenden Schiffen. Hierfür ist eine Sondertabelle aufgestellt, die diese Angaben länderspezifisch zusammengefaßt aufweist. Soweit in den Tabellen »Schiffe« erwähnt werden, handelt es sich in jedem Falle um festverankerte außer Dienst gestellte Schiffe bzw. Wasserfahrzeuge, die aus Mangel an anderem Unterkunftsraum für Wohn- oder Arbeitszwecke benutzt werden.

Die von der Besatzungsmacht oder von sonstigen nichtdeutschen Stellen benutzten Gebäude, Wohnungen und Wohnräume sind im Tabellenprogramm nicht aufgenommen. Für sie wurde eine besondere Tabelle erstellt.

Für sämtliche Tabellen gelten grundsätzlich und einheitlich folgende Begriffe:

- »leerstehend« = vorübergehend leerstehend
- »benutzt« = zu Wohn- oder Arbeitszwecken benutzt
- »bewohnt« = zu Wohnzwecken benutzt
- »Bewohner« = Sammelbegriff für Wohnparteien, Familien, Personen
- »Familien« = Wohnparteien mit mehr als 1 Person, die in Unterkünften außerhalb von Wohnungen nachgewiesen werden
- »Gemeindegrößenklassen« = alle Gemeinden eines Landes nach Größenklassen zusammengefaßt (siehe Vorspalte in der Tabelle Wz 4).

Wz 1 Benutzte und leerstehende Gebäude und darin befindliche Wohnungen
 (Nichtwohngebäude, Normalwohngebäude und bewohnte Notwohngebäude)

Gebiet	Nichtwohngebäude			Normalwohngebäude				bewohnte Notwohngebäude	
	Zahl	darunter mit Wohnungen		Zahl	davon		darin ... Wohnungen	Zahl	darin ... Notwohnungen
		Zahl	darin ... Wohnungen		bewohnt	leerstehend			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 2 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen
 (Wohngebäude nach Gebäudeart, Baualter und Besitzverhältnissen)

Gebäudeart und Baualter	Normalwohngebäude		von den Normalwohngebäuden entfallen auf					
	insgesamt	mit ... Wohnungen	private Eigentümer		gemeinnützige Wohnungsunternehmen		öffentliche Eigentümer	
			Wohngebäude	mit ... Wohnungen	Wohngebäude	mit ... Wohnungen	Wohngebäude	mit ... Wohnungen
	1	2	3	4	5	6	7	8

von den Gebäuden der privaten Eigentümer (Sp. 3) stehen im Eigentum natürlicher Personen								
Normalwohngebäude zusammen	davon entfallen auf							
	selbständige Berufe	Beamte und Angestellte	Arbeiter	Pensionäre, Sozialrentner u.ä.	Sonstige ohne Berufsangabe			
9	10	11	12	13	14	15		

Aufgestellt für: Bund und Länder — beide auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Wz 4) —, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 3 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen

(Wohngebäude nach Kriegsschäden und Besitzverhältnissen)

Kriegsschäden und ihre Beseitigung	Normalwohngebäude		von den Normalwohngebäuden entfallen auf					
			private Eigentümer		gemeinnützige Wohnungsunternehmen		öffentliche Eigentümer	
	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen	Zahl der Gebäude	darin Wohnungen
	1	2	3	4	5	6	7	8
Von Kriegsschäden nicht betroffen								
Von Kriegsschäden betroffen insgesamt								
davon								
a) völlig wiederhergestellt bzw. -aufgebaut								
b) teilweise wiederhergestellt bzw. -aufgebaut								
c) nicht wiederhergestellt, aber bewohnt								
Normalwohngebäude insgesamt								

Aufgestellt für: Bund und Länder — beide auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Wz 4) —, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 4 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude und darin befindliche Wohnungen

(Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen)

Gemeindegrößenklasse	Normal- wohn- gebäude insgesamt	davon Normalwohngebäude mit Wohnungen											Wohnungen insgesamt
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11 bis 20	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11 bis 20	
unter 2 000 Einwohner													
mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern													
» 5 000 » » 20 000 »													
» 20 000 » » 50 000 »													
» 50 000 » » 100 000 »													
» 100 000 » » 500 000 »													
» 500 000 und mehr Einwohnern													
insgesamt													

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Wz 5 Bewohnte und leerstehende Normalwohngebäude

(Wohngebäude nach Geschoßzahl und Besitzverhältnissen)

Geschoßzahl (ohne Keller- und Dachgeschoß)	Normalwohngebäude		von den Normalwohngebäuden entfallen auf		
	insgesamt	darin Wohnungen	private Eigentümer	gemeinnützige Wohnungs- unternehmen	öffentliche Eigentümer
	1	2	3	4	5
mit 1 Geschoß					
» 2 Geschossen					
» 3 »					
» 4 »					
» 5 »					
» 6 »					
» 7 und mehr Geschossen					
Normalwohngebäude insgesamt					

Aufgestellt für: Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern nach Ländern.

Wz 6 Bewohnte und Notwohngebäude und darin befindliche Notwohnungen

(Notwohngebäude nach ihrer Art)

Gebiet	Not- wohngebäude	Von den Notwohngebäuden sind														
		Behelfsheim unter 30 qm		Wohn- baracken		Nissen- hütten		Bunker		Wohn- lauben	Gebäude- reste		Wohn- wagen	Schiffe (außer Dienst) mit Wohnraum		
		Zahl	mit ... Not- woh- nungen	Zahl	mit ... Not- woh- nungen	Zahl	Not- woh- nungen	Zahl	mit ... Not- woh- nungen		Zahl	mit ... Not- woh- nungen		Zahl	mit ... Not- woh- nungen	
insgesamt	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 7 Bewohnte und leerstehende Wohnungen und Unterkünfte außerhalb von Wohnungen mit darin befindlichen Personen
 (Normal- und Notwohnungen und Normal- und Notunterkünfte außerhalb von Wohnungen)

Gebiet	Wohnungen überhaupt			von den Wohnungen sind						Unterkünfte außerhalb von Wohnungen			
	insgesamt	davon		bewohnt				leerstehend		Normalunterkünfte		Notunterkünfte	
		Normalwohnungen	Notwohnungen	Normalwohnungen		Notwohnungen		Normalwohnungen	Notwohnungen				
				Zahl	Personen	Zahl	Personen			Zahl	Personen	Zahl	Personen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 8 Bewohnte und leerstehende Normalwohnungen und ihre Bewohner
 (Wohnungen nach Zahl der Räume und ihre Belegung mit Wohnparteien)

Normalwohnungen mit Wohnparteien	Normalwohnungen									
	1		2		3		4		5	
	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0 Wohnparteien (leerstehende Wohnungen ¹⁾)										
1 Wohnpartei										
darunter: Einpersonenteilen										
2 Wohnparteien										
3 Wohnparteien										
4 und mehr Wohnparteien										
Normalwohnungen insgesamt										

mit Räumen										Gesamtzahl der Wohnparteien in Normal- wohnungen
6		7		8		9		10 und mehr		
Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	Zahl	Per- sonen	
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
										21

¹⁾ Die Spalten 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20 und 21 bleiben leer.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 9 Von Untermietern bewohnte Räume in Wohnungen
 (Art und Zahl der Räume nach Normal- und Notwohnungen)

Art der Wohnungen	Zimmer und Küchen insgesamt	davon				Koch- nischen	Not- küchen	Wohnräume unter 6 qm	nur notdürftig benutzbar Räume
		Küchen		Zimmer					
		über 10 qm	bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm				
		1	2	3	4				
Normalwohnungen									
Notwohnungen									
Wohnungen insgesamt									

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 10 Bewohnte und leerstehende Normal- und Notwohnungen
(Wohnungen nach ihrer Ausstattung)

Gebiet	Normalwohnungen									Notwohnungen			
	insgesamt	darunter mit								insgesamt	darunter mit Anschluß an das		
		Anschluß an das			Badezimmer	Ofenheizung	Zentralheizung	Etagenheizung	Fernheizung		Stromnetz	Gasnetz	Wasser- netz
		Strom- netz	Gas- netz	Wasser- netz									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 11 Die Räume in bewohnten und leerstehenden Wohnungen
(Art und Zahl der Räume nach Normal- und Notwohnungen)

Art der Wohnungen	Zahl der Wohnungen insgesamt	Küchen		Koch-nischen	Not-küchen	Zimmer		gewerblich benutzte Räume		vorübergehend leerstehende Räume		Wohn-räume unter 6 qm	nur not-dürftig benutz-bare Räume
		über 10 qm	bis 10 qm			über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Normalwohnungen													
Notwohnungen													
Wohnungen insgesamt													

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 12 Die Räume in bewohnten Keller- und Dachgeschoßwohnungen
(Art und Zahl der Räume nach Art der Keller- und Dachgeschoßwohnungen)

Art der Wohnungen	Zahl der Wohnungen insgesamt	Küchen		Koch-nischen	Not-küchen	Zimmer		gewerblich benutzte Räume		vorübergehend leerstehende Räume		Wohn-räume unter 6 qm	nur not-dürftig be-nutz-bare Räume	Bade-zimmer
		über 10 qm	bis 10 qm			über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm	über 10 qm	6 bis 10 qm			
		1	2			3	4	5	6	7	8			
Kellerwohnungen ausgebaut														
Kellerwohnungen behelfsmäßig hergerichtet														
Kellerwohnungen in Gebäude-resten														
Kellerwohnungen überhaupt														
Dachgeschoßwohnungen normal														
Dachgeschoßwohnungen behelfs-mäßig hergerichtet														
Dachgeschoßwohnungen über-haupt														

Aufgestellt für: Bund und Länder — beide auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Wz 4) —, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 13 Bewohner in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen
(Wohnparteien und Personen nach der Art ihrer Unterbringung)

Gebiet	Gesamtzahl der		von der Gesamtzahl					
			Wohnungen					
	Wohnparteien	Personen	insgesamt		und zwar in			
			Wohnparteien	Personen	Normalwohnungen		Notwohnungen	
	1	2	3	4	5	6	7	8

der Wohnparteien und Personen wohnen in									
Unterkünften außerhalb von Wohnungen									
insgesamt			und zwar in						
Familien			Hotels, Pensionen, Anstalten usw.				Massenunterkünften		
			Insassen und Personal (Einzelpersonen)		wohnungsgelose Eingewiesene		wohnungsgelose Eingewiesene		
			Familien		Einzel-		Familien		
Zahl	mit ... Personen	Einzel-	Zahl		Personen		Zahl		Einzel-
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 14 Bewohner in Unterkünften außerhalb von Wohnungen nach Art der Unterkunft
(Familien und Einzelpersonen außerhalb von Wohnungen nach der Art ihrer Unterbringung)

Bewohner	Von den Bewohnern in Unterkünften									
	Beherbergungs-		Wohnheimen		Anstalten		Anstalten		Anstalten	
	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Familien mit Personen										
Einzelpersonen										

außerhalb von Wohnungen wohnen in									
Kranken-, Heil-, Pflegeanstalten		Straf-, Besserungs-, Verwahrungsanstalten		Sonstigen Anstalten		Massenunterkünften			
						Flüchtlings- und Umsiedlerlagern		Sonstigen	
Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene	Insassen und Personal	wohnungsgelose Eingewiesene
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 15 Wohnparteien in Wohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen nach Art ihrer Unterbringung
(Wohnparteien nach Personenzahl in Normal- und Notwohnungen, wohnungslose Eingewiesene nach Personenzahl in Unterkünften außerhalb von Wohnungen)

Art der Unterbringung	Wohnparteien mit Personen										Wohn- parteien ins- gesamt	Personen ins- gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr		
										Zahl der Wohn- parteien	Zahl der Personen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Wohnungsinhaber in Normalwohnungen												
Wohnungsinhaber in Notwohnungen												
Untermieter in Wohnungen												
Wohnungslose Eingewiesene in Unter- künften außerhalb von Wohnungen												
Gesamtzahl der Wohnparteien												
Gesamtzahl der Personen												

Aufgestellt als: **Wz 15a)** für die Gesamtbevölkerung,
Wz 15b) für Heimatvertriebene.

Aufgestellt als: **Wz 15 a)** für die Gesamtbevölkerung,
Wz 15 b) für Heimatvertriebene.

Aufgestellt für: Bund und Länder — beide auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Wz 4) —, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 16 Wohnparteien in Normalwohnungen nach Zahl der von ihnen bewohnten Räume
 (Wohnparteien nach ihrer Personenzahl und Zahl der bewohnten Räume)

Wohnparteien mit Personen	Wohnparteien in bewohnten Räumen in Wohnungen bzw. Wohnungsteilen												
	1/2		1		2	3	4	5	6	7	8	9	10 und mehr
	insgesamt	darunter Sonderfälle a) ¹⁾	insgesamt	darunter Sonderfälle a) ¹⁾									
	1	1a	2	2a	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1													
2													
3													
4													
5													
6													
7													
8													
9													
10 und mehr													
Gesamtzahl der													
Wohnparteien Personen													
Wohnparteien Personen													

¹⁾ Unter Sonderfälle a) sind Wohnparteien zu verstehen, die in einem Wohnraum nicht allein wohnen, sondern ihn mit anderen Wohnparteien teilen. Die Spalten 1a und 2a sind daher in der Tabelle 16c nicht auszufüllen.

Aufgestellt als:

Wz 16 a) für Wohnparteien in Normalwohnungen (überhaupt),

Wz 16 b) für heimatvertriebene Wohnparteien in Normalwohnungen,

Wz 16 c) für Wohnungsinhaber, die als einzige Wohnpartei in einer Normalwohnung wohnen.

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 17 Wohnparteien in Normalwohnungen als Inhaber und Mitbenutzer von Kochgelegenheiten und ohne Kochgelegenheit
 (Wohnparteien überhaupt und heimatvertriebene Wohnparteien nach der Art der Kochgelegenheit)

Art der Wohnparteien	Zahl der Wohnparteien, die eine eigene Kochgelegenheit benutzen							Zahl der Wohnparteien, die Mitbenutzer einer Kochgelegenheit sind					Zahl der Wohn- parteien mit nur einer behelfs- mäßigen Koch- stelle	Zahl der Wohn- parteien ohne Koch- gelegen- heit	son- stige Wohn- parteien
	ins- gesamt	davon verfügen über eine						insgesamt		davon beteiligen sich an einer					
		voll ausgebaute Küche		voll ausgebaute Kochnische		Notküche		Zahl	darunter Wohn- parteien, die außer- dem noch eine behelfs- mäßige Koch- stelle haben	voll ausge- bauten Küche	voll ausge- bauten Koch- nische	Not- küche			
		allein	mit anderen Wohn- parteien zu- sammen	allein	mit anderen Wohn- parteien zu- sammen	allein	mit anderen Wohn- parteien zu- sammen								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Wohnparteien in Normal- wohnungen überhaupt darunter: heimatvertrie- bene Wohn- parteien															

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Wz 18 Wohnparteien als Wohnungsinhaber und Untermieter in Wohnungen nach der Zahl der Personen je Raum
 (Wohnparteien überhaupt und heimatvertriebene Wohnparteien nach der Wohndichte)

Art der Wohnparteien	Zahl der Wohnparteien mit Personen je bewohntem Raum						Gesamtzahl der Wohnparteien
	bis 3/4	über 3/4 bis 1 1/4	über 1 1/4 bis 2	über 2 bis 3	über 3 bis 4	mehr als 4	
	1	2	3	4	5	6	
Wohnungsinhaber in Wohnungen überhaupt Untermieter in Wohnungen überhaupt zusammen darunter: Wohnungsinhaber als einzige Wohnpartei in einer Wohnung heimatvertriebene Wohnungsinhaber heimatvertriebene Untermieter zusammen							

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 19 Bewohnte und leerstehende Wohnungen nach Mietverhältnissen mit den darin enthaltenen Räumen und Höhe des Mietaufkommens

(Das Mietaufkommen aus Hauptmietverträgen in Normal- und Notwohnungen)

Art der Wohnungen	Normal- und Notwohnungen insgesamt	von den Normal- und							
		Mietwohnungen			davon				
		Zahl	darin Räume	Miet-aufkommen in DM	reine Mietwohnungen			Dienst- und Werkwohnungen	
					Zahl	darin Räume	Miet-aufkommen in DM	Zahl	darin Räume
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Wohnungen mit Mietangaben insgesamt davon Normalwohnungen Notwohnungen Wohnungen ohne Mietangaben insgesamt davon Normalwohnungen Notwohnungen		Notwohnungen waren							
		davon					Eigentümer-wohnungen		sonstige Wohnungen
		Berufs- und Geschäfts-mietwohnungen			Stiftswohnungen			mietfreie Wohnungen	
		Zahl	darin Räume	Miet-aufkommen in DM	Zahl	darin Räume	Miet-aufkommen in DM	Zahl	darin Räume
		11	12	13	14	15	16	17	18
								19	20
								21	22

Aufgestellt für: Bund und Länder — beide auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Wz 4) —, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden.

Wz 20 Mietpreise für reine Mietwohnungen¹⁾ mit nur einem Hauptmieter

(Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten in Normalwohnungen nach Raumzahl und Ausstattung)

Wohnungen nach Baualter und Ausstattung	Reine Miet- wohnungen insgesamt		davon Wohnungen mit						usw. wie Spalte 7 u. 8 für Wohnungen mit 4 Räumen 5 „ 6 „ 7 „ 8 „ 9 „ 10 u. mehr Räumen
	Zahl der Woh- nungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	1 Raum		2 Räumen		3 Räumen		
			Zahl der Woh- nungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	Zahl der Woh- nungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	Zahl der Woh- nungen	Durch- schnitts- miete je Wohnung	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9 bis 22
Altbaumieten (vor 1. 7. 1918) a) ohne Bad, ohne Zentralheizung b) mit Bad, ohne Zentralheizung c) mit Bad, mit Zentralheizung Neubaumieten (zwischen 1. 7. 1918 und 1. 5. 1945) a) ohne Bad, ohne Zentralheizung b) mit Bad, ohne Zentralheizung c) mit Bad, mit Zentralheizung Nachkriegsmieten (nach 1. 5. 1945) a) ohne Bad, ohne Zentralheizung b) mit Bad, ohne Zentralheizung c) mit Bad, mit Zentralheizung									

1) Ohne Notwohnungen, ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen sowie ohne Wohnungen, die zwar Zentralheizung, aber kein Bad haben und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist.

¹⁾ Ohne Notwohnungen, ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen sowie ohne Wohnungen, die zwar Zentralheizung, aber kein Bad haben und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist.

Aufgestellt für: Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern nach Ländern.

Wz 21 Mietpreisstufen für reine Mietwohnungen¹⁾

(Reine Mietwohnungen nach der Raumzahl und nach Preisstufen für Altbau-, Neubau- und Nachkriegsmieten)

Wohnungen mit einer monatlichen Wohnungsmiete in DM	Reine Miet- wohnungen ins- gesamt	von den reinen Mietwohnungen sind Wohnungen mit Altbaumieten (vor 1. 7. 1918 festgesetzt)										usw. wie Spalte 2 bis 12 für Wohnungen mit Neubaumieten (zwischen 1. 7. 1918 und 1. 5. 1945 festgesetzt) Nachkriegsmieten (nach 1. 5. 1945 festgesetzt)	
		zu- sammen	davon mit Wohnräumen										
			1	2	3	4	5	6	7	8	9		10 und mehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13 bis 34
über 15 bis 15													
» 25 » 25													
» 35 » 35													
» 45 » 45													
» 60 » 60													
» 75 » 75													
» 90 » 90													
» 120 » 120													
» 150 » 150													
Wohnungen überhaupt													

1) Ohne Notwohnungen, ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegs- schäden ermäßigt ist.

¹⁾ Ohne Notwohnungen, ohne Keller- und Dachgeschoßwohnungen und ohne Wohnungen, deren Miete infolge Kriegsschäden ermäßigt ist.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern.

Übersicht

über das Tabellenprogramm der Arbeitsstättenzählung 1950

	Seite
Az 1 Die Arbeitsstätten ¹⁾ und die darin beschäftigten Personen	253
Az 2 Die in den Arbeitsstätten ¹⁾ beschäftigten Schwerbeschädigten und Knappschaftsvollrentner	253
Az 3 Nach dem 31. 12. 1944 gegründete Arbeitsstätten, die darin beschäftigten Personen sowie die aus Kriegs- oder Kriegsfolgegründen in der Bundesrepublik errichteten Ersatzarbeitsstätten nach Herkunftsgebieten	253
Az 4 Die Arbeitsstätten nach Größenklassen und die darin beschäftigten Heimatvertriebenen	254
Az 5 Die in den Arbeitsstätten ²⁾ beschäftigten Personen nach der Stellung im Betrieb	254
Az 6 Den Arbeitsstätten ³⁾ zur Verfügung stehende Kraftfahrzeuge (ohne gemietete)	255
Az 7 Die Arbeitsstätten des Einzelhandels nach Betriebsformen	255
Az 8 Die Arbeitsstätten des Großhandels und ihr Lagerraum	255
Az 9 Die Unternehmungen nach Rechtsformen und den Kapitalverhältnissen bei Kapitalgesellschaften	256
Az 10 Unternehmungen mit Beteiligung der öffentlichen Hand (Körperschaften des öffentlichen Rechts einschl. Bundesbahn und Bundespost)	256
Az 11 Die Unternehmungen nach Umsatzgrößenklassen	257
Az 12 Die Handwerksunternehmungen nach Umsatzgrößenklassen	257
Az 13 Die Unternehmungen des Einzelhandels, deren beschäftigte Personen und Umsatz nach Zahl der Zweigniederlassungen	257

Allgemeine Erläuterungen:

Arbeitsstätten = örtliche Einheiten (Erhebungs- und Bearbeitungseinheiten) (Tab. Az 1 bis 8)

Unternehmungen = Wirtschaftseinheiten (Bearbeitungseinheiten) (Tab. Az 9 bis 13)

Im Anschluß an die Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung wurde eine sehr differenzierte Auszählung der Arbeitsstätten nach Größenklassen und der Unternehmungen nach Größenklassen des Umsatzes durch das Statistische Bundesamt vorgenommen. Auf Grund dieses Materials wird eine besondere Veröffentlichung für Betriebe nach 50 und für Unternehmungen nach 60 Größenklassen erfolgen.

¹⁾ Einschließlich Öffentliche Verwaltung (Wirtschaftsgruppe 91), Deutsche Bundespost (81) und Deutsche Bundesbahn (82). — ²⁾ Einschließlich Deutsche Bundespost (81) und Deutsche Bundesbahn (82), ohne Öffentliche Verwaltung (91). — ³⁾ Einschließlich Öffentliche Verwaltung (91), Deutsche Bundespost (81) und Deutsche Bundesbahn (82), aber ohne Größenklassen.

Az 1 Die Arbeitsstätten¹⁾ und die darin beschäftigten Personen

Gesamtzahl der Arbeitsstätten	darunter Arbeitsstätten					Beschäftigte Personen in sämtlichen Arbeitsstätten (Sp. 1)		
	mit Heimatvertriebenen	des Handwerks ²⁾	mit nicht-handwerkli. Schwerpunkt ³⁾	mit Heimarbeitern		männlich	weiblich	insgesamt
				insgesamt	darunter Zwischenmeister-Arbeitsstätten			
1	2	3	4	5	6	7	8	9

darunter Heimatvertriebene			Beschäftigte Personen in Arbeitsstätten mit Schwerpunkt im Handwerk ³⁾ (Sp. 3)				Zahl der von den Arbeitsstätten (in Spalte 5) beschäftigten Heimarbeiter ⁴⁾		
männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	darunter Heimatvertriebene	männlich	weiblich	insgesamt
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

¹⁾ Einschl. Öffentliche Verwaltung (Wirtschaftsgruppe 91), Deutsche Bundespost (81) und Deutsche Bundesbahn (82). — ²⁾ Arbeitsstätten, die sich als Handwerk bezeichnet haben bzw. in die Handwerksrolle eingetragen sind, mit Schwerpunkt im Handwerk. — ³⁾ Nichthandwerkliche Arbeitsstätten, die mit einem Handwerksbetrieb kombiniert sind. — ⁴⁾ Heimarbeiter sind bei jeder Arbeitsstätte gezählt, für die sie tätig waren; diese Angaben enthalten daher Doppelzählungen.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke: bis Klassen; Stadtkreise, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Restkreise: bis Gruppen.

Az 2 Die in den Arbeitsstätten¹⁾ beschäftigten Schwerbeschädigten und Knappschaftsvollrentner

Gesamtzahl der Arbeitsstätten	darunter Arbeitsstätten mit Schwerbeschädigten und (oder) Knappschaftsvollrentnern	Zahl der darin beschäftigten Personen						
		männlich	weiblich	insgesamt	darunter Schwerbeschädigte			Knappschaftsvollrentner
					männlich	weiblich	insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9

¹⁾ Einschl. Öffentliche Verwaltung (Wirtschaftsgruppe 91), Deutsche Bundespost (81) und Deutsche Bundesbahn (82).

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke: bis Klassen; Kreise: bis Gruppen.

Az 3 Nach dem 31. 12. 1944 gegründete Arbeitsstätten, die darin beschäftigten Personen sowie die aus Kriegs- oder Kriegsfolgegründen in der Bundesrepublik errichteten Ersatzarbeitsstätten nach Herkunftsgebieten¹⁾

Zahl der		darunter nach dem 31. 12. 1944 in der Bundesrepublik errichtete Ersatz- arbeitsstätten ²⁾		Von den Arbeitsstätten (Spalte 3) bestanden vorher in (im):						
nach dem 31. 12. 1944 gegründeten Arbeitsstätten	darin beschäftigten Personen			einem Lande der Bundes- republik	Saarland	Groß-Berlin	der sowjet. Besatzungs- zone	Reichsgebiet östlich der Oder/Neiße- Linie (Stand: 31. 12. 1937)	Ausland ³⁾	
		Arbeits- stätten	beschäftigten Personen						insgesamt	darunter Tschecho- slowakei
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

¹⁾ Hier wurden nur Haupt- und Einzige Niederlassungen (keine Zweigniederlassungen) erfaßt. — ²⁾ Ersatzarbeitsstätten, die vorher nicht in der gleichen Gemeinde bestanden. — ³⁾ Einschl. Sudetenland, Memelland und Freistaat Danzig.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke: bis Zweige; Kreise: bis Gruppen.

Az 4 Die Arbeitsstätten nach Größenklassen und die darin beschäftigten Heimatvertriebenen

Gesamtzahl der			Arbeitsstätten mit Personen								
Arbeits- stätten	beschäf- tigten Personen	darunter Heimat- vertriebene	1		2 — 4			5 — 9			
			beschäftigte Personen = Arbeits- stätten	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäf- tigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäf- tigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Arbeitsstätten mit Personen											
10 — 19			20 — 49			50 — 99			100 — 199		
Arbeits- stätten	beschäf- tigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäf- tigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäf- tigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäf- tigte Personen	darunter Heimat- vertriebene
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Arbeitsstätten mit Personen											
200 — 499			500 — 999			1000 und mehr					
Arbeits- stätten	beschäftigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäftigte Personen	darunter Heimat- vertriebene	Arbeits- stätten	beschäftigte Personen	darunter Heimat- vertriebene			
24	25	26	27	28	29	30	31	32			

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke: bis Klassen.

Az 5 Die in den Arbeitsstätten¹⁾ beschäftigten Personen nach der Stellung im Betrieb

Beschäftigte Personen			davon								Arbeiter, (ohne	
			tätige Inhaber		mithelfende Familienangehörige (nichtsozialversicherungspflichtig)		Angestellte und Beamte im privaten und öffentlichen Dienst		insgesamt			
m.	w.	insges.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		

davon											
Gesellen, Gehilfen Nachwuchskräfte)						Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre					
davon						kaufmännische und technische (auch Verwaltungs-)		gewerbliche		Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre	
gelernte (Facharbeiter, Handwerks- gesellen usw.)		angelernte		ungelernte (Hilfsarbeiter)		Lehrlinge					
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23

¹⁾ Einschl. Deutsche Bundespost (Wirtschaftsgruppe 81) und Deutsche Bundesbahn (82), ohne Öffentliche Verwaltung (91).

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke: bis Klassen.

Az 6 Den Arbeitsstätten¹⁾ zur Verfügung stehende Kraftfahrzeuge (ohne gemietete)²⁾

Arbeitsstätten		Zur Verfügung stehende Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeug-Anhänger								
insgesamt	darunter mit Kraftfahrzeugen	Krafträder, auch mit Beiwagen	Personenkraftwagen	Omnibusse	Lastkraftwagen einschl. Lieferwagen		Zugmaschinen und Sattelzugmaschinen	sonstige Kraftfahrzeuge	Anhänger	
		Stück	Stück	Stück	Stück	Nutzlast in t	Stück	Stück	Stück	Nutzlast in t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Arbeitsstätten mit Personen		1) Einschl. Öffentliche Verwaltung (Wirtschaftsgruppe 91), Deutsche Bundespost (81) und Deutsche Bundesbahn (82), aber ohne Größenklassen. — 2) Fahrzeuge der Kraftfahrzeug-Vermieter sind bei diesen gezählt.								
1										
2 — 9										
10 — 49										
50 — 199										
200 — 499										
500 — 999										
1000 und mehr										

Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Gruppen.

Az 7 Die Arbeitsstätten des Einzelhandels nach Betriebsformen

Gesamtzahl der		davon					
		Ladengeschäfte ¹⁾		Etagengeschäfte		Handel in der Wohnung	
		Zahl		Zahl		Zahl	
Arbeitsstätten des Einzelhandels	beschäftigten Personen	Arbeits- stätten	beschäftigten Personen	Arbeits- stätten	beschäftigten Personen	Arbeits- stätten	beschäftigten Personen
1	2	3	4	5	6	7	8
sind							
Versandgeschäfte		Ambulanter Handel		ständige Straßenverkaufsstände		Handel ab Lager und sonstige	
der							
Arbeits- stätten	beschäftigten Personen	Arbeits- stätten	beschäftigten Personen	Arbeits- stätten	beschäftigten Personen	Arbeits- stätten	beschäftigten Personen
9	10	11	12	13	14	15	16

1) Einschl. der ständigen Straßenverkaufsstände mit Verkaufsraum.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke: bis Klassen.

Az 8 Die Arbeitsstätten des Großhandels und ihr Lagerraum

Gesamtzahl der		darunter Arbeitsstätten mit Lagerraum		
Arbeitsstätten des Großhandels	beschäftigten Personen	Zahl der		Fläche des Lagerraums in qm
		Arbeitsstätten	beschäftigten Personen	
1	2	3	4	5

Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Klassen.

Az 9 Die Unternehmungen nach Rechtsformen und den Kapitalverhältnissen bei Kapitalgesellschaften

Gesamtzahl der		darunter im Handelsregister eingetragen		Die Unternehmungen werden betrieben							
				von einer oder mehreren Personen (nicht o. H. G. u. K. G.)		als offene Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften		als Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Stammkapital in 1000 DM	in 1000 RM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Die Unternehmungen werden betrieben

als Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften
auf Aktien

insgesamt				darunter mit Umsatzangabe				
Unter- nehmungen	beschäftigte Personen	Grundkapital		Unter- nehmungen	beschäftigte Personen	Grundkapital		Umsatz in 1000 DM
		in 1000 DM	in 1000 RM			in 1000 DM	in 1000 RM	
13	14	15	16	17	18	19	20	21

Die Unternehmungen werden betrieben									Von den Unternehmungen der Spalten 5 u. 7 haben 50 vH und mehr heimatvertriebene Inhaber (Flüchtlingsbetriebe)	
als eingetragene Genossenschaften		unter einer sonstigen Rechtsform (z. B. eingetr. Verein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, bergrechtl. Gewerkschaft usw.)		von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts ¹⁾						
				insgesamt		darunter mit Umsatzangabe			Zahl der	
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigten Personen
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32

¹⁾ Wie Bund, Land, Gemeinde, Gemeindeverband, Zweckverband, Sozialversicherungsträger, öffentl.-rechtl. Religionsgemeinschaft, Sparkasse, sonstiges öffentl.-rechtl. Kreditinstitut usw., soweit nicht in privater Gesellschaftsform betrieben.

Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Zweige.

Az 10 Unternehmungen mit Beteiligung der öffentlichen Hand

(Körperschaften des öffentlichen Rechts, einschließlich Bundesbahn und Bundespost)

Beteiligung der öffentl. Hand an den Unternehmungen der Sp. 9 bis 25 der Tab. 9 (Körperschaften des öffentl. Rechts, einschl. B.-Bahn u. - Post)									
mit zusammen über 50 bis unter 100 vH					mit zusammen 100 vH				
insgesamt		darunter mit Umsatzangabe			insgesamt		darunter mit Umsatzangabe		
Unter- nehmungen	beschäftigte Personen	Unter- nehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unter- nehmungen	beschäftigte Personen	Unter- nehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

darunter sind

Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit

zusammen über 50 bis unter 100 vH				zusammen 100 vH			
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Stammkapital		Unternehmungen	beschäftigte Personen	Stammkapital	
		in 1000DM	in 1000RM			in 1000DM	in 1000RM
11	12	13	14	15	16	17	18

darunter sind

Aktiengesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien mit								eingetragene Genossenschaften mit			
zusammen über 50 bis unter 100 vH				zusammen 100 vH				zusammen über 50 bis unter 100 vH		zusammen 100 vH	
Unter- nehmungen	be- schäftigte Personen	Grundkapital in 1000DM	in 1000RM	Unter- nehmungen	be- schäftigte Personen	Grundkapital in 1000DM	in 1000RM	Unter- nehmungen	be- schäftigte Personen	Unter- nehmungen	be- schäftigte Personen
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30

Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Zweige.

Az 11 Die Unternehmungen nach Umsatzgrößenklassen

Gesamtzahl der Unternehmungen ¹⁾					Unternehmungen, die ihren Umsatz					
ohne		mit			bis unter 2000			2000 bis unter 4000		
Umsatzangabe		Umsatzangabe			Umsatzangabe			Umsatzangabe		
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

angegeben haben, mit Umsatz (in DM)

4000 bis unter 6000			6000 bis unter 8000		
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
12	13	14	15	16	17

usw. 8000 bis unter 10000
10000 bis unter 15000
15000 bis unter 20000
20000 bis unter 30000
30000 bis unter 50000
50000 bis unter 100000
100000 bis unter 250000
250000 bis unter 500000
500000 bis unter 1000000
1000000 bis unter 5000000
5000000 bis unter 10000000
10000000 bis unter 25000000
25000000 bis unter 100000000
100000000 und mehr

¹⁾ Die im Jahre 1950 errichteten Unternehmungen sind in dieser Tabelle nicht mitgezählt.
Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Klassen.

Az 12 Die Handwerksunternehmungen nach Umsatzgrößenklassen

Gesamtzahl der Unternehmungen ¹⁾					Unternehmungen, die ihren Umsatz					
ohne		mit			bis unter 2000			2000 bis unter 4000		
Umsatzangabe		Umsatzangabe			Umsatzangabe			Umsatzangabe		
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

angegeben haben, mit Umsatz (in DM)

4000 bis unter 6000			6000 bis unter 8000		
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
12	13	14	15	16	17

usw. 8000 bis unter 10000
10000 bis unter 15000
15000 bis unter 20000
20000 bis unter 30000
30000 bis unter 50000
50000 bis unter 100000
100000 bis unter 250000
250000 bis unter 500000
500000 und mehr

¹⁾ Die im Jahre 1950 errichteten Unternehmungen sind in dieser Tabelle nicht mitgezählt.
Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Klassen.

Az 13 Die Unternehmungen des Einzelhandels, deren Personen und Umsatz nach Zahl der Zweigniederlassungen

Gesamtzahl der Unternehmungen des Einzelhandels ¹⁾					davon									
ohne		mit			Unternehmungen ohne Zweigniederlassungen					Unternehmungen mit Zweigniederlassungen				
Umsatzangabe		Umsatzangabe			ohne		mit			1		mit		
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15

davon														
Unternehmungen mit Zweigniederlassungen														
2-3					4-10					11 u. mehr				
ohne		mit			ohne		mit			ohne		mit		
Umsatzangabe		Umsatzangabe			Umsatzangabe		Umsatzangabe			Umsatzangabe		Umsatzangabe		
Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Unternehmungen	beschäftigte Personen	Umsatz in 1000 DM
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30

¹⁾ Die im Jahre 1950 errichteten Unternehmungen sind in dieser Tabelle nicht mitgezählt.
Aufgestellt für: Bund und Länder: bis Klassen.

Übersicht

über das Tabellenprogramm der Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben

	Seite
Sz 1 Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach Gewerbearten und Erwerbstätigen	259
Sz 2a Die Erwerbstätigen der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach der Stellung im Betrieb	259
Sz 2b Fuhrpark der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe	260
Sz 3 Zahl und Verkehrsleistungen der Lastfahrzeuge der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach Gewerbe- und Fahrzeugarten	261
Sz 4 Die im Personenverkehr tätigen gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach der Art der erteilten Genehmigungen	261
Sz 5 Die zum Güterfernverkehr (einschließlich Möbelfernverkehr) zugelassenen gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach Alt- und Neuunternehmern	262
Sz 6 Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach dem Geschäftssitz am 1. 9. 1939 und die Neugründungen nach dem 1. 9. 1939	262
Sz 7 Zuordnung der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe zu den landesansässigen Unternehmungen	263
Sz 8 Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach der Zahl der Einzelunternehmungen, der Unternehmungen mit Zweigniederlassungen und der Zweigniederlassungen	263
Sz 9 Die Zahl der Erwerbstätigen und der Fuhrpark der gewerblichen Straßenverkehrsunternehmen	264
Sz 10 Die gewerblichen Straßenverkehrsunternehmen des Güterkraftverkehrs nach Anzahlklassen der Güterkraftfahrzeuge	264
Sz 11 Die Verkehrsleistungen der gewerblichen Straßenverkehrsunternehmen des Güterkraftverkehrs nach Einzelunternehmungen und Unternehmungen mit Zweigniederlassungen	264

Allgemeine Erläuterungen:

- Gewerbliche Straßenverkehrsbetriebe = Gemeindliche Betriebseinheiten (Tabellen Sz 1 bis 7)
- Gewerbliche Straßenverkehrsbetriebe = Landeszugehörige Betriebseinheiten (Tabelle Sz 8)
- Gewerbliche Straßenverkehrsunternehmen = Wirtschaftseinheiten (Tabellen Sz 9 bis 11)

Für die Veröffentlichung der Ergebnisse wurden die in den nachstehenden Aufbereitungstabellen angegebenen Gewerbearten — z. T. mit einigen Abweichungen — in »Gewerbebezweige« und »Gewerbeklassen« gegliedert (vgl.: Das Straßenverkehrsgewerbe nach Gewerbebezweigen und -klassen. In: Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 48, S. VII).

Sz 1 Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach Gewerbearten und Erwerbstätigen

Gebiet	Personenverkehr										
	kommunaler und gemischt- wirtschaftlicher Kraftomnibusverkehr		sonstiger Personenkraftwagen- verkehr		sonstiger Personenkraftwagen- verkehr und Kraftfahrunterricht		Personenfuhrwesen mit Zugtierbetrieb				
	Betriebe (B)	Erwerbs- tätige (E)	B	E	B	E	B	E			
	1	2	3	4	5	6	7	8			
Güterverkehr											
Güternahverkehr mit Kfz		Güter- fernverkehr mit Kfz		Lasten- beförderung mit Zugtier- betrieb		Güternahverkehr mit Kfz und Güter- fernverkehr mit Kfz		übrige Kombinationen innerhalb des Güterverkehrs		Güterverkehr und Personen- verkehr	
B	E	B	E	B	E	B	E	B	E	B	E
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Güterverkehr						Spedition/					
Güternahverkehr mit Kfz und Spedition		Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz und Spedition		übrige Kombinationen zwischen Güter- verkehr und Spedition / Lagerei		Spedition (auch mit Lagerei)		Möbelspedition, Möbeltransport			
B	E	B	E	B	E	B	E	B	E	B	E
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30		
Lagerei		Kraftfahrhilfsgewerbe				Nicht besonders genannte Kombinationen		Gewerblicher Straßenverkehr insgesamt (Sp. 1 bis 38)			
Lagerei- gewerbe		private Kraftfahrzeug- überwachung		Kraftfahr- unterricht							
B	E	B	E	B	E	B	E	B	E	B	E
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40		

Aufgestellt für: Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise.

Sz 2a Die Erwerbstätigen der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach der Stellung im Betrieb

Gewerbeart	Schlüsselnummer	Betriebe	Erwerbstätige			Von den Erwerbstätigen (Sp. 4) waren						Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre	Unter den Erwerbstätigen (Sp. 4) befanden sich		
			männl.	weibl.	insgesamt	tätige Inhaber, tätige Mitinhaber, Pächter	mithelfende Familienangehörige	Angestellte (ohne Lehrlinge, Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre)	Arbeiter, Gesellen, Gehilfen				Inhaber des Führerscheins Klasse 2	ausgebildete Kraftfahrzeughandwerker	
									Be- und Entladungspersonal	Kraftfahrer	Sonstige				
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Personenverkehr Kommunaler und gemischtwirtschaftlicher Kraftomnibusverkehr Sonstiger Personenkraftwagenverkehr Sonstiger Personenkraftwagenverkehr und Kraftfahrunterricht Personenfuhrwesen mit Zugtierbetrieb Güterverkehr Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen Lastenbeförderung mit Zugtierbetrieb Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz Übrige Kombinationen innerhalb des Güterverkehrs Güterverkehr und Personenverkehr Güternahverkehr mit Kfz und Spedition Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz und Spedition Übrige Kombinationen zwischen Güterverkehr und Spedition/Lagerei															

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Sz 2b Fuhrpark der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe

Gewerbeart	Schlüsselnummer	Betriebe insgesamt	Personenkraftfahrzeuge								Zugmaschinen									
			Kraft-räder		Personen-Kraftwagen		Kranken-kraftwagen (Spezial-fahrzeuge)		Kraft-omnibusse		insgesamt		davon mit einer Maschinenleistung							
													bis 25 PS		26 bis 60 PS		61 bis 90 PS		91 PS und mehr	
													Betriebe (B)	Fahrzeuge (F)	B	F	B	F	B	F
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Gewerbearten wie bei Sz 2 a																				

Lastkraftwagen und Kipper (Motorwagen)																	
ins- gesamt		davon															
		drei- rädriqe		andere mit einer Nutzlast													
				bis 999 kg		von 1000 kg bis 1999 kg		von 2000 kg bis 3999 kg		von 4000 kg bis 4999 kg		von 5000 kg bis 7499 kg		von 7500 kg und mehr			
				B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F
B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F		
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35		

Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung													
ins- gesamt		davon											
		ein- achsige		mehrachsige mit einer Nutzlast									
				bis 999 kg		von 1000 kg bis 2999 kg		von 3000 kg bis 4999 kg		von 5000 kg bis 6999 kg		von 7000 kg und mehr	
B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F
36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49

Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung										Kraftfahrzeug- anhänger zur Personen- beförderung	
davon											
Spezialanhänger								sonstige Kraftfahrzeug- anhänger zur Lastenbeförderung			
Sattelschlepper- anhänger		Möbelwagen- anhänger		Kraftstoff- kesselwagen- anhänger		Kühl- und Isolierwagen- anhänger					
B	F	B	F	B	F	B	F	B	F	B	F
50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61

Speziallastkraftwagen						Sonstige Lastkraftfahrzeuge		Zugtiere				Gespannfahrzeuge			
Möbelwägen (Motorwagen)		Kraftstoff-Kesselwagen (Motorwagen)		Kühl- und Isolierwagen (Motorwagen)				Pferde		sonstige Zugtiere		gewöhnliche Gespannfahrzeuge		Möbelwägen	
B	F	B	F	B	F	B	F	B	Zugtiere (Z)	B	Z	B	F	B	F
62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Sz 3 Zahl und Verkehrsleistungen der Lastfahrzeuge der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach Gewerbe- und Fahrzeugarten

Gewerbeart Fahrzeugart	Schlüssel- num- mer	Last- fahr- zeuge am 15. 5. 1951 ins- gesamt	darunter mit Angabe über Ver- kehrs- lei- stungen	Verkehrsleistungen der Lastfahrzeuge im Mai 1951									
				nach Entfernungsarten aufgegliedert						nicht nach Entfernungsarten aufgegliedert		zusammen	
				im Ortsverkehr		im sonstigen Nahverkehr		im Fernverkehr		zu- rück- gelegte km	be- förder- te Güter- menge in t	zu- rück- gelegte km	be- förder- te Güter- menge in t
				zurück- gelegte km	be- förder- te Güter- menge in t	zurück- gelegte km	be- förder- te Güter- menge in t	zurück- gelegte km	be- förder- te Güter- menge in t				
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Güternahverkehr mit Kraft- fahrzeugen Güterfernverkehr mit Kraft- fahrzeugen Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz Übrige Kombinationen innerhalb des Güter- verkehrs Güterverkehr und Personen- verkehr Güternahverkehr mit Kfz und Spedition Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz und Spedition Übrige Kombinationen zwischen Güterverkehr und Spedition/Lagerei Spedition (auch mit Lagerei) Möbelspedition, Möbel- transport Lagereigewerbe Nicht besonders genannte Kombinationen insgesamt jeweils für: Fahrzeugarten im einzelnen lt. Abschnitt D Ziffer I lfd. Nr. 6 bis 11 und 12b bis g des Fragebogens ¹⁾ Ferner: Lastfahrzeuge, deren Ver- kehrsleistungen nicht nach Fahrzeugarten auf- gegliedert sind Lastzüge mit einer Ge- samtnutzlast bis 14999 kg ²⁾ von 15 000 und mehr kg ³⁾ Lastfahrzeuge insgesamt ⁴⁾													

¹⁾ Abdruck des Fragebogens auf S. 209 ff. dieses Bandes. — ²⁾ Bei Zugmaschinen ohne Angaben in den Spalten 4, 6, 8, 10 und 12. — ³⁾ In den Spalten 1 und 2 jeweils Angaben über die Zahl der Lastzüge und die Gesamtzahl der Fahrzeuge. — ⁴⁾ Nur für die Spalten 4, 6, 8, 10 und 12.

¹⁾ Abdruck des Fragebogens auf S. 209 ff. dieses Bandes. — ²⁾ Bei Zugmaschinen ohne Angaben in den Spalten 4, 6, 8, 10 und 12. — ³⁾ In den Spalten 1 und 2 jeweils Angaben über die Zahl der Lastzüge und die Gesamtzahl der Fahrzeuge. — ⁴⁾ Nur für die Spalten 4, 6, 8, 10 und 12.

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke (letztere ohne Aufgliederung nach Gewerbearten).

Sz 4 Die im Personenverkehr tätigen gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach der Art der erteilten Genehmigungen

Gewerbeart	Schlüssel- num- mer	Betriebe insgesamt	darunter Betriebe mit einer oder mehr Geneh- migungen für die Beförderung von Personen zu Lande	Für die Beförderung von Personen zu Lande an die Betriebe in Spalte 2 erteilte Genehmigungen					
				für Linien- verkehr	für Gelegenheitsverkehr				zusammen (Spalte 3 bis 7)
					mit Droschken	mit Mietwagen	mit Ausflugs- wagen	mit Überland- wagen	
		1	2	3	4	5	6	7	8
Kommunaler und gemischtwirtschaftl. Kraft- omnibusverkehr									
Sonstiger Personenkraftwagenverkehr									
Sonstiger Pkw-Verkehr und Kraftfahrunter- richt									
Güterverkehr und Personenverkehr									
Nicht besonders genannte Kombinationen									
insgesamt									

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Sz 5 Die zum Güterfernverkehr (einschl. Möbelfernverkehr) zugelassenen gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach Alt- und Neuunternehmern

Gewerbeart	Schlüsselnummer	davon hatten nach dem Gesetz über den Güterfernverkehr vom 26. 6. 1935	
		Betriebe mit einer Genehmigung nach dem Güterfernverkehrs-Änderungsgesetz vom 2.9.1949	keine Genehmigung: Alt- und Neuunternehmer
		1	2
Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen			
Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz			
Übrige Kombinationen innerhalb des Güterverkehrs			
Güterverkehr und Personenverkehr			
Güternahverkehr mit Kfz und Güterfernverkehr mit Kfz und Spedition			
Übrige Kombinationen zwischen Güterverkehr und Spedition/Lagerei (ausgen. Güternahverkehr und Spedition)			
Möbelspedition, Möbeltransport			
Nicht besonders genannte Kombinationen			
insgesamt			

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Sz 6 Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach dem Geschäftssitz am 1. September 1939 und die Neugründungen nach dem 1. September 1939

Gewerbeart — Betriebs- größenklasse (nach der Zahl der Beschäftigten)	Betriebe am 15.5.1951 ins- gesamt	darunter mit Angaben über Grün- dungs- zeit und Ge- schäfts- sitz am 1.9.1939 (Sp. 3 und 13)	davon sind gegründet worden											nach dem 1.9.1939
			am 1. 9. 1939 und vorher											
			davon waren											
			ins- gesamt (Sp. 4 bis 11)	Betriebe mit verändertem Geschäftssitz										
				Betriebe mit unver- ändertem Geschäfts- sitz (Betriebe, die am 15. 5. 1951 den gleichen Geschäfts- sitz hatten wie am 1. 9. 1939)	Betriebe, die am 15. 5. 1951 inner- halb der Bundes- republik Deutsch- land einen andern Ge- schäfts- sitz hatten als am 1. 9. 1939	Betriebe, die am 1. 9. 1939 ihren Geschäftssitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland hatten, und zwar								
					im Saar- gebiet	in West- Berlin	in der sowjeti- schen Be- satzungs- zone	in Ost- Berlin	in deutschen Gebieten ostwärts der Oder/ Neiße (Stand 31. 12. 1937)	im Ausland				
										ins- gesamt	darunter Tschecho- slowakei			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Personenverkehr														
Güterverkehr														
Spedition/Lagerei														
Kraftfahrhilfsgewerbe														
Kombinationen zwischen den obigen Gewerbearten														
Gewerblicher Straßenverkehr ins- gesamt														
jeweils für:														
Betriebe mit 1 Person														
2 bis 3 Personen														
4 „ 6 Personen														
7 „ 9 Personen														
10 „ 19 Personen														
20 und mehr Personen														
insgesamt														

Aufgestellt für: Bund, Länder und Regierungsbezirke.

Sz 7 Zuordnung der gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe zu den landesansässigen Unternehmen

Gewerbeart	Schlüsselnummer	Landesansässige Straßenverkehrsbetriebe insgesamt	insgesamt	im Berichtslande landes- zugehörige Zweignieder- lassungen	darunter sind landesansässige Zweigniederlassungen													
					davon gehören zu einer Hauptniederlassung													
					außerhalb des Berichtslandes (nicht landeszugehörige Zweigniederlassungen) und zwar in (im)													
					Sch	H	Hmb	Ndsa	NrhW	Brm	Hess	WttB	Bay	RhPf	Ba	Wtt H einschl. Krs. Lindau		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
Gewerbearten wie bei Sz 2 a																		
darunter sind landesansässige Zweigniederlassungen										Nicht landesansässige, aber landeszugehörige Zweigniederlassungen								
davon gehören zu einer Hauptniederlassung										davon haben ihren Geschäftssitz in								
außerhalb des Berichtslandes (nicht landeszugehörige Zweigniederlassungen) und zwar in (im)										insgesamt	SchH	Hmb	Ndsa	NrhW	Brm			
Bln (W)	Bundes- gebiet und Bln (W) insgesamt (Spalte 4 bis 15)	Bln (O) und der SBZ	Dt.Geb. ostw. d. Od/Nei	Saar- land	Aus- land	Gebieten außerhalb des Bundes- gebietes und Bln (W) insgesamt (Spalte 17 bis 20)	außerhalb des Berichts- landes (nicht landes- zugehörige Zweig- nieder- lassungen) insgesamt											
15	16	17	18	19	20	21	22											
								23	24	25	26	27	28					
Nicht landesansässige, aber landeszugehörige Zweigniederlassungen								Landes- zugehörige Zweig- nieder- lassungen insgesamt (Sp. 3 plus 23)	Die Zahl der landeszu- gehörigen Zweignieder- lassungen (Sp. 36) ist gegenüber derjenigen der landesansässigen Zweig- niederlassungen (Sp. 2) um Betriebe		Landes- zugehörige Straßen- verkehrs- betriebe insgesamt (Sp. 1 plus Sp. 37 oder minus Sp. 38)	Landes- ansässige Unter- nehmungen (Sp. 39 minus Sp. 36)						
davon haben ihren Geschäftssitz in							größer		kleiner									
Hess	WttB	Bay	RhPf	Ba	WttH einschl. Krs. Lindau	Bln (W)												
29	30	31	32	33	34	35				36			37	38	39	40		

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Sz 8 Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe nach der Zahl der Einzelunternehmen, der Unternehmen mit Zweigniederlassungen und der Zweigniederlassungen¹⁾

mit Zweigniederlassungen und der Zweigniederlassungen																		
Gewerbeart	Schlüsselnummer	Landesansässige Unternehmen insgesamt	davon sind		Die Unternehmungen in Spalte 3 besitzen landeszugehörige Zweigniederlassungen											Landeszugehörige Zweigniederlassungen insgesamt	Landeszugehörige Straßenverkehrsbetriebe insgesamt (Sp. 2 + 3 + 16)	
			Einzelunternehmen	Unternehmungen mit Zweigniederlassungen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 bis 15	16 bis 20			21 und mehr
					1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			12
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Gewerbearten wie bei Sz 2 a		*) Ohne die Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung außerhalb des Bundesgebietes und außerhalb West-Berlins liegt.																

¹⁾ Ohne die Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung außerhalb des Bundesgebietes und außerhalb West-Berlins liegt.

Aufgestellt für: Bund und Länder.


Sz 9 Die Zahl der Erwerbstätigen und der Fuhrpark der gewerblichen Straßenverkehrsunternehmen¹⁾

Gewerbeart	Schlüsselnummer	Erwerbstätige				Fuhrpark								
		der				Kraftträder (D I. 1) ^{a)}				Personenkraftwagen (einschl. Krankenkraftwagen) (D I. 2 bis 3) ^{a)}				
		Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen		der Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen		der Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen		
		Unternehmungen	Erwerbstätige	Unternehmungen	Erwerbstätige	Unternehmungen	Fahrzeuge	Unternehmungen	Fahrzeuge	Unternehmungen	Fahrzeuge	Unternehmungen	Fahrzeuge	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Gewerbearten wie bei Sz 2 a														
Fuhrpark														
Kraftomnibusse (D I. 4) ^{a)}				usw. Spalten 17 bis 40 wie Spalten 13 bis 16 für: Kfz-Anhänger zur Personenbeförderung (DI. 5) ^{a)} , Zugmaschinen (DI. 6) ^{a)} , Lastkraftwagen (einschl. Sonderfahrzeuge) (DI. 7 bis 11) ^{a)} , Kfz-Anhänger zur Lastenbeförderung (einschl. Spezialanhänger) (DI. 12) ^{a)} , Zugtiere (DII.) ^{a)} , Gespannfahrzeuge (DIII.) ^{a)} .										
der														
Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen												
Unternehmungen	Fahrzeuge	Unternehmungen	Fahrzeuge											
	13	14	15	16										

¹⁾ Ohne die Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung außerhalb des Bundesgebietes und außerhalb West-Berlins liegt. — ²⁾ Abschnitt, Ziffer und lfd. Nr. des Fragebogens. — ³⁾ Abschnitt und Ziffer des Fragebogens. — ⁴⁾ Statt »Fahrzeuge« heißt es hier in den Spalten 34 und 36: »Zugtiere«.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Sz 10 Die gewerblichen Straßenverkehrsunternehmen des Güterkraftverkehrs¹⁾ nach Anzahlklassen der Güterkraftfahrzeuge²⁾

Gewerbeart	 Schlüsselnummer	Unternehmungen insgesamt	darunter Unternehmungen mit Güterkraftfahrzeugen	davon besitzen Güterkraftfahrzeuge														
				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11 bis 15	16 bis 20	21 bis 50	50 und mehr	
				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Gewerbearten wie bei Sz 3																		

¹⁾ Ohne die Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung außerhalb des Bundesgebietes und außerhalb West-Berlins liegt. — ²⁾ Abschnitt D, Ziff. I, lfd. Nr. 6 bis 11 des Fragebogens: Zugmaschinen, Lastkraftwagen, Kipper (Motorwagen), Sonderfahrzeuge.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Sz 11 Die Verkehrsleistungen der gewerblichen Straßenverkehrsunternehmen des Güterkraftverkehrs nach Einzelunternehmungen und Unternehmungen mit Zweigniederlassungen¹⁾

Gewerbeart	Schlüsselnummer	Im Mai 1951 beförderte Gütermengen															
		insgesamt				davon											
		durch				im Ortsverkehr				im sonstigen Nahverkehr				im Fernverkehr			
		Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen		durch Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen		durch Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen		durch Einzelunternehmungen		Unternehmungen mit Zweigniederlassungen	
		Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t	Zahl der Unternehmungen	beförderte Gütermenge in t
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Gewerbearten wie bei Sz 3																	

¹⁾ Ohne die Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung außerhalb des Bundesgebietes und außerhalb West-Berlins liegt.

Aufgestellt für: Bund und Länder.

Übersicht

über das Tabellenprogramm der Untermietennacherhebung 1951

	Seite
Tabellengruppe I Untermietparteien nach der Zahl der Personen und der Zahl der gemieteten Räume (Summe der Untermieten und der gemieteten Räume der Untermietparteien in Miet- und Eigentümerwohnungen)	266
Tabellengruppe II Untermietparteien nach der Zahl der Personen und der Art der in Anspruch genommenen Leistungen (Summe der Untermieten und der gemieteten Räume der Untermietparteien in Miet- und Eigentümerwohnungen)	
Teil 1 bis 3	266
Tabellengruppe III Wohnungen nach der Zahl der darin wohnenden Untermietparteien und der Zahl der untervermieteten Räume	
Teil A: Mietwohnungen, Teil B: Eigentümerwohnungen	267

Allgemeine Erläuterungen:

In den nachstehenden Tabellen werden verwendet:

Gemeindegrößenklassen:

0 =		unter	1 000	Einwohner
1 =	1 000 bis	»	2 000	»
2 =	2 000 »	»	5 000	»
3 =	5 000 »	»	10 000	»
4 =	10 000 »	»	20 000	»
5 =	20 000 »	»	50 000	»
6 =	50 000 »	»	100 000	»
7 =	100 000 »	»	200 000	»
8 =	200 000 »	»	500 000	»
9 =	500 000 und mehr Einwohner			

Leistungsgruppen und Leistungen:

0 = Keine Inanspruchnahme von Leistungen

I = Nutzung von Vermieterkapital

- a) Möblierung
- b) Bettwäsche
- c) Sonstige Wäsche
- d) Küchenmitbenutzung
- e) Badmitbenutzung
- f) Zimmermitbenutzung
- g) Keller- und Dachbodenanteil

II = Leistungen der öffentlichen Hand

- h) Strom
- i) Gas
- j) Wasser
- k) Sonstige öffentliche Gebühren

III = Persönliche Dienstleistungen des Vermieters

- l) Reinemachen
- m) Heizen
- n) Wäschewaschen
- o) Wäscheinstandhalten
- p) Sonstige Bedienung

IV = Gestellung von Material durch den Vermieter

- q) Morgengetränk
- r) Frühstück
- s) Mittagessen
- t) Abendbrot
- u) Heizung

Tabellengruppe I Untermietparteien nach der Zahl der Personen und der Zahl der gemieteten Räume
(Summe der Untermieten und der gemieteten Räume der Untermietparteien in Miet- und Eigentümerwohnungen)

Untermietparteien	In allen Gemeindegrößenklassen ¹⁾ zusammen				davon in Gemeindegrößenklassen ¹⁾ 0 (unter 1000 Einwohnern)				usw. Sp. 13 bis 44 für die Ge- meindegrößen- klassen 1 bis 9 im einzelnen ¹⁾
	Zahl der Untermiet- parteien	Zahl der Personen	Summe der Unter- mieten DM	Summe der gemieteten Räume	Zahl der Untermiet- parteien	Zahl der Personen	Summe der Unter- mieten DM	Summe der gemieteten Räume	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Untermietparteien überhaupt									
davon:									
in Altbauwohnungen									
• Neubauwohnungen									
• Neubauwohnungen									
• Mietwohnungen zusammen									
• Eigentümerwohnungen zusammen									
mit 1 Person									
• 2 Personen									
• 3 Personen									
• 4 und mehr Personen									
• 1/2 Raum									
• 1 Raum									
• 2 Räumen									
• 3 und mehr Räumen									

¹⁾ Eine Erläuterung der Gemeindegrößenklassen befindet sich im Anschluß an die Übersicht auf S. 265.

Für: a) Alle Untermietparteien,

b) Heimatvertriebene;

jeweils für:

1. Untermietparteien in Leerräumen mit und ohne Keller- und Dachbodenanteil, aber ohne sonstige Leistungen,
2. Untermietparteien in Leerräumen mit sonstigen Leistungen,
3. Untermietparteien in möblierten Räumen mit und ohne Keller- und Dachbodenanteil, aber ohne sonstige Leistungen,
4. Untermietparteien in möblierten Räumen mit sonstigen Leistungen,
5. Untermietparteien insgesamt.

Aufgestellt für: Bund und Länder sowie — nur für Untermietparteien insgesamt — Summe der Stadtkreise und Summe der Landkreise.

Tabellengruppe II Untermietparteien nach der Zahl der Personen und der Art der in Anspruch genommenen Leistungen
(Summe der Untermieten und der gemieteten Räume der Untermietparteien in Miet- und Eigentümerwohnungen)

Teil 1

Untermietparteien	Untermietparteien insgesamt			darunter Untermietparteien mit Inanspruchnahme folgender Leistungsgruppen ¹⁾														
	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	0			I			II			III			IV		
				Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

Teil 2

darunter Untermietparteien mit Inanspruchnahme folgender Kombinationen von Leistungsgruppen																	
I/II			I/III			I/IV			II/III			II/IV			III/IV		
Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36

Teil 3

darunter Untermietparteien mit Inanspruchnahme folgender Kombinationen von Leistungsgruppen ¹⁾														
I/II/III			I/II/IV			I/III/IV			II/III/IV			I/II/III/IV		
Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume	Zahl der Unter- miet- par- teien	Sum- me der Unter- mieten DM	Sum- me der gemie- teten Räume
37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51

¹⁾ Eine Aufstellung der einzelnen Leistungsgruppen und Leistungen enthalten die „Allgemeinen Erläuterungen“ der Übersicht auf S. 265. — ²⁾ Die Spalten „Summe der Untermieten DM“ und „Summe der gemieteten Räume“ bleiben hier leer.

Aufgestellt für: Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Tabellengruppe I) — und Länder.

Tabellengruppe III Wohnungen nach der Zahl der darin wohnenden Untermietparteien und der Zahl der untervermieteten Räume

A. Mietwohnungen

Wohnungen	Wohnungen	mit Wohnräumen		Summe der von den Vermietern gezahlten Wohnungsmieten DM	Summe der von den Untermietern gezahlten Untermieten DM	Von der Gesamtzahl der Wohnungen waren Wohnungen mit ... untervermieteten Räumen											
		insgesamt	davon untervermietet			1/2			1			2			3 und mehr		
						Zahl der Wohnungen	Summe der Wohnungsmieten DM	Summe der Untermieten DM	Zahl der Wohnungen	Summe der Wohnungsmieten DM	Summe der Untermieten DM	Zahl der Wohnungen	Summe der Wohnungsmieten DM	Summe der Untermieten DM	Zahl der Wohnungen	Summe der Wohnungsmieten DM	Summe der Untermieten DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
Wohnungen mit Altbaumieten																	
Wohnungen mit Neubaumieten																	
Wohnungen mit Neustbaumieten																	
Wohnungen insgesamt																	
jeweils:																	
mit 1 Untermietpartei																	
mit 2 Untermietparteien																	
mit 3 u. mehr {Wohnungen U-Parteien {U-Parteien ¹⁾																	
Wohnungen überhaupt {Wohnungen U-Parteien ¹⁾																	
Für: a) Mietwohnungen mit 1 bis 3 Räumen, b) Mietwohnungen mit 4 bis 5 Räumen, c) Mietwohnungen mit 6 und mehr Räumen, d) Mietwohnungen insgesamt, e) Eigentümer- ²⁾ und Mietwohnungen ³⁾ ; jeweils: ohne Inanspruchnahme von Leistungen ⁴⁾ durch die Untermieter, mit Inanspruchnahme von Leistungen ⁴⁾ durch die Untermieter.																	
¹⁾ Nur für die Spalten 1, 6, 9, 12 und 15. — ²⁾ Aus Tabellengruppe III, Teil B: Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Die Spalten 4, 7, 10, 13 und 16 bleiben leer. — ⁴⁾ Eine Aufstellung der einzelnen Leistungsgruppen und Leistungen enthalten die »Allgemeinen Erläuterungen« der Übersicht auf S. 265.																	

Aufgestellt für: Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Tabellengruppen I) — und Länder.

Tabellengruppe III Wohnungen nach der Zahl der darin wohnenden Untermietparteien und der Zahl der untervermieteten Räume

B. Eigentümerwohnungen

Wohnungen mit ... Untermietparteien	Wohnungen	mit Wohnräumen		Summe der von den Unter- mietern gezahlten Unter- mieten DM	Von der Gesamtzahl der Wohnungen waren Wohnungen mit ... untervermieteten Räumen							
		ins- gesamt	davon unter- ver- mietet		1/2		1		2		3 und mehr	
					Zahl der Woh- nungen	Summe der Unter- mieten DM	Zahl der Woh- nungen	Summe der Unter- mieten DM	Zahl der Woh- nungen	Summe der Unter- mieten DM	Zahl der Woh- nungen	Summe der Unter- mieten DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Wohnungen mit 1 bis 3 Räumen												
Wohnungen mit 4 bis 5 Räumen												
Wohnungen mit 6 und mehr Räumen												
Wohnungen insgesamt												
jeweils:												
mit 1 Untermietpartei												
mit 2 Untermietparteien												
mit 3 und mehr												
U-Parteien												
Wohnungen												
überhaupt												

Für: a) Ohne Inanspruchnahme von Leistungen²⁾ durch die Untermieter,
b) Mit Inanspruchnahme von Leistungen²⁾ durch die Untermieter.

¹⁾ Nur für die Spalten 1, 5, 7, 9 und 11. — ²⁾ Eine Aufstellung der einzelnen Leistungsgruppen und Leistungen enthalten die »Allgemeinen Erläuterungen« der Übersicht auf S. 265.

Aufgestellt für: Bund — auch nach Gemeindegrößenklassen (wie bei Tabellengruppe I) — und Länder.

**Systematische Übersicht über den Schlüssel für den Wohnort
am 1. 9. 1939**

Kennziffer	Gebiet	Kennziffer	Gebiet
	Deutschland		Europäisches und sonstiges Ausland
11	Schleswig-Holstein	60	Schweiz
12	Hamburg	61	Osterreich
13	Niedersachsen	62	Tschechoslowakei
14	Nordrhein-Westfalen	63	Polen
15	Bremen	64	Sowjet-Union
16	Hessen	65	ehemalige baltische Staaten
17	Württemberg-Baden	66	früheres Memelland
18	Bayern	67	früherer Freistaat Danzig
21	Rheinland-Pfalz	68	Ungarn
22	Baden	69	Jugoslawien
23	Württemberg-Hohenzollern	70	Rumänien
24	Lindau	71	Italien mit San Marino und Vatikanstadt
30	Berlin	72	übriges Süd- und Süd-Ost-Europa
41	Mecklenburg (einschl. Pommern westlich der Oder)	73	Frankreich
42	Brandenburg (westlich der Oder)	74	Belgien
43	Sachsen-Anhalt	75	Niederlande
44	Sachsen (einschl. Schlesien westlich der Neiße)	76	Luxemburg
45	Thüringen	77	Großbritannien
		78	Dänemark und Island
		79	übriges Nord- und Nord-West-Europa
	Übriges deutsches Reichsgebiet nach dem Stand vom 31. 12. 1937	81	China und Japan
		82	übriges Asien
50	Schlesien (ostwärts der Oder-Neiße-Linie) Reg.-Bez. Breslau	85	Vereinigte Staaten von Amerika
51	Schlesien, einschl. Landkreis Zittau (ostwärts der Oder-Neiße-Linie) Reg.-Bez. Liegnitz	86	Kanada
52	Schlesien (ostwärts der Oder-Neiße-Linie) Reg.-Bez. Oppeln	87	Brasilien
53	Brandenburg (ostwärts der Oder-Neiße-Linie) Reg.-Bez. Frankfurt	88	Argentinien
54	Pommern (ostwärts der Oder-Neiße-Linie) Reg.-Bez. Stettin	89	übrige amerikanische Länder
55	Pommern (ostwärts der Oder-Neiße-Linie) Reg.-Bez. Köslin und Grenzmark Posen- Westpreußen	91	Südafrikanische Union
56	Ostpreußen, Reg.-Bez. Königsberg	92	übriges Afrika
57	Ostpreußen, Reg.-Bez. Gumbinnen	95	Australien
58	Ostpreußen, Reg.-Bez. Allenstein und West- preußen	96	Ozeanien
59	Saargebiet	99	Ungeklärt und ohne Angabe

Systematisches Verzeichnis der Anstalten

1. Beherbergungsbetriebe (Gasthöfe, Hotels usw., Erholungsheime)
2. Wohnheime (Ledigenheime, Stifte, Gemeinschaftsunterkünfte für Arbeiter)
3. Anstalten der Invaliden- und Altersfürsorge
4. Anstalten für Erziehung und Unterricht, Waisenhäuser
5. Anstalten für religiöse Zwecke
6. Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten
7. Straf-, Besserungs-, Verwahrungsanstalten
8. Sonstige Anstalten
9. Massenunterkünfte: Flüchtlings-, Umsiedlerlager usw.
10. Sonstige Massenunterkünfte

1. Beherbergungsbetriebe

Erholungsheim (mit Beherbergung)	Herberge
Ferienheim	Hospiz
Fremdenheim	Hotel
Gasthaus (mit Beherbergung)	Logierhaus
Gesellenhaus (mit Beherbergung)	Pension (für Beherbergung)
	Seemannsheim (mit Beherbergung)
	Übernachtungsheim

2. Wohnheime

Arbeiterwohnheim	Schwesternheim
Frauenwohnheim	Seemannsheim (Wohnheim)
Jugendwohnheim	Stift (Wohnheim)
Ledigenheim	Wohnheim
Priesterheim	

3. Anstalten für Invaliden- und Altersfürsorge

Altersheim	Krüppelheim
Armenhaus	Rentnerheim
Blindenheim	Siechenhaus
Bürgerhospital	Spital (wenn nicht Krankenhaus)
Invalidenhaus	Stift (Altersheim)
Kriegsversehrtenheim	

4. Anstalten für Erziehung und Unterricht, Waisenhäuser

Alumnat	Pädagogium
Blinden-Unterrichtsanstalt	Pensionat
Hebammen-Lehranstalt	Rettungshaus
Internat	Seminar
Kinderheim	Sportschule
Konvikt	Steuermann-Schule
Landschulheim	Taubstummen-Anstalt
Lehr- und Versuchsanstalt	Waisenhaus

5. Anstalten für religiöse Zwecke

Abtei	Ordensniederlassung
Heim der Heilsarmee	Priorat
Kloster	Schwesternhaus
Mutterhaus (wenn nicht Krankenhaus)	

6. Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten

Charité	Krankenhaus
Entbindungsheim	Kuranstalt (Sanatorium)
Heil- und Pflegeanstalt	Lazarett
Hospital (wenn Krankenhaus)	Sanatorium
Irrenanstalt	Spital (wenn Krankenhaus)
Klinik	Wasserheilanstalt
	Wöchnerinnenheim

7. Straf-, Besserungs-, Verwahrungsanstalten

Arbeitshaus	Korrekptionsanstalt
Fürsorgeanstalt	Sicherungsanstalt
Gefängnis	Zuchthaus
Interniertenlager	

8. Sonstige Anstalten

Polizeikaserne	Polizeiunterkunft
Polizeischule	Schiffe

9. Massenunterkünfte: Flüchtlings-, Umsiedlerlager usw.

Ausländerlager	Flüchtlingslager
Auswandererlager	Heimkehrerlager
Flüchtlingsdurchgangslager	Umsiedlerlager

10. Sonstige Massenunterkünfte

Arbeiterlager	Quarantäneanstalt
Bahnhofsmmission	Zigeunerlager
Innere Mission	Zirkus
Obdachlosenasyll	

Systematisches Religionsverzeichnis

Systematische Ordnung der Kirchen, Religionsgesellschaften und religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften

A. Evangelische Christen

- Evangelische Kirche in Deutschland
 - Evangelisches Bekenntnis
 - Landeskirchen
 - Landeskirchliche Gemeinden
 - Innerlandeskirchliche Gemeinschaften
 - Missionsverbände
 - Kirchenpolitische Gruppen
 - Bund evangelisch-reformierter Gemeinden Deutschlands
 - Evangelische Brüderunität
 - Gemeinden ausländischer Herkunft:
 - Armenische, Böhmisches, Dänische, Englische, Französische und Wallonische, Griechische, Italienische, Niederländische, Norwegische, Polnische, Russische, Schwedische, Schweizerische, Spanische, Türkische
- Freikirchliche Evangelische Gemeinden
 - Separierte Lutheraner und Reformierte
 - Lutherische Freikirchen
 - Reformierte freie Gemeinden
 - Ältere Täufer und Spiritualisten
 - Vereinigung der deutschen Mennonitengemeinden
 - Schwenckfelder, Quäker, Inspirierte
 - Ältere Evangelisationsgemeinschaften
 - Methodistenkirche
 - Heilsarmee
 - Evangelische Gemeinschaft
 - Neuere Täufer und Bibelchristen
 - Bund freier evangelischer Gemeinden
 - Bund evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in Deutschland
 - Evangelisch-Freikirchliche, Baptisten, Christliche Versammlung, Brüder, Elimgemeinden, Christliche Dissidenten
 - Andere biblizistische Gemeinden
 - Bibelchristen, Alttestamentliche Christen, Urchristen, Jünger Christi, Gemeinden Christi
 - Chiliasmatische Christen
 - Templer
 - Apostolische Gemeinden
 - Apostolische, Katholisch Apostolische, Neuaustolische
 - Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage
 - Adventisten
 - Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher
 - Bibelforscher, Jehovas Zeugen, Kirche des Reiches Gottes und verwandte Gruppen
 - Pfingst- und Heiligungsbewegung der Gegenwart
 - Pfingstbewegung
 - Pfingstgemeinden, Gemeinschaft des vierfachen Evangeliums, Christliche Glaubensgemeinschaft
 - Heiligungsbewegung
 - Nazarener, Philadelphia-Gemeinden, Kinder Gottes und verwandte Gemeinschaften, Gemeinschaft wahrer Christen und verwandte, andere Heiligungsgemeinschaften

Rationalistisch-humanitäre und okkultistische Christen

- Rationalistische und humanitäre Gemeinschaften
 - Unitarier und Universalisten, Freimaurer, Freiprotestanten, Christl. Wissenschaft, Christlich-Germanische
- Theosophische und okkultistische Christen
 - Swedenborgianer und Rosenkreuzer, Neusalemslicht und verwandte Gruppen, Hirt und Herde, Lorenzianer, Weißenberger,
 - Christengemeinschaft (Rittelmeyer-Anhänger)
- Evangelisch-Freigeistige
- Freikirchliche ohne nähere Bezeichnung

B. Katholische Christen

- Römisch-Katholische Kirche
 - Lateinischer Ritus
 - Unierte Riten
- Romfreie katholische Kirchen
 - Abendländische romfreie katholische Kirchen
 - Katholische Kirchen in der Utrechter Union (Alt-katholische Kirchen, Polnisch-katholische Nationalkirche), Liberal-katholische Kirche, Tschechoslowakische Kirchen, Mariaviten, Reformkatholiken
 - Morgenländisch-katholische Kirchen
 - Ostchristen ohne nähere Bezeichnung, Griechen, Armenier, Russen, Andere Nationalkirchen, Schismatiker

C. Nichtchristliche Religionen

- Jüdische Religionsgemeinschaft
- Andere Volks- und Weltreligionen
 - Mohammedaner
 - Buddhisten
 - Parsen
 - Hindus
 - Chinesen
 - Japaner
 - Primitive

D. Freireligiöse und Freidenker

- Freireligiöse und Freidenker
 - Freireligiöse Gemeinden (deutsch-katholischer Herkunft)
 - Religiöse in philosophischen Verbänden
 - Deutschgläubige
 - Freidenker
 - Theosophen und Antroposophen
 - Spiritisten und Okkultisten
 - Gottgläubige
 - Eigenes Bekenntnis
 - Ohne Bekenntnis

E. Ohne Angabe

Liste der Berufe in systematischer Ordnung

Berufs-				Bezeichnung	Berufs-				Bezeichnung
abteilg.	gruppe	ordnung	nummer		abteilg.	gruppe	ordnung	nummer	
1	11	111/2		Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	22				Steingewinner u.-verarbeiter, Keramiker
				Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer					Natursteingewinner und -verarbeiter
				Landwirtschaftliche Berufe					Steinbrecher
			1111	Landwirt				2211	Steinmetz, Steinbildhauer
			1112	Landwirt und Gastwirt				2216	Sonstige Natursteingewinner u.
			1113	Landwirt und Kaufmann				2219	-verarbeiter
			1114	Landwirt und Winzer					
			1116	Saatzüchter, Pflanzenzüchter			223	2231	Edelsteinbearbeiter, auch Halbedelsteinbearbeiter
			1117	Winzer, Weinbautechniker			224	2241	Erdengewinner
			1121	Landarbeiter			225	2251	Stein- und Erdenaufbereiter
			1122	Landwirtschaftliches Gesinde			226	2261	Formsteinhersteller
			1123	Landkraftführer			227		Branntsteinhersteller
			1129	Sonstige landwirtschaftl. Berufe				2271	Ziegler
	113/4			Tierzüchter und zugehörige Berufe		228		2279	Sonstige Branntsteinhersteller
			1131	Tierzüchter					Keramiker
			1133	Melker, Melkwart				2281	Töpfer (nicht Ofensetzer)
			1136	Schäfer				2282	Keramformer
			1138	Schweinewärter, -mäster				2285	Keramaler
			1141	Geflügelzüchter				2287	Kerambrenner
			1142	Pelztierzüchter				2289	Sonstige Keramiker
			1144	Imker					
			1146	Tierpfleger, Tiergärtner					Glasmacher
			1149	Sonstige Tierzucht- und Tierpflegeberufe				231	2311 Glasmassehersteller
								232	2321 Flachglasmacher
	115			Gartenbauer		233			Glasverformer
			1151	Gärtner, Gartenbaufacharbeiter				2331	Mundhohlglasmacher
			1154	Gartenbautechniker				2339	Sonstige Glasverformer
			1157	Blumenbinder					
			1159	Sonstige Gartenbauberufe				234	Glasveredler
	12			Forst-, Jagd- und Fischereiberufe		24		2341	Glasgraveur, -schleifer, -polierer
				Forstberufe				2345	Glasmler, Glasmosaikmacher
			1211	Forstwirt, Forstverwaltungsbeamter, -angestellter (höherer Dienst)				2347	Glasoptiker
			1213	Förster, Forstbetriebsbeamter, -angestellter (gehob. Dienst)				2349	Sonstige Glasveredler
			1214	Forstwart					
			1215	Waldarbeiter					Bauberufe
			1219	Sonstige Forstberufe				241	Maurer
								2411	Maurer
								2414	Maurerhelfer
				Jagdberufe				242	Betonbauer
			1221	Berufsjäger				2421	Betonbauer
			1229	Sonstige Jagdberufe				2423	Eisenbieger und -flechter
	123			Fischereiberufe		243			Hochbaunebenberufe
			1231	Binnenfischer, Fischzüchter				2431	Zimmerer
			1234	Küstenfischer				2433	Dachdecker
			1235	Hochseefischer				2434	Dachdecker und Klempner
			1239	Sonstige Fischereiberufe				2437	Gerüstbauer
	13	131	1311	Mithelfende Familienangehörige in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft		244			Straßenbauer
								2441	Pflasterer (Steinsetzer), Straßenbauer
								2449	Sonstige Straßenbauer
									Tiefbauer
								245	Brunnenbauer
2/3	21			Industrielle und handwerkliche Berufe		246		2451	Sonstige Tiefbauer
				Bergmännische Berufe					Bauerhalter
			211	2111 Bergleute				2461	Schornsteinfeger
			212	2121 Bergbaunachbarberufe				2469	Sonstige Bauerhalter

Berufs-				Bezeichnung	Berufs-				Bezeichnung
abteilg.	gruppe	ordnung	nummer		abteilg.	gruppe	ordnung	nummer	
25/26		247		Bauausstatter			268		Metallfeinbauer
		2471		Stukkateur, Putzer			2681		Feinmechaniker
		2473		Fliesenleger			2684		Uhrmacher und Goldschmied
		2475		Ofensetzer			2685		Augenoptiker
		2476		Glaser			2686		Gebißmacher, Zahntechniker
		2478		Maler, Lackierer, Metallackierer			2687		Uhrmacher
		2479		Sonstige Bauausstatter			2688		Edelmetallschmied
		248	2481	Baustättenarbeiter, auch Erdbewegungsarbeiter			2689		Sonstige Metallfeinbauer
				Metallerzeuger u.-verarbeiter			269		Metalloberflächenveredler
		251	2511	Metallerzeuger			2691		Flachgraveur, Ziseleur
		252		Walzer und verwandte Berufe			2693		Metallpolierer
			2521	Walzer			2696		Galvaniseur, Metallfärber
			2522	Stangen-, Rohr-, Drahtzieher			2699		Sonstige Metalloberflächenveredler
			2529	Sonstige Walzer einschl. Metallschläger			27		Elektriker
		253		Formgießer			271	2711	Kabelhersteller, auch Isolierdrahthersteller
			2531	Former			272		Elektroleitungsbauer
			2532	Kernmacher, Formerhelfer			2721		Elektroinstallateur, Elektro-, Kabel-, Fernmeldemonteur
			2534	Schmelzer, Gießer			2723		Elektroinstallateur und Rundfunkmechaniker
			2537	Schriftgießer			2728		Telegraphenbauhandwerker
			2539	Sonstige Formgießerberufe			274		Elektromaschinen- u. Elektroapparatebauer
		254	2541	Metallvergüter			2741		Elektromaschinenbauer
		255		Schmiede			2743		Elektromechaniker
			2551	Eisen- und Stahlschmied			2745		Rundfunkmechaniker, -instand-setzer
			2554	Kesselschmied			2746		Glühlampen-, Glimmlampenhersteller
			2555	Kupferschmied, Schalenschmied			2749		Sonstige Elektromaschinen- und Elektroapparatebauer
			2556	Messer- und Klingenschmied			28		Chemiewerker
			2559	Sonstige Schmiedeberufe			281		Chemiefachwerker
		257	2571	Blechverformer			2811		Chemiebetriebswerker
		258		Metallspanabnehmer			2819		Sonstige Chemiefachwerker
			2581	Dreher			282		Chemiesonderfachwerker
			2582	Fräser			2821		Vulkaniseur
			2583	Hobler			2822		Gummiwerker
			2584	Bohrer			2829		Sonst. Chemiesonderfachwerker
			2586	Metallschleifer			29		Kunststoffverarbeiter
			2589	Sonstige Metallspanabnehmer			291	2911	Kunststoffverformer, auch Kunststoffschlosser
		261		Metallverbinder			292	2921	Kunstwerkstoffmacher
			2611	Schweißer			30/31		Holzverarbeiter und zugehörige Berufe
			2615	Löter			301		Holzaufbereiter
			2618	Nieter (Großnieter)			3011		Holzsäger, Holzmaschinenarbeiter
			2619	Sonstige Metallverbinder			3019		Sonstige Holzaufbereiter
		262	2621	Drahtverformer u. -verflechter			302		Tischler
		263		Metallwerkzeugmacher			3021		Bautischler, Möbeltischler
			2631	Werkzeugmacher			3023		Modelltischler
			2636	Stahlformengraveur			3029		Sonstige Tischler
			2637	Feilenmacher			303		Holzgerätebauer
			2639	Sonst. Metallwerkzeugmacher			3031		Böttcher
		264		Schlosser			3035		Mühlenbauer
			2641	Schlosser			3039		Sonstige Holzgerätebauer
			2645	Eisenschiffbauer			304		Holzfahrzeugbauer
		265		Klempner und Installateure			3041		Stellmacher
			2651	Klempner			3042		Stellmacher und Schmied
			2653	Klempner und Installateur			3044		Holzschiffbauer, Schiffszimmerer
			2655	Rohrinstallateur			3049		Sonstige Holzfahrzeugbauer
		266		Gürtler und verwandte Berufe					
			2661	Gürtler					
			2663	Blechmusik-, Schlagmusik-instrumentenmacher					
			2669	Sonstige Metallbauer					
		267		Grobmechaniker					
			2671	Mechaniker					
			2673	Kraftfahrzeughandwerker					
			2674	Landmaschinenhandwerker					

Berufs-				Bezeichnung	Berufs-				Bezeichnung
abteilg.	gruppe	ordnung	nummer		abteilg.	gruppe	ordnung	nummer	
32		305	3051	Großmusikinstrumentenbauer (Klavierbauer, Orgelbauer)				3425	Garnstrangmacher, -spuler
		306	3061	Kleinmusikinstrumentenbauer (Holz)				3427	Seiler
							3429	Sonstige Spinnberufe	
		311		Schnitzer		344	3441	Weber	
			3111	Drechsler		345		Wirker und Stricker	
			3115	Holzbildhauer, Holzschnitzer			3451	Wirker, Stricker	
			3118	Holzschuhmacher, Holzschuh- schnittzer			3459	Sonstige Wirk- und Strickwaren- hersteller	
			3119	Sonstige Schnitzwarenfertiger		346	3461	Textilverflechter	
		313		Holzwarenmacher		347	3471	Sticker	
			3131	Bürsten-, Besen-, Pinselmacher		348		Schneider und Näher	
			3135	Holzspielwarenmacher			3481	Schneider	
			3139	Sonstige Holzwarenmacher			3482	Kleidernäher	
		314		Modellemacher			3483	Wäscheschneider, Wäschenäher	
			3141	Puppenmacher			3489	Sonstige Textilnäher	
			3149	Modellemacher		349		Hutmacher	
		315	3151	Holzflechter (Korbmacher, Stuhlflechter, Strohflechter)			3491	Hut- und Mützenmacher	
							3493	Putzmacher	
		316		Holzoberflächenveredler		351	3511	Polsterer, Dekorateure	
			3161	Beizer, Polierer		353	3531	Textilschmuckmacher	
			3169	Sonst. Holzoberflächenveredler		354		Textilveredler	
				Papierhersteller und -ver- arbeiter			3541	Textilausrüster	
		321	3211	Papierhersteller			3546	Bleicher	
			322	Papierverarbeiter			3547	Textilfärber	
			3221	Buchbinder			3549	Sonstige Textilveredler	
			3222	Etuimacher, Kartonagenmacher		355		Textilreiniger	
			3229	Sonstige Papierverarbeiter			3551	Wäscher und Plätter	
				Graphische Berufe			3553	Chemischreiniger, Färber und Chemischreiniger	
		331		Nachschaffende Zeichner			3559	Sonstige Textilreiniger	
			3311	Graphischer Zeichner, tech- nischer Zeichner	36			Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	
			3313	Musterzeichner		361	3611	Lederhersteller (Gerber, Gerberhelfer)	
			3318	Schilderhersteller, Email- schriftenmaler		362	3621	Lederzurichter	
			3319	Sonst. nachschaffende Zeichner		363		Sattler und verwandte Berufe	
		332		Lichtbildner			3631	Sattler	
			3321	Photograph, Reproduktions- photograph			3632	Sattler und Polsterer	
			3329	Sonstige Lichtbildner			3633	Bandagist	
		333		Druckstockhersteller			3639	Sonstige Groblederverarbeiter	
			3331	Schriftsetzer, Schweizerdegen		364		Schuhhersteller	
			3332	Lithograph			3641	Schuhmacher	
			3334	Buchdruckplattenmacher (Stereo- typeur, Galvanoplastiker)			3643	Schuhwarenhersteller	
			3336	Klischeehersteller		365		Feinlederverarbeiter	
			3339	Sonstige Druckstockhersteller			3651	Feintäschner (Portefeuille)	
				Drucker			3659	Sonstige Feinlederverarbeiter	
		335	3351	Buchdrucker		366		Fellverarbeiter	
			3353	Flachdrucker			3661	Rauchwarenzurichter	
			3355	Tiefdrucker			3665	Kürschner, Pelznäher	
			3358	Stoffdrucker			3669	Sonstige Fellverarbeiter	
			3359	Sonstige Drucker				Nahrungs- und Genußmittel- hersteller	
336	3361	Druckerhelfer	37			Mehl- und Nahrungsmittelhersteller			
	337	3371		Vervielfältiger			Getreidemüller, Futtermittel- müller		
34/35		Textilhersteller und -ver- arbeiter			371		Getreide- und Sägemüller		
	341	3411		Filzmacher		3713	Sonstige Mehl- und Nahrungsmittel- hersteller		
	342			Spinner		3719			
		3421	Spinner						
	3423	Zwirner							

Berufs-				Bezeichnung	Berufs-				Bezeichnung
abteilg.	gruppe	ordnung	nummer		abteilg.	gruppe	ordnung	nummer	
4	39	372		Backwarenhersteller	5	51	415		Ingenieure des Konstruktionswesens
		3721		Bäcker			4151		Architekt, Hochbauingenieur, -techniker
		3722		Bäcker und Müller			4153		Bauingenieur, Tiefbauingenieur, Tiefbautechniker
		3723		Bäcker und Konditor			4155		Maschineningenieur, -techniker
		3724		Konditor			4156		Schiffbauingenieur, Schiffsmaschinenbauingenieur
		3729		Sonstige Backwarenhersteller			4159		Sonstige Ingenieure des Konstruktionswesens
		373		Süßwarenhersteller			417		Ingenieure der Stoffverarbeitung
		3731		Zuckerhersteller			4171		Hütteningenieur, Gießereingenieur, -techniker
		3739		Sonstige Süßwarenhersteller			4179		Sonstige Ingenieure der Stoffverarbeitung
		374		Milch- und Fettverarbeiter			419	4191	Ingenieure und Techniker ohne Angabe einer Fachrichtung
		3741		Molkereifachmann, -facharbeiter			421	4211	Technische Sonderfachkräfte
		3744		Olmüller			422		Medizinisch-technische Sonderfachkräfte
		3749		Sonstige Fettverarbeiter			422		Biologisch-technische Sonderfachkräfte
		375		Fleischer			4221		Landwirtschaftlich-technischer Assistent
		3751		Fleischer			4229		Sonstige biologisch-technische Sonderfachkräfte
		3759		Sonstige Fleischverarbeiter			424	4241	Physikalisch-technische Sonderfachkräfte
		376	3761	Gewürzhersteller			426		Praktisch-technische Sonderfachkräfte
		377		Speisenzubereiter			4261		Lichtspielvorführer
		3771		Koch, Köchin			4263		Taucher
		3774		Obst- und Gemüsekonservierer			4269		Sonstige praktisch-technische Sonderfachkräfte
		3776		Fischkonservierer			43		Maschinen und zugehörige Berufe
		3779		Sonstige Speisenzubereiter			431		Maschinen an Kraftmaschinen
		378		Getränkebereiter			4311		Maschinist an Kraftmaschinen
		3781		Brauer und Mälzer			4313		Schiffsmaschinist
		3784		Brenner, Destillateur			432	4321	Lokomotivführer
		3787		Weinküfer			433		Maschinen an Arbeitsmaschinen
		3789		Sonstige Getränke- und Getränkestoffbereiter			4331		Fördermaschinist, Seilbahnmaschinist
		379		Tabakwarenmacher			4333		Kranmaschinist
		3791		Zigarrenmacher			4339		Sonstige Maschinisten an Arbeitsmaschinen
		3799		Sonstige Tabakwarenmacher			435		Maschinenwärter, Maschinistenhelfer und Heizer
		391		Gewerbliche Hilfsberufe			4351		Maschinenwärter, Maschinistenhelfer
		391		Warensortierer, Warennachseher			4353		Heizer
		3911		Warensortierer			436		Maschineneinsteller
		3915		Warennachseher			4361		Automateneinrichter
		394		Warenaufmacher			4369		Sonstige Maschineneinsteller
		3941		Bügler (sofern nicht Schneider oder Wäscher und Plätter)					Handels- und Verkehrsberufe
		3949		Sonstige Warenaufmacher					Kaufmännische Berufe
		396	3961	Warenlagerarbeiter, auch Versandfertigmacher			511		Betriebskaufleute
		41		Technische Berufe			5111		Betriebskaufmann
		411		Ingenieure und Techniker			5113		Handelsvertreter, Reisender
		411		Ingenieure der Bodenerschließung			5115		Ambulanter Händler
		4111		Vermessungsingenieur					
		4112		Markscheider					
		4113		Vermessungstechniker					
		4115		Kulturbauingenieur, -techniker					
		4116		Bergingenieur					
		4117		Steiger					
		4119		Sonstige Ingenieure der Bodenerschließung					
		413		Ingenieure der Energieumwandlung					
		4131		Elektroingenieur, -techniker					
		4134		Schiffsingenieur					
		4139		Sonstige Ingenieure der Energieumwandlung					
		414		Chemiker (Ingenieure der Stoffumwandlung)					
		4141		Chemiker					
		4142		Lebensmittelchemiker					
		4145		Chemotechniker					

Berufs-				Bezeichnung	Berufs-				Bezeichnung
abteilg.	gruppe	ordnung	nummer		abteilg.	gruppe	ordnung	nummer	
		512		Warenkaufleute	6				Berufe der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege
		5121		Verkäufer					Hauswirtschaftliche Berufe
		5129		Sonstige Warenkaufleute		61			Haushaltführende Berufe
		513		Rechnungskaufleute			611	6111	Haushalthelfer
		5131		Buchhalter (sofern nicht Sonderfachkaufmann)			612		Hausgehilfin
		5139		Sonstige Rechnungskaufleute (ohne Sonderfachkaufleute)				6121	Sonstige Haushalthelfer
		514	5141	Kaufmännische Angestellte ohne nähere Berufsangabe		62			Reinigungsberufe
		515		Sonderfachkaufleute			621		Hausrat- und Raumreiniger
		5151		Drogist				6211	Waschfrau
		5152		Buchhändler, Verlagskaufmann				6213	Raumreiniger
		5154		Bankkaufmann				6219	Sonstige Hausratreiniger
		5156		Versicherungskaufmann		622			Bauten- und Straßenreiniger
		5157		Speditionskaufmann, Reeder			6221		Glas- und Gebäudereiniger
		5159		Sonstige Sonderfachkaufleute			6229		Sonstige Bauten- und Straßenreiniger
		517		Vermittler			623	6231	Maschinen-, Apparate-, Fahrzeug- und Warenreiniger
		5171		Makler					Gesundheitsdienst- und Körperpflegeberufe
		5173		Versteigerer, Taxator		63			Ärzte
		5175		Verleiher, Vermieter			631	6311	Zahnärzte
		5179		Sonstige Vermittler			632	6321	Tierärzte
		518	5181	Schausteller			633	6331	Sonstige Heilbehandler
		519		Kaufmännische Hilfsberufe			634		Heilpraktiker
		5194		Tank- und Garagenwart				6343	Dentist
		5199		Sonstige Verkaufshelfer			635	6351	Apotheker
52				Verkehrsberufe			636		Heilbehandlungsbeistände
		521		Landverkehrsberufe				6361	Hebamme
		5211		Kutscher, Fuhrherr				6362	Krankenschwester, Krankenpfleger
		5213		Kraftfahrer				6363	Säuglings- und Kinderschwester
		5215		Triebwagenführer (Straßen- und Untergrundbahn)				6364	Masseur, Krankengymnast
		5216		Weichen-, Signal-, Bahnwärter				6366	Sprechstundenhelfer
		5217		Zugabfertiger, Schaffner, Rangierer				6369	Sonstige Heilbehandlungsbeistände
		5218		Straßenmeister, Straßenwärter			638		Gesundheitssichernde Berufe
		5219		Sonstige Landverkehrsberufe				6381	Fleischbeschauer
		523		Wasserverkehrsberufe				6383	Desinfektor, Schädlingsbekämpfer
		5231		Seeschiffer, Küstenschiffer				6385	Abdecker
		5232		Nautischer Schiffsoffizier, Lotse				6389	Sonstige gesundheitssichernde Berufe
		5235		Binnenschiffer			639		Körperpfleger
		5239		Sonstige Wasserverkehrsberufe				6391	Friseur
		524	5241	Luftverkehrsberufe				6399	Sonstige Körperpfleger
				(Flugzeugführer)					Volkspflegeberufe
		525		Nachrichtenverkehrsberufe					Fürsorger und Betreuer
		5251		Funker, Telegraphist					Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens
		5253		Telephonist					Verwaltungs- u. Büroberufe
		5255		Postfacharbeiter					Verwaltungsbeamte und -angestellte
		5259		Sonstige Nachrichtenverkehrsberufe		64	641	6411	Verwaltungsbeamter, -angestellter
		526		Verkehrshelfer					Verwaltungsbeamter, -angestellter ohne nähere Berufsangabe
		5261		Bürobote, Amtsgehilfe					Büro- und Verwaltungshelfer
		5263		Transportarbeiter, Träger		71	711		Bürogehilfe, Verwaltungsgehilfe
		5269		Sonstige Verkehrshelfer				7111	Stenotypist, Maschinenschreiber
53				Gaststättenberufe				7115	Lochkartenfachmann
		531		Gastwirte					Sonstige Büro- und Verwaltungshelfer
		5311		Gastwirt, Gaststättenkaufmann					
		5312		Gastwirt und Bäcker			712		
		5313		Gastwirt und Fleischer				7121	
		5314		Gastwirt und Kaufmann				7125	
		532		Gaststättengehilfen				7127	
		5321		Kellner				7129	
		5329		Sonstige Gaststättengehilfen					

Berufs-				Bezeichnung	Berufs-				Bezeichnung		
abteilg.	gruppe	ordnung	nummer		abteilg.	gruppe	ordnung	nummer			
8	72			Rechts- u. Sicherheitswahrer		83			Künstlerische Berufe		
		721	7211	Rechtsfinder (Richter, Staatsanwalt)			831		Bildende Künstler		
		722		Rechtsbeistände				8311	Bildhauer		
			7221	Rechtsanwalt, Notar				8312	Kunstmaler, Kunstzeichner		
			7224	Patentanwalt				8319	Sonstige bildende Künstler		
			7226	Rechtskonsulent			832		Darstellende Künstler		
			7228	Rechtsanwalts- u. Notargehilfe				8321	Schauspieler		
		723	7231	Wirtschaftsrechtssachverständige, Buchführungssachverständige				8323	Bühnensänger, Konzertsänger		
								8326	Tänzer		
								8327	Artist		
								8329	Sonstige darstellende Künstler		
		724	7241	Rechtsvollstrecker			834	8341	Musiker		
		725	7251	Polizeibeamte u. -angestellte			835		Künstlerische Hilfsberufe		
		726		Sonstige Sicherheitswahrer				8351	Kunstgewerbler ohne nähere Berufsangabe		
			7261	Berufsfeuerwehrmann				8359	Sonst. künstlerische Hilfsberufe		
			7263	Gewerbeaufsichtsbeamter, -angestellter	9				Berufstätige mit unbestimmtem Beruf		
			7269	Sonstige Sicherheitswahrer					Berufstätige ohne nähere Berufangabe		
		73		Dienst- und Wachberufe		91	911	9111	Berufstätige mit noch nicht bestimmtem Beruf		
			731	Dienst- und Wachberufe			92		Lehrlinge mit noch nicht feststehendem Lehrberuf		
			7311	Wächter				921	9211	Praktikanten und Volontäre mit noch nicht feststehendem Beruf	
			7313	Hauswart, Hausmeister				922	9221	Schulentlassene (arbeitslos)	
			7315	Hausdiener, Gewerbediener					98	989	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft
			7319	Sonstige Dienst- und Wachberufe					99	991	Selbständige Berufslose
				Berufe des Geistes- und Kunstlebens							Rentner aller Art¹⁾
		81		Erziehungs- und Lehrberufe, Seelsorger						0110	Altenteiler
			811	Erziehungsberufe						0120	Vom eigenen Vermögen lebende Rentner
				8111 Jugendleiter						0130	Beamte im Ruhestand
				8113 Kindergärtnerin, Kinderpflegerin						0140	Sozialversicherungsrentner, Witwengeldempfängerinnen
				8119 Sonstige Erziehungsberufe						0150	Unterstützungsempfänger ²⁾
			812	Lehrberufe	0						Personen ohne Angabe einer Erwerbsquelle
				8121 Hochschullehrer			01			0210	Selbständige Hausfrauen ohne Angabe einer Erwerbsquelle
				8122 Wissenschaftlicher Lehrer an höheren Schulen						0220	Personen außerhalb des erwerbsfähigen Alters ohne Angabe einer Erwerbsquelle ³⁾
				8123 Volksschullehrer, Mittelschullehrer, Schulhelfer						0230	Nicht in ihrer Familie lebende Studierende und Schüler
				8124 Berufsschullehrer, Fachschullehrer, Werklehrer							Anstaltsinsassen
				8125 Kunstlehrer, Zeichenlehrer						0310	Zöglinge in Anstalten für Erziehung und Unterricht sowie in Waisenhäusern
				8126 Musiklehrer, Gesanglehrer						0320	Insassen von Altersheimen und Versorgungsanstalten
				8127 Sportlehrer, Berufssportler						0330	Insassen von Irrenanstalten und Heimen für Körperbehinderte ⁴⁾
				8129 Sonstige Lehrberufe						0410	Insassen von Straf- und Besserungsanstalten ⁵⁾
			814	Seelsorger, Seelsorge- und Kulthelfer						0420	Insassen von Internierungs- und Arbeitslagern
				8141 Evangelischer Geistlicher							
				8142 Pfarrdiakon, Pfarrgehilfin							
				8144 Katholischer Geistlicher							
				8145 Rabbiner							
				8146 Geistlicher (Sprecher) anderer Bekenntnisse		03/4					
				8147 Mönch, Nonne							
				8149 Sonst. Seelsorge- und Kulthelfer							
		82		Bildungs- u. Forschungsberufe							
			821	Bildungsberufe							
				8211 Schriftsteller							
				8212 Schriftleiter, Lektor							
				8214 Dolmetscher, Übersetzer							
				8217 Bibliothekar							
				8219 Sonstige Bildungsberufe							
			822	Forschungsberufe							
				8221 Wirtschaftswissenschaftler, Statistiker							
				8229 Sonstige Forschungsberufe							

¹⁾ Sofern nicht Anstaltsinsassen. — ²⁾ Ohne Empfänger von Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung. — ³⁾ Nur Personen unter 14 und über 65 Jahre. — ⁴⁾ Dauerinsassen. — ⁵⁾ Sofern nicht Untersuchungsgefangene.

¹⁾ Sofern nicht Anstaltsinsassen. — ²⁾ Ohne Empfänger von Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorgeunterstützung. — ³⁾ Nur Personen unter 14 und über 65 Jahre. — ⁴⁾ Dauerinsassen. — ⁵⁾ Sofern nicht Untersuchungsgefangene.

Liste der Wirtschaftszweige der Berufszählung in systematischer Ordnung

Wirtschafts-			Bezeichnung	Wirtschafts-			Bezeichnung
abteilg.	gruppe	zweig		abteilg.	gruppe	zweig	
0			Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei		23		Stahl- und Waggonbau
	03	031	Landwirtschaft und Tierzucht		231		Stahl- und Eisenkonstruktionsbau (einschl. Kesselbau)
	04	041	Forst- und Jagdwirtschaft		235		Waggonbau
	05	051	Gärtnerei		24		Maschinen- und Apparatebau
	08	081	Hochsee- und Küstenfischerei		241		Allgemeiner Maschinenbau
	09	091	Binnenfischerei		242		Bau von Geldschränken und Tresor- anlagen
					243		Lokomotivbau
					244		Bau von Büromaschinen
					245		Apparate- und Armaturenbau
1			Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden. Energiewirtschaft		25	251	Schiffbau (einschl. Bootsbau)
	11	111	Steinkohlengewinnung und -verarbeitung		26		Straßenfahrzeug- und Luftfahrzeugbau
	12		Braunkohlengewinnung und -verarbeitung		261		Straßenfahrzeugbau
		121	Braunkohlengewinnung und -brikettierung		264		Stellmacherei
		125	Braunkohlenschwelerei		267		Luftfahrzeugbau
	13		Erzbergbau		27	271	Elektrotechnik
		131	Eisenerzbergbau (auch Aufbereitung)		28	281	Feinmechanik und Optik
		135	Metallerzbergbau (auch Aufbereitung)		29		Eisen-, Stahl- und Metallwaren- fertigung
	14	141	Salzbergbau und Salinen		291		Metallwarenindustrie
	15		Sonstiger Bergbau		297		Schlosserei und Schmiederei
		151	Gewinnung und Aufbereitung von Torf, Bernstein und Graphit	3/4			Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung)
		155	Erdölgewinnung		31	311	Mineralölverarbeitung und Kohlewertstoffindustrie
	17		Abbau von Steinen und Erden, Baustoff- und Keramische Industrie		32	321	Chemische Grundindustrie (einschl. Pharmazeutische Industrie)
		171	Kies-, Sand-, Ton- und Kaolingewinnung, Gewinnung und Bearbeitung von natürlichen Gesteinen		34		Kunststoffverarbeitung
		174	Kalk-, Gips- und Zementindustrie		341		Herstellung von Kunststoffteilen und -waren
		177	Ziegelindustrie, Herstellung sonstiger künstlicher Steine, Betonwaren und Betonwerksteinindustrie		345		Herstellung von Kunstleder, Lino- leum, Wachstuch und ähnlichen Er- zeugnissen
	19	191	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke)		35	351	Gummi- und Asbestverarbeitung
2			Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung		36		Feinkeramische und Glasindustrie
	21		Eisen- und Stahlerzeugung (Eisenschaffende Industrie)		361		Feinkeramische Industrie
		211	Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. Walzwerke und Ziehereien)		365		Glasindustrie
		215	Eisen- und Stahlgießereien		37	371	Sägerei und Holzbearbeitung
	22		NE-Metallerzeugung und -gießereien		38		Holzverarbeitung (einschl. Verarbeitung von natür- lichen Schnitz- und Formerstoffen)
		221	NE-Metallhütten (einschl. Halbzeug- werke)		381		Tischlerei (einschl. Modelltischlerei), Möbel- und Holzbauindustrie
		225	NE-Metallgießereien		383		Polstermöbelherstellung
					385		Böttcherei, Drechslerei und sonstige Schnitzstoffverarbeitung, Herstellung von Verpackungsmitteln
					387		Korb- und Bürstenwarenherstellung, Holzveredlung

Wirtschafts-			Bezeichnung	Wirtschafts-			Bezeichnung
abteilg.	gruppe	zweig		abteilg.	gruppe	zweig	
	39		Papierherzeugung und -verarbeitung, Druckereigewerbe		48		Getränkeherstellung
	391		Papierherzeugung		481		Brauerei und Mälzerei
	394		Papierveredlung und -verarbeitung		485		Herstellung von Wein, Sekt und Mineralwasser, Brennerei und Spiritus-industrie
	397		Druckerei (einschl. Licht- und Photopausen)		49	491	Tabakwarenherstellung
	41		Lederherzeugung und -verarbeitung				
	411		Lederherstellung				
	415		Lederverarbeitung (einschl. Schuhherstellung)	5			Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe
	42		Textilgewerbe		53	531	Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros
	421		Herstellung von Kunstfasern				
	423		Spinnerei und Weberei		54		Hoch- und Tiefbau
	425		Wirkerei und Strickerei		541		Hoch- und Tiefbau (einschl. Isolierschutzbau)
	427		Textilkurzwarenherstellung, Textilveredlung und Hilfgewerbe der Textilindustrie		544		Schornstein- und Feuerungsbau
					547		Abbruchbetriebe
	43		Bekleidungsgewerbe		55	551	Zimmerei und Dachdeckerei
	431		Schneiderei und Wäschennäherei				
	433		Mützen-, Hut- und Putzmacherei		56	561	Bauinstallation, Klempnerei und Elektroinstallation
	435		Herstellung von Bekleidungszubehör, Bekleidungshilfgewerbe und Bettfedernaufbereitung		57	571	Ausbaugewerbe (Glaserei, Malerei, Ofensetzerei usw.)
	437		Kürschnerei und Rauchwaren-zurichtung				
	44		Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuckwaren u. Bearbeitung von Edelsteinen		59	591	Bauhilfsgewerbe (Schornsteinfegergewerbe, Gerüstbaubetriebe)
	441		Herstellung von Musikinstrumenten				
	444		Herstellung von Spielwaren und Sportgeräten	6			Handel, Geld- und Versicherungswesen
	447		Bearbeitung von Edelsteinen und Schmuckwarenherstellung		65/66		Warenhandel und Verlagsgewerbe
	45		Mühlengewerbe, Nähr- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe		651		Ein- und Ausfuhrhandel
	451		Mühlengewerbe		652		Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakwaren
	453		Nährmittel-, Futtermittel- und Stärkeindustrie		653		Handel mit Textilien, Bekleidung, Ausrüstungs- u. Sportartikeln (einschl. Wäsche, Pelzwaren, Schuhe)
	455		Bäckerei und Backwarenindustrie		654		Handel mit Wohnbedarf, Musikinstrumenten, Rundfunkgeräten und Kunstgegenständen
	457		Süßwarengewerbe		655		Handel mit Eisen-, Metall-, Holz-, Glas- und Porzellanwaren, Beleuchtungsgegenständen und Elektroapparaten
	46		Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speisefettherstellung, Zuckerindustrie		656		Handel mit Edelmetallwaren, Uhren, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen
	461		Fleischerei, Fleischwarenherstellung, Schlachthäuser		657		Handel mit Gegenständen der Gesundheits- und Körperpflege, chemischen Erzeugnissen; Apotheken, Photohandel
	463		Fischindustrie		658		Handel mit Druckereierzeugnissen, Papier-, Schreib-, Galanterie-, Leder- und Spielwaren
	465		Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefettherstellung		659		Handel mit Maschinen, Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbedarf, Fahrrädern
	467		Zuckerindustrie		661		Handel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten der Eisen- und Metallindustrie
	47		Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee-, Tee- und Gewürzverarbeitung, Eisgewinnung und Frosterei				
	471		Obst- und Gemüseverwertung				
	474		Kaffee-, Tee- und Gewürzverarbeitung				
	475		Herstellung von Nährhefe und Eiweiß-erzeugnissen				
	477		Eisgewinnung				
	479		Kühlhäuser				

Wirtschafts-			Bezeichnung	Wirtschafts-			Bezeichnung
abteilg.	gruppe	zweig		abteilg.	gruppe	zweig	
7		662	Handel mit Baustoffen, Holz- und Brennmaterialien, Futter-, Düngemitteln und Saatgut	8			Verkehrswesen
		663	Handel mit Leder und Fellen		81	811	Deutsche Bundespost
		664	Handel mit Alt- und Abfallstoffen		82	821	Deutsche Bundesbahn
		665	Viehhandel		83	831	Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundesbahn) einschl. Obusbetriebe
		666	Handel mit Blumen und zoologischen Artikeln und sonstigen Spezialwaren				
		667	Handel mit Waren aller Art		84	841	Straßenverkehr (ohne Schienenbahnen und Obusbetriebe)
		668	Zeitungsverlag und -spedition				
		669	Verlagsgewerbe (ohne Presse)				
	67		Wirtschaftswerbung und sonstige Hilfgewerbe des Handels		85		Schiffahrts-, Wasserstraßen- und Hafenwesen
		671	Wirtschaftswerbung, Auskunft, Versteigerungsgewerbe			851	Verwaltung des Schiffahrts- und Wasserstraßenwesens
		675	Verleihgewerbe und sonstige Hilfgewerbe des Handels			854	See- und Küstenschiffahrt
						857	Binnenschiffahrt
	68	681	Geld-, Bank- und Börsenwesen (ohne Postscheck- und Postsparkassendienst)		86	861	Luftverkehr
					87		Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe
	69	691	Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)			871	Spedition und Lagerei
						875	Garagen, Reisebüros
				9			Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse
			Dienstleistungen				
	71	711	Wohnungs- und Grundstückswesen, Vermögensverwaltung		91		Öffentliche Verwaltung
						911	Öffentliche Verwaltung (einschl. Rechtspflege, Finanz- und Arbeitsverwaltung)
	72	721	Gaststättenwesen			915	Polizei
	73		Kunst, Schrifttum, Theater, Film und Rundfunkwesen, Schaustellungsgewerbe; private Forschung		92		Besatzungsmächte und ausländische Vertretungen
		731	Kunst und Schrifttum, Theater, Film			921	Besatzungsdienststellen (auch Haushaltungen)
		733	Rundfunkwesen			925	Konsulate und ausländische Missionen
		735	Schaustellungsgewerbe				
		737	Freiberufliche wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Tätigkeit		93	931	Politische und wirtschaftliche Organisationen
	74	741	Sportpflege, Bade- und Schwimm-anstalten		94		Rechts- und Wirtschaftsberatung
						941	Rechtsberatung
	75		Nachrichten-, Schreib- und Übersetzungsbüros			945	Wirtschaftsberatung
		751	Korrespondenz- und Nachrichtenbüros		95	951	Kirchen, weltanschauliche Vereinigungen
		755	Schreib- und Übersetzungsbüros				
	76	761	Photographisches Gewerbe		96	961	Erziehung, Wissenschaft, Kultur
					97	971	Fürsorge und Wohlfahrtspflege
	77	771	Friseurgewerbe		98	981	Sozialversicherung
	78		Reinigungs-, Bewachungs- und Trägergewerbe, privates Bestattungswesen		99		Gesundheitswesen und Hygiene
		781	Wäscherei, Färberei und Chemische Reinigung			991	Gesundheitswesen
		783	Gebäudeinnenreinigung			995	Veterinärwesen, öffentliches Bestattungswesen, Straßenreinigung
		785	Bewachungs- und Aufbewahrungsgewerbe				
		787	Dienstmann- und Trägergewerbe	9a	99a	999	Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit
		789	Privates Bestattungswesen				
	79	791	Häusliche Dienste			000	Selbständige Berufslose

Umsteigsschlüssel von den Wirtschaftszweigen der Berufszählung zu denen der Arbeitsstättenzählung

Wirtschaftszweige der Berufszählung		Entsprechende Wirtschaftszweige der Arbeitsstättenzählung	
Bezeichnung	System. Nr.		
Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei			
Landwirtschaft und Tierzucht	031	011, 015, 071 ¹⁾	
Forst- und Jagdwirtschaft	041	041, 045 ¹⁾	
Gärtnerei	051	021, 025, 061, 065 ¹⁾	
Hochsee- und Küstenfischerei	081	081, 085	
Binnenfischerei	091	091, 095 ¹⁾	
Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden. Energiewirtschaft			
Steinkohlengewinnung und -verarbeitung	111	111	
Braunkohlengewinnung und -verarbeitung			
Braunkohlengewinnung und -brikettierung	121	121	
Braunkohlenschwelerei	125	125	
Erzbergbau			
Eisenerzbergbau (auch Aufbereitung)	131	131	
Metallerzbergbau (auch Aufbereitung)	135	135	
Salzbergbau und Salinen	141	141, 144, 147	
Sonstiger Bergbau			
Gewinnung und Aufbereitung von Torf, Bernstein u. Graphit	151	151, 155, 157	
Erdölgewinnung	155	153	
Abbau von Steinen und Erden, Baustoff- und Keramische Industrie			
Kies-, Sand-, Ton- und Kaolinalgewinnung, Gewinnung und Bearbeitung von natürlichen Gesteinen	171	171, 172, 173	
Kalk-, Gips- u. Zementindustrie	174	174, 175	
Ziegelindustrie, Herstellung sonstiger künstlicher Steine, Betonwaren und Betonwerksteinindustrie	177	176, 177, 178	
Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke)	191	191, 193, 195, 197	
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung			
Eisen- und Stahlerzeugung (Eisenschaffende Industrie)			
Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. Walzwerke und Ziehereien)	211	211, 213, 215	
Eisen- und Stahlgießereien	215	217	
NE-Metallerzeugung und -gießereien			
NE-Metallhütten (einschl. Halbzeugwerke)	221	221, 223, 225	
NE-Metallgießereien	225	227	
Stahl- und Waggonbau			
Stahl- und Eisenkonstruktionsbau (einschl. Kesselbau)	231	231, 235, 236	
Waggonbau	235	233, 234	
Maschinen- und Apparatebau			
Allgemeiner Maschinenbau	241	241, 248	
Bau von Geldschranken und Tresoranlagen	242		
Lokomotivbau	243		
Bau von Büromaschinen	244		
Apparate- und Armaturenbau	245		
Schiffbau (einschl. Bootsbau)	251	251	
Straßenfahrzeug- und Luftfahrzeugbau			
Straßenfahrzeugbau	261	261, 262, 263, 265, 268	
Stellmacherei	264	264	
Luftfahrzeugbau	267	266	
Elektrotechnik	271	271, 275	
Feinmechanik und Optik	281	281, 282, 284, 285, 287	
Eisen-, Stahl- und Metallwarenfertigung			
Metallwarenindustrie	291	291, 293, 294, 295, 296	
Schlosserei und Schmiederei	297	297, 298	
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)			
Mineralölverarbeitung und Kohlewertstoffindustrie	311	311, 314, 317	
Chemische Grundindustrie (einschl. Pharmazeutische Industrie)	321	321	
Kunststoffverarbeitung			
Herstellung von Kunststoffteilen und -waren	341	341	
Herstellung von Kunstleder, Linoleum, Wachstuch und ähnlichen Erzeugnissen	345	345	
Gummi- und Asbestverarbeitung	351	351, 354, 357	
Feinkeramische und Glasindustrie			
Feinkeramische Industrie	361	361	
Glasindustrie	365	365	
Sägerei und Holzbearbeitung	371	371, 373, 375, 377	
Holzverarbeitung (einschl. Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen)			
Tischlerei (einschl. Modelltischlerei), Möbel- und Holzbauindustrie	381	381, 382	
Polstermöbelherstellung	383	383	

¹⁾ Die Betriebe mit bewirtschafteter Bodenfläche aus den Wirtschaftszweigen 011, 015, 021, 025, 041, 045, 061, 065, 071, 091 und 095 sind mit ihren Betriebsbenennungen im Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten (StBRD, Band 44 »Einführung in die methodischen Grundlagen der Arbeitsstättenzählung vom 13. 9. 1950«, S. 43 ff) nicht aufgeführt. Es erscheinen dort nur diejenigen Betriebe, die einen rein gewerblichen Charakter haben.

Wirtschaftszweige der Berufszählung		Entsprechende Wirtschaftszweige der Arbeitsstättenzählung
Bezeichnung	System. Nr.	
Böttcherei, Drechslerei und sonstige Schnitzstoffverarbeitung, Herstellung von Verpackungsmitteln	385	384, 385, 387
Korb- und Bürstenwarenherstellung, Holzveredlung	387	386, 388
Papierherzeugung und -verarbeitung, Druckereigewerbe		
Papierherzeugung	391	391
Papierveredlung und -verarbeitung	394	393, 395
Druckerei (einschl. Licht- und Photopausen)	397	397
Lederherzeugung und -verarbeitung		
Lederherstellung	411	411
Lederverarbeitung (einschl. Schuhherstellung)	415	413, 415, 417
Textilgewerbe		
Herstellung von Kunstfasern	421	421
Spinnerei und Weberei	423	422, 423, 424
Wirkerei und Strickerei	425	425
Textilkurzwarenherstellung, Textilveredlung und Hilfgewerbe der Textilindustrie	427	426, 427, 428
Bekleidungsgewerbe		
Schneiderei und Wäschenäherei	431	431, 432
Mützen-, Hut- und Putzmacherei	433	433
Herstellung von Bekleidungszubehör, Bekleidungshilfgewerbe und Bettfedernaufbereitung	435	434, 435, 437
Kürschnerei und Rauchwarenzurichtung	437	436
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuckwaren und Bearbeitung von Edelsteinen		
Herstellung von Musikinstrumenten	441	441, 442
Herstellung von Spielwaren und Sportgeräten	444	443, 444
Bearbeitung von Edelsteinen und Schmuckwarenherstellung	447	445, 446
Mühlengewerbe, Nähr- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe		
Mühlengewerbe	451	451
Nährmittel-, Futtermittel- und Stärkeindustrie	453	452, 453, 454, 455
Bäckerei u. Backwarenindustrie	455	456, 457
Süßwarengewerbe	457	458
Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchverwertung, Speisefettherstellung, Zuckerindustrie		
Fleischerei, Fleischwarenherstellung, Schlachthäuser	461	461, 462
Fischindustrie	463	463
Milchverwertung, Speiseöl- und Speisefettherstellung	465	464, 465
Zuckerindustrie	467	466
Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee-, Tee- und Gewürzverarbeitung, Eisgewinnung und Frosterei		
Obst- und Gemüseverwertung	471	471
Kaffee-, Tee- und Gewürzverarbeitung	474	472, 473, 474

Wirtschaftszweige der Berufszählung		Entsprechende Wirtschaftszweige der Arbeitsstättenzählung
Bezeichnung	System. Nr.	
Herstellung von Nährhefe und Eiweißerzeugnissen	475	475
Eisgewinnung	477	476
Kühlhäuser	479	477
Getränkeherstellung		
Brauerei und Mälzerei	481	481
Herstellung von Wein, Sekt und Mineralwasser, Brennerei und Spiritusindustrie	485	483, 485, 487
Tabakwarenherstellung	491	491, 495
Bau-, Ausbau- und Bauhilfgewerbe		
Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros	531	511
Hoch- und Tiefbau		
Hoch- und Tiefbau (einschl. Isolierschutzbau)	541	513, 514, 516
Schornstein- und Feuerungsbau	544	515
Abbruchbetriebe	547	518
Zimmerei und Dachdeckerei	551	551, 555
Bauinstallation, Klempnerei und Elektroinstallation	561	561, 565
Ausbaugewerbe (Glaseri, Malerei, Ofensetzeri usw.)	571	571, 572, 573, 575, 577
Bauhilfgewerbe (Schornsteinfegergewerbe, Gerüstbaubetriebe)	591	591, 594, 597
Handel, Geld- und Versicherungswesen		
Warenhandel und Verlagsgewerbe		
Ein- und Ausfuhrhandel	651	611, 614, 617
Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakwaren	652	— ¹⁾
Handel mit Textilien, Bekleidung, Ausstattungs- u. Sportartikeln (einschl. Wäsche, Pelzwaren, Schuhe)	653	—
Handel mit Wohnbedarf, Musikinstrumenten, Rundfunkgeräten und Kunstgegenständen	654	—
Handel mit Eisen-, Metall-, Holz-, Glas- und Porzellanwaren, Beleuchtungsgegenständen u. Elektroapparaten	655	—
Handel mit Edelmetallwaren, Uhren, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen	656	—
Handel mit Gegenständen der Gesundheits- und Körperpflege, chemischen Erzeugnissen; Apotheken, Photohandel	657	—
Handel mit Druckereierzeugnissen, Papier-, Schreib-, Galanterie-, Leder- und Spielwaren	658	—

¹⁾ Die weiteren Wirtschaftszweige des Warenhandels in der Berufszählung (Wz 652 bis 667) sind mit den entsprechenden Wirtschaftszweigen der Arbeitsstättenzählung (Wz 622 bis 636 und 641 bis 648) nicht im einzelnen vergleichbar. In der Berufszählung ist die Unterscheidung von Großhandel und Einzelhandel nicht möglich; da hierzu die Betriebsangaben in den Haushaltslisten nicht ausreichen. Hieraus ergab sich für die Berufszählung auch eine etwas unterschiedliche Abgrenzung der Wirtschaftszweige gegenüber derjenigen in der Arbeitsstättenzählung.

Wirtschaftszweige der Berufszählung		Entsprechende Wirtschaftszweige der Arbeitsstättenzählung
Bezeichnung	System. Nr.	
Handel mit Maschinen, Kraft- fahrzeugen und Kraftfahrzeug- bedarf, Fahrrädern	659	—
Handel mit Rohstoffen und Halb- fabrikaten der Eisen- und Metallindustrie	661	—
Handel mit Baustoffen, Holz- und Brennmaterialien, Futter-, Düngemitteln und Saatgut	662	—
Handel mit Leder und Fellen	663	—
Handel mit Alt- und Abfall- stoffen	664	—
Viehhandel	665	—
Handel mit Blumen und zoologi- schen Artikeln und sonstigen Spezialwaren	666	—
Handel mit Waren aller Art	667	—
Zeitungsverlag und -spedition	668	637
Verlagsgewerbe (ohne Presse)	669	638
Wirtschaftswerbung und son- stige Hilfgewerbe des Handels		
Wirtschaftswerbung, Auskunft, Versteigerungsgewerbe	671	674, 675, 676 ¹⁾
Verleihgewerbe und sonstige Hilfgewerbe des Handels	675	677, 678
Geld-, Bank- und Börsenwesen (ohne Postscheck- und Post- sparkassendienst)	681	681, 682, 683, 684, 685, 686, 688
Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)	691	691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698
Dienstleistungen		
Wohnungs- und Grundstücks- wesen, Vermögensverwaltung	711	711, 715
Gaststättenwesen	721	721, 725
Kunst, Schrifttum, Theater, Film und Rundfunkwesen, Schau- stellungsgewerbe; private For- schung		
Kunst und Schrifttum, Theater, Film	731	731, 733, 734
Rundfunkwesen	733	735
Schaustellungsgewerbe	735	736
Freiberufliche wissenschaftliche, künstlerische und schriftstelle- rische Tätigkeit	737	732
Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	741	741, 745
Nachrichten-, Schreib- und Über- setzungsbüros		
Korrespondenz- und Nach- richtenbüros	751	751
Schreib- und Übersetzungsbüros	755	755
Photographisches Gewerbe	761	761, 765
Friseurgewerbe	771	771, 775
Reinigungs-, Bewachungs- und Trägergewerbe, privates Be- stattungswesen		
Wäscherei, Färberei und Che- mische Reinigung	781	781
Gebäudeinnenreinigung	783	783

¹⁾ Die Handels(Waren-)vertreter und -makler sind in der Berufszählung stets den der Ware entsprechenden Wirtschaftszweigen zugeordnet worden, während sie in der Arbeitsstättenzählung in den besonderen Wirtschaftszweigen 671 bis 673 nachgewiesen werden.

Wirtschaftszweige der Berufszählung		Entsprechende Wirtschaftszweige der Arbeitsstättenzählung
Bezeichnung	System. Nr.	
Bewachungs- und Aufbewah- rungsgewerbe	785	784, 787
Dienstmann- und Trägergewerbe	787	786
Privates Bestattungswesen	789	785
Häusliche Dienste	791	— ¹⁾
Verkehrswesen		
Deutsche Bundespost	811	811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818
Deutsche Bundesbahn	821	821, 822, 823, 824, 825
Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundesbahn) einschl. Obusbetriebe	831	831, 835
Straßenverkehr (ohne Schienenbahnen und Obusbetriebe)	841	841, 844, 847
Schiffahrts-, Wasserstraßen- und Hafenwesen		
Verwaltung des Schiffahrts- und Wasserstraßenwesens	851	851
See- und Küstenschifffahrt	854	852, 853, 854
Binnenschifffahrt	857	855, 856, 857
Luftverkehr	861	861, 865
Verkehrsneben- und -hils- gewerbe		
Spedition und Lagerei	871	871
Garagen, Reisebüros	875	873, 874, 876, 877
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffent- lichen Interesse		
Öffentliche Verwaltung		
Öffentliche Verwaltung (einschl. Rechtspflege, Finanz- und Ar- beitsverwaltung)	911	910, 912, 914
Polizei	915	913
Besatzungsmächte und aus- ländische Vertretungen		
Besatzungsdienststellen (auch Haushaltungen)	921	— ²⁾
Konsulate und ausländische Missionen	925	— ²⁾
Politische und wirtschaftliche Organisationen	931	931, 934, 937
Rechts- und Wirtschaftsberatung		
Rechtsberatung	941	941
Wirtschaftsberatung	945	945
Kirchen, weltanschauliche Ver- einigungen	951	951, 955
Erziehung, Wissenschaft, Kultur	961	961, 965
Fürsorge und Wohlfahrtspflege	971	971, 975
Sozialversicherung	981	981, 983, 985, 987
Gesundheitswesen und Hygiene		
Gesundheitswesen	991	991, 992
Veterinärwesen, öffentliches Be- stattungswesen, Straßenreini- gung	995	993, 994, 995, 996, 997
Ohne Angabe der Betriebs- zugehörigkeit	999	—

¹⁾ Die Haushaltung ist nicht als Arbeitsstätte im Sinne der Arbeitsstättenzählung anzusehen. — ²⁾ Die Arbeitsstättenzählung hat diese Arbeitsstätten nicht erfaßt.

Gliederung der Abteilungen und Gruppen zum Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten

0	1	2	3/4	5	6	7	8	9
Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei (einschließlich Gartenbau und Tierzucht)	Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	Eisen- und Metall-herzeugung und -verarbeitung	(ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	Handel, Geld- und Versicherungswesen	Dienstleistungen (ohne solche der Abteilung 9)	Verkehrswirtschaft	Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse
01 Landwirtschaft (ohne Gartenbau, Baumschulen und gewerbliche Tierzucht)	11 Steinkohlenbergbau	21 Eisen- und Stahlindustrie (einschließlich Eisenwalzwerke u. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien)	31 Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	51 Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	61 Ein- und Ausfuhrhandel	71 Wohnungs- und Grundstückswesen; Vermögensverwaltung	81 Deutsche Bundespost	91 Öffentliche Verwaltung
02 Landwirtschaftlicher Gartenbau u. Baumschulen (ohne forstwirtschaftliche Kulturen) ¹⁾	12 Braunkohlenbergbau	22 NE-Metallindustrie (einschließlich NE-Metallwalzwerke u. NE-Metallgießereien)	32 Chemische Grundindustrie u. Pharmazeutische Industrie	52 Textilgewerbe	62/63 Binnengroßhandel (einschließlich Gemeinschaftsverkauf und Verlagswesen)	72 Gaststättenwesen	82 Deutsche Bundesbahn	92 Besatzungsmächte und ausländische Vertretungen ²⁾
03 Erzbergbau	13 Erzbergbau	23 Stahlbau (einschließlich Waggonbau)	33 Kunststoff- und chemisch-technische Fertigung ¹⁾	53 Bekleidungsgewerbe	64 Einzelhandel	73 Kunst, private Forderung, Theater, Film, Rundfunk	83 Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundesbahn)	93 Politische und wirtschaftliche Organisationen
04 Forst- und Jagdwirtschaft	14 Salzbergbau und Salinen	24 Maschinenbau (einschließlich Lokomotiv- und Ackerschlepperbau)	34 Kunststoffverarbeitung	54 Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Turn- und Sportgeräten, Schmuckwaren und Bearbeitung v. Edelsteinen	65/66 Warenhandel (vorgesehen nur für Zwecke der Berufszählung)	74 Sportpflege, Bade- und Schwimmanstalten	84 Straßenverkehr	94 Rechts- und Wirtschaftsberatung
05 Sonstiger Bergbau (einschließlich Erdöl-gewinnung, Gewinnung u. Aufbereitung von Bernstein und Torf)	15 Sonstiger Bergbau (einschließlich Erdöl-gewinnung, Gewinnung u. Aufbereitung von Bernstein und Torf)	25 Schiffbau (einschließlich Bootsbau)	35 Gummi- und Asbestverarbeitung	55 Mühlen-, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süßwarengewerbe	67 Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih	75 Korrespondenz-, Nachrichten-, Schreib- und Übersetzungsbüros	85 Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafengewesen	95 Kirche, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
06 Nichtlandwirtschaftliche (gewerbliche) Gärtnerei	16 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und grobkeramischen Erzeugnissen	26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	36 Feinkeramische und Glasindustrie	56 Bauinstallation	68 Geld-, Bank- und Börsenwesen (ohne Postscheckdienst und Postsparkassen)	76 Fotografisches Gewerbe	86 Luftverkehr	96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur
07 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und grobkeramischen Erzeugnissen	17 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und grobkeramischen Erzeugnissen	27 Elektrotechnik	37 Sägerei und Holzbearbeitung	57 Ausbaugewerbe	69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)	77 Friseurgewerbe und Schönheitssalons	87 Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe	97 Fürsorge und Wohlfahrtspflege
08 Hochsee- und Küstenfischerei	18 Gewinnung und Verarbeitung von Meeresfrüchten	28 Feinmechanik und Optik	38 Holzverarbeitung (einschließlich Verarbeitungen von natürlichen Schnitz- und Formstoffen)	58 Geträntkelherstellung	70 Hausliche Dienste (vorgesehen nur für Zwecke der Berufszählung)	78 Übrige Dienstleistungen (ohne solche der Abteilung 9)	88 Sozialversicherung	98 Gesundheitswesen und Hygiene
09 Binnenfischerei und Fischzucht	19 Energiegewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke)	29 Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	39 Papierherzeugung und -verarbeitung; Druckereigewerbe (einschließlich Licht- und Fotopapiererei)	59 Bauhilfsgewerbe	79 Hausliche Dienste (vorgesehen nur für Zwecke der Berufszählung)		89	99

¹⁾ Wird von der Landwirtschaftlichen Betriebszählung erfaßt. — ²⁾ Für die Arbeitsstättenzählung mit Gruppe 32 zusammengelegt. — ³⁾ Wurde nicht erfaßt.

Systematisches Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950)

(Auszug)

Vorbemerkung: Aus dem »Systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950)« sind nur die Bezeichnungen der Abteilungen, Gruppen, Zweige und Klassen entnommen worden, während die Betriebsbenennungen fortgelassen wurden. In der Zwischenzeit vorgenommene Ergänzungen und Berichtigungen wurden berücksichtigt. Textliche und nummermäßige Abweichungen gegenüber dem genannten Verzeichnis ergaben sich im Zuge der Aufbereitung. Für diese wurden danach verwandt:

9 Abteilungen¹⁾ = einstelliger Schlüssel²⁾
 73 Gruppen = zweistelliger Schlüssel²⁾
 117 Zweige = dreistelliger Schlüssel²⁾
 660 Klassen = vierstelliger Schlüssel³⁾

Größere Änderungen erfolgten vor allem bei der Abteilung 0.

Die Klassen- bzw. Schlüsselnummer wurde bei der Signierung der Arbeitsstättenbogen verwandt. Die kombinierten Zweige und Klassen sind durch *Kursivdruck* kenntlich gemacht.

¹⁾ Abteilung 3/4 als eine Abteilung gezählt. — ²⁾ Nummern auf der linken Seite der Spalten. — ³⁾ Nummern auf der rechten Seite der Spalten (Schlüsselnummern).

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
0 Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei (einschl. Gartenbau und Tierzucht)		085 Küsten-, Haff- und Kleine Hochseefischerei Küsten-, Watten-, Strand- und Haffischerei, Fischerei in den großen Flußmündungen, Kleine Hochseefischerei (Kutterfischerei)	0850
01 Landwirtschaft (d. h. mit bewirtschafteter Bodenfläche) (ohne Gartenbau, Baumschulen und gewerbliche Tierzucht)⁴⁾		09 Binnenfischerei und Fischzucht⁵⁾	
015 Weinbau⁴⁾	0150	090 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe (nicht Verwaltungsämter)⁵⁾	0909
04 Forst- und Jagdwirtschaft⁴⁾		091 Binnenfischerei⁵⁾ Seen- und Flußfischerei	0910
041 Forstwirtschaft⁴⁾	0410	095 Fischzucht⁵⁾ Karpfen- und Forellenzucht	0950
06 Nichtlandwirtschaftliche (gewerbliche) Gärtnerei und Sämereiwirtschaft (d. h. ohne bewirtschaftete Bodenfläche)		1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	
060 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	0609	11 Steinkohlenbergbau	
061 Nichtlandwirtschaftliche (gewerbliche) Gärtnerei und Sammelwirtschaft	0610	110 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	1109
065 Sämereiwirtschaft Saatgutbeizerei und Sämereiwirtschaft	0650	111 Steinkohlengewinnung, -brikettfabriken und Kokereien Steinkohlengewinnung, -aufbereitung, -wäsche und -zerkleinerung; Herstellung von Steinkohlenbriketts; Kokswerke	1110
07 Nichtlandwirtschaftliche (gewerbliche) Tierzucht (d. h. ohne bewirtschaftete Bodenfläche)		12 Braunkohlenbergbau	
070 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	0709	120 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	1209
071 Tierzucht Gewerbliche Tierzucht und Tierhaltung (einschl. Bienenzucht)	0710	121 Braun- und Pechkohlengewinnung, Braunkohlenbrikettfabriken Braunkohlenbriketts und -staub, Trockenkohle und Naßpreßsteine	1210
08 Hochsee- und Küstenfischerei		125 Braunkohlenschwelerei Braunkohlenschwelerei und -vergasung, Herstellung von Grudekoks	1250
080 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	0809		
081 Dampfer- und Große Heringsfischerei Dampferhochseefischerei und Robbenfangunternehmen Große Heringsfischerei (Loggerfischerei)	0811 0815		

⁴⁾ Betriebe mit bewirtschafteter Bodenfläche werden innerhalb der Landwirtschaftlichen Betriebszählung erfaßt. Verwaltungsämter werden bei der Gruppe 91 = »Öffentliche Verwaltung« ausgewiesen.

⁵⁾ Betriebe mit bewirtschafteter Wasserfläche werden innerhalb der Landwirtschaftlichen Betriebszählung erfaßt. Verwaltungsämter werden bei der Gruppe 91 = »Öffentliche Verwaltung« ausgewiesen.

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
13 Erzbergbau		176 Herstellung von Ziegelei- und anderen grob- keramischen Erzeugnissen	
130 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	1309	Herstellung von Ziegeleierzeugnissen	1761
131 Eisenerzbergbau		Herstellung von Grobsteinzeug für Gewerbe und Landwirtschaft	1764
Gewinnung, Aufbereitung und Rösterei von Eisenerzen	1310	Herstellung von feuer- und säurefesten Erzeugnissen	1767
135 Metallerzbergbau		177 Herstellung von künstlichen Steinerzeugnissen	
Gewinnung und Aufbereitung von Metall- erzen, Schwefelkies, Magnetkies und Bauxit	1350	Herstellung von Betonwaren, -fertigteilen und -werksteinen einschl. Terrazzowaren	1771
		Herstellung von Kalksandsteinen	1773
14 Salzbergbau und Salinen		Gewinnung von Rohbims und Herstellung von Bimsbaustoffen	1775
140 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	1409	Herstellung von Isolier- und Leichtbauplatten	1777
141 Kalisalzbergbau		Herstellung von Asbestzementwaren	1779
Kalisalz- und Kainitbergbau	1410	178 Sonstige Zweige der Industrie der Steine und Erden	
144 Steinsalzbergbau		Herstellung von Mörtel und Edelputz	1781
Steinsalzbergbau (einschl. künstlicher Sole- gewinnung)	1440	Herstellung von mineralischen Isoliermitteln und Filtern (ohne betriebseigene Rohstoff- gewinnung), von Schlackenerzeugnissen (ein- schließlich Schlackenaufbereitung), von Bau- stoffen aus Trümmerverwertung und von anderweitig nicht genannten künstlichen Steinerzeugnissen	1785
147 Salinen			
Salinen und natürliche Solequellen	1470		
15 Sonstiger Bergbau (einschl. Erdölgewinnung, Gewinnung und Aufbereitung von Bernstein und Torf)		19 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Fernheizwerke)	
150 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	1509	190 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	
151 Gewinnung und Aufbereitung von Graphit, Fluß- und Schwerspat		Elektrizitätswerke mit Gaswerk (Kombination der Klasse 1910 mit 1930)	1901
Gewinnung und Aufbereitung von Graphit	1511	Elektrizitätswerke mit Fernheizwerk (Kombi- nation der Klasse 1910 mit 1970)	1902
Gewinnung und Aufbereitung von Flußspat und Schwerspat	1515	Gaswerke mit Fernheizwerk (Kombination der Klasse 1930 mit 1970)	1903
153 Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, Erdgas und sonstigen bituminösen Stoffen		Wasserwerke mit Elektrizitäts- und Gaswerk (Kombination der Klasse 1950 mit 1910 und 1930)	1904
Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Gewinnung von Ölkreide, Ölschiefer und Ozokerit	1530	Wasserwerke mit Elektrizitätswerk (Kombi- nation der Klasse 1950 mit 1910)	1905
155 Bernsteinengewinnung und grobe Bearbeitung		Wasserwerke mit Gaswerk und Fernheizwerk (Kombination der Klasse 1950 mit 1930 und 1970)	1906
Gewinnung, Aufbereitung und grobe Bearbeitung von Bernstein	1550	Wasserwerke mit Gaswerk (Kombination der Klasse 1950 mit 1930)	1907
157 Torfgräberei		Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs- betriebe	1909
Gewinnung und Aufbereitung von Torf	1570	191 Elektrizitätsgewinnung und -versorgung (öffentliche)^{a)}	
		Elektrizitätserzeugungs- und -verteilungs- anlagen	1910
17 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden und grobkeramischen Erzeugnissen		193 Gasgewinnung und -versorgung (öffentliche)^{a)}	
170 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	1709	Gaserzeugungs- und -verteilungsanlagen	1930
171 Gewinnung und Bearbeitung von Natursteinen, Schiefer, Naturasphalt und anderen Mineralien		195 Wassergewinnung und -versorgung (öffentliche)^{a)}	
Gewinnung und Bearbeitung von Natur- steinen für den Wege-, Bahn-, Wasser- und Betonbau und zu Werksteinen und Platten; Stein- und Terrazzomahlwerke	1711	Wassergewinnungs- und -versorgungsanlagen	1950
Gewinnung, Bearbeitung und Aufbereitung von Schiefer (ohne Jurakalkschiefer), Natur- asphalt, Rohton, Lehm, Kaolin, Farberden, Kieselgur (einschl. betriebseigener Her- stellung von mineralischen Isoliererzeugnissen aus Kieselgur) und sonstigen anderweitig nicht genannten Mineralien	1715	197 Fernheizwerke	
172 Steinbildhauerei und Steinmetzerei		Fernheizwerke und -verteilungsanlagen	1970
Steinbildhauerei und Steinmetzerei (einschl. betriebseigenem Steinbruch)	1720		
173 Gewinnung und Aufbereitung von Sand und Kies	1730	2 Eisen- und Metallerzeugung und -ver- arbeitung	
174 Zementindustrie		21 Eisen- und Stahlindustrie (Eisenschaffende Industrie einschl. Kaltwalzwerke und Eisen-, Stahl- und Tempergießereien)	
Herstellung von Zement und zement- ähnlichen Bindemitteln	1740	210 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2109
175 Kalk-, Gips- und Kreidegewinnung und -verarbeitung		211 Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	2110
Gewinnung und Aufbereitung von Kalkstein	1751	213 Schmiede-, Preß- und Hammerwerke	2130
Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung von Gipsstein und Kreide	1755		

^{a)} »Öffentliche« bedeutet: »Absatz an die Öffentlichkeit«.

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
215 Ziehereien und Kaltwalzwerke		26 Straßen- und Luftfahrzeugbau	
Kaltwalzwerke, Stab- und Präzisionsrohr- ziehereien, Drahtziehereien (einschl. Herstel- lung von Drahterzeugnissen) (grobe und feine Drahtwarenherstellung siehe Klassen 2910 und 2954)	2150	260 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2609
217 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	2170	261 Bau von Kraftfahrzeugen und deren Motoren	2610
22 NE - Metallindustrie (einschl. NE - Metall- halbzeugwerke und NE-Metallgießereien)		262 Herstellung von Kraftfahrzeugbestandteilen und -zubehör (siehe auch Klasse 2945)	2620
220 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2209	263 Bau von Kraftfahrzeugkarosserien und -anhängern	2630
221 Metallhütten und Umschmelzwerke (einschl. Raffinieranstalten)		264 Stellmacherei und Bau von Bespannfahrzeugen und Ackerwagen	2640
Blei-, Zink-, Kupfer-, Zinn-, Aluminium- und andere Metallhütten und -schmelzwerke (ohne Edelmetallerzeugende Hütten)	2210	265 Fahrrad-, Krankenfahrstuhl- und Kinderwagen- bau	2650
223 Edelmetallerzeugende Hütten und Edelmetall- scheideanstalten	2230	266 Luftfahrzeugbau und -reparaturen	
225 Metallhalbzeugwerke		Reparatur von Flugzeugen und Abwrack- betriebe für Flugzeuge; Bau von Ballons	2660
Walz-, Hammer- und Preßwerke für Kupfer, Blei, Leichtmetalle und sonstige Metalle (einschl. Edelmetallhalbzeugwerke); Metall- drahtziehereien	2250	268 Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge und Fahrräder	
227 Metallgießereien		Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten und -Ab- wrackbetriebe (einschl. betriebseigener Fahr- radreparatur)	2681
Schwer- und Leichtmetallgießereien (ohne Edelmetallgießereien)	2270	Fahrradreparaturwerkstätten	2685
23 Stahlbau		27 Elektrotechnik	
230 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2309	270 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2709
231 Bau von Stahl- und Eisenkonstruktionen		271 Allgemeine Elektrotechnik	2710
Bau von Stahl- und Eisenkonstruktionen (einschl. Bau von Weichen, Kreuzungen, Dreh- scheiben u. ä., aber ohne Bau von Feld- und Industriebahnmaterial)	2310	275 Elektroreparatur- und -montagewerkstätten	2750
233 Waggonbau		28 Feinmechanik und Optik	
Bau von Eisenbahn-, Hochbahn- und Straßen- bahnwagen (ohne Bau von Feld- und Industrie- bahnwagen); Reparatur- und Umbauwerk- stätten für Waggonen (ohne bahneigene Werk- stätten)	2330	280 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2809
234 Bau von Feld- und Industriebahnwagen und Material hierfür	2340	281 Herstellung von optischen Erzeugnissen	2810
235 Kesselbau		282 Herstellung von Foto-, Projektions- und kino- technischen Erzeugnissen	2820
Dampfkessel-, Feuerungs-, Behälter- und Rohr- leitungsbau (ohne Lokomotivkesselbau)	2350	284 Herstellung und Reparatur von feinmechanischen Erzeugnissen	2840
236 Montage von Wärme-, Lüftungs- und gesund- heitstechnischen Anlagen		285 Herstellung von medizinmechanischen Erzeug- nissen	2850
Montage von Wärme-, Lüftungs- und gesund- heitstechnischen Anlagen (einschl. betriebs- eigenem Bau von Anlageteilen; die Herstel- lung von Ventilatoren, Gebläsen, Kompres- soren und sonstigen maschinellen Einrich- tungen gehört zum Maschinenbau)	2360	287 Herstellung und Reparatur von nichtelektrischen Uhren	
24 Maschinenbau		Herstellung von nichtelektrischen Uhren und Uhrenbestandteilen; Uhrenreparaturen	2870
240 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2409	29 Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren- gewerbe	
241 Allgemeiner Maschinenbau	2410	290 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2909
248 Technische Büros des Maschinenbaues und Reparaturwerkstätten für Maschinen		291 Stahlverformung	2910
Konstruktionsbüros und sonstige technische Büros des Maschinenbaues (ohne Fertigung)	2481	293 Herstellung von Heiz- und Kochgeräten und Blechwaren	
Reparaturwerkstätten für Maschinen und Apparate (örtlich getrennt von der Fertigung; einschl. betriebseigener Fahrrad-, Sprech- maschinen- und sonstiger Reparaturen)	2485	Herstellung von Heiz- und Kochgeräten	2931
25 Schiffbau		Herstellung von Blechwaren und Feinblech- packungen, Metallmöbeln, Metallbetten und Stahldrahtmatratzen	2935
250 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	2509	294 Herstellung von Schlössern und Beschlägen, Fahrrad- und Kraftfahrzeugteilen	
251 Schiff- und Bootsbau		Herstellung von Schlössern und Beschlägen	2941
Bau und Reparatur von Schiffen, Booten und Jachten	2510	Herstellung von Fahrrad- und Kraftfahrzeug- teilen und -zubehör (siehe auch Klasse 2620)	2945
		295 Herstellung von Schneidwaren, Metall- und Kurzwaren; Schleiferei	
		Herstellung von Schneidwaren und Bestecken, Handelswaffen, Munition und blanken Waffen	2951
		Herstellung von Haushaltmaschinen, Metall- waren, Bürogeräten, Kurzwaren und Nadeln	2954
		Schleiferei (soweit nicht zur Fabrikation ge- hörig)	2957
		296 Herstellung von Werkzeugen	
		Herstellung von Werkzeugen (ohne Herstellung von Präzisionswerkzeugen für die Metall- und Werkstoffbearbeitung und ohne Präzi- sionsmeßzeuge)	2960

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
297 Schmiederei	2970	Herstellung von keramischen Mosaik-, Wand- und Bodenplatten, Kachelöfen, Ofenkacheln und Baukeramik	3617
298 Schlosserei und Schweißerei	2980	Herstellung von künstlichen Wetzsteinen und Schleifmitteln	3618
299 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der Gruppe			
Schlosserei mit Klempnerei (Kombination der Klasse 2980 mit 5610)	2991	365 Glasindustrie	
		Flachglaserzeugung	3651
		Hohlglaserzeugung	3653
		Herstellung von Glasfasern, -gespinsten, -wolle, -seide und -pulver	3655
		Glasverarbeitung	3657
		Glasveredlung	3659
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)			
31 Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie		37 Sägerei und Holzbearbeitung	
310 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3109	370 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3709
311 Erdölverarbeitung		371 Säge- und Hobelwerke	
Destillation, Raffination, Crackung und Hydrierung von Erdöl	3110	Sägewerke (einschl. Herstellung von Pfahl- und Brennholz; einschl. betriebseigenem Hobelwerk, Zimmerei und nichtserienmäßigem Ingenieurholzbau)	3711
314 Braunkohlenteerdestillation und Ölschieferschwelerei		Hobelwerke (einschl. betriebseigener Zimmerei und nichtserienmäßigem Ingenieurholzbau)	3715
Braunkohlenteer- und Torfteerdestillation; Ölschieferschwelerei und -verarbeitung	3140	373 Holzimprägnier- und -auslaueanstalten	3730
317 Kohlenwertstoffindustrie		375 Furnier- und Schälwerke	3750
Steinkohlenteerdestillation und Benzolverarbeitung, Herstellung von Kraft- und Schmierstoffen durch Hydrierung und Synthese	3170	377 Sperrholz-, Holzspan- und Holzfaserplattenwerke	
		Sperrholzwerke	3771
		Holzfaserplatten- und Holzspanplattenwerke	3775
32 Chemische Industrie		38 Holzverarbeitung (einschl. Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen)	
320 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3209	380 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3809
321 Allgemeine chemische Industrie	3210	381 Herstellung von Bauelementen und in Serien gefertigten Holzbauten; Bau- und Möbeltischlerei	
		Bau- und Möbeltischlerei (nur Handwerksbetriebe)	3811
34 Kunststoffverarbeitung		Herstellung von Bauelementen und -zubehör und Herstellung von in Serien gefertigten Holzbauten u. ä. (keine Handwerksbetriebe)	3815
340 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3409	382 Herstellung von Möbeln, Holzgehäusen und anderen Tischlereierzeugnissen	
341 Herstellung von Kunststoffteilen und -waren	3410	Herstellung von Möbeln, Holzgehäusen und Särgen; Innenausbau-Betriebe und -Werkstätten; Modell- und Formentischlerei	3820
345 Herstellung von Kunstleder, Linoleum, Linkrusta und Wachstuch	3450	383 Herstellung von Polstermöbeln	
		Herstellung von Polstermöbeln; Tapeziergewerbe einschl. Dekorateure (ohne Matratzenherstellung und ohne Schaufensterdekorateure)	3830
35 Gummi- und Asbestverarbeitung		384 Böttcherei und Herstellung von Verpackungsmitteln	
350 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3509	Herstellung von Faßholz, Fässern, Kübeln und Bottichen	3841
351 Herstellung von Gummiwaren		Herstellung von Kisten, Koffern und deren Bestandteilen (ohne Zigarrenkisten)	3844
Herstellung von Bereifungen	3511	Herstellung von Zigarrenkisten und Zigarrenwickelformen, Holzwolke und Holzwoollseilen, Holzdraht, Holzstanz- und -spanwaren (ohne Spankörbe)	3847
Herstellung von Weich- und Hartgummiwaren	3515		
354 Regenerieranlagen, Vulkanisier- und Reparaturanstalten	3540	385 Drechslerei, Holzbildhauerei und Herstellung von sonstigen Holzwaren	
357 Herstellung von Asbestwaren		Herstellung von Drechsl器waren, Stöcken, Schirmgriffen und Peitschen	3851
Herstellung von Asbest-, Gummi-asbest- und Kupferasbestwaren (ohne Asbestzementwaren)	3570	Holzbildhauerei und -schnitzerei	3854
		Herstellung von sonstigen anderweitig nicht genannten Holzwaren	3857
36 Feinkeramische und Glasindustrie			
360 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3609		
361 Herstellung von feinkeramischen Erzeugnissen			
Herstellung von Haushalts-, Wirtschafts- und Ziergegenständen aus Porzellan und Porelit und keramischen Dentalpräparaten	3611		
Herstellung von Haushalts-, Wirtschafts- und Ziergegenständen aus Steingut und feinem Steinzeug	3613		
Herstellung von Ton- und Töpferwaren, Terrakotten und graublauem Steinzeug	3614		
Herstellung von sanitärer Keramik	3615		
Herstellung von technischen und chemisch-technischen Gegenständen aus Porzellan, Steingut und Steatit	3616		

386 Herstellung von Korb-, Flecht- und Bürsten- waren			
Rohrzurichterei, Herstellung von Korbmöbeln und anderen Korbwaren sowie von Flecht- waren	3861		
Borstenzurichterei und Herstellung von Bür- sten, Besen und Pinseln (nicht Kunststoff- erzeugnisse)	3865		
387 Herstellung von Erzeugnissen aus natürlichen Schnitz- und Formstoffen und Kork			
Herstellung von Erzeugnissen aus minerali- schen, tierischen und pflanzlichen Schnitz- und Formstoffen (ohne solche aus Holz und Stroh); Herstellung von Korkerzeugnissen	3870		
388 Holzveredlung			
Veredlung von Holz-, Korb-, Flecht-, Schnitz- und Formwaren	3880		
389 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der Gruppe			
<i>Tischlerei mit Glaserei (Kombination der Klasse 3811 mit 5710)</i>	3891		
39 Papiererzeugung und -verarbeitung; Druckereigewerbe (einschl. Licht- und Foto- pauserei)			
390 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	3909		
391 Papiererzeugung			
Holz- und Zellstoff-, Papier- und Pappen- erzeugung	3910		
393 Papierveredlung			
Herstellung von gestrichenen Papieren	3931		
Herstellung von gummierten und chemisch- technischen Papieren	3935		
395 Papierverarbeitung			
Tapetenindustrie	3951		
Papierwarenherstellung	3953		
Pappenverarbeitung (einschl. Herstellung von Wellpappe)	3955		
Buchbinderei	3957		
397 Druckereigewerbe			
Buch-, Flach- und Tiefdruckerei (einschl. betriebseigener Buchbinderei und betriebs- eigenem Verlag)	3971		
Chemigrafische Anstalten und Gummistempel- fabriken	3974		
Licht- und Fotopauserei	3977		
41 Ledererzeugung und -verarbeitung			
410 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4109		
411 Ledererzeugung			
Gerberei, Lederzurichtung, -färbung und -lackiererei	4110		
413 Herstellung von Lederwaren			
Herstellung von technischen Lederartikeln und sonstigen Leder- und Sattlerwaren	4130		
415 Herstellung von Lederhandschuhen	4150		
417 Schuhherstellung und Reparatur			
Herstellung von Schuhen und Ledergamaschen	4171		
Schuhreparaturwerkstätten und Maßschuh- macherei	4175		
42 Textilgewerbe			
420 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe			
<i>Spinnweberei (Kombination der Klasse 4230 mit 4240)</i>	4201		
Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs- betriebe	4209		
421 Zellwoll- und Reyon- (Kunstseide-) Herstellung			
Zellwoll- und Reyon- (Kunstseide-) her- stellung (einschl. betriebseigener Zwirner- ei und Veredlung)	4210		
422 Gewerbliche Erzeugung und Aufbereitung von Spinnstoffen			
Lohnwollwäschereien und -kämmereien, Bast- faseraufbereitung, Herstellung von Reiß- spinnstoffen, Industriewatte, Putzwolle und Hutstoff	4220		
423 Spinnerei und Garnbearbeitung (einschl. be- triebseigener Reiferei und Veredlung) ohne solche der Klasse 4260	4230		
424 Weberei (einschl. betriebseigener Zwirner- ei, Veredlung und Näherei) ohne solche der Klasse 4260	4240		
425 Wirkerei und Strickerei (einschl. betriebseig- ener Zwirner- ei, Veredlung und Näherei) ohne solche der Klasse 4260	4250		
426 Sonstiges Textilgewerbe	4260		
427 Textilveredlung (Ausrüstung)	4270		
428 Hilfgewerbe der Textilindustrie	4280		
43 Bekleidungsgewerbe			
430 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4309		
431 Herstellung von Oberbekleidung			
Fabrikation von Berufs- und Sport-, Leder- und Regenschutzkleidung	4311		
Fabrikation von Herren- und Knabenfertig- kleidung	4313		
Fabrikation von Damen- und Mädchenfertig- kleidung	4315		
Herren- und Damenschneiderei	4317		
432 Herstellung von Wäsche			
Herstellung von Leib- und Unterwäsche, von Schürzen, Rüschen und Weißwaren	4320		
433 Herstellung und Reparatur von Hüten und Mützen			
Herstellung und Reparatur von Hüten (ohne Herstellung von Filzstumpen), Mützen, Hut- und Mützenzutaten, Putzmacherei	4330		
434 Herstellung von Bekleidungszubehör			
Herstellung von Krawatten und Schals	4341		
Herstellung und Reparatur von Schirmen	4344		
Herstellung von sonstigem Bekleidungs- zubehör	4347		
435 Bettfedernaufbereitung und Matratzen- herstellung			
Zurichtung und Aufbereitung von Bettfedern und Pflanzendaunen (Kapok); Herstellung von Matratzen, Stepp- und Daunendecken und sonstigen Polsterwaren (ohne Polster- möbel)	4350		
436 Rauchwarenzurichtung und Kürschnerei			
Fellzurichtung und -veredlung; Herstellung von Pelzkleidung und Pelzwaren	4360		
437 Hilfgewerbe der Kleider- und Wäsche- herstellung	4370		
44 Herstellung von Musikinstrumenten, Spiel- waren, Turn- und Sportgeräten, Schmuck- waren und Bearbeitung von Edelsteinen			
440 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4409		
441 Herstellung von Großmusikinstrumenten			
Bau von Pianofortes, Zungenorgeln (Harmo- nien) und Pfeifenorgeln	4410		
442 Herstellung von sonstigen Musikinstrumenten	4420		
443 Herstellung von Spielwaren, Puppen und Christbaumschmuck	4430		
444 Herstellung von Turn- und Sportgeräten und Faltbooten	4440		

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
445		Herstellung von Schmuckwaren und schmuck- ähnlichen Erzeugnissen	4450
446		Bearbeitung von Edelsteinen	
		Bearbeitung von Edel- und Halbedelsteinen, Perlen, Perlmutter und Hartglas	4460
45		Mühlengewerbe, Nahrungsmittel-, Stärke- und Futtermittelindustrie, Bäckerei- und Süß- warengewerbe	
450		Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	
		Mühlengewerbe mit Bäckerei (Kombination der Klasse 4510 mit 4564 oder 4567)	4501
		Ortlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs- betriebe	4509
451		Mühlengewerbe (ohne Öl- und Gewürzmühlen und solche der Futtermittelindustrie)	4510
452		Nahrungsmittel- und Zutatenindustrie	4520
453		Stärkeindustrie	4530
454		Kartoffeltrocknungsindustrie	4540
455		Futtermittelindustrie	4550
456		Bäckerei und Brotindustrie	
		Brot- und Frischbackwarenindustrie	4561
		Handwerkliche Bäckerei und Konditorei ohne Gastwirtschaft und Kaffee-Ausschank	4564
		Handwerkliche Bäckerei und Konditorei mit Gastwirtschaft und Kaffee-Ausschank	4567
457		Herstellung von Dauerbackwaren, Kunsthonig und Mischsirup	
		Herstellung von Keksen, Zwieback und anderen Dauerbackwaren	4571
		Herstellung von Kunsthonig und Mischsirup	4575
458		Süßwarengewerbe	
		Rohkakao verarbeitende Industrie, Her- stellung von Schokoladeerzeugnissen und Zuckerwaren sowie von Speiseeis	4580
459		Betriebe mit Kombinationen außerhalb der Gruppe	
		Handwerkliche Bäckerei mit Fleischerei (Kom- bination der Klasse 4564 oder 4567 mit 4614 oder 4617)	4591
46		Fleisch- und Fischverarbeitung, Milchver- wertung, Speiseöl- und Speisefettherstel- lung; Zuckerindustrie	
460		Ortlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4609
461		Fleischerei und Fleischwarenindustrie	
		Fleischwarenindustrie, Talgschmelzen und Schmalzsiedereien	4611
		Fleischerei ohne Gastwirtschaft	4614
		Fleischerei mit Gastwirtschaft	4617
462		Schlachthäuser	4620
463		Fischverarbeitung	
		Fischindustrie (einschl. Fischeiweißherstellung, ohne Walindustrie)	4631
		Walindustrie	4635
464		Milchverwertung	
		Molkerei (Städtische Kuhhaltung)	4641
		Molkerei und sonstige Milchverwertung	4645
465		Ölmühlen und Margarineindustrie	
		Ölmühlen und -fabriken, Ölraffinations- und -härtungsanlagen; Margarine- und Kunst- speisefettindustrie	4650
466		Zuckerindustrie	4660
47		Obst- und Gemüseverwertung, Kaffee- und Teeverarbeitung, Herstellung von Ge- würzen u. ä., Eisgewinnung und Kühl- häuser	
470		Ortlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4709
471		Obst- und Gemüseverarbeitung	4710
472		Kaffeeverarbeitung und Herstellung von Kaffee-Ersatz	
		Kaffeerösterei und sonstige Kaffeeverarbei- tung; Herstellung von Kaffee-Ersatz und -Zusatz	4720
473		Teeverarbeitung und Herstellung von teeähn- lichen Erzeugnissen	4730
474		Herstellung von Essig, Senf, Essenzen, Aromen, Gewürzen u. ä.	4740
475		Herstellung von Hefe und Eiweißergeu- nissen für Ernährungszwecke	4750
476		Eisgewinnung	4760
477		Kühlhäuser	4770
48		Getränkeherstellung	
480		Ortlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4809
481		Brauerei und Mälzerei	4810
483		Spiritusindustrie (einschl. Hefeherstellung)	
		Brennereien, Preßhefefabrikation, Spiritus- reinigungsanstalten, Herstellung von Trink- branntwein	4830
485		Herstellung von verarbeiteten Weinen	
		Herstellung von Kräuter-, Obst- und Beeren- wein, verarbeitetem Traubenwein und Traubenschaumwein	4850
487		Herstellung von Mineralbrunnen, Mineral- wasser und Limonaden	
		Herstellung von künstlichem Mineralwasser, Limonaden und sonstigen Erfrischungsgeträn- ken, Abfüllung und Bearbeitung von natür- lichem Mineralwasser und Solen	4870
49		Tabakwarenherstellung	
490		Ortlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	4909
491		Zigarrenfabrikation	
		Herstellung von Zigarren, Stumpen und Zigarillos	4910
495		Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabak- fabrikation	4950
5		Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	
51		Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	
510		Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	
		Allgemeiner Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (Kombination der Klasse 5130 mit 5141 bis 5148)	5101
		Ortlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs- betriebe	5109
511		Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungs- büros (nicht amtlich)	5110
513		Hoch- und Ingenieurbau	
		Hoch- und Ingenieurbau (Mauerei, Beton- und Stahlbetonhochbau)	5130
514		Tief- und Ingenieurbau	
		Allgemeiner Tief- und Ingenieurbau einschl. Landeskulturbau (ohne reine Betriebe der Klassen 5142 bis 5148)	5141
		Eisenbahnoberbau	5142
		Naßbagerei	5143
		Neuzeitlicher Straßenbau	5144
		Sonstiger Straßenbau	5145
		Steinsetzerei, Asphaltiererei und Pflastererei	5146
		Brunnen- und Pumpenbau (einschl. Brunnen- und Pumpenbohrerei)	5147
		Tiefbohrungen, Schachtbau und andere berg- bauliche Aufschließungs- und Vorrichtungs- arbeiten (ohne Erdölbohrwerke)	5148

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
515 Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau		573 Stukkateur-, Gips- und Verputzergewerbe	5730
Schornstein- und Industrieofenbau, Säurebau	5151	575 Fußboden- und Wandplattenlegerei	
und Herstellung von Feuerungsmauerwerk	5155	Fliesen- und Plattenlegergewerbe	5751
516 Isolierbau		Steinholz-, Mosaik- und Terrazzolegergewerbe	5754
Kälteschutz-, Wärmeschutz- und Schallschutz-		Parkettlegergewerbe	5757
bau (einschl. Isolieren von Kesseln und	5161	577 Ofen- und Herdsetzerei (einschl. Schornstein-	
Rohren)	5165	anschlusbau)	5770
Feuchtigkeitsschutzbau		579 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der	
518 Abbruchbetriebe		Gruppe	
Abbruch-, Spreng-, Enttrümmerungs- und	5180	Parkettlegergewerbe mit Kegelbahnbau	
Aufräumbetriebe		(Kombination der Klasse 5757 mit 5515)	5791
519 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der			
Gruppe		59 Bauhilfsgewerbe	
Hochbau mit Stukkateur-, Gips- und Ver-		590 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	5909
putzergewerbe (Kombination der Klasse 5130	5191	591 Schornsteinfegergewerbe	5910
mit 5730)		594 Hausiassadenreinigungsbetriebe	5940
Baubetriebe mit Gewinnung, Be- und Verar-	5192	597 Gerüstbaubetriebe	5970
beitung von Steinen und Erden (Kombination		599 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der	
der Gruppe 51 mit der Gruppe 17)	5193	Gruppe	
Baubetrieb mit Sägewerk (Kombination der	5194	Gerüstbau mit Dachdeckerei (Kombination	
Gruppe 51 mit der Klasse 3711)		der Klasse 5970 mit 5550)	5991
Baubetriebe mit Baustoffhandel (Kombination	5195	Gerüstbau mit Malerei (Kombination der	
der Gruppe 51 mit den Klassen 6271 bis 6275)		Klasse 5970 mit 5721)	5995
Baubetriebe mit Zimmerei (Kombination der			
Gruppe 51 mit der Klasse 5511)			
55 Zimmerei und Dachdeckerei			
550 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	5509	6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	
551 Zimmerei und Ingenieurholzbau		61 Ein- und Ausfuhrhandel	
Zimmerei und Holztreppebau	5511	610 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der	
Ingenieurholzbau (ohne in Serienherstellung	5515	Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	
gefertigte Erzeugnisse)		Allgemeiner Einfuhrhandel (Kombination der	
555 Dachdeckerei		Klassen 6111 bis 6117)	6101
Dachdeckerei, -verschlenderei, -teererei usw.	5550	Allgemeiner Ausfuhrhandel (Kombination der	
559 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der		Klassen 6141 bis 6147)	6102
Gruppe		Allgemeiner Ein- und Ausfuhrhandel (Kombi-	
Zimmerei mit Bautischlerei und (oder) mit	5591	nation der Klassen 6171 bis 6177)	6103
Sägewerk (Kombination der Klasse 5511 mit		Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs-	
3811 oder 3815 und [oder] 3711)	5592	betriebe	6109
Dachdeckerei mit Klempnerei (Kombination		611 Einfuhrhandel	
der Klasse 5550 mit 5610)		Einfuhrhandel mit Nutz-, Zucht- und	
56 Bauinstallation		Schlachtvieh	6111
560 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	5609	Einfuhrhandel mit Nahrungs- und Genuß-	
561 Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	5610	mitteln	6113
565 Elektroinstallation		Einfuhrhandel mit Rohstoffen und Halbfabri-	
Elektroinstallation (einschl. Elektroingenieur-	5650	katen (soweit nicht in Klasse 6113 enthalten)	6115
büros)		Einfuhrhandel mit Fertigfabrikaten (soweit	
57 Ausbaugewerbe		nicht in Klasse 6113 enthalten)	6117
570 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der		614 Ausfuhrhandel	
Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe		Ausfuhrhandel mit Nutz-, Zucht- und	
Glaserei mit Malerei (Kombination der	5701	Schlachtvieh	6141
Klasse 5710 mit 5721)		Ausfuhrhandel mit Nahrungs- und Genuß-	
Malerei mit Tapetenkleberei (Kombination	5702	mitteln	6143
der Klasse 5721 mit 5727)		Ausfuhrhandel mit Rohstoffen und Halbfabri-	
Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs-	5709	katen (soweit nicht in Klasse 6143 enthalten)	6145
betriebe		Ausfuhrhandel mit Fertigfabrikaten (soweit	
571 Glaserei		nicht in Klasse 6143 enthalten)	6147
Bau- und Kunstglaserei (einschl. Bilder-	5710	617 Gemeinsamer Ein- und Ausfuhrhandel	
einrahmung)		Ein- und Ausfuhrhandel mit Nutz-, Zucht-	
572 Malerei, Lackiererei und Tapetenkleberei		und Schlachtvieh	6171
Malerei, Baulackiererei und Entrostungs-	5721	Ein- und Ausfuhrhandel mit Nahrungs- und	
betriebe		Genußmitteln	6173
Speziallackiererei für Erzeugnisse verschie-	5724	Ein- und Ausfuhrhandel mit Rohstoffen und	
denster Art	5727	Halbfabrikaten (soweit nicht in Klasse 6173	
Tapetenkleberei		enthalten)	6175
		Ein- und Ausfuhrhandel mit Fertigfabrikaten	
		(soweit nicht in Klasse 6173 enthalten)	6177

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
62/63 Binnengroßhandel (einschl. Gemeinschafts- ein- und -verkauf⁷⁾ und Verlagswesen)		Binnengroßhandel mit Lumpen und Abfällen	6314
620 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe		Binnengroßhandel mit Schrott, Nutzeisen, Alt- metallen und Abbruchmaterial	6317
<i>Allgemeiner Binnengroßhandel (Kombination der Klassen 6220 bis 6367)</i>	6201	632 Großhandel mit Fertigwaren der metallverar- beitenden Industrie (überwiegend Produktions- mittel)	
Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfs- betriebe	6209	Binnengroßhandel mit Maschinen (soweit nicht in den Klassen 6323 und 6325 enthalten)	6321
622 Großhandel mit Vieh und Geflügel (lebend)		Binnengroßhandel mit Fleischereimaschinen und Fleischereibedarf	6323
Binnengroßhandel mit Nutz-, Zucht-, Schlacht- vieh und Geflügel (lebend)	6220	Binnengroßhandel mit Brauereimaschinen, Brauerei- und Kellereibedarf, Molkerei- maschinen, Molkerei- und Käseereibedarf	6325
623 Großhandel mit Getreide, Mehl, Saaten, Futter- und Düngemitteln		Binnengroßhandel mit Artikeln für die Gas- und Wasserinstallation	6327
Binnengroßhandel mit Getreide, Mehl, Saaten und Futtermitteln (einschl. betriebseigenem Binnengroßhandel mit Düngemitteln)	6231	633 Großhandel mit sonstigen Fertigwaren (über- wiegend Produktionsmittel)	
Binnengroßhandel mit Düngemitteln	6235	Binnengroßhandel mit Lacken, Farben, An- strichbedarf, Linoleum und Tapeten	6331
624 Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln		Binnengroßhandel mit technischen Bedarfs- artikeln und mit Ausrüstungsgegenständen für Schiffe	6334
Binnengroßhandel mit Nahrungs- und Genuß- mitteln (einschl. betriebseigenem Binnengroß- handel der Klassen 6231, 6243 bis 6249)	6241	Binnengroßhandel mit Polsterer- und Sattler- bedarf (einschl. betriebseigenem Binnengroß- handel mit Teppichen)	6337
Binnengroßhandel mit Molkereierzeugnissen und Eiern	6243	634 Großhandel mit Fertigwaren der metallverar- beitenden Industrie (überwiegend Verbrauchs- güter)	
Binnengroßhandel mit Fischen und Fischwaren	6245	Binnengroßhandel mit Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren (einschl. betriebseigenem Binnengroßhandel mit Glaswaren und kera- mischen Erzeugnissen)	6341
Binnengroßhandel mit Obst, Gemüse, Süd- früchten und Blumen	6246	Binnengroßhandel mit Fahrrädern, Fahrrad- und Kraftfahrzeugteilen	6343
Binnengroßhandel mit Wein, Spirituosen und alkoholfreien Getränken	6247	Binnengroßhandel mit Beleuchtungsgegen- ständen, Elektromotoren, elektrotechnischen Artikeln, Rundfunkgeräten und Musikwaren	6345
Binnengroßhandel mit Tabak (ohne Tabak- waren) (einschl. betriebseigener Fermentation)	6248	Binnengroßhandel mit Edelmetallwaren (ohne Uhren), fotografischen, optischen und fein- mechanischen Artikeln	6347
Binnengroßhandel mit Tabakwaren	6249	Binnengroßhandel mit Uhren und Uhren- bestandteilen	6349
625 Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren der Eisen- und Metallwirtschaft		635 Großhandel mit Rauchwaren, Textilien und Be- kleidungsgegenständen	
Binnengroßhandel mit Eisen- und NE-Metall- erzen	6251	Binnengroßhandel mit Rauchwaren (nicht Tabakwaren)	6351
Binnengroßhandel mit Roheisen, Edelstahl, Trägern, Blechen, Röhren und Drähten aus Eisen und Stahl	6254	Binnengroßhandel mit Textilien und ver- wandten Waren sowie mit Schneiderbedarfs- artikeln	6353
Binnengroßhandel mit NE-Metallen und NE- Metallhalbfabrikaten	6257	Binnengroßhandel mit Teppichen und Läufern	6354
626 Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren der Kohle- und Mineralölwirtschaft		Binnengroßhandel mit Bekleidungsgegen- ständen (einschl. betriebseigenem Binnengroß- handel mit Schuhen)	6356
Binnengroßhandel mit Steinkohle, Braunkohle und Briketts	6261	Binnengroßhandel mit Schuhen	6357
Binnengroßhandel mit Mineralöl und Mineral- ölerzeugnissen	6265	636 Großhandel mit sonstigen Fertigwaren (über- wiegend Verbrauchsgüter)	
627 Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren der Bau-, Holz- und Papierwirtschaft		Binnengroßhandel mit Glaswaren und kera- mischen Erzeugnissen (einschl. betriebs- eigenem Binnengroßhandel mit Flachglas)	6361
Binnengroßhandel mit Steinen, Erden und Baumaterial	6271	Binnengroßhandel mit Holz-, Korb-, Flecht-, Schnitz- und Bürstenwaren	6362
Binnengroßhandel mit Flachglas	6273	Binnengroßhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln, Laboratoriums-, Kran- kenpflege- und Friseurbedarf	6363
Binnengroßhandel mit Holz und Holzhalb- waren (einschl. betriebseigenem Binnengroß- handel mit Holzwaren)	6275	Binnengroßhandel mit Papier- und Schreib- waren, Schul- und Bürobedarfsartikeln	6364
Binnengroßhandel mit Papier und Pappen (einschl. betriebseigenem Binnengroßhandel mit Papier- und Schreibwaren, Schul- und Bürobedarfsartikeln)	6277	Binnengroßhandel mit Büchern, Zeitschriften und Zeitungen	6365
628 Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren der Textil- und Lederwirtschaft		Binnengroßhandel mit Galanterie-, Leder-, Spiel- und Kurzwaren	6366
Binnengroßhandel mit rohen und bearbeiteten Spinnstoffen	6281	Binnengroßhandel mit Blumenbinderei- und zoologischem Bedarf	6367
Binnengroßhandel mit Häuten und Fellen	6284		
Binnengroßhandel mit Leder und Schuh- macherbedarf	6287		
631 Großhandel mit sonstigen Rohstoffen und Halb- waren			
Binnengroßhandel mit technischen Chemi- kalien, pflanzlichen und tierischen Ölen (ohne Speiseöle und -fette), Drogen und Kautschuk	6311		

⁷⁾ Gemeinschaftsein- und -verkaufsbetriebe sind der fachlich entsprechen-
den Binnengroßhandelsklasse zuzuordnen.

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
637 Zeitungsverlag und -spedition		Einzelhandel mit Glas- und Porzellanwaren (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Haus- und Küchengeräten)	6442
Zeitungsverlag (auch mit Vertrieb)	6371	Einzelhandel mit Beleuchtungsgegenständen, Elektrogeräten, sanitären und Kühlanlagen (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und Schallplattengeräten und -artikeln)	6443
Zeitungsspedition	6375	Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh-, elektrischen Schallplattengeräten und -artikeln	6444
638 Sonstiges Verlagswesen		Einzelhandel mit Dreh- und Drechslerwaren, Schnitz- und Flechtwaren, Kinderwagen, Korbmöbeln und Korbwaren	6445
Bücher- und Zeitschriftenverlag, Adreßbuch- und Adressenverlag	6381	Einzelhandel mit Möbeln aus Holz und Metall (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Büro- und Korbmöbeln)	6446
Musikalien-, Land- und Seekarten-, Kunstblätter- und Postkartenverlag	6385	Einzelhandel mit Teppichen, Möbel- und Behangstoffen (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Tapeten, Linoleum u. ä.)	6447
64 Einzelhandel		Einzelhandel mit Tapeten, Linoleum u. ä.	6448
640 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	6409	Einzelhandel mit Musikinstrumenten (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Musikalien, Elektro- und Rundfunkgeräten)	6449
641 Einzelhandel mit Waren aller Art		645 Einzelhandel mit Druckereierzeugnissen, Papier- und Schreibwaren, Lehrmitteln und Bürobedarf, Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen, Galanterie- und Lederwaren	
Warenhäuser und Kaufhäuser ^{*)}	6411	Einzelhandel mit Büchern und Broschüren (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Kunstgegenständen und betriebseigener Leihbücherei)	6451
Kleinpriesgeschäfte	6413	Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen (auch Kolportage-Einzelhandel)	6452
Konsumgenossenschaftsgeschäfte	6415	Einzelhandel mit Musikalien	6453
Gemischwarengeschäfte und Einzelhandels- geschäfte mit Waren verschiedener Art ohne Schwerpunktangabe (ohne Trödelhandlungen und Reformwarengeschäfte)	6417	Einzelhandel mit Papier- und Schreibwaren, Lehrmitteln, Bürobedarf (ohne Büromaschinen und -möbel, einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Sammlerbriefmarken)	6454
Reformwarengeschäfte	6419	Einzelhandel mit Sammlerbriefmarken	6455
642 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln und verwandten Waren		Einzelhandel mit Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen und Antiquitäten (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Grabsteinen und Grabkreuzen, soweit nicht zum Handwerk gehörend)	6456
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genuß- mitteln (soweit nicht in den Klassen 6422 bis 6428 enthalten)	6421	Einzelhandel mit Galanterie- und Lederwaren (ohne Schuhwaren; einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit kunstgewerblichen Gegenständen)	6457
Einzelhandel mit Kartoffeln, Obst, Gemüse und Südfrüchten	6422	646 Einzelhandel mit Gegenständen der Körper- und Gesundheitspflege, chemischen und optischen Erzeugnissen	
Einzelhandel mit Fischen und Fischwaren	6423	Apotheken	6461
Einzelhandel mit Wild und Geflügel (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Fischen und Fischwaren)	6424	Drogerien und sonstiger Einzelhandel mit drogischen Erzeugnissen (einschl. betriebs- eigenem Einzelhandel mit Farben, Lacken, Seifen, Parfümen, Bürstenwaren und Foto- bedarf)	6462
Einzelhandel mit Milch und Milcherzeugnissen (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Kolonialwaren)	6425	Einzelhandel mit Farben, Lacken und Anstrich- bedarf (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Tapeten, Linoleum u. ä.)	6463
Einzelhandel mit Schokolade, Süßwaren und Speiseeis	6426	Einzelhandel mit Seifen, Bürstenwaren, Ölen, Fetten, Zündwaren u. ä. (einschl. betriebs- eigenem Einzelhandel mit Parfüm)	6464
Einzelhandel mit Wein, Spirituosen und alkoholfreien Getränken	6427	Einzelhandel mit Parfüm (einschl. betriebs- eigenem Einzelhandel mit Seifen, Bürsten- waren und anderen kosmetischen Artikeln)	6465
Einzelhandel mit Tabakwaren	6428	Einzelhandel mit hygienischen Gummiwaren, orthopädischen und medizinischen Gegen- ständen	6466
Einzelhandel mit Roheis	6429	Einzelhandel mit optischen und feinmechani- schen Instrumenten, Foto- und Kinoapparaten und -bedarf	6467
643 Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche, Aus- stattungsartikeln, Schuhen und Sportartikeln			
Einzelhandel mit Textilwaren aller Art (auch mit Fahnen) (soweit nicht in den Klassen 6432 bis 6437 enthalten)	6431		
Einzelhandel mit Schnittwaren (Meterware)	6432		
Einzelhandel mit Korsettwaren, Wäsche und Bettwaren (einschl. betriebseigenem Einzel- handel mit Bettstellen)	6433		
Einzelhandel mit Handarbeiten und Kurz- waren (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Wirk- und Strickwaren)	6434		
Einzelhandel mit Herrenartikeln, Hüten, Hut- putz, Mützen, Stöcken und Schirmen	6435		
Einzelhandel mit Oberbekleidung, Wirk- und Strickwaren	6436		
Einzelhandel mit Kürschnerwaren	6437		
Einzelhandel mit Schuhwaren	6438		
Einzelhandel mit Sportartikeln (einschl. be- triebseigenem Einzelhandel mit Sportkleidung und Wanderausrüstung)	6439		
644 Einzelhandel mit Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren, Haus- und Küchengeräten, Glas, Porzellan, Wohnbedarf, Musikinstrumenten, Elektro- und Rundfunkgeräten			
Einzelhandel mit Eisen-, Stahl- und Metall- waren, Ofen und Herden, Haus- und Küchen- geräten (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit sanitären und Kühlanlagen)	6441		

^{*)} Mindestens 3 Warengruppen und 30 Angestellte.

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
647 Einzelhandel mit Maschinen, Fahrrädern, Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugbedarf		HV. und HM. für Tabakwaren	6734
Einzelhandel mit Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten	6471	HV. und HM. für sonstige anderweitig nicht genannte Waren	6735
Einzelhandel mit Nähmaschinen und deren Zubehör	6472	Versandhandelsvertretung	6739
Einzelhandel mit Büromaschinen, deren Zubehör und Büromöbeln (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Bürobedarf)	6473	674 Vermittlergewerbe (einschl. Stellenvermittlung)	
Einzelhandel mit Fahrrädern und deren Zubehör	6474	Grundstücks-, Hypotheken-, Darlehns- und Finanzierungsmaklerwesen	6741
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen (einschl. betriebseigenem Einzelhandel mit Kraftfahrzeugbedarf)	6475	Versteigerungsgewerbe	6742
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugbedarf	6476	Vermittlung von Börsengeschäften u. ä.	6743
Tankstellen (ohne Garagenbetrieb)	6477	Versicherungsververtretung und Versicherungs-Generalagenturen	6744
648 Sonstiger Facheinzelhandel		Versicherungsmaklerwesen	6745
Einzelhandel mit Spielwaren aller Art	6481	Private Stellenvermittlung und -agenturen	6746
Einzelhandel mit Leder und Schuhmacherbedarf	6482	Seeschiffsmaklerwesen	6747
Einzelhandel mit Uhren, Gold- und Silberwaren, Juwelen, Schmuckwaren, Abzeichen u. ä.	6483	Binnenschiffsmaklerwesen	6748
Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen und Samen	6484	Sonstiges Vermittlergewerbe	6749
Einzelhandel mit Hunden, Ziervögeln, Zierfischen und zoologischen Artikeln (einschl. entsprechendem Futterverkauf)	6485	675 Auskunfts- und Inkassogewerbe	6750
Einzelhandel mit Futtermitteln	6486	676 Wirtschaftswerbung	
Einzelhandel mit Brennmaterial	6487	Werbeberatung (einschl. betriebseigener Werbeausführung)	6761
Einzelhandel mit Altwaren (auch Trödelhandlungen)	6488	Ausstellungs- und Messewesen	6762
67 Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung und Verleih		Schaufenstergestaltung, Kino- und Reklameplakatmalerei	6763
670 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	6709	Werbemittlung durch Ankündigungsbüros, Inseratenannahme und -vermittlung, Plakatierungsinstitute u. ä.	6764
671 Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen (HV. und HM.) in technischen Geschäftszweigen		Werbe- und Beratungsstellen der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs	6765
HV. und HM. für Holz	6711	677 Verleihgewerbe	
HV. und HM. für Baustoffe	6712	Leihbibliotheken (ohne öffentliche und gemeinnützige)	6771
HV. und HM. für Eisen, Metalle und Metallhalbfabrikate	6713	Verleih landwirtschaftlicher Maschinen	6773
HV. und HM. für Maschinen	6714	Verleih sonstiger Maschinen und Bauutensilien aller Art	6775
HV. und HM. für Fahrzeuge und deren Zubehör	6715	Gewerbliche Vermietung von Booten, Spiel- und Tennisplätzen	6777
HV. und HM. für Eisen- und Metallwaren einschl. Haus- und Küchengeräten	6716	Sonstige Verleihgewerbe (ohne Marktstandvermietung)	6779
HV. und HM. für Elektrotechnik und Rundfunk	6717	678 Sonstige Hilfgewerbe des Handels	
HV. und HM. für Feinmechanik, Foto und Optik (ohne Uhren)	6718	Öffentliche Waage, Markthallen, Marktverwaltung und Marktstandvermietung	6781
HV. und HM. für technische Bedarfsartikel	6719	Verpackungs- und Abfüllgeschäfte	6785
672 Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen (HV. und HM.) für Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)		68 Geld-, Bank- und Börsenwesen (ohne Postscheckdienst und Postsparkassen)	
HV. und HM. für Glas und Keramik	6721	680 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	6809
HV. und HM. für Möbel	6722	681 Zentralreservebanken	
HV. und HM. für Chemie und Gesundheitspflege	6723	Bank Deutscher Länder	6811
HV. und HM. für Papier und Pappen	6724	Landeszentralbanken, Emissions- und Girobanken	6815
HV. und HM. für Papierwaren, Verpackungsmittel und Bürobedarf	6725	682 Öffentliche Banken mit Sonderaufgaben (Spitzeninstitute)	6820
HV. und HM. für Textilrohstoffe und Garne	6726	683 Private Kreditinstitute	
HV. und HM. für Textilfertigerzeugnisse und Bekleidung	6727	Kreditbanken (Einzelkaufleute, OHG., KG., GmbH., AG., KGaA.)	6831
HV. und HM. für Leder, Schuhe und Schuhbedarfsartikel, Lederwaren und verwandte Artikel	6728	Gemischte Hypothekenbanken	6833
HV. und HM. für Uhren und Schmuckwaren sowie kunstgewerbliche Artikel	6729	Hypothekenbanken	6835
673 Handelsvertretung und Handelsmaklerwesen (HV. und HM.) für Nahrungs- und Genußmittel und sonstige Waren; Versandhandelsvertretung		Schiffspfandbriefbanken	6837
HV. und HM. für Nahrungs- und Genußmittel	6731	684 Genossenschaftsbanken	
HV. und HM. für Weine und Spirituosen	6732	Zentralkassen (der Volksbanken und Spar- und Darlehnskassen)	6841
HV. und HM. für Rohtabak	6733	Volksbanken (gewerbliche Kreditgenossenschaften)	6843
		Spar- und Darlehnskassen (ländliche Kreditgenossenschaften)	6845
		Sonstige Kreditgenossenschaften	6847
		685 Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten	
		Staats- und Landesbanken, Girozentralen, Landeskreditbanken, Landeskreditkassen	6851
		Öffentlich-rechtliche Bodenkreditinstitute	6855

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
686 Sparkassen		73 Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schaustellung	
Sparkassen, Stadtbanken - Girokassen	6861		
Öffentliche und private Bausparkassen	6865	730 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	7309
688 Sonstige Zweige des Geld- und Bankwesens		731 Kunst und Schrifttum	
Börsen (ohne Börsenmakler)	6881	Bildende Kunst	7311
Bankähnliche Unternehmen (Absatz- und Teilzahlungsfinanzierungsgesellschaften, Warenkreditgesellschaften, Wechselstuben)	6883	Tonkunst	7313
Leihhäuser und Pfandämter	6885	Schrifttum	7315
Wett- und Lotteriewesen, Spielbanken	6887	Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler	7317
			7320
69 Versicherungswesen (ohne Sozialversicherung)		732 Private Forschung	
690 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und Hilfsbetriebe		733 Theater und Varietés	
Versicherungen aller Art (ohne Sozialversicherung) (Kombination der Klassen 6910 bis 6980)	6901	Theater und Opernhäuser	7331
Örtlich getrennte Hilfsbetriebe	6909	Varietés, Kabaretts und Kleinkunsthäuser	7335
691 Feuer-, Betriebsunterbrechungs-, Einbruchsdiebstahl-, Leitungswasser-, Regen- und Sturmversicherung, Maschinen-, Glas- und Fahrrad-diebstahlversicherung	6910	734 Filmwesen	
692 Haftpflicht-, Unfall- und Kraftverkehrsversicherung (einschl. Luftfahrtversicherung)	6920	Filmaufnahme (einschl. betriebseigenem Verleih)	7341
693 Transport- und Einheitsversicherung	6930	Filmkopier- und -entwicklungsanstalten	7343
694 Hagel- und Viehversicherung	6940	Filmverleih und -vertrieb	7345
695 Lebensversicherung, Sterbe- und Pensionskassen	6950	Lichtspielhäuser	7347
696 Krankenversicherung (ohne Sozialversicherung)	6960		7350
697 Kredit-, Garantie-, Rechtsschutz-, Hypotheken- und Rückversicherung		735 Rundfunkwesen	
Kredit-, Garantie-, Rechtsschutz- und Hypothekenversicherung	6971	736 Schaustellungsgewerbe	
Rückversicherung	6975	Schaugeschäfte	7361
698 Sonstige Versicherungszweige	6980	Fahrgeschäfte	7363
		Ausspielgeschäfte	7365
		Musikanten (nicht Musiker)	7367
7 Dienstleistungen (ohne solche der Abteilung 9)		74 Sportpflege-, Bade- und Schwimmanstalten	
71 Wohnungs- und Grundstückswesen; Vermögensverwaltung		741 Sportpflege (ohne Sportämter)	
710 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	7109	Sportvereine und -verbände, Turnhallen und Sportplätze, Sportschulen usw. (ohne gewerbliche Boot- und Sportplatzvermietung)	7410
711 Wohnungs- und Grundstückswesen	7110	745 Bade- und Schwimmanstalten	
715 Vermögensverwaltung	7150	Bade- und Schwimmanstalten, Wannen- und Brausebäder	7450
72 Gaststättenwesen		75 Korrespondenz-, Nachrichten-, Schreib- und Übersetzungsbüros	
720 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	7209	751 Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	
721 Beherbergungs- und Verpflegungsgewerbe		Korrespondenz-, Telegrafien-, Bildbericht-erstatte- und Zeitungsausschnittbüros	7510
Hotels und Gasthöfe	7211	755 Schreib- und Übersetzungsbüros	7550
Fremdenheime und Pensionen	7214		
Hospize, Erholungs- und Ferienheime	7217	76 Fotografisches Gewerbe	
725 Schankgewerbe		761 Fotografische Ateliers	
Schank- und Speisewirtschaften mit Ausschank alkoholischer Getränke (ohne solche der Klassen 7253 bis 7257)	7251	Fotografische Ateliers und Fototechnische Anstalten (einschl. betriebseigener Licht- und Fotopauserei)	7610
Bahnhofswirtschaften	7253	765 Presse- und Wanderfotografie	
Kantinenbetriebe	7255	Pressefotografie	7651
Kaffeehäuser, Bars und Tanzlokale	7257	Wanderfotografie	7655
Trinkhallen, Eisdielen und Speisewirtschaften ohne Ausschank alkoholischer Getränke	7259	77 Friseurgewerbe und Schönheitssalons	
729 Betriebe mit Kombinationen außerhalb der Gruppe		771 Friseurgewerbe	
Gastwirtschaften mit Gemischtwaren- oder Kolonialwarenhandlung (Kombination der Klasse 7251 mit 6417 oder 6421)	7291	Friseur-, Manikür- und Pedikürgewerbe (einschl. betriebseigener Schönheitspflege)	7710
		775 Schönheitssalons	7750
		78 Ubrige Dienstleistungen (ohne solche der Abteilung 9)	
		780 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	7809
		781 Wäscherei, Färberei und chemische Reinigung	
		Wasch- und Plättanstalten	7811
		Bekleidungs-färbereien und chemische Reinigungsanstalten (ohne Veredlungsbetriebe der Textilindustrie)	7815

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
783 Zimmer-, Fenster-, Möbel-, Teppich-, Polster- und Metallreinigung		83 Schienenbahnen (ohne Deutsche Bundesbahn)	
Reinigung von Gebäuden, Zimmern, Fenstern, Möbeln, Teppichen, Polsterwaren und Metallen (ohne Hausfassadenreinigung)	7830	831 Nichtbundesbahneigene Eisenbahnen	
784 Bewachungsgewerbe		Nichtbundesbahneigene Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs	8311
Wach- und Sicherheitsdienst für Gebäude, Grundstücke und Schiffe	7840	Nichtbundesbahneigene Eisenbahnen des nicht öffentlichen Verkehrs	8315
785 Bestattungsinstitute	7850	835 Straßenbahnen	
786 Dienstmann- und Trägergewerbe		Straßen-, Untergrund-, Hoch-, Schweb-, Berg- und Drahtseilbahnen	8350
Bergführer, Botendienste, Eselvermietung, Fremdenführung, Gepäckträger, Schuhputzer u. ä.	7860		
787 Aufbewahrungsgewerbe	7870	84 Straßenverkehr	
		840 Betriebe mit Kombinationen innerhalb der Gruppe und Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	
		Kraftwagenverkehr mit Fuhrgewerbe (Pferdebetrieb) (Kombination der Klassen 8410 und [oder] 8441 bis 8447 mit 8470)	8401
		Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	8409
8 Verkehrswirtschaft		841 Personen-Kraftwagenverkehr	
81 Deutsche Bundespost		Personen-Kraftwagen- und Kraftomnibusverkehr (ohne Bundespost und Bundesbahn)	8410
811 Verwaltungsdienst	8110	844 Güter-Kraftwagenverkehr	
812 Postdienst		Gemischter Güter-Kraftwagennah- und -fernverkehr (ohne Spedition)	8441
Postämter und Postzeitungsämter (einschl. betriebseigener Fernmeldedienststelle)	8121	Güter-Kraftwagennahverkehr (ohne Spedition)	8444
Zweigpostämter (einschl. betriebseigener Fernmeldedienststelle)	8124	Güter-Kraftwagenfernverkehr (ohne Spedition)	8447
Posthilfsstellen bzw. Poststellen I und II (einschl. betriebseigener Fernmeldedienststelle)	8127	847 Fuhrgewerbe	
813 Fernmeldedienst (ohne Fernmeldebaudienst)		Personen-Fuhrwesen und Lastenbeförderung (Pferdebetrieb)	8470
Fernsprechämter (einschl. betriebseigener Telegrafendienststelle)	8131		
Telegrafendienststellen	8135	85 Schifffahrt, Wasserstraßen- und Hafenwesen	
814 Postscheck- und Postsparkassendienst		851 Verwaltungsdienst	8510
Postscheckämter	8141	852 Seeschifffahrt	
Postsparkassenämter	8145	See-, Küsten-, Watt- und Haffschifffahrt	8520
815 Beförderungsdienst	8150	853 Sachverständigen- und Lotsenwesen der Seeschifffahrt	8530
816 Postkraftfahrdienst	8160	854 Seehafen-, Leuchtfeuer- und Tauchereibetriebe	
817 Funkdienst		Seehafenbetriebe aller Art (einschl. Leuchtfeuerbetriebe)	8541
Hauptfunkstellen	8171	Tauchereibetriebe (Bergungs- und Bau- taucherei)	8545
Funkbetriebsämter	8174	855 Binnenschifffahrt	
Funkzeugämter	8177	Binnen- und Hafenschifffahrt (einschl. Schleppbetrieb; ohne Fährbetriebe und Flößerei)	8551
818 Fernmeldebaudienst		Fährbetriebe	8554
Fernmeldebauprüfer	8181	Flößerei	8557
Fernmeldezeugämter	8184	856 Sachverständigen- und Lotsenwesen der Binnenschifffahrt	8560
Postzentralzeugämter	8187	857 Binnenwasserstraßen- und -hafenbetriebe	8570
82 Deutsche Bundesbahn		86 Luftverkehr	
821 Verwaltungsdienst	8210	861 Flughafen- und Flugplatzbetrieb	8610
822 Bahnunterhaltungs- und -bewachungsdienst		865 Luftverkehrsbetriebe	8650
Bahnunterhaltungsdienst	8221		
Bahnpolizeidienst	8225	87 Verkehrsneben- und -hilfsgewerbe	
823 Betriebs- und Verkehrsdienst		870 Örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe	8709
Bahnhöfe, Haltepunkte, Haltestellen, Blockstellen (auch Eisenbahnschulen für den Betriebs- und Verkehrsdienst)	8231	871 Spedition und Lagerei	
Selbständige Abfertigungsstellen, Bahnpostkassen	8235	Spedition (einschl. betriebseigener Möbelspedition und einschl. betriebseigener Lagerei)	8711
824 Maschinentechnischer Dienst		Möbelspedition und -transport	8714
Bahnbetriebswerke, Bahnbetriebswagenwerke (auch Eisenbahnschulen für den Betriebsmaschinendienst)	8241	Lagereigewerbe	8717
Bahnkraftwerke, Umformerwerke, Fahrleitungsmeisterien, Unterwerke, Starkstrommeisterien, Fahrleitungsbauzüge	8243	873 Kraftfahrzeug- und private Kraftfahrzeugüberwachung	8730
Kraftwagenbetriebswerke	8245		
Stofflager, Gerätelager	8247		
Schiffsdienst	8249		
825 Werkstattendienst	8250		

	Schlüssel- nummer		Schlüssel- nummer
874 Garagen		Berufs- und Fortbildungsschulen	9616
Garagenbetriebe (einschl. betriebseigener Tankstellen)	8740	Fachschulen	9617
876 Reise- und Auswanderungsbüros	8760	Sonstiger Unterricht (ohne Kunst-, Theater- und Filmschulen)	9618
877 Schlaf- und Speisewagenbetriebe	8770	965 Wissenschaft und Kultur	
		Hochschulen (auch Akademien, ohne solche der Klasse 9617)	9651
		Bibliotheken und Archive (ohne gewerbliche), Forschungs- und Versuchsanstalten, sonstige wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen (ohne Kunstsammlungen und Ausstellungen)	9654
		Kunstsammlungen und -ausstellungen	9657
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse			
91 Öffentliche Verwaltung		97 Fürsorge und Wohlfahrtspflege	
910 Allgemeine öffentliche Verwaltung	9100	971 Fürsorge	
912 Rechtspflege (ohne Ministerium und ohne Rechtsberatung)	9120	Betreuungsstellen, Anstalten und Einrichtungen der Fürsorge (ohne Fürsorgeämter)	9711
913 Polizei	9130	Betreuungsstellen, Anstalten und Einrichtungen der Jugendhilfe (ohne Jugendämter)	9715
914 Öffentliche Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ohne Ministerium)	9140	975 Wohlfahrt	
		Verbände der freien Wohlfahrtspflege (ohne Wohlfahrtsämter)	9750
93 Politische und Wirtschaftliche Organisationen		98 Sozialversicherung	
931 Politische Parteien	9310	981 Krankenversicherung	
934 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände		Krankenversicherung (einschl. Ersatzkrankenkassen, ohne private Krankenversicherung)	9810
Gewerkschaften	9341	983 Unfallversicherung	
Arbeitgeberverbände	9345	Berufsgenossenschaften, Gemeindeunfallversicherungsverbände und Ausführungsbehörden für die Unfallversicherung	9830
937 Berufsständische Organisationen und sonstige Interessenvertretung (ohne Rechts- und Wirtschaftsberatung und Vermögensverwaltung)		985 Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	9850
Berufsständische Organisationen	9371	987 Knappschaftliche Versicherung	9870
Bezirkliche, fachliche und bezirklich-fachliche Wirtschaftsverbände und Zusammenschlüsse der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Verkehrs	9374		
Haus-, Grundbesitzer-, Mieter- und andere Vereinigungen (soweit letztere nicht zu anderen Gruppen und Zweigen gehörend)	9377	99 Gesundheitswesen und Hygiene	
94 Rechts- und Wirtschaftsberatung		991 Gesundheitspflege	
941 Rechtsberatung	9410	Anstalten, Einrichtungen und Ämter der Gesundheitspflege	9910
945 Wirtschaftsberatung	9450	992 Freie Berufe der Gesundheitspflege	
		Ärzte und Heilkundige (ohne Zahn- und Tierärzte)	9921
95 Kirche, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen		Zahnärzte und Dentisten	9924
951 Kirche	9510	Sonstige freie Berufe der Gesundheitspflege	9927
955 Religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	9550	993 Veterinärwesen	
		Anstalten, Einrichtungen und Ämter des Veterinärwesens	9931
96 Erziehung, Wissenschaft und Kultur		Tierärzte und andere freie Berufe des Veterinärwesens	9935
961 Erziehung und Schulung		994 Desinfektion und Schädlingsbekämpfung	9940
Volks- und Sonderschulen	9611	995 Straßenreinigung, Kanalisation, Müllabfuhr und Bedürfnisanstalten	9950
Mittelschulen	9612	996 Öffentliches Bestattungswesen	
Höhere Schulen (soweit nicht Schülerheime und Pensionate)	9613	Friedhöfe und anderes öffentliches Bestattungswesen (ohne private Bestattungsinstitute)	9960
Vereinigte Grund- und Oberschulen	9614	997 Abdeckereien	9970
Schülerheime und Pensionate als Unterrichtsanstalten	9615		

Lochkarte der Volks- und Berufszählung

DEUTSCHLAND. 11 8 50

VZ

1950

1/506 VZ

Allgemeiner Teil																Haushaltungs- vorstände		Pendelwander Zielgemeinde		Körperbehind.		Regionale Angaben				Alters- gruppen										
Haushaltungs- liste Nr.	Geschlecht	Persönliche Angaben				Beruf				Nebenberuf von 1. 1. 1950 an	Veral- terung am 1. 1. 1950	Personenzahl	Haushaltungs- Fam. Angeh.	Kind un- t. 15 Jahr.	Verdien- st	Berufsw. anw. d. Fam. Angeh.	Land	Reg. Bezirk	Kreis	Gemeinde	Art d. Behinderung	Entstehungs- jahr	Minderung unf. d. Fam. Angeh.	Grad	Land	Reg. Bezirk	Kreis	Gemeinde	Gem.-Gr.-Kl.	Zahlbezirk	geb. kürzt	ungekürzt	Alters- gruppe Unter 14 Jahre	Alters- gruppe Hauptverdien- ende		
		Geburtsjahr	geb. d. Fam. Angeh.	Einzelstand	Ehejahr	Kind La- gezeit	Religions- zugehörigkeit	Muttersprache	Wohnort am 1. 9. 1939																										Flüchtlingsbew.	Wirtschafts- zweig
0000000000	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	
1111111111	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11		
2222222222	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22		
3333333333	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33		
4444444444	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44		
5555555555	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55		
6666666666	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66		
7777777777	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77		
8888888888	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88		
9999999999	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99		
1 2 4 6 8	10	12	14	16	18	20	22	24	26	28	30	32	34	36	38	40	42	44	46	48	50	52	54	56	58	60	62	64	66	68	70	72	74	76	78	80

Lochkarte der Wohnungszählung

IBM DEUTSCHLAND 1.9.50.

Ud. Nr. der Wohnort Hauptort Gebäude Zahl der Räume		Küchen		Zimm. u. Kammern		Gewerbl. Räume		Leerräume		Gebäude-Nr.		Wohnungs-Nr.		Ausstattung		Miete-Angeb.		Regionale Angaben	
		Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort
00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33
44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44
55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55
66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66
77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77
88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88
99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99

VZ 50/3

WZ 1950

Lochkarte der Arbeitsstättenzählung

IBM DEUTSCHLAND 1.9.50.

Ud. Nr. der Wohnort Hauptort Gebäude Zahl der Räume		Küchen		Zimm. u. Kammern		Gewerbl. Räume		Leerräume		Gebäude-Nr.		Wohnungs-Nr.		Ausstattung		Miete-Angeb.		Regionale Angaben	
		Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	Personen d. Wohnort	
00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00	00
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33	33
44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44
55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55
66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66	66
77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77	77
88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88
99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99	99

VZ 50/4

AZ50

VZ.50/17

[illegible]

1067A

[illegible]

Aussignierte Zeichenlockkarte der Volks- und Berufszählung

ZLA	Haushaltungs-Liste Nr.		Geschlecht	Persönliche Angaben												Beruf												Nebenberuf	VZ 50/13
	1	2		4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27		
0	0	0	3	0	0	6	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	

ZLA	Allg. Teil		Haushaltungsvorstände						Pendelwanderer - Zielgemeinde										Körperbehinderte										X
	Erkrankungs- vers.	Alters- vers.	Personenzahl	Haush. Typ	Kinder u. 15 Jahre	Verdienst	Ehefrau erwacht.	Mittelw. Familien- Angeh.	Land	Reg.-Bez.	Kreis	Gemeinde	Art der Behinderung	Entstehungs- jahr	Ursache	Minderungs- bemerkung	Grad												
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0												
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1												
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2												
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3												
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4												
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5												
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6												
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7												
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8												
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9												

Rückseite!

Zeichenlockkarte der Arbeitsstättenzählung

Beleg-Nr.		C Gesamtbeschäftigte je Unternehmung										D AST Gr. Kl.		D Beschäftigte je Arbeitsstätte										E Form der Unternehmung										F Umsatz Gr. Kl.		VZ 50/11
0	AST Klasse	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0										0 0		0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0										0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0										0 0		0
		1 1 1 1 1 1 1 1 1 1										1 1		1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1										1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1										1 1		
		2 2 2 2 2 2 2 2 2 2										2 2		2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2										2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2 2										2 2		
		3 3 3 3 3 3 3 3 3 3										3 3		3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3										3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3										3 3		
		4 4 4 4 4 4 4 4 4 4										4 4		4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4										4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4										4 4		
		5 5 5 5 5 5 5 5 5 5										5 5		5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5										5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5										5 5		
		6 6 6 6 6 6 6 6 6 6										6 6		6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6										6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6										6 6		
		7 7 7 7 7 7 7 7 7 7										7 7		7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7										7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7										7 7		
		8 8 8 8 8 8 8 8 8 8										8 8		8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8										8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8										8 8		
		9 9 9 9 9 9 9 9 9 9										9 9		9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9										9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9										9 9		

Umsatz je Unternehmung										G 1-2		H1 Krad	H2 PKW	H3 Omnibusse	H4 LKW	H4a Nutzlast LKW	H5 Zugmasch.	H6 S.F.	H7 Anhänger	H7a Nutzlast Anhänger
0 0 0 0 0 0 0 0 0 0										0 0		0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
1 1 1 1 1 1 1 1 1 1										1 1		1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1
2 2 2 2 2 2 2 2 2 2										2 2		2 2	2 2	2 2	2 2	2 2	2 2	2 2	2 2	
3 3 3 3 3 3 3 3 3 3										3 3		3 3	3 3	3 3	3 3	3 3	3 3	3 3	3 3	
4 4 4 4 4 4 4 4 4 4										4 4		4 4	4 4	4 4	4 4	4 4	4 4	4 4	4 4	
5 5 5 5 5 5 5 5 5 5										5 5		5 5	5 5	5 5	5 5	5 5	5 5	5 5		
6 6 6 6 6 6 6 6 6 6										6 6		6 6	6 6	6 6	6 6	6 6	6 6	6 6		
7 7 7 7 7 7 7 7 7 7										7 7		7 7	7 7	7 7	7 7	7 7	7 7	7 7		
8 8 8 8 8 8 8 8 8 8										8 8		8 8	8 8	8 8	8 8	8 8	8 8	8 8		
9 9 9 9 9 9 9 9 9 9										9 9		9 9	9 9	9 9	9 9	9 9	9 9	9 9		

Rückseite!

Muster der vollständigen Maschinentabelle Vz 8a¹⁾

VZ 8 a																									
Lochung SUKA 102																									
AG 15																									
Geschlecht		Reg.-Bezirk Kreis		Gemeinde		Haushaltungen (ohne Anstalts Haushaltungen)		Von den Haushaltungen (ohne Anstalts Haushaltungen) umfaßten						Personen											
Heimatvertriebene Übrige Bevölkerung						Zahl		Personen		1		2		3		4		5		6		7		8 und mehr	
1 0		111		532		5 870		16 086		765		02 013		1 695		00 955		316		00 092		24		00 010	
1 1		111		532		351		884		112		00 077		83		00 045		22		00 006		5		00 001	
2 0		111		532		1 752		2 899		1 029		00 424		208		00 066		20		00 002		2		00 001	
2 1		111		532		89		145		54		00 020		10		00 004		1		00 000					

¹⁾ Aufgestellt für jede Gemeinde.

Muster eines Teiles der Maschinentabellen zur Bz 1 für Regierungsbezirke¹⁾

BZ 1														
Teil 2														
Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit, nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen sowie nach der sozialen Stellung														
Teil 2: Angehörige der Erwerbspersonen														
Lochung SUKA 115		m/w			Wirtschaftsgruppen Soziale Stellung									
AG 120		VZ-Karten der Angehörigen der Erwerbspersonen (4, 5, 7, 8 in Sp. 25) a) mit — b) ohne Angabe der Wirtschaftsgruppe b) = 999 in Sp. 26-28			Reg.-Bezirke mit — ohne Angabe der Wirtschaftsgruppe									
Geschlecht	Reg.- Bezirk	Bevölkerungsgruppe	Wirtschaftsgruppe	Soziale Stellung	Angehörige der Erwerbspersonen									
					In der Gesamtbevölkerung					Angehörige ohne Hauptberuf				
					und zwar Angehörige der					Angehörige ohne Hauptberuf				
					Erwerbstätigen					Erwerbstätigen				
					Erwerbslosen					Erwerbslosen				
					Ehefrauen	Übrige Angehörige	Ehefrauen	Übrige Angehörige	Ehefrauen	Übrige Angehörige	Ehefrauen	Übrige Angehörige	Ehefrauen	Übrige Angehörige
2	022	4	81	31	100	67	00 033			7	7	00 000		
2	022	4	81	32	8	6	00 002			2	1	00 001		
2	022	4	81	41	9	4	00 005							
2	022	4	81	55	31	16	00 015			3	2	00 001		
2	022	4	91	31	460	294	00 166			24	15	00 009		
2	022	4	91	32	108	70	00 038			11	7	00 004		
2	022	4	91	33	43	24	00 017			17	7	00 009		1
2	022	4	91	41	255	149	00 101			22	14	00 007	1	00 000
2	022	4	91	42	45	32	00 013			3	2	00 001		
2	022	4	91	43	8	5	00 001			2	1	00 001		
2	022	4	91	44	1	1								
2	022	4	91	55	188	103	00 077			11	4	00 007		

¹⁾ Nachgewiesen werden die Angehörigen ohne Hauptberuf der Erwerbspersonen in gleicher Aufgliederung wie diese.

Schematische Darstellung der maschinellen Arbeitsgänge (Auszug)

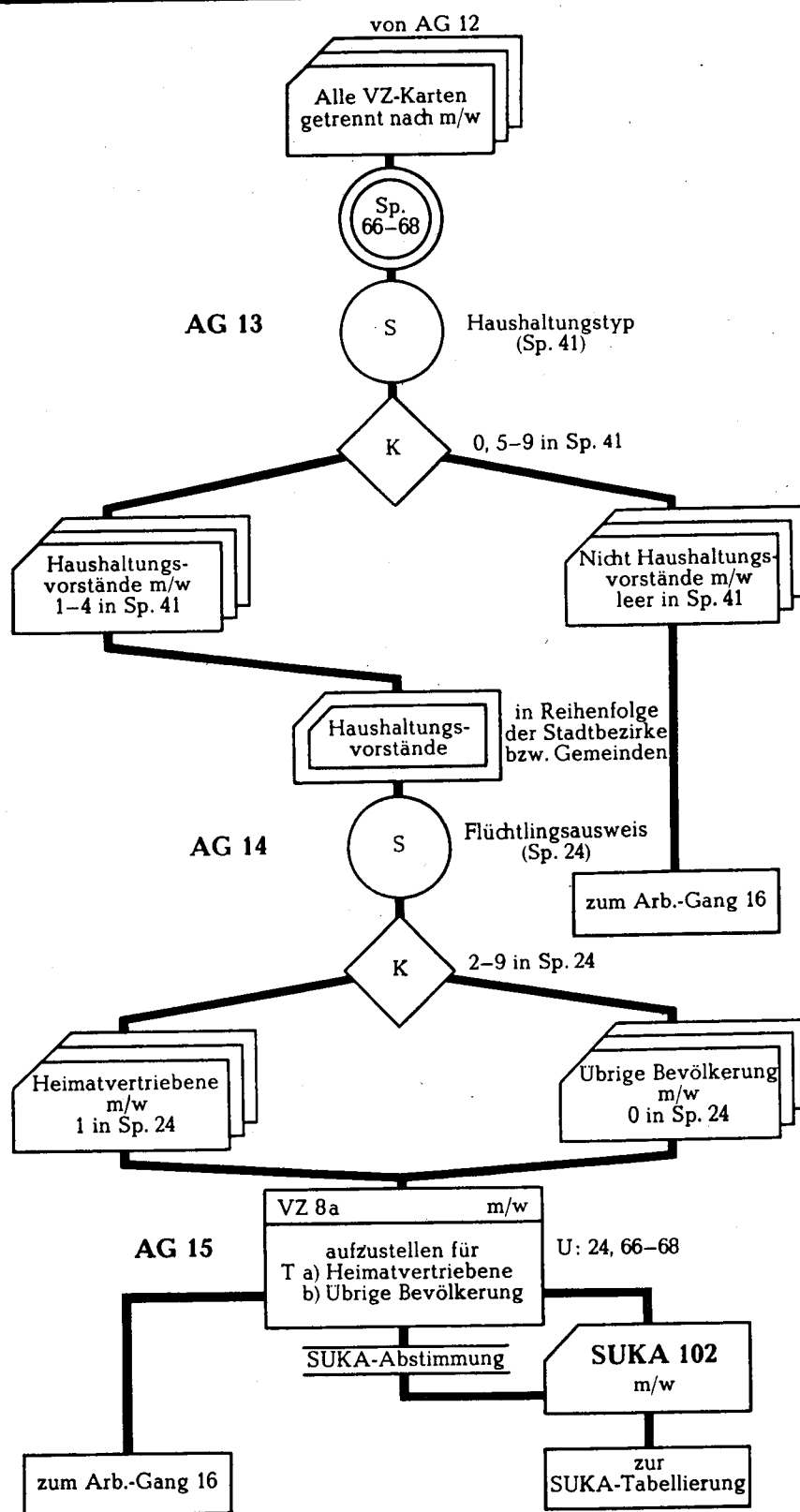
Ordnung der VZ-Karten: m/w

A) Stadtkreise
Stadtbezirke

B) Landkreise
Gemeinden

AG 13-15

Tabellierung zur Erstellung
der SUKA für VZ 8a



je Stadtbezirk bzw. Gemeinde

1-4 u. leer

je Stadt- bzw. Landkreis
0 u. 1

Für die Tabelle VZ 8a werden
die Heimatvertriebenen nach
dem Flüchtlingsausweis unter-
schieden

je Stadtbezirk bzw. Gemeinde

Abkürzungen:

AG = Arbeitsgang
Vz 8a = Volkszählungstabelle 8a:
Die Haushaltungen nach
Art und Größe
m = männlich
w = weiblich
Sp. = Spalte der Lochkarte; die
dahinter stehende Num-
mer bezeichnet die ent-
sprechende(n) Spalte(n)
S = Sortieren
K = Korrekturen; die rechts
danebenstehenden Num-
mern der Lochfelder der
angegebenen Spalte dür-
fen nicht vorkommen
T = Tabellieren
SUKA = Summenkartenher-
stellung; SUKA-Abstim-
mung bedeutet Kontrolle
der Summenkarten mit
den Einzellockarten
U = Untergruppe

Ordnung der VZ-Karten: m/w

A) Stadtkreise
Stadtbezirke

B) Landkreise
Gemeinden

I) Haushaltungsvorstände
a) Heimatvertriebene
b) Übrige Bevölkerung

II) Nicht Haushaltungsvorstände

**Übersicht über den zeitlichen Ablauf der Aufbereitungsarbeiten
der Volks- und Berufszählung, Gebäude- und Wohnungszählung und Arbeitsstättenzählung 1950**

Zählungsteil Abschnitte der Aufbereitung	1950			1951												1952							
	X	XI	XII	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Volks- und Berufszählung																							
Vorprüfen und Signieren																							
Lochen																							
Maschinelles Sortieren und Tabellieren																							
Tabellenablieferung																							
Gebäude- und Wohnungszählung																							
Vorprüfen und Signieren																							
Lochen																							
Maschinelles Sortieren und Tabellieren																							
Tabellenablieferung																							
Arbeitsstättenzählung																							
Vorprüfen und Signieren																							
Lochen																							
Maschinelles Sortieren und Tabellieren																							
Tabellenablieferung																							

Anmerkung: Die vorgenannten Daten sind als Durchschnittszeiten anzusehen. Sie wurden in den einzelnen Statistischen Landesämtern gelegentlich über- oder unterschritten. Die Zeiten für die anschließenden Veröffentlichungs- und Auswertungsarbeiten sind nicht mit einbezogen. — Die Länge der Balken sagt nichts über die Zahl der jeweilig beschäftigten Arbeitskräfte aus. Die Einstellung der in den Statistischen Landesämtern bei der Aufbereitung der gesamten Zählung beschäftigten Hilfskräfte begann im Oktober 1950. Die Höchstbeschäftigung erstreckte sich auf den Zeitraum vom Januar bis Juni 1951. In dieser Zeit waren durchschnittlich rd. 5 000 Kräfte in den Statistischen Landesämtern insgesamt eingesetzt. Der Entlassungstermin für die Mehrzahl der Hilfskräfte lag etwa im Juli 1951.

Aufbewahrungsfristen des Zählungsmaterials der Volks- und Berufszählung, Gebäude- und Wohnungszählung und Arbeitsstättenzählung 1950¹⁾

(Stand Dezember 1953)

Zählungsteil	Statistische Landesämter				Statistisches Bundesamt	
	Erhebungsmaterial		Aufbereitungsmaterial		Aufbereitungs- und Tabellenmaterial	
	anfallendes Material	Aufbewahrungszeit	anfallendes Material	Aufbewahrungszeit	anfallendes Material	Aufbewahrungszeit
Volks- und Berufszählung	Gemeindebogen, ²⁾ Zählbezirksberichte	dauernd	Signierblätter oder Korrekturlisten	bis zum Ende der Aufbereitung	jede 100. Lockkarte	bis auf weiteres unbefristet
	Haushaltungslisten allgemein	bis kurz vor der nächsten Zählung, danach evtl. Archivierung	Signierblätter jeder 100. Haushaltungsliste	bis auf weiteres unbefristet	Zählblätter der 100. Haushaltungen	dauernd
	Haushaltungslisten bestimmter Gemeinden	bis auf weiteres	Lockkarten	bis zur folgenden Zählung (mindestens 5 Jahre)	Liefer- tabellen	soweit nicht vollständig veröffentlicht: dauernd
			Gemeindegemeinschaftenlockkarten	bis zum Abschluß der folgenden Zählung		
Gebäude- und Wohnungszählung	Gebäude- listen, Wohnungs- bogen	bis 2 Jahre nach der nächsten Zählung, danach evtl. Archivierung	Lockkarten	bis 2 Jahre nach der nächsten Zählung	maschinelle Aufbereitungsunterlagen	bis 2 Jahre nach der nächsten Zählung
Arbeitsstättenzählung	Arbeitsstättenbogen	unbefristet, Archivierung nach der nächsten Zählung	Lockkarten	bis zur nächsten Zählung	Liefer- und Auswertungstabellen	soweit nicht vollständig veröffentlicht: dauernd
			Hilfstabellen	bis zur übernächsten Zählung		

¹⁾ Nach Vereinbarungen zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern. — ²⁾ Ein Duplikat des Gemeindebogens liegt in jeder Gemeinde zur dauernden Aufbewahrung.

Verzeichnis
der in der Reihe »Statistik der Bundesrepublik Deutschland«
erschienenen Veröffentlichungen zum Volkszählungswerk 1950

Band-Nr.	Heft-Nr.	Titel
31	—	Organisation und Technik des Volkszählungswerkes 1950
32	—	Alphabetisches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland. Vorläufiges Ergebnis nach der Volkszählung vom 13. 9. 1950
33	—	Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland. Endgültige Ergebnisse nach der Volkszählung vom 13. 9. 1950
34	—	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Volks- und Berufszählung vom 13. 9. 1950
35		Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
	1	Die Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand
	2	Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit
	3	Die Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. 9. 1939
	4	Die Haushaltungen
	5	Die verheirateten Frauen nach Eheschließungsjahren, Geburtsjahren und Kinderzahl
	6	Die Körperbehinderten
	7	Fläche und Bevölkerung der naturräumlichen Einheiten
	8	Die Struktur der Haushaltungen (Ergebnisse repräsentativer Sonderauszählungen aus dem Material der Volkszählung vom 13. 9. 1950)
	9	Textheft [zu Band 35]
36		Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950, Teil I
	1	Die Bevölkerung nach der Erwerbstätigkeit
	2	Die Erwerbspersonen in der beruflichen Gliederung nach Alter und Familienstand. Die Selbständigen Berufslosen nach Altersgruppen
	3	Textheft [zu Band 36]
37		Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950, Teil II
	1	Die Erwerbspersonen nach Berufen, Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen
	2	Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen und Stellung im Beruf
	3	Die Erwerbspersonen nach Berufsordnungen und der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit
	4	Die Erwerbspersonen und die Ehefrauen ohne Hauptberuf nach ihrer Sicherung bei Krankheit und nach der voraussichtlichen Altersversorgung
	5	Textheft [zu Band 37]
38		Gebäude- und Wohnungszählung in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. 9. 1950
	1	Einführung in die Methoden und die Organisation der Zählung
	2	Hauptergebnisse nach Kreisen
39	—	Der Bestand an Gebäuden in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
40	—	Der Bestand an Wohnungen und Wohnräumen in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
41	—	Die Bewohner in Wohnungen und in Unterkünften außerhalb von Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
42	—	Mietpreise und Mietaufkommen (ohne Untermieten) in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
43	—	Die Untermieten in der Bundesrepublik Deutschland nach der repräsentativen Nacherhebung vom 22. 6. 1951

Band-Nr.	Heft-Nr.	Titel
44	—	Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der Arbeitsstättenzählung vom 13. 9. 1950
45		Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
	1	Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten (örtliche Einheiten) und die darin beschäftigten Personen
	2	Die Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten) nach Rechtsformen und Umsatzgrößenklassen
	3	Betriebe und Unternehmungen in erweiterter Größenklassengliederung (Ergebnisse einer Sonderauszählung) — vorgesehen —
46		Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in den Ländern und deren Verwaltungsbezirken nach der Zählung vom 13. 9. 1950
	1	Schleswig-Holstein Hamburg Bremen
	2	Niedersachsen
	3	Nordrhein-Westfalen
	4	Hessen Rheinland-Pfalz
	5	Bayern
	6	Baden-Württemberg
	7	West-Berlin
47		Die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in der Bundesrepublik Deutschland nach der Zählung vom 13. 9. 1950
	1	Textheft
	2	Kartenwerk
48	—	Die gewerblichen Straßenverkehrsbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland am 15. 5. 1951 und die Verkehrsleistungen im gewerblichen Güterkraftverkehr im Mai 1951 (Zusatzerhebung zur Volkszählung vom 13. 9. 1950)
49		Die Kostenstruktur in der gewerblichen Wirtschaft und in ausgewählten freien Berufen (Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung 1950)
	1	Industrie
	2	Handwerk
	3	Großhandel und Verlagsgewerbe
	4	Einzelhandel
	5	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
	6	Verkehrsgewerbe
	7	Ärzte und Zahnärzte
50	—	Bibliographie zum Volkszählungswerk 1950

**Übersicht
über die zum Volkszählungswerk 1950
erschienenen kartographischen Darstellungen**

Anlage zur Reihe »Statistik der Bundes- republik Deutschland«		Titel der Karte	Maßstab
Band-Nr.	Heft-Nr.		
A. Volkszählung			
33	—	Deutschland in den Grenzen von 1937 — kleinere Verwaltungsbezirke — Stand 13. 9. 1950, in den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung Stand 1. 9. 1939	1 : 4 000 000
35	2	Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit	1 : 1 000 000
35	2	Vorherrschende Religionszugehörigkeit in den Kreisen	1 : 2 000 000
35	3	Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. 9. 1939	1 : 1 000 000
35	4	Haushaltungen, Einzelhaushaltungen	1 : 2 000 000
35	4	Haushaltungen, Haushaltungen mit 5 und mehr Personen	1 : 2 000 000
35	7	Bevölkerungsverteilung 1950 in den naturräumlichen Haupteinheiten	1 : 1 000 000
35	7	Verwaltungsgrenzenkarte von Deutschland in den Grenzen von 1937 mit naturräumlicher Gliederung	1 : 1 000 000
35	9	Bevölkerungsverteilung 1950	1 : 1 000 000
35	9	Bevölkerungsdichte in den Kreisen 1950	1 : 2 000 000
35	9	Bevölkerungsdichte in den Kreisen 1939 (Gebietsstand 13. 9. 1950)	1 : 2 000 000
35	9	Bevölkerungsentwicklung 1939—1950	1 : 2 000 000
35	9	Bevölkerungsentwicklung 1946—1950	1 : 2 000 000
—	—	Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. 9. 1939, Bevölkerung ohne Heimatvertriebene und Zugewanderte	1 : 1 000 000
—	—	Bevölkerung nach dem Wohnort am 1. 9. 1939, Heimatvertriebene	1 : 1 000 000
B. Berufszählung			
36	1	Die Erwerbspersonen in den Kreisen	1 : 2 000 000
36	1	Die heimatvertriebenen Erwerbspersonen in den Kreisen	1 : 2 000 000
36	1	Die Arbeiter unter den Erwerbspersonen in den Kreisen	1 : 2 000 000
36	3	Die Erwerbspersonen unter den Frauen	1 : 1 000 000
36	3	Die Erwerbspersonen nach vorherrschenden Wirtschaftsbereichen	1 : 1 000 000
37	5	Pendelwanderung 1950	1 : 1 000 000
C. Gebäude- und Wohnungszählung			
40	—	Belegung der Normalwohnungen mit Personen	1 : 2 000 000
40	—	Belegung der Normalwohnungen mit Wohnparteien	1 : 2 000 000
41	—	Wohnparteien ohne eigene Wohnung (Normalwohnung)	1 : 2 000 000
41	—	Ausstattung der Wohnparteien mit Wohnraum	1 : 2 000 000
41	—	Ausstattung der heimatvertriebenen Wohnparteien mit Wohnraum	1 : 2 000 000
42	—	Mieten	1 : 2 000 000
D. Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung ¹⁾			
47	2	Steinkohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, Erzbergbau	1 : 2 000 000
47	2	Eisen- und Stahlindustrie	1 : 2 000 000
47	2	Stahlbau, Maschinenbau	1 : 2 000 000
47	2	Straßen- und Luftfahrzeugbau	1 : 2 000 000
47	2	Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1 : 2 000 000
47	2	Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe	1 : 2 000 000
47	2	Chemische Industrie, Gummi- und Asbestverarbeitung	1 : 2 000 000
47	2	Feinkeramische und Glasindustrie	1 : 2 000 000
47	2	Sägerei und Holzbearbeitung sowie Holzverarbeitung	1 : 2 000 000
47	2	Ledererzeugung und Lederverarbeitung	1 : 2 000 000
47	2	Textilgewerbe	1 : 2 000 000
47	2	Die Industrie der Bundesrepublik. Zahlen der Beschäftigten der Wirtschaftsabteilungen 1—4 der Arbeitsstättensystematik (ohne Handwerk)	1 : 1 000 000

¹⁾ Jeweils nach der Zahl der Beschäftigten in den Kreisen.